



Monatsbericht Februar 2015

67. Jahrgang
Nr. 2

Deutsche Bundesbank
Wilhelm-Epstein-Straße 14
60431 Frankfurt am Main

Postfach 10 06 02
60006 Frankfurt am Main

Fernruf 069 9566-0
Durchwahlnummer 069 9566-
und anschließend die gewünschte
Hausrufnummer wählen.

Telefax 069 9566-3077

Internet <http://www.bundesbank.de>

Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.

ISSN 0012-0006 (Druckversion)
ISSN 1861-5872 (Internetversion)

Abgeschlossen am:
13. Februar 2015, 11.00 Uhr.

Ein jährlicher und ein wöchentlicher Veröffentlichungskalender für ausgewählte Statistiken der Deutschen Bundesbank liegen vor und können unter der nebenstehenden Internetadresse abgerufen werden. Die entsprechenden Daten werden ebenfalls im Internet publiziert.

Der Monatsbericht erscheint im Selbstverlag der Deutschen Bundesbank, Frankfurt am Main, und wird aufgrund von § 18 des Gesetzes über die Deutsche Bundesbank veröffentlicht. Er wird an Interessenten kostenlos abgegeben.



■ Inhalt

■ Die Wirtschaftslage in Deutschland um die Jahreswende 2014/2015.....	5
Überblick.....	6
Internationales und europäisches Umfeld.....	11
<i>Zu den möglichen realwirtschaftlichen Auswirkungen des Ölpreisrückgangs.....</i>	<i>13</i>
<i>Zu den Ursachen des Ölpreisrückgangs.....</i>	<i>17</i>
Geldpolitik und Bankgeschäft.....	25
<i>Geldmarktsteuerung und Liquiditätsbedarf.....</i>	<i>26</i>
Finanzmärkte.....	40
Konjunktur in Deutschland.....	50
<i>Die Preise für Wohnimmobilien in Deutschland im Jahr 2014.....</i>	<i>58</i>
Öffentliche Finanzen.....	64
<i>Zur strukturellen Entwicklung der Staatsfinanzen in Deutschland – Ergebnisse des disaggregierten Ansatzes für das Jahr 2014.....</i>	<i>65</i>

■ Statistischer Teil.....	1•
Wichtige Wirtschaftsdaten für die Europäische Währungsunion.....	5•
Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion	8•
Konsolidierter Ausweis des Eurosystems.....	16•
Banken	20•
Mindestreserven	42•
Zinssätze.....	43•
Versicherungen und Pensionseinrichtungen.....	48•
Kapitalmarkt	50•
Finanzierungsrechnung	54•
Öffentliche Finanzen in Deutschland	58•
Konjunkturlage in Deutschland	65•
Außenwirtschaft	74•
■ Übersicht über Veröffentlichungen der Deutschen Bundesbank	83•

Abkürzungen und Zeichen

- p** vorläufige Zahl
- r** berichtigte Zahl
- s** geschätzte Zahl
- ts** teilweise geschätzte Zahl
- ... Angabe fällt später an
- . Zahlenwert unbekannt, geheim zu halten oder nicht sinnvoll
- 0** weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
- nichts vorhanden

Differenzen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Die Wirtschaftslage in Deutschland um die Jahreswende 2014/2015

Überblick

Die deutsche Wirtschaft überwindet die konjunkturelle Schwächephase rascher als erwartet

Weltwirtschaft

Die Weltwirtschaft dürfte im letzten Jahresviertel 2014 das moderate Expansionstempo des dritten Quartals im Großen und Ganzen gehalten haben. Dabei hat das Wachstum in den Industrieländern im Herbst an Breite gewonnen. Das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) in den USA legte zwar nicht mehr so stark zu wie im Vorquartal, in dem Sondereffekte im Spiel waren. Allerdings ist die Wirtschaftsleistung im Euro-Raum nach den ersten Schätzungen auch wegen der kräftigen Impulse aus Deutschland etwas schwungvoller gewachsen als zuvor. In den großen Schwellenländern waren die Grundtendenzen zum Jahresende weiterhin recht unterschiedlich. Während sich in China und Indien die – für die Verhältnisse dieser Länder – moderate gesamtwirtschaftliche Aufwärtsbewegung fortgesetzt hat, scheint die Konjunktur in Russland und Brasilien schwach geblieben zu sein.

Im Jahresdurchschnitt 2014 expandierte das globale BIP nach der Schätzung des IWF vom Januar 2015 mit der gleichen Rate wie im Jahr zuvor. Das Wachstum der Weltwirtschaft lag damit in den vergangenen drei Jahren jeweils deutlich unter dem Durchschnitt der Aufschwungjahre 2010 und 2011 und des Zeitraums 2002 bis 2007. Da die Geldpolitik bis zuletzt ausgesprochen expansiv ausgerichtet war und von der Fiskalpolitik insbesondere im vergangenen Jahr deutlich geringere bremsende Effekte ausgingen, spricht vieles dafür, dass die Tempoverlangsamung in erster Linie mit einer schwächeren Expansion des Produktionspotenzials sowohl in den Fortgeschrittenen Volkswirtschaften als auch in den Schwellen- und Entwicklungsländern zusammenhängt.

Im ersten Quartal 2015 scheint die Weltwirtschaft ihre moderate Aufwärtsentwicklung fortzusetzen. Tendenziell dürfte das globale Wachstum durch den drastischen Ölpreisrückgang seit Mitte 2014 gestützt werden. Einer Kalkulation des IWF zufolge könnte der angebotsbedingte Teil des Preisrutsches das reale Welt-BIP um ¼% bis ¾% im laufenden Jahr anheben. Die stimulierenden Wirkungen dürften in erster Linie den Öl importierenden Staaten zugutekommen, während vor allem die Ölförderländer ohne nennenswerte finanzielle Reserven ihre Absorption wohl spürbar einschränken müssen.

Die Entwicklung an den internationalen Finanzmärkten stand im vierten Quartal 2014 zunehmend im Zeichen der Erwartung umfangreicher Wertpapierkäufe durch das Eurosystem. Anlass hierfür gaben die vor dem Hintergrund der stark rückläufigen Ölpreise nachgebenden mittel- und längerfristigen Inflationserwartungen. Die Aussicht auf ein erweitertes Wertpapierankaufprogramm drückte die Anleiherenditen im Euro-Raum (mit Ausnahme Griechenlands) bereits im Vorfeld auf breiter Front; in mehreren Ländern wurden vorübergehend neue Tiefstände verzeichnet. Die Renditen der zehnjährigen Bundesanleihen erreichten zuletzt ein Niveau von 0,33%. Auch außerhalb des Euro-Raums gaben die Anleiherenditen angesichts der reichlichen Liquiditätsversorgung und der sinkenden Ölpreise nach. Die Aktienmärkte entwickelten sich in diesem Umfeld überwiegend freundlich. So profitierten die europäischen Börsen von einer hohen Nachfrage nach Aktien; verglichen mit Ende September 2014 stiegen die Kurse um rund 9%. Offenbar übertraf das Ankaufprogramm des Eurosystems in Volumen und Breite die Erwartungen mancher Marktteilnehmer und löste nach seiner Ankündigung eine verstärkte Suche nach alternativen Anlagemöglichkeiten aus. Zudem dürfte die Abwertung des Euro bei exportorientierten Unternehmen zusätzliche Gewinnerwartungen geweckt haben. Im gewichteten Durchschnitt gegenüber den Wäh-

Finanzmärkte

rungen von 19 wichtigen Handelspartnern verlor der Euro seit Ende September 2014 per saldo rund 5% an Wert. Der Anstieg der impliziten Aktienmarktvolatilität sowie die größere Uneinigkeit unter den Aktienanalysten weisen auf eine erhöhte Kursunsicherheit am Aktienmarkt hin.

Geldpolitik

Der EZB-Rat beließ im Berichtszeitraum die Leitzinsen im Euro-Währungsgebiet auf dem Niveau, das sie nach der Zinssenkung vom 4. September 2014 erreicht hatten. Am 22. Januar 2015 beschloss der EZB-Rat, auch den Zinssatz der sechs verbliebenen gezielten längerfristigen Refinanzierungsgeschäfte (GLRG) auf das Niveau des Hauptrefinanzierungssatzes zu senken.

Gleichzeitig kündigte der EZB-Rat ein erweitertes Ankaufprogramm für Vermögenswerte (Extended Asset Purchase Programme: EAPP) an. Im Rahmen des EAPP setzt das Eurosystem den Ankauf von gedeckten Schuldverschreibungen (CBPP3) und Asset Backed Securities (ABSPP) fort. Hinzu kommen ab März 2015 zusätzlich Käufe von Anleihen, die von im Euro-Raum ansässigen Zentralstaaten, Emittenten mit Förderauftrag und europäischen Institutionen begeben werden. Das monatliche Ankaufvolumen soll unter dem erweiterten Programm insgesamt 60 Mrd € betragen, und es ist beabsichtigt, die monatlichen Käufe in diesem Umfang solange zu tätigen, bis der EZB-Rat eine nachhaltige Korrektur der Inflationsentwicklung erkennt, die im Einklang steht mit dem Ziel, mittelfristig Inflationsraten von unter, aber nahe 2% zu erreichen. Die Mehrheit des EZB-Rats sah das erweiterte Ankaufprogramm als notwendig zur Erfüllung des Preisstabilitätsmandats des Eurosystems an. Begründet wurde diese Einschätzung damit, dass die Inflationsdynamik und die Inflationserwartungen schwächer ausgefallen sind als erwartet und dass das bestehende Ausmaß an geldpolitischer Akkommodierung nicht ausreicht, um den erhöhten Risiken einer zu lang anhaltenden Phase niedriger Inflation zu begegnen.

Das Wachstum des breiten Geldmengenaggregats M3 hat sich im Verlauf des vergangenen Jahres trotz der schleppenden Konjunkturlage, der schwachen Inflationsdynamik und zuletzt deutlicher Kursverluste des Euro merklich erholt. Ursächlich für den fortgesetzten Anstieg der M3-Jahresrate von 2,5% Ende September auf 3,6% zum Jahresende war vor allem die anhaltende Präferenz des geldhaltenden Sektors für hochliquide Anlagen, die durch weiter sinkende Zinsen gefördert wurde. Auch die seit Sommer 2013 zu beobachtende allmähliche Erholung der Buchkredite an den Privatsektor setzte sich im Berichtsquartal fort. Optimistisch stimmt dabei vor allem, dass die Aufwärtsbewegung abermals stark von den Ausleihungen an nichtfinanzielle Unternehmen getragen wurde. Neben dem verhaltenen Wachstum der realwirtschaftlichen Aktivität dürfte die Erholung der Kreditvergabe auch der äußerst expansiven Geldpolitik geschuldet sein.

Am 4. Februar 2015 beschloss der EZB-Rat, die Aussetzung der Mindestbonitätsanforderungen für marktfähige Sicherheiten, welche vom griechischen Staat begeben oder garantiert wurden, aufzuheben. Durch die Aussetzung konnten entsprechende Instrumente bislang für geldpolitische Geschäfte des Eurosystems genutzt werden, obwohl sie die Mindestbonitätsanforderungen nicht erfüllen. Die Entscheidung des EZB-Rats beruht auf der Einschätzung, dass derzeit nicht von einem erfolgreichen Abschluss der Überprüfung des Anpassungsprogramms ausgegangen werden kann, und steht im Einklang mit den geltenden Regelungen des Eurosystems. In der Folge verlagerte sich die Finanzierung des griechischen Bankensystems weg von der geldpolitischen Refinanzierung auf Liquiditätshilfen (Emergency Liquidity Assistance: ELA). Letztere sind kurzfristige Hilfen der nationalen Zentralbanken an solvente Banken mit temporären Liquiditätsproblemen. Die griechischen Banken, die ELA empfangen, sollten daher Maßnahmen ergreifen, um ihre Liquiditätsposition zu verbessern. Dem widerspräche eine Ausweitung des Liquiditätsbedarfs durch

die Aufnahme kurzfristiger griechischer Staatsschuldtitle in den kommenden Wochen.

Die Konjunktur in Deutschland hat nach der Schwächephase über weite Strecken des vergangenen Jahres noch vor dem Jahreswechsel wieder deutlich Fahrt aufgenommen. Der Schnellmeldung des Statistischen Bundesamtes zufolge stieg das reale BIP im letzten Vierteljahr 2014 saison- und kalenderbereinigt kräftig um 0,7% gegenüber dem Vorquartal an, in dem es lediglich zu einer sehr verhaltenen Zunahme gekommen war. Angesichts des erst im November eingeleiteten Stimmungsumschwungs im Unternehmensbereich ist es bemerkenswert, wie schnell und insbesondere wie stark das Wirtschaftswachstum in Deutschland gegen Jahresende angezogen hat.

Mit der Abwertung des Euro und dem Ölpreisverfall, die gegen Jahresmitte 2014 einsetzten und sich zum Jahresende spürbar verstärkten, haben sich einige Eckwerte des globalen Umfelds erheblich verändert. In der Folge erhöhten die Unternehmen trotz mäßiger Erwartungen für die Weltkonjunktur die Produktion in Aussicht auf bessere Geschäfte. Die Aufwärtsbewegung beruhte aber nicht nur auf den Auslandsmärkten. Ein besonders kräftiger Impuls kam aus der Binnenwirtschaft. Hintergrund war der mit dem Energiepreisrückgang verbundene erhebliche Kaufkraftzuwachs, der dem privaten Verbrauch in einem durch die spürbaren Entgeltzuwächse und die geringe Arbeitslosigkeit ohnehin seit einiger Zeit schon vorteilhaften Umfeld erneut zu einem starken Plus verhalf. Von den Ausrüstungsinvestitionen sind im Jahreschlussquartal vermutlich keine Anstöße gekommen. Demgegenüber wurde wohl wieder mehr in Bauten investiert.

Der Arbeitsmarkt war im Herbst 2014 nicht nur durch eine stabile Aufwärtstendenz der Beschäftigung, sondern auch durch einen spürbaren Rückgang der Arbeitslosigkeit gekennzeichnet. Dazu hat beigetragen, dass die Unternehmen wieder mehr Erwerbslose rekrutiert haben. Zum einen entstand Kräftebedarf in den

gegenwärtig boomenden Dienstleistungsbranchen. Zum anderen war Ersatz für Arbeitnehmer, welche die abschlagsfreie Rente mit 63 in Anspruch genommen haben, zu finden. Dass die zunehmende Personalnachfrage nicht gleich gedeckt werden konnte, zeigt sich an den rasch gestiegenen Vakanzen. Für die nächsten Monate lässt dies im Verein mit den anderen Frühindikatoren für den Arbeitsmarkt vermuten, dass die Beschäftigung weiter zunimmt und die Arbeitslosigkeit sinkt.

Die Lohnrunde 2014 brachte den Arbeitnehmern im Durchschnitt einen Zuwachs ihrer Tarifvergütungen um 3,0% gegenüber dem Vorjahr. Damit erhöhten sich die von den Sozialpartnern ausgehandelten Entgeltleistungen so stark wie seit fast 20 Jahren nicht mehr.

Die Preisentwicklung wird am aktuellen Rand auf allen Absatzstufen maßgeblich vom Verfall der Rohölnotierungen geprägt. Der entgegengesetzt wirkende inländische Lohnkostentrend und die spürbare Abwertung des Euro gegenüber wichtigen Währungen werden in den Gesamtraten wohl erst stärker sichtbar werden, wenn die direkten Effekte des Ölpreisrückgangs ausgelaufen sind. Der Rückgang der Einfuhrpreise für Energie hat sich in den letzten Monaten des Jahres 2014 spürbar beschleunigt. Im Durchschnitt des vierten Quartals unterschritten die Importpreise ihren Vorjahresstand um beinahe ein Fünftel. Ohne Energie gerechnet tendierten die Einfuhrpreise hingegen leicht nach oben. Auf der inländischen Absatzstufe verringerten sich die Energiepreise weniger stark als bei den Einfuhren, weil hier Strom und Gas, deren Preise sich nicht so deutlich ermäßigten wie die von Mineralölprodukten, eine größere Rolle spielen. Auf der Verbraucherstufe gaben die Preise im Herbst 2014 im Vergleich zum Vorquartal recht deutlich nach. Dies setzte sich zu Jahresbeginn 2015 fort, und der Vorjahresabstand drehte ins Negative. Dahinter stand neben dem fortgesetzt starken Rückgang der Energiepreise eine außergewöhnliche Ermäßigung der Preise von Pauschalreisen. Die Einführung des allgemeinen gesetzlichen Mindest-

lohns zum 1. Januar 2015 hatte bisher nur sehr begrenzte Auswirkungen auf die Verbraucherpreise. In den nächsten Monaten dürften die Vorjahresraten bei den Verbraucherpreisen – ebenso wie bei den Einfuhr- und Erzeugerpreisen – negativ ausfallen, wenn die Rohölnotierungen nicht weiter ansteigen sollten.

Vom konjunkturellen Aufwind wird die deutsche Wirtschaft auch nach dem Jahreswechsel 2014/2015 profitieren. Kurzfristig ist der private Verbrauch die Hauptstütze der Belebung. Zudem eröffnet der spürbar reduzierte Außenwert des Euro der Industrie trotz der nach wie vor mäßigen Gangart der Weltwirtschaft erhöhte Absatzchancen außerhalb der Europäischen Währungsunion. Außerdem könnten konjunkturstimulierende Effekte der Abwertung in den EWU-Partnerländern Sekundärwirkungen über den Handelskanal auslösen. Dies deutet sich in der breit angelegten Zunahme der Industrieaufträge im vierten Quartal an. Im Laufe der Zeit könnte im Gefolge der sich verbessernden Geschäftsaussichten und erhöhter Kapazitätsauslastung die ins Stocken geratene Investitions-erholung wieder Fahrt aufnehmen. Angesichts des aufgehellten konjunkturellen Gesamtbilds ist es nachvollziehbar, dass aktuelle Prognosen des Wirtschaftswachstums in Deutschland im laufenden Jahr merklich höher ausfallen als Vorausschätzungen, die im Herbst des vergangenen Jahres abgeschlossen wurden.

Öffentliche Finanzen

Die Lage der deutschen Staatsfinanzen verbesserte sich im abgelaufenen Jahr. Nach ersten vorläufigen Ergebnissen verzeichnete der staatliche Gesamthaushalt einen spürbaren Überschuss, nachdem er in den beiden Vorjahren praktisch ausgeglichen war. Bei weitgehend neutralem Konjunkteinfluss wurde ein struktureller Überschuss in ähnlicher Größenordnung erzielt. Die Verbesserung im Vorjahresvergleich ging per saldo auf niedrigere Zinsausgaben zurück, während sich der Primärsaldo (ohne Zinsaufwendungen) kaum veränderte. Die Schuldenquote ist bis zum Ende des dritten Quartals vor allem wegen des nominalen BIP-Wachstums weiter gesunken. Im laufenden Jahr wird sich

der Finanzierungssaldo voraussichtlich wieder verschlechtern, aber wohl noch im Plus bleiben. Bei den Sozialausgaben sind weiterhin deutliche Zuwächse angelegt, und in anderen Bereichen – wie Verkehrsinfrastruktur, Bildung und Forschung – ist mit einem beschleunigten Anstieg zu rechnen. Die Rückführung der Schuldenquote wird sich aus heutiger Sicht fortsetzen.

Ein im Mittel über den Konjunkturzyklus mindestens ausgeglichener Staatshaushalt ist ein wichtiger Beitrag dazu, die immer noch hohe Schuldenquote bis zum Ende dieses Jahrzehnts auf eine Größenordnung von 60% zurückzuführen. Nicht zuletzt weil sich dann die demografische Belastung wieder verstärkt, wäre auch eine Beibehaltung des moderaten strukturellen Überschusses keineswegs überambitioniert. Angesichts des immer noch schwierigen gesamtwirtschaftlichen Umfelds auf europäischer Ebene erscheinen die bisherigen Planungen für das gesamtstaatliche Aggregat aber angemessen. Diese sehen für das laufende Jahr eine spürbare strukturelle Verschlechterung vor allem infolge der Rücklagenverringerung der Sozialversicherungen vor. Unerwartete konjunkturbedingte Haushaltsentwicklungen sollten dabei hingenommen werden, das heißt, die automatischen Stabilisatoren sollten wirken können. Insgesamt leistet die deutsche Finanzpolitik einen entscheidenden Stabilisierungsbeitrag in der EWU, auch wenn innerhalb des bisherigen Finanzrahmens konsequenter an der Stärkung des Wachstumspotenzials gearbeitet werden könnte. Mit einem schuldenfinanzierten Nachfrageimpuls in Deutschland ließe sich hingegen – angesichts einer weitgehend neutralen konjunkturellen Lage hierzulande und nur geringer Ausstrahlung auf den übrigen Euro-Raum – wenig gewinnen.

Der Bund konnte das Haushaltsjahr 2014 erstmals seit 1969 ohne Nettokreditaufnahme (d. h. mit einer „schwarzen Null“) abschließen. Dabei profitierte er in besonderem Maße von den außerordentlich niedrigen Zinsen. Der Ende November verabschiedete Haushalt 2015 sieht gegenüber dem Ist 2014 zwar keine weitere

Saldenverbesserung vor. Verschiedene positive Planabweichungen aus dem Vorjahr dürften sich aber ins laufende Jahr fortschreiben, und auch die verbesserten Wachstumsperspektiven der deutschen Wirtschaft sollten sich in den öffentlichen Haushalten niederschlagen. Diese günstigeren Aussichten sollten jedoch nicht einfach als Gestaltungsspielräume interpretiert werden. So sind auf längere Sicht umfangreiche demografisch bedingte Belastungen sowie ein wieder ansteigendes Zinsniveau in Rechnung zu stellen, und es bestehen aktuell verschiedene Haushaltsrisiken. Nicht zuletzt bei der vielfach

geforderten und bereits angekündigten Aufstockung der Investitionen ist es wichtig, den Bedarf zunächst kritisch zu prüfen, die Aufwendungen einschließlich ihrer Folgekosten realistisch zu veranschlagen sowie Kostensenkungsmöglichkeiten bei Planung, Bau und Betrieb konsequent zu nutzen. Bei einer Beteiligung des Privatsektors ist zusätzlich auf eine angemessene Verteilung der wirtschaftlichen Risiken zu achten. Eine gute Infrastruktur ist wichtig, erfordert aber weder neue öffentliche Schulden noch eine Umgehung der Schuldenbremse.

Internationales und europäisches Umfeld

Weltwirtschaftliche Entwicklung

Weltwirtschaft im Herbst weiterhin mit moderatem Expansions-tempo

Die Weltwirtschaft dürfte im letzten Jahresviertel 2014 das moderate Expansionstempo des dritten Quartals im Großen und Ganzen gehalten haben. Das Wachstum in den Industrieländern ist im Herbst breit fundiert gewesen. Das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) in den USA legte zwar nicht mehr so stark zu wie im Vorquartal, in dem Sondereffekte im Spiel waren. Die japanische Wirtschaft scheint aber nach dem deutlichen, durch die Mehrwertsteueranhebung ausgelösten Aktivitätsrückgang im Sommerhalbjahr wieder auf einen Expansionskurs zurückgekehrt zu sein; bei Abschluss dieses Berichts lagen allerdings noch keine BIP-Angaben für das abgelaufene Quartal vor. Der Euro-Raum ist nach den ersten Schätzungen im letzten Jahresviertel etwas kräftiger gewachsen als zuvor. In den großen Schwellenländern waren die Grundtendenzen zum Jahresende weiterhin recht unterschiedlich. Während sich in China und Indien die – für ihre Verhältnisse – moderate gesamtwirtschaftliche Expansion fortgesetzt hat, dürfte die Konjunktur in Russland und Brasilien kraftlos geblieben sein.

Jahresergebnis erneut unter längerfristigem Durchschnitt

Im Jahresdurchschnitt 2014 ist das globale BIP nach der Schätzung des IWF vom Januar 2015 mit der gleichen Rate gewachsen wie im Jahr zuvor, und zwar um 3¼% auf der Basis von Kaufkraftparitäten beziehungsweise 2½% zu Marktwechselkursen. Dabei haben sich die Expansionskräfte insofern verlagert, als sich der Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Produktion in den Fortgeschrittenen Volkswirtschaften dem IWF zufolge (in Kaufkraftparitäten gerechnet) um ½ Prozentpunkt auf 1¾% beschleunigt hat, wohingegen die Schwellen- und Entwicklungsländer mit 4½% um ¼ Prozentpunkt langsamer vorankamen. Das schlechtere Abschneiden dieser Gruppe ist vor allem auf eine erheblich geringere Dynamik in der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten und in Lateinamerika zurück-

zuführen; dagegen wuchsen die asiatischen Länder so kräftig wie im Jahr zuvor. Die Wachstumsraten für die Weltwirtschaft lagen in den letzten drei Jahren jeweils bei 3¼% gemäß kaufkraftparitätischer Rechnung, verglichen mit 4¾% im Durchschnitt der Aufschwungjahre 2010 und 2011 oder des Zeitraums 2002 bis 2007. Da die Geldpolitik bis zuletzt ausgesprochen expansiv ausgerichtet war und von der Fiskalpolitik im vergangenen Jahr deutlich geringere bremsende Effekte ausgingen, spricht vieles dafür, dass die Tempoverlangsamung in erster Linie mit einer schwächeren Expansion des Produktionspotenzials sowohl in den Fortgeschrittenen Volkswirtschaften als auch in den Schwellen- und Entwicklungsländern zusammenhängt.

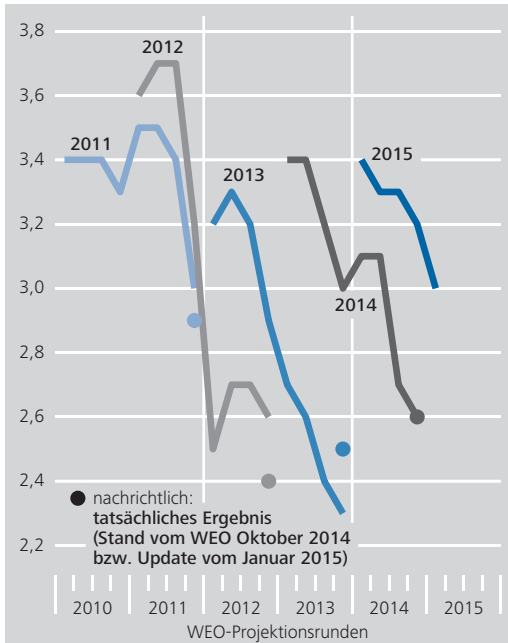
Im ersten Quartal 2015 scheint die Weltwirtschaft ihre moderate Aufwärtsentwicklung fortzusetzen. Dafür spricht unter anderem, dass die globalen Einkaufsmanagerindizes für das Verarbeitende Gewerbe und den Dienstleistungssektor im Januar wieder leicht anzogen, nachdem sie im zweiten Halbjahr 2014 einem Abwärtskurs gefolgt waren, ohne allerdings die Expansionsschwelle unterschritten zu haben. Tendenziell dürfte das globale Wachstum durch den drastischen Ölpreisrückgang seit Mitte 2014 gestützt werden. Einer Kalkulation des IWF zufolge könnte der angebotsbedingte Teil des Preisrutsches das reale Welt-BIP um ¼% bis ¾% im laufenden Jahr anheben.¹⁾ Ungeachtet derartiger Modellrechnungen lässt sich jedoch die Stärke des Impulses wegen der hohen Unsicherheiten über Ursachen, Dauerhaftigkeit und mögliche Effekte der Rohölverbilligung kaum prognostizieren (siehe Erläuterungen auf S. 13 ff.). Die stimulierenden Wirkungen dürften in erster Linie den Öl importierenden Staaten zugutekommen, während vor allem die Ölför-

Fortsetzung der globalen Aufwärtsentwicklung im Winter 2015

¹ Vgl.: R. Arezki und O. Blanchard, Seven Questions about the Recent Oil Price Slump, IWF, veröffentlicht am 22. Dezember 2014 unter <http://blog-imfdirect.imf.org/>

Evolution der IWF-Projektionen für das globale reale BIP-Wachstum¹⁾ im angegebenen Jahr

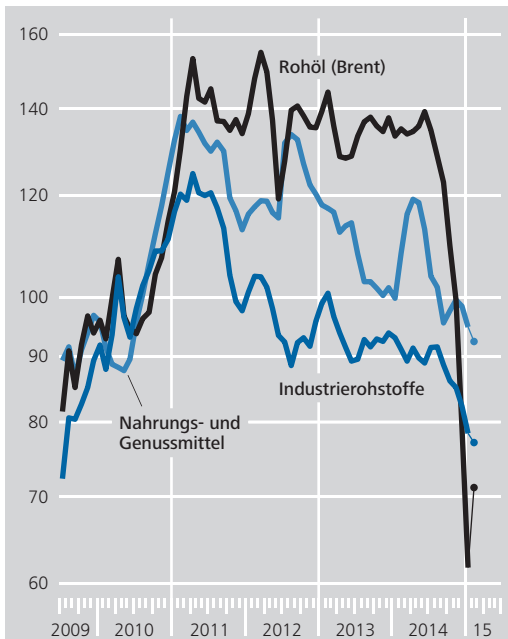
Wachstum gegenüber Vorjahr in %



Quellen: Ausgaben des IWF World Economic Outlook (WEO) und Updates, Januar 2010 bis Januar 2015. * Basierend auf Marktwechsellkursen.
 Deutsche Bundesbank

Weltmarktpreise für Rohöl, Industrierohstoffe sowie Nahrungs- und Genussmittel

US-Dollar-Basis, 2010 = 100, Monatsdurchschnitte, log. Maßstab



Quellen: Thomson Reuters und HWWI. • Letzter Stand: Durchschnitt 1. bis 6. Februar bzw. 1. bis 9. Februar 2015 (Rohöl).
 Deutsche Bundesbank

derländer ohne nennenswerte finanzielle Reserven ihre Absorption wohl spürbar einschränken müssen.

Trotz der Erwartung positiver globaler Impulse des Ölpreistrückgangs hat der IWF im Januar seine Prognose für das globale Wachstum in diesem und im nächsten Jahr im Vergleich zum Herbst um jeweils 0,3 Prozentpunkte auf 3,5% und 3,7% (in kaufkraftparitätischer Rechnung) herabgesetzt. Damit setzte sich die Kette von Abwärtsrevisionen fort.²⁾ Die jüngste Korrektur wurde damit begründet, dass die Bremsfaktoren, insbesondere die Schwäche der Investitionen, die mit der vorsichtigeren Einschätzung des mittelfristigen Wachstums der Weltwirtschaft zusammenhängt, stärker ins Gewicht gefallen seien als zunächst vorausgeschätzt. Dabei ist allerdings mit ins Bild zu nehmen, dass die Herbstprognose des IWF für den Euro-Raum schon vor dem Hintergrund des damals bekannten Datenkranzes recht optimistisch angelegt war. Im Einzelnen werden jetzt die Perspektiven für 2015 und 2016 vor allem für den Euro-Raum, Japan und mehrere größere Schwellenländer vorsichtiger eingeschätzt. Besonders kräftig fallen die Abstriche für Russland aus, für das nun für dieses und nächstes Jahr eine Rezession erwartet wird. Merkwürdig nach oben gesetzt (um 0,5 und 0,3 Prozentpunkte auf 3,6% und 3,3%) wurde dagegen die Prognose für die USA mit dem Hinweis, dass der Aufschwung dort stärker sei als bisher erwartet. Dies trifft gewiss für die vergangenen Quartale zu; für das laufende Jahr ist jedoch unter anderem zu berücksichtigen, dass der drastische Ölpreistrückgang die Investitionen der amerikanischen Öl- und Gasindustrie spürbar dämpfen könnte. Gemessen an der Korrektur der Projektion des globalen BIP-Wachstums ist die Herabsetzung der Welthandelsprognose um 1,1 Prozentpunkte auf 3,8% im laufenden Jahr besonders kräftig ausgefallen. Die Abwärtskorrektur hängt vor allem mit der Erwartung zusammen, dass das

Trotz Ölpreisrückgang erneute Abwärtskorrektur der IWF-Prognose

2 Vgl.: Deutsche Bundesbank, Zum Korrekturbedarf der globalen Wachstumsprojektionen in den vergangenen Jahren, Monatsbericht, November 2014, S. 12 ff.

Zu den möglichen realwirtschaftlichen Auswirkungen des Ölpreizrückgangs

Seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs ist fast jeder Rezession der US-Wirtschaft ein kräftiger Anstieg des Rohölpreises vorausgegangen.¹⁾ Diese Beobachtung hat eine breite und vielfältige Literatur zum Zusammenhang zwischen Änderungen des Ölpreises und dem Wachstum der gesamtwirtschaftlichen Aktivität hervorgebracht. Im Fokus stehen dabei jedoch regelmäßig plötzliche Verteuerungen von Rohöl, weniger ein abrupter Preisrückgang.²⁾

Ein grundlegendes Problem dieser Analysen ist die Endogenität des Ölpreises. Nicht nur können Ölpreise die gesamtwirtschaftliche Produktion beeinflussen, umgekehrt reflektieren sie auch die Dynamik der aggregierten Nachfrage. So könnte ein Preisrutsch bei Rohöl Ausdruck einer globalen Rezession sein, wie es etwa 2008/2009 der Fall war. Mögliche stimulierende Effekte des Preisrückgangs wären dann im Vergleich zu der ursächlichen Schwäche der aggregierten Nachfrage nur von untergeordneter Bedeutung.

Eine wesentliche Schwierigkeit für die empirische Forschung ist daher die adäquate Identifikation von Ölangebotsschocks, die selbst nicht unter dem Einfluss der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage stehen.³⁾ Als treibende Kraft hinter dem jüngsten Preisrutsch werden überwiegend angebotsseitige Faktoren gesehen (siehe Erläuterungen auf S. 17 f.). Daher sind zumindest für diesen Teil der Verbilligung die isolierten Effekte einer Ölpreisänderung maßgeblich, wie sie im Folgenden erläutert werden. Neben der eigentlichen Ursache ist auch die Persistenz des Preisrückgangs eine wesentliche Determinante für das Ausmaß der realwirtschaftlichen Effekte. Je länger er anhält, umso deutlicher dürfte er auf die Konsum- und Investitionsentscheidungen der Wirtschaftssubjekte Einfluss nehmen.

Offensichtlich ist, dass ein Preisrückgang die Terms of Trade zugunsten der Öl importierenden Volkswirtschaften und zulasten der

Ölexporture verschiebt. Das entspricht einer internationalen Umverteilung von Einkommen; aus Sicht des globalen Einkommens handelt es sich dabei um ein Nullsummenspiel. Ob sich die globale gesamtwirtschaftliche Erzeugung kurzfristig über diesen Kanal ändert, hängt davon ab, inwieweit sich die marginalen Ausgabenneigungen zwischen den Öl importierenden und exportierenden Volkswirtschaften unterscheiden. Da die Zahl der Öl ausführenden Länder relativ klein ist, ballen sich einerseits die Einkommensverluste entsprechend stark in einzelnen Volkswirtschaften. Andererseits haben einige Förderländer hohe finanzielle Reserven angehäuft, sodass sie ihre Absorption über einen längeren Zeitraum durch Entsparen aufrechterhalten könnten.

Vielfach wird Öl (bzw. Energie) als ein Faktor gesehen, der zur Erstellung des gesamtwirtschaftlichen Outputs eingesetzt werden muss. Aus dieser Perspektive verbilligt sich also ein Produktionsfaktor, sodass sich seine eingesetzte Menge und damit das Produktionspotenzial erhöhen. Dadurch wird auch die globale Wirtschaftsleistung gesteigert, wenngleich es sich hierbei um einen eher längerfristigen Mechanismus handelt.

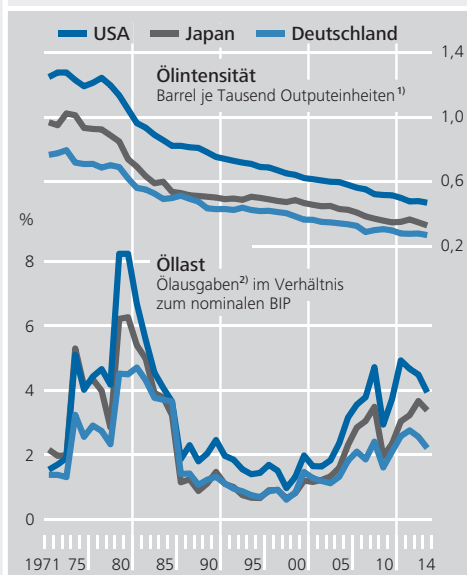
Als wesentliche Determinante für das Ausmaß der realwirtschaftlichen Effekte wird oftmals die Ölintensität genannt, also das Verhältnis des realen Ölverbrauchs zur (ebenfalls realen) Wirtschaftsleistung. Da diese Relation im Zeitablauf erheblich gesunken ist, sollte eigentlich auch der Einfluss von Ölpreisänderungen auf die Wirtschaftsaktivität entsprechend abgenommen haben.

1 Vgl.: J. D. Hamilton (2011), Nonlinearities and the Macroeconomic Effects of Oil Prices, *Macroeconomic Dynamics*, Vol. 15, S. 364–378.

2 Vgl. im Folgenden: Deutsche Bundesbank, Der Rohölpreis und seine Bedeutung für die Konjunktur in den Industrieländern, Monatsbericht, Juni 2012, S. 29–53.

3 Vgl.: L. Kilian (2009), Not All Oil Price Shocks Are Alike: Disentangling Demand and Supply Shocks in the Crude Oil Market, *American Economic Review*, Vol. 99, S. 1053–1069.

Belastung wichtiger Volkswirtschaften durch Rohölkosten



Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis von Daten der US Energy Information Administration, der Internationalen Energieagentur, der OECD und des IWF. Angaben für 2014 sind Vorausschätzungen. ¹ Niveaus gemäß Marktwechsellkursen von 2005. ² Bewertung des Ölverbrauchs mithilfe des Preises für Brent.

Deutsche Bundesbank

Allerdings ist für wichtige Effekte die sogenannte „Öllast“, das heißt das wertmäßige Verhältnis in Form des Kosten- beziehungsweise Ausgabenanteils, entscheidender.

So entspricht etwa der Umfang der Einsparungen der privaten Haushalte nach einem Rückgang der Preise für Mineralölzeugnisse dem Produkt aus dem Ausgabenanteil und der prozentualen Änderung des (relativen) Preises. Unter der Annahme einer unveränderten Menge und eines Preisrückgangs von 50% halbieren sich die Ausgaben für Mineralölzeugnisse. Bei einem ursprünglichen Anteil von beispielsweise 5% an den Gesamtausgaben entspricht das einer Minderausgabe in Höhe von 2½%, die nun für den zusätzlichen Konsum von Waren oder Dienstleistungen zur Verfügung steht. Mithin gibt der Ausgabenanteil die Obergrenze für die Elastizität (in diesem Fall 0,05) der aggregierten Nachfrage der Konsumenten gegenüber relativen Preisverschiebungen an. Auch für die Abwägung der Unternehmen über den Einsatz von Öl

in der Produktion ist der Kostenanteil von Bedeutung.

In den vergangenen Jahren waren die Ölausgaben im Verhältnis zum nominalen Bruttoinlandsprodukt in den USA fast doppelt so hoch wie in Deutschland und auch merklich höher als in Japan. Vor diesem Hintergrund könnten gerade Konsumenten und Unternehmen in den USA erheblich vom Rückgang des Ölpreises profitieren. Mit ins Bild zu nehmen ist jedoch, dass die USA nicht in dem Maße wie andere Industrieländer von Ölimporten abhängig sind. Damit stellt ein Teil der Entlastung lediglich eine Umverteilung von Einkommen innerhalb der amerikanischen Volkswirtschaft dar. Eine deutliche Einschränkung der Investitionen in der Öl- und Gasindustrie könnte dort stimulierenden Effekten auf den privaten Konsum gegenüberstehen, die jedoch ebenfalls nicht sicher sind. Zum Jahreswechsel 2014/2015 fielen der Kfz-Absatz und die Einzelhandelsumsätze in den USA enttäuschend aus.

Darüber hinaus werden in der Literatur noch diverse weitere Wirkungen von Ölpreisänderungen diskutiert. Insbesondere gehen einige Studien einem aktivitätsdämpfenden Einfluss der Volatilität des Ölpreises nach.⁴⁾ Sie könnte etwa die Unsicherheit erhöhen und so Unternehmen zum Aufschub von Investitionen veranlassen. Ein derartiger Effekt wäre ein Grund, weshalb ein Ölpreissrückgang möglicherweise nicht in dem gleichen Maße das Wirtschaftswachstum anregt, wie ein Ölpreisanstieg es belastet. Solchen asymmetrischen Wirkungen widmet sich ein weiterer Strang der Literatur.⁵⁾ Den Hintergrund hierfür bildeten die Erfahrungen des Jahres 1986, als der kräftige Preisrutsch bei Rohöl es nicht vermochte, das

⁴ Vgl. etwa: J. P. Ferderer (1996), Oil Price Volatility and the Macroeconomy, *Journal of Macroeconomics*, Vol. 18, S. 1–26; sowie S. Jo (2014), The Effects of Oil Price Uncertainty on Global Real Economic Activity, *Journal of Money, Credit and Banking*, Vol. 46, S. 1113–1135.

⁵ Vgl. insbesondere: K. A. Mork (1989), Oil and the Macroeconomy When Prices Go Up and Down: An Extension of Hamilton's Results, *Journal of Political Economy*, Vol. 97, S. 740–744; sowie J. D. Hamilton (2011), a. a. O.

Expansionstempo der US-Wirtschaft zu erhöhen.

In einigen makroökonomischen Modellen, wie etwa NiGEM, das Weltwirtschaftsmodell des National Institute of Economic and Social Research (NIESR), drückt ein Ölpreisrückgang das allgemeine Preis- und Lohnniveau sowie vorübergehend die Inflationserwartungen. Unter der Annahme einer regelgebundenen Geldpolitik ruft die Abweichung der Inflationsrate von ihrer Zielmarke eine Zinsreaktion der Zentralbank hervor. Dabei spielt die Ursache der Zielverfehlung aufgrund der einfachen Formulierung der Regel keine Rolle. Auf diese Weise stellen sich weitere makroökonomische Effekte ein, die innerhalb des Modells nicht von den „originären“ Wirkungen der Ölpreisänderung separiert werden können. Sie hängen allerdings von der konkreten Ausgestaltung der Notenbankregel ab.⁶⁾

In neukeynesianischen Modellen, einem gängigen makroökonomischen Analyseinstrument, kann sich aus der Absenkung der Inflationserwartungen noch eine zusätzliche Wirkung ergeben. Im Zusammenspiel mit einer Untergrenze der Nominalzinsen von 0% wäre die Geldpolitik nicht mehr in der Lage, einen Anstieg des Realzinses zu verhindern, sodass eine Verlagerung des Konsums in die Zukunft erfolgt. Dadurch führen eine Ausweitung des Ölangebots oder auch andere Schocks, die das Produktionspotenzial erhöhen, wie etwa ein positiver Produktivitätsschock, zu dem paradoxen Ergebnis einer Dämpfung der Wirtschaftsaktivität in der Gegenwart.⁷⁾ Freilich ist fraglich, wie relevant dieser Realzinskanal ist, dessen Wirkung wesentlich durch die konkrete Modellspezifikation beeinflusst wird.⁸⁾ Für liquidiätsbeschränkte Haushalte, die ihren Konsum kaum intertemporal verschieben können und deren Zahl gerade in Zeiten hoher Arbeitslosigkeit bedeutend sein dürfte, ist der kaufkraftsteigernde Effekt eines angebotsbedingten Ölpreisrückgangs sicherlich wichtiger. Mit ihrer Berücksichtigung dominiert auch innerhalb eines neukeynesianischen Modellrahmens der stimulierende Einfluss.⁹⁾ Zudem scheint jüngst veröffentlichte empirische Evidenz für die

USA Zweifel an der aus dem neukeynesianischen Grundmodell abgeleiteten Wirkung von Inflationserwartungen auf das Konsumverhalten zuzulassen.¹⁰⁾

Gemäß einer Schätzung des Internationalen Währungsfonds vom Dezember 2014 könnte der angebotsbedingte Teil des Ölpreisrückgangs die globale Wirtschaftsaktivität im laufenden Jahr um $\frac{3}{4}\%$ anheben, sofern er von Dauer ist. Läuft die Verbilligung hingegen aus, würde sich der positive Einfluss auf $\frac{1}{4}\%$ reduzieren.¹¹⁾ Simulationen mit NiGEM bestätigen Effekte dieser Größenordnung. Allerdings beruhen derartige Modellrechnungen, wie oben erläutert, auf einer Reihe von Annahmen über die Wirkungsweise, nicht zuletzt auf einem symmetrischen Einfluss von Verteuerungen und Verbilligungen. Zudem wird die Kenntnis eines bestimmten zukünftigen Ölpreispfades vorausgesetzt. Vor diesem Hintergrund sind entsprechende Simulationsergebnisse mit Vorsicht zu interpretieren. Zwar dürfte der Ölpreisrückgang tendenziell das globale Wirtschaftswachstum fördern. Allerdings ist das Ausmaß dieses Effekts angesichts der hohen Unsicherheit über Ursachen, Persistenz und Wirkungsweise kaum greifbar. Klarer ist der stimulierende Einfluss für Volkswirtschaften, wie etwa den Euro-Raum, die über keine nennenswerte eigene Ölförderung verfügen.

⁶ Vgl.: R. Barrell und O. Pomerantz, Oil Prices and the World Economy, Oesterreichische Nationalbank, Focus on European Economic Integration, Q1/04, S. 152–177; sowie Deutsche Bundesbank (2012), a. a. O.

⁷ Vgl. auch: G. B. Eggertsson (2010), The Paradox of Toil, Federal Reserve Bank of New York Staff Reports, Nr. 433.

⁸ Vgl.: B. Maćkowiak und M. Wiederholt (2011), Business Cycle Dynamics under Rational Inattention, ECB Working Paper Series, Nr. 1331; sowie X. Gabaix (2012), Boundedly Rational Dynamic Programming: Some Preliminary Results, NBER Working Paper, Nr. 17783.

⁹ Vgl.: J. F. Wieland (2014), Are Negative Supply Shocks Expansionary at the Zero Lower Bound?, University of California, San Diego, Arbeitspapier.

¹⁰ Vgl.: R. Bachmann, T. O. Berg und E. R. Sims (2015), Inflation Expectations and Readiness to Spend: Cross-Sectional Evidence, American Economic Journal: Economic Policy, Vol. 7, S. 1–35.

¹¹ Vgl.: R. Arezki und O. Blanchard, Seven Questions about the Recent Oil Price Slump, IWF, veröffentlicht am 22. Dezember 2014 unter <http://blog-imfdirect.imf.org/>

Wachstum der Importnachfrage der Schwellenländer erstmals seit Langem hinter das der Industrieländer zurückfällt.

Kräftiger Rückgang der Rohölpreise

Rohöl hat sich im Berichtszeitraum nochmals kräftig verbilligt. Im Monatsdurchschnitt Januar mussten für ein Fass der Sorte Brent knapp 50 US-\$ gezahlt werden, verglichen mit 112 US-\$ im Juni 2014. In den ersten Februarwochen stabilisierte sich der Preis zwar oberhalb von 50 US-\$. Damit lag er aber immer noch um fast die Hälfte niedriger als vor Jahresfrist. Für Terminlieferungen werden zurzeit beträchtliche Aufschläge verlangt. Auch die Preise anderer Rohstoffe tendierten in den vergangenen Monaten weiter nach unten. Das gilt für Industrierohstoffe in stärkerem Maße als für Nahrungs- und Genussmittel. Dahinter steht eine allgemein großzügige Versorgung der einzelnen Märkte, zu der aber das Ausbleiben einer Beschleunigung der globalen Konjunktur ebenfalls beigetragen haben dürfte. Für den Preisrutsch bei Rohöl ist wohl auch die Entscheidung der OPEC von Bedeutung gewesen, ihre Förderquoten ungeachtet der aktuellen Marktlage beizubehalten (siehe dazu die Erläuterungen auf S. 17 f.).

Teuerungsrate auf der Verbraucherstufe erheblich gedrück

Die starke Verbilligung von Mineralölprodukten hat den aggregierten Preisauftrieb auf der Verbraucherstufe der Industrieländer erheblich gedrück. Der gesamte Warenkorb der Konsumenten war im Dezember 2014 nur noch um 0,6% teurer als vor Jahresfrist, verglichen mit +1,4% drei Monate zuvor. In der Rechnung ohne Energieträger und Nahrungsmittel, wie sie der sogenannten Kernrate zugrunde liegt, verkürzte sich der Vorjahresabstand im gleichen Zeitraum lediglich etwas auf +1,3%. Gegenüber ihrem Stand von Ende 2013 war die Kernrate damit unverändert. Zwar sind indirekte Effekte der Verbilligung von Mineralölprodukten zu erwarten, ein breit angelegter Rückgang der Verbraucherpreise zeichnet sich für die Industrieländer insgesamt jedoch nach wie vor nicht ab.

Ausgewählte Schwellenländer

Das Expansionstempo der chinesischen Wirtschaft hat sich gemäß den Angaben des Statistikamtes zum Jahresende 2014 abgeschwächt. In saisonbereinigter Betrachtung ist das reale BIP im abgelaufenen Quartal um 1½% gegenüber der Vorperiode gestiegen, in der ein Zuwachs von 2% erzielt worden war. Im Gesamtjahr hat die Wirtschaftsleistung um 7½% expandiert; das ist ebenfalls etwas weniger als 2012 und 2013. Die Verlangsamung im vergangenen Jahr scheint insbesondere auf die merkliche Abkühlung am Wohnungsmarkt zurückzugehen, die die Aktivitäten im Bausektor sowie in einigen Bereichen des Verarbeitenden Gewerbes, etwa der Stahlbranche, belastet hat. Die Schwäche auf dem Häusermarkt hat bis zuletzt angehalten und könnte sich angesichts von Hinweisen auf strukturelle Überkapazitäten im laufenden Jahr fortsetzen.³⁾ In das Bild einer vom Immobilienmarkt ausgehenden Wachstumsmoderation passt, dass die gesamtwirtschaftliche Investitionsdynamik im vergangenen Jahr nachgelassen hat. Die Expansion des Konsums scheint sich dagegen unvermindert fortgesetzt zu haben. Die Kaufkraft der Haushalte wird durch ein anhaltend hohes Lohnwachstum und einen geringeren Preisauftrieb gestützt. Im Gesamtjahr betrug die Teuerungsrate auf der Verbraucherstufe 2,0%.

Chinesische Konjunktur durch Abschwächung am Häusermarkt belastet

Das indische Statistikamt rechnet laut seiner Frühschätzung für das – noch bis März laufende – Fiskaljahr 2014/2015 mit einem realen BIP-Wachstum von 7½%. Im Jahr zuvor war nach revidierten Ergebnissen ein Zuwachs von 7% erreicht worden.⁴⁾ Die leichte Beschleuni-

Leichte Wachstumsverstärkung in Indien im laufenden Fiskaljahr

³ Vgl.: Deutsche Bundesbank, Zu den möglichen realwirtschaftlichen Effekten eines Abschwungs am chinesischen Wohnimmobilienmarkt, Monatsbericht, August 2014, S. 18 ff.

⁴ Im Januar 2015 hat das indische Statistikamt im Rahmen einer umfassenden Revision die Wachstumsraten für die Fiskaljahre 2012/2013 sowie 2013/2014 spürbar angehoben. Außerdem wird seitdem, wie international üblich, das BIP zu Marktpreisen als bevorzugter Indikator für das gesamtwirtschaftliche Produktionsergebnis betrachtet. Zuvor war auf das BIP zu Faktorkosten, also die Bruttowertschöpfung, abgestellt worden.

Zu den Ursachen des Ölpreiserückgangs

Bereinigt man den in US-Dollar gerechneten Ölpreis um das allgemeine Preisniveau, wie es im amerikanischen Verbraucherpreisindex (ohne Energieträger) zum Ausdruck kommt, wird klar, dass dieser reale Ölpreis in den vergangenen Jahren im historischen Vergleich ungewöhnlich hoch war. Lediglich in den Jahren 1979/1980 sowie 2008 hatte er einen ähnlichen Stand erreicht oder kurzzeitig übertroffen. Darüber hinaus ist die Entwicklung des Ölpreises immer wieder durch plötzliche Schübe, aber auch markante Einschnitte geprägt worden. Ein wesentlicher Grund hierfür dürfte sein, dass Angebot und Nachfrage auf dem Ölmarkt kurzfristig kaum auf Preisänderungen reagieren. Deshalb können selbst kleine mengenmäßige Verschiebungen mitunter scharfe Preisbewegungen erfordern, um ein Gleichgewicht auf dem Markt zu gewährleisten.¹⁾

In der Vergangenheit ist der Ölpreis regelmäßig im Umfeld einer Rezession der US-Wirtschaft eingebrochen, wobei dem konjunkturellen Abschwung selbst eine kräftige Verteuerung von Rohöl vorausgegangen war. Dies trifft insbesondere auf die kräftigen Preisrückgänge der Jahre 1974, 1991 und 2008/2009 zu. Angesichts der recht stetigen Entwicklung der Weltwirtschaft und des Ölpreises in den vergangenen Quartalen scheint dieses Erklärungsmuster auf die jüngste Verbilligung nicht zu passen. Als Präzedenzfall könnte vielmehr der Preisrutsch des Jahres 1986 betrachtet werden, der sich inmitten einer Expansionsphase der US-Wirtschaft ereignete. Nach den Krisen der siebziger Jahre erholte sich die globale Ölnachfrage in den achtziger Jahren nur schleppend. Zugleich strömte Öl aus neuen Förderregionen, wie etwa aus Alaska oder der Nordsee, auf den Markt. Insbesondere Saudi-Arabien stemmte sich mit Produktionskürzungen gegen eine einsetzende Erosion des Preises, musste dafür jedoch massive Einnahmeausfälle hinnehmen. Als das Königreich seine Zurückhaltung aufgab, sackte der (nominale) Ölpreis bis Juli 1986 auf nur noch ein Drittel seines Standes vom November 1985 ab.²⁾ In realer Rechnung erreichte er dieses Niveau erst wieder im Jahr 2005, wenn man die kurze Phase während der irakischen Besetzung Kuwaits ausklammert.

Die Nachfrage der zügig gewachsenen Volkswirtschaften der Schwellenländer dürfte ein wesentlicher Grund für den hohen Ölpreis der vergangenen Jahre gewesen sein. Zugleich hat die unkonventionelle Erschließung von Öl- und Gasvorkommen in Nordamerika die Möglichkeit einer erneuten fundamentalen Kräfteverschiebung auf dem Rohölmarkt eröffnet.³⁾ Als Auslöser für den jüngsten Ölpreiserutsch werden zum Teil wiederholte Abwärtsrevisionen der globalen Ölnachfrage durch die Internationale Energieagentur in der zweiten Jahreshälfte 2014 gesehen. Den Hintergrund hierzu bildete eine anhaltend moderate globale Konjunktur, die Hoffnungen auf eine kräftigere Belebung der Weltwirtschaft enttäuschte.⁴⁾ Auch auf die überraschend deutliche Erholung der Ölförderung einiger Mitglieder der Organisation of the Petroleum Exporting Countries (OPEC) bei weiterhin expandierender Produktion in den USA wird verwiesen. Schließlich dürfte die Entscheidung der OPEC und speziell Saudi-Arabiens von Ende November 2014, die bisherigen Förderquoten beizubehalten und damit nicht länger eine stabilisierende Rolle auf dem Ölmarkt wahrzunehmen, den Preisrückgang noch verschärft haben.⁵⁾

Insgesamt wird als treibende Kraft hinter der wahrgenommenen Ölschwemme und der

1 Vgl.: Deutsche Bundesbank, Zur Preiselastizität der Rohölnachfrage in der kurzen Frist, Monatsbericht, Juni 2012, S. 36 ff. Alternativ wird oftmals auf die Rolle von Spekulation auf dem Ölmarkt verwiesen. Vgl. hierzu: Deutsche Bundesbank, Zum Einfluss der Spekulation auf den Ölpreis, Monatsbericht, Juni 2012, S. 34 f.; sowie S. Reitz und U. Slopek (2009), Non-Linear Oil Price Dynamics: A Tale of Heterogeneous Speculators?, German Economic Review, Vol. 10, S. 270–283.

2 Vgl.: Deutsche Bundesbank, Zu den Ölkrisen der siebziger Jahre, Monatsbericht, Juni 2012, S. 31 f.

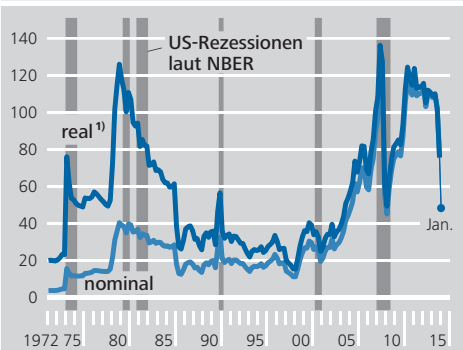
3 Vgl.: Deutsche Bundesbank, Der Rohölpreis und seine Bedeutung für die Konjunktur in den Industrieländern, Monatsbericht, Juni 2012, S. 51.

4 Vgl.: Deutsche Bundesbank, Zum Korrekturbedarf der globalen Wachstumsprojektionen in den vergangenen Jahren, Monatsbericht, November 2014, S. 12 ff.

5 Demgegenüber führen Baumeister und Kilian (2015) den im Vergleich zu anderen Rohstoffpreisen sehr scharfen Rückgang des Rohölpreises seit Juni 2014 auf die akkumulierte Wirkung vergangener ölmarktspezifischer Entwicklungen zurück. Vgl.: C. Baumeister und L. Kilian (2015), Understanding the Decline in the Price of Oil since June 2014, Center for Financial Studies, Arbeitspapier, Nr. 501.

Preis für Rohöl der Sorte Brent

US-Dollar je Barrel, Vierteljahresdurchschnitte



Quellen: IWF, Bureau of Labor Statistics, Haver Analytics und eigene Berechnungen. ¹ Rohölpreis bezogen auf US-CPI ohne Energie (saisonbereinigt, 2014 = 100, Index für Januar 2015 fortgeschrieben).

Deutsche Bundesbank

kräftigen Verbilligung überwiegend die Angebotsseite gesehen.⁶⁾ Allerdings lassen sich die Ursachen nicht mit Sicherheit verorten. Nicht minder unklar ist auch die Dauerhaftigkeit des Preisrückgangs. Die entscheidende Frage ist, wie schnell und auf welchem Preisniveau Ölangebot und -nachfrage unter den

veränderten Bedingungen ein neues Gleichgewicht finden. Aufgrund der abwartenden Haltung der OPEC könnte dabei eine maßgebliche Rolle den flexibel operierenden Unternehmen in der unkonventionellen Ölförderung der USA zukommen.⁷⁾ Meldungen über eine scharf rückläufige Zahl der amerikanischen Bohranlagen haben zum Monatswechsel Januar/Februar jedenfalls schon eine gewisse Erholung des Ölpreises bewirkt.

⁶ Vgl.: R. Arezki und O. Blanchard, Seven Questions about the Recent Oil Price Slump, IWF, veröffentlicht am 22. Dezember 2014 unter <http://blog-imfdirect.imf.org/>; sowie Weltbank, Understanding the Plunge in Oil Prices: Sources and Implications, Global Economic Prospects, Januar 2015, S. 155–168.

⁷ Vgl.: Internationale Energieagentur, Medium-Term Oil Market Report 2015.

gung am aktuellen Rand scheint vor allem einer schnelleren Expansion in der Industrie geschuldet zu sein. Die Teuerung auf der Verbraucherstufe hat sich in den letzten Monaten weiter abgeschwächt. Im Januar 2015 betrug die Rate 5,1%, verglichen mit 8,8% 12 Monate zuvor. Der nachlassende Preisauftrieb ist auch, aber nicht nur einer deutlichen Entspannung auf den Nahrungsmittelmärkten geschuldet. Die indische Zentralbank hat daher ihren restriktiven geldpolitischen Kurs zuletzt etwas gelockert.

Die Konjunktur in Brasilien ist kraftlos geblieben. Im dritten Quartal, bis zu dem Angaben der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) vorliegen, hat das reale BIP in saisonbereinigter Betrachtung praktisch stagniert, nachdem es zwei Quartale in Folge gesunken war. Auch im abgelaufenen Jahresviertel dürfte es zu keiner nennenswerten Erholung gekommen sein. Die brasilianische Notenbank hat unterdessen ihren geldpolitischen Straffungskurs fortgesetzt, den sie zur Bekämpfung der

Inflation vor knapp zwei Jahren eingeleitet hatte. Die Teuerungsrate auf der Verbraucherstufe lag zum Jahresende nur wenig unterhalb der Marke von 6,5%, die die Zentralbank als Obergrenze definiert hat.

Die russische Wirtschaft hatte sich wegen der negativen Folgen des Ukraine-Konflikts bereits in einer angespannten Lage befunden, als sie im Herbst mit dem drastischen Preisverfall bei Rohöl konfrontiert wurde. Daraufhin kam es im Dezember zu einer krisenhaften Zuspitzung an den russischen Finanzmärkten. Zur Stützung der Währung und zur Sicherung der Finanzstabilität haben die staatlichen Behörden am Devisenmarkt interveniert, den Leitzins stark angehoben und verschiedene Hilfsmaßnahmen für Banken auf den Weg gebracht. Die Auswirkungen des Ölpreisverfalls auf die Realwirtschaft dürften dagegen erst im laufenden Jahr voll zur Geltung kommen. Falls sich die Preise für dieses wichtige Exportgut nicht kräftig erholen, dürfte das Land um eine schwere Rezession nicht um-

Russische Wirtschaft von schweren makro-ökonomischen Schocks getroffen

Kraftlose gesamtwirtschaftliche Entwicklung in Brasilien

hinkommen. Im abgelaufenen Jahr ist die russische Wirtschaft nach einer ersten Schätzung des Statistikamtes lediglich um ½% gewachsen; ein separates Ergebnis für das vierte Quartal liegt noch nicht vor. Die drastische Abwertung des Rubel hat aber bereits zu einer deutlichen Zunahme der Inflation geführt. Der damit einhergehende negative Kaufkrafteffekt ist im Hinblick auf die gesamtwirtschaftliche Nachfrage im letzten Quartal 2014 allerdings dadurch überlagert worden, dass die privaten Haushalte in der Erwartung stark steigender Preise Ersparnisse aufgelöst und vermehrt Gebrauchsgüter gekauft haben. Im Januar betrug die Teuerungsrate 15,0%; zum Jahresbeginn 2014 hatte sie noch bei 6,1% gelegen.

USA

*Moderate
Zunahme des
realen BIP*

Bereinigt um übliche saisonale Effekte zog das reale BIP in den USA im Schlussquartal 2014 laut einer ersten Schätzung um ¾% gegenüber der Vorperiode an, in der es um 1¼% zugelegt hatte. Im Schnitt wie im Verlauf des vergangenen Jahres wurde damit ein moderates gesamtwirtschaftliches Wachstum erzielt (+ 2½%). Das sehr hohe Tempo des Sommerhalbjahres ist vor dem Hintergrund der Kontraktion zum Jahresauftakt 2014 zu relativieren.⁵⁾ Hinzu kommt, dass die Expansion im dritten Quartal auch durch eine ungewöhnlich starke Ausweitung der öffentlichen Nachfrage angeheizt worden war. Die folgende Normalisierung belastete das gesamtwirtschaftliche Wachstum im Herbst. Zudem war nicht zu erwarten gewesen, dass der günstige Außenhandelsimpuls aus dem Sommer andauern würde; rechnerisch dämpfte ein Importschub die BIP-Zunahme im letzten Jahresviertel spürbar. Dem stand freilich ein positiver Effekt verstärkten Lageraufbaus gegenüber. Schließlich konnte das hohe Tempo der privaten Bruttoanlageinvestitionen nicht gehalten werden. Dabei machte sich noch kein retardierender Einfluss des Ölpreisverfalls bemerkbar; die gewerblichen Bauinvestitionen im Bergbausektor expandierten ähnlich deutlich wie im Vorquartal. Demgegenüber hat sich die

Gangart des privaten Konsums noch erhöht. Eine solide Grundlage hierfür bildete die starke Zunahme des realen verfügbaren Einkommens, die sich aus einem zeitweise kräftigen Beschäftigungsaufbau und rückläufigen Energiepreisen speiste. So fiel die Erwerbslosenquote von 5,9% im September 2014 auf 5,7% im Januar; sie ist damit nicht mehr weit von dem Bereich entfernt, den die Mehrheit im Offenmarktausschuss der US-Notenbank als längerfristige Norm betrachtet (5,2% bis 5,5%). Die auf den Verbraucherpreisindex bezogene Teuerungsrate sank zum Jahresende 2014 auf 0,8%. Ohne Energie und Nahrungsmittel gerechnet gab sie hingegen nur auf 1,6% nach. Mit Blick auf das laufende Jahr bleibt abzuwarten, inwieweit Kaufkraftgewinne und die kontinuierliche Besserung auf dem Arbeitsmarkt das hohe Expansionstempo des privaten Konsums aufrechterhalten können. Andererseits wäre eine deutliche Einschränkung der Investitionen in der Öl- und Gasindustrie in der Lage, das gesamtwirtschaftliche Wachstum spürbar zu bremsen.

Japan

Zum Abschluss dieses Berichts hatte das japanische Kabinettsamt seine vorläufigen VGR-Ergebnisse für das letzte Jahresviertel 2014 noch nicht veröffentlicht. In der Vergangenheit haben sich die offiziellen BIP-Zahlen oft als volatil und revisionsanfällig erwiesen. Eine Vorausschätzung mithilfe üblicher monatlicher Indikatoren ist erfahrungsgemäß ebenfalls nicht immer verlässlich. Den allgemeinen Erwartungen der Konjunkturbeobachter zum Trotz war die gesamtwirtschaftliche Leistung laut der amtlichen Statistik (vom Dezember) im Sommer 2014 gegenüber der Vorperiode deutlich geschrumpft. Wenngleich neuerliche Überraschungen nicht ausgeschlossen werden können, legen die verfügbaren Daten doch eine Zunahme des realen BIP im Herbst nahe. Dazu passt die Einschät-

*Gesamtwirtschaftliche
Produktion
vermutlich
gestiegen*

⁵ Vgl.: Deutsche Bundesbank, Zum Witterungseinfluss auf das reale BIP-Wachstum in den USA im ersten Halbjahr 2014, Monatsbericht, August 2014, S. 23 ff.

zung, dass die Anhebung des Mehrwertsteuersatzes im vergangenen April die gesamtwirtschaftliche Nachfrage zeitlich verschoben hat, ohne aber den zugrunde liegenden Wachstumspfad wesentlich zu stören. Nicht zuletzt die Industrieproduktion hat sich in den Herbstmonaten von dem gedrückten Niveau des Vorquartals gelöst. Auf der Verwendungsseite dürfte insbesondere ein regeres Auslandsgeschäft eine Belebung angestoßen haben. Eine konjunkturelle Besserung zeigt auch der Rückgang der Erwerbslosenquote auf 3,4% im Dezember an, den tiefsten Stand seit September 1997. Zugleich hat der (durch die Mehrwertsteuererhöhung vom Frühjahr verstärkte) Preisauftrieb auf der Konsumentenstufe weiter nachgelassen und damit die Budgets der privaten Haushalte nicht mehr in dem Maße belastet wie zuvor. Der Vorjahresabstand des Verbraucherpreisindex verkürzte sich von 3,2% im September 2014 auf 2,4% im Dezember. Die unter Ausschluss von Energieträgern und Nahrungsmitteln ermittelte Kernrate reduzierte sich nur um 0,2 Prozentpunkte auf 2,1%; ohne den Effekt der Mehrwertsteuererhöhung lag sie im November bei 0,4%.⁶⁾

Vereinigtes Königreich

*Anhaltender
Aufschwung im
Dienstleistungs-
sektor*

Gemäß der ersten offiziellen Schätzung legte die gesamtwirtschaftliche Erzeugung des Vereinigten Königreichs im Herbst 2014 nach Ausschaltung üblicher Saisoneinflüsse um ½% gegenüber der Vorperiode zu, in der sie um ¾% angezogen hatte. Bereits im Rahmen einer früheren Schätzung waren von amtlicher Seite die BIP-Zuwächse vorangegangener Quartale etwas nach unten korrigiert worden. Nichtsdestoweniger verzeichnete die britische Wirtschaft im Jahresmittel 2014 die kräftigste Aktivitätszunahme seit 2007 (+ 2 ½%). Zu der Verlangsamung im Schlussquartal hat insbesondere eine Kontraktion der realen Bruttowertschöpfung in der Bauwirtschaft beigetragen. Auch konnte das übrige Produzierende Gewerbe seine Leistung nicht mehr steigern. Das gesamtwirtschaftliche Wachstum wurde damit fast

ausschließlich vom Dienstleistungssektor erbracht, dessen Output weiterhin solide expandierte. Entsprechend dürfte auf der Verwendungsseite, für die noch keine amtlichen Angaben vorliegen, vor allem der private Verbrauch den Aufschwung vorangebracht haben. Darauf deutet auch ein sehr kräftiger Anstieg der umgesetzten Warenvolumina im Einzelhandel hin. Die Expansion des Konsums dürfte dabei durch die Verbesserung der Einkommensperspektiven in realer Rechnung abgesichert worden sein. So drückte der Preisrutsch bei Rohöl die auf dem Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) basierende Teuerungsrate im Dezember auf nur noch 0,5% und damit deutlich unter die Kernrate von 1,2%, bei der die Preise von Energieträgern und unverarbeiteten Nahrungsmitteln nicht einbezogen werden. Darüber hinaus wurden weitere Fortschritte beim Abbau der Arbeitslosigkeit erzielt; die standardisierte Erwerbslosenquote fiel nationalen Angaben zufolge im Zeitraum September bis November mit 5,8% um 0,2 Prozentpunkte niedriger aus als im vorherigen Dreimonatsabschnitt.

Neue EU-Mitgliedsländer

In der Mehrzahl der neuen EU-Mitgliedstaaten (EU-7)⁷⁾ hat die Wirtschaftsleistung im letzten Jahresviertel 2014 im Vorquartalsvergleich erneut spürbar expandiert. Im Jahresdurchschnitt ging das reale BIP der Region um 2 ¾% nach oben. Ein ähnlich gutes Ergebnis wurde zuletzt 2011 erzielt. Das Wachstum wurde durch eine lebhafte Binnennachfrage angetrieben, die sich gegenüber möglichen Störeinflüssen von außen, speziell im Zusammenhang mit dem Ukraine-Konflikt, als recht robust erwiesen hat. Vor allem wegen der niedrigeren Ölnotierungen ist die Vorjahresrate des HVPI im vierten Quartal weiter gesunken und war mit – 0,1%

*Konjunkturelle
Erholung
fortgesetzt*

⁶⁾ Vgl.: Bank von Japan, Monthly Report of Recent Economic and Financial Developments, Januar 2015, S. 16.

⁷⁾ Der Länderkreis umfasst die seit dem Jahr 2004 der EU beigetretenen Staaten, die im vierten Quartal 2014, dem Berichtszeitraum, noch nicht Mitglied der EWU waren (also noch einschl. Litauen, das erst seit dem 1. Januar 2015 dem Euro-Raum angehört).

erstmals seit Beginn der Zeitreihe im Jahr 1998 negativ. Unter Ausschluss von Energie und un-
 verarbeiteten Nahrungsmitteln sind die Preise
 um 0,7% binnen Jahresfrist gestiegen; die Kern-
 rate hat sich damit im Vergleich zur Vorperiode
 kaum ermäßigt.

Gesamtwirtschaftliche Tendenzen in der EWU

*Aufwärts-
 bewegung zum
 Jahresende
 etwas
 dynamischer*

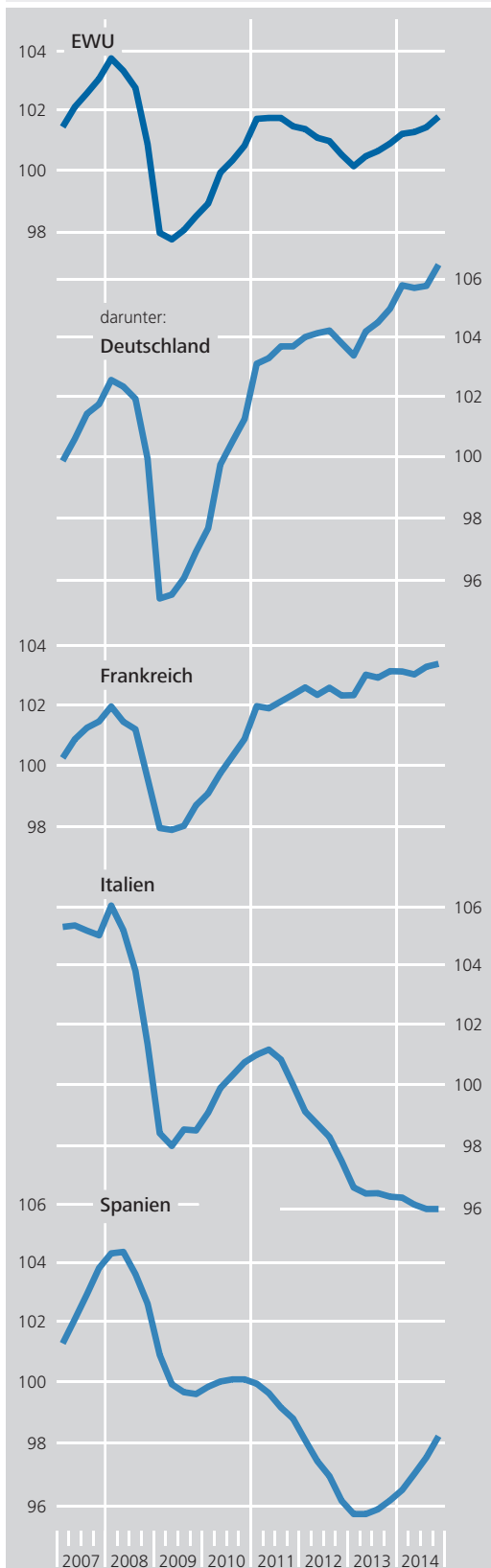
Die konjunkturelle Entwicklung im Euro-Raum
 war zwar im letzten Quartal 2014 etwas
 schwungvoller als zuvor. Rundungsbedingt
 allerdings nahm das saisonbereinigte reale BIP
 erneut um ¼% gegenüber dem Vorquartal zu.
 Innerhalb des Euro-Raums war das Bild unein-
 heitlich. Spitzenreiter beim Wachstum unter
 den großen Volkswirtschaften waren Deutsch-
 land und Spanien (jeweils + ¾%). Demgegen-
 über konnte die französische Wirtschaft ihre
 Leistung nur geringfügig steigern. In Italien
 stagnierte das reale BIP nach einer seit Anfang
 2013 andauernden Talfahrt. Griechenland ver-
 buchte erstmals seit drei Quartalen wieder ein
 leichtes Minus. Im Verlauf von 2014 ergibt sich
 dort dennoch ein Anstieg um nicht weniger als
 1¾%; im Jahresdurchschnitt fiel er jedoch mit
 1% wegen des Unterhangs am Jahresende
 2013 spürbar schwächer aus. Umfragebasierten
 Indikatoren zufolge könnte sich die konjunktur-
 elle Schwäche in Griechenland zum Jahres-
 beginn fortgesetzt haben. Maßgeblich dürfte
 gewesen sein, dass die Neuwahl des Parlaments
 Konsumenten und Unternehmen verunsichert
 hat.

*Im Jahr 2014
 insgesamt
 wieder Wachs-
 tum, allerdings
 bei großen
 Unterschieden
 zwischen Mit-
 gliedsländern*

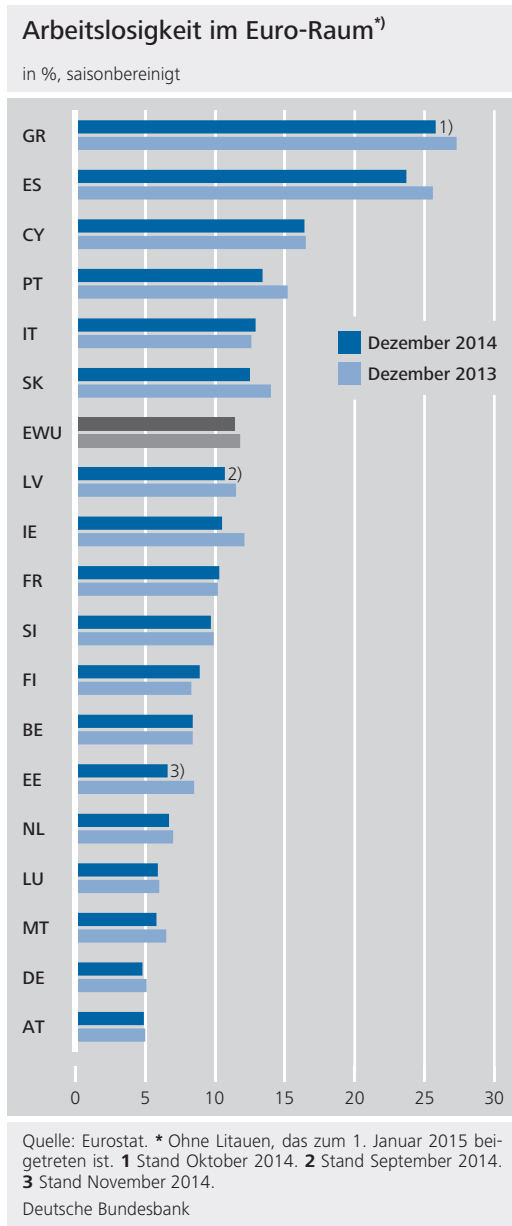
Im Euro-Raum insgesamt ist das reale BIP im
 vergangenen Jahr um 1% gestiegen, nachdem
 es 2013 um ½% geschrumpft war. Das Niveau
 von 2008 wurde gleichwohl noch um 1¼%
 verfehlt. Den aktuellen Schätzungen der Euro-
 päischen Kommission zufolge befindet sich die
 Wirtschaft nach wie vor in einer Unterauslas-
 tung, die auf 2¾% des Potenzials beziffert
 wird. Hinter der Wachstumsrate für den Euro-
 Raum insgesamt stehen weiterhin große Unter-
 schiede auf der Länderebene. Berücksichtigt

Gesamtwirtschaftliche Produktion im Euro-Raum

2010 = 100, saisonbereinigt, vierteljährlich, log. Maßstab



Quelle: Eurostat.
 Deutsche Bundesbank



man für die Mitgliedstaaten, für die sich bislang keine Jahresangabe ermitteln lässt, die Prognosewerte aus der Vorausschätzung der Kommission vom Februar, so reicht die Spanne von $-2\frac{3}{4}\%$ in Zypern bis $+4\frac{3}{4}\%$ in Irland. Positiv zu werten ist jedoch, dass von den 18 Mitgliedsländern im Jahr 2014 wohl nur noch drei einen Rückgang zu verzeichnen hatten, verglichen mit zehn beziehungsweise acht Ländern in den Jahren 2012 und 2013.

Die Industriekonjunktur hat sich im Herbst nach einem enttäuschenden Sommerhalbjahr wieder belebt. Im vierten Quartal nahm die Erzeugung saisonbereinigt um $\frac{1}{4}\%$ gegenüber der Vor-

periode zu. Im Jahresdurchschnitt 2014 wuchs sie wegen des schwungvollen Auftakts immerhin um $\frac{1}{2}\%$. Getragen wurde der Anstieg der Industrieproduktion im letzten Jahresviertel von der Konsumgüterherstellung, die saisonbereinigt um 1% expandierte. Leicht ausgeweitet wurde der Ausstoß von Investitionsgütern. Dagegen stagnierte die Produktion von Vorleistungsgütern, und die Energieerzeugung wurde eingeschränkt. Zum moderaten Wachstum der industriellen Erzeugung passt der Anstieg der Kapazitätsauslastung, die im Januar um $\frac{3}{4}$ Prozentpunkte höher war als im Oktober und weiter an ihren langfristigen Durchschnitt heranrückte. Die Bauproduktion im Euro-Raum nahm im Oktober/November gegenüber den Sommermonaten um $\frac{1}{2}\%$ zu und überschritt damit das Ergebnis vor Jahresfrist um $1\frac{1}{4}\%$.

Für merkliche Nachfrageimpulse dürfte im vierten Quartal 2014 vor allem der private Verbrauch gesorgt haben. So sind die realen Einzelhandelsumsätze (ohne Kraftfahrzeuge und Kraftstoffe) saisonbereinigt um $\frac{3}{4}\%$ gegenüber dem Niveau vom Sommer gestiegen. Zudem expandierten die Kfz-Neuzulassungen um 2%. Des Weiteren könnten von der Investitionsnachfrage gewisse Anstöße gekommen sein. Dies legen zumindest die höhere Produktion von Ausrüstungsgütern und der Anstieg von erbrachten Bauleistungen nahe. Die Auslandsnachfrage hat dagegen wohl erneut einen negativen Beitrag zum BIP-Wachstum im Herbst geliefert. Jedenfalls sind die nominalen Ausfuhren in Drittstaaten im Oktober/November im Vergleich zu den Sommermonaten saison- und kalenderbereinigt um $1\frac{1}{4}\%$ geschrumpft, während die wertmäßigen Wareneinfuhren trotz des deutlichen Rückgangs der Ölpreise um $\frac{1}{2}\%$ zulegen.

Den bereits vorliegenden monatlichen Indikatoren für Januar zufolge ist der Euro-Raum gut in das neue Jahr gestartet. Der zusammengesetzte Einkaufsmanagerindex ist recht kräftig gestiegen und hat den Abstand zur Expansionschwelle ausgebaut. Dahinter stehen Verbesserungen der Teilindizes für das Verarbeitende

Privater Verbrauch am Jahresende als Wachstums-motor

Hinweise auf gelungenen Jahresauftakt

Gewerbe und den Dienstleistungssektor. Das Industrier Vertrauen, das sich im Dezember noch eingetrübt hatte, hat sich im Januar ebenfalls verbessert, wenn auch nur leicht. Die Aufhellung gründete sich auf günstigere Produktionserwartungen und eine freundlichere Bewertung der Auftragsbestände. Recht positiv verlief im Oktober/November ebenfalls die Entwicklung der Ordereingänge in der auftragsorientierten Industrie, die zum Teil erst im neuen Jahr abgearbeitet werden dürften. Die Bestellungen ohne Großaufträge lagen in dem Zweimonatsabschnitt saisonbereinigt um 1¼% über dem Niveau vom Sommerquartal. Dabei sind sowohl die Orders aus dem Inland als auch die aus dem Ausland nach oben gegangen.

Anhaltende leichte Fortschritte auf dem Arbeitsmarkt

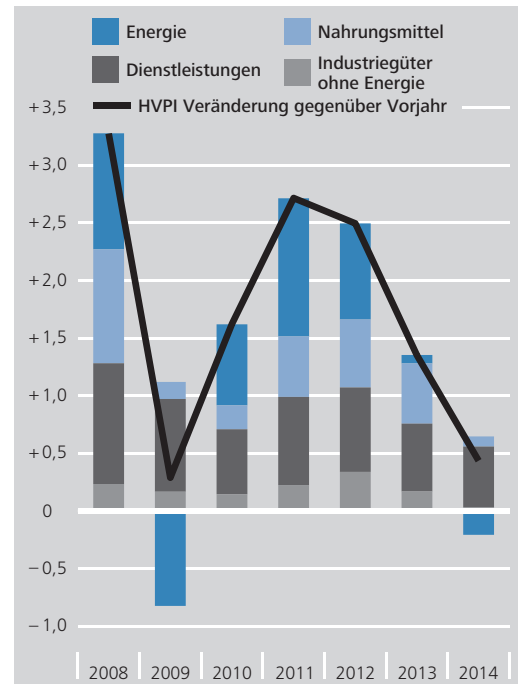
Die Lage auf dem Arbeitsmarkt hat sich im zweiten Halbjahr 2014 weiter leicht gebessert. So ist die Erwerbstätigkeit im Euro-Raum im dritten Quartal saisonbereinigt um ¼% und binnen Jahresfrist um ½% gestiegen, womit sich die seit Anfang 2014 andauernde moderate Aufwärtstendenz fortgesetzt hat. Bemerkenswert ist das kräftige Beschäftigungswachstum in einigen Peripherieländern, das sich in Irland, Spanien und Griechenland im Vorjahresvergleich auf 1½% und in Portugal auf 2% belief. Dabei wurden hier, wie auch in den übrigen Ländern des Euro-Raums, neue Stellen vor allem im Dienstleistungsbereich geschaffen. Die Zahl der Arbeitslosen war im Dezember 2014 um 863 000 niedriger als ein Jahr zuvor. Dazu hat vor allem die günstige Entwicklung in Deutschland, Spanien und einigen kleineren Mitgliedsländern beigetragen, während die Arbeitslosigkeit insbesondere in Italien, aber auch in Frankreich weiter nach oben tendierte. Die standardisierte Arbeitslosenquote lag im Euro-Raum Ende 2014 mit saisonbereinigt 11,4% um 0,4 Prozentpunkte niedriger als vor Jahresfrist.

Preisrückgang vor allem wegen stark gesunkener Rohölnotierungen

Im letzten Quartal 2014 ermäßigten sich die Verbraucherpreise im Euro-Raum gegenüber dem Vorzeitraum saisonbereinigt um 0,2%, nachdem sie im Sommer noch leicht angestiegen waren. Der größte Teil dieser Abwärtsbewegung kann durch den beschleunigten

Zerlegung des Anstiegs der Verbraucherpreise im Euro-Raum nach Gütergruppen

in % bzw. in %-Punkten



Quelle: EZB.
 Deutsche Bundesbank

Rückgang der Rohölnotierungen erklärt werden, der durch die Abwertung des Euro in seiner Wirkung auf die inländischen Energiepreise nur wenig gedämpft wurde. In der Folge verringerten sich die Energiepreise für die Verbraucher spürbar. Ohne diese Komponente gerechnet stieg der HVPI hingegen saisonbereinigt weiter leicht an. Wesentlich hierfür waren Preissteigerungen bei Nahrungsmitteln und Dienstleistungen, während die Preise von Industriewaren ihre Seitwärtsbewegung fortsetzten. Der Vorjahresabstand des HVPI insgesamt verringerte sich im letzten Quartal des Jahres 2014 weiter auf 0,2%. Ohne Energie gerechnet verharrte er bei 0,6%.

Für das Gesamtjahr 2014 ergibt sich für den Euro-Raum eine sehr niedrige Teuerungsrate von nur 0,4%. Lediglich im Krisenjahr 2009 war mit 0,3% ein noch geringerer Preisanstieg ermittelt worden. Für die Rate ohne Energie wurde mit 0,7% sogar ein neuer Tiefpunkt erreicht. Dies lag vor allem daran, dass sich

Außergewöhnlich niedrige HVPI-Rate im Jahr 2014

Nahrungsmittel nach den sehr kräftigen Preisanstiegen der Vorjahre kaum noch verteuerten, was als eine Normalisierung anzusehen ist. Bei Industriewaren machte sich die Euro-Aufwertung bemerkbar, die im Frühjahr 2013 eingesetzt hatte und erst ab dem Frühjahr 2014 wieder nachließ. Schließlich schwächte sich der Preisauftrieb bei Dienstleistungen infolge der fortschreitenden Lohnmoderation in einer Reihe von Ländern des Euro-Raums weiter ab. Gleichwohl ist der Preisanstieg des Jahres 2014 insgesamt fast ausschließlich auf die Dienstleistungskomponente zurückzuführen, die ein Warenkorbgewicht von rund 40% hat und eine jahresdurchschnittliche Teuerungsrate von 1,2% aufwies.

Für das Jahr 2015 zeichnet sich aufgrund der Entwicklung der Rohölpreise ein weiterer Rückgang der HVPI-Gesamtrate ab. Bereits im

Dezember 2014 war mit $-0,2\%$ erstmals seit November 2009 wieder ein negativer Vorjahresabstand verzeichnet worden. Im Januar 2015 vergrößerte sich dieser wegen der nochmals gefallen Rohölnotierungen dem Flash Estimate von Eurostat zufolge auf $-0,6\%$. Auch in den kommenden Monaten dürfte die HVPI-Rate aufgrund der gesunkenen Rohölpreise negativ ausfallen. Ohne Energie gerechnet stiegen die Verbraucherpreise im Januar im Vorjahresvergleich um $0,4\%$ an. Im weiteren Verlauf des Jahres 2015 sollte die Aufwärtsbewegung durch die inzwischen recht deutliche Abwertung des Euro verstärkt werden. Gleichwohl könnte im Jahresdurchschnitt die HVPI-Gesamtrate wegen des dominierenden Energieeinflusses nochmals zurückgehen. Dies ist aus gesamtwirtschaftlicher Sicht aber insoweit kein Nachteil, als dem Rückgang eine Verbesserung der Terms of Trade zugrunde liegt.

Für das Jahr 2015 zeichnet sich ein weiterer Rückgang der HVPI-Rate ab

■ Geldpolitik und Bankgeschäft

■ Geldpolitik und Geldmarktentwicklung

Leitzinsen unverändert auf historischem Tiefstand

Der EZB-Rat beließ im Einklang mit seiner Forward Guidance im Berichtszeitraum die Leitzinsen im Euro-Währungsgebiet auf dem Niveau, das sie nach der Zinssenkung vom 4. September 2014 erreicht hatten und das aus Sicht des EZB-Rats die Untergrenze bildet. Der Hauptrefinanzierungssatz liegt damit weiterhin bei 0,05%, die Zinssätze für die Spitzenrefinanzierungs- und die Einlagefazilität verbleiben bei 0,30% und – 0,20%.

EZB-Rat beschließt erweitertes Programm für den Ankauf von Vermögenswerten und senkt den Zinssatz in längerfristigen Refinanzierungsgeschäften

Am 22. Januar 2015 kündigte der EZB-Rat ein erweitertes Ankaufprogramm für Vermögenswerte (Expanded Asset Purchase Programme: EAPP) an. Zusätzlich wurde beschlossen, den Zinssatz der sechs verbliebenen gezielten längerfristigen Refinanzierungsgeschäfte (GLRG) auf das Niveau des Hauptrefinanzierungssatzes zu senken und somit auf den in den ersten beiden Geschäften verlangten Aufschlag von zehn Basispunkten zu verzichten.

Die Mehrheit des EZB-Rats sah das erweiterte Ankaufprogramm als notwendig zur Erfüllung des Preisstabilitätsmandats des Eurosystems an. Begründet wurde diese Einschätzung zum einen damit, dass die Inflationsdynamik auch jüngst wieder schwächer ausgefallen sei als ursprünglich erwartet, was sich in einem Rückgang der jährlichen HVPI-Teuerungsrate auf – 0,2% im Dezember 2014 zeigte. Zudem seien markt-basierte Messgrößen der mittel- bis langfristigen Inflationserwartungen weiter gesunken und es sei davon auszugehen, dass die jährlichen HVPI-Inflationsraten wegen der gedämpften Energiepreisentwicklung auch in den kommenden Monaten niedrig oder negativ sein würden. Zum anderen hätte das Ausmaß an geldpolitischer Akkommodierung, das durch die von Juni bis September 2014 beschlossenen Maßnahmen erreicht wurde, nicht ausgereicht,

um den erhöhten Risiken einer zu lang anhaltenden Phase niedriger Inflation zu begegnen.

Im Rahmen des EAPP setzt das Eurosystem die bereits im September 2014 beschlossenen Programme für den Ankauf von gedeckten Schuldverschreibungen (CBPP3) und Asset Backed Securities (ABSPP) zu unveränderten Bedingungen fort. Hinzu kommen ab März 2015 zusätzlich Käufe von Anleihen, die von im Euro-Raum ansässigen Zentralstaaten, Emittenten mit Förderauftrag und europäischen Institutionen begeben werden. Die mögliche Laufzeit der zusätzlich anzukaufenden Anleihen liegt zwischen zwei und 30 Jahren. Dabei wird das Eurosystem am Ende nicht mehr als 25% einer einzelnen Emission halten, um die Anwendung von Umschuldungsklauseln (Collective Action Clauses: CACs) nicht zu blockieren. Das Eurosystem akzeptiert die Gleichbehandlung mit anderen privaten Investoren. Außerdem sollen insgesamt, das heißt unter Berücksichtigung anderer Portfolios des Eurosystems, nicht mehr als 33% der ausstehenden Schuldtitel eines Emittenten gehalten werden. Das monatliche Ankaufvolumen, welches ABSPP und CBPP3 einschließt, soll unter dem erweiterten Programm 60 Mrd € betragen, und es ist beabsichtigt, die monatlichen Käufe in diesem Umfang bis Ende September 2016 durchzuführen, in jedem Fall aber solange, bis der EZB-Rat eine nachhaltige Korrektur der Inflationsentwicklung erkennt, die im Einklang steht mit dem Ziel, mittelfristig Inflationsraten von unter, aber nahe 2% zu erreichen. Wie beim CBPP3 wird auch beim Kauf öffentlicher Schuldtitel in der Regel eine Mindestbonitätsbeurteilung verlangt, die dem Rating einer externen Ratingagentur von „BBB–“ entspricht. Anleihen von Ländern, die diese Bonitätsstufe nicht erreichen, sind von dieser Regel ausgenommen, solange der Mindestbonitätsschwellenwert für im Rahmen von geldpolitischen Operationen hereingenommene Sicherheiten des jeweiligen Landes ausgesetzt ist. Dies ist dann der Fall, wenn ein Land einem

Beginn des Programms im März 2015 mit monatlichem Ankaufvolumen von 60 Mrd €

Geldmarktsteuerung und Liquiditätsbedarf

In den drei Reserveperioden vom 8. Oktober 2014 bis zum 27. Januar 2015 erhöhte sich der Liquiditätsbedarf aus autonomen Faktoren im Euro-Raum spürbar. In der Reserveperiode Dezember 2014/Januar 2015 betrug sein Durchschnitt 505,2 Mrd €, er lag damit um 30,1 Mrd € höher als in der Reserveperiode September/Oktober 2014. Dazu trug mit 34,2 Mrd € vor allem der saisonübliche, starke Anstieg des Banknoten-Umlaufs – besonders vor Weihnachten – bei. Liquiditätszuführend war hingegen der Rückgang der Einlagen öffentlicher Haushalte beim Eurosystem um per saldo 12,1 Mrd €. Der aggregierte Rückgang der übrigen autonomen Faktoren (inklusive Netto-Währungsreserven) um insgesamt 8,0 Mrd € hatte einen liquiditätsmindernden Effekt. Die Zunahme des Reserve-Solls erhöhte den rechnerischen Liquiditätsbedarf zusätzlich um 0,8 Mrd € (siehe unten stehende Tabelle).

Im Betrachtungszeitraum bewegte sich das ausstehende Tendervolumen in einer weiten Spanne von 484 Mrd € bis 629 Mrd € (siehe Schaubild auf S. 28). Zu den Schwankungen trugen zum einen besonders die vor den Monatsenden erhöhten Gebote in den Hauptrefinanzierungsgeschäften bei einer gestiegenen Anzahl der Bieter bei. Zum anderen machte sich die Zuteilung des zweiten gezielten längerfristigen Refinanzierungsgeschäfts (GLRG) stärker bemerkbar. Hier wurden per 17. Dezember 2014 rund 130 Mrd € gutgeschrieben, wobei sich das ausstehende Tendervolumen an diesem Tag aufgrund von Umschichtungen aus dem Haupttender und vorzeitigen Rückzahlungen bei den Dreijahrestendern netto nur um 84 Mrd € erhöhte. Insgesamt fielen die vorzeitigen Rückzahlungen in den drei betrachteten Reserveperioden – auch angesichts der näher rückenden Fälligkeiten – mit 135 Mrd € hoch aus (in den drei Vorperioden insgesamt 87 Mrd €).

Liquiditätsbestimmende Faktoren ¹⁾

Mrd €; Veränderungen der Tagesdurchschnitte der Reserveerfüllungsperioden zur Vorperiode

Position	2014/2015		
	8. Okt. bis 11. Nov.	12. Nov. bis 9. Dez.	10. Dez. bis 27. Jan.
I. Bereitstellung (+) bzw. Absorption (-) von Zentralbankguthaben durch Veränderungen der autonomen Faktoren			
1. Banknotenumlauf (Zunahme: -)	- 2,3	- 6,2	- 25,7
2. Einlagen öffentl. Haushalte beim Eurosystem (Zunahme: -)	+ 2,3	+ 4,4	+ 5,4
3. Netto-Währungsreserven ¹⁾	+ 10,0	+ 2,3	+ 12,1
4. Sonstige Faktoren ¹⁾	- 16,9	- 7,5	- 8,0
Insgesamt	- 6,9	- 7,0	- 16,2
II. Geldpolitische Geschäfte des Eurosystems			
1. Offenmarktgeschäfte			
a) Hauptrefinanzierungsgeschäfte	- 3,7	+ 8,1	+ 15,7
b) Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte	+ 14,3	- 16,4	+ 58,3
c) Sonstige Geschäfte	- 1,4	+ 8,7	+ 15,9
2. Ständige Fazilitäten			
a) Spitzenrefinanzierungsfazilität	+ 0,1	- 0,1	+ 0,3
b) Einlagefazilität (Zunahme: -)	- 6,7	+ 3,7	- 22,9
Insgesamt	+ 2,6	+ 4,0	+ 67,3
III. Veränderung der Guthaben der Kreditinstitute (I. + II.)	- 4,3	- 2,9	+ 50,9
IV. Veränderung des Mindestreservesolls (Zunahme: -)	- 0,4	- 0,7	+ 0,3

* Zur längerfristigen Entwicklung und zum Beitrag der Deutschen Bundesbank vgl. S. 14*/15* im Statistischen Teil dieses Berichts.

¹ Einschl. liquiditätsneutraler Bewertungsanpassungen zum Quartalsende.

Deutsche Bundesbank

Zusätzliche Liquidität floss den Banken aus den im Oktober und November 2014 neu begonnenen Ankäufen im Rahmen des CBPP3 und des ABSPP zu. Bis zum 23. Januar 2015 hatten diese einen bilanziellen Bestand von 37,2 Mrd € (CBPP3) beziehungsweise 2,3 Mrd € (ABSPP) erreicht. Gleichzeitig reduzierten sich im Betrachtungszeitraum bei den bereits beendeten Ankaufprogrammen die bilanziellen Wertpapierbestände durch Fälligkeiten und unter Berücksichtigung der vierteljährlichen Neubewertungen weiter (CBPP1 und CBPP2: Rückgänge um 4,0 Mrd € auf 27,8 Mrd € bzw. um 0,8 Mrd € auf 12,7 Mrd €, SMP: Rückgang um 4,9 Mrd € auf 144,3 Mrd €).

Die Überschussliquidität zeigte sich im Betrachtungszeitraum infolge der schwankenden autonomen Faktoren (zwischen 465 Mrd € und 564 Mrd €) und der Veränderungen bei der Liquiditätsnachfrage ebenfalls volatil. Den niedrigsten Stand erreichte die Überschussliquidität am 24. November 2014 mit 71 Mrd €, den höchsten mit 263 Mrd € am 1. Januar 2015, als die Kreditinstitute sich vor dem Jahreswechsel einen entsprechenden Liquiditätspuffer zugelegt hatten, um unter anderem auch bilanzielle oder regulatorische Anforderungen zu erfüllen. Während die durchschnittliche Überschussliquidität in den beiden Vorperioden mit 114 Mrd € beziehungsweise 106 Mrd € eher niedrig ausgefallen war, erhöhte sie sich in der Weihnachtsreserveperiode stark auf 180 Mrd € (Vorjahr: 145 Mrd €). Dies war zugleich die erste Reserveperiode, die aufgrund des neuen Zyklus der geldpolitischen EZB-Ratssitzungen eine verlängerte Laufzeit von 49 Tagen aufwies.

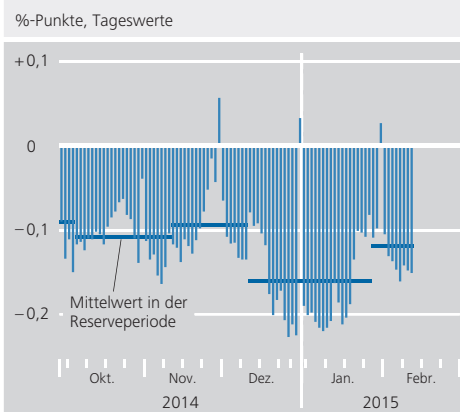
Die Tagesgeldsätze bewegten sich auch in den betrachteten drei Reserveperioden – mit Ausnahme der Monatsultimos – zwischen dem Hauptrefinanzierungssatz und dem Einlagesatz, wobei besichertes Tagesgeld (GC Pooling Overnight, ECB Basket) durchgängig unter EONIA lag, in diesem Zeitraum durchschnittlich um 5 Basispunkte (in den drei Vorperioden um 3 Basispunkte)

Notenbankzinsen, Geldmarktsätze und Überschussliquidität



Quellen: EZB, Eurex Repo und eigene Berechnungen. ¹ Zentralbankguthaben minus Mindestreservesoll plus Einlagefazilität. Deutsche Bundesbank

Zinsabstand von Stoxx GC Pooling ON zum Hauptrefinanzierungssatz

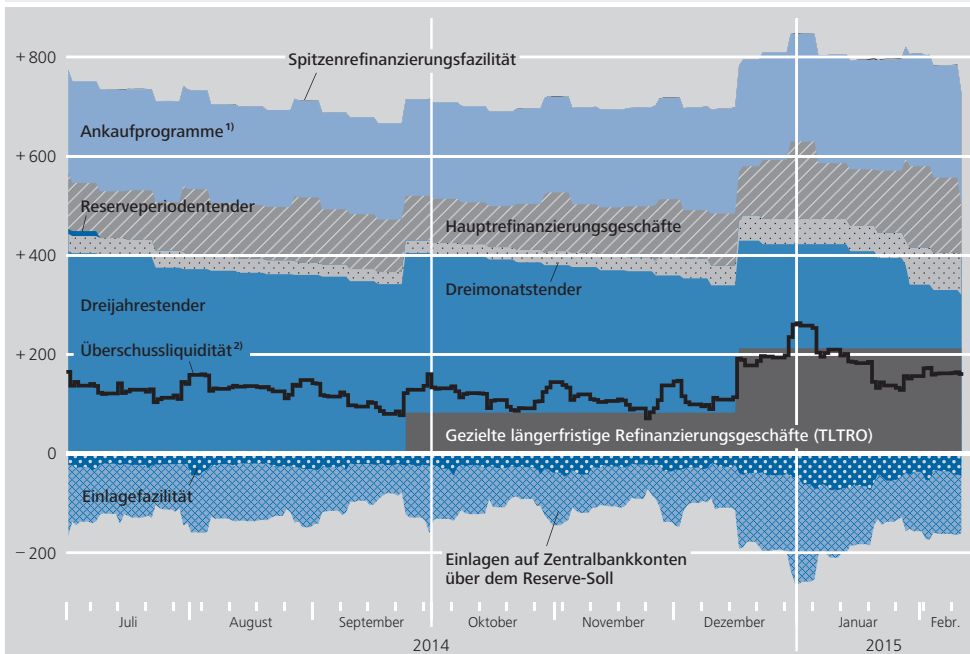


Quellen: EZB, Eurex Repo und eigene Berechnungen. Deutsche Bundesbank

(siehe oben stehende Schaubilder). Nachdem in den beiden ersten Perioden sowohl EONIA als auch der besicherte Tagesgeldsatz im Periodendurchschnitt ungefähr auf dem Niveau der Vorperiode September/Oktober gelegen hatten, sanken beide in der Reserveperiode Dezember 2014/Januar 2015 vor dem Hintergrund der deutlich ge-

Liquiditätsbereitstellung und Liquiditätsverwendung

Mrd €, Tageswerte



Quelle: EZB und eigene Berechnungen. **1** Programm für die Wertpapiermärkte (SMP), Programme zum Ankauf gedeckter Schuldverschreibungen (CBPP1, CBPP2, CBPP3) und Programm zum Kauf von Asset Backed Securities (ABSPP). **2** Zentralbankguthaben minus Mindestreservesoll plus Einlagefazilität.

Deutsche Bundesbank

stiegenen Überschussliquidität spürbar: EONIA auf einen Periodendurchschnitt von $-0,05\%$ (beide Vorperioden: jeweils $-0,01\%$), besichertes Tagesgeld auf durchschnittlich $-0,11\%$ (Vorperioden: $-0,06\%$ und $-0,04\%$). Gleichzeitig erreichten beide am 24. Dezember 2014 mit $-0,085\%$ (EONIA) bzw. $-0,177\%$ (GC Pooling O/N) neue historische Tiefststände. Die Periodendurchschnitte der zugrunde liegenden Umsätze am Markt für Tagesgeld lagen im Betrachtungszeitraum durchgängig unter den Werten der Vorperiode September/Oktober 2014. Während die entsprechenden Umsätze bei GC Pooling (ECB Basket) bis auf durchschnittlich 14,7 Mrd € in der Periode Dezember/Januar sanken (September/Oktober: 19,9 Mrd €), stoppten die EONIA-Umsätze in dieser Reserveperiode ihren rückläufigen Trend. Dazu trugen vor allem höhere Umsätze ab Mitte Januar bei, die letztlich zu einem Periodendurchschnitt von 27,4 Mrd € führten. Eine Ursache für diese erhöhten EONIA-Umsätze könnte die Fälligkeit des ersten Dreijahrestenders am 29. Januar 2015

gewesen sein, als zu Beginn der Reserveperiode Januar/Februar die verbliebenen 39 Mrd € der ursprünglich zugeteilten 489 Mrd € ausliefen. Auf das ausstehende Tendervolumen hatte diese Fälligkeit jedoch keine größere Auswirkung, da sich die Kreditinstitute durch eine höhere Nachfrage im Haupttender und im taggleich valutierenden Dreimonatstender im Gegenzug mehr Liquidität besorgt hatten. Per saldo stieg in der letzten Januarwoche durch diese Umschichtungen das im Eurosystem ausstehende Tendervolumen um 9 Mrd € auf 579 Mrd € an. Insgesamt ist bis zum Beginn der zusätzlichen Ankäufe im Rahmen des erweiterten Programms zum Ankauf von Vermögenswerten (EAPP) ab März 2015 und der Abwicklung des dritten GLRG per 25. März 2015 mit einer erhöhten Volatilität der Überschussliquidität zu rechnen.

EU/WWF-Anpassungsprogramm untersteht und dessen Auflagen erfüllt.

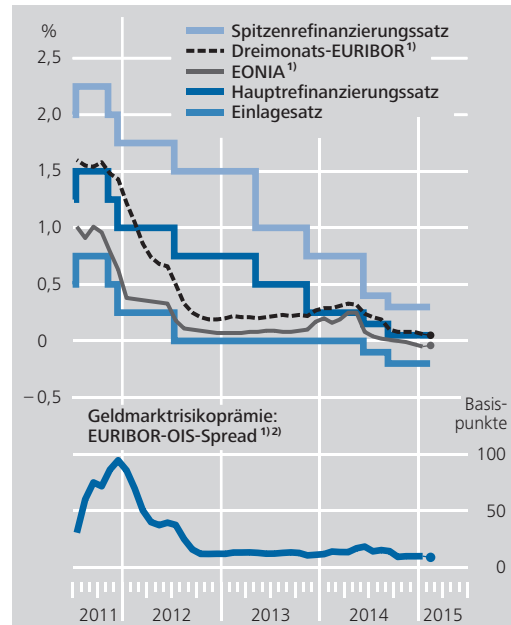
Zusätzliche Ankäufe von Vermögenswerten unterliegen nur teilweise dem Prinzip der Risikoteilung

Weiterhin hat der EZB-Rat beschlossen, dass etwaige Verluste aus Ankäufen von Wertpapieren europäischer Institutionen, welche 12% der zusätzlichen Ankäufe von Vermögenswerten ausmachen und von den nationalen Zentralbanken erworben werden, gemeinsam zu tragen sind. Von den Käufen der übrigen Vermögenswerte entfallen 8% auf die EZB und unterliegen ebenfalls dem Prinzip der Risikoteilung, während die restlichen Papiere dezentral von den nationalen Zentralbanken erworben werden. Die von den nationalen Zentralbanken angekauften übrigen Vermögenswerte unterliegen nicht der Verlustteilung, das heißt, für insgesamt 80% der nach dem Beschluss vom 22. Januar 2015 im Rahmen des EAPP zusätzlich erworbenen Vermögenswerte werden Verluste, die bei einer nationalen Zentralbank anfallen, nicht unter den Mitgliedern des Eurosystems geteilt.

Gefahr einer Abwärtsspirale bei Preisen und Löhnen gering

Die derzeit verhaltene Preisentwicklung stellt eine Herausforderung für die Geldpolitik dar, weil die Inflationsraten am aktuellen Rand weit von 2% entfernt sind und die Projektionen über den üblicherweise betrachteten geldpolitisch relevanten Horizont auch nicht von einer schnellen Annäherung an dieses Niveau ausgehen. Dies ist allerdings vor allem auf stark gesunkene Ölpreise zurückzuführen, die belebend auf die Konjunktur wirken dürften, da sie das verfügbare Einkommen der Haushalte erhöhen und die Gewinne der Unternehmen steigern. Zusätzlich dämpfen zurzeit Anpassungsprozesse in einigen Euro-Ländern die Preisentwicklung im Euro-Raum insgesamt. Dies ist Ausdruck der notwendigen Wiedererlangung von Wettbewerbsfähigkeit der betroffenen Länder und somit ebenfalls positiv zu sehen. Beide Faktoren sprechen trotz der gegenwärtig sehr geringen Teuerungsraten dafür, dass die Gefahr einer Deflation im Sinne einer negativen Abwärtsspirale aus sinkenden Preisen und Löhnen derzeit als gering einzustufen ist.

Geldmarktzinsen im Euro-Raum



Quelle: EZB. **1** Monatsdurchschnitte. **2** Dreimonats-EURIBOR abzüglich Dreimonats-EONIA-Swapsatz. Der bislang verwendete Dreimonats-EUREPO wurde zum 1. Januar 2015 eingestellt. Siehe auch: Deutsche Bundesbank, Geldmarktrisikoprämien als Indikatoren für die Verfassung des Interbankenmarkts, Monatsbericht, August 2014, S. 31f. • Durchschnitt 1. bis 12. Februar 2015.

Deutsche Bundesbank

Seit Ende November 2014 kauft das Eurosystem Asset Backed Securities (ABS), wobei bis zum 6. Februar 2015 ABS im Wert von 2,7 Mrd € erworben wurden. Im Rahmen des Programms zum Ankauf gedeckter Schuldverschreibungen (CBPP3) wurden bis zum 6. Februar 2015 insgesamt 42,9 Mrd € auf dem Primär- und Sekundärmarkt gekauft.

Eurosystem setzt Kaufprogramme für ABS (ABSPP) und gedeckte Schuldverschreibungen (CBPP3) fort

Seit Beginn des Jahres 2015 ist Litauen Mitglied des Euro-Raums. Durch den Beitritt der litauischen Zentralbank zum Eurosystem beginnt ab dem 1. Januar 2015 das System der Stimmenrotation im EZB-Rat. Demnach werden in der Gruppe der Gouverneure der nationalen Zentralbanken der größten Mitgliedstaaten der Europäischen Währungsunion neben dem Bundesbankpräsidenten auch die Gouverneure der spanischen, französischen, italienischen und niederländischen Notenbank im Wechsel für jeweils einen Monat im EZB-Rat ohne Stimmrecht sein.

Litauen tritt dem Euro-Raum bei; Beginn der Stimmenrotation im EZB-Rat

EZB-Rat beschließt Änderung bei der Notenbankfähigkeit griechischer Anleihen

Am 4. Februar 2015 beschloss der EZB-Rat, die Aussetzung der Mindestbonitätsanforderungen für marktfähige Sicherheiten, welche vom griechischen Staat begeben oder garantiert wurden, aufzuheben. Durch die Aussetzung konnten entsprechende Instrumente bislang für geldpolitische Geschäfte des Eurosystems genutzt werden, obwohl sie die Mindestbonitätsanforderungen nicht erfüllen. Die Entscheidung des EZB-Rats beruht auf der Tatsache, dass derzeit nicht von einem erfolgreichen Abschluss der Überprüfung des Anpassungsprogramms ausgegangen werden kann, und steht im Einklang mit den geltenden Regelungen des Eurosystems. In der Folge verlagerte sich die Finanzierung des griechischen Bankensystems weg von der geldpolitischen Refinanzierung auf Liquiditätshilfen (Emergency Liquidity Assistance: ELA). Letztere sind kurzfristige Hilfen der nationalen Zentralbanken an solvente Banken mit temporären Liquiditätsproblemen. Die griechischen Banken, die ELA empfangen, sind aufgefordert, ihre Liquiditätsposition zu verbessern. Dem widerspräche eine Ausweitung des Liquiditätsbedarfs durch die Aufnahme kurzfristiger griechischer Staatsschuldtitel in den kommenden Wochen.

306 Banken leihen sich 129,9 Mrd € im zweiten GLRG

Am 11. Dezember 2014 wurde das zweite von insgesamt acht GLRG zugeteilt. Dabei nahmen 306 Institute Kredite in einem Gesamtvolumen von 129,9 Mrd € beim Eurosystem auf. Insgesamt wurden im Rahmen der ersten beiden Tender 212,5 Mrd € aufgenommen. Teilnehmende Banken konnten bei den ersten beiden GLRG Notenbankkredite in Höhe von bis zu 7% ihres zum Stichtag 30. April 2014 ausstehenden Kreditvolumens an den nichtfinanziellen Privatsektor (ohne Wohnungsbaukredite an private Haushalte) aufnehmen. Insgesamt haben die Banken rund 50% dieser maximalen Obergrenze in Anspruch genommen. Bis Juni 2016 werden noch sechs weitere GLRG zugeteilt, bei denen sich die Geschäftspartner Mittel in bis zu dreifacher Höhe ihrer über eine Referenzgröße hinausgehenden anrechenbaren Nettokreditvergabe leihen können.

Das Refinanzierungsvolumen und die Überschussliquidität stiegen über den Jahreswechsel aufgrund der erhöhten Liquiditätsnachfrage der Banken stark an. Nachdem bereits durch die Abwicklung des zweiten GLRG am 17. Dezember 2014 ein deutlicher Anstieg beider Größen zu verzeichnen war, nahmen sie bis zum Jahreswechsel auch durch eine erhöhte Inanspruchnahme der übrigen geldpolitischen Refinanzierungsgeschäfte weiter zu. Die erhöhte Liquiditätsnachfrage dürfte wie in den Vorjahren aus der Neigung des Bankensystems zum Halten von Liquiditätspuffern zum Jahresende sowie aus der aktiven Gestaltung des bilanziellen Ausweises unter bankinternen und regulatorischen Gesichtspunkten herrühren.

Nachdem die Überschussliquidität Anfang Januar 2015 mit rund 260 Mrd € den höchsten Wert seit dem vorherigen Jahreswechsel erreicht hatte, war sie im weiteren Verlauf des Januar wieder deutlich rückläufig. Wesentliche Einflussfaktoren waren hierbei ein zeitweiliger Rückgang des Hauptrefinanzierungsvolumens, die vorzeitigen Rückzahlungen bei den beiden Dreijahrestendern sowie die Endfälligkeit des ersten dieser Geschäfte am 29. Januar 2015. Zuletzt nahm die Überschussliquidität – bedingt durch die fortgesetzten Ankäufe des Eurosystems im Rahmen von ABSPP und CBPP3 sowie einem merklichen Wiederanstieg der Hauptrefinanzierungsgeschäfte – aber wieder zu.

Die kurzfristigen Geldmarktsätze verzeichneten im Einklang mit dem Anstieg der Überschussliquidität in Dezember und Januar neue Tiefstände. Der unbesicherte Interbanken-Geldmarktsatz EONIA sank dabei zwischenzeitlich auf bis zu $-0,085\%$, der besicherte STOXX GC Pooling Übernachtssatz sogar auf $-0,177\%$. Diese sehr kurzfristigen Sätze stiegen zuletzt im Einklang mit der Entwicklung der Liquiditätslage aber wieder leicht an. Dennoch verbleiben sie klar im negativen Bereich. Dagegen verzeichnet der Dreimonats-EURIBOR am aktuellen Rand ein Allzeittief bei $0,051\%$. Hierin dürften sich Erwartungen einer steigenden Überschussliquidität in den nächsten Monaten widerspiegeln, die aus

Überschussliquidität mit merklichem Anstieg über Jahreswechsel

Kurzfristige Geldmarktsätze zwischenzeitlich mit neuen Tiefständen

Konsolidierte Bilanz des MFI-Sektors der EWU ^{*)}

Veränderung in Mrd €, saisonbereinigt

Aktiva	2014, 4. Vj.	2014, 3. Vj.	Passiva	2014, 4. Vj.	2014, 3. Vj.
Kredite an private Nicht-MFIs im Euro-Währungsgebiet	16,8	- 18,9	Einlagen von Zentralstaaten	8,6	- 20,9
Buchkredite	18,8	- 10,5	Geldmenge M3	114,2	107,4
Buchkredite, bereinigt ¹⁾	28,4	- 10,8	davon Komponenten:		
Wertpapierkredite	- 2,0	- 8,4	Bargeld und täglich fällige Einlagen (M1)	138,9	125,8
Kredite an öffentliche Haushalte im Euro-Währungsgebiet	38,3	41,1	Übrige kürzerfristige Bankeinlagen (M2-M1)	- 60,9	- 21,9
Buchkredite	13,0	- 1,4	Marktfähige Finanzinstrumente (M3-M2)	36,3	3,6
Wertpapierkredite	25,2	42,5	Geldkapital	- 84,1	- 3,0
Nettoforderungen gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets	30,0	27,9	davon:		
andere Gegenposten von M3	- 56,0	33,8	Kapital und Rücklagen	3,8	51,5
			Sonstige längerfristige Verbindlichkeiten	- 88,0	- 54,5

* Statistisch bedingte Veränderungen ausgeschaltet. 1 Bereinigt um Kreditverkäufe und Kreditverbriefungen.

Deutsche Bundesbank

den Ende Januar vom EZB-Rat gefassten Beschlüssen zum erweiterten Ankaufprogramm für Vermögenswerte resultieren. Insgesamt lässt sich konstatieren, dass auch im negativen Bereich die kurzfristigen Geldmarktsätze in erwarteter Weise auf die Liquiditätsentwicklung reagieren und sich bei zunehmender Überschussliquidität in Richtung des Zinssatzes für die Einlagefazilität bewegen.

Monetäre Entwicklung im Euro-Währungsgebiet

Moderater M3-Anstieg vor dem Hintergrund einer fortgesetzt schleppenden Konjunktur

Das Wachstum des breiten Geldmengenaggregats M3 hat sich im Verlauf des vergangenen Jahres trotz der schleppenden Konjunkturerwicklung, der schwachen Inflationsdynamik und zuletzt deutlicher Kursverluste des Euro merklich erholt. Mit einer (annualisierten) Dreimonatsrate von 4,6% erreichten die Zuflüsse zu M3 im Schlussquartal ein Niveau, das typisch für die erste Hälfte des letzten Jahrzehnts war. Ursächlich für die Belebung war vor allem die anhaltende Präferenz des geldhaltenden Sektors für hochliquide Anlagen bei weiter sinkenden Zinsen. Mit Blick auf die Gegenposten wurde das M3-Wachstum relativ breit getragen; insbesondere die Kredite an den Privatsektor leisteten erstmals seit knapp zwei Jahren wieder einen positiven Beitrag. Neben dem verhaltenen

Wachstum der realwirtschaftlichen Aktivität dürfte auch die äußerst expansive Geldpolitik im Euro-Raum dazu beigetragen haben, dass die Buchkredite an den Privatsektor ihre Aufwärtstendenz über alle Sektoren hinweg fortsetzten.

Im Schlussquartal erhöhte sich der bereits im Vorquartal deutliche Zufluss zur Geldmenge M3 noch einmal. Er betraf weiterhin in erster Linie die täglich fälligen Einlagen, die von den weiter rückläufigen Zinsen für übrige Einlagen profitierten und insbesondere von privaten Haushalten und in geringerem Ausmaß von nichtfinanziellen Unternehmen aufgebaut wurden. Dagegen sank die Nachfrage dieser Sektoren nach kurzfristigen Termin- und Spareinlagen im Berichtsquartal noch einmal deutlich. Darüber hinaus verteilte sich das Wachstum von M3 sehr viel gleichmäßiger auf die Länder des Euro-Raums als dies in den Krisenjahren 2011 und 2012 der Fall war.

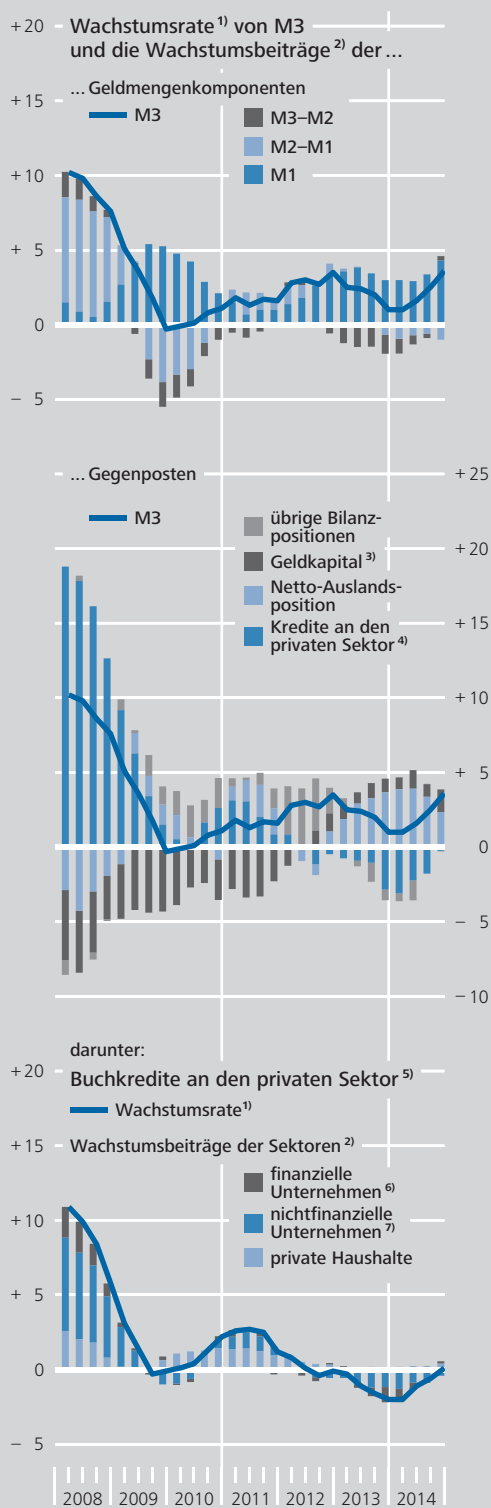
Vor diesem Hintergrund gewann der seit Anfang 2014 zu beobachtende Aufwärtstrend des Geldmengenwachstums im Berichtsquartal weiter an Schwung, und die Jahreswachstumsrate von M3 stieg merklich auf 3,6%. Bei den (um Kreditverkäufe und -verbriefungen bereinigten) Buchkrediten an den Privatsektor im Euro-Raum führte die Fortsetzung des Aufwärtstrends ebenfalls zu einem Anstieg der Jahresrate, die

Deutliches M3-Wachstum weiterhin von Sichteinlagen getrieben

Aufwärtsbewegung von Geldmengen- und Kreditwachstum setzte sich fort

Komponenten und Gegenposten der Geldmenge im Euro-Raum

saisonbereinigt, Quartalsendstände



Quelle: EZB. **1** Veränderung gegenüber Vorjahr in %. **2** In Prozentpunkten. **3** Mit negativem Vorzeichen abgetragen, da eine Zunahme für sich betrachtet das M3-Wachstum dämpft. **4** Bereinigt um Kreditverkäufe und -verbriefungen. **5** Ab 1. Vj. 2010 bereinigt um Kreditverkäufe und -verbriefungen. **6** Nichtmonetäre finanzielle Kapitalgesellschaften. **7** Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften.

Deutsche Bundesbank

mit 0,1% zum ersten Mal seit Juli 2012 wieder im positiven Bereich lag. Vor dem Hintergrund des noch sehr verhaltenden Wachstums des Buchkreditgeschäfts ist die monetäre Grunddynamik im Euro-Raum jedoch trotz erkennbarer Erholungstendenzen weiterhin als gedämpft zu bezeichnen.

Optimistisch stimmt vor allem, dass die Aufwärtsbewegung bei den Buchkrediten abermals stark von den Ausleihungen an nichtfinanzielle Unternehmen getragen wurde. Diese verzeichneten im Berichtsquartal den ersten Nettowachstum seit Sommer 2011 (siehe Schaubild auf S. 33). Bemerkenswert war ferner, dass auch die lange Zeit rückläufigen Buchkredite mit einer Laufzeit von über fünf Jahren ausgeweitet wurden, die üblicherweise zu Investitionszwecken verwendet werden. Die Jahresrate der Buchkredite an nichtfinanzielle Unternehmen im Euro-Raum hat damit ihren Tiefpunkt von -3,1% im ersten Quartal 2014 überwunden; sie lag im Berichtsquartal bei -1,0%.

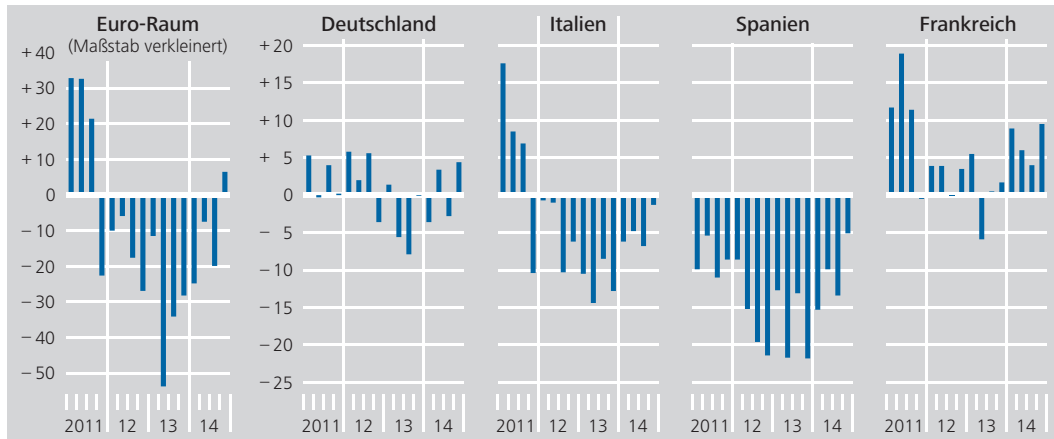
Fortgesetzte Erholung der Buchkredite nichtfinanzieller Unternehmen

Anzeichen für eine allmähliche Aufwärtstendenz der Ausleihungen an den nichtfinanziellen Unternehmenssektor lieferte auch die im vierten Quartal durchgeführte Umfrage im Kreditgeschäft (Bank Lending Survey: BLS). So beobachteten die befragten Institute im Euro-Raum bei den nichtfinanziellen Unternehmen zum ersten Mal seit über drei Jahren wieder eine spürbar gestiegene Nachfrage nach Bankkrediten. Eine Zunahme des Mittelbedarfs war vor allem bei den großen Unternehmen festzustellen. Gestützt wurde die Kreditnachfrage durch den fortgesetzten Rückgang der Kreditzinsen. Zudem gaben die im Rahmen des BLS befragten Banken an, ihre Standards für Unternehmenskredite per saldo erstmals seit 2007 in nennenswertem Maße gelockert zu haben. Dies betraf Unternehmen aller Größenklassen in ähnlicher Weise. Zu der Lockerung trug laut Institutsangaben neben der guten Liquiditätsausstattung der Banken vor allem der hohe Wettbewerb im Firmenkundengeschäft bei.

Auch BLS deutet auf allmähliche Stabilisierung bei nichtfinanziellen Unternehmen hin

Buchkredite an nichtfinanzielle Unternehmen

Mrd €; Dreimonatsveränderungen zum Quartalsende, saisonbereinigt sowie bereinigt um Kreditverkäufe und -verbriefungen



Quelle: EZB.
 Deutsche Bundesbank

Erholung bei Unternehmenskrediten von allen vier großen Euro-Raum-Ländern getragen

Die Erholung der Buchkredite wurde von einer breiten Basis an Ländern getragen. Dies galt im Berichtsquartal insbesondere auch für die vier großen Länder des Euro-Raums. In Deutschland und Frankreich stiegen die Quartalszuflüsse im Herbst merklich an, zugleich verringerte sich in Spanien und Italien das Ausmaß der Nettotilgungen. Dabei dürfte die Nachfrage der Unternehmen nach Bankkrediten wie bereits in den Vorquartalen durch eine verstärkte Nutzung alternativer Finanzierungsquellen gedämpft worden sein. Größere nichtfinanzielle Unternehmen finanzieren sich teilweise direkt über den Kapitalmarkt; darüber hinaus steht insbesondere in Deutschland die Finanzierung aus Eigenmitteln im Vordergrund.

Buchkredite an private Haushalte erkennbar gestiegen

Auch bei den Buchkrediten an private Haushalte setzte sich die seit Sommer 2013 per saldo zu beobachtende Erholung fort. Mit einer Jahresrate von 0,8% im Berichtsquartal ist das Wachstum dieses Aggregats aber als moderat zu bezeichnen. Wachstumsträger waren in einem Umfeld historisch niedriger Zinsen erneut die Wohnungsbaukredite. Anders als bei den Buchkrediten an nichtfinanzielle Unternehmen wurde die Zunahme des Euro-Raum-Aggregats nur von einem Teil der Mitgliedstaaten mitgetragen: Während die Wohnungsbaukredite in den meisten Kernländern der Europäischen Währungsunion deutlich stiegen, blieb das Aus-

maß des Abbaus in den Ländern der Peripherie nicht zuletzt vor dem Hintergrund des weiterhin bestehenden Entschuldungsbedarfs der privaten Haushalte im Wesentlichen unverändert. Für den Euro-Raum als Ganzen berichteten auch die im BLS befragten Banken, dass die Nachfrage in diesem Kreditsegment erneut deutlich anstieg, während die Standards für Wohnungsbaukredite an private Haushalte geringfügig gelockert wurden.

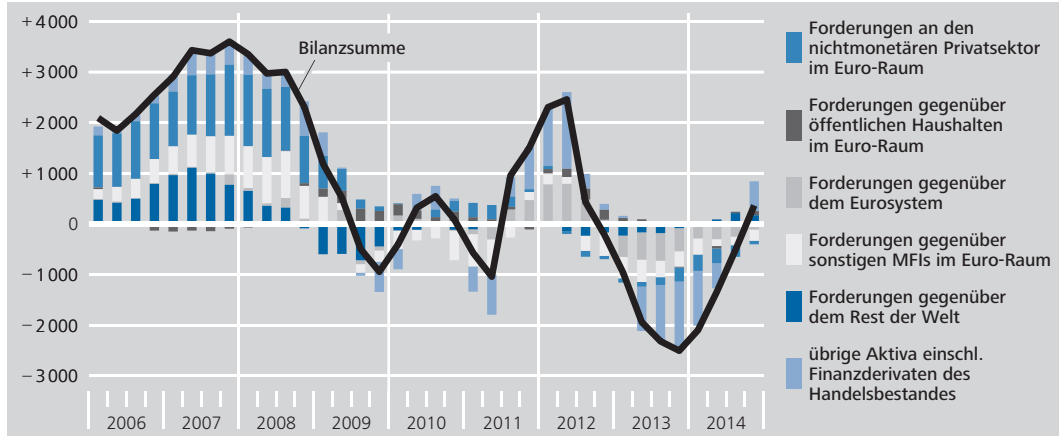
Bei den Konsumentenkrediten spiegelt die in den letzten Quartalen zu beobachtende allmähliche Aufwärtsbewegung die seit 2013 etwas verbesserte Grunddynamik des privaten Konsums wider. Diese Einschätzung deckt sich auch mit den Meldungen der im BLS befragten Institute. Sie gaben an, dass im Konsumentenkreditgeschäft ein spürbar gesteigener Mittelbedarf mit einer marginalen Lockerung der Standards einherging.

Neben dem Nettozuwachs bei den Buchkrediten an den Privatsektor wurde das Geldmengewachstum im Berichtsquartal erneut durch Mittelzuflüsse aus dem Ausland gestützt. Allerdings verzeichnete die Netto-Auslandsposition des MFI-Sektors, in den vergangenen zwei Jahren der größte stützende Gegenposten zur Geldmenge M3, in den drei Monaten bis Dezember wie bereits im Vorquartal per saldo

Netto-Auslandsposition erneut nur leicht gestiegen

Bilanzaktiva der Banken^{*)} im Euro-Raum

12-Monatsveränderungen¹⁾ zum Quartalsende in Mrd €



Quelle: EZB. * Einschl. Geldmarktfonds. 1 Statistisch bedingte Veränderungen ausgeschaltet.
 Deutsche Bundesbank

nur leichte Zuwächse. Im Dezember waren sogar erkennbare Nettoabflüsse zu beobachten. Hauptverantwortlich für die abnehmende Dynamik dürften vor allem Abflüsse aus dem Wertpapierverkehr mit dem Ausland sein, während die Leistungsbilanzüberschüsse weitgehend konstant blieben. Dabei lässt sich vermuten, dass die bereits im Vorquartal gesunkene Präferenz ausländischer Investoren für Schuldverschreibungen aus dem Euro-Raum auch durch die neuerliche Zuspitzung der Lage in Griechenland weiter gedämpft wurde. Daneben stieg auch die Nachfrage von Investoren aus dem Euro-Raum nach ausländischen Wertpapieren.

*Geldkapital
 kräftig
 gesunken,
 bedingt durch
 langfristige
 Bankschuldver-
 schreibungen*

Den größten stützenden Einfluss auf die Geldmenge übte im Berichtsquartal das Geldkapital aus, welches nach fortgesetzten Abflüssen in den Vorquartalen im Herbstquartal erneut kräftig zurückging. Dies war in erster Linie auf deutliche Nettotilgungen bei den Bankschuldverschreibungen mit einer Laufzeit von über zwei Jahren zurückzuführen, denen im Gegensatz zum Vorquartal kein weiterer ausgeprägter Aufbau von Kapital und Rücklagen gegenüberstand.

Der Abbau langfristiger Bankschuldverschreibungen in den Händen des geldhaltenden Sektors ist im Euro-Raum schon seit dem vierten

Quartal 2011 zu beobachten. Während die Nettotilgungen dieser Wertpapiere zunächst vor allem auf eine schwache Nachfrage der Investoren zurückgingen, hat sich die Refinanzierungssituation der Banken am Markt mittlerweile wieder deutlich verbessert. Darauf weisen auch die Angaben der am BLS teilnehmenden Banken hin, die im vierten Quartal wie schon in den Vorquartalen erneut spürbare Verbesserungen bei der Begebung von längerfristigen Bankschuldverschreibungen meldeten. Folglich dürften für die Nettotilgungen in jüngerer Zeit vermehrt angebotsseitige Faktoren verantwortlich sein. Zum einen hat der durch neue regulatorische Bestimmungen sowie durch den umfassenden Bilanzprüfungsprozess der EZB zum Jahresende 2013 initiierte Bilanzabbau den Refinanzierungsbedarf des Bankensektors insgesamt reduziert. Zum anderen ist die Kreditnachfrage des nichtfinanziellen Privatsektors in den Peripherieländern weiterhin schwach, was auch aktuell noch zu einem verringerten Bedarf der Banken an Refinanzierungsmitteln führt. Darüber hinaus legt der fortgesetzte Abbau langfristiger Bankschuldverschreibungen trotz des verbesserten Marktzugangs nahe, dass diese Refinanzierungsart gegenüber alternativen Finanzierungsquellen, wie dem weiter wachsenden Einlagenbestand sowie der günstig vom Eurosystem zur Verfügung gestellten Liquidität, an Attraktivität verloren hat. So nannten die im

Rahmen des BLS beteiligten Banken neben der Kreditvergabe an Unternehmen auch die Substitution alternativer Finanzierungsquellen explizit als Verwendungszweck für die im Rahmen der GLRG des Eurosystems aufgenommenen Mittel.

Bilanzaktiva der Banken erstmals seit Ende 2012 wieder zugenommen

Wie der Blick auf die Bilanzaktiva der Banken im Euro-Raum zeigt, ist der seit Mitte 2012 beobachtete Bilanzabbau im Bankensektor im vergangenen Jahr vorerst zum Stillstand gekommen (vgl. Schaubild auf S. 34). Sie nahmen im Jahr 2014 erstmals seit Ende 2012 wieder zu, wobei das Wachstum im Hinblick auf die einzelnen Bilanzpositionen breit angelegt war. Im Berichtsjahr flossen die Mittel der Banken überwiegend in Finanzderivate des Handelsbestandes, darüber hinaus waren auch Forderungen an das Ausland bedeutend. In den vier großen Ländern des Euro-Raums war die Entwicklung zweigeteilt. Während Banken in Deutschland und Frankreich den im Euro-Raum-Aggregat beobachtbaren Bilanzaufbau maßgeblich stützten, verlangsamte sich bei Banken in Spanien und Italien nur das Tempo ihres Bilanzabbaus. In beiden Ländern wurden vor allem Finanzderivate sowie Anleihen von anderen Staaten des Euro-Raums erworben; ferner reduzierte sich der Rückgang der Forderungen an den Privatsektor.

Einlagen- und Kreditgeschäft deutscher Banken mit inländischen Kunden

Einlagen-geschäft weiterhin geprägt durch Umschichtungen

Das Einlagengeschäft deutscher Banken mit inländischen Kunden war im vierten Quartal 2014 von einem fortgesetzten – wenngleich erkennbar abgeschwächten – Aufbau von Sichteinlagen geprägt, während alle anderen Einlagearten per saldo abgebaut wurden. In dieser Entwicklung kommt die nach wie vor hohe Liquiditätspräferenz des geldhaltenden Sektors zum Ausdruck, die durch die weiter gesunkenen Opportunitätskosten der kurzfristigen Geldhaltung gefördert wurde. Die flache Zinsstruktur führte überdies dazu, dass sich der bereits seit mehreren Quartalen beobachtete Abbau der langfristigen Termineinlagen im Berichts-

quartal noch einmal deutlich beschleunigte. Mögliche Gründe für das insgesamt schwache Wachstum des Einlagengeschäfts sind die Suche nach rentableren Anlageformen sowie eine durch die niedrigen Zinsen begünstigte Erhöhung der Ausgabenneigung.

Ein größerer Teil des Zuflusses an kurzfristigen Einlagen stammte dabei weiterhin von den privaten Haushalten. Diese bauten erneut ihre Sichtguthaben spürbar auf, obgleich dieser Aufbau gegenüber dem Vorquartal etwas schwächer ausfiel. Gleichzeitig war das Anlageverhalten der privaten Haushalte durch einen erkennbaren Abbau der übrigen kurzfristigen monetären Einlagen (Termin- und Spareinlagen) gekennzeichnet. Angesichts der nach wie vor stabilen Einkommens- und Geldvermögenssituation der privaten Haushalte in Deutschland könnte die Abschwächung des Einlagenwachstums die zum Jahresende wieder leicht gestiegene Anschaffungs- und Investitionsneigung dieses Sektors reflektieren. Diese Einschätzung deckt sich mit verschiedenen Indikatoren zum Konsumklima sowie den aktuellen Ergebnissen der Bankenumfrage BLS, die insgesamt auf eine gute Konsumentenstimmung im Berichtsquartal hindeuten.

Sichteinlagen wegen niedriger Opportunitätskosten erneut mit Zuwachs

Ferner war das Einlagengeschäft inländischer Banken im Berichtsquartal durch einen deutlichen Abbau der langfristigen Termineinlagen gekennzeichnet. Wie auch in den vorangegangenen Quartalen wurden die größten Bewegungen dabei aufseiten finanzieller Unternehmen verbucht. Auf der Suche nach einer höheren Verzinsung dürften diese, wie auch in den Quartalen zuvor, die frei gewordenen Gelder in weniger liquide und risikoreichere Aktiva außerhalb von M3-Instrumenten (wie etwa Schuldverschreibungen und Investmentfondsanteile) umgeschichtet haben.

Langfristige Einlagen zinsbedingt erneut abgebaut

Die deutliche Ausweitung des Kreditgeschäfts der Banken in Deutschland mit dem inländischen Nichtbankensektor, die in den zwei vorangegangenen Quartalen zu beobachten war, hat sich im vierten Quartal 2014 nicht mit

Positives Kreditgeschäft mit Nichtbanken

Entwicklung der Kredite und Einlagen der Monetären Finanzinstitute (MFIs) in Deutschland^{*)}

Veränderungen in Mrd €, saisonbereinigt

Position	2014	
	3. Vj.	4. Vj.
Einlagen von inländischen Nicht-MFIs ¹⁾		
täglich fällig	34,6	24,9
mit vereinbarter Laufzeit		
bis zu 2 Jahren	- 5,1	- 3,0
über 2 Jahre	- 4,3	- 15,1
mit vereinbarter Kündigungsfrist		
bis zu 3 Monaten	1,4	- 1,6
über 3 Monate	2,3	- 1,3
Kredite		
Kredite an inländische öffentliche Haushalte		
Buchkredite	- 4,3	- 2,3
Wertpapierkredite	5,4	- 5,3
Kredite an inländische Unternehmen und Privatpersonen		
Buchkredite ²⁾	5,5	7,8
darunter: an private Haushalte ³⁾	5,3	5,4
an nichtfinanzielle Unternehmen ⁴⁾	- 3,2	1,5
Wertpapierkredite	4,2	0,3

* Zu den Monetären Finanzinstituten (MFIs) zählen hier neben den Banken (einschl. Bausparkassen, ohne Bundesbank) auch die Geldmarktfonds. Quartalsendstände, statistisch bedingte Veränderungen ausgeschaltet. 1 Unternehmen, Privatpersonen und öffentliche Haushalte ohne den Bund. 2 Bereinigt um Forderungsverkäufe und -verbriefungen. 3 Und Organisationen ohne Erwerbzweck. 4 Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften und Quasi-Kapitalgesellschaften.

Deutsche Bundesbank

gleicher Dynamik fortgesetzt. Verantwortlich hierfür war im Wesentlichen ein deutlicher Rückgang der Kredite an öffentliche Haushalte. Da die Buchkredite an die privaten Haushalte gleichzeitig jedoch erneut spürbare Zuflüsse verzeichneten und die unverbrieften Ausleihungen an nichtfinanzielle Unternehmen nach einem erkennbaren Rückgang im Vorquartal wieder leicht zunahm, entwickelte sich die Kreditvergabe an den inländischen Nichtbankensektor insgesamt positiv.

Hinter dem deutlichen Rückgang der Kredite an den öffentlichen Sektor stand einerseits die bereits seit mehreren Quartalen beobachtete Nettotilgung der Buchkredite an die öffentlichen Haushalte, die im Zusammenhang mit der weiterhin guten Haushaltslage stehen dürfte. Im Wesentlichen jedoch war der aktuelle Rückgang darauf zurückzuführen, dass Banken ihre Bestände an heimischen Staatsanleihen im Berichtsquartal deutlich verringerten. Die Zunahme der Netto-Auslandsforderungen der

Deutlicher Abbau der Kredite an öffentliche Haushalte

inländischen Banken deutet darauf hin, dass diese Entwicklung unter anderem mit einem größeren Interesse internationaler Anleger an deutschen Staatsanleihen zusammenhängen könnte.

Wie auch in den Quartalen zuvor war die Buchkreditvergabe an die privaten Haushalte hauptsächlich durch die Wohnungsbaukredite bestimmt. Diese wurden im Berichtszeitraum vor dem Hintergrund der äußerst günstigen Finanzierungsbedingungen und der geringen Attraktivität alternativer Anlagemöglichkeiten wieder deutlich ausgebaut. Hinweise auf die Hintergründe liefern die aktuellen BLS-Ergebnisse: So erfuhr den Angaben der am BLS teilnehmenden Banken zufolge die Nachfrage nach privaten Wohnungsbaukrediten im vierten Quartal 2014 eine erneute Belebung. Nach Meinung der befragten Bankmanager verbesserten sich die Aussichten auf dem Wohnungsmarkt aus Sicht der Kreditnehmer gegenüber dem Vorquartal deutlich, und auch das Verbrauchervertrauen trug zu der Nachfrageerhöhung bei. Alternative Finanzierungsquellen, wie Ersparnisse privater Haushalte und Kredite anderer Banken, dämpften dagegen für sich genommen den Bedarf privater Haushalte an Wohnungsbaukrediten der befragten Institute. Gleichzeitig wurde die höhere Nachfrage nach Wohnungsbaukrediten im Berichtsquartal durch die Vergabepolitik der Banken begünstigt. So haben die am BLS teilnehmenden Banken ihre Standards für Wohnungsbaukredite im Schlussquartal zwar nicht angepasst, jedoch verengten sich sowohl bei durchschnittlichen als auch bei risikoreicheren Krediten die Margen leicht.

Buchkredite an private Haushalte weiterhin durch Wohnungsbaukredite getrieben

Auch bei den Konsumentenkrediten sahen sich die am BLS teilnehmenden Banken einer deutlich gestiegenen Nachfrage gegenüber. Im Aggregat über alle meldepflichtigen Banken in Deutschland blieb jedoch die Nettokreditvergabe in diesem Kreditsegment nahezu unverändert, was angesichts der guten Einkommens- und Vermögenssituation der privaten Haushalte auf eine gleichzeitig verstärkte Tilgung zurückzuführen sein könnte. Die Vergabepolitik der

Nettotilgung der Buchkredite zu Konsumzwecken trotz insgesamt weniger strengen Vergabepolitik

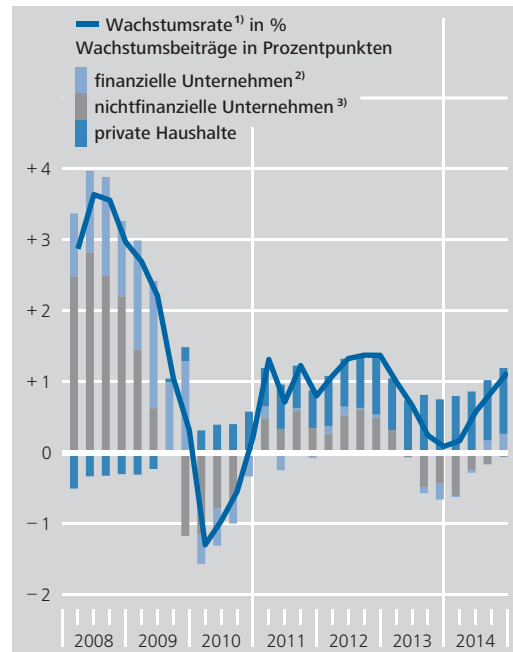
Banken war laut BLS im Schlussquartal insgesamt etwas weniger streng als im Quartal zuvor: Zum einen lockerten die befragten Banken – vor allem wettbewerbsbedingt – ihre Kreditrichtlinien etwas, zum anderen war auch in diesem Segment eine leichte Verengung der Margen zu beobachten. Insgesamt gesehen weist die Buchkreditvergabe an inländische private Haushalte in Deutschland eine weiterhin sehr moderate Dynamik auf: Die 12-Monatsrate der Buchkredite an private Haushalte erhöhte sich leicht auf 1,5% von 1,4% im Vorquartal.

Buchkredite an nichtfinanzielle Unternehmen leicht gestiegen

Dank eines spürbaren Auftriebs im November nahmen die Buchkredite an inländische nichtfinanzielle Unternehmen im Berichtsquartal per saldo leicht zu, nachdem sie im vorangegangenen Quartal noch erkennbar abgebaut wurden. Der positiven Nettokreditvergabe im Unternehmenskreditgeschäft lagen dabei unterschiedliche Entwicklungen in den einzelnen Laufzeitsegmenten zugrunde: Während die gegenüber den kurz- und langfristigen Ausleihungen spürbar teureren Kredite im mittleren Laufzeitsegment deutlich abgebaut wurden, verzeichneten die kürzer laufenden Kredite (mit vereinbarter Laufzeit von bis zu einem Jahr) und in stärkerem Ausmaß auch die langfristigen Ausleihungen (mit vereinbarter Laufzeit von mehr als fünf Jahren) per saldo spürbare Zuflüsse. Die insgesamt positive Entwicklung der Kreditnachfrage der Unternehmen im Berichtsquartal dürfte auf die in der Grundtendenz positiven Konjunktur- und Geschäftserwartungen sowie die historisch günstigen Finanzierungsbedingungen zurückzuführen sein. Die Ergebnisse des BLS bestätigen diese Einschätzung grundsätzlich. Demnach war die positive Bankkreditnachfrage der nichtfinanziellen Unternehmen im Berichtsquartal laut BLS auf einen erhöhten Finanzierungsbedarf für Fusionen, Übernahmen und Unternehmensumstrukturierungen sowie Anlageinvestitionen und Umschuldungen zurückzuführen. Andererseits gaben die am BLS teilnehmenden Bankmanager wie bereits in den Vorquartalen an, dass die Nachfrage der Unternehmen nach Bankkrediten im Berichtsquartal durch einen gesunkenen Mittelbedarf für Lager-

Buchkredite deutscher Banken nach ausgewählten Sektoren

saisonbereinigt sowie bereinigt um Kreditverkäufe und -verbriefungen, Quartalsendstände



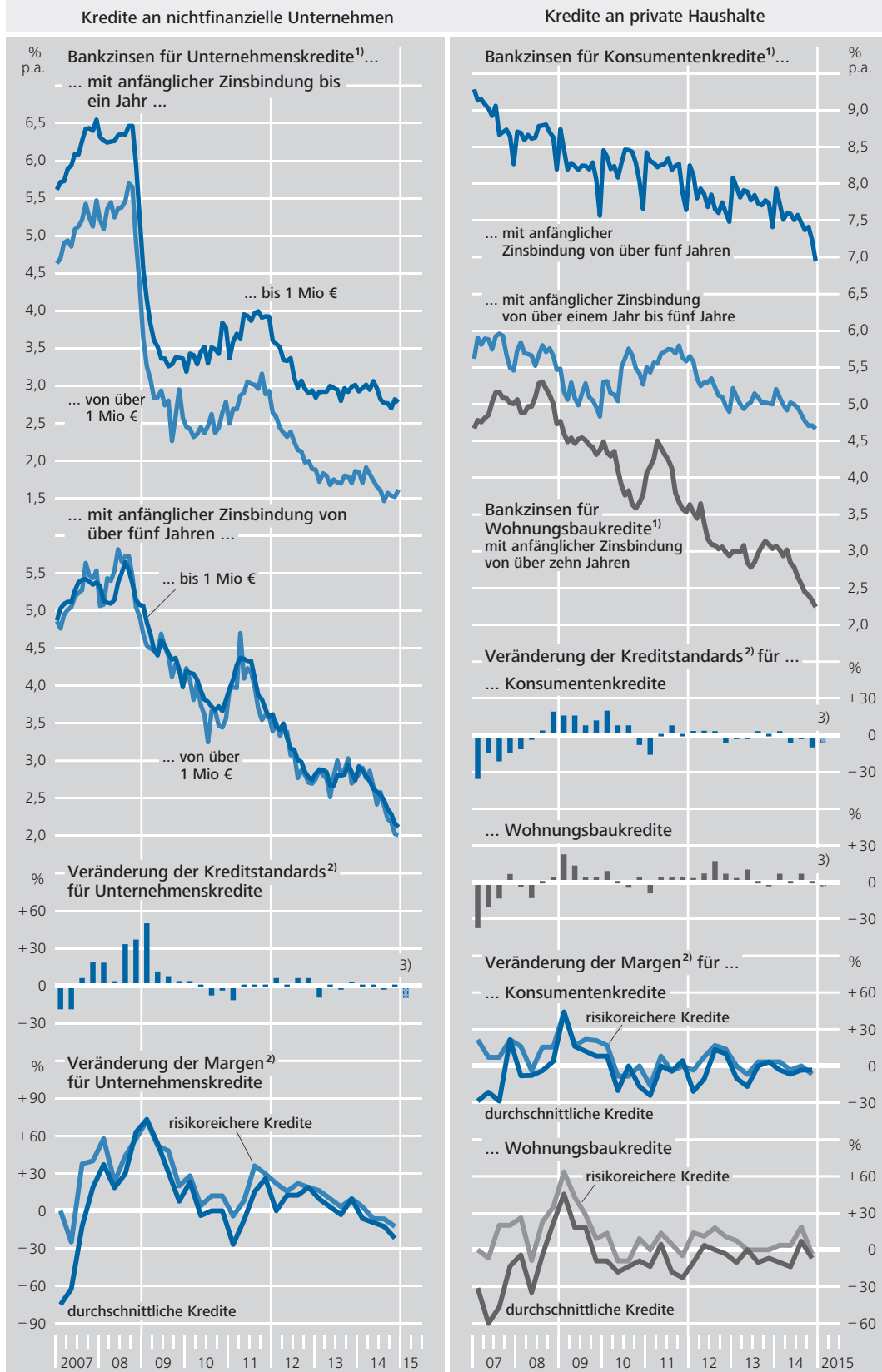
1 Veränderungsrate gegenüber Vorjahr. 2 Nichtmonetäre finanzielle Kapitalgesellschaften. 3 Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften und Quasi-Kapitalgesellschaften.
 Deutsche Bundesbank

haltung und Betriebsmittel sowie durch die Inanspruchnahme anderer Finanzierungsquellen für sich genommen gedämpft wurde.

Den Ergebnissen des BLS zufolge stützte die Kreditvergabepolitik der Banken die positive Entwicklung der Buchkredite an die nichtfinanziellen Unternehmen im Berichtsquartal. Zwar blieben im Geschäft mit nichtfinanziellen Unternehmen die Kreditstandards per saldo unverändert. Die Margen verringerten die Banken hingegen für durchschnittlich riskante Kredite deutlich und für risikoreichere Ausleihungen spürbar. Anders als in den beiden Quartalen zuvor profitierten neben großen nun auch kleine und mittlere Unternehmen von diesem Margenrückgang. Zusätzlich zur Verengung der Margen lockerten die Institute auch die anderen erfragten Kreditbedingungen, wie etwa Sicherheitserfordernisse, Zusatzvereinbarungen und Kreditnebenkosten.

Kreditangebotspolitik deutscher Banken gegenüber Unternehmen gelockert

Bankkonditionen in Deutschland



1 Neugeschäft. Gemäß harmonisierter EWU-Zinsstatistik. **2** Gemäß Bank Lending Survey; für Kreditstandards: Saldo aus der Summe der Angaben „deutlich verschärft“ und „leicht verschärft“ und der Summe der Angaben „etwas gelockert“ und „deutlich gelockert“ in % der gegebenen Antworten, für Margen: Saldo aus der Summe der Angaben „deutlich ausgeweitet“ und „leicht ausgeweitet“ und der Summe der Angaben „etwas verengt“ und „deutlich verengt“ in % der gegebenen Antworten. **3** Erwartungen für das 1. Vj. 2015.

BLS deutet auf mäßiges Interesse deutscher Banken an GLRG hin

Der BLS enthielt im vierten Quartal zusätzlich Fragen zu den Refinanzierungsbedingungen der Banken, zu den Auswirkungen der neuen regulatorischen und aufsichtlichen Aktivitäten sowie zur Teilnahme der Banken an den GLRG 2014 bis 2016. Erneut berichteten die deutschen Banken von einer im Vergleich zum Vorquartal leicht verbesserten Refinanzierungssituation vor dem Hintergrund der Lage an den Finanzmärkten. Im Hinblick auf die neuen regulatorischen und aufsichtlichen Aktivitäten reduzierten die im Rahmen des BLS befragten Banken in der zweiten Jahreshälfte 2014 ihre risikogewichteten Aktiva per saldo erstmals nicht weiter, bauten aber gleichwohl erneut risikoreichere Kredite ab und stärkten ihre Eigenkapitalposition. Am GLRG im Dezember 2014 zeigten die befragten deutschen Institute mäßiges Interesse, da die Mehrheit der Banken sich keinerlei Finanzierungsengpässen gegenüber sah. Diejenigen Banken aus der Stichprobe des BLS, die an dem Geschäft teilnahmen, begründeten dies mit den attraktiven Konditionen. Die bereitgestellten Mittel wollen sie in erster Linie zur Kreditvergabe verwenden. Die Institute rechnen damit, dass sich durch die Teilnahme ihre finanzielle Situation leicht verbessert, sie erwarten aber keinerlei Auswirkungen auf ihre Kreditstandards.

Die Kreditzinsen vollzogen den leichten Rückgang der Zinsen an den Geld- und Kapitalmärkten im vierten Quartal 2014 über die gemeldeten Geschäftszweige, Laufzeiten und Volumina hinweg überwiegend nach. So sanken die Zinsen für langfristige Unternehmenskredite leicht und blieben für kurzfristige Ausleihungen insgesamt nahezu unverändert. In der Niveaubetrachtung verlangten die meldenden Institute für kurzfristige Mittel an inländische nichtfinanzielle Unternehmen Ende Dezember 2,8% für kleinvolumige beziehungsweise 1,6% für großvolumige Kredite. Die Zinsen für langfristige Ausleihungen an nichtfinanzielle Unternehmen lagen zuletzt bei 2,1% beziehungsweise 2,0% und erreichten damit einen neuen historischen Tiefstand seit Einführung der harmonisierten EWU-Zinsstatistik im Jahr 2003.

Auch Kredite an private Haushalte waren im vierten Quartal im historischen Vergleich seit 2003 konkurrenzlos günstig. So sank der Zins für langfristige Wohnungsbaukredite leicht und lag Ende Dezember bei 2,2%. Die Einlagen privater Haushalte wurden im Vergleich zum Vorquartal erneut niedriger vergütet.

Bankkreditzinsen vollziehen Zinsrückgang am Kapitalmarkt nach

■ Finanzmärkte

■ Finanzmarktumfeld

Finanzmärkte erwarten quantitative Lockerung des Eurosystems

Die Entwicklung an den internationalen Finanzmärkten stand im vierten Quartal 2014 zunehmend im Zeichen der Erwartung umfangreicher Wertpapierkäufe durch das Eurosystem. Anlass hierfür gaben die vor dem Hintergrund der stark rückläufigen Ölpreise nachgebenden mittel- und längerfristigen Inflationserwartungen. Die Aussicht auf ein erweitertes Wertpapierankaufprogramm, das der EZB-Rat am 22. Januar 2015 mehrheitlich beschlossen hat, drückte die Anleiherenditen im Euro-Raum (mit Ausnahme Griechenlands) bereits im Vorfeld auf breiter Front; in mehreren Ländern wurden neue Tiefstände verzeichnet. Auch außerhalb des Euro-Raums gaben die Anleiherenditen angesichts der reichlichen Liquiditätsversorgung und der sinkenden Ölpreise nach. Die Aktienmärkte entwickelten sich überwiegend freundlich. Insbesondere die europäischen Börsen profitierten von einer hohen Nachfrage nach Aktien; offenbar übertraf das Kaufprogramm des Eurosystems in Volumen und Breite die Erwartungen mancher Marktteilnehmer und löste nach seiner Ankündigung eine verstärkte Suche nach alternativen Anlagemöglichkeiten aus. Zudem dürfte die Abwertung des Euro bei exportorientierten Unternehmen zusätzliche Gewinnerwartungen geweckt haben. Im gewichteten Durchschnitt gegenüber den Währungen von 19 wichtigen Handelspartnern verlor der Euro seit Ende September 2014 per saldo rund 5% an Wert. Der Anstieg der impliziten Aktienmarktvolatilität sowie die größere Uneinigkeit unter den Aktienanalysten weisen allerdings auf eine erhöhte Kursunsicherheit am Aktienmarkt hin.

■ Wechselkurse

Kursverluste des Euro gegenüber dem US-Dollar ...

Die nominale Abwertung des effektiven Euro ging zu einem maßgeblichen Teil auf die Entwicklung des bilateralen Wechselkurses gegenüber dem US-Dollar zurück. Dieser wiederum

stand besonders unter dem Einfluss einer zunehmenden Divergenz der geldpolitischen Ausrichtung dies- und jenseits des Atlantiks. Belastend für den Euro wirkten sich Ankündigungen aus dem EZB-Rat aus, eine weitere geldpolitische Lockerung könnte angesichts der absehbar gedämpften Preisentwicklung notwendig werden. Mitte November merkte EZB-Präsident Draghi an, dass expansive geldpolitische Maßnahmen auch Staatsanleihekäufe beinhalten können. Zusätzlichen Druck auf den Euro übte Anfang Dezember die unerwartet günstige Arbeitsmarktentwicklung in den USA aus.

Dennoch blieb der Wertverlust des Euro gegenüber der US-amerikanischen Währung bis Mitte Dezember 2014 vergleichsweise gering, da im Herbst einige Konjunkturindikatoren für den Euro-Raum durchaus positiv überraschten. Zudem schien ein Teil der Devisenmarktteilnehmer nach der EZB-Ratssitzung Anfang Dezember davon enttäuscht gewesen zu sein, dass nicht damals schon ein Anleihekaufprogramm beschlossen wurde. Vor allem aber scheint ihre Unsicherheit im Hinblick auf die weitere Zinsentwicklung in den USA noch ausgeprägt gewesen zu sein.

... blieben bis Mitte Dezember 2014 noch gering, ...

Denn eine beschleunigte Abwertung des Euro setzte ein, als Mitte Dezember des abgelaufenen Jahres die Stellungnahme des Offenmarktausschusses der US-amerikanischen Notenbank, in der nicht mehr auf einen „beträchtlichen Zeitraum“ verwiesen wurde, der bis zu einer Zinsanhebung verstreichen werde, vom Markt offensichtlich als Signal für einen früheren Leit-zinsanstieg interpretiert wurde. Die Kursbewegung wurde noch von der überraschend starken Aufwärtsrevision des US-BIP unterstützt. Diesseits des Atlantiks wurde der Euro zudem von dem durch Energiepreisabschläge verursachten Rückgang des EWU-Verbraucherpreisindex sowie von den Unsicherheiten im Zusammenhang mit den notwendig gewordenen Neuwahlen in Griechenland belastet. Nach dem

... beschleunigten sich aber danach

Beschluss des EZB-Rats über ein Anleihekaufprogramm im Januar 2015 fiel der Euro mit 1,12 US-\$ auf den tiefsten Stand seit September 2003. Auch wenn er sich daraufhin stabilisierte, notierte er zuletzt mit 1,13 US-\$ um 10% schwächer als Ende September 2014.

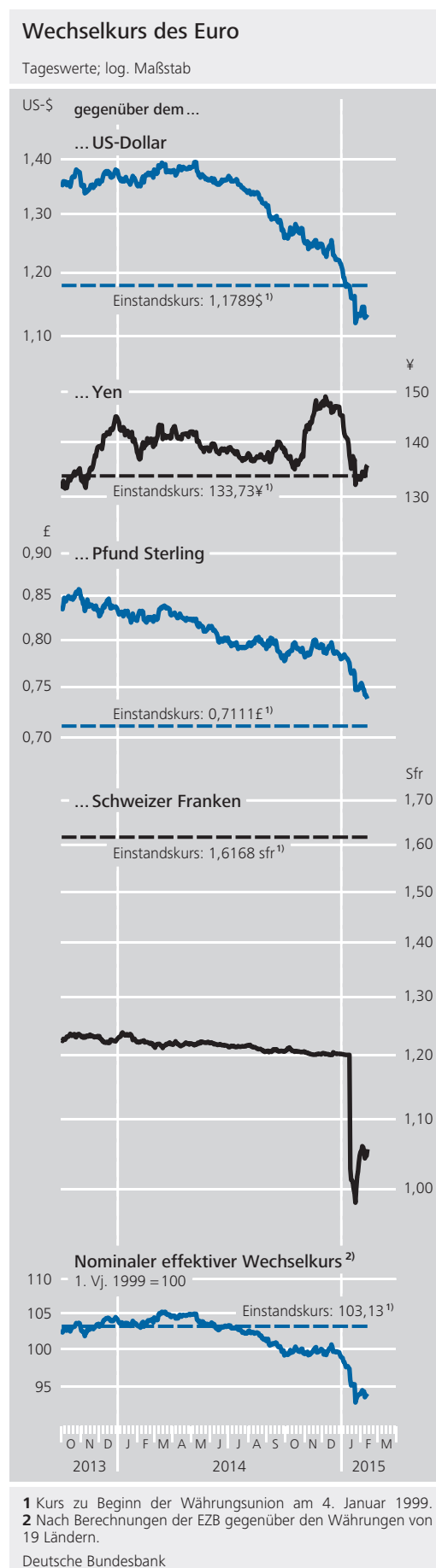
Abwertung des Euro auch gegenüber dem Yen ...

Im November gewann der Euro gegenüber dem Yen spürbar an Wert, nachdem die japanische Notenbank Ende Oktober eine Ausweitung ihrer Maßnahmen zur quantitativen Lockerung beschlossen hatte. Zusätzlich wurde der Yen im Monatsverlauf zum einen noch durch die Unsicherheit geschwächt, die im Zusammenhang mit später bestätigten Gerüchten aufkam, Ministerpräsident Abe wolle Neuwahlen ansetzen und die geplante Mehrwertsteuererhöhung verschieben, zum anderen durch den unerwarteten neuerlichen Rückgang des japanischen BIP. Vor diesem Hintergrund erreichte der Euro Anfang Dezember mit 149 Yen den höchsten Stand seit Oktober 2008. Als aber in der Folgezeit immer deutlicher wurde, dass auch der EZB-Rat ein umfangreiches Programm zum Staatsanleihekauf beschließen würde, gab der Euro vor allem im neuen Jahr die Kursgewinne rasch wieder ab. Zum Ende der Berichtsperiode stand der Euro bei einem Kurs von 136 Yen. Per saldo verzeichnete er damit in dieser Zeit einen Wertverlust gegenüber dem Yen von 2%.

... und gegenüber dem Pfund Sterling

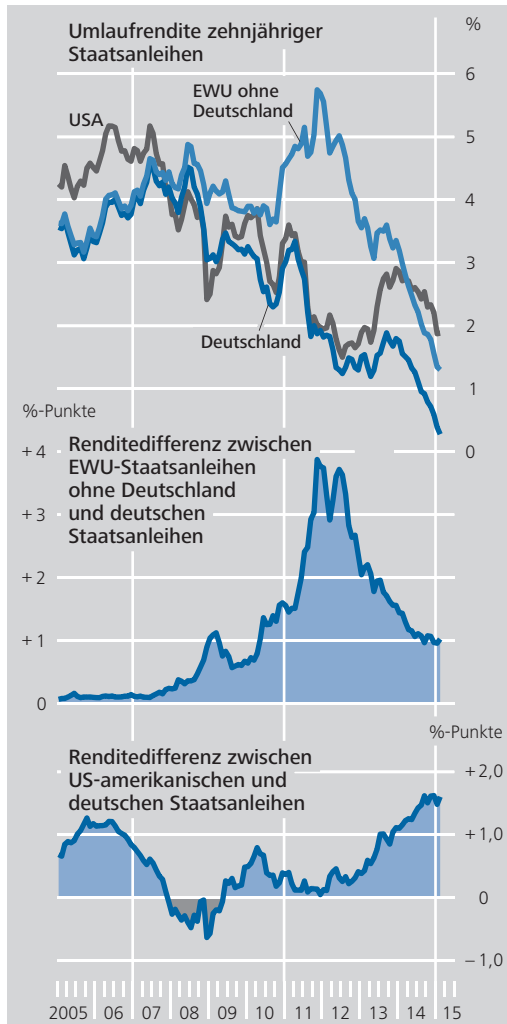
Die Ausschläge des Euro-Kurses gegenüber dem Pfund Sterling sind im Schlussquartal 2014 vergleichsweise gering geblieben. Der Euro wertete sich bis Ende November ein wenig auf, nachdem die Bank von England dem Markt signalisiert hatte, dass der erwartete Leitzinsanstieg wohl weiter in die Zukunft verschoben werden würde. Danach wurde der Euro auch im Verhältnis zum Pfund von den Perspektiven einer weiteren substantiellen geldpolitischen Lockerung im Euro-Raum belastet. Zuletzt notierte er mit 0,74 Pfund um 5% niedriger als Ende September 2014.

Am 15. Januar 2015 hob die Schweizerische Nationalbank den seit September 2011 gelten-



Anleiherenditen in Deutschland, im übrigen Euro-Raum und in den USA

Monatswerte



Quelle: Bloomberg und eigene Berechnungen.
 Deutsche Bundesbank

Aufgabe des Franken-Mindestkurses zum Euro

den Mindestkurs von 1,20 Franken pro Euro auf. Gleichzeitig senkte sie den Zins für Guthaben auf Girokonten oberhalb eines bestimmten Freibetrages auf $-0,75\%$, damit die Kursfreigabe „nicht zu einer unangemessenen Straffung der monetären Rahmenbedingungen führt“. Sie begründete die Maßnahme damit, dass der Euro und damit der Franken sich merklich gegenüber dem US-Dollar abgewertet haben und sich die Überbewertung des Franken reduziert habe. Bis zur Feststellung des Referenzkurses wertete sich der Euro am Tag der Freigabe zum Franken per saldo um $14\frac{1}{2}\%$ ab, der Franken zum Euro um 17% auf. Seither hat sich der Wechselkurs stabilisiert. Zuletzt stand der Euro bei 1,06 Franken,

$12\frac{1}{2}\%$ schwächer als zu Beginn des Schlussquartals 2014.

Seit Jahresbeginn wird der effektive Euro nicht mehr gegenüber 20, sondern gegenüber 19 Partnerwährungen berechnet. Litauen hat zum Jahreswechsel seine bisherige Währung, den Litas, aufgegeben und den Euro eingeführt. Der unwiderrufliche Euro-Umrechnungkurs beträgt 3,4528 Litas pro Euro. Damit ist der Euro nun in allen drei Ländern des Baltikums gesetzliches Zahlungsmittel. Der effektive Euro in der neuen Abgrenzung gegenüber 19 Handelspartnern hat im Zuge der oben beschriebenen Entwicklungen im Vergleich zum Beginn des vierten Quartals 2014 um 5% an Wert verloren. Dies ging mit einer Verbesserung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit von Anbietern aus dem Euro-Raum einher.

Verbesserung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit des Euro-Raums und Einführung des Euro in Litauen

Gegenüber dem Rubel, der bei der Berechnung des effektiven Euro in diesem Länderkreis nicht berücksichtigt wird, hat der Euro im Berichtszeitraum weiter erheblich an Wert gewonnen. Nach der Freigabe des Rubelkurses im November 2014 kam zu schon vorhandenen und weiter fortbestehenden Belastungsfaktoren wie dem Ölpreisverfall, dem Konflikt in der Ukraine und den Wirtschaftssanktionen noch die Entscheidung einer bedeutenden Rating-Agentur hinzu, die Bonität russischer Staatsanleihen unter die Investmentgrade-Schwelle zu senken. Seit Ende September 2014 belaufen sich die Kursgewinne des Euro gegenüber dem Rubel mittlerweile auf $51\frac{1}{2}\%$.

Drastischer Kursverfall des Rubel

Wertpapiermärkte und Wertpapierverkehr

Nach der Aktivierung des vom Eurosystem im September 2014 angekündigten Ankaufprogramms von Asset Backed Securities und Covered Bonds festigten sich im Berichtszeitraum vor dem Hintergrund rückläufiger Inflationserwartungen mehr und mehr die Erwartungen der Marktteilnehmer, dass als weitere geldpolitische Maßnahme Staatsanleihen im

Europäischer Rentenmarkt unter dem Einfluss der Geldpolitik

breiten Stil gekauft werden würden. Unter diesen Markteinflüssen gaben die Renditen von Staatsanleihen in der EWU im gesamten Berichtszeitraum mehrheitlich nach. Auf seiner Sitzung am 22. Januar 2015 kündigte der EZB-Rat die Erweiterung des bereits bestehenden Wertpapierankaufprogramms um im Einzelnen näher spezifizierte Anleihen von im Euro-Raum ansässigen Zentralstaaten, Emittenten mit Förderauftrag und europäischen Institutionen an. Auf dem Sekundärmarkt sollen mindestens bis September 2016 Wertpapiere des öffentlichen und privaten Sektors in Höhe von 60 Mrd € monatlich gekauft werden.¹⁾ In diesem Marktumfeld reduzierte sich die mit dem Bruttoinlandsprodukt gewichtete Rendite zehnjähriger Anleihen von EWU-Staaten (ohne Deutschland) seit Ende September um 52 Basispunkte und erreichte jüngst mit gut 1,3% ein historisch niedriges Niveau. Die weiterhin hohe Nachfrage der Investoren nach Bundesanleihen bewirkte, dass die bisherigen Tiefststände bei zehnjährigen Papieren abermals unterschritten wurden. Die Renditen der zehnjährigen Bundesanleihen gaben um 55 Basispunkte nach und erreichten zuletzt ein Niveau von 0,33%.

Renditedifferenzen zu Bundesanleihen mehrheitlich gesunken

Die Erwartung der neuen geldpolitischen Maßnahmen wirkte mit Ausnahme von Griechenland auch auf die Anleiherenditen in den übrigen EWU-Ländern. In den von der Staatsschuldenkrise besonders betroffenen Ländern gaben die Renditen zehnjähriger Staatsanleihen um mehr als 40 Basispunkte nach, sodass auch dort vorübergehend zumeist neue Tiefststände erreicht wurden. Die Renditeabstände zu laufzeitäquivalenten Bundesanleihen engten sich im Ergebnis zumeist leicht ein, während die über CDS-Prämien gemessenen Risikoprämien nahezu konstant blieben. In Griechenland trug die Unsicherheit im Zusammenhang mit der notwendig gewordenen Neuwahl und der wirtschaftspolitischen Ausrichtung der neuen Regierung zu einem Anstieg der Risikoprämien bei. Zehnjährige griechische Staatsanleihen rentierten im Januar 2015 erstmals seit dem Spätsommer 2013 wieder oberhalb von 10%, was seit Ende

Finanzierungsbedingungen von ausgewählten Ländern im Euro-Raum

Wochendurchschnitte



1 Staatsanleihen mit einer Restlaufzeit von zehn Jahren. Quelle: Thomson Reuters. **2** Prämien für zehnjährige Kreditausfallswap (CDS)-Kontrakte auf Basis laufzeitäquivalenter Staatsanleihen. Quelle: Markt.

Deutsche Bundesbank

September 2014 einen Renditeanstieg von 339 Basispunkten bedeutet.²⁾

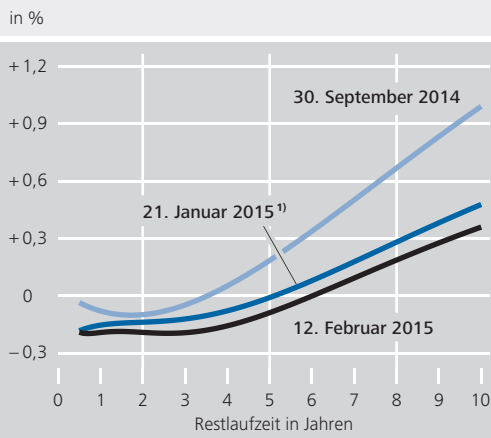
An den Anleihemärkten außerhalb des Euro-Raums traten die geopolitischen Spannungen im Herbst etwas in den Hintergrund, und der Fokus richtete sich vorwiegend auf die konjunkturelle Entwicklung der Weltwirtschaft, die im Zuge sinkender Ölpreise niedrigeren Inflations-

Renditerückgänge auf internationalen Anleihemärkten

¹ Zu näheren Einzelheiten siehe S. 25 ff.

² Der Marktumlauf griechischer Anleihen ist durch die Hilfsmaßnahmen der internationalen Gemeinschaft deutlich gesunken, und ihre Liquidität dürfte recht gering sein. Die Marktrenditen geben zudem nicht die Zinsbelastung des griechischen Staates wieder, die wesentlich von den erheblich günstigeren Konditionen der Hilfsprogramme abhängt.

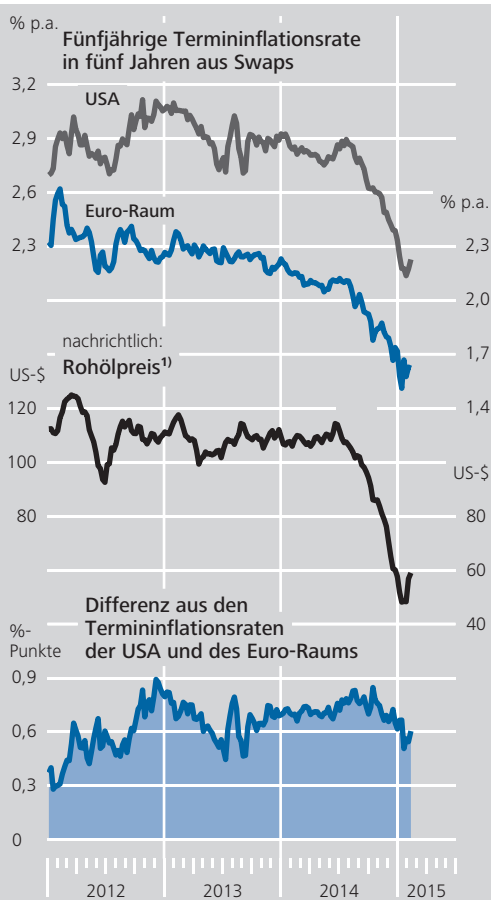
Zinsstruktur am deutschen Rentenmarkt^{*)}



* Zinssätze für (hypothetische) Nullkuponanleihen (Svensson-Methode), basierend auf börsennotierten Bundeswertpapieren. 1 Stand am Tag vor der EZBR-Sitzung.
 Deutsche Bundesbank

Termininflationen^{*)} im Euro-Raum und in den USA

Wochendurchschnitte



Quellen: Bloomberg, Thomson Reuters und eigene Berechnungen. * Abgeleitet aus dem festen Zahlungsstrom von Inflationsswaps, der gegen die jährlichen realisierten Inflationsraten (HVPI ohne Tabakwaren für den Euro-Raum sowie CPI Urban Consumers für die USA) der nächsten fünf bzw. zehn Jahre getauscht wird. 1 Brent Blend (für Terminlieferung in einem Monat).

Deutsche Bundesbank

raten sowie die Erwartung geldpolitischer Sondermaßnahmen in der EWU. Dabei kam der internationale Zinsverbund seit November 2014 wieder stärker zum Vorschein. Auch bei US-Staatstiteln war ein Renditerückgang zu beobachten. Lediglich besser als erwartet ausgefallene Konjunkturdaten für die USA im Oktober 2014 sowie Anfang Februar 2015 sorgten kurzfristig für eine Gegenbewegung. Im Ergebnis gaben die Renditen von zehnjährigen US-Staatsanleihen seit Ende September um 51 Basispunkte auf ein Niveau von 2,0% nach. Der Renditeabstand zu laufzeitäquivalenten Bundesanleihen weitete sich um 4 Basispunkte aus. Der japanische Rentenmarkt stand abermals unter dem Einfluss einer weiteren geldpolitischen Lockerung durch die Bank von Japan und neuer Konjunkturlösungen, sodass zehnjährige japanische Staatsanleihen im Ergebnis mit einem Niveau von 0,4% 13 Basispunkte niedriger rentieren als noch Ende September 2014.

Die Steigung der deutschen Zinsstrukturkurve, die aus den Renditen von Bundeswertpapieren ermittelt wird, hat sich seit Ende September 2014 – gemessen am Renditeabstand von zehnjährigen gegenüber zweijährigen Anleihen – um 54 Basispunkte auf 55 Basispunkte weiter abgeflacht (siehe oben stehendes Schaubild). Die Einengung des Zinsgefälles reflektiert die Markterwartung eines für längere Zeit niedrigen Kurzfristzinses; hierzu trug auch die Diskussion um die aktuell niedrigen Inflationsraten sowie die rückläufigen Inflationserwartungen bei. Zudem kam es zu einer Verschiebung der Zinsstrukturkurve nach unten, sodass die Renditen im Laufzeitbereich bis sechs Jahre nun negativ sind.

Zinsstrukturkurve aus Bundeswertpapieren

Die marktbasiereten längerfristigen Inflationserwartungen im Euro-Raum sind im Berichtszeitraum weiter gesunken. Die fünfjährige Termininflation in fünf Jahren auf Basis von deutschen und französischen Anleihen verringerte sich seit Ende September 2014 von 1,9% auf 1,6%. Eine ähnliche Tendenz zeigt sich auch bei Inflationserwartungen, die aus Inflationsswaps berechnet werden. Nicht unerheblich für

Inflationserwartungen weiter rückläufig

diese Entwicklung scheinen internationale Einflüsse gewesen zu sein, beispielsweise der starke Rückgang des Ölpreises. So bewegten sich die fünfjährigen Termininflationen in fünf Jahren in der EWU und den USA seit Mitte 2014 weitgehend parallel nach unten (siehe Schaubild auf S. 44 unten).³⁾ Der Beginn des verstärkten Abwärtstrends fällt leicht verzögert mit dem Beginn des stärkeren Ölpreistrückgangs zusammen. Der Vergleich von swapmarkt-basierten mit umfragebasierten Inflationserwartungen legt zudem den Schluss nahe, dass eine zunehmend negative Inflationsrisikoprämie zum Rückgang der markt-basierten Indikatoren beigetragen haben dürfte.

Finanzierungsbedingungen von Unternehmen günstig

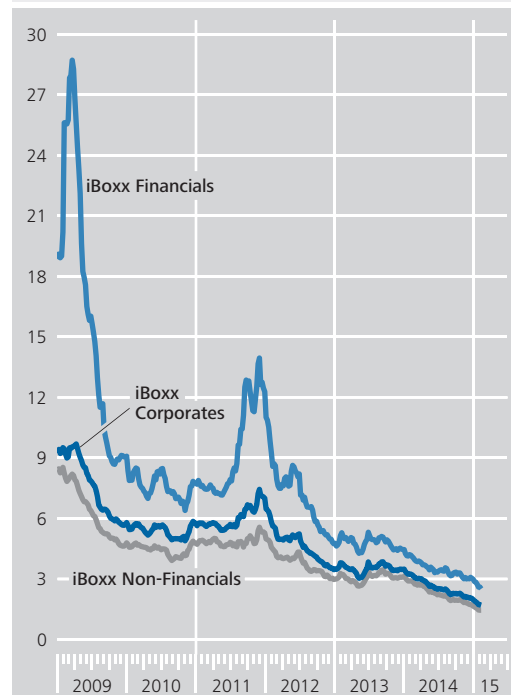
Auf dem Markt für europäische Unternehmensanleihen haben sich im Berichtszeitraum die bereits historisch günstigen Finanzierungsbedingungen der Unternehmen am Kapitalmarkt abermals verbessert. Dies trifft im besonderen Maße für die finanziellen Unternehmen zu. Die Renditen ihrer Anleihen mit einer Restlaufzeit von sieben bis zehn Jahren und mit einem BBB-Rating fielen seit Ende September 2014 um 93 Basispunkte und erreichten bei Abschluss dieses Berichts ein Niveau von 2,5%, welches somit über 2 Prozentpunkte niedriger ist als unmittelbar vor dem Ausbruch der Finanzkrise. Äquivalente Anleihen des nichtfinanziellen Sektors rentieren aktuell auf einem Niveau von 1,5%, nach gut 2% zum Ende des Vorquartals.⁴⁾ Der Renditerückgang bei den Anleihen des finanziellen Sektors war so stark, dass die Renditedifferenz zu laufzeitäquivalenten Titeln des Bundes um 47 Basispunkte abnahm, während der entsprechende Renditeabstand bei nichtfinanziellen Unternehmen nahezu unverändert blieb. Offenbar engagieren sich die Investoren in ihrer Suche nach Rendite verstärkt in Unternehmensanleihen und treiben dort die Kurse in die Höhe.

Nettotilgungen inländischer Schuldverschreibungen

Die Bruttoemissionen am deutschen Rentenmarkt lagen im vierten Quartal 2014 leicht unter dem Wert des Vorquartals. Insgesamt begaben deutsche Schuldner Papiere für 330½ Mrd €, verglichen mit 331½ Mrd € in den drei Monaten

Renditen für Unternehmensanleihen im Euro-Raum^{*)}

in %, Wochendurchschnitte



Quelle: Markt. * BBB-Anleihen mit einer Restlaufzeit von sieben bis zehn Jahren.
 Deutsche Bundesbank

zuvor. Nach Berücksichtigung der Tilgungen und Eigenbestandsveränderungen hat sich die Kapitalmarktverschuldung inländischer Emittenten um 24 Mrd € verringert. Schuldtitel ausländischer Provenienz wurden im vierten Quartal für 26½ Mrd € am deutschen Markt abgesetzt. Im Ergebnis stieg der Umlauf von Rentenpapieren in Deutschland im Berichtsquartal damit um 2 Mrd €.

Inländische Kreditinstitute, die über reichlich Liquidität verfügen, verringerten von Oktober bis Dezember 2014 ihre Kapitalmarktverschuldung um 18 Mrd €. Vor allem die flexibel gestaltbaren Sonstigen Bankschuldverschreibungen sowie Schuldverschreibungen der Spezialkreditinstitute wurden getilgt (je 6½ Mrd €),

Sinkende Kapitalmarktverschuldung der Kreditinstitute

³ In den Tagen vor und nach dem Beschluss des EZB-Rates über ein erweitertes Wertpapierankaufprogramm kam es bei den fünfjährigen Termininflationen in fünf Jahren in der EWU zu erhöhten Schwankungen ohne klaren Trend.
⁴ Hierbei werden Renditen von Anleihen der Unternehmen aus den nach Ratingklassen unterschiedenen Anleiheindizes von iBoxx zugrunde gelegt.

Mittelanlage an den deutschen Wertpapiermärkten

Mrd €

Position	2013		2014	
	4. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	
Schuldverschreibungen				
Inländer	8,1	17,1	12,1	
Kreditinstitute	- 0,6	4,9	- 12,8	
darunter:				
ausländische				
Schuldverschreibungen	2,3	3,4	7,4	
Deutsche Bundesbank	- 2,1	- 3,7	- 1,6	
Übrige Sektoren	10,8	15,9	26,5	
darunter:				
inländische				
Schuldverschreibungen	- 8,0	1,8	7,1	
Ausländer	- 19,9	1,7	- 9,9	
Aktien				
Inländer	- 7,0	0,7	6,3	
Kreditinstitute	- 2,2	2,3	4,4	
darunter:				
inländische Aktien	- 1,9	0,7	4,5	
Nichtbanken	- 4,8	- 1,6	1,9	
darunter:				
inländische Aktien	- 1,7	- 0,3	- 6,7	
Ausländer	4,9	5,9	3,8	
Investmentzertifikate ¹⁾				
Anlage in Spezialfonds	29,1	20,7	31,3	
Anlage in Publikumsfonds	- 0,5	0,4	- 1,5	
darunter:				
Aktienfonds	1,2	- 3,2	- 4,4	

1 Werte für das 4. Vierteljahr 2014 vorläufig.
 Deutsche Bundesbank

aber auch das Volumen Öffentlicher Pfandbriefe war weiter rückläufig (5 ½ Mrd €). Hingegen wurden Hypothekendarlehen für netto ½ Mrd € emittiert.

Nettotilgungen der öffentlichen Hand

Die öffentliche Hand, deren Mittelbedarf ebenfalls gering ist, tilgte im Berichtsquartal Schuldtitel für netto 4 Mrd €. Dies ist im Ergebnis ausschließlich auf die Länder zurückzuführen, welche Anleihen für netto 6 ½ Mrd € vom Markt nahmen. Hingegen emittierte der Bund (sowie die ihm zugerechnete Abwicklungsanstalt) vor allem zehn- und 30-jährige Anleihen (10 Mrd € bzw. 2 Mrd €). Dem standen Nettotilgungen von fünfjährigen Bundesobligationen (6 ½ Mrd €) und unverzinslichen Bubills (5 ½ Mrd €) gegenüber.

Unternehmensanleihen per saldo getilgt

Inländische Unternehmen verringerten im vierten Quartal 2014 ihre Kapitalmarktverschuldung in Deutschland um 1 ½ Mrd €. Im Ergebnis sind diese Tilgungen ausschließlich auf Sonstige Finanzinstitute (ohne Banklizenz) zurück-

zuführen (5 ½ Mrd €), während nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften Anleihen für netto 4 Mrd € begaben.

Erworben wurden Schuldverschreibungen im vierten Quartal 2014 ausschließlich von inländischen Nichtbanken, die Rentenwerte für per saldo 26 ½ Mrd € in ihre Portfolios aufnahmen. Hingegen trennten sich vor allem heimische Kreditinstitute (13 Mrd €), aber auch ausländische Investoren (10 Mrd €) von festverzinslichen Werten. Dabei könnten auch typische Bilanzdispositionen zum Jahresende eine Rolle gespielt haben.

Erwerb von Schuldverschreibungen ausschließlich durch inländische Nichtbanken

Vor dem Hintergrund der expansiven Geldpolitik in den wichtigsten Währungsräumen und sinkender Ölpreise zeigten sich die internationalen Aktienmärkte im vergangenen Herbst und Winter 2014/2015 überwiegend freundlich. Anders als im Euro-Raum kam es im vierten Quartal 2014 zudem für die USA und Japan gemäß Consensus-Umfragen zu keiner Abwärtsrevision der Konjunkturerwartungen. Gestützt hierdurch verlief die Entwicklung des US-amerikanischen sowie des japanischen Aktienmarkts zunächst deutlich positiver als die des Euro Stoxx. Ganz im Zeichen der Entscheidung des EZB-Rats über das QE-Programm verzeichnete der europäische Aktienmarkt im Januar 2015 jedoch eine steile Aufwärtsbewegung. Gemessen am S&P 500 und am Nikkei lagen der US-amerikanische und der japanische Aktienmarkt bei Abschluss dieses Berichts 5,9% beziehungsweise 11,2% oberhalb ihrer Niveaus von Ende September 2014, verglichen mit 8,8% für den Euro Stoxx.

Aktienmärkte überwiegend freundlich

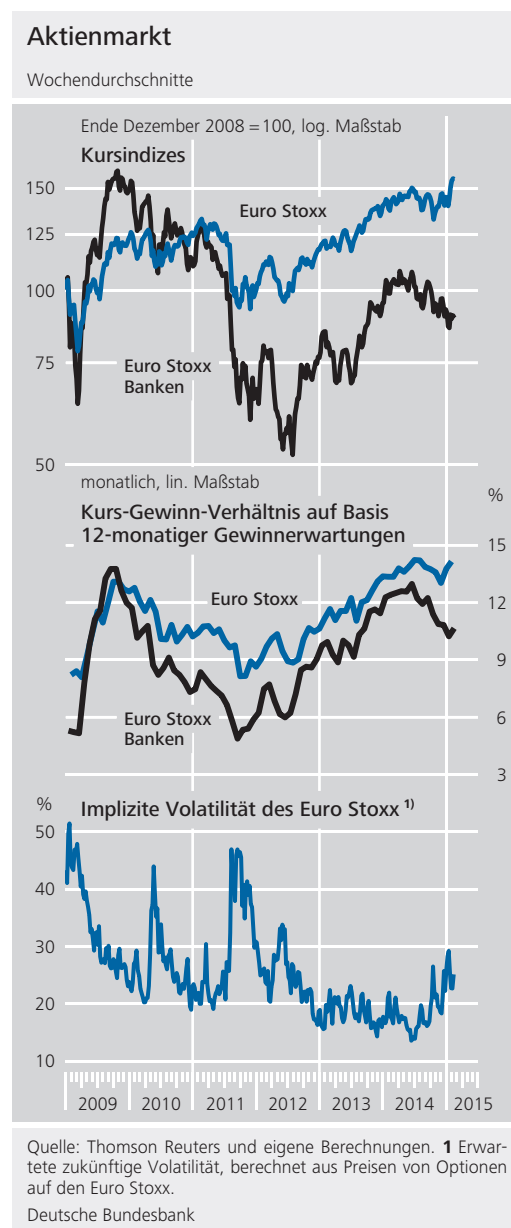
Innerhalb Europas haben sich die Aktienmärkte seit Ende September 2014 sehr unterschiedlich entwickelt. Insbesondere in den Kernwährungsländern legten die Kurse kräftig zu. Dagegen verzeichneten die Aktienmärkte in einigen Peripheriestaaten zum Teil hohe Kurseinbußen. So stieg in Deutschland der marktweite CDAX um 15,9%, wohingegen griechische und portugiesische Aktien 20,3% beziehungsweise 9,6% ihres Wertes einbüßten. Geringer fielen die Kursverluste am spanischen Aktienmarkt aus.

Europäische Aktien mit divergenter Entwicklung

Ausschlaggebend waren nicht nur die unterschiedlichen Konjunkturperspektiven in den jeweiligen Ländern; auch die Lage und die Aussichten der Banken wurden von den Marktteilnehmern verschieden eingeschätzt. Vor allem in den Peripherieländern mussten Bankaktien überproportional große Kursverluste hinnehmen. Im Ergebnis büßten europäische Bankaktien seit Ende September 8,5% an Wert ein (siehe nebenstehendes Schaubild). Hintergrund dürften Zweifel der Marktteilnehmer am Geschäftsmodell der Banken sein, die zum einen Gewinneinbrüche im Investmentbanking verkraften mussten, deren Margen im Kreditgeschäft zum anderen aber durch das auf neue Tiefstände gefallene Zinsniveau auf mittlere Sicht abzuschmelzen drohen. Kurzfristig scheinen die Analysten nicht so pessimistisch zu sein. Für die nächsten 12 Monate haben sie ihre Gewinnerwartungen für den Bankensektor diesseits und jenseits des Atlantiks um 1,8% beziehungsweise 3,3% angehoben.

*Erhöhte
 Unsicherheit
 an den
 Aktienmärkten*

Durch die Kurssteigerungen erhöhte sich das Kurs-Gewinn-Verhältnis (KGV) europäischer und US-amerikanischer Aktien auf der Grundlage von Gewinnerwartungen auf 14,8 beziehungsweise 16,4. Damit erreichte es für den Euro Stoxx das höchste Niveau seit dem Jahr 2004. Mithilfe eines Dividendenbarwert-Modells lassen sich zudem implizit geforderte Eigenkapitalkosten errechnen, die neben dem Kursniveau das mittelfristig erwartete Gewinnwachstum und das Dividendenniveau reflektieren. Ausgehend von relativ hohen realen Eigenkapitalkosten im September 2014 haben sich diese für europäische Unternehmen seither um mehr als 1 Prozentpunkt reduziert. Dies dürfte auch der gefestigten Erwartung quantitativer Lockerungsmaßnahmen des Eurosystems geschuldet sein. Für US-amerikanische Unternehmen blieben die realen Eigenkapitalkosten indes unverändert. Berücksichtigt man, dass in den USA und Deutschland der langfristige Realzins auf Basis von Consensus-Inflationserwartungen um rund 60 Basispunkte gesunken ist, so ergibt sich für US-Unternehmen ein Anstieg der implizit geforderten Aktienrisikoprämie um 48 Basis-



punkte, während diese für europäische Unternehmen um 53 Basispunkte gesunken ist. Zugleich nahm die erwartete implizite Aktienmarktvolatilität, die sich aus Aktienoptionen berechnen lässt, beiderseits des Atlantiks im Ergebnis zu. Zusammen mit der gestiegenen Streuung der Analystenprognosen deutet dies darauf hin, dass die Aktienmärkte von einer erhöhten Unsicherheit geprägt sind. Die in den USA gestiegene Aktienrisikoprämie weist zudem auf eine dort etwas verschärfte Risikowahrnehmung der Investoren hin.

Die Mittelaufnahme am deutschen Aktienmarkt betrug im Berichtsquartal per saldo 1½ Mrd €.

Wichtige Posten der Zahlungsbilanz

Mrd €

Position	2013		2014	
	4. Vj.	3. Vj.	4. Vj. p)	
I. Leistungsbilanz	+ 59,4	+ 53,8	+ 66,6	
1. Warenhandel ¹⁾	+ 51,3	+ 61,6	+ 60,4	
2. Dienstleistungen ²⁾	- 7,2	- 18,2	- 7,6	
3. Primäreinkommen	+ 26,4	+ 18,3	+ 25,2	
4. Sekundäreinkommen	- 11,2	- 8,0	- 11,4	
II. Vermögensänderungsbilanz	0,0	+ 0,8	- 0,7	
III. Kapitalbilanz (Zunahme: +)	+ 74,9	+ 79,5	+ 71,7	
1. Direktinvestition	- 10,0	+ 25,7	+ 27,9	
Inländische Anlagen im Ausland	+ 1,1	+ 19,3	+ 18,2	
Ausländische Anlagen im Inland	+ 11,1	- 6,3	- 9,8	
2. Wertpapieranlagen	+ 34,0	+ 23,2	+ 45,0	
Inländische Anlagen in Wertpapieren ausländischer Emittenten	+ 23,7	+ 27,2	+ 35,8	
Aktien ³⁾	- 2,9	- 0,1	+ 3,3	
Investmentfondsanteile ⁴⁾	+ 8,3	+ 12,8	+ 6,3	
darunter:				
Geldmarktfondsanteile	- 0,4	+ 2,5	+ 1,6	
langfristige Schuldverschreibungen ⁵⁾	+ 17,7	+ 16,2	+ 29,0	
darunter:				
denominiert in Euro ⁶⁾	+ 12,0	+ 11,9	+ 20,3	
kurzfristige Schuldverschreibungen ⁷⁾	+ 0,5	- 1,7	- 2,7	
Ausländische Anlagen in Wertpapieren inländischer Emittenten	- 10,3	+ 4,0	- 9,2	
Aktien ³⁾	+ 4,2	+ 5,5	+ 4,1	
Investmentfondsanteile	+ 5,4	- 3,2	- 3,4	
langfristige Schuldverschreibungen ⁵⁾	+ 10,9	- 7,0	+ 6,7	
darunter: öffentliche Emittenten ⁸⁾	+ 16,4	- 6,4	+ 7,7	
kurzfristige Schuldverschreibungen ⁷⁾	- 30,8	+ 8,6	- 16,6	
3. Finanzderivate ⁹⁾	+ 6,0	+ 6,8	+ 6,7	
4. Übriger Kapitalverkehr ¹⁰⁾	+ 43,4	+ 23,6	- 6,3	
Monetäre				
Finanzinstitute ¹¹⁾	+ 63,8	- 27,4	+ 31,2	
Unternehmen und Privatpersonen ¹²⁾	+ 21,9	- 0,7	- 24,9	
Staat	+ 9,1	+ 8,2	+ 8,7	
Bundesbank	- 51,4	+ 43,4	- 21,3	
5. Währungsreserven ¹³⁾	+ 1,5	+ 0,3	- 1,7	
IV. Statistisch nicht aufgliederbare Transaktionen ¹⁴⁾	+ 15,5	+ 24,9	+ 5,7	

¹ Ohne Fracht- und Versicherungskosten des Außenhandels.
² Einschl. Fracht- und Versicherungskosten des Außenhandels.
³ Einschl. Genussscheine. ⁴ Einschl. reinvestierter Erträge. ⁵ Bis einschl. 2012 bereinigt um Stückzinsen. Langfristig: ursprüngliche Laufzeit von mehr als einem Jahr oder keine Laufzeitbegrenzung. ⁶ Einschl. noch ausstehender DM-Auslandsanleihen.
⁷ Kurzfristig: ursprüngliche Laufzeit bis zu einem Jahr. ⁸ Einschl. Anleihen der früheren Bundesbahn, der früheren Bundespost und der früheren Treuhandanstalt. ⁹ Saldo der Transaktionen aus Optionen und Finanztermingeschäften sowie Mitarbeiteraktienoptionen. ¹⁰ Enthält insbesondere Finanz- und Handelskredite sowie Bargeld und Einlagen. ¹¹ Ohne Bundesbank.
¹² Enthält finanzielle Kapitalgesellschaften (ohne die Monetären Finanzinstitute) sowie nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften, private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck.
¹³ Ohne Zuteilung von Sonderziehungsrechten und bewertungsbedingte Änderungen. ¹⁴ Statistischer Restposten, der die Differenz zwischen dem Saldo der Kapitalbilanz und den Salden der Leistungs- sowie der Vermögensänderungsbilanz abbildet.

Deutsche Bundesbank

Der Umlauf ausländischer Aktien in Deutschland stieg im gleichen Zeitraum um 8 ½ Mrd €. Erworben wurden Dividendenwerte im Ergebnis von inländischen Kreditinstituten (4 ½ Mrd €) sowie von ausländischen Investoren (4 Mrd €), in geringerem Umfang aber auch von heimischen Nichtbanken (2 Mrd €).

*Kaum Mittel-
aufnahme am
Aktienmarkt*

Aufgrund einer Umstellung des Meldewesens ab dem Dezember 2014 liegen für das Schlussquartal 2014 noch keine endgültigen Werte für den Absatz und Erwerb von Investmentzertifikaten vor. Auf der Grundlage der vorläufigen Daten verzeichneten inländische Investmentgesellschaften im letzten Quartal 2014 einen Mittelzufluss in Höhe von 30 Mrd €, nach 21 Mrd € im Vorquartal. Die neuen Mittel kamen im Ergebnis ausschließlich den institutionellen Anlegern vorbehaltenen Spezialfonds zugute (31 ½ Mrd €). Unter den Anlageklassen erzielten vor allem Gemischte Wertpapierfonds (9 ½ Mrd €), Rentenfonds (7 Mrd €) und Offene Immobilienfonds (1 ½ Mrd €) ein teils deutliches Mittelaufkommen. Hingegen nahmen Aktienfonds Anteilscheine für netto 7 ½ Mrd € zurück. Der Umlauf ausländischer Fondsanteile in Deutschland stieg im Berichtszeitraum um 6 ½ Mrd €. Erworben wurden Investmentzertifikate im Ergebnis ausschließlich von inländischen Nichtbanken; sie nahmen Anteilscheine für 40 Mrd € in ihre Portfolios. Dabei handelte es sich weit überwiegend um inländische Fondsanteile. Gebietsfremde Investoren und heimische Kreditinstitute veräußerten hingegen Investmentzertifikate für 3 ½ Mrd € beziehungsweise ½ Mrd €.

*Absatz und
Erwerb von
Investment-
zertifikaten*

■ Direktinvestitionen

Ebenso wie im grenzüberschreitenden Wertpapierverkehr, der im vierten Quartal 2014 durch Mittelabflüsse im Umfang von netto 45 Mrd € gekennzeichnet war, ergaben sich auch im Bereich der Direktinvestitionen Netto-Kapitalexporte; diese fielen mit 28 Mrd € allerdings deutlich geringer aus. Neben Anlagen deutscher Unternehmen im Ausland spiegeln die Mittelabflüsse auch einen Abbau konzern-

*Kapitalexporte
im Bereich
der Direkt-
investitionen*

interner Verbindlichkeiten gegenüber dem Ausland wider.

Deutsche Direktinvestitionen im Ausland

Gebietsansässige Eigner stellten ihren Auslandsniederlassungen von Oktober bis Dezember 2014 Mittel in Höhe von 18 Mrd € zur Verfügung. Sie stockten in erster Linie ihr Beteiligungskapital auf (um insgesamt 19 Mrd €). Dabei reinvestierten sie Gewinne in verbundene Unternehmen im Ausland in Höhe von 2 ½ Mrd €. Im Bereich der konzerninternen Kreditbeziehungen hielten sich die grenzüberschreitende Kreditgewährung und Kredittilgung annähernd die Waage (– ½ Mrd €). Das regionale Engagement deutscher Unternehmen im Ausland ist grund-

sätzlich breit gefächert. Im vierten Quartal flossen etwas höhere Direktinvestitionen in die Niederlande, nach Luxemburg, in die Vereinigten Staaten von Amerika und nach China.

Die ausländischen Direktinvestitionen in Deutschland sanken im Schlussquartal 2014 um fast 10 Mrd €. Gebietsfremde Unternehmen stockten zwar ihr Beteiligungskapital in Deutschland um knapp 5 Mrd € auf; zugleich reduzierten sie aber die über Direktinvestitionskredite bereitgestellten Mittel um 14 ½ Mrd €. Der konzerninterne Kreditverkehr war vor allem geprägt durch die Rückzahlung von zuvor gewährten Krediten.

Ausländische Direktinvestitionen in Deutschland

Konjunktur in Deutschland

Gesamtwirtschaftliche Lage

*Wachstumsdelle
 schnell
 überwunden*

Die Konjunktur in Deutschland hat nach der Schwächephase über weite Strecken des vergangenen Jahres noch vor dem Jahreswechsel wieder deutlich Fahrt aufgenommen. Der Schnellmeldung des Statistischen Bundesamtes zufolge stieg das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) im letzten Vierteljahr 2014 saison- und kalenderbereinigt kräftig um 0,7% gegenüber dem Vorquartal an, in dem es lediglich zu einer sehr verhaltenen Zunahme um 0,1% gekommen war. Für das Gesamtjahr 2014 ergibt sich nunmehr ein Zuwachs der Wirtschaftsleistung um 1,6%; im Vergleich zur ersten vorläufigen Meldung vom Januar ist dies eine Aufwärtsrevision um 0,1 Prozentpunkte. Angesichts des erst im November eingeleiteten Stimmungsumschwungs im Unternehmensbereich ist es bemerkenswert, wie schnell und insbesondere

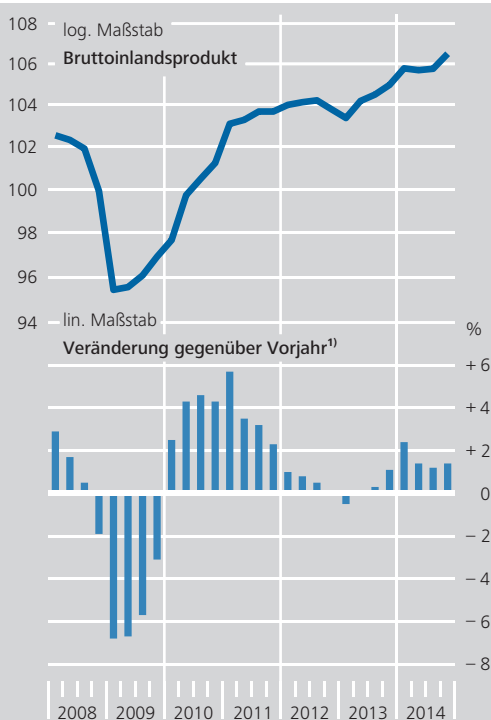
wie stark das Wirtschaftswachstum in Deutschland gegen Jahresende 2014 angezogen hat.

Mit dem Ölpreisverfall und der Abwertung des Euro, die gegen Mitte des Jahres 2014 einsetzten und sich zum Jahresende markant verstärkten, haben sich einige Eckwerte des globalen Umfelds erheblich verändert. In der Folge erhöhten die Unternehmen trotz mäßiger Erwartungen für die Weltkonjunktur die Produktion in Aussicht auf bessere Geschäfte. Die Aufwärtsbewegung beruhte aber nicht nur auf den Auslandsmärkten. Ein besonders kräftiger Impuls kam von der Binnennachfrage. Hintergrund war der mit dem Energiepreisrückgang verbundene erhebliche Kaufkraftzuwachs, der dem privaten Verbrauch zu einem starken Plus verhalf. Überschlägigen Kalkulationen zufolge verringerte sich die Ölrechnung Deutschlands in der zweiten Jahreshälfte um 3 1/2 Mrd €, von denen der größte Teil im Schlussquartal anfiel. Im laufenden Jahr könnte die Ersparnis noch größer ausfallen. Im hohen Konsumniveau vom Ende des vergangenen Jahres hat sich aber wohl schon ein größerer Teil der energiepreisbedingten Stimulierung niedergeschlagen, während sich die Effekte der Euro-Abwertung auf den Export erst nach und nach zeigen dürften. Der von den externen Einflussfaktoren zu erwartende Schub für die deutsche Konjunktur dürfte sich daher im Berichtszeitraum noch nicht erschöpft haben.

*Drastischer
 Ölpreisrückgang
 und Euro-
 Abwertung
 stimulieren
 Konjunktur*

Gesamtwirtschaftliche Produktion

2010 = 100, preis- und saisonbereinigt



Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. 1 Nur kalenderbereinigt.
 Deutsche Bundesbank

Der Auslandsabsatz der deutschen Wirtschaft ist im Jahresschlussquartal 2014 erneut spürbar gestiegen. So haben sich die Warenausfuhren saisonbereinigt um 1 1/4% gegenüber den Sommermonaten erhöht, in denen es bereits ein deutliches Plus gegeben hatte. Dabei zogen wohl gleichermaßen die Exporte in den Euro-Raum und in Drittländer an. Nach den derzeit bis November vorliegenden Regionalangaben sind die Ausfuhren in die Industrie- und Schwellenländer Süd- und Ostasiens erneut kräftig gestiegen, obwohl sich im Geschäft mit China die

*Spürbarer
 Anstieg der
 Exporte ...*

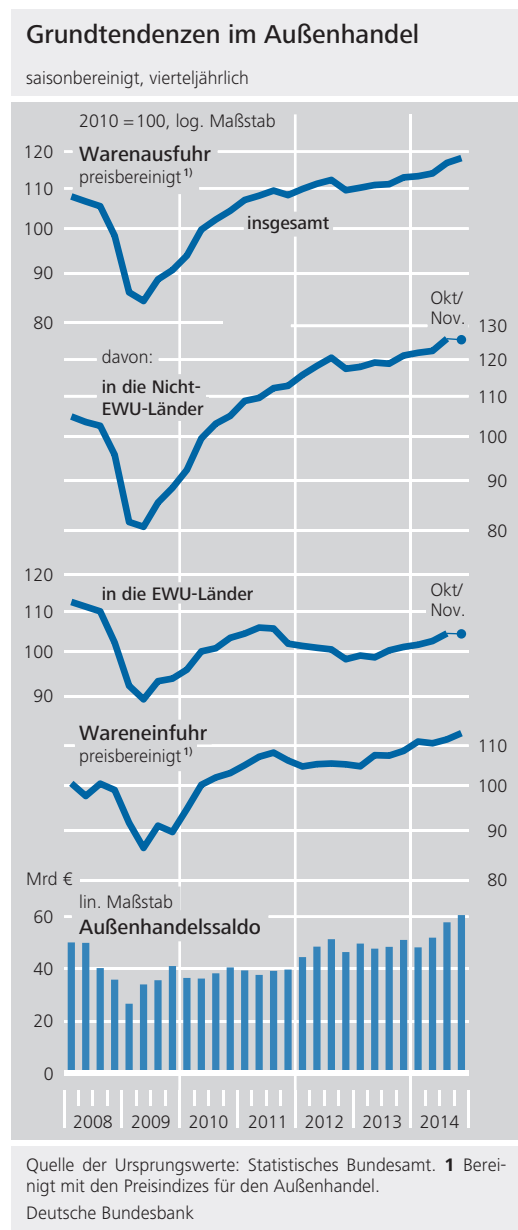
Dynamik abgeschwächt hat. Der Warenabsatz im Vereinigten Königreich und in den mittel- und osteuropäischen EU-Ländern sowie möglicherweise auch in den USA erhöhte sich weiter, nachdem es bereits im Sommer jeweils ein kräftiges Plus gegeben hatte. Hingegen könnte der Absatz in Japan nach einer starken Ausweitung im Sommer wieder zurückgegangen sein. Der ausgeprägte Abwärtstrend bei den Geschäften in Russland setzte sich fort.

... insbesondere von Kfz und Maschinen

Im Herbst 2014 kam für die Exporte ein kräftiger Schub von den Geschäften mit Kraftwagen und Kraftwagenteilen, die im Sommer etwas abgeebbt waren. Zudem wurden deutlich mehr Maschinen ins Ausland verkauft. Bei DV-Geräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen sowie elektrischen Ausrüstungen kam es hingegen nicht zu einer Aufwärtsbewegung in vergleichbarer Stärke. Insgesamt zogen die Exporte von Investitionsgütern jedoch merklich an. Dahinter blieb die Entwicklung der Ausfuhren von Vorleistungsgütern und Konsumgütern zurück. Allerdings war es in beiden Warengruppen im Sommer besser gelaufen als bei den Investitionsgütern.

Importe ebenfalls spürbar zugenommen

Die Importzunahme stand im letzten Vierteljahr in realer Rechnung dem Exportwachstum nicht nach. So stiegen die Wareneinfuhren preis- und saisonbereinigt um 1½% gegenüber dem Vorquartal. Dabei haben sowohl die Lieferungen aus dem Euro-Raum als auch aus Drittländern zugenommen. Der Wert der Gesamteinfuhren lag aufgrund der Preisentlastung bei Energie aber lediglich um ½% über dem Stand vom Sommer. Besonders kräftig nahmen im Oktober/November die preisbereinigten Energieeinfuhren zu. Zudem wurden deutlich mehr Konsumgüter importiert, wobei pharmazeutische Produkte eine wichtige Rolle spielten. Die Käufe von Vorleistungsgütern im Ausland stiegen ebenfalls merklich an. Dagegen war die Einfuhr von Investitionsgütern erneut leicht rückläufig. Dies hing zum einen mit dem generell volatilen sonstigen Fahrzeugbau zusammen. Es wurden aber auch weniger Maschinen importiert. Die Importe von Kraftwagen und Kraftwagenteilen



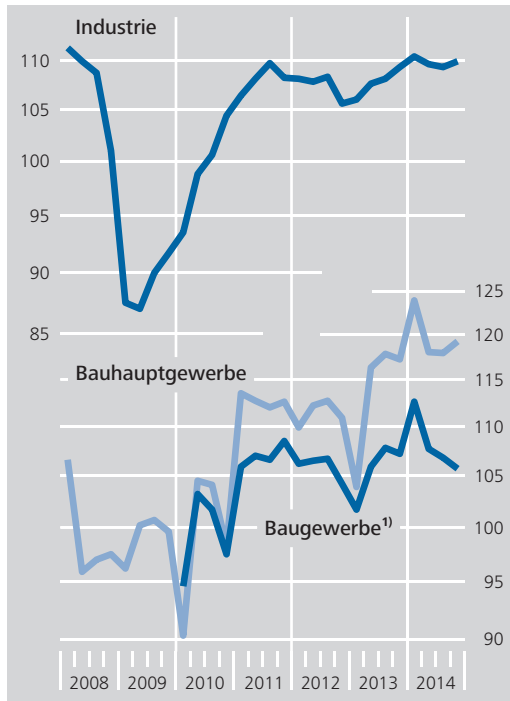
zogen hingegen kräftig an. Dies stand aufgrund des engen internationalen Produktionsverbundes in der Automobilindustrie möglicherweise in Verbindung mit der Zunahme der Kfz-Ausfuhren. Bei den Einfuhren von Informations- und Kommunikationstechnologie sowie elektrischen Ausrüstungen gab es erneut einen moderaten Zuwachs.

Von den Ausrüstungsinvestitionen sind im Jahresschlussquartal vermutlich keine Impulse ausgegangen, nachdem die Investitionserholung im Sommer angesichts der vorübergehenden Stimmungseintrübung einen Rückschlag erlitten hatte. Zwar sind im Berichtszeitraum mehr

Ausrüstungsinvestitionen ohne Schwung, aber mehr Bauten

Produktion in der Industrie und im Baugewerbe

2010 = 100, saisonbereinigt, vierteljährlich, log. Maßstab



Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. ¹ Bauhauptgewerbe und Ausbaugewerbe.
 Deutsche Bundesbank

Maschinen aus heimischer Produktion an inländische Abnehmer verkauft worden, es wurden aber weniger Maschinen importiert. Die Zulassungszahlen zeigen etwas höhere Neuanschaffungen von Nutzfahrzeugen und gewerblich genutzten Pkw. Demgegenüber wurde im Herbst wohl wieder mehr in Bauten investiert als im Sommer. Hierauf weist die gestiegene Produktion im Bauhauptgewerbe hin. Der private Wohnungsbau hat zwar der Tendenz nach an Schwung eingebüßt. Die Nachfragebedingungen in dieser Bausparte sind aber bis zuletzt so günstig geblieben, dass sie mit Blick auf die Bauinvestitionen insgesamt nicht nur die fehlenden Anstöße vom Wirtschaftsbau, sondern auch die Zurückhaltung der öffentlichen Hand bei Neubauvorhaben mehr als ausgeglichen haben.

Privater Konsum erneut sehr kräftig gestiegen

Der private Konsum hat im letzten Jahresviertel erneut sehr kräftig zugenommen. In einem durch die spürbaren Entgeltzuwächse und die geringe Arbeitslosigkeit ohnehin seit einiger Zeit

vorteilhaften Umfeld für die Verbraucherkonjunktur kam mit dem beträchtlichen Energiepreisrückgang ein weiterer Belebungsfaktor hinzu. Die Umsätze des Einzelhandels im vierten Quartal deuten darauf hin, dass die privaten Haushalte die Entlastung ihrer Budgets, die insbesondere die deutlich niedrigeren Kraftstoffpreise mit sich brachten, für andere Konsumzwecke verwendet haben. Zudem kam es als Spätfolge des sehr milden Winterwetters Anfang 2014 gegen Jahresende teilweise zu Heizkostenerstattungen. Mit der Beschaffung von Heizöl hielten sich die privaten Haushalte im Oktober und November noch zurück. Offensichtlich spekulierten sie angesichts der drastisch gefallen Rohölnotierungen auf weitere Preissenkungen, zumal zu Beginn der Heizsaison in der Regel noch genügend Reserven in den Öltanks vorhanden sind. In den privaten Automobilzulassungen hat sich der erhöhte reale Ausgabenspielraum bis zum Jahresende zwar noch nicht niedergeschlagen, die starke Zunahme der Kfz-Bestellungen aus dem Inland lässt dies jedoch für die erste Jahreshälfte 2015 erwarten.

■ Sektorale Tendenzen

Die industrielle Erzeugung übertraf im letzten Vierteljahr 2014 den Stand des Vorquartals saisonbereinigt um ½%. Angesichts der wieder anziehenden Auftragseingänge führen die Industrieunternehmen die Produktion etwas hoch, nachdem sie im Sommerhalbjahr den Ausstoß gedrosselt hatten. Die Vorleistungsgüterhersteller erhöhten die Erzeugung saisonbereinigt um ¾% und glichen damit die Verluste aus dem Vorquartal aus. Die Produktion von Investitionsgütern blieb im Berichtszeitraum saisonbereinigt praktisch auf dem Niveau des Sommers, in dem es entgegen dem Gesamttrend ein Plus gegeben hatte. Dies lag vor allem daran, dass die Maschinenproduktion besonders hoch ausgefallen war. An dieses Niveau kam die Branche im Herbst nicht ganz heran. Die Fertigung von Kraftwagen und Kraftwagen teilen erhöhte sich dagegen, nach einem Minus

Industrieproduktion wieder aufwärtsgerichtet

im Sommer. Einen deutlichen Produktionszuwachs wies erneut der sonstige Fahrzeugbau auf. Im Konsumgüterbereich stieg die Produktion um 1% gegenüber dem Vorquartal.

Auslastung der Industriekapazitäten zugenommen

Im Zuge der Produktionsausweitung hat sich auch die Auslastung der Sachanlagen in der Industrie erhöht. Nach Angaben des ifo Instituts meldeten die Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes im Januar 2015 einen Nutzungsgrad von 84½% der betriebsüblichen Vollauslastung. Das längerfristige Mittel, das sich auf 84% beläuft und als Normalauslastung interpretiert werden kann, wurde damit erstmals seit fast drei Jahren wieder übertroffen.

Bauproduktion in Seitwärtsbewegung, Energieerzeugung deutlich höher

Die Produktion im Baugewerbe unterschritt im Herbst den Stand des Vorquartals saisonbereinigt um 1%. Ausschlaggebend hierfür war, dass das Ausbaugewerbe den statistischen Angaben zufolge gegen Jahresende ausgesprochen schwach abgeschnitten hat. Im Vorquartalsvergleich wurde ein Minus von 3½% verzeichnet. Die Daten zum Ausbaugewerbe weisen allerdings recht kräftige Schwankungen auf und sind im besonderen Maß revisionsanfällig. Die Leistung des Bauhauptgewerbes hob sich demgegenüber im Jahresschlussquartal mit einem Plus von 1% spürbar vom eher schwachen Produktionsniveau des Sommerhalbjahrs ab. Dabei war die Zunahme im Tiefbau deutlich größer als im Hochbau. Die nach wie vor sehr hohe Geräteauslastung zeigt die unverändert gute zyklische Position des Bauhauptgewerbes an. Der Ausstoß von Energie legte im vierten Quartal saisonbereinigt merklich um 1¾% zu.

Dienstleistungskonjunktur weiter aufwärtsgerichtet

Die Dienstleistungskonjunktur ist im Herbst wohl gut gelaufen. In diese Wirtschaftsbereiche strahlt der gegenwärtig vom sehr kräftigen privaten Verbrauch getragene große binnenwirtschaftliche Wachstumsbeitrag besonders aus. Darauf deuten die laut ifo Institut günstigen Einschätzungen der Geschäftslage in wichtigen Branchen hin. Dass sich die Geschäftsaktivitäten im Transportgewerbe belebt haben, legt der Anstieg der Fahrleistung inländischer Lkw auf mautpflichtigen Straßen nahe. Die Umsätze der

Großhandelsunternehmen überschritten den Vorquartalsstand zwar nur knapp, und der Absatz im Kfz-Handel hielt nicht ganz den erhöhten Stand des Sommerquartals. Die verbrauchsnahe Dienstleister profitierten aber von der hohen Anschaffungsneigung der privaten Haushalte. Dies kam auch im Absatz des Einzelhandels zum Ausdruck, der stark zunahm. Der Umsatz im Gastgewerbe dürfte ebenfalls kräftig gestiegen sein.

Beschäftigung und Arbeitsmarkt

Der Arbeitsmarkt war im Herbst 2014 nicht nur durch eine stabile Aufwärtstendenz der Beschäftigung, sondern auch durch einen spürbaren Rückgang der Arbeitslosigkeit gekennzeichnet. Dazu hat beigetragen, dass die Unternehmen wieder mehr Erwerbslose rekrutiert haben. Zum einen erhöhte sich der Bedarf in den gegenwärtig boomenden Dienstleistungsbranchen. Zum anderen musste Ersatz für Arbeitnehmer, welche die abschlagsfreie Rente mit 63 in Anspruch genommen haben, gefunden werden. Dass die zunehmende Personalnachfrage nicht gleich gedeckt werden konnte, zeigt sich an den rasch gestiegenen Vakanzen.

Stabiler Beschäftigungszuwachs und rückläufige Arbeitslosigkeit

Die Erwerbstätigkeit im Inland ist im vierten Quartal 2014 saisonbereinigt um 84 000 Personen gestiegen. Damit lag der Zuwachs wie bereits im Sommer bei 0,2%. Die Zunahme der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung bildete hierfür weiterhin die Grundlage. So wurden im Durchschnitt der Monate Oktober und November 100 000 zusätzliche sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze besetzt, ein Zuwachs von 0,3% gegenüber dem Sommerquartal. In sektoraler Gliederung nahm die Beschäftigung in den wirtschaftlichen Dienstleistungen (einschl. der wieder expandierenden Arbeitnehmerüberlassung), im Gastgewerbe (jeweils + ¾%), im Gesundheits- und Sozialwesen sowie dem Logistikbereich (jeweils + ½%) relativ am stärksten zu. Durchschnittlich wuchs die Zahl der besetzten Stellen im Verarbeitenden

Ausweitung sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze im Herbst vor allem im Dienstleistungsbereich

Arbeitsmarkt

saisonbereinigt, vierteljährlich



Quellen der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt und Bundesagentur für Arbeit. **1** Nicht saisonbereinigt. **2** Ohne Saisonstellen und ohne Stellen mit Arbeitsort im Ausland. **3** Ab Mai 2009 Arbeitslose ohne Personen, mit deren Vermittlung Dritte neu beauftragt wurden.

Deutsche Bundesbank

Gewerbe und im Handel. Das Baugewerbe verzeichnete einen geringfügigen Zuwachs.

Im Durchschnitt des Jahres 2014 ist die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung mit einer Zunahme von geschätzt 500 000 Stellen (+1,7%) ebenfalls stärker gestiegen als die Erwerbstätigkeit insgesamt mit einem Plus von 370 000 Personen (+0,9%). Bei den ausschließlich geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen dürfte sich nach derzeitigem Berichtsstand im Jahresdurchschnitt allenfalls ein geringer Zuwachs ergeben. Die Zahl der Selbständigen verringerte sich im abgelaufenen Jahr um 1,2%. Darüber hinaus waren erheblich weniger Personen am zweiten Arbeitsmarkt in Beschäftigung schaffenden Maßnahmen wie Arbeitsgelegenheiten (Ein-Euro-Jobs) und Bürgerarbeit angestellt. Der Rückgang der Arbeitslosigkeit blieb im Jahr 2014 mit 52 000 Personen erneut weit hinter der Zunahme der Beschäftigung zurück. Das Erwerbspersonenpotenzial erhöhte sich – wie schon in den Vorjahren – in erheblichem Umfang durch arbeitsmarktorientierte Zuwanderung. Einer aktuellen Schätzung des Statistischen Bundesamtes zufolge belief sich der Wanderungsüberschuss 2014 auf mindestens 470 000 Personen gegenüber 430 000 Menschen im Jahr zuvor. Die Zunahme dürfte zu einem Großteil auf Bürgerkriegsflüchtlinge und Asylbewerber zurückzuführen sein, die allerdings keinen unmittelbaren Zugang zum Arbeitsmarkt haben.

Zunahme der Beschäftigung 2014 erneut wesentlich durch hohe arbeitsmarktorientierte Zuwanderung ermöglicht

Die Arbeitslosigkeit verringerte sich im vierten Quartal 2014 gegenüber dem Durchschnitt der Sommermonate saisonbereinigt um 36 000 auf 2,87 Millionen Personen. Die Arbeitslosenquote ermäßigte sich um 0,1 Prozentpunkte auf 6,6%. Die Zahl der im Versicherungssystem registrierten Arbeitslosen ging dabei etwa doppelt so stark zurück wie der Bestand der Arbeitslosen im Grundsicherungssystem. Den Unterschied machte hauptsächlich aus, dass die eher kurzfristig arbeitslosen Erwerbspersonen zuletzt in größerem Umfang wieder eine neue Stelle fanden. Im Januar 2015 verminderte sich die registrierte Arbeitslosigkeit weiter, wenngleich

Registrierte Arbeitslosigkeit im Herbst spürbar gesunken

weniger stark als in den Herbstmonaten. Aktuell sind 2,84 Millionen Personen nach Zählung der Bundesagentur für Arbeit (BA) arbeitslos, was einer Quote von 6,5% entspricht.

*Fortsetzung
der positiven
Arbeitsmarkt-
entwicklung zu
erwarten*

In den kommenden Monaten könnte der Arbeitsmarkt an Schwung gewinnen. Dies gilt insbesondere mit Blick auf die Erwerbstätigkeit. So ist das Beschäftigungsbarometer des ifo Instituts, welches Auskunft über die Personaldispositionen der Unternehmen in den nächsten drei Monaten gibt, im Januar 2015 auf den höchsten Wert seit nahezu drei Jahren geklettert. Demgegenüber sind die Beschäftigungsabsichten laut jüngster Umfrage des Deutschen Industrie- und Handelskammertags (DIHK) weniger expansiv ausgerichtet. Hintergrund dürfte sein, dass sich in den Ergebnissen des DIHK stärker als in den Angaben des ifo Instituts niederschlägt, dass in einigen Dienstleistungsbranchen und Regionen der allgemeine Mindestlohn als Arbeitskostenrisiko wahrgenommen wird.

*Hohe Zahl
offener Stellen*

Die Zahl der an die BA gemeldeten offenen Stellen lag im letzten Vierteljahr 2014 saisonbereinigt um 25 000 über dem Vorquartal, und nach der Jahreswende waren es nochmals 15 000 mehr. Der Stellenindex der Bundesagentur für Arbeit (BA-X), der neben den Angaben zum Bestand auch den Zustrom gemeldeter ungeförderter offener Stellen erfasst, hat sich ebenfalls erheblich erhöht. Die gegenwärtig recht hohe Zahl von Vakanzen ist Ausdruck davon, dass sich eine konjunkturell angelegte Mehrnachfrage gerade aus den arbeitsintensiven Dienstleistungsbranchen mit einem noch unerfüllten Ersatzbedarf infolge des vorzeitigen Ausscheidens erfahrener Fachkräfte im Rahmen der abschlagsfreien Rente mit 63 zu mischen scheint. Vor diesem Hintergrund ist anzunehmen, dass sich der Rückgang der registrierten Arbeitslosigkeit in saisonbereinigter Rechnung fortsetzt. Das IAB-Arbeitsmarktbarometer, das auf der Befragung aller Leiter lokaler Arbeitsagenturen beruht, hat sich jedenfalls in den letzten Monaten in den positiven Bereich verschoben.

■ Löhne und Preise

Die Lohnrunde 2014 brachte den Arbeitnehmern im Durchschnitt einen Zuwachs ihrer Tarifvergütungen um 3,0% gegenüber dem Vorjahr.¹⁾ Damit erhöhten sich die von den Sozialpartnern ausgehandelten Entgeltleistungen so stark wie seit fast 20 Jahren nicht mehr. Die Effektivverdienste stiegen den vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes zufolge mit 2,7% etwas weniger kräftig. Ein wesentlicher Grund für die wie im Vorjahr negative Lohndrift von – 0,3 Prozentpunkten liegt darin, dass freiwillige Entgeltleistungen der Arbeitgeber wie Prämienzahlungen angesichts des vorübergehend schwierigeren konjunkturellen Umfelds erneut geringer ausgefallen sind.

*Zuwachs der
Tarifverdienste
2014 bei 3%,
aber negative
Lohndrift*

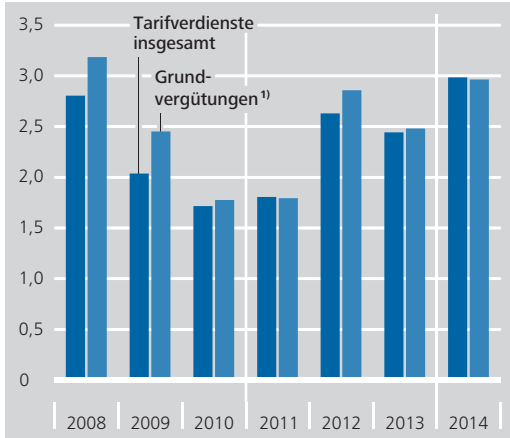
Im Jahresschlussquartal 2014 stiegen die Tarifverdienste im Vorjahresvergleich um 2,8%. Damit blieb die Zunahme wie schon im Sommer deutlich unterhalb der Raten aus der ersten Jahreshälfte (+ 3 ¼%). Hintergrund dieser Abstufung ist zum einen, dass in den Tarifabschlüssen der letzten beiden Jahre häufig mehrstufige Anhebungen mit dem größten Plus zu Beginn der Laufzeit vereinbart wurden. Zum anderen sahen die nach der Jahresmitte 2014 abgeschlossenen Tarifverträge aufgrund der Konjunkturabkühlung und branchenspezifischer Sonderfaktoren etwas moderatere Steigerungen vor. Die Lohnforderungen der Gewerkschaften für die Tarifrunde 2015 reichen bislang von knapp unter 5% bis 6% und fallen somit etwas geringer aus als in den letztjährigen Verhandlungen. Dahinter steht zum einen, dass die Konjunkturerwartungen trotz der Aufhellung der vergangenen Monate noch hinter dem zurückbleiben, was vor Jahresfrist erhofft worden war. Zum anderen wollen einige Gewerkschaften diesmal verstärkt qualitative Tarifbestandteile wie die Regelungen zur Altersteilzeit und

*Lohnforde-
rungen 2015
etwas geringer
als im letzten
Jahr*

¹ Das Statistische Bundesamt meldet vorläufig einen Anstieg der Tarifverdienste (einschl. Einmalzahlungen und Nebenvereinbarungen) um 3,1% gegenüber dem Vorjahr. Wesentlich für die leichte Differenz zum Tarifverdienstindex der Bundesbank sind die unterschiedlichen branchenspezifischen Beschäftigtengewichte im jeweiligen Tarifindex.

Tarifverdienste

Veränderung gegenüber Vorjahr in %, auf Monatsbasis



¹ Ohne Nebenvereinbarungen und Pauschalzahlungen.
 Deutsche Bundesbank

Weiterbildung zum Gegenstand der Verhandlungen machen.

Allgemeiner und branchenspezifische Mindestlöhne

Zum 1. Januar 2015 ist der allgemeine gesetzliche Mindestlohn in Höhe von 8,50 € je Stunde in Kraft getreten. Er gilt bei Ausnahmen für einige Erwerbspersonengruppen in allen Wirtschaftsbereichen außer in solchen Branchen, deren sektorspezifische Lohnuntergrenzen von der Bundesregierung für allgemeinverbindlich erklärt wurden. Zuletzt erfolgte die Allgemeinverbindlicherklärung eines Mindestentgelts in der Land- und Forstwirtschaft sowie im Gartenbau. Dieser Bereich gehört zu den sechs Branchen, die von der Übergangsregelung Gebrauch machen, den allgemeinen Mindestlohn bis zum Jahresende 2017 unterschreiten zu können. Daneben sind es bundesweit die Fleischindustrie und in den östlichen Bundesländern das Friseurhandwerk, die Zeitarbeit, die Textil- und Bekleidungsindustrie sowie die Großwäschereien.

Ölpreisverfall prägt Preistendenzen

Die Preisentwicklung wird am aktuellen Rand auf allen Absatzstufen maßgeblich vom Verfall der Rohölnotierungen geprägt. Der entgegengesetzt wirkende inländische Lohnkostentrend und die spürbare Abwertung des Euro gegenüber wichtigen Währungen werden in den Gesamtraten wohl erst stärker sichtbar werden, wenn die direkten Effekte des Ölpreisrückgangs ausgelaufen sind. In den nächsten Monaten

dürften daher die Vorjahresraten bei Einfuhr-, Erzeuger- und Verbraucherpreisen negativ ausfallen, wenn die Rohölnotierungen nicht weiter ansteigen sollten.

Der Rückgang der Einfuhrpreise von Energie hat sich in den letzten Monaten des Jahres 2014 spürbar beschleunigt. Im Durchschnitt des vierten Quartals unterschritten die Importpreise ihren Vorjahresstand um beinahe ein Fünftel. Im Dezember ergab sich sogar ein Minus von gut einem Viertel. Ohne Energie gerechnet tendierten die Einfuhrpreise im letzten Vierteljahr hingegen leicht nach oben. Hier macht sich nach und nach die Euro-Abwertung bemerkbar. Während sich die Einfuhren (ohne Energie) aus Drittländern auch abwertungsbedingt binnen Jahresfrist um 1,2% verteuerten, gingen die Preise bei Bezug aus Euro-Ländern noch leicht um 0,4% zurück. Bei den Vorleistungs- und Konsumgütern war die Aufwärtsbewegung der Einfuhrpreise stärker ausgeprägt als bei den Investitionsgütern. Auf der inländischen Absatzstufe verringerten sich die Energiepreise weniger stark als bei den Einfuhren, weil hier Strom und Gas, deren Preise sich nicht so deutlich ermäßigten wie die von Mineralölprodukten, eine größere Rolle spielen. Die Preise von Konsumgütern gaben wegen Preisnachlässen bei Nahrungsmitteln nach. Bei den Vorleistungs- und Investitionsgütern setzte sich die moderat aufwärtsgerichtete Preistendenz fort. Die Vorjahresraten verringerten sich unter dem Einfluss der Energiepreise auf der inländischen Absatzstufe um 0,4 Prozentpunkte auf -1,2% sowie im Einfuhrbereich um 0,6 Prozentpunkte auf -2,4%. Da sich die Preise im Auslandsabsatz sogar leicht um 0,2% erhöhten, verbesserte sich das außenwirtschaftliche Tauschverhältnis erheblich.

Ohne Energie: Einfuhrpreise aufwärtsgerichtet, Erzeugerpreise noch nicht

Bei den inländischen Bauleistungen hat der Preisauftrieb weiter nachgelassen. Der Vorjahresabstand der Baupreise verringerte sich im vierten Quartal auf 1,6%. Im Rahmen des Wohnungsbaus stiegen die Preise von Ausbaurbeiten ein wenig stärker an als bei Rohbaurbeiten. Hier ist von Bedeutung, dass Zement zu-

Anstieg der Baupreise lässt weiter nach

letzt preiswerter wurde. Die Preisberuhigung auf den Wohnimmobilienmärkten hat sich bis zum Jahresende fortgesetzt. So verteuerten sich Eigentumswohnungen in den sieben größten deutschen Städten im vierten Quartal nach Angaben der bulwiengesa AG um 5½%, nachdem die Jahresrate im dritten Quartal 5¾% und in der ersten Jahreshälfte 7% betragen hatte. Detaillierte Erläuterungen zur Preisentwicklung bei Wohnimmobilien im vergangenen Jahr finden sich auf Seite 58 ff.

Energie lässt Verbraucherpreise sinken

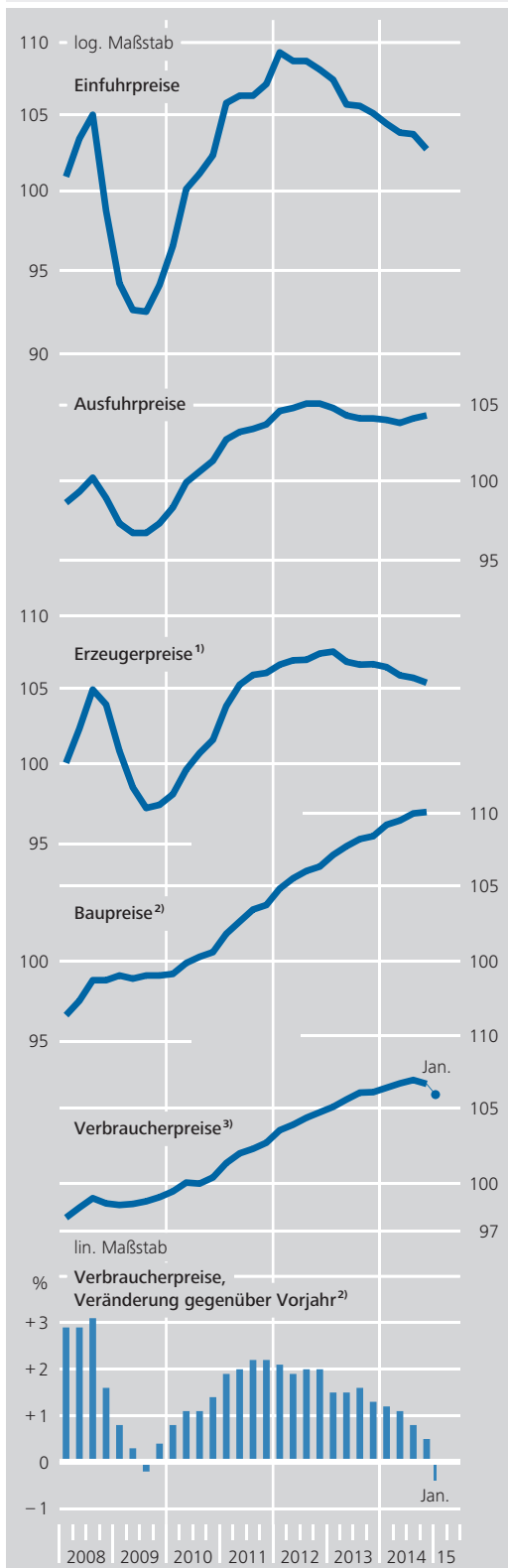
Auch auf der Verbraucherstufe gaben die Preise im Herbst im Vergleich zum Vorquartal recht deutlich nach, und zwar saisonbereinigt um 0,3%. Dahinter stand vor allem der Preisverfall bei Energie. Die Preise für Nahrungsmittel und gewerbliche Waren (ohne Energie) änderten sich nur wenig. Dienstleistungspreise und Wohnungsmieten setzten ihren verhalten aufwärtsgerichteten Trend fort. Der Vorjahresabstand des Verbraucherpreisindex verringerte sich in nationaler Abgrenzung (VPI) weiter auf 0,5% und in harmonisierter Abgrenzung (HVPI) auf 0,4%, nach jeweils 0,8%.

Nur verhaltener Anstieg der Verbraucherpreise im Jahr 2014

Der Anstieg der Verbraucherpreise hat sich auch in der Betrachtung des Gesamtjahres 2014 deutlich abgeflacht. Dem VPI zufolge erhöhten sich die Verbraucherpreise lediglich um 0,9% (nach dem HVPI um 0,8%). Im Jahr zuvor waren sie noch um 1,5% (bzw. 1,6%) gestiegen. Diese Abstufung erklärt sich zu einem großen Teil aus dem Energiepreistrückgang. Allerdings verringerte sich der Preisanstieg auch ohne Energie von 1,6% auf 1,3% (bzw. 1,2%) und fiel damit schwächer aus als angesichts der konjunkturellen Lage der deutschen Wirtschaft und der guten Arbeitsmarktsituation zu erwarten gewesen wäre. Maßgeblich hierfür war einerseits, dass sich bei Nahrungsmitteln der außergewöhnlich starke Preisschub der beiden Vorjahre nicht fortsetzte, und andererseits, dass sich der Preisanstieg bei Industriewaren und Dienstleistungen nicht wesentlich verstärkte. Dem stand zumindest in der ersten Hälfte des vergangenen Jahres noch die Euro-Aufwertung im Wege und später Preiskürzungen bei Pauschalreisen. Zu-

Einfuhr-, Ausfuhr-, Erzeuger-, Bau- und Verbraucherpreise

2010 = 100, saisonbereinigt, vierteljährlich



Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. **1** Erzeugerpreisindex gewerblicher Produkte im Inlandsabsatz. **2** Nicht saisonbereinigt. **3** Verbraucherpreisindex in nationaler Abgrenzung.

Die Preise für Wohnimmobilien in Deutschland im Jahr 2014

Die Preise für Wohnimmobilien in Deutschland setzten im Jahr 2014 ihren deutlichen Aufwärtstrend fort. Allerdings hat sich die Dynamik im Vergleich zu den Vorjahren merklich abgeschwächt. Dies gilt vor allem für Wohnungen auf den städtischen Immobilienmärkten, während die Preise für Einfamilienhäuser in den Ballungsräumen weiterhin kräftig anzogen. Zur Beruhigung der Preisentwicklung in Deutschland insgesamt könnte beigetragen haben, dass sich das Kaufinteresse an den bislang besonders boomenden Teilmärkten ermäßigt hat. Dort ist das Preisniveau gemessen an den mittel- bis langfristigen wirtschaftlichen und demografischen Bedingungen unverändert als recht hoch einzuschätzen. Zudem ist die Bestandsausweitung mittlerweile erkennbar vorangekommen.

Die Preise für Wohnimmobilien in deutschen Städten nahmen im vergangenen Jahr laut Berechnungen auf Basis von Angaben der bulwiengesa AG um durchschnittlich 5¼% zu, nachdem es 2013 noch 7¼% gewesen waren. Damit hat sich die Zuwachsrate erstmals seit Beginn der Belebung auf den Wohnimmobilienmärkten im Jahr 2010 ermäßigt. Die Berichterstattung beruht auf umfassend revidierten Preisindizes, die aber in qualitativer Hinsicht kein grundlegend anderes Bild für die Vorjahre zeichnen. Quantitative Auswirkungen auf den Gesamtindex ergeben sich zum einen daraus, dass die Grundgesamtheit um die Preisangaben für Einfamilienhäuser erweitert wurde.¹⁾ Die unterdurchschnittliche Verteuerung von Einfamilienhäusern in den vergangenen Jahren dämpfte für sich genommen die Veränderungsraten des Preisaggregats. Zum anderen erfolgt die Gewichtung der regionalen und typspezifischen Einzelangaben nun anhand ihrer systematischen Anteile an der Gesamtzahl der Transaktionen.²⁾ Auf neuer

und homogener Datenbasis werden auch bestandsgewichtete Preisindizes bereitgestellt.³⁾

Im Berichtsjahr nahmen die Unterschiede bei den Preissteigerungen zwischen den Regionen sowie einzelnen Immobilienarten wieder ab. Dies beruhte vor allem darauf, dass sich der Preisauftrieb auf den großstädtischen Wohnungsmärkten, der von 2010 bis 2013 durchschnittlich fast 10% pro Jahr betragen hatte, deutlich verringert hat (+ 5½%). Die Verlangsamung der Preisdynamik war zwar auch im Mittel in den anderen Städten zu beobachten. Mit 5¼% lag der Preiszuwachs bei Eigentumswohnungen allerdings näher an den Raten aus dem vorangegangenen Dreijahresabschnitt. Außerdem übertraf er noch geringfügig das Plus bei Häusern. In den Großstädten hingegen wiesen Häuser zuletzt stärkere Preiszuwächse auf als Wohnungen. Insgesamt verteuerten sich Wohnimmobilien dort um 5¾%, was erheblich weniger war als in den drei Jahren davor.

¹ Ohne nennenswerten Einfluss sind hingegen einige Datenrevisionen und die Erweiterung des Städteaggregats um Bayreuth und Schweinfurt auf 127 Städte.

² Die neue Gewichtung fasst Wohnungs- und Häuserpreise auf Kreisebene zusammen, was bislang mangels angemessener Gewichte nicht möglich war. Bisher erfolgte die regionale Verdichtung von objektspezifischen Preisen auf Basis der Einwohnerzahlen. Auf gesamtdeutscher Ebene beruhte die Aggregation der Preise für Wohnungen und Häuser auf verschiedenen Datenquellen wie der Bautätigkeitsstatistik und Umfrageergebnissen. Vgl.: Deutsche Bundesbank, Immobilienpreise in Deutschland im Jahr 2008, Monatsbericht, Februar 2009, S. 54 f.

³ Bestandsgewichtete Preisindizes dürften beispielsweise zur Analyse von Vermögenseffekten und von Schwankungen des zur Kreditbesicherung hinterlegten Immobilienvermögens zweckmäßig sein. Für weitergehende Erläuterungen zu den neugewichteten Preisindikatoren einschl. einer Methodenbeschreibung vgl.: Deutsche Bundesbank, Methodenbericht zu den Wohnimmobilienpreisindizes, abrufbar unter: www.bundesbank.de/Redaktion/DE/Standardartikel/Statistiken/publikationen_preise.html

Die abgeschwächte Preisdynamik am deutschen Immobilienmarkt im Jahr 2014 in den Segmenten, die zuvor den kräftigsten Auftrieb erfahren haben, zeigt sich auch anhand anderer Preisindikatoren. Nach Angaben des Verbands deutscher Pfandbriefbanken (vdp) erhöhte sich der Preisindex für Eigentumswohnungen im Jahr 2014 schätzungsweise um 3%, nach 5% im Jahr zuvor. Wird mit ins Bild genommen, dass die Preise für Eigenheime im Verlauf des Berichtsjahres kräftig zunahm, könnte die Vorjahresrate des vdp-Preisindex für selbstgenutztes Wohneigentum allerdings etwa so hoch ausgefallen sein wie im Jahr 2013 (+ 3 ¼%). Den Ergebnissen des von der Hypoport AG veröffentlichten Gesamtindex zufolge ermäßigte sich der Preisanstieg bei Wohneigentum von 5% im Jahr 2013 auf 2 ¾% im Jahr 2014.⁴⁾

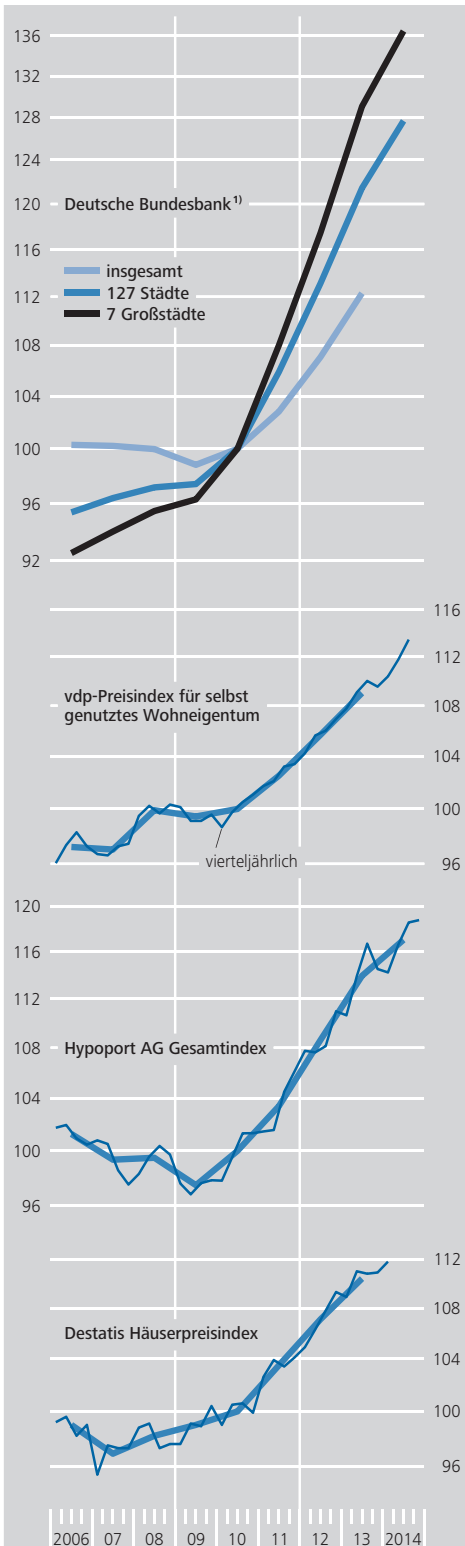
Die Beruhigung an den städtischen Wohnimmobilienmärkten spiegelt sich auch in den Mieten wider. Die Neuvertragsmieten für bestehende Wohnungen sowie die Mieten für den Erstbezug wurden wie schon im Jahr 2013 etwas schwächer als im Jahr zuvor angehoben. Stärkere Mietanpassungen als zuvor waren in den Großstädten bei neuen Verträgen für Bestandswohnungen zu verzeichnen. In diesem Segment könnten Vorzieheffekte im Zusammenhang mit der geplanten Mietpreispbremse eine Rolle gespielt haben.

Die Angebotsausweitung, die seit Beginn der kräftigen Preissteigerungen bei Wohnimmobilien im Jahr 2010 zu verzeichnen ist, trug dazu bei, die Preistendenz im abgelaufenen Jahr zu dämpfen. Die geplante Bautätigkeit übertraf im Berichtsjahr mit schätz-

⁴ Laut dem regional breit angelegten Häuserpreisindex von Destatis nahmen die Preise für Wohnimmobilien im ersten Quartal 2014, dem momentan jüngsten Datenstand, um 2 ¾% zu, nach 3% im Jahr 2013. Der Gesamtindex der bulwiengesa AG für alle 402 Kreise und kreisfreien Städte, der 2012 und 2013 um durchschnittlich 1 ½ Prozentpunkte stärker als der vdp-Index gestiegen war, dürfte auch im Berichtsjahr einen stärkeren Zuwachs aufweisen.

Ausgewählte Preisindizes für Wohnimmobilien

2010 = 100, Jahreswerte, log. Maßstab



¹ Transaktionsgewichtet. Eigene Berechnungen auf Basis von Preisangaben der bulwiengesa AG.
 Deutsche Bundesbank

zungsweise 285 000 erteilten Baugenehmigungen für Wohnungen in neuen und bestehenden Gebäuden das Niveau des Vorjahres, als rund 270 000 Bauanträge angenommen wurden. Dabei erhöhten sich vor allem die Genehmigungen für den Bau von Wohnungen in neuen Mehrfamilienhäusern, die nunmehr gut die Hälfte der gebilligten Bauvorhaben in neuen Gebäuden ausmachen dürften. Die Genehmigungen für den Neubau von Gebäuden mit ein oder zwei Wohnungen haben sich seit einer deutlichen Ausweitung im Jahr 2011 hingegen nicht wesentlich belebt. Insgesamt dürften 2014 deutlich mehr Wohneinheiten fertiggestellt worden sein als 2013; damals waren es knapp 215 000. Gleichwohl reicht das zusätzliche Angebot momentan vermutlich nicht an die erhöhte Wohnraumnachfrage heran.⁵⁾

Neben der kräftigen Zuwanderung sorgen die unverändert guten Aussichten für Einkommen und Beschäftigung sowie die außerordentlich günstigen Bedingungen für die Finanzierung von Wohneigentum für eine anhaltend hohe Nachfrage nach Wohnraum. Die Erschwinglichkeit von Wohneigentum dürfte sich vor allem aufgrund der niedrigen Finanzierungskosten für den Erwerb von Wohneigentum weiter verbessert haben. Während sich das gesamtwirtschaftliche Preis-Einkommen-Verhältnis⁶⁾ im Berichtsjahr kaum veränderte, hat sich die durchschnittliche Rate für Hypothekendarlehen im Verlauf des Jahres 2014 um $\frac{3}{4}$ Prozentpunkte auf zuletzt $2\frac{1}{4}\%$ ermäßigt. Bereinigt um die längerfristig erwartete Inflationsrate lag der durchschnittliche Zinssatz für Wohnungsbaukredite damit im vergangenen Jahr um 2 Prozentpunkte unter seinem Niveau im Jahr 2009.

Nach Neuschätzung des für die Analyse der Wohnimmobilienpreise verwendeten ökonomischen Modells lässt sich ein statistisch signifikanter Einfluss der Hypotheken-

zinsen nachweisen.⁷⁾ Hieraus kann der rechnerische Effekt des gegenwärtig außerordentlich niedrigen Zinsniveaus auf mögliche Überbewertungen bei Wohneigentum abgeschätzt werden. Beispielsweise trug die Zinsermäßigung seit 2009 für sich genommen dazu bei, dass die Preise für Wohneigentum im Jahr 2014 im Mittel um $3\frac{1}{2}\%$ höher lagen als in einem Szenario unveränderter Hypothekenzinsen.

Für Deutschland als Ganzes ist nach wie vor keine substanzielle Überbewertung von Wohneigentum erkennbar. In den Städten hingegen betragen laut aktuellen Schätzergebnissen, die nunmehr auch die Preise freistehender Einfamilienhäuser berücksichtigen, die Preisabweichungen nach oben weiter zwischen 10% und 20%. Eigentumswohnungen in den Großstädten weisen dabei die stärksten Überbewertungen auf. Im Berichtsjahr lagen die Preiszuwächse jedoch wieder näher an den Veränderungsraten, die sich aus den Entwicklungstendenzen der ökonomischen und demografischen Fundamentalfaktoren für die Wohnimmobilienpreise ableiten lassen. Zu einem Abbau bestehender Überbewertungen ist es durch die nachlassende Preisdynamik aber nicht gekommen.

⁵ Eine raschere Anpassung des Wohnungsangebots in den besonders boomenden städtischen Räumen könnte dadurch erschwert sein, dass eine Nachverdichtung der Quartiere nur in begrenztem Umfang zusätzlichen Wohnraum schaffen und die Ausweisung neuen Baulands lediglich mit zeitlicher Verzögerung bewerkstelligt werden kann.

⁶ Gemessen als Relation zwischen dem vdp-Index für selbst genutztes Wohneigentum und dem verfügbaren Haushaltseinkommen, für deren Berechnung am aktuellen Rand teilweise auf Schätzungen zurückgegriffen wird.

⁷ Vgl.: Deutsche Bundesbank, Die Preissteigerungen bei Wohnimmobilien seit dem Jahr 2010: Einflussfaktoren und regionale Abhängigkeiten, Monatsbericht, Oktober 2013, S. 13–30; sowie F. Kajuth, T. A. Knetsch und N. Pinkwart, Assessing house prices in Germany: evidence from an estimated stock-flow model using regional data, Diskussionspapier der Deutschen Bundesbank, Nr. 46/2013.

dem ziehen die Wohnungsmieten nur langsam an. Der BIP-Deflator, der die Preiskomponente der inländischen Wertschöpfung erfasst, stieg im vergangenen Jahr hingegen mit 1,7% näherungsweise so stark, wie es bei einer gesamtwirtschaftlichen Normalauslastung zu erwarten ist.

Im Januar negative Vorjahresrate vor allem wegen Energie

Zu Jahresbeginn 2015 gaben die Verbraucherpreise in Deutschland weiter nach, und der Vorjahresabstand drehte ins Negative. Gemessen am VPI verringerte er sich auf – 0,4% und nach dem HVPI sogar auf – 0,5%. Dahinter stand neben dem fortgesetzt starken Rückgang der Energiepreise eine außergewöhnliche Ermäßigung der Preise von Pauschalreisen. Die Einführung des allgemeinen gesetzlichen Mindestlohns zum 1. Januar 2015 hatte bisher nur sehr begrenzte Auswirkungen auf die Verbraucherpreise.

Auftragslage und Perspektiven

Konjunktureller Aufwind hält an

Vom konjunkturellen Aufwind wird die deutsche Wirtschaft auch nach dem Jahreswechsel 2014/2015 profitieren. Kurzfristig ist der private Verbrauch die Hauptstütze der Belebung. Angesichts der nach wie vor mäßigen Gangart der Weltwirtschaft bietet allerdings der spürbar reduzierte Außenwert des Euro der Industrie erhöhte Absatzchancen auf den Exportmärkten außerhalb der EWU. Außerdem könnten konjunkturstimulierende Effekte der Abwertung in den EWU-Mitgliedsländern Sekundärwirkungen über den Handelskanal auslösen. Dies deutet sich in der breit angelegten Zunahme der Industrienaufträge im vierten Quartal an. Im Laufe der Zeit könnte im Gefolge sich verbessernder Geschäftsaussichten und erhöhter Kapazitätsauslastung die ins Stocken geratene Investitions-erholung wieder Fahrt aufnehmen. Angesichts des aufgehellten konjunkturellen Gesamtbilds ist es nachvollziehbar, dass aktuelle Prognosen des Wirtschaftswachstums in Deutschland für das laufende Jahr merklich höher ausfallen als

Vorausschätzungen, die im Herbst des vergangenen Jahres abgeschlossen wurden.

Seit dem Stimmungsumschwung im vorigen November wächst bei den hiesigen Unternehmen die Zuversicht, und zwar unabhängig davon, ob sie eher binnenwirtschaftlich orientiert sind oder über eine starke europäische beziehungsweise internationale Ausrichtung verfügen. Dies geht grundsätzlich auch aus der aktuellen Konjunkturumfrage des DIHK hervor, deren Ergebnisse eine breite Branchenabdeckung aufweisen.

Mehr Zuversicht in den Unternehmen

Der Industriekonjunktur dürfte zu Beginn dieses Jahres Schwung verleihen, dass die Auftragseingänge im letzten Vierteljahr 2014 saisonbereinigt um 1¾% gegenüber dem Vorquartal gestiegen sind. Die Vorreiterrolle hat einmal mehr die Automobilindustrie übernommen; dort sind die Bestellungen nach einem verhaltenen Sommerhalbjahr um 8% in die Höhe geschossen. Die Nachfrage nach Kraftwagen und Kraftwagenteilen aus deutscher Produktion stieg sowohl im Inland als auch in der EWU und den Drittländern erheblich. Dem Investitionsgüterbereich kamen am Jahresende Großaufträge im Bereich der Luft- und Raumfahrtindustrie zugute. Die Hersteller von DV-Geräten sowie optischen und elektronischen Erzeugnissen konnten den Auftragsrückgang aus den Sommermonaten fast ausgleichen. Abstriche musste demgegenüber der Maschinenbau hinnehmen, nachdem es im Sommer einen deutlichen Zuwachs gegeben hatte. Bemerkenswert ist, dass hier aus dem Euro-Raum zuletzt ein starker positiver Impuls kam.

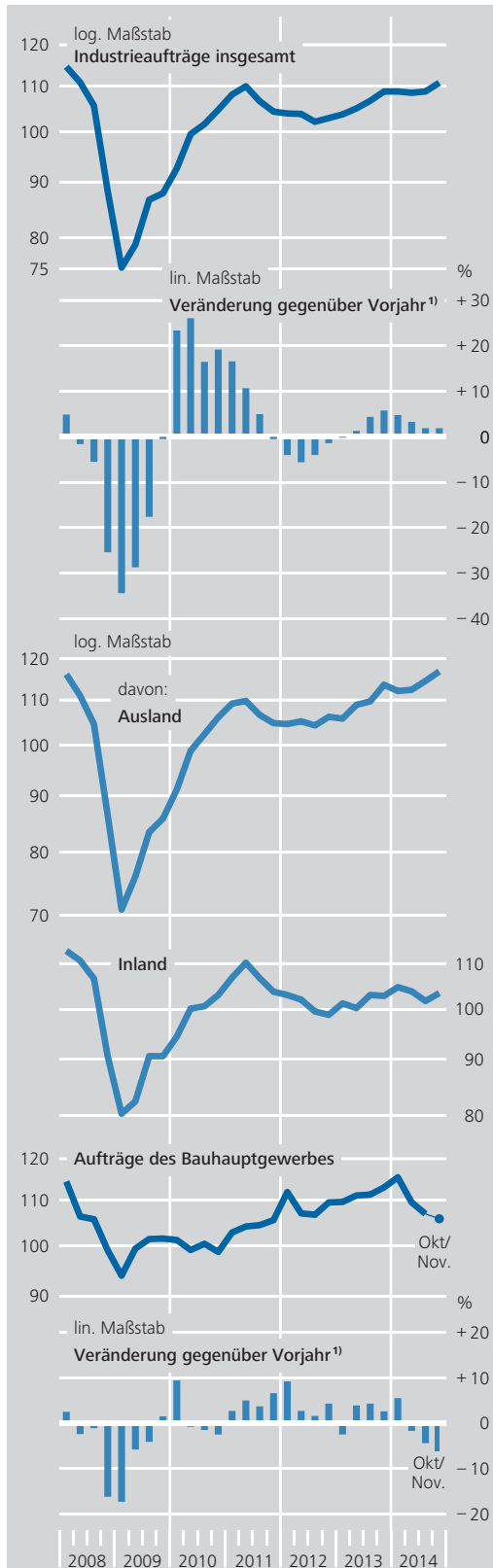
Auftragseingänge der Industrie vor allem wegen beträchtlich mehr Kfz-Bestellungen spürbar expandiert

Die Bestellungen von Vorleistungsgütern sind mit 2% gegenüber dem Vorquartal saisonbereinigt überdurchschnittlich gestiegen. Allerdings lagen die Inlandsaufträge in den Herbstmonaten nur wenig über dem gedrückten Niveau des Sommers. Offensichtlich war es für die Steigerung der Industrieproduktion am Jahresende noch nicht vonnöten, Vor- und Zwischenprodukte in größerem Umfang zu ordern. Im Unterschied dazu stieg der Bedarf aus dem

Vorleistungsgüterbestellungen insbesondere aus dem Inland weiter verhalten

Nachfrage nach Industriegütern und Bauleistungen

Volumen, 2010 = 100, saisonbereinigt, vierteljährlich



Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. ¹ Nur kalenderbereinigt.
 Deutsche Bundesbank

Euro-Raum um 4%, nachdem es fast ein Jahr lang eine Seitwärtsbewegung gegeben hatte. Die Orders aus den Drittländern, die bereits im Sommer angezogen hatten, nahmen ebenfalls kräftig zu (+ 3%). Die Konsumgüterindustrie verbuchte im Berichtszeitraum saisonbereinigt 1¼% mehr Bestellungen als im dritten Quartal. Dabei war das Auftragsplus aus dem Ausland etwas größer als bei inländischen Kunden.

Der Bauwirtschaft dürfte die gegenwärtige Auftragslage zwar weiterhin eine relativ hohe Auslastung sichern, mit einer Ausweitung der Aktivitäten über das derzeitige Niveau hinaus ist jedoch kurzfristig nicht zu rechnen. Die Bremsbewegung bei der Wohnungsbaunachfrage hielt bis zum Jahresende an. So übertrafen die Baugenehmigungen gemessen an den veranschlagten Kosten für Maßnahmen an neuen und bestehenden Wohngebäuden im Zeitraum Juli bis November 2014 im Durchschnitt das Niveau der ersten Jahreshälfte saisonbereinigt lediglich um 1%, nachdem es im ersten Halbjahr noch 2¾% gewesen waren und im Jahr 2013 die entsprechenden Halbjahresraten + 6¾% beziehungsweise + 5% betragen hatten. Die Abschwächung steht im Zusammenhang damit, dass sich der Bedarf an Geschosswohnungen im zweiten Halbjahr 2014 zwar weiter erhöht, die Dynamik aber nachgelassen hat. Bei der Nachfrage nach Ein- und Zweifamilienhäusern ist ohnehin seit Längerem eine Seitwärtsbewegung festzustellen. Außerdem gaben die Unternehmen zuletzt lediglich in vergleichsweise mäßigem Umfang neue Bauvorhaben in Auftrag, und das Volumen der Bauaufträge der öffentlichen Hand sackte im vierten Quartal nochmals deutlich ab.

Keine neuen Impulse für die Bauwirtschaft

Vor dem Hintergrund sehr optimistischer Einkommenserwartungen, energiepreisbedingter Kaufkraftgewinne und ausgeprägter Konsumlaune ist der private Verbrauch kurzfristig zum Hauptträger der zyklischen Aufwärtsbewegung geworden. Solides Beschäftigungswachstum und spürbare Entgeltsteigerungen unterstützen einkommensseitig bereits seit einiger Zeit die Verbrauchskonjunktur. Neben diesen Grundten-

Privater Konsum derzeit Hauptträger des Wirtschaftswachstums

denzen stellt gegenwärtig die Entlastung der privaten Haushalte von Ausgaben für Energie ein kräftiges Belebungsmoment dar. Dauerhafte Wachstumsimpulse sind hiervon aber nicht zu erwarten. Den überraschend erweiterten realen Ausgabenspielraum scheinen viele Verbraucher im letztjährigen Weihnachtsgeschäft genutzt zu haben. Ein kräftiger Einmaleffekt für den pri-

vaten Verbrauch steht im Verlauf des Winters noch aus, da sich die Haushalte die Chancen, die Heizöltanks zu sehr niedrigen Preisen aufzufüllen, wohl nicht entgehen lassen werden. Außerdem ist mit verzögerten Wirkungen im Gefolge nachlaufender Preisanpassungen bei anderen Energieträgern zu rechnen.

Öffentliche Finanzen^{*)}

Staatlicher Gesamthaushalt

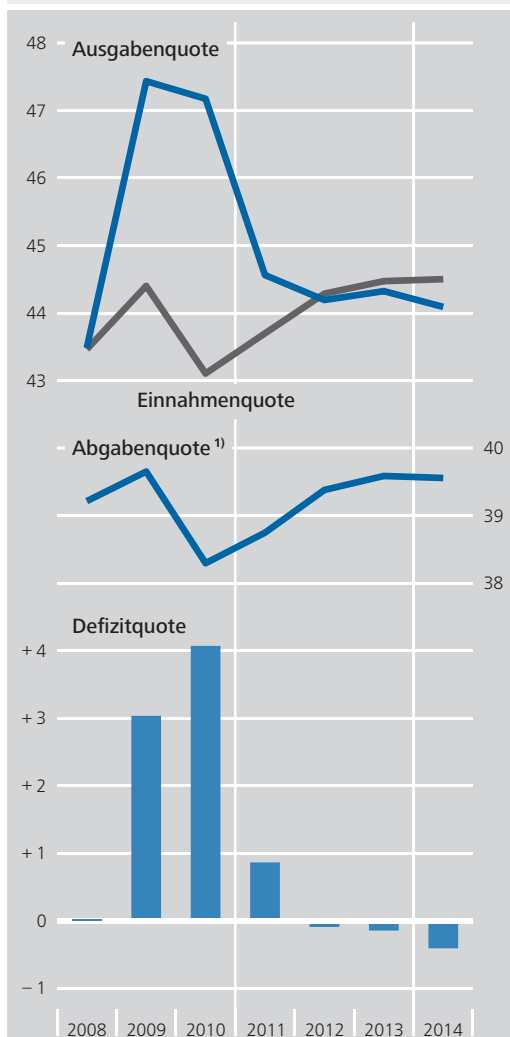
2014 spürbarer
 Überschuss
 und ...

Die Lage der deutschen Staatsfinanzen hat sich im abgelaufenen Jahr verbessert. Der staatliche Gesamthaushalt verzeichnete nach der ersten Meldung einen spürbaren Überschuss von 0,4% des Bruttoinlandsprodukts (BIP) (2013: + 0,1%). Bei weitgehend neutralem Konjunkturlauf wurde ein struktureller Überschuss in ähnlicher Größenordnung erzielt.¹⁾ Die Verbesserung gegenüber dem Vorjahr ging per saldo auf niedrigere Zinsausgaben zurück. Dadurch sank die

Ausgabenquote etwas auf 44,1%, während sich die Relation der Primärausgaben (d. h. ohne Zinsaufwendungen) zum BIP praktisch nicht veränderte. Der Anstieg der Sozialausgaben lag zwar merklich über dem nominalen BIP-Wachstum, andere Ausgabenbereiche verzeichneten aber schwächere Zuwächse. Die Einnahmenquote (44,5%) blieb unverändert auf dem Vorjahresniveau. Der Überschuss der Sozialversicherungen verringerte sich zwar leicht infolge des beschleunigten Ausgabenwachstums. Allerdings verbesserte sich der Saldo des Bundes begünstigt durch die niedrigeren Zinsausgaben und den höheren Bundesbankgewinn deutlich (vgl. für weitere Erläuterungen zur Haushaltsentwicklung des Gesamtstaates S. 65 f.).

Kennziffern der öffentlichen Haushalte^{*)}

in % des Bruttoinlandsprodukts



* In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. ¹ Steuern und Sozialbeiträge zzgl. Zöllen.
 Deutsche Bundesbank

Die Schuldenquote ist bis zum Ende des dritten Vierteljahres 2014 auf 74,8% gesunken (Ende 2013: 76,9%) und könnte sich bis zum Jahresende weiter verringert haben. Der deutliche Rückgang in den ersten drei Quartalen geht in erster Linie auf das nominale Wachstum des BIP im Nenner der Quote zurück. Unterstützt wurde er durch einen weiteren, leichten Portfolioabbau der staatlichen Bad Banks, während die Hilfen für andere EWU-Staaten und die Zuführungen an den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) erhöhend wirkten.

... Schuldenquote rückläufig

Im laufenden Jahr dürfte sich der Saldo wieder verschlechtern, aber wohl noch im Plus bleiben. Der konjunkturelle Einfluss auf die Staatshaushalt

2015 Saldoverschlechterung, Schuldenquote weiter rückläufig

* Der Abschnitt „Staatlicher Gesamthaushalt“ bezieht sich auf die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) und die Maastricht-Kennzahlen. Anschließend wird über die Haushalte der Gebietskörperschaften und Sozialversicherungszweige auf Basis der finanzstatistischen (prinzipiell haushaltsmäßigen) Abgrenzung berichtet.

¹ Vgl. zum hier verwendeten Konjunkturbereinigungsansatz des Eurosystems: Deutsche Bundesbank, Ein disaggregierter Ansatz zur Analyse der Staatsfinanzen: die Entwicklung der öffentlichen Finanzen in Deutschland in den Jahren 2000 bis 2005, Monatsbericht, März 2006, S. 63–79. Das Bereinigungsverfahren, das für die EU-Haushaltsüberwachung und bei der Haushaltsaufstellung auch für die Schuldenbremse des Bundes verwendet wird, weist dagegen für 2013 und 2014 eine deutlich negative Konjunkturlage aus.

Zur strukturellen Entwicklung der Staatsfinanzen in Deutschland – Ergebnisse des disaggregierten Ansatzes für das Jahr 2014

In Deutschland hat der staatliche Gesamthaushalt 2014 ersten Angaben des Statistischen Bundesamtes zu den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) vom Januar zufolge einen merklichen Überschuss verbucht. Gegenüber dem praktisch ausgeglichenen Ergebnis im Vorjahr (+ 0,1% des BIP) verbesserte sich der gesamtstaatliche Finanzierungssaldo auf + 0,4% des BIP. Mit dem „disaggregierten Ansatz“ zur Analyse der Staatsfinanzen¹⁾ wird zum einen abgeschätzt, welcher Einfluss hierbei von konjunkturellen und speziellen temporären Effekten²⁾ ausging. Zum anderen werden sonstige, hier als strukturell bezeichnete Veränderungen der Ausgaben- und Einnahmenquote und deren maßgebliche Einflussfaktoren abgebildet. Im Folgenden werden die wesentlichen Ergebnisse für 2014 vorgestellt.³⁾

Der Konjunkturlauf auf den Finanzierungssaldo fiel im Jahresdurchschnitt 2014 – sowohl hinsichtlich der Veränderung als auch des Niveaus – weitgehend neutral aus. Der (um konjunkturelle Effekte bereinigte) strukturelle Finanzierungssaldo in Relation zum nominalen Trend-BIP verbesserte sich um 0,2 Prozentpunkte. Der strukturelle Überschuss entsprach etwa dem unbereinigten.

Die unbereinigte Einnahmenquote blieb im Jahr 2014 unverändert, und die strukturellen Einnahmen in Relation zum Trend-BIP stiegen leicht (+ 0,1 Prozentpunkte). Die strukturelle Abgabenquote blieb per saldo unverändert. Der Fiscal drag erhöhte die Quote zwar etwas. Dies wurde aber teilweise von Ausfällen durch Rechtsänderungen (wie vor allem die Anhebung des einkommensteuerlichen Grundfreibetrags) ausgeglichen. Die

wichtigen Einnahmenbezugsgrößen entwickelten sich trendmäßig weitgehend in Einklang mit dem nominalen BIP, und es kam anders als in früheren Jahren auch darüber hinaus zu keinen wesentlichen Sonderentwicklungen.⁴⁾

Die unbereinigte Ausgabenquote sank 2014 um 0,2 Prozentpunkte. Die strukturelle Quote ging aber nur wenig zurück (– 0,1 Prozentpunkte), vor allem weil das Trend-BIP im Nenner der Quote im Jahresdurchschnitt etwas schwächer wuchs als das BIP. Die Zinsausgabenquote war vor allem aufgrund der vorteilhaften Finanzierungsbedingungen weiter rückläufig.⁵⁾ Die strukturelle Quote der übrigen Ausgaben (Primärausgaben) nahm hingegen insgesamt um 0,2 Prozentpunkte zu. Maßgeblich für den Anstieg waren per saldo deutliche Zuwächse bei den Sozialausgaben, vor allem für Gesundheit. Die Ausgaben für die Alterssicherung wuchsen etwa in Einklang mit dem nominalen Trend-BIP. Vor allem die Belastungen aus

1 Für eine Erläuterung des Ansatzes einschl. des im Eurosystem standardmäßig verwendeten Verfahrens zur Ermittlung der Konjunkturkomponente vgl.: Deutsche Bundesbank, Ein disaggregierter Ansatz zur Analyse der Staatsfinanzen: die Entwicklung der öffentlichen Finanzen in Deutschland in den Jahren 2000 bis 2005, Monatsbericht, März 2006, S. 63–79.

2 Gemäß der hier verwendeten Abgrenzung spielten temporäre Effekte im abgelaufenen Jahr keine Rolle.

3 Durch Revision der VGR-Ergebnisse oder der Einschätzung der gesamtwirtschaftlichen Perspektiven können sich noch Änderungen ergeben.

4 Insb. die Einnahmen aus gewinnabhängigen Steuern schwanken im Allgemeinen deutlich stärker als aufgrund der Entwicklung der Unternehmens- und Vermögenseinkommen (die als gesamtwirtschaftliche Bezugsgröße verwendet werden) und der Schätzung der Finanzwirkungen von Rechtsänderungen zu erwarten wäre. In jüngerer Zeit waren hier aber keine größeren Verwerfungen zu beobachten.

5 Die genaue Aufgliederung der Veränderung der Zinsausgabenquote wird aufgrund der noch nicht vorliegenden Schuldenquote für das Jahr 2014 nicht ausgewiesen.

Strukturelle Entwicklung *)

Veränderung der Relation zum nominalen Trend-BIP gegenüber Vorjahr in Prozentpunkten

Position	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Unbereinigter Finanzierungssaldo 1)	-0,3	-3,0	-1,0	3,2	1,0	0,1	0,3
Konjunkturkomponente 1)	0,4	-1,7	0,3	0,9	0,0	-0,4	0,1
Temporäre Effekte 1)	-0,3	0,2	-1,0	1,1	-0,1	0,1	0,0
Finanzierungssaldo	-0,4	-1,4	-0,4	1,2	1,0	0,4	0,2
Zinsen	0,0	-0,2	-0,1	0,1	-0,2	-0,3	-0,3
wegen Veränderung des Durchschnittszinses	0,0	-0,3	-0,4	-0,1	-0,2	-0,3	
wegen Veränderung des Schuldenstandes	0,0	0,1	0,2	0,1	0,0	0,0	
Primärsaldo	-0,4	-1,6	-0,5	1,3	0,8	0,0	-0,1
Einnahmen	0,3	-0,8	-0,2	1,0	0,2	0,0	0,1
davon:							
Steuern und Sozialbeiträge	0,2	-1,0	-0,4	0,7	0,3	0,1	0,0
Fiscal drag 2)	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Abkopplung der Makrobezugsgrößen vom BIP	0,2	-0,4	0,3	0,3	0,1	0,0	0,0
Rechtsänderungen	-0,6	-0,3	-0,6	0,2	-0,1	-0,2	-0,1
Residuum	0,4	-0,4	-0,1	0,1	0,1	0,2	-0,1
darunter: Gewinnabhängige Steuern 3)	0,5	-0,6	0,3	0,2	0,2	0,1	-0,1
Nichtsteuerliche Einnahmen 4)	0,1	0,2	0,2	0,3	-0,1	-0,1	0,1
Primärausgaben	0,6	0,8	0,3	-0,2	-0,6	0,0	0,2
davon:							
Sozialausgaben 5)	0,2	0,2	0,0	-0,3	-0,3	-0,1	0,3
Subventionen	0,0	0,3	-0,1	-0,1	-0,2	0,0	0,0
Arbeitnehmerentgelte	0,1	0,1	0,1	0,0	0,0	-0,1	0,0
Vorleistungen	0,2	0,2	0,2	0,1	0,0	0,0	0,0
Bruttoanlageinvestitionen	0,1	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Sonstige Ausgaben 6)	0,0	-0,2	0,1	0,0	-0,1	0,2	-0,1
Nachrichtlich:							
Ausgaben für Alterssicherung 7)	0,0	-0,1	0,0	-0,1	-0,2	-0,2	0,0
Gesundheitsausgaben 8)	0,2	0,2	0,1	0,0	0,0	0,2	0,2
Arbeitsmarktausgaben 9)	0,1	0,1	-0,3	-0,3	-0,1	-0,1	-0,1

* Die strukturellen Werte ergeben sich durch Abzug von konjunkturellen Einflüssen und speziellen temporären Effekten. 1 Veränderung der Relation zum nominalen BIP im Vergleich zum Vorjahr. 2 Der Begriff umfasst hier (positiv) die gesamte Aufkommenswirkung der Einkommensteuerprogression und (negativ) den Effekt der weitgehenden Preisunabhängigkeit der speziellen Verbrauchsteuern. 3 Veranlagte Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer, Kapitalertragsteuer. 4 Sonstige empfangene laufende Transfers, Verkäufe und empfangene Vermögenstransfers. 5 Einschl. sonstiger laufender Transfers an private Haushalte. 6 Sonstige geleistete laufende Transfers an Kapitalgesellschaften und die übrige Welt, Nettozugang sonstiger nicht-finanzieller Vermögensgüter und geleistete Vermögenstransfers. 7 Ausgaben der gesetzlichen Rentenversicherung, für Beamtenpensionen sowie Leistungen von Postpensionskasse und Bundesbahnvermögen. 8 Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung und Beihilfezahlungen für Beamte. 9 Ausgaben der Bundesagentur für Arbeit (ohne Aussteuerungsbetrag (bis 2007) bzw. ohne Eingliederungsbeitrag (von 2008 bis 2013)) und des Bundes für Arbeitslosengeld II sowie für Eingliederungsmaßnahmen.

Deutsche Bundesbank

dem erst im zweiten Halbjahr in Kraft getretenen Rentenpaket führten hier zu einer starken Beschleunigung im Vergleich zu den Vorjahren. Entlastend wirkte hingegen der weitere (leichte) Rückgang bei den Arbeitsmarktausgaben.

durch günstige Entwicklungen in anderen Bereichen (wie die höhere Gewinnausschüttung der Bundesbank) kompensiert. Insgesamt verschlechterte sich der strukturelle Primärsaldo leicht.

Zusammenfassend schlossen die Staatsfinanzen sowohl in unbereinigter als auch in struktureller Betrachtung im Jahr 2014 mit einem merklichen Überschuss ab. Ausschlaggebend für die strukturelle Verbesserung im Vorjahresvergleich waren dabei die nochmals gesunkenen Zinsausgaben. Strukturelle Belastungen aus deutlich steigenden Sozialausgaben wurden zum Teil

halte könnte weiterhin mehr oder weniger neutral sein. Die Sozialausgaben dürften im laufenden Jahr erneut deutlich steigen, und in anderen Bereichen – wie Verkehrsinfrastruktur, Bildung und Forschung – ist mit spürbaren Zuwächsen zu rechnen. Insgesamt dürften die steigenden Haushaltsbelastungen die Entlastungen im Zusammenhang mit den niedrigen Zinssätzen übertreffen. Die Einnahmenquote könnte stabil bleiben. Insbesondere gleichen sich der niedrigere Rentenbeitragsatz und leicht abgesenkte Zusatzbeiträge der Krankenkassen auf der einen Seite und der höhere Pflegebeitragsatz auf der anderen Seite in der Summe weitgehend aus. Der zügige Abbau der Schuldenquote, vor allem durch den Zuwachs des BIP im Nenner und unterstützt durch den Portfolioabbau der Bad Banks, dürfte sich fortsetzen.

Neutraler Haushaltskurs in den vergangenen beiden Jahren, aber Zins-einsparungen

Mit dem Plus im letzten Jahr war der staatliche Gesamthaushalt mittlerweile das dritte Jahr in Folge mindestens ausgeglichen, und mit den aktuellen Planungen ist dies auch weiter angelegt. Strukturell verbesserte sich der Saldo seit 2012 merklich, was allerdings im Wesentlichen auf den niedrigen Zinsen und dem daraus resultierenden Rückgang der Zinsausgaben beruhte. Der Haushaltskurs blieb dabei weitgehend neutral, das heißt, die Relation des konjunkturbereinigten Primärsaldos zum BIP veränderte sich kaum.

Mindestens ausgeglichenen Staatshaushalt im Mittel über Konjunkturzyklus beibehalten

Ein im Mittel über den Konjunkturzyklus mindestens ausgeglichener Staatshaushalt ist ein wichtiger Beitrag dazu, die hohe Schuldenquote bis zum Ende dieses Jahrzehnts auf eine Größenordnung von 60% zurückzuführen. Nicht zuletzt weil sich dann die demografische Belastung wieder verstärkt, wäre auch eine Beibehaltung des moderaten strukturellen Überschusses keineswegs überambitioniert. Zur Einhaltung der nationalen Schuldenregel durch alle Bundesländer ab spätestens 2020 besteht außerdem teilweise noch Konsolidierungsbedarf. Darüber hinaus ist es empfehlenswert, zu den strikten nationalen Defizitgrenzen im Normalfall merkliche Sicherheitsabstände in Form von Überschüssen einzuplanen. Ange-

sichts des schwierigen gesamtwirtschaftlichen Umfelds auf europäischer Ebene erscheinen die bisherigen Planungen für das gesamtstaatliche Aggregat aber angemessen. Diese sehen für das laufende Jahr eine spürbare strukturelle Verschlechterung vor allem infolge der Rücklagenverringerung der Sozialversicherungen vor. Unerwartete konjunkturbedingte Haushaltsentwicklungen sollten dabei hingenommen werden, das heißt, die automatischen Stabilisatoren sollten wirken können. Insgesamt leistet die deutsche Finanzpolitik einen entscheidenden Stabilisierungsbeitrag in der EWU, auch wenn innerhalb des bisherigen Finanzrahmens konsequenter an der Stärkung des Wachstumspotenzials gearbeitet werden könnte. Mit einem schuldenfinanzierten Nachfrageimpuls in Deutschland ließe sich hingegen – angesichts einer weitgehend neutralen konjunkturellen Lage hierzulande und nur geringer Ausstrahlung auf den übrigen Euro-Raum – wenig gewinnen.

Haushalte der Gebietskörperschaften

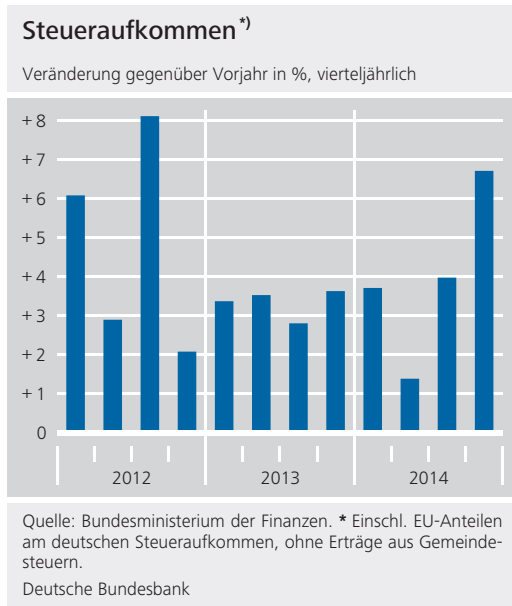
Steuereinnahmen

Die Steuereinnahmen²⁾ wuchsen 2014 mit 4% weiter solide (siehe Schaubild und Tabelle auf den S. 68 und 69) und überstiegen damit noch etwas die November-Prognose des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“. Das Aufkommen aus den einkommensabhängigen Steuern legte mit gut 5% deutlich zu. Hintergrund ist vor allem der dynamische Anstieg des Lohnsteueraufkommens. Dieser wurde von stagnierenden Abzugsbeträgen (Kindergeld und Altersvorsorgezulage) zwar unterstützt, geht aber vor allem auf die positive Entgeltentwicklung sowie auf steigende Arbeitnehmerzahlen zurück. Auch die Steuerprogression spielte hier trotz der Anhebung des Grundfreibetrags eine Rolle. Das Auf-

2014 weiter solider Zuwachs der Steuereinnahmen

Dynamisches Wachstum der Lohnsteuer

²⁾ Einschl. der EU-Anteile am deutschen Steueraufkommen, aber ohne die – für das letzte Berichtsquartal noch nicht bekannten – Erträge aus den Gemeindesteuern.



kommenswachstum bei den gewinnabhängigen Steuern hat sich mit 3 ½% hingegen merklich abgeschwächt. Die Einnahmen aus der veranlagten Einkommensteuer wuchsen zwar weiter kräftig, was zum Teil auf die Entwicklung der Abzugsbeträge zurückzuführen ist (deutlich schwächer gestiegene Erstattungen an Arbeitnehmer und rückläufige Eigenheim- und Investitionszulage), aber auch ein solides Wachstum des Bruttoaufkommens reflektiert. Das Aufkommen aus der Körperschaftsteuer stieg nach den starken Zuwächsen in den Vorjahren im abgelaufenen Jahr aber schwächer, und die Erträge aus den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag (im Wesentlichen Kapitalertragsteuer auf Dividenden) nahmen nur wenig zu. Die Einnahmen aus der Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge waren sogar deutlich rückläufig, nicht zuletzt angesichts des im Jahresdurchschnitt nochmals gesunkenen Zinsniveaus. Das Aufkommen aus den verbrauchsabhängigen Steuern legte insgesamt unterdurchschnittlich zu (um gut 2 ½%). Dazu hat die – wohl auch witterungsbedingte – Stagnation bei der Energie- und Stromsteuer beigetragen, während die Umsatzsteuererträge im Einklang mit den relevanten makroökonomischen Bezugsgrößen wuchsen.

Unterdurchschnittlicher Zuwachs bei verbrauchsabhängigen Steuern

Für das laufende Jahr wird gemäß der letzten offiziellen Steuerschätzung mit einem leicht ab-

geschwächten Aufkommensanstieg um 3% (inkl. Gemeindesteuern) gerechnet. Das dabei zugrunde gelegte Wachstum der gesamtwirtschaftlichen Steuerbezugsgrößen entspricht grob dem des vergangenen Jahres, und Rechtsänderungen fallen kaum ins Gewicht. Allerdings werden aufgrund von bereits weiter zurückliegenden Gerichtsurteilen noch Steuerrückzahlungen erwartet.³⁾

2015 weiter solider Einnahmenanstieg erwartet

Bundeshaushalt

Im Jahr 2014 konnte der Bund seinen Haushalt erstmals seit 1969 und ein Jahr früher als geplant ohne Nettokreditaufnahme (d. h. mit einer „schwarzen Null“⁴⁾) abschließen, während 2013 noch eine Nettoneuverschuldung von 22 Mrd € zu Buche gestanden hatte. Zu der Verbesserung trugen auf der Ausgabenseite vorrangig verringerte Sonderlasten bei (entfallene Vorfinanzierung des Fluthilfefonds von 8 Mrd € und 4 ½ Mrd € niedrigere ESM-Beiträge). Hinzu kamen vor allem stark rückläufige Zinslasten (– 5 ½ Mrd €). Insgesamt sanken die Bundesausgaben um 3 ½% (12 ½ Mrd €). Auf der Einnahmenseite stand dagegen ein Zuwachs um 3% zu Buche (+ 9 ½ Mrd €). Ein deutliches Plus gab es mit 11 Mrd € beim Steueraufkommen. Auch fiel die für den Kernhaushalt bestimmte Gewinnausschüttung der Bundesbank um 2 Mrd € höher aus. Belastend wirkte dagegen der Rückgang der Erlöse aus Vermögensverwertungen um 3 Mrd €.

2014 dank entfallener Sonderlasten, steigender Steuererträge und sinkender Zinsen keine Nettokreditaufnahme

Gegenüber den Haushaltsansätzen vom Juni 2014 fiel der Saldo um insgesamt 6 ½ Mrd € günstiger aus. Die Einnahmen übertrafen das Soll um 5 ½ Mrd €. Dabei lagen die Steuererträge um 2 ½ Mrd € über den Planungen. Die nichtsteuerlichen Einnahmen übertrafen ihre Ansätze um 3 Mrd €. Hierzu trug nicht zuletzt

Ergebnis deutlich günstiger als geplant

³ Vor allem EuGH-Urteil vom 20. Oktober 2011 zur Besteuerung von Streubesitzdividenden mit Ausfällen von insgesamt 2 ½ Mrd € verteilt auf die Jahre 2015 und 2016 (Rechtssache C-284/09).

⁴ Der Finanzierungssaldo, bei dem die Münzeinnahmen ausgeklammert sind, war hingegen leicht negativ.

Steueraufkommen									
Steuerart	Gesamtjahr				Schätzung für 2014 insgesamt 1) 2) 3)	4. Vierteljahr			
	2013	2014	Veränderung gegenüber Vorjahr			2013	2014	Veränderung gegenüber Vorjahr	
	Mrd €	Mrd €	in Mrd €	in %	in %	Mrd €	Mrd €	in Mrd €	in %
Steuereinnahmen insgesamt 2)	570,2	593,0	+ 22,8	+ 4,0	+ 3,5	153,8	164,1	+ 10,3	+ 6,7
darunter:									
Lohnsteuer	158,2	168,0	+ 9,8	+ 6,2	+ 6,1	44,9	47,6	+ 2,7	+ 6,1
Gewinnabhängige Steuern 4)	87,7	90,9	+ 3,2	+ 3,6	+ 1,0	19,9	22,2	+ 2,3	+ 11,4
davon:									
Veranlagte Einkommensteuer	42,3	45,6	+ 3,3	+ 7,9	+ 5,8	10,6	11,8	+ 1,2	+ 11,2
Körperschaftsteuer	19,5	20,0	+ 0,5	+ 2,7	- 1,2	4,8	5,1	+ 0,3	+ 6,2
Kapitalertragsteuer 5)	25,9	25,2	- 0,7	- 2,7	- 5,3	4,6	5,3	+ 0,8	+ 17,5
Steuern vom Umsatz 6)	196,8	203,1	+ 6,3	+ 3,2	+ 3,1	50,5	52,3	+ 1,8	+ 3,5
Energiesteuer	39,4	39,8	+ 0,4	+ 1,0	+ 1,4	15,1	15,2	+ 0,1	+ 0,4
Tabaksteuer	13,8	14,6	+ 0,8	+ 5,7	+ 4,7	4,3	4,7	+ 0,4	+ 8,7

Quelle: Bundesministerium der Finanzen und eigene Berechnungen. 1 Laut offizieller Steuerschätzung vom November 2014. 2 Einschl. EU-Anteilen am deutschen Steueraufkommen, ohne Erträge aus Gemeindesteuern. 3 Für die Steuereinnahmen inklusive (noch geschätzter) Gemeindesteuern lag das Ergebnis 3,7 Mrd € über der Schätzung vom Mai 2014, die Basis für den Bundeshaushaltsplan 2014 vom Sommer 2014 war. Gemäß Regierungsansätzen hätte die Revision ohne zwischenzeitliche Rechtsänderungen bei + 3,6 Mrd € gelegen. 4 Arbeitnehmererstattungen, Eigenheim- und Investitionszulage vom Aufkommen abgesetzt. 5 Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge, nicht veranlagte Steuern vom Ertrag. 6 Umsatzsteuer und Einfuhrumsatzsteuer.

Deutsche Bundesbank

bei, dass die hier veranschlagte Vorsorge von 1½ Mrd € für Ausfälle bei der verfassungsrechtlich umstrittenen Kernbrennstoffsteuer nicht in Anspruch genommen werden musste. Auf der Ausgabenseite wurden die sachlich spezifizierten Ansätze um insgesamt 3 Mrd € unterschritten, womit die im Haushaltsplan vorgesehene globale Minderausgabe noch übertroffen wurde. Die wichtigste Entlastung gab es mit 1½ Mrd € bei den Zinsen. Die investiven Mittelabflüsse blieben um ½ Mrd € unter ihren Ansätzen, wozu neben niedrigeren Zahlungen an die Bahn auch die geringere Vergabe von Entwicklungshilfedarlehen einen Beitrag geleistet hat.

um 0,2 Prozentpunkte.⁶⁾ Bei Verwendung des Bundesbankverfahrens zur Konjunkturbereinigung fallen die herauszurechnenden zyklischen Belastungen für 2014 zwar deutlich geringer aus. Aber auch auf dieser Grundlage steht ein struktureller Überschuss von 0,1% des BIP zu Buche. Insgesamt ist zu begrüßen, dass ein Sicherheitsabstand zur ab 2016 dauerhaft geltenden Obergrenze für die strukturelle Nettokreditaufnahme von 0,35% des BIP erreicht wurde.

Auch struktureller Saldo 2014 deutlich günstiger als veranschlagt

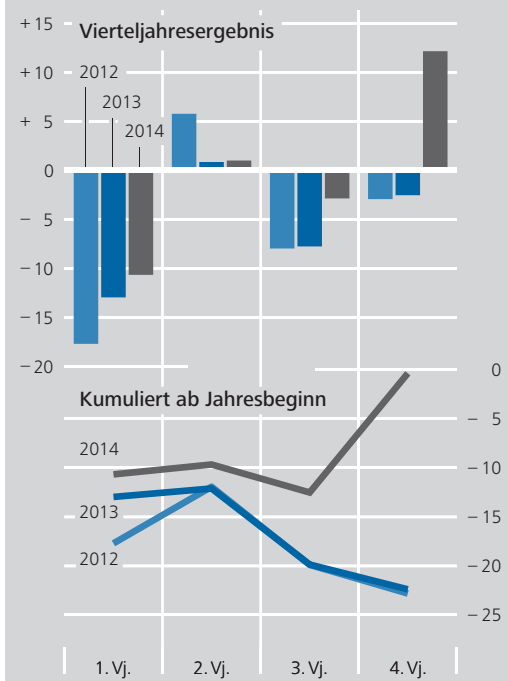
Das Finanzministerium wies in seinem Monatsbericht vom Januar 2015 auf Basis der ersten VGR-Zahlen des Statistischen Bundesamtes nach den Vorschriften der Schuldenbremse für den Bund einen strukturellen Überschuss von 0,3% des BIP aus.⁵⁾ Gegenüber dem Haushaltsansatz bedeutet das Ergebnis eine Verbesserung

5 Hierbei wurden die Extrahaushalte Fluthilfefonds sowie Energie- und Klimafonds (mit einem Defizit von zusammen 1 Mrd €) einbezogen und konjunkturelle Lasten von 6 Mrd € sowie ein Ausgabenüberhang von 2½ Mrd € bei den finanziellen Transaktionen abgesetzt.

6 Dabei ist zu berücksichtigen, dass der Fluthilfefonds im Haushaltsplan mit einem Nulldefizit einbezogen war, während eine Entlastungswirkung aus der geplanten (dann aber doch nicht vollzogenen) Rückübertragung von 1 Mrd € aus dem Fluthilfefonds in den Bundeshaushalt eingerechnet worden war. Der dort ausgewiesene strukturelle Überschuss war insoweit zu günstig.

Finanzierungssalden des Bundes^{*)}

Mrd €



Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis von Daten des Bundesministeriums der Finanzen. *) Kernhaushalt ohne Extrahaushalte. Ohne Bereinigung um finanzielle Transaktionen und Konjunkturreffekte.

Deutsche Bundesbank

Haushalt 2015 mit verbesserten Ausgangsbedingungen, aber auch Risiken

Der Ende November ohne neue Nettokreditaufnahme verabschiedete Haushalt 2015 sieht für den Bund gegenüber dem Ist 2014 keine weitere Saldenverbesserung mehr vor. Allerdings ist zu erwarten, dass einige der im letzten Jahr überplanmäßig eingetretenen Haushaltsentlastungen in das laufende Jahr fortgeschrieben werden können. So dürfte bei den Steuereinnahmen das günstigere Ergebnis 2014 zum guten Teil als Basiseffekt fortwirken. Außerdem könnten die nunmehr etwas günstiger eingestuften Wachstumsperspektiven der deutschen Wirtschaft das Steueraufkommen zusätzlich fördern. Aber auch das anhaltend niedrige Zinsniveau könnte zu weiteren Entlastungen gegenüber den Haushaltsansätzen führen. Darüber hinaus sind hinsichtlich der im laufenden Jahr geplanten Versteigerung von Funkfrequenzlizenzen offenbar keine Einnahmen veranschlagt.⁷⁾ Die günstigeren Perspektiven für den Haushalt sollten jedoch nicht einfach als Gestaltungsspielräume interpretiert werden. So sind für den Bundeshaushalt auf längere Sicht

umfangreiche demografisch bedingte Belastungen sowie ein wieder ansteigendes Zinsniveau in Rechnung zu stellen. Außerdem bestehen mit den Bürgschaften für Hilfskredite an EUWU-Länder und mit anstehenden höchststrichterlichen Entscheidungen zur Kernbrennstoffsteuer wie auch zum Atomausstieg bereits relativ kurzfristig beträchtliche Risiken.

Diese Gesichtspunkte sollten auch im Rahmen des Mitte März anstehenden Eckwertebeschlusses der Bundesregierung zum Haushalt 2016 und zum mittelfristigen Finanzplan bis 2019 berücksichtigt werden. Die schon im November 2014 ohne neue Nettokreditaufnahme angekündigte Aufstockung der Bundesinvestitionen im Zeitraum von 2016 bis 2018 im Volumen von kumuliert 10 Mrd € sollte offenbar vorrangig durch zusätzliche Ersparnisse bei den Zinsausgaben kompensiert werden. Zur Erhöhung der Investitionen wurde Deutschland unter anderem durch die Europäische Kommission sowie internationale Organisationen aufgefordert. Aus vielfach im Blickpunkt stehenden Ausgabenvergleichen mit anderen Ländern lässt sich indes nicht unmittelbar ein Handlungsbedarf zur Ausweitung der staatlichen Investitionen in Deutschland ableiten. So können Ausgabenvergleiche durch die unterschiedliche Aufgabenverteilung zwischen Staats- und Privatsektor sowie unwirtschaftlichen Mitteleinsatz verzerrt sein. Beim Vergleich über die Zeit ist beispielsweise der Investitionsschub im Nachgang der deutschen Wiedervereinigung in Rechnung zu stellen, dem eine Normalisierung folgen musste. Auf jeden Fall ist es wichtig, für alle Vorhaben den Bedarf zunächst kritisch zu prüfen. Auch sollte darauf geachtet werden, dass die Investitionsausgaben einschließlich ihrer Folgekosten bereits bei den Wirtschaftlichkeitsanalysen realistisch veranschlagt und Kostensenkungsmöglichkeiten in der Planungs-, Bau- und Be-

In Eckwerten für nächste Jahre Risiken berücksichtigen und bei Investitionen auf Wirtschaftlichkeit achten

⁷⁾ Die Summe der Mindestgebote wurde auf 1 ½ Mrd € beziffert. Allerdings wurde wohl bereits vereinbart, bisherigen Nutzern der Frequenzen Entschädigungszahlungen zu leisten und darüber hinaus die Länder an den Erträgen zu beteiligen sowie Mittel für den Netzausbau zur Verfügung zu stellen, sodass die Nettoentlastung für den Bundeshaushalt im Jahr 2015 moderat ausfallen könnte.

triebsphase konsequent genutzt werden. Bei einer stärkeren Einbeziehung privater Investoren dürften sich kaum Vorteile bei den Finanzierungskosten ergeben. Würde die Finanzierung außerhalb des Bundeshaushalts erfolgen, bestünde zudem die Gefahr einer Umgehung der Schuldenbremse. Ohnehin erscheint eine zusätzliche Verschuldung des Bundes zur Aufrechterhaltung einer guten Infrastruktur nicht erforderlich.

2014 abgeschwächer, aber dank Bundesbankgewinn noch merklicher Überschuss der Extrahaushalte

Die Extrahaushalte des Bundes (ohne Bad Banks und Verlustausgleichszuweisungen an diese) verzeichneten im Jahr 2014 einen Überschuss von etwa 4 Mrd €, nach 11 Mrd € im Jahr 2013. Der Rückgang spiegelt vor allem das Entfallen der Bundeszuführungen von 8 Mrd € an den Fluthilfefonds (bei dort nur wenig gestiegenen Auszahlungen) wider. Aber auch beim SoFFin ergab sich eine Verschlechterung, nachdem 2013 noch 1½ Mrd € aus der Rückzahlung der letzten Tranche der stillen Einlage bei der Commerzbank vereinnahmt worden waren. Um 2 Mrd € günstiger war dagegen der Abschluss beim Investitions- und Tilgungsfonds, der in dieser Höhe Mittel aus der Bundesbank-Gewinnausschüttung erhalten hatte. Für das laufende Jahr könnten sich im Vorjahresvergleich Belastungen im Falle einer geringeren Gewinnausschüttung der Bundesbank sowie stärkere Abflüsse aus dem Fluthilfefonds ergeben. Insgesamt könnten aber noch anhaltende Überschüsse vor allem aus den Vorsorge-Sondervermögen für Beamtenpensionen insbesondere beim Fluthilfefonds zu erwartende Defizite zumindest ausgleichen.

Länderhaushalte⁸⁾

2014 Überschuss vor allem dank Plus beim Steueraufkommen

Die Kernhaushalte der Länder verzeichneten 2014 nach der monatlichen Kassenstatistik erstmals seit 2008 wieder einen Überschuss (von gut ½ Mrd €) – nach einem Defizit von ½ Mrd € im Jahr davor. Der Zuwachs der Einnahmen betrug 4% (12½ Mrd €). Ausschlaggebend war letztlich die Entwicklung der Steuereinnahmen (+ 4½% bzw. 10 Mrd €),

wobei bei den Gemeinschaftsteuern sowie insbesondere bei der Erbschaft- und der Grunderwerbsteuer (bei Letzterer auch im Umfeld von Steuersatzerhöhungen) deutliche Anstiege zu Buche standen. Hinzu kam im letzten Quartal eine größere Zahlung der BayernLB im Zusammenhang mit Unterstützungsmaßnahmen des Landes.⁹⁾ Demgegenüber entwickelten sich die empfangenen Zuweisungen von Verwaltungen verhaltener (+ 2½% bzw. 1½ Mrd €). Auf der Ausgabenseite wurde mit + 3½% (11½ Mrd €) ein etwas schwächerer Anstieg als bei den Einnahmen verzeichnet. Besonders gewichtig waren erneut deutlich höhere laufende Zuweisungen an die Gemeinden (+ 6½% bzw. 4½ Mrd €). Zudem nahmen die Personalausgaben angesichts von Entgeltanpassungen auch für die Beamten und Versorgungsempfänger¹⁰⁾ deutlich zu (+ 3½% bzw. 4 Mrd €). Die Investitionsausgaben legten ebenfalls merklich zu (+ 3% bzw. 1 Mrd €), während der laufende Sachaufwand stagnierte und die Zinsausgaben deutlich (– 8% bzw. 1½ Mrd €) rückläufig waren.

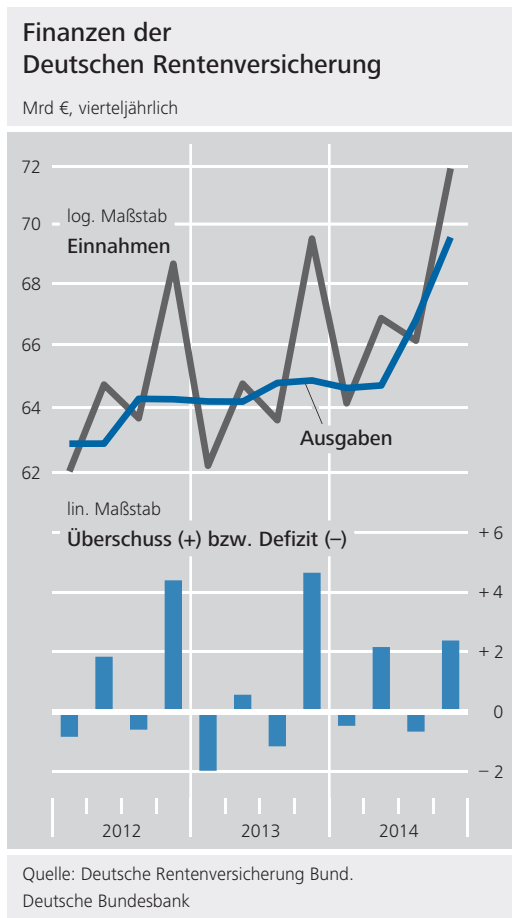
Im vergangenen Jahr erwirtschaftete die Mehrzahl der Länder (Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Hamburg sowie die neuen Länder) Überschüsse in den Kernhaushalten. Allerdings verzeichneten Bremen und das Saarland trotz gewisser Verbesserungen weiter sehr hohe Defizite je Einwohner, und auch in Rheinland-Pfalz, Hessen, Nordrhein-Westfalen sowie Schleswig-Holstein standen merkliche Fehlbeträge zu Buche. Der Stabilitätsrat prognostizierte im Dezember 2014 für die Folgejahre bei weiter

Stabilitätsrat ermahnt insbesondere Bremen, aber auch das Saarland zu weiterer Konsolidierung

⁸⁾ Die Entwicklung der Gemeindefinanzen im dritten Quartal 2014 wurde in den Kurzberichten des Monatsberichts Januar 2015 kommentiert. Neuere Daten liegen noch nicht vor.

⁹⁾ Die BayernLB leistete im Zusammenhang mit der Veräußerung eines ABS-Portfolios und der Rückzahlung eines weiteren Teils der stillen Einlage eine Zahlung von fast 2 Mrd € an den bayerischen Landeshaushalt. Im Gegenzug floss 1 Mrd € aus dem Haushalt wegen einer Verlustausgleichsgarantie zurück.

¹⁰⁾ Hierfür spielte auch eine Rolle, dass im Schlussquartal in Nordrhein-Westfalen die nachträglich (infolge eines Urteils des Verfassungsgerichtshofes) beschlossenen Anhebungen der Dienst- und Versorgungsbezüge für höhere Besoldungsgruppen ausgezahlt wurden. Eine ähnliche Anpassung fand in Bremen statt.



unterstellten günstigen Rahmenbedingungen und zunehmenden Entlastungen durch den Bund stetige, angesichts der in der Summe günstigen Haushaltslage aber nur noch kleinere Saldenverbesserungen für die Ländergesamtheit. Positiv fiel das Urteil über die Entwicklung der im Sanierungsverfahren befindlichen Länder Berlin und Schleswig-Holstein aus. Dagegen wurden die angekündigten Maßnahmen Bremens als nicht ausreichend kritisiert und das Land erneut zu einer verstärkten Konsolidierung aufgefordert. Auch das Saarland wurde angesichts eines sinkenden und vergleichsweise niedrigen Sicherheitsabstandes zur Obergrenze im Rahmen des vereinbarten Defizitabbau-pfades aufgefordert, die Bemühungen zur Haushaltssanierung unvermindert fortzuführen. In diesen beiden Ländern sind weiterhin spürbare Defizite geplant, was auch damit zusammenhängt, dass die sehr günstigen Rahmenbedingungen nicht konsequent zur zügigeren Konsolidierung genutzt wurden. Der Konsolidierungsbedarf bleibt damit erheblich.

Eine mit der Stellungnahme des Beirats des Stabilitätsrates veröffentlichte Studie¹¹⁾ weist erhebliche Unterschiede im Ausgabenspielraum der einzelnen Länder (einschl. Gemeinden und Extrahaushalte) aus, um im Jahr 2020 bei vollständigem Inkrafttreten der Schuldenbremse einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen. Zahlreiche Länder können demnach – bei der derzeit erwarteten Steuereinnahmentwicklung und nach Abzug der mit einheitlichen Annahmen hochgerechneten Zins- und Versorgungsausgaben¹²⁾ – noch spürbare Ausgabenzuwächse verkraften. Das sehr hoch verschuldete Bremen kann ebenfalls noch in begrenztem Umfang Ausgaben erhöhen, während das Saarland selbst unter günstigen Zinsbedingungen und bei einer gedämpfteren Entwicklung der Versorgungsausgaben (im Vergleich zum Basis-szenario) seine Ausgaben jährlich reduzieren müsste. Auch einige neue Länder stehen trotz aktueller Haushaltsüberschüsse vor größeren Herausforderungen, da die Aufbau-Ost-Hilfen bis 2020 auslaufen und ein weiterer spürbarer Rückgang der Bevölkerungszahlen unterstellt ist. Mit Blick auf die realen (das heißt um Preisveränderungen bereinigten) Ausgabenspielräume ergeben die Hochrechnungen neben dem Saarland und Bremen auch für Sachsen-Anhalt und Thüringen einen merklichen Kürzungsbedarf.

Sachsen-Anhalt und Thüringen ebenfalls noch mit merklichem Anpassungsbedarf zur Einhaltung der Schuldenbremse

¹¹ Vgl.: I. Deubel, J. Hamker, D. Rumpf und D. Stegarescu (2014), Zum Ausgabenspielraum der einzelnen Bundesländer im Rahmen der Schuldenbremse bis zum Jahr 2020, Mimeo, www.stabilitaetsrat.de. Der Beirat des Stabilitätsrates nimmt im Rahmen seiner Stellungnahme zur Einhaltung der gesamtstaatlichen Defizitobergrenze vom 8. Dezember 2014 ausführlich Bezug darauf (S. 17–24).

¹² Zur Ermittlung der tatsächlich vorhandenen Ausgabenspielräume werden die Zins- und Versorgungsausgaben als nicht oder weniger disponible Vorbelastungen von der zur Verfügung stehenden Finanzmasse (Steuereinnahmen nach Finanzausgleich zzgl. Zuweisungen von Bund und EU) abgezogen.

■ Sozialversicherungen¹³⁾

Rentenversicherung

Unerwartet hoher Überschuss 2014

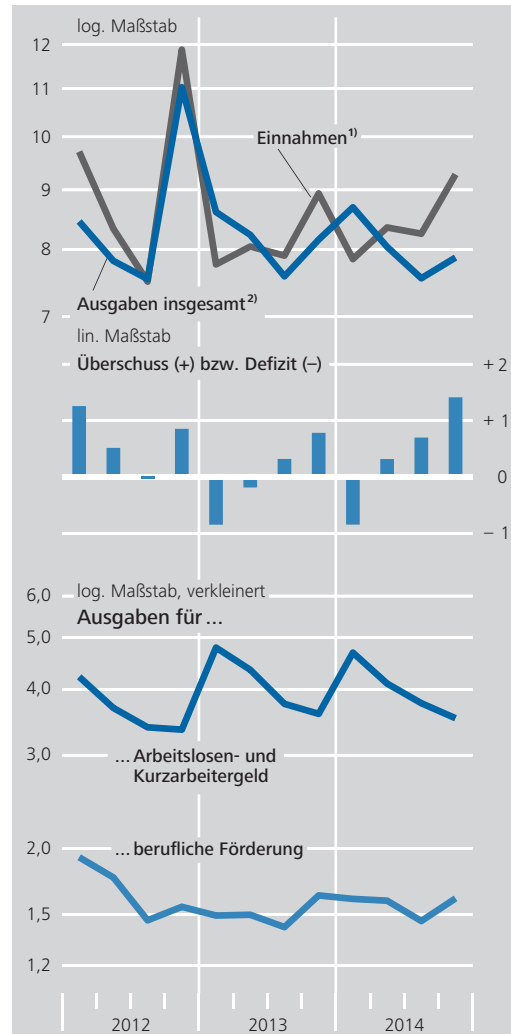
Die gesetzliche Rentenversicherung verzeichnete im Jahr 2014 vorläufigen Ergebnissen zufolge einen deutlichen Überschuss von gut 3 Mrd €. Die Mehreinnahmen aus dem Verzicht auf die gesetzlich eigentlich vorgeschriebene Beitragssatzsenkung Anfang 2014 haben im Ergebnis die ab der Jahresmitte anfallenden Mehrausgaben infolge des Rentenpakets (insb. Mütterrente und abschlagsfreie Rente ab 63 Jahren) überwogen. Gegenüber dem Vorjahr fiel der Überschuss um 1 Mrd € höher aus. Insgesamt wuchsen die Einnahmen um 3 ½%, während die Ausgaben um 3% zulegten. Die Beitragseinnahmen profitierten von der anhaltend günstigen Beschäftigungs- und Entgeltentwicklung. Ihr Anstieg ging mit fast 4% noch über den der Gesamteinnahmen hinaus, weil andere Komponenten wie insbesondere die Bundeszuschüsse schwächer wuchsen. Neben den generellen Anpassungsvorschriften wirkte sich hier eine nochmalige diskretionäre Kürzung des allgemeinen Bundeszuschusses um ¼ Mrd € aus.

Ausgabenanstieg blieb bisher hinter Ansätzen für das Rentenpaket zurück

Die Rentenausgaben entwickelten sich in den beiden Halbjahren sehr unterschiedlich. In den ersten sechs Monaten war im Vorjahresvergleich noch ein sehr verhaltener Anstieg von gut ½% zu verzeichnen, der auf die niedrige Rentenanpassung Mitte 2013, die planmäßige Anhebung der Regelaltersgrenzen und die gegenwärtig noch relativ schwache Besetzung der Rentenzugangsjahrgänge zurückzuführen war. Mitte 2014 fiel die Rentenerhöhung mit 1,67% in West- und 2,53% in Ostdeutschland stärker aus. Bedeutender für die Ausgabenbeschleunigung waren aber die Leistungsausweitungen bei den Erziehungszeiten für vor 1992 geborene Kinder sowie die abschlagsfreie Rente ab 63 Jahren für besonders langjährig Versicherte. Im zweiten Halbjahr wuchsen die Ausgaben daher mit gut 5% deutlich schneller. Allerdings blieben die Mehraufwendungen hinter den Ansätzen im Entwurf zum Rentenversicherungs-Leistungsverbesserungsgesetz zurück. Unklar ist

Finanzen der Bundesagentur für Arbeit

Mrd €, vierteljährlich



Quelle: Bundesagentur für Arbeit. **1** Ohne Liquiditätshilfen des Bundes. **2** Einschl. der Zuführungen an den Versorgungsfonds.
 Deutsche Bundesbank

bislang, inwieweit dies darauf zurückzuführen ist, dass etwa die abschlagsfreie Rente ab 63 Jahren in geringerem Maße als erwartet in Anspruch genommen worden ist oder die Rentenversicherungsträger noch Anträge bearbeiten, die erst im laufenden Jahr erledigt werden, im endgültigen Rechnungsergebnis aber dem Jahr 2014 zuzurechnen sein werden.

¹³ Die Finanzentwicklung der gesetzlichen Krankenversicherung und der sozialen Pflegeversicherung im dritten Quartal 2014 wurde in den Kurzberichten des Monatsberichts Dezember 2014 kommentiert. Neuere Daten liegen noch nicht vor.

Bei anhaltend günstiger Entwicklung nochmalige Beitragssatzsenkung 2016 möglich

Die tatsächlichen finanziellen Effekte des Rentenpakets haben auch Einfluss auf die Einschätzung der Entwicklung im laufenden Jahr. Sollte die Ausgabendynamik sich tatsächlich schwächer darstellen als vom Gesetzgeber erwartet, könnten die Rücklagen, die bis Ende 2014 auf 1,9 Monatsausgaben angewachsen sind, im Jahr 2015 weniger stark zurückgehen als etwa im letzten Rentenversicherungsbericht der Bundesregierung unterstellt. Dann müsste der Beitragssatz für das kommende Jahr so weit gesenkt werden, dass Ende 2016 die Obergrenze von 1,5 Monatsausgaben nicht mehr überschritten wird.

Bundesagentur für Arbeit

Deutlicher Überschuss im Jahr 2014 ...

Die Bundesagentur für Arbeit (BA, einschl. Versorgungsfonds) schloss mit einem Überschuss von 2 Mrd € ebenfalls günstiger ab als erwartet. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet dies eine Verbesserung um 1½ Mrd €. Zwar war ein höherer Überschuss als die im Haushaltsplan veranschlagten ¼ Mrd € seit längerem absehbar. Doch fielen die Ausgaben für die aktive Arbeitsmarktpolitik sowie für das Kurzarbeiter- und das Insolvenzgeld noch niedriger aus als erwartet. Die Beiträge verzeichneten aufgrund

der günstigen Beschäftigungs- und Entgeltentwicklung ein kräftiges Plus von 4% gegenüber dem Vorjahr. Insgesamt wuchsen die Einnahmen um knapp 3½% etwas schwächer, weil die im Jahr 2013 letztmals geleisteten Erstattungen des Bundes für überhöhte Eingliederungsbeiträge entfielen. Auf der Ausgabenseite verharrten die Aufwendungen für das Arbeitslosengeld I praktisch auf ihrem Vorjahresniveau. Während die Zahl der Leistungsempfänger um etwa 2½% zurückging, stiegen die Pro-Kopf-Auszahlungen etwa ebenso stark an. Deutliche Rückgänge waren beim Kurzarbeiter- und beim Insolvenzgeld zu beobachten, während die Ausgaben für Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik erstmals seit dem Krisenjahr 2009 wieder leicht zulegten. Insgesamt gingen die Ausgaben um knapp 1½% zurück.

Für das laufende Jahr sieht der Haushaltsplan der BA einen Rückgang des Überschusses auf knapp ½ Mrd € vor. Allerdings erscheinen die Ansätze bei der aktiven Arbeitsmarktpolitik sowie beim Kurzarbeiter- und beim Insolvenzgeld vor dem Hintergrund der nun vorliegenden Ergebnisse für 2014 sowie der aktuellen konjunkturellen Einschätzungen deutlich überhöht. Insgesamt ist aus heutiger Sicht im laufenden Jahr ein höherer Überschuss wahrscheinlich.

... und wohl auch im Jahr 2015

Statistischer Teil

■ Inhalt

■ I. Wichtige Wirtschaftsdaten für die Europäische Währungsunion

1. Monetäre Entwicklung und Zinssätze.....	5*
2. Außenwirtschaft.....	5*
3. Allgemeine Wirtschaftsindikatoren.....	6*

■ II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

1. Entwicklung der Geldbestände im Bilanzzusammenhang.....	8*
2. Konsolidierte Bilanz der Monetären Finanzinstitute (MFIs).....	10*
3. Liquiditätsposition des Bankensystems.....	14*

■ III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

1. Aktiva.....	16*
2. Passiva.....	18*

■ IV. Banken

1. Aktiva und Passiva der Monetären Finanzinstitute (ohne Bundesbank) in Deutschland..	20*
2. Wichtige Aktiva und Passiva der Banken (MFIs) in Deutschland nach Bankengruppen..	24*
3. Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Inland.....	26*
4. Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Ausland.....	28*
5. Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland an inländische Nichtbanken (Nicht-MFIs).....	30*
6. Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland an inländische Unternehmen und Privatpersonen, Wohnungsbaukredite, Wirtschaftsbereiche	32*
7. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs)	34*
8. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Privatpersonen und Organisationen ohne Erwerbszweck	36*
9. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen öffentlichen Haushalten nach Gläubigergruppen	36*
10. Spareinlagen und an Nichtbanken (Nicht-MFIs) abgegebene Sparbriefe der Banken (MFIs) in Deutschland	38*
11. Begebene Schuldverschreibungen und Geldmarktpapiere der Banken (MFIs) in Deutschland	38*
12. Bausparkassen (MFIs) in Deutschland.....	39*
13. Aktiva und Passiva der Auslandsfilialen und Auslandstöchter deutscher Banken (MFIs).	40*

■ V. Mindestreserven

- | | |
|--|-----|
| 1. Mindestreservebasis und -erfüllung in der Europäischen Währungsunion..... | 42• |
| 2. Mindestreservebasis und -erfüllung in Deutschland..... | 42• |

■ VI. Zinssätze

- | | |
|--|-----|
| 1. EZB-Zinssätze..... | 43• |
| 2. Basiszinssätze | 43• |
| 3. Geldpolitische Geschäfte des Eurosystems (Tenderverfahren) | 43• |
| 4. Geldmarktsätze nach Monaten..... | 43• |
| 5. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen
Banken (MFIs)..... | 44• |

■ VII. Versicherungen und Pensionseinrichtungen

- | | |
|-----------------|-----|
| 1. Aktiva..... | 48• |
| 2. Passiva..... | 49• |

■ VIII. Kapitalmarkt

- | | |
|---|-----|
| 1. Absatz und Erwerb von festverzinslichen Wertpapieren und Aktien in Deutschland | 50• |
| 2. Absatz festverzinslicher Wertpapiere von Emittenten mit Sitz in Deutschland..... | 51• |
| 3. Umlauf festverzinslicher Wertpapiere von Emittenten mit Sitz in Deutschland | 52• |
| 4. Umlauf von Aktien in Deutschland ansässiger Emittenten | 52• |
| 5. Renditen und Indizes deutscher Wertpapiere | 53• |
| 6. Absatz und Erwerb von Anteilen an Investmentfonds in Deutschland | 53• |

■ IX. Finanzierungsrechnung

- | | |
|---|-----|
| 1. Geldvermögensbildung und Außenfinanzierung der nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften | 54• |
| 2. Geldvermögen und Verbindlichkeiten der nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften | 55• |
| 3. Geldvermögensbildung und Außenfinanzierung der privaten Haushalte..... | 56• |
| 4. Geldvermögen und Verbindlichkeiten der privaten Haushalte | 57• |

■ X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

- | | |
|---|-----|
| 1. Gesamtstaat: Defizit und Schuldenstand in „Maastricht-Abgrenzung“ | 58• |
| 2. Gesamtstaat: Einnahmen, Ausgaben und Finanzierungssaldo in den Volkswirtschaft-
lichen Gesamtrechnungen | 58• |
| 3. Gesamtstaat: Haushaltsentwicklung | 59• |
| 4. Gebietskörperschaften: Haushaltsentwicklung von Bund, Ländern und Gemeinden | 59• |
| 5. Gebietskörperschaften: Steuereinnahmen..... | 60• |

6. Bund, Länder und EU: Steuereinnahmen nach Arten	60*
7. Bund, Länder und Gemeinden: Einzelsteuern.....	61*
8. Deutsche Rentenversicherung: Haushaltsentwicklung sowie Vermögen	61*
9. Bundesagentur für Arbeit: Haushaltsentwicklung.....	62*
10. Gesetzliche Krankenversicherung: Haushaltsentwicklung	62*
11. Soziale Pflegeversicherung: Haushaltsentwicklung	63*
12. Bund: marktmäßige Kreditaufnahme	63*
13. Gebietskörperschaften: Verschuldung nach Gläubigern	63*
14. Gebietskörperschaften: Verschuldung nach Arten.....	64*

■ XI. Konjunkturlage in Deutschland

1. Entstehung und Verwendung des Inlandsprodukts, Verteilung des Volkseinkommens..	65*
2. Produktion im Produzierenden Gewerbe.....	66*
3. Auftragseingang in der Industrie	67*
4. Auftragseingang im Bauhauptgewerbe.....	68*
5. Umsätze des Einzelhandels und des Handels mit Kraftfahrzeugen.....	68*
6. Arbeitsmarkt.....	69*
7. Preise	70*
8. Einkommen der privaten Haushalte	71*
9. Tarifverdienste in der Gesamtwirtschaft	71*
10. Aktiva und Passiva börsennotierter nichtfinanzieller Unternehmensgruppen.....	72*
11. Umsatz und operatives Ergebnis börsennotierter nichtfinanzieller Unternehmensgruppen	73*

■ XII. Außenwirtschaft

1. Wichtige Posten der Zahlungsbilanz für die Europäische Währungsunion	74*
2. Wichtige Posten der Zahlungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland.....	75*
3. Außenhandel (Spezialhandel) der Bundesrepublik Deutschland nach Ländergruppen und Ländern.....	76*
4. Dienstleistungen sowie Primäreinkommen der Bundesrepublik Deutschland	77*
5. Sekundäreinkommen der Bundesrepublik Deutschland	77*
6. Vermögensänderungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland	77*
7. Kapitalbilanz der Bundesrepublik Deutschland	78*
8. Auslandsposition der Deutschen Bundesbank seit Beginn der EWU	79*
9. Forderungen und Verbindlichkeiten von Unternehmen in Deutschland (ohne Banken) gegenüber dem Ausland	80*
10. Euro-Referenzkurse der Europäischen Zentralbank für ausgewählte Währungen.....	81*
11. Euro-Mitgliedsländer und die unwiderruflichen Euro-Umrechnungskurse ihrer Währungen in der dritten Stufe der EWWU.....	81*
12. Effektive Wechselkurse des Euro und Indikatoren der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft	82*

I. Wichtige Wirtschaftsdaten für die Europäische Währungsunion

1. Monetäre Entwicklung und Zinssätze

Zeit	Geldmenge in verschiedenen Abgrenzungen 1) 2)				Bestimmungsfaktoren der Geldmengenentwicklung 1)			Zinssätze		
	M1	M2	M3 3)		MFI-Kredite insgesamt	MFI-Kredite an Unternehmen und Privatpersonen	Geldkapitalbildung 4)	EONIA 5) 7)	3-Monats-EURIBOR 6) 7)	Umlaufrendite europäischer Staatsanleihen 8)
				gleitender Dreimonatsdurchschnitt						
	Veränderung gegenüber Vorjahr in %							% p. a. im Monatsdurchschnitt		
2013 April	8,6	4,8	3,2	2,8	0,3	- 0,5	- 1,5	0,08	0,21	2,7
Mai	8,3	4,6	2,8	2,8	0,2	- 0,6	- 1,0	0,08	0,20	2,6
Juni	7,5	4,3	2,4	2,5	0,1	- 0,6	- 1,0	0,09	0,21	3,0
Juli	7,1	4,1	2,1	2,3	- 0,4	- 1,1	- 1,0	0,09	0,22	3,0
Aug.	6,7	4,0	2,2	2,1	- 0,3	- 0,9	- 1,2	0,08	0,23	3,0
Sept.	6,6	3,8	2,0	1,9	- 0,7	- 1,0	- 1,3	0,08	0,22	3,1
Okt.	6,5	3,2	1,4	1,6	- 0,9	- 1,3	- 0,9	0,09	0,23	2,9
Nov.	6,5	3,0	1,5	1,3	- 1,1	- 1,3	- 0,9	0,10	0,22	2,8
Dez.	5,7	2,5	1,0	1,2	- 1,8	- 2,0	- 1,2	0,17	0,27	2,9
2014 Jan.	6,1	2,4	1,2	1,2	- 1,8	- 2,3	- 1,2	0,20	0,29	2,8
Febr.	6,1	2,4	1,3	1,2	- 1,9	- 2,4	- 1,3	0,16	0,29	2,6
März	5,6	2,2	1,0	1,1	- 2,1	- 2,5	- 1,0	0,19	0,31	2,5
April	5,2	2,0	0,8	1,0	- 2,3	- 2,6	- 1,1	0,25	0,33	2,3
Mai	5,0	2,1	1,1	1,2	- 2,5	- 2,7	- 1,3	0,25	0,32	2,2
Juni	5,4	2,4	1,6	1,5	- 2,4	- 2,3	- 1,7	0,08	0,24	2,1
Juli	5,6	2,5	1,8	1,8	- 1,8	- 1,8	- 1,3	0,04	0,21	1,9
Aug.	5,9	2,7	2,0	2,1	- 1,8	- 1,9	- 1,2	0,02	0,19	1,7
Sept.	6,2	3,0	2,5	2,3	- 1,6	- 1,9	- 1,1	0,01	0,10	1,6
Okt.	6,2	2,7	2,5	2,7	- 1,3	- 1,6	- 1,7	0,00	0,08	1,6
Nov.	6,9	3,3	3,1	3,1	- 1,0	- 1,4	- 1,9	- 0,01	0,08	1,5
Dez.	7,8	3,5	3,6	...	- 0,1	- 0,6	- 2,1	- 0,03	0,08	1,3
2015 Jan.	- 0,05	0,06	1,1

1 Quelle: EZB. 2 Saisonbereinigt. 3 Unter Ausschaltung der von Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets gehaltenen Geldmarktfondsanteile, Geldmarktpapiere sowie Schuldverschreibungen mit einer Laufzeit bis zu 2 Jahren. 4 Längerfristige Verbindlichkeiten der MFIs gegenüber im Euro-Währungsgebiet ansässigen

Nicht-MFIs. 5 Euro OverNight Index Average. 6 Euro Interbank Offered Rate. 7 Siehe auch Anmerkungen zu Tab. VI.4, S.43*8 BIP-gewichtete Rendite zehnjähriger Staatsanleihen. Einbezogene Länder: DE, FR, NL, BE, AT, FI, IE, PT, ES, IT, GR, (nach Umschuldung im März 2012 Neuemission).

2. Außenwirtschaft *)

Zeit	Ausgewählte Posten der Zahlungsbilanz der EWU								Wechselkurse des Euro 1)		
	Leistungsbilanz				Kapitalbilanz				Dollarkurs	effektiver Wechselkurs 3)	
	Saldo	darunter: Warenhandel	Saldo	Direktinvestitionen	Wertpapieranlagen	Finanzderivate 2)	Übriger Kapitalverkehr	Währungsreserven		nominal	real 4)
	Mio €								1 EUR = ... USD	1. Vj. 1999=100	
2013 April	+ 14 745	+ 20 707	+ 4 297	+ 19 962	- 16 130	+ 6 877	- 6 457	+ 45	1,3026	100,5	97,9
Mai	+ 8 840	+ 20 519	+ 5 442	- 46 161	- 37 817	+ 7 785	+ 81 048	+ 586	1,2982	100,6	98,1
Juni	+ 24 996	+ 20 970	+ 131 331	- 11 310	+ 48 501	- 929	+ 94 397	+ 673	1,3189	101,6	99,0
Juli	+ 24 223	+ 22 032	+ 23 901	- 7 634	+ 21 254	+ 3 271	+ 7 230	- 220	1,3080	101,6	98,9
Aug.	+ 11 317	+ 12 061	+ 37 889	+ 2 939	+ 346	- 4 673	+ 37 251	+ 2 025	1,3310	102,3	99,5
Sept.	+ 16 679	+ 15 206	+ 33 738	+ 13 242	+ 8 551	+ 1 909	+ 8 894	+ 1 143	1,3348	102,1	99,2
Okt.	+ 23 369	+ 21 258	+ 37 660	- 7 120	+ 182	+ 4 540	+ 40 864	- 807	1,3635	102,9	99,8
Nov.	+ 26 478	+ 21 802	+ 31 364	+ 17 655	- 51 535	+ 4 413	+ 60 990	- 159	1,3493	102,7	99,5
Dez.	+ 34 501	+ 16 080	+ 100 132	+ 16 722	+ 18 862	+ 3 087	+ 60 091	+ 1 371	1,3704	103,9	100,7
2014 Jan.	+ 853	+ 3 875	- 25 110	- 3 875	- 43 314	- 336	+ 19 724	+ 2 692	1,3610	103,5	100,3
Febr.	+ 10 675	+ 19 103	+ 7 040	+ 8 027	- 57 132	+ 2 859	+ 53 728	- 442	1,3659	103,6	100,4
März	+ 23 654	+ 21 706	+ 78 644	+ 16 890	+ 47 840	+ 2 978	+ 10 682	+ 253	1,3823	104,7	101,3
April	+ 15 884	+ 19 226	- 6 350	+ 13 960	+ 25 221	+ 4 731	- 50 657	+ 397	1,3813	104,6	101,0
Mai	+ 5 967	+ 20 838	+ 9 007	- 3 142	- 60 920	+ 6 510	+ 66 082	+ 476	1,3732	103,9	100,1
Juni	+ 20 760	+ 20 967	+ 77 080	- 11 924	- 7 361	+ 4 883	+ 91 932	- 451	1,3592	103,1	99,3
Juli	+ 27 646	+ 25 766	+ 18 507	+ 9 424	+ 14 225	+ 3 204	- 7 696	- 650	1,3539	102,7	98,8
Aug.	+ 12 934	+ 11 241	- 920	- 2 479	+ 3 009	+ 3 479	- 6 169	+ 1 240	1,3316	102,0	98,2
Sept.	+ 31 658	+ 25 229	+ 51 036	+ 20 704	+ 59 236	+ 9 467	- 36 443	+ 1 928	1,2901	100,5	96,7
Okt.	+ 29 745	+ 25 515	+ 33 257	- 967	+ 47 387	+ 624	- 14 791	+ 1 004	1,2673	99,6	p) 95,8
Nov.	+ 24 649	+ 21 473	+ 76 624	+ 28 086	+ 12 242	+ 3 899	+ 34 213	- 1 816	1,2472	99,6	p) 95,7
Dez.	1,2331	99,7	p) 95,3
2015 Jan.	1,1621	95,9	p) 91,6

* Quelle: EZB, gemäß den internationalen Standards des Balance of Payments Manual in der 6. Auflage des Internationalen Währungsfonds. 1 Siehe auch Tab. XII.10 und 12, S. 81*/ 82*2 Einschl. Mitarbeiteraktioptions. 3 Gegenüber den

Währungen der EWK-20-Gruppe. 4 Auf Basis der Verbraucherpreisindizes für die EWU ohne Litauen berechnet. Der Deflator HVPI (EMU-19) ist noch nicht verfügbar. Die (litauische) Litas ist im Währungskorb der Partnerländer enthalten.

I. Wichtige Wirtschaftsdaten für die Europäische Währungsunion

3. Allgemeine Wirtschaftsindikatoren

Zeit	EWU	Belgien	Deutschland	Estland	Finnland	Frankreich	Griechenland	Irland	Italien	Lettland
Reales Bruttoinlandsprodukt ¹⁾²⁾³⁾										
2012	- 0,7	0,1	0,4	4,7	- 1,4	0,3	- 6,6	- 0,3	- 2,3	4,8
2013	- 0,5	0,3	0,1	1,6	- 1,3	0,3	- 3,9	0,2	- 1,9	4,2
2014	1,5
2013 2.Vj.	- 0,6	0,3	0,5	0,8	- 1,1	0,5	- 4,2	- 0,2	- 2,3	4,6
3.Vj.	- 0,3	0,6	0,8	0,3	- 0,2	0,7	- 2,6	1,8	- 1,4	4,6
4.Vj.	0,4	0,6	1,0	1,7	0,1	0,6	- 3,1	- 1,1	- 1,3	4,4
2014 1.Vj.	1,1	1,2	2,6	0,3	0,0	0,6	- 0,4	4,0	- 0,3	2,8
2.Vj.	0,8	1,0	1,0	2,0	- 0,3	0,1	0,4	7,3	- 0,6	2,3
3.Vj.	0,8	1,0	1,2	2,2	0,1	0,2	1,9	3,5	- 0,5	2,3
Industrieproduktion ¹⁾⁴⁾										
2012	- 2,5	- 3,3	- 0,4	1,5	- 1,6	- 2,7	- 2,1	- 1,5	- 6,4	6,2
2013	- 0,7	0,8	0,2	3,0	- 3,6	- 0,6	- 3,2	- 2,2	- 3,1	- 0,4
2014	0,6	...	p)
2013 3.Vj.	- 1,1	0,8	- 0,2	2,6	- 2,4	- 1,5	- 5,4	- 1,6	- 3,6	0,2
4.Vj.	1,5	4,5	3,0	1,4	- 2,0	0,6	- 4,8	- 1,3	- 0,2	- 0,6
2014 1.Vj.	1,3	4,0	3,0	- 1,4	- 5,6	- 0,7	- 2,5	11,9	0,4	- 2,8
2.Vj.	0,9	4,0	1,1	2,5	- 3,0	- 1,8	- 3,2	21,0	0,0	- 0,2
3.Vj.	0,5	0,5	0,8	3,0	- 2,3	0,0	- 4,1	20,1	- 1,8	- 0,2
4.Vj.	- 0,1	...	p)
Kapazitätsauslastung in der Industrie ⁵⁾										
2012	78,8	77,7	83,5	70,2	78,8	82,2	64,9	-	70,1	70,8
2013	78,0	76,6	82,1	71,3	78,4	80,9	65,0	-	70,1	72,0
2014	79,9	79,3	83,9	73,0	79,0	81,9	67,7	-	72,2	72,2
2013 4.Vj.	78,4	78,2	82,3	72,5	77,5	79,6	65,9	-	72,2	72,2
2014 1.Vj.	80,1	79,5	83,3	72,3	79,1	81,8	65,9	-	72,5	72,1
2.Vj.	79,5	79,0	83,9	72,6	79,9	81,3	67,7	-	71,7	72,0
3.Vj.	79,9	79,2	84,0	74,0	78,9	82,5	70,4	-	72,5	71,5
4.Vj.	80,0	79,4	84,4	73,2	77,9	82,0	66,7	-	72,0	73,3
2015 1.Vj.	80,7	79,7	84,8	71,2	78,6	81,9	69,2	-	73,2	71,3
Standardisierte Arbeitslosenquote ⁶⁾⁷⁾										
2012	11,3	7,6	5,4	10,0	7,7	9,8	24,5	14,7	10,7	15,0
2013	12,0	8,4	5,2	8,6	8,2	10,3	27,5	13,1	12,2	11,9
2014	11,6	8,5	5,0	...	8,7	10,2	...	11,4
2014 Juli	11,6	8,6	4,6	7,5	8,6	10,3	26,3	11,3	12,8	10,7
Aug.	11,5	8,6	5,1	7,6	8,7	10,3	26,3	11,2	12,8	10,7
Sept.	11,5	8,6	5,1	7,4	8,8	10,3	26,0	11,0	13,0	10,7
Okt.	11,5	8,6	5,0	6,9	8,9	10,2	25,8	10,9	13,3	...
Nov.	11,5	8,5	5,1	6,6	8,9	10,3	...	10,7	13,3	...
Dez.	11,4	8,4	4,8	...	8,9	10,3	...	10,5	12,9	...
Harmonisierter Verbraucherpreisindex ¹⁾										
2012	2,5	2,6	2,1	4,2	3,2	2,2	1,0	1,9	3,3	2,3
2013	1,4	1,2	1,6	3,2	2,2	1,0	- 0,9	0,5	1,3	0,0
2014	8) 0,4	0,5	0,8	0,5	1,2	0,6	- 1,4	0,3	0,2	0,7
2014 Aug.	0,4	0,4	0,8	- 0,2	1,2	0,5	- 0,2	0,6	- 0,2	0,8
Sept.	0,3	0,2	0,8	0,2	1,5	0,4	- 1,1	0,5	- 0,1	1,2
Okt.	0,4	0,3	0,7	0,5	1,2	0,5	- 1,8	0,4	0,2	0,7
Nov.	0,3	0,1	0,5	0,0	1,1	0,4	- 1,2	0,2	0,3	0,9
Dez.	- 0,2	- 0,4	0,1	0,1	0,6	0,1	- 2,5	- 0,3	- 0,1	0,3
2015 Jan.	9)5) - 0,6	...	- 0,5	s) - 0,4	...
Staatlicher Finanzierungssaldo ¹⁰⁾										
2011	- 4,1	- 3,9	- 0,9	1,0	- 1,0	- 5,1	- 10,1	- 12,6	- 3,5	- 3,4
2012	- 3,6	- 4,1	0,1	- 0,3	- 2,1	- 4,9	- 8,6	- 8,0	- 3,0	- 0,8
2013	- 2,9	- 2,9	0,1	- 0,5	- 2,4	- 4,1	- 12,2	- 5,7	- 2,8	- 0,9
Staatliche Verschuldung ¹⁰⁾										
2011	85,5	102,1	77,6	6,0	48,5	85,0	171,3	111,1	116,4	42,7
2012	88,7	104,0	79,0	9,7	53,0	89,2	156,9	121,7	122,2	40,9
2013	90,7	104,5	76,9	10,1	56,0	92,2	174,9	123,3	127,9	38,2

Quellen: Nationale Statistiken, Europäische Kommission, Eurostat, Europäische Zentralbank. Aktuelle Angaben beruhen teilweise auf Pressemeldungen und sind vorläufig.
 1 Veränderung gegen Vorjahreszeitraum in Prozent. 2 Bruttoinlandsprodukt der

EWU aus saisonbereinigten Werten berechnet. 3 ESVG 2010. 4 Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und Energie; arbeitstäglich bereinigt. 5 Verarbeitendes Gewerbe, in Prozent; saisonbereinigt; Vierteljahreswerte jeweils erster Monat im Quartal.

I. Wichtige Wirtschaftsdaten für die Europäische Währungsunion

Litauen	Luxemburg	Malta	Niederlande	Österreich	Portugal	Slowakische Republik	Slowenien	Spanien	Zypern	Zeit
Reales Bruttoinlandsprodukt ¹⁾²⁾³⁾										
3,8	- 0,2	2,5	- 1,6	0,9	- 3,3	1,6	- 2,6	- 2,1	- 2,4	2012
3,3	2,0	2,5	- 0,7	0,2	- 1,4	1,4	- 1,0	- 1,2	- 5,4	2013
...	2014
3,7	2,4	3,6	- 1,5	0,0	- 1,4	1,3	- 1,3	- 1,5	- 6,1	2013 2.Vj.
3,0	2,7	2,1	- 0,6	0,4	- 1,2	1,5	- 0,3	- 0,5	- 5,0	3.Vj.
3,3	1,0	2,1	1,0	0,9	0,9	2,0	2,1	- 0,1	- 4,9	4.Vj.
3,3	2,5	3,7	0,0	0,6	0,3	2,3	2,1	0,7	- 3,6	2014 1.Vj.
3,4	1,3	3,4	1,1	0,7	0,6	2,6	2,9	1,3	- 1,9	2.Vj.
2,7	4,0	3,8	1,0	- 0,1	1,0	2,4	3,2	1,7	- 1,7	3.Vj.
Industrieproduktion ¹⁾⁴⁾										
3,6	- 4,3	-	- 0,5	- 0,3	- 6,1	7,7	- 0,5	- 6,9	- 9,6	2012
3,4	- 3,4	-	- 0,6	0,8	0,5	5,3	- 1,4	- 1,7	- 12,7	2013
...	2014
0,7	- 2,7	-	- 0,4	0,5	- 1,5	4,5	- 2,3	- 0,9	- 11,3	2013 3.Vj.
- 2,4	5,1	-	0,3	0,6	3,8	10,9	1,3	1,0	- 10,2	4.Vj.
- 6,8	7,6	-	- 7,1	2,2	2,3	6,0	0,1	1,6	- 1,9	2014 1.Vj.
4,7	8,8	-	- 1,9	0,9	1,9	5,3	2,0	2,3	- 0,6	2.Vj.
- 0,5	5,5	-	0,0	- 0,3	1,5	2,6	3,0	0,8	0,3	3.Vj.
...	...	-	4.Vj.
Kapazitätsauslastung in der Industrie ⁵⁾										
72,1	76,4	75,2	78,4	84,6	73,8	69,6	79,1	72,1	56,5	2012
73,2	64,5	77,0	76,7	83,6	73,5	60,6	78,3	73,3	49,3	2013
74,9	66,2	78,1	80,2	84,3	75,6	54,6	80,3	75,8	53,9	2014
74,0	65,8	78,4	77,4	82,6	73,2	54,0	78,6	73,5	50,8	2013 4.Vj.
74,2	67,7	80,2	79,7	84,1	76,3	57,6	79,7	77,0	52,5	2014 1.Vj.
75,1	64,8	76,8	81,0	85,1	74,8	46,8	79,5	74,1	54,1	2.Vj.
75,1	65,4	77,2	79,6	84,2	75,6	56,5	80,8	75,3	54,5	3.Vj.
75,1	66,9	78,1	80,3	83,7	75,5	57,3	81,2	76,9	54,5	4.Vj.
74,4	66,4	80,5	80,6	84,1	78,0	75,0	85,1	78,1	54,9	2015 1.Vj.
Standardisierte Arbeitslosenquote ⁶⁾⁷⁾										
13,4	5,1	6,3	5,3	4,3	15,8	14,0	8,9	24,8	11,9	2012
11,8	5,9	6,4	6,7	4,9	16,4	14,2	10,1	26,1	15,9	2013
10,4	6,0	5,9	6,8	...	14,1	13,2	9,8	24,5	16,1	2014
10,3	6,0	6,0	6,7	5,0	13,9	13,2	9,6	24,3	16,2	2014 Juli
9,8	6,0	5,9	6,6	5,0	13,4	13,1	9,7	24,1	16,2	Aug.
9,7	6,0	5,8	6,5	5,1	13,3	12,9	9,7	24,0	16,2	Sept.
9,9	5,9	5,8	6,5	5,0	13,5	12,8	9,7	23,9	16,3	Okt.
9,4	5,9	5,8	6,5	4,9	13,5	12,6	9,7	23,8	16,6	Nov.
9,4	5,9	5,8	6,7	4,9	13,4	12,5	9,7	23,7	16,4	Dez.
Harmonisierter Verbraucherpreisindex ¹⁾										
3,2	2,9	3,2	2,8	2,6	2,8	3,7	2,8	2,4	3,1	2012
1,2	1,7	1,0	2,6	2,1	0,4	1,5	1,9	1,5	0,4	2013
0,2	0,7	0,8	0,3	p)	1,5	- 0,1	0,4	- 0,2	- 0,3	2014
0,3	0,7	0,8	0,4	1,5	- 0,1	- 0,2	0,0	- 0,5	0,8	2014 Aug.
0,0	0,3	0,6	0,2	1,4	0,0	- 0,1	- 0,1	- 0,3	0,0	Sept.
0,3	0,4	0,7	0,4	1,4	0,1	0,0	0,1	- 0,2	0,3	Okt.
0,4	0,2	0,6	0,3	1,5	0,1	0,0	0,1	- 0,5	0,0	Nov.
- 0,1	- 0,9	0,4	- 0,1	p)	0,8	- 0,1	- 0,1	- 1,1	- 1,0	Dez.
...	- 0,4	2015 Jan.
Staatlicher Finanzierungssaldo ¹⁰⁾										
- 9,0	0,3	- 2,6	- 4,3	- 2,6	- 7,4	- 4,1	- 6,2	- 9,4	- 5,8	2011
- 3,2	0,1	- 3,7	- 4,0	- 2,3	- 5,5	- 4,2	- 3,7	- 10,3	- 5,8	2012
- 2,6	0,6	- 2,7	- 2,3	- 1,5	- 4,9	- 2,6	- 14,6	- 6,8	- 4,9	2013
Staatliche Verschuldung ¹⁰⁾										
37,3	18,5	69,8	61,3	82,1	111,1	43,5	46,2	69,2	66,0	2011
39,9	21,4	67,9	66,5	81,7	124,8	52,1	53,4	84,4	79,5	2012
39,0	23,6	69,8	68,6	81,2	128,0	54,6	70,4	92,1	102,2	2013

EWU einschl. Litauen. **6** In Prozent der zivilen Erwerbspersonen; saisonbereinigt. **7** Standardisierte Arbeitslosenquote Deutschland: Eigene Berechnung auf Basis von Ursprungswerten des Statistischen Bundesamtes. **8** Ab 2014 einschl. Lettland. **9** Ab

2015 einschl. Litauen. **10** In Prozent des Bruttoinlandsprodukts (Basis ESVG 2010); EWU-Aggregat (ohne Litauen): Europäische Zentralbank, Mitgliedstaaten (Maasticht-Definition): Europäische Kommission.

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

1. Entwicklung der Geldbestände im Bilanzzusammenhang *)

a) Europäische Währungsunion¹⁾

Mrd €

Zeit	I. Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet					II. Nettoforderungen gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet			III. Geldkapitalbildung bei Monetären Finanzinstituten (MFIs) im Euro-Währungsgebiet				
	insgesamt	Unternehmen und Privatpersonen		öffentliche Haushalte		insgesamt	Forderungen an das Nicht-Euro-Währungsgebiet	Verbindlichkeiten gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet	insgesamt	Einlagen mit vereinbarter Laufzeit von mehr als 2 Jahren	Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als 3 Monaten	Schuldverschreibungen mit Laufzeit von mehr als 2 Jahren (netto) ²⁾	Kapital und Rücklagen ³⁾
		zusammen	darunter Wertpapiere	zusammen	darunter Wertpapiere								
2013 Mai	7,2	- 19,3	0,3	26,5	52,1	77,6	- 0,0	- 77,6	- 5,5	4,6	- 2,1	- 19,5	11,5
Juni	- 7,3	- 35,8	- 24,8	28,5	36,5	36,0	- 56,6	- 92,5	13,7	- 0,6	- 1,3	- 22,4	37,9
Juli	- 120,7	- 83,5	- 12,1	- 37,2	- 39,5	- 1,8	- 27,9	- 26,1	- 35,0	- 4,2	- 1,2	- 25,8	- 3,8
Aug.	- 53,7	- 35,9	- 6,0	- 17,8	- 2,8	34,3	- 15,8	- 50,1	- 8,8	- 6,3	- 0,8	- 13,7	12,0
Sept.	3,2	19,3	- 0,6	- 16,1	- 16,3	23,8	- 31,6	- 55,4	- 8,6	- 4,2	- 1,3	- 2,0	- 1,0
Okt.	- 43,1	- 61,4	- 26,5	18,2	5,8	34,1	65,3	31,3	8,4	2,0	- 0,5	15,3	- 8,4
Nov.	- 18,9	7,6	- 2,5	- 26,5	- 7,8	51,6	5,6	- 46,0	- 2,2	1,7	- 0,3	- 2,3	- 1,4
Dez.	- 182,0	- 107,0	- 38,6	- 75,0	- 73,1	78,0	- 86,3	- 164,4	- 12,0	- 8,9	- 0,5	- 9,8	7,2
2014 Jan.	43,5	- 18,9	9,5	62,4	42,6	9,0	125,0	116,0	- 1,1	- 2,7	0,1	- 12,4	13,9
Febr.	- 5,1	- 9,2	- 16,4	4,1	12,3	32,5	16,1	- 16,4	- 11,9	- 5,9	0,1	- 11,3	5,2
März	7,7	6,1	- 3,2	1,6	3,9	12,6	- 23,6	- 36,3	10,4	- 8,6	- 0,2	- 0,1	19,4
April	- 6,1	- 6,2	- 17,1	0,1	- 0,1	- 9,4	64,8	74,2	- 24,9	- 31,1	- 0,3	- 0,9	7,4
Mai	- 25,7	- 36,4	23,8	10,7	9,1	51,6	37,0	- 14,6	- 21,0	- 14,9	- 0,4	3,3	- 9,0
Juni	9,3	23,6	- 12,9	- 14,3	- 6,4	69,3	- 34,0	- 103,4	- 15,4	- 10,6	- 1,4	- 22,3	18,8
Juli	- 25,9	- 15,7	6,4	- 10,2	- 17,8	27,2	61,1	34,0	- 6,8	- 12,4	0,6	- 10,3	15,2
Aug.	- 45,9	- 51,2	- 15,6	5,3	15,9	- 1,8	- 7,1	- 5,2	0,1	- 5,0	1,3	- 5,9	9,7
Sept.	35,2	26,6	- 14,5	8,6	9,2	- 24,5	- 16,4	8,1	- 5,9	- 16,5	0,3	- 12,0	22,2
Okt.	5,1	- 23,8	- 9,0	29,0	23,0	10,5	- 3,9	- 14,4	- 36,1	- 13,0	- 0,2	- 26,5	3,6
Nov.	34,0	25,9	5,6	8,0	5,1	60,7	76,4	15,7	- 15,3	0,1	- 0,5	- 13,5	- 1,5
Dez.	- 40,7	3,1	5,3	- 43,8	- 52,1	- 8,0	- 120,9	- 113,0	- 23,6	- 0,5	2,3	- 27,8	2,4

b) Deutscher Beitrag

Zeit	I. Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet					II. Nettoforderungen gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet			III. Geldkapitalbildung bei Monetären Finanzinstituten (MFIs) im Euro-Währungsgebiet				
	insgesamt	Unternehmen und Privatpersonen		öffentliche Haushalte		insgesamt	Forderungen an das Nicht-Euro-Währungsgebiet	Verbindlichkeiten gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet	insgesamt	Einlagen mit vereinbarter Laufzeit von mehr als 2 Jahren	Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als 3 Monaten	Schuldverschreibungen mit Laufzeit von mehr als 2 Jahren (netto) ²⁾	Kapital und Rücklagen ³⁾
		zusammen	darunter: Wertpapiere	zusammen	darunter: Wertpapiere								
2013 Mai	- 22,9	- 11,7	- 14,2	- 11,2	- 0,5	21,9	- 2,0	- 23,9	- 11,0	- 0,9	- 2,0	- 11,5	3,4
Juni	0,2	3,6	- 6,1	- 3,4	- 0,4	- 0,3	- 8,3	- 8,0	- 2,4	- 1,0	- 0,9	- 8,7	8,2
Juli	- 3,0	- 12,8	0,8	9,8	4,8	- 3,8	- 9,7	- 5,9	- 14,0	- 4,9	- 1,0	- 7,6	- 0,5
Aug.	- 13,5	- 9,5	- 2,0	- 4,1	1,9	1,2	- 13,4	- 14,6	- 10,1	- 4,3	- 0,9	- 5,1	0,2
Sept.	- 3,7	2,4	1,3	- 6,1	- 5,1	22,3	- 17,6	- 39,9	- 1,1	- 3,9	- 0,8	3,3	0,2
Okt.	9,4	- 0,6	0,3	10,1	2,3	22,3	25,8	3,5	- 4,2	- 3,4	- 0,1	- 0,6	- 0,1
Nov.	5,0	7,9	1,7	- 2,9	1,8	14,6	16,1	1,5	- 1,5	- 0,7	- 0,0	- 1,3	0,5
Dez.	- 17,0	- 8,3	- 6,3	- 8,7	- 2,2	40,7	- 25,6	- 66,3	- 6,5	- 1,5	- 0,2	- 5,7	0,9
2014 Jan.	15,2	9,7	10,4	5,4	- 0,8	- 12,1	32,5	44,7	- 8,6	- 1,4	- 0,5	- 7,2	0,4
Febr.	- 3,1	- 3,9	- 8,7	0,8	4,6	24,4	4,7	- 19,7	- 2,7	- 3,5	0,3	0,2	0,4
März	4,1	7,8	6,0	- 3,7	1,0	15,8	- 3,7	- 19,6	- 5,0	- 2,9	- 0,0	- 2,8	0,7
April	21,3	20,5	13,8	0,9	- 0,1	0,4	8,2	7,8	- 15,7	- 3,6	- 0,3	- 12,0	0,1
Mai	- 2,3	- 4,7	- 9,6	2,4	1,0	7,5	17,7	10,2	12,1	- 2,6	- 0,2	10,8	3,9
Juni	- 7,2	0,5	- 0,9	- 7,8	0,6	34,6	12,3	- 22,3	5,5	- 3,1	- 1,1	- 3,0	12,7
Juli	10,3	3,2	3,3	7,1	4,1	21,8	23,5	1,7	- 1,2	- 4,3	0,7	- 0,7	3,1
Aug.	- 6,4	0,8	- 3,4	- 7,2	- 2,0	- 16,9	- 11,4	5,5	- 2,7	- 1,3	0,9	- 2,8	0,5
Sept.	10,2	6,2	2,1	4,0	4,8	- 16,6	- 14,1	2,5	- 3,2	- 0,7	0,5	- 4,5	1,5
Okt.	5,3	- 4,2	- 4,5	9,5	2,4	16,5	10,9	- 5,6	- 1,7	- 2,8	- 0,2	1,2	0,1
Nov.	14,1	15,3	6,0	- 1,2	1,9	12,8	30,9	18,1	0,1	- 2,7	- 0,4	1,5	1,8
Dez.	- 17,6	- 1,7	2,9	- 15,9	- 10,1	- 2,1	- 29,5	- 27,4	- 16,0	- 7,4	0,1	- 6,4	- 2,3

* Die Angaben der Übersicht beruhen auf der Konsolidierten Bilanz der Monetären Finanzinstitute (MFIs) (Tab. II.2); statistische Brüche sind in den Veränderungswerten ausgeschaltet (siehe dazu auch die „Hinweise zu den Zahlenwerten“ in den methodischen Erläuterungen im Statistischen Beiheft zum Monatsbericht 1, S. 112*). **1** Quelle: EZB. **2** Abzüglich Bestand der MFIs. **3** Nach Abzug der Inter-

MFIs-Beteiligungen. **4** Einschl. Gegenposten für monetäre Verbindlichkeiten der Zentralstaaten. **5** Einschl. monetärer Verbindlichkeiten der Zentralstaaten (Post, Schatzämter). **6** In Deutschland nur Spareinlagen. **7** Unter Ausschaltung der von Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets gehaltenen Papiere. **8** Abzüglich Bestände deutscher MFIs an von MFIs im Euro-Währungsgebiet emittierten Papiere.

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

a) Europäische Währungsunion

IV. Einlagen von Zentralstaaten	V. Sonstige Einflüsse		VI. Geldmenge M3 (Saldo I + II - III - IV - V)										Zeit
	insgesamt 4)	darunter: Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit/Forderung aus der Begebung von Banknoten	insgesamt	Geldmenge M2						Repo-geschäfte	Geldmarkt-fondsanteile (netto) 2) 7) 8)	Schuldverschreibungen mit Laufzeit bis zu 2 Jahren (einschl. Geldmarktpap.) (netto) 2) 7)	
				zusammen	Geldmenge M1			Einlagen mit vereinbarter Laufzeit bis zu 2 Jahren 5)	Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist bis zu 3 Monaten 5) 6)				
					zusammen	Bargeld-umlauf	täglich fällige Einlagen 5)						
62,5	26,6	-	1,1	11,6	25,8	5,0	20,8	- 17,2	3,0	13,2	- 3,4	- 7,4	2013 Mai
30,3	- 8,6	-	6,7	25,7	45,1	6,2	38,9	- 19,2	0,2	21,8	- 19,6	- 2,1	Juni
- 26,1	- 55,1	-	6,4	- 7,0	- 8,3	6,9	- 15,2	- 2,2	3,5	- 48,9	- 1,1	- 6,7	Juli
- 55,7	12,4	-	32,8	27,4	25,4	1,4	24,0	0,5	1,5	4,4	9,5	1,1	Aug.
11,2	58,1	-	33,8	- 1,3	23,6	- 0,2	23,8	- 19,2	- 5,6	- 8,0	- 26,4	6,5	Sept.
- 28,0	- 5,3	-	15,7	22,0	38,5	3,9	34,6	- 9,4	- 7,1	- 5,5	1,3	- 12,4	Okt.
18,4	- 11,9	-	28,4	33,9	47,1	5,4	41,7	- 15,1	1,9	3,7	- 1,1	- 4,0	Nov.
- 49,3	- 26,3	-	16,4	15,7	14,2	17,9	- 3,6	- 0,2	1,7	- 15,5	- 12,8	- 12,9	Dez.
20,4	37,7	-	4,5	- 39,7	- 36,5	- 13,6	- 23,0	- 15,6	12,5	- 6,9	25,3	- 0,9	2014 Jan.
36,9	- 13,6	-	16,0	14,4	12,2	1,9	10,2	2,3	0,0	19,1	- 0,8	- 4,9	Febr.
- 5,3	3,0	-	12,3	38,5	33,0	6,3	26,7	0,6	4,9	- 12,8	- 17,6	3,2	März
- 10,7	- 6,9	-	26,9	28,0	38,2	5,3	32,9	- 7,9	- 2,4	- 8,9	5,4	- 11,9	April
33,1	- 50,1	-	63,8	57,8	54,9	7,1	47,8	1,0	1,9	- 13,9	- 4,1	8,6	Mai
26,4	51,2	-	16,5	23,0	44,4	6,4	38,0	- 19,4	- 1,9	28,1	- 12,9	2,4	Juni
- 23,1	2,3	-	28,9	15,1	10,3	9,4	0,9	6,4	- 1,6	2,7	16,9	- 7,3	Juli
- 46,4	- 48,9	-	47,4	40,6	34,8	2,0	32,8	3,4	2,4	2,9	3,7	2,4	Aug.
- 6,1	23,5	-	0,7	14,7	33,4	0,3	33,1	- 12,8	- 5,8	- 18,3	- 11,6	6,0	Sept.
- 6,5	33,5	-	24,7	8,1	38,4	3,5	34,8	- 21,4	- 8,9	25,6	14,8	- 4,3	Okt.
25,9	- 9,3	-	93,3	91,2	100,6	6,2	94,3	- 13,7	4,4	- 2,7	5,7	0,4	Nov.
- 46,7	7,8	-	13,7	18,7	45,5	23,8	21,6	- 20,2	- 6,6	- 13,7	- 19,4	27,6	Dez.

b) Deutscher Beitrag

IV. Einlagen von Zentralstaaten	V. Sonstige Einflüsse		VI. Geldmenge M3, ab Januar 2002 ohne Bargeldumlauf (Saldo I + II - III - IV - V) 10)										Zeit
	insgesamt	darunter: Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit/Forderung aus der Begebung von Banknoten 9) 11)	insgesamt	Komponenten der Geldmenge						Repo-geschäfte	Geldmarkt-fondsanteile (netto) 7) 8)	Schuldverschreibungen mit Laufzeit bis zu 2 Jahren (einschl. Geldmarktpapiere) (netto) 7)	
				Bargeld-umlauf (bis Dezember 2001 in der Geldmenge M3 enthalten)	täglich fällige Einlagen	Einlagen mit vereinbarter Laufzeit bis zu 2 Jahren	Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist bis zu 3 Monaten 6)	Einlagen mit vereinbarter Laufzeit bis zu 2 Jahren	Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist bis zu 3 Monaten 6)				
5,0	1,0	2,9	0,7	4,0	5,4	0,1	0,4	- 0,9	- 0,0	- 0,9	0,9	2013 Mai	
1,1	- 4,6	1,3	1,7	5,7	- 0,6	- 5,7	- 0,2	15,4	- 0,5	- 2,7	2,7	Juni	
- 1,8	23,1	3,3	1,4	- 14,1	9,1	3,0	0,6	- 23,5	- 0,0	3,9	3,9	Juli	
- 8,9	3,4	3,4	- 0,4	3,2	13,0	2,4	0,2	- 9,4	0,0	3,0	3,0	Aug.	
1,1	14,2	3,2	0,2	4,5	12,9	- 6,5	- 0,3	0,7	- 0,5	1,8	1,8	Sept.	
- 3,3	7,0	2,2	0,6	32,2	27,1	- 0,7	0,0	4,0	- 0,3	2,1	2,1	Okt.	
0,5	18,8	1,5	1,4	1,9	10,4	- 1,9	0,0	- 3,5	- 0,1	3,0	3,0	Nov.	
2,6	31,0	2,5	3,7	- 3,3	- 13,6	7,1	4,1	2,9	- 0,0	3,9	3,9	Dez.	
- 3,1	16,2	10,4	- 13,0	- 1,3	5,1	- 4,9	- 0,6	1,2	0,1	2,2	2,2	2014 Jan.	
3,7	5,1	2,4	0,2	15,2	8,7	4,4	0,5	0,1	- 0,0	1,6	1,6	Febr.	
- 1,6	37,3	1,6	1,9	- 10,7	- 7,9	3,7	- 1,2	- 2,8	- 0,2	2,2	2,2	März	
- 2,3	6,1	2,2	1,4	33,6	35,9	- 3,3	- 1,6	2,5	0,0	0,1	0,1	April	
1,9	- 24,5	3,0	1,3	15,7	11,2	7,3	- 0,6	- 3,0	- 0,1	0,7	0,7	Mai	
- 0,9	30,9	2,8	1,9	- 8,1	- 8,3	- 2,5	- 0,4	0,4	- 0,1	2,7	2,7	Juni	
1,3	24,4	4,5	2,4	7,6	5,5	0,0	- 0,9	3,2	- 0,0	0,2	0,2	Juli	
- 4,8	- 38,5	3,7	- 0,1	22,7	15,8	2,9	0,6	1,7	- 0,3	2,1	2,1	Aug.	
1,5	- 4,0	3,8	0,3	- 0,7	6,1	- 4,8	0,1	- 2,7	0,0	0,6	0,6	Sept.	
- 1,3	6,5	3,2	0,8	18,2	25,6	- 9,3	- 0,3	1,8	- 0,0	0,4	0,4	Okt.	
- 0,3	0,8	2,5	1,2	26,2	26,6	0,3	- 0,4	0,4	- 0,0	0,8	0,8	Nov.	
2,4	11,1	3,6	5,0	- 17,3	- 18,4	3,8	3,4	- 6,1	0,0	0,0	0,0	Dez.	

9 Einschl. noch im Umlauf befindlicher DM-Banknoten. 10 Die deutschen Beiträge zu den monetären Aggregaten des Eurosystems sind keinesfalls als eigene nationale Geldmengenaggregate zu interpretieren und damit auch nicht mit den früheren deutschen Geldbeständen M1, M2 oder M3 vergleichbar. 11 Differenz zwischen den tat-

sächlich von der Bundesbank emittierten Euro-Banknoten und dem Ausweis des Banknotenumlaufs entsprechend dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren (siehe dazu auch Anm. 2 zum Banknotenumlauf in der Tab. III.2).

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

2. Konsolidierte Bilanz der Monetären Finanzinstitute (MFIs) *)

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Aktiva										
	Aktiva / Passiva insgesamt	Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet							Aktiva gegenüber dem Nicht-Euro- Währungs- gebiet	sonstige Aktiv- positionen	
		insgesamt	Unternehmen und Privatpersonen			öffentliche Haushalte					
			Buch- kredite	Schuld- verschrei- bungen 2)	Aktien und sonstige Dividenden- werte		Buch- kredite	Schuld- verschrei- bungen 3)			
Europäische Währungsunion (Mrd €) 1)											
2012 Nov.	26 703,9	16 727,0	13 301,5	11 169,7	1 370,3	761,5	3 425,5	1 185,1	2 240,4	4 996,6	4 980,3
Dez.	26 251,1	16 610,8	13 245,1	11 044,3	1 433,8	767,0	3 365,7	1 170,3	2 195,4	4 845,6	4 794,7
2013 Jan.	26 397,8	16 646,9	13 249,6	11 053,1	1 415,9	780,7	3 397,3	1 174,2	2 223,1	4 799,6	4 951,2
Febr.	26 517,2	16 640,3	13 243,1	11 048,6	1 418,7	775,8	3 397,2	1 135,6	2 261,7	4 826,1	5 050,8
März	26 567,8	16 698,5	13 262,6	11 044,6	1 433,3	784,7	3 435,9	1 141,2	2 294,8	4 844,2	5 025,1
April	26 709,3	16 730,7	13 270,3	11 014,5	1 440,4	815,4	3 460,3	1 151,1	2 309,3	4 818,7	5 159,9
Mai	26 371,6	16 728,1	13 249,1	10 992,1	1 446,8	810,2	3 479,0	1 125,4	2 353,7	4 798,6	4 844,9
Juni	25 926,2	16 691,6	13 200,4	10 975,2	1 432,7	792,6	3 491,1	1 116,9	2 374,3	4 669,1	4 565,6
Juli	25 675,6	16 573,2	13 113,1	10 895,5	1 432,0	785,7	3 460,0	1 120,3	2 339,8	4 636,9	4 465,6
Aug.	25 458,7	16 417,2	12 977,1	10 767,7	1 427,9	781,6	3 440,0	1 105,3	2 334,8	4 661,9	4 379,6
Sept.	25 420,6	16 423,1	12 996,1	10 781,6	1 421,9	792,7	3 426,9	1 105,5	2 321,4	4 587,6	4 409,9
Okt.	25 463,9	16 386,4	12 927,6	10 732,8	1 401,5	793,3	3 458,8	1 118,1	2 340,7	4 625,3	4 452,2
Nov.	25 426,6	16 364,8	12 929,5	10 736,1	1 398,2	795,2	3 435,3	1 099,5	2 335,8	4 616,6	4 445,2
Dez.	24 647,4	16 161,5	12 802,4	10 649,6	1 360,8	792,1	3 359,1	1 097,3	2 261,8	4 486,8	3 999,1
2014 Jan.	25 041,1	16 241,9	12 803,5	10 640,4	1 368,4	794,7	3 438,5	1 118,5	2 320,0	4 679,9	4 119,3
Febr.	24 985,1	16 222,0	12 771,6	10 635,6	1 343,7	792,3	3 450,4	1 110,2	2 340,1	4 670,9	4 092,2
März	24 905,1	16 233,6	12 772,9	10 638,7	1 330,0	804,2	3 460,6	1 108,0	2 352,6	4 638,1	4 033,4
April	25 042,2	16 233,3	12 767,4	10 647,1	1 294,8	825,6	3 465,9	1 107,7	2 358,2	4 696,6	4 112,3
Mai	25 173,3	16 217,0	12 733,6	10 585,5	1 333,1	815,0	3 483,4	1 109,4	2 373,9	4 770,2	4 186,0
Juni	25 130,7	16 209,3	12 730,5	10 606,7	1 318,3	805,5	3 478,8	1 100,9	2 377,9	4 750,5	4 170,9
Juli	25 303,0	16 176,1	12 701,1	10 574,2	1 321,3	805,7	3 475,0	1 110,1	2 364,8	4 852,4	4 274,6
Aug.	25 536,4	16 140,9	12 650,1	10 537,3	1 310,1	802,7	3 490,8	1 099,5	2 391,3	4 875,3	4 520,3
Sept.	25 682,2	16 184,8	12 682,5	10 580,6	1 297,7	804,2	3 502,3	1 099,2	2 403,2	4 988,0	4 509,3
Okt.	25 676,9	16 174,0	12 646,9	10 556,0	1 290,3	800,5	3 527,1	1 106,5	2 420,7	4 968,5	4 534,4
Nov.	26 010,0	16 221,5	12 676,1	10 573,1	1 296,8	806,2	3 545,4	1 109,7	2 435,7	5 039,4	4 749,1
Dez.	25 875,7	16 232,8	12 688,6	10 623,4	1 284,5	780,7	3 544,3	1 128,6	2 415,7	4 984,8	4 658,1
Deutscher Beitrag (Mrd €)											
2012 Nov.	6 280,7	3 798,0	3 005,5	2 625,8	148,3	231,4	792,5	396,6	395,9	1 194,7	1 288,1
Dez.	6 158,5	3 745,1	2 970,5	2 593,8	147,9	228,9	774,6	385,1	389,5	1 159,8	1 253,7
2013 Jan.	6 067,4	3 774,6	2 998,7	2 611,3	146,5	240,9	775,9	386,9	389,0	1 140,9	1 151,9
Febr.	6 062,6	3 765,7	2 998,6	2 614,6	148,2	235,8	767,1	382,0	385,1	1 143,4	1 153,5
März	6 075,5	3 766,8	3 000,8	2 608,8	150,0	242,0	765,9	379,8	386,2	1 154,8	1 154,0
April	6 087,6	3 792,2	3 014,9	2 605,5	148,6	260,7	777,3	390,5	386,9	1 139,0	1 156,4
Mai	5 962,4	3 768,8	3 003,0	2 607,6	146,3	249,0	765,9	379,8	386,1	1 132,8	1 060,8
Juni	5 846,2	3 766,9	3 005,4	2 616,6	148,4	240,3	761,6	376,7	384,9	1 103,7	975,6
Juli	5 814,2	3 762,3	2 990,9	2 601,1	147,7	242,1	771,4	381,7	389,8	1 097,2	954,7
Aug.	5 642,3	3 656,3	2 889,1	2 501,7	145,7	241,7	767,2	375,7	391,5	1 100,0	886,0
Sept.	5 637,5	3 650,6	2 889,5	2 500,3	144,3	244,8	761,2	374,6	386,6	1 070,0	916,9
Okt.	5 668,2	3 659,4	2 887,3	2 497,3	145,4	244,6	772,1	382,6	389,5	1 090,1	918,8
Nov.	5 680,6	3 663,8	2 894,5	2 502,7	146,9	244,9	769,3	377,9	391,4	1 101,1	915,7
Dez.	5 571,3	3 644,0	2 884,1	2 498,8	145,3	240,0	759,9	371,4	388,5	1 065,2	862,1
2014 Jan.	5 651,4	3 659,6	2 893,1	2 498,5	144,8	249,8	766,6	377,8	388,8	1 111,0	880,7
Febr.	5 617,5	3 654,6	2 886,9	2 500,6	143,2	243,1	767,7	373,9	393,7	1 111,8	851,1
März	5 600,4	3 658,2	2 894,0	2 501,7	144,3	247,9	764,3	369,2	395,0	1 105,8	836,3
April	5 631,0	3 679,4	2 914,4	2 508,2	145,2	261,0	765,0	369,8	395,2	1 112,1	839,6
Mai	5 688,2	3 679,0	2 910,7	2 513,9	146,5	250,4	768,2	371,2	397,0	1 136,0	873,2
Juni	5 697,3	3 670,8	2 910,9	2 515,1	145,8	250,0	759,9	362,6	397,3	1 150,9	875,5
Juli	5 765,7	3 681,2	2 914,0	2 515,6	143,9	254,6	767,2	365,7	401,5	1 183,5	900,9
Aug.	5 843,8	3 675,7	2 915,6	2 520,4	142,6	252,7	760,1	360,4	399,7	1 179,0	989,0
Sept.	5 843,6	3 688,5	2 924,1	2 526,7	144,0	253,5	764,4	359,8	404,6	1 182,8	972,4
Okt.	5 864,9	3 695,6	2 922,0	2 528,3	141,7	251,9	773,6	366,9	406,8	1 192,8	976,5
Nov.	5 960,0	3 711,2	2 938,5	2 537,3	145,5	255,7	772,6	363,9	408,7	1 225,3	1 023,5
Dez.	5 966,2	3 694,4	2 929,8	2 527,9	143,9	257,9	764,6	364,2	400,5	1 212,7	1 059,2

* Zu den Monetären Finanzinstituten (MFIs) zählen die Banken (einschl. Bausparkassen), Geldmarktfonds sowie Europäische Zentralbank und Zentralnotenbanken (Eurosistem). 1 Quelle: EZB. 2 Einschl. Geldmarktpapiere von Unter-

nehmen. 3 Einschl. Schatzwechsel und sonstige Geldmarktpapiere von öffentlichen Haushalten. 4 Euro-Bargeldumlauf (siehe auch Anm. 8, S. 12*) Ohne Kassenbestände (in Euro) der MFIs. Für deutschen Beitrag: enthält den Euro-Banknotenumlauf der

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

Passiva											Stand am Jahres- bzw. Monatsende
Bargeld- umlauf 4)	Einlagen von Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet										
	insgesamt	darunter: auf Euro 5)	Unternehmen und Privatpersonen							mit vereinbarter Kündigungsfrist 6)	
			zusammen	tätlich fällig	mit vereinbarter Laufzeit			von mehr als 2 Jahren	von mehr als 3 Monaten		
					bis zu 1 Jahr	von über 1 Jahr bis zu 2 Jahren		bis zu 3 Monaten	von mehr als 3 Monaten		
Europäische Währungsunion (Mrd €) 1)											
864,1	10 807,6	10 183,5	10 170,2	3 994,2	1 386,1	309,5	2 365,1	2 013,4	101,9	2012 Nov.	
876,8	10 809,5	10 247,1	10 269,7	4 061,3	1 392,7	312,8	2 359,7	2 042,8	100,5	Dez.	
857,0	10 821,5	10 224,9	10 253,7	4 036,1	1 380,3	319,7	2 354,8	2 064,1	98,6	2013 Jan.	
855,8	10 836,5	10 221,3	10 262,6	4 047,8	1 367,3	330,8	2 347,7	2 072,3	96,7	Febr.	
867,5	10 915,5	10 288,3	10 326,1	4 090,3	1 357,1	339,8	2 365,2	2 078,3	95,3	März	
874,7	10 895,0	10 325,1	10 354,6	4 147,6	1 320,3	350,5	2 358,7	2 084,1	93,5	April	
879,7	10 966,5	10 332,1	10 351,2	4 160,2	1 285,3	363,8	2 363,4	2 087,1	91,5	Mai	
885,9	11 010,7	10 339,5	10 356,6	4 191,4	1 256,1	371,3	2 360,2	2 087,3	90,4	Juni	
892,8	10 958,0	10 321,2	10 341,5	4 181,5	1 243,0	383,2	2 354,4	2 090,2	89,3	Juli	
894,2	10 922,7	10 336,4	10 362,1	4 208,3	1 241,3	385,9	2 346,9	2 091,3	88,4	Aug.	
894,0	10 924,4	10 323,2	10 348,0	4 227,6	1 212,3	392,3	2 343,0	2 085,6	87,2	Sept.	
898,0	10 915,2	10 342,4	10 372,6	4 264,1	1 193,0	405,6	2 344,3	2 078,9	86,8	Okt.	
903,4	10 961,8	10 369,7	10 389,6	4 295,5	1 162,4	419,6	2 345,1	2 080,3	86,7	Nov.	
921,2	10 901,0	10 352,4	10 401,9	4 311,2	1 153,6	431,3	2 334,9	2 084,5	86,4	Dez.	
908,3	10 919,6	10 349,2	10 400,0	4 305,2	1 132,1	442,6	2 337,6	2 096,5	86,0	2014 Jan.	
910,2	10 949,7	10 339,1	10 383,4	4 308,3	1 129,1	445,4	2 319,8	2 094,6	86,2	Febr.	
916,5	10 967,2	10 356,2	10 399,6	4 333,2	1 129,0	441,5	2 311,4	2 098,5	86,1	März	
921,8	10 948,7	10 351,3	10 394,8	4 365,3	1 124,3	442,6	2 280,1	2 096,5	86,0	April	
928,9	11 021,2	10 387,7	10 426,4	4 415,3	1 121,4	439,4	2 266,3	2 098,4	85,6	Mai	
935,3	11 051,2	10 388,1	10 424,7	4 448,1	1 104,3	434,9	2 255,8	2 097,2	84,4	Juni	
944,7	11 023,4	10 378,7	10 420,6	4 449,5	1 115,3	430,6	2 244,8	2 095,2	85,0	Juli	
946,8	11 015,6	10 414,9	10 455,0	4 478,7	1 124,0	427,2	2 241,3	2 097,5	86,3	Aug.	
947,0	11 018,0	10 418,2	10 466,5	4 523,1	1 115,0	422,6	2 227,3	2 091,9	86,7	Sept.	
950,6	11 005,3	10 403,0	10 466,1	4 558,4	1 106,6	417,2	2 212,9	2 084,5	86,5	Okt.	
956,8	11 110,2	10 481,1	10 533,1	4 637,7	1 099,7	407,6	2 213,2	2 088,7	86,1	Nov.	
980,6	11 142,4	10 535,0	10 618,2	4 741,8	1 088,8	399,3	2 217,6	2 083,7	87,0	Dez.	
Deutscher Beitrag (Mrd €)											
214,2	3 162,1	3 088,7	2 929,4	1 311,1	220,5	40,6	743,5	522,4	91,2	2012 Nov.	
216,3	3 131,3	3 060,2	2 930,4	1 307,2	222,8	40,0	742,2	528,6	89,6	Dez.	
212,7	3 116,1	3 045,2	2 928,9	1 315,4	216,1	39,6	740,4	529,6	87,8	2013 Jan.	
212,1	3 103,6	3 034,1	2 921,3	1 320,1	209,7	38,4	736,0	530,9	86,2	Febr.	
214,7	3 093,1	3 026,7	2 905,9	1 311,8	207,3	37,1	734,8	529,5	85,4	März	
217,1	3 112,2	3 047,8	2 928,5	1 340,3	208,8	36,1	730,7	528,9	83,8	April	
217,9	3 120,7	3 051,1	2 925,7	1 343,8	205,7	35,4	730,0	529,0	81,8	Mai	
219,6	3 113,0	3 041,2	2 911,2	1 340,2	198,5	34,3	728,4	528,8	81,0	Juni	
221,0	3 110,3	3 040,5	2 916,4	1 353,3	198,9	33,3	722,9	528,2	79,9	Juli	
220,7	3 111,9	3 051,4	2 924,9	1 365,3	200,3	32,8	719,1	528,4	79,0	Aug.	
220,9	3 115,2	3 051,4	2 926,9	1 378,4	193,3	32,5	716,4	528,1	78,2	Sept.	
221,5	3 134,5	3 075,3	2 955,7	1 408,4	195,1	32,9	713,0	528,1	78,1	Okt.	
222,9	3 142,9	3 081,9	2 956,1	1 415,6	188,8	33,3	712,2	528,1	78,1	Nov.	
226,6	3 140,9	3 075,9	2 955,8	1 403,8	197,6	33,6	710,9	532,2	77,8	Dez.	
213,5	3 136,4	3 074,8	2 960,6	1 414,2	195,0	32,8	709,6	531,7	77,3	2014 Jan.	
213,7	3 149,6	3 084,0	2 965,9	1 419,3	198,7	32,4	705,8	532,1	77,6	Febr.	
215,6	3 139,6	3 074,6	2 954,0	1 410,5	200,0	32,0	703,1	530,9	77,5	März	
217,0	3 164,3	3 101,6	2 984,7	1 446,5	200,8	31,5	699,3	529,2	77,4	April	
218,3	3 182,1	3 116,5	2 992,7	1 455,0	203,1	32,0	696,8	528,6	77,2	Mai	
220,3	3 165,8	3 101,0	2 972,3	1 446,5	195,6	32,1	693,6	528,3	76,1	Juni	
222,6	3 168,9	3 102,0	2 976,7	1 455,9	195,5	31,5	689,5	527,5	76,8	Juli	
222,5	3 183,4	3 120,4	2 992,8	1 467,7	199,8	31,3	688,2	528,0	77,7	Aug.	
222,8	3 187,6	3 124,3	2 997,3	1 479,1	191,5	32,7	687,6	528,2	78,2	Sept.	
223,6	3 199,5	3 133,6	3 020,0	1 507,0	189,9	32,5	684,8	527,9	78,1	Okt.	
224,8	3 222,7	3 157,5	3 038,6	1 531,2	186,7	33,4	682,2	527,4	77,7	Nov.	
229,8	3 207,6	3 140,3	3 019,4	1 506,8	190,7	32,8	680,8	532,1	76,2	Dez.	

Bundesbank entsprechend dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren (siehe dazu Anm. 2 zum Banknotenumlauf in Tabelle III.2). Das von der Bundesbank tatsächlich in Umlauf gebrachte Bargeldvolumen lässt sich durch Addition mit

der Position „Intra-Eurosystem- Verbindlichkeit/Forderung aus der Begebung von Banknoten“ ermitteln (siehe „sonstige Passivpositionen“). 5 Ohne Einlagen von Zentralstaaten. 6 In Deutschland nur Spareinlagen.

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

noch: 2. Konsolidierte Bilanz der Monetären Finanzinstitute (MFIs) *)

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	noch: Passiva																	
	noch: Einlagen von Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet											Begebene Schuld-						
	öffentliche Haushalte											Repogeschäfte mit Nichtbanken im Euro-Währungsgebiet						
	sonstige öffentliche Haushalte			mit vereinbarter Laufzeit			mit vereinbarter Kündigungsfrist 2)			insgesamt		darunter: mit Unterneh- men und Privat- personen		Geldmarkt- fonds- anteile (netto) 3)		insgesamt		darunter: auf Euro
Zentral- staaten	zusammen	tätlich fällig	bis zu 1 Jahr	von über 1 Jahr bis zu 2 Jahren	von mehr als 2 Jahren	bis zu 3 Monaten	von mehr als 3 Monaten	insgesamt	darunter: mit Unterneh- men und Privat- personen	insgesamt	darunter: mit Unterneh- men und Privat- personen	Geldmarkt- fonds- anteile (netto) 3)	insgesamt	darunter: auf Euro				
Europäische Währungsunion (Mrd €) 1)																		
2012 Nov.	312,3	325,1	143,7	114,0	6,1	43,5	11,9	5,9	421,2	417,4	495,5	2 889,4	2 206,6					
Dez.	251,0	288,7	134,9	86,7	6,0	43,9	11,6	5,6	376,4	372,4	467,9	2 853,2	2 183,1					
2013 Jan.	284,9	282,9	129,2	83,5	6,0	43,4	14,4	6,4	390,1	386,2	459,7	2 807,6	2 172,3					
Febr.	290,5	283,3	129,3	83,6	6,0	43,5	14,6	6,3	417,3	412,0	465,9	2 806,9	2 151,4					
März	301,2	288,2	126,0	91,0	6,6	44,0	14,4	6,2	440,3	434,2	459,6	2 775,5	2 122,0					
April	250,7	289,7	130,1	87,7	6,9	43,7	15,1	6,1	431,3	423,8	459,1	2 747,3	2 102,0					
Mai	313,2	302,1	137,1	91,8	7,3	44,6	15,3	6,0	444,5	437,7	455,7	2 721,4	2 076,4					
Juni	343,5	310,6	142,5	95,5	7,6	44,3	14,9	5,9	466,2	459,7	436,0	2 695,8	2 061,8					
Juli	317,4	299,1	131,9	94,1	7,2	45,1	14,9	5,8	417,1	411,3	434,8	2 656,5	2 031,2					
Aug.	261,7	299,0	130,7	95,3	7,5	44,5	15,1	5,8	339,1	332,9	444,4	2 646,2	2 012,9					
Sept.	272,9	303,5	133,8	96,8	7,5	44,8	15,0	5,8	331,1	325,3	417,9	2 642,7	2 003,7					
Okt.	245,2	297,3	132,3	91,8	7,9	45,0	14,7	5,6	313,9	308,0	419,1	2 638,0	2 006,1					
Nov.	263,6	308,6	140,0	94,8	8,2	45,3	14,7	5,6	310,6	303,4	417,9	2 631,1	1 999,9					
Dez.	214,8	284,4	121,3	92,0	8,5	45,1	12,2	5,2	294,5	287,7	404,8	2 586,5	1 978,6					
2014 Jan.	236,4	283,2	120,9	89,6	8,6	45,1	13,4	5,6	287,8	279,3	422,6	2 581,8	1 969,1					
Febr.	272,5	293,8	127,5	91,0	9,1	45,5	15,2	5,6	306,7	295,2	421,8	2 556,5	1 956,7					
März	267,2	300,4	128,2	95,9	9,1	45,4	16,4	5,5	293,9	285,4	404,1	2 558,8	1 961,5					
April	256,5	297,4	130,2	91,0	9,3	45,4	16,0	5,4	285,0	276,2	409,3	2 544,4	1 948,4					
Mai	289,6	305,3	130,0	99,0	9,4	45,4	16,2	5,3	271,3	262,6	405,2	2 563,1	1 948,7					
Juni	315,9	310,5	133,6	101,3	9,4	45,3	15,6	5,2	299,4	285,1	392,2	2 533,2	1 919,9					
Juli	292,8	310,0	132,6	101,8	9,2	45,0	16,1	5,2	302,3	293,4	409,0	2 524,2	1 898,5					
Aug.	246,4	314,2	138,0	100,3	9,3	45,0	16,4	5,2	305,3	296,2	412,6	2 521,4	1 888,8					
Sept.	240,6	310,8	132,1	102,9	9,1	45,2	16,4	5,1	287,6	272,5	414,4	2 526,9	1 878,0					
Okt.	236,2	303,1	133,1	95,0	9,3	45,1	15,5	5,1	313,2	302,7	429,1	2 488,8	1 839,8					
Nov.	262,2	315,0	142,1	97,0	10,1	44,9	15,8	5,1	310,5	301,4	434,7	2 474,9	1 824,9					
Dez.	217,8	306,5	137,7	96,7	11,3	39,5	16,1	5,1	296,8	290,5	413,2	2 491,8	1 817,5					
Deutscher Beitrag (Mrd €)																		
2012 Nov.	31,9	200,9	62,0	93,4	4,5	38,1	2,5	0,5	107,0	106,6	4,1	644,4	357,6					
Dez.	29,2	171,7	58,5	67,5	4,4	38,2	2,5	0,5	80,4	80,1	4,3	627,0	350,3					
2013 Jan.	30,1	157,0	47,6	64,2	4,4	37,7	2,5	0,6	83,1	82,6	4,4	610,1	345,1					
Febr.	27,2	155,1	46,0	63,8	4,4	37,7	2,6	0,6	99,7	98,7	4,6	620,0	346,1					
März	25,4	161,9	44,8	70,8	4,9	38,1	2,6	0,6	97,0	95,8	4,7	610,5	338,4					
April	22,7	161,0	45,7	69,1	5,1	37,8	2,6	0,6	98,9	96,6	5,3	605,6	340,1					
Mai	27,8	167,2	47,2	72,6	5,4	38,5	2,8	0,6	98,0	96,7	5,3	593,2	330,7					
Juni	28,9	172,9	50,1	75,6	5,4	38,3	2,9	0,6	113,3	112,8	4,8	581,3	326,4					
Juli	27,1	166,7	45,7	73,5	5,0	39,0	2,9	0,6	89,8	89,7	4,8	574,5	322,1					
Aug.	18,2	168,9	46,8	74,8	5,1	38,4	3,0	0,7	3,0	2,8	4,8	567,8	316,2					
Sept.	19,2	169,2	46,4	75,4	5,1	38,6	3,0	0,7	3,7	3,2	4,3	566,6	316,5					
Okt.	16,0	162,9	43,2	71,9	5,4	38,8	3,0	0,7	7,7	6,2	4,0	565,3	316,5					
Nov.	16,5	170,4	46,4	76,0	5,4	38,9	2,9	0,7	3,9	3,3	3,9	561,7	314,1					
Dez.	19,0	166,1	44,4	73,8	5,7	38,7	2,9	0,7	6,7	5,1	3,9	550,0	309,5					
2014 Jan.	15,9	159,9	39,7	72,3	5,7	38,7	2,8	0,7	7,9	7,1	4,1	545,0	304,4					
Febr.	18,7	165,0	42,7	73,7	6,1	38,9	2,9	0,7	8,0	6,5	4,0	543,2	303,5					
März	17,1	168,5	43,6	76,5	6,1	38,7	2,8	0,7	5,2	4,5	3,8	538,2	305,3					
April	14,9	164,7	43,4	72,8	6,2	38,8	2,8	0,7	7,7	7,1	3,8	525,9	293,7					
Mai	16,8	172,6	46,7	77,5	6,1	38,8	2,8	0,7	4,8	4,8	3,7	540,8	296,7					
Juni	15,9	177,6	46,8	82,4	6,1	38,9	2,8	0,7	5,2	5,2	3,7	540,3	294,3					
Juli	17,3	174,9	43,6	83,2	5,9	38,7	2,8	0,7	8,4	7,7	3,7	543,2	291,5					
Aug.	12,4	178,2	47,8	82,1	6,0	38,8	2,8	0,6	10,1	9,0	3,4	541,2	289,6					
Sept.	13,9	176,4	43,8	84,6	5,8	38,8	2,7	0,6	7,4	5,8	3,4	546,0	285,7					
Okt.	12,6	166,8	41,6	77,1	5,8	38,9	2,8	0,6	9,1	8,4	3,4	549,3	287,7					
Nov.	12,4	171,7	44,0	79,2	6,4	38,7	2,8	0,6	9,6	9,0	3,4	550,5	285,7					
Dez.	14,8	173,4	50,8	78,6	7,5	32,8	3,0	0,7	3,4	3,1	3,4	549,6	282,9					

* Zu den Monetären Finanzinstituten (MFIs) zählen die Banken (einschl. Bausparkassen), Geldmarktfonds sowie die Europäische Zentralbank und die Zentralnotenbanken (EurosysteM). 1 Quelle: EZB. 2 In Deutschland nur Spareinlagen. 3 Ohne Bestände der MFIs; für deutschen Beitrag: abzüglich Bestände deutscher MFIs an von MFIs im Euro-Währungsgebiet emittierten Papieren. 4 In Deutschland zählen Bank-schuldverschreibungen mit Laufzeit bis zu 1 Jahr zu den Geldmarktpapieren. 5 Ohne Verbindlichkeiten aus begebenen Wertpapieren. 6 Nach Abzug der Inter-MFI-Betei-

lungen. 7 Die deutschen Beiträge zu den monetären Aggregaten des EurosysteMs sind keinesfalls als eigene nationale Geldmengenaggregate zu interpretieren und damit auch nicht mit den früheren deutschen Geldbeständen M1, M2 oder M3 vergleichbar. 8 Einschl. noch im Umlauf befindlicher DM-Banknoten (siehe auch Anm. 4, S. 10*). 9 Für deutschen Beitrag: Differenz zwischen den tatsächlich von der Bundesbank emittierten Euro-Banknoten und dem Ausweis des Banknotenumlaufs

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

										Nachrichtlich				
verschreibungen (netto) 3)			Verbindlichkeiten gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet 5)	Kapital und Rücklagen 6)	Überschuss der Inter-MFI-Verbindlichkeiten	sonstige Passivpositionen		Geldmengenaggregate 7) (Für deutschen Beitrag ab Januar 2002 ohne Bargeldumlauf)			Geldkapitalbildung 13)	Monetäre Verbindlichkeiten der Zentralstaaten (Post, Schatzämter) 14)	Stand am Jahres- bzw. Monatsende	
mit Laufzeit						insgesamt 8)	darunter: Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit/Forderung aus der Begebung von Banknoten 9)	M1 10)	M2 11)	M3 12)				
bis zu 1 Jahr 4)	von über 1 Jahr bis zu 2 Jahren	von mehr als 2 Jahren												
Europäische Währungsunion (Mrd €) 1)														
96,1	91,2	2 702,1	3 940,0	2 408,9	- 67,4	4 944,8	-	5 091,6	8 957,5	9 761,1	7 627,4	114,6	2012 Nov.	
87,4	93,8	2 672,1	3 793,4	2 396,4	- 52,1	4 729,6	-	5 168,7	9 045,7	9 809,1	7 578,1	120,0	Dez.	
70,1	92,3	2 645,3	3 774,6	2 387,7	- 32,6	4 932,3	-	5 109,7	9 002,2	9 749,0	7 536,2	112,0	2013 Jan.	
61,7	88,1	2 657,0	3 812,7	2 378,2	- 38,3	4 982,2	-	5 119,4	9 018,5	9 757,0	7 529,6	111,1	Febr.	
59,2	84,1	2 632,1	3 798,4	2 414,3	- 58,9	4 955,7	-	5 170,4	9 081,9	9 805,9	7 557,1	110,9	März	
62,5	81,6	2 603,3	3 832,7	2 390,1	- 43,1	5 122,2	-	5 239,7	9 128,2	9 855,0	7 495,4	111,2	April	
62,9	74,4	2 584,0	3 755,3	2 377,8	- 54,6	4 825,3	-	5 265,1	9 139,4	9 856,7	7 467,3	111,9	Mai	
66,1	68,4	2 561,4	3 651,9	2 335,9	- 63,2	4 507,1	-	5 309,1	9 165,4	9 850,1	7 398,0	113,0	Juni	
62,1	66,7	2 527,8	3 599,3	2 365,2	- 59,0	4 411,0	-	5 299,1	9 155,4	9 841,6	7 387,5	116,5	Juli	
66,1	63,1	2 517,0	3 572,1	2 391,4	- 61,5	4 310,0	-	5 325,6	9 185,4	9 885,0	7 394,1	115,9	Aug.	
76,0	58,3	2 508,5	3 500,7	2 372,9	- 45,1	4 381,9	-	5 347,6	9 181,4	9 846,9	7 362,1	116,6	Sept.	
63,7	58,1	2 516,1	3 511,7	2 376,8	- 45,1	4 436,5	-	5 384,3	9 200,5	9 859,6	7 374,6	114,3	Okt.	
63,7	53,4	2 514,0	3 474,2	2 357,7	- 51,9	4 421,8	-	5 432,0	9 236,1	9 888,4	7 354,4	117,2	Nov.	
38,5	49,1	2 498,9	3 308,9	2 339,4	- 62,6	4 395,9	-	5 445,1	9 250,0	9 852,8	7 309,8	114,1	Dez.	
42,3	43,9	2 495,6	3 473,8	2 384,0	- 44,8	4 108,0	-	5 419,2	9 224,8	9 855,2	7 354,0	107,7	2014 Jan.	
42,1	39,1	2 475,3	3 428,0	2 404,6	- 31,4	4 039,0	-	5 428,4	9 235,6	9 867,3	7 337,0	105,3	Febr.	
49,1	35,4	2 474,4	3 391,9	2 421,4	- 30,0	3 981,3	-	5 461,6	9 274,3	9 879,7	7 344,1	106,1	März	
37,8	32,6	2 474,0	3 462,9	2 432,9	- 23,1	4 060,2	-	5 499,4	9 301,6	9 903,7	7 323,8	104,5	April	
43,7	35,1	2 484,3	3 476,8	2 426,3	- 35,6	4 116,1	-	5 557,1	9 363,3	9 971,4	7 313,2	105,4	Mai	
44,4	35,9	2 452,8	3 374,6	2 456,4	- 50,3	4 138,9	-	5 601,4	9 386,5	9 987,1	7 299,9	106,7	Juni	
37,6	35,2	2 451,4	3 437,8	2 468,4	- 46,1	4 239,4	-	5 612,0	9 403,0	10 017,3	7 299,8	107,8	Juli	
41,0	34,2	2 446,2	3 449,8	2 493,0	- 59,9	4 451,8	-	5 648,8	9 446,4	10 067,6	7 317,0	108,3	Aug.	
38,7	33,1	2 455,2	3 577,2	2 507,9	- 67,6	4 470,9	-	5 688,7	9 469,5	10 079,7	7 327,3	109,4	Sept.	
30,8	36,9	2 421,1	3 562,7	2 490,6	- 83,4	4 520,1	-	5 727,5	9 477,9	10 104,7	7 261,4	107,8	Okt.	
29,7	38,8	2 406,4	3 572,6	2 503,5	- 68,5	4 715,3	-	5 827,9	9 568,9	10 198,1	7 259,2	113,3	Nov.	
82,9	42,7	2 366,2	3 549,7	2 470,0	- 37,1	4 568,2	-	5 948,8	9 665,7	10 317,4	7 187,3	109,7	Dez.	
Deutscher Beitrag (Mrd €)														
17,8	10,8	615,8	857,9	516,9	- 813,3	1 801,6	197,3	1 373,1	2 257,0	2 396,7	2 005,9	-	2012 Nov.	
16,0	10,3	600,7	780,0	510,2	- 759,5	1 784,7	200,3	1 365,7	2 231,6	2 342,6	1 981,4	-	Dez.	
13,5	8,9	587,7	783,8	507,3	- 715,8	1 678,5	199,4	1 363,0	2 219,5	2 329,4	1 961,3	-	2013 Jan.	
14,1	10,0	595,9	782,3	503,7	- 719,8	1 668,6	201,4	1 366,1	2 215,9	2 344,3	1 960,1	-	Febr.	
13,5	8,9	588,1	768,2	517,6	- 696,6	1 681,0	203,8	1 356,6	2 208,8	2 332,9	1 964,6	-	März	
14,9	9,5	581,1	764,4	508,0	- 696,5	1 689,7	204,1	1 386,1	2 236,6	2 365,2	1 942,0	-	April	
14,6	9,0	569,7	740,9	506,2	- 693,4	1 591,5	207,0	1 391,0	2 242,0	2 368,8	1 926,8	-	Mai	
12,3	8,5	560,5	731,8	495,3	- 696,9	1 503,6	208,2	1 390,3	2 235,9	2 374,8	1 904,0	-	Juni	
15,8	8,8	549,9	722,1	503,6	- 681,6	1 490,7	211,5	1 399,1	2 240,8	2 360,0	1 895,9	-	Juli	
13,9	7,8	546,1	719,8	509,3	- 696,3	1 422,0	214,8	1 412,2	2 256,5	2 286,0	1 892,6	-	Aug.	
12,0	7,8	546,8	676,5	502,4	- 696,5	1 465,4	218,0	1 424,8	2 262,2	2 290,0	1 883,0	-	Sept.	
13,6	8,2	543,6	677,2	501,5	- 694,8	1 472,8	220,2	1 451,6	2 287,9	2 321,4	1 875,6	-	Okt.	
12,5	6,3	542,9	679,5	495,3	- 679,0	1 472,5	221,7	1 462,1	2 296,5	2 323,1	1 868,1	-	Nov.	
8,9	5,9	535,1	610,6	490,2	- 652,9	1 422,0	224,3	1 448,1	2 293,9	2 319,4	1 853,4	-	Dez.	
8,4	4,3	532,3	658,5	498,1	- 638,1	1 439,4	234,7	1 453,9	2 294,3	2 319,0	1 856,7	-	2014 Jan.	
9,1	5,1	528,9	634,6	502,7	- 633,8	1 409,2	237,1	1 462,0	2 307,9	2 334,2	1 854,6	-	Febr.	
8,0	4,0	526,2	615,1	501,1	- 601,5	1 398,8	238,7	1 454,1	2 302,5	2 323,5	1 847,3	-	März	
7,5	4,6	513,8	622,3	500,8	- 594,4	1 400,7	240,8	1 489,9	2 333,2	2 356,9	1 830,8	-	April	
7,3	5,7	527,8	636,4	504,7	- 618,1	1 433,7	243,8	1 501,7	2 351,8	2 373,3	1 846,1	-	Mai	
9,1	6,6	524,6	613,8	521,8	- 591,5	1 438,1	246,7	1 493,3	2 340,6	2 365,2	1 855,7	-	Juni	
9,2	6,4	527,7	619,9	526,1	- 570,3	1 465,8	251,2	1 499,4	2 345,9	2 373,5	1 859,5	-	Juli	
10,3	7,4	523,5	628,4	531,3	- 607,0	1 553,1	254,8	1 515,6	2 365,6	2 396,8	1 860,1	-	Aug.	
11,3	7,4	527,4	641,5	532,3	- 621,5	1 546,9	258,7	1 522,9	2 368,4	2 397,9	1 865,0	-	Sept.	
11,3	7,8	530,2	636,4	529,7	- 620,1	1 557,6	261,8	1 548,6	2 384,5	2 416,2	1 862,2	-	Okt.	
10,4	7,9	532,2	654,2	532,9	- 621,3	1 608,0	264,4	1 575,2	2 411,1	2 442,4	1 864,4	-	Nov.	
10,9	7,6	531,0	633,6	535,6	- 606,8	1 625,4	267,9	1 557,6	2 402,3	2 427,6	1 857,2	-	Dez.	

entsprechend dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren (siehe auch Anm. 2 zum Banknotenumlauf in Tabelle III.2). **10** Täglich fällige Einlagen (ohne Einlagen von Zentralstaaten) und (für EWU) Bargeldumlauf sowie täglich fällige monetäre Verbindlichkeiten der Zentralstaaten, die in der Konsolidierten Bilanz nicht enthalten sind. **11** M1 zuzüglich Einlagen mit vereinbarter Laufzeit bis zu 2 Jahren und vereinbarter Kündigungsfrist bis zu 3 Monaten (ohne Einlagen von Zentralstaaten)

sowie (für EWU) monetäre Verbindlichkeiten der Zentralstaaten mit solcher Befristung. **12** M2 zuzüglich Repogeschäfte, Geldmarktfondsanteile und Geldmarktpapiere sowie Schuldverschreibungen bis zu 2 Jahren. **13** Einlagen mit vereinbarter Laufzeit von mehr als 2 Jahren und vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als 3 Monaten, Schuldverschreibungen mit Laufzeit von mehr als 2 Jahren, Kapital und Rücklagen. **14** Kommen in Deutschland nicht vor.

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

Veränderungen

Liquiditätszuführende Faktoren					Liquiditätsabschöpfende Faktoren					Guthaben der Kreditinstitute auf Girokonten (einschl. Mindestreserven) 7)	Basisgeld 8)	Ende der Mindestreserveerfüllungsperiode 1)
Nettoaktiva in Gold und Devisen	Geldpolitische Geschäfte des Eurosystems				Einlagefazilität	Sonstige liquiditätsabschöpfende Geschäfte 4)	Banknoten-umlauf 5)	Einlagen von Zentralregierungen	Sonstige Faktoren (netto) 6)			
	Hauptrefinanzierungsgeschäfte	Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte	Spitzenrefinanzierungsfazilität	Sonstige liquiditätszuführende Geschäfte 3)								
Eurosystem 2)												
+ 9,9	+102,6	+ 3,9	+ 0,2	- 0,4	- 0,2	- 1,9	+ 11,7	+ 21,0	+ 84,8	+ 0,7	+ 12,3	2012 Juli
+ 12,2	- 14,7	+ 5,0	- 1,0	+ 0,3	-427,5	+ 0,6	+ 5,2	- 8,1	+ 32,9	+ 398,7	- 23,6	Aug.
- 2,1	- 15,4	- 3,1	+ 0,0	- 1,3	- 14,5	- 1,0	- 0,1	- 23,7	- 12,5	+ 29,8	+ 15,2	Sept.
+ 4,7	- 13,0	- 14,0	+ 0,3	- 0,1	- 23,2	- 1,5	- 4,9	- 5,6	+ 15,0	- 1,9	- 30,0	Okt.
+ 27,0	- 33,2	- 9,0	- 0,1	- 0,7	- 49,3	+ 0,3	- 2,7	- 5,7	+ 50,4	- 8,9	- 60,9	Nov.
- 0,5	- 10,4	- 9,7	+ 0,6	- 1,6	- 24,3	- 0,8	- 0,7	+ 25,4	- 1,9	- 19,3	- 44,3	Dez.
- 24,1	+ 4,2	- 7,3	+ 2,1	- 0,5	+ 6,6	- 1,9	+ 14,2	- 21,0	- 2,8	- 20,9	- 0,1	2013 Jan.
- 27,4	+ 49,3	- 76,5	- 3,4	- 3,4	- 54,1	+ 1,2	- 20,1	- 9,3	+ 43,9	- 22,7	- 96,9	Febr.
- 0,8	+ 3,0	- 117,1	+ 0,6	- 3,5	- 39,0	- 2,3	- 2,9	- 12,0	+ 1,5	- 63,3	- 105,2	März
+ 1,1	- 6,8	- 60,3	- 0,4	- 0,8	- 11,5	± 0,0	+ 8,7	+ 10,9	- 18,4	- 57,0	- 59,8	April
+ 0,5	- 10,7	- 33,0	+ 0,4	- 3,4	- 19,3	- 1,2	+ 7,9	- 7,2	- 2,5	- 23,8	- 35,2	Mai
- 1,3	- 8,3	- 21,5	- 0,4	- 5,8	- 24,0	- 4,9	+ 7,0	+ 0,6	+ 6,1	- 21,9	- 38,9	Juni
- 40,1	+ 4,1	- 20,4	+ 0,8	- 3,5	+ 1,6	- 4,4	+ 5,2	+ 9,4	- 57,2	- 13,8	- 7,0	Juli
- 83,6	- 4,3	- 9,4	- 1,1	- 1,4	- 9,5	+ 0,5	+ 8,3	+ 4,6	- 86,9	- 16,9	- 18,1	Aug.
- 0,5	- 7,0	- 6,3	+ 0,2	- 3,9	- 3,4	- 3,8	+ 2,8	- 24,5	+ 6,5	+ 4,9	+ 4,4	Sept.
+ 6,4	- 1,3	- 17,7	- 0,2	- 2,9	- 20,3	- 1,9	- 2,1	+ 7,5	+ 7,2	- 6,1	- 28,6	Okt.
+ 12,7	- 5,4	- 22,2	- 0,1	- 3,6	- 6,8	- 2,6	+ 2,1	+ 9,2	+ 21,5	- 23,5	- 28,2	Nov.
- 0,1	+ 0,8	- 27,1	+ 0,0	- 3,1	- 3,8	- 9,8	+ 5,5	+ 9,3	- 6,2	- 24,7	- 23,0	Dez.
- 18,1	+ 37,7	- 33,2	+ 0,2	- 4,7	+ 11,8	- 28,1	+ 22,0	- 19,0	- 32,5	+ 27,9	+ 61,6	2014 Jan.
- 22,4	- 23,9	- 15,7	+ 0,0	- 4,3	- 18,0	+ 15,1	- 16,1	+ 22,2	- 37,6	- 32,1	- 66,0	Febr.
+ 0,1	- 13,6	- 6,0	+ 0,0	- 3,0	- 12,6	+ 11,1	+ 0,3	- 1,6	- 4,7	- 14,9	- 27,2	März
+ 8,5	+ 13,6	- 35,8	+ 0,4	- 2,0	- 0,3	± 0,0	+ 6,3	- 8,0	- 7,4	- 5,9	+ 0,0	April
+ 17,5	+ 22,7	- 15,0	- 0,5	- 4,9	+ 0,5	- 23,1	+ 9,5	+ 13,9	+ 22,9	- 4,0	+ 6,0	Mai
+ 0,4	+ 20,0	- 11,8	- 0,1	- 6,7	- 1,4	- 26,4	+ 3,1	+ 23,9	+ 1,6	+ 1,1	+ 2,8	Juni
+ 3,2	- 36,4	- 47,7	+ 0,0	- 6,9	- 4,4	- 98,8	+ 7,1	- 1,6	- 12,0	+ 22,0	+ 24,7	Juli
+ 7,6	- 5,1	- 45,4	+ 0,2	- 6,8	+ 0,7	- 27,2	+ 9,5	- 17,6	- 11,1	+ 4,1	+ 6,2	Aug.
+ 0,2	+ 8,1	- 27,3	- 0,1	- 5,9	+ 0,6	± 0,0	+ 4,2	- 26,2	- 3,4	- 0,1	+ 4,6	Sept.
+ 4,2	- 15,8	+ 10,8	± 0,0	- 1,6	- 0,9	± 0,0	- 0,5	+ 12,2	+ 4,4	- 17,5	- 18,9	Okt.
+ 10,0	- 3,7	+ 14,3	+ 0,1	- 1,4	+ 6,7	± 0,0	+ 2,3	- 2,3	+ 16,9	- 4,3	+ 4,6	Nov.
+ 2,3	+ 8,1	- 16,4	- 0,1	+ 8,7	- 3,7	± 0,0	+ 6,2	- 4,4	+ 7,5	- 2,9	- 0,3	Dez.
+ 12,1	+ 15,7	+ 58,3	+ 0,3	+ 15,9	+ 22,9	± 0,0	+ 25,7	- 5,4	+ 8,0	+ 50,9	+ 99,6	2015 Jan.
Deutsche Bundesbank												
- 0,1	- 0,7	+ 1,9	- 0,4	- 0,1	+ 16,4	+ 1,8	+ 2,5	+ 0,3	- 20,7	+ 0,3	+ 19,2	2012 Juli
- 0,6	- 0,5	- 0,2	+ 0,2	+ 0,2	-191,3	+ 10,9	+ 2,8	+ 3,1	+ 18,3	+ 155,2	- 33,2	Aug.
- 1,9	- 0,9	- 0,9	- 0,2	- 0,2	+ 10,0	- 28,3	- 0,4	+ 1,8	+ 2,4	+ 10,4	+ 20,0	Sept.
+ 4,1	+ 0,1	- 0,9	+ 0,1	+ 0,1	- 3,9	- 10,6	- 1,3	+ 0,8	+ 23,8	- 5,3	- 10,5	Okt.
+ 8,9	+ 0,2	- 1,6	- 0,1	- 0,5	- 31,5	+ 2,2	- 1,0	+ 0,3	+ 34,4	+ 2,6	- 29,9	Nov.
+ 0,2	- 0,1	- 2,4	+ 0,1	- 0,7	- 15,3	- 1,6	- 0,4	+ 1,8	+ 13,5	- 1,0	- 16,7	Dez.
- 5,8	+ 0,3	- 0,8	- 0,1	- 0,1	- 5,2	- 7,4	+ 3,3	+ 1,1	+ 35,0	- 33,3	- 35,2	2013 Jan.
- 8,3	- 1,3	- 10,8	- 0,1	- 1,0	- 21,9	- 7,3	- 6,1	- 7,5	+ 35,3	- 14,0	- 42,1	Febr.
- 0,3	- 0,1	- 23,9	- 0,0	- 1,0	- 3,8	- 2,6	+ 0,6	- 0,4	+ 4,1	- 23,2	- 26,4	März
+ 0,7	- 0,5	- 13,1	+ 0,0	- 0,3	- 6,0	- 11,6	+ 1,9	- 0,3	+ 14,0	- 11,2	- 15,4	April
- 0,4	+ 0,2	- 5,6	- 0,0	- 0,8	+ 2,5	- 7,6	+ 1,6	- 0,8	+ 7,2	- 9,4	- 5,4	Mai
- 1,3	- 0,2	- 3,2	+ 0,0	- 1,3	- 3,0	+ 4,8	+ 2,8	- 0,3	- 7,0	- 3,3	- 3,5	Juni
- 14,2	+ 0,4	- 1,3	- 0,0	- 1,1	+ 2,3	- 13,8	+ 0,3	+ 0,1	- 5,0	- 0,0	+ 2,5	Juli
- 24,4	+ 0,0	- 0,5	- 0,0	- 0,7	+ 1,4	- 5,6	+ 2,3	- 0,2	- 13,5	- 9,9	- 6,3	Aug.
- 0,5	- 0,4	- 0,7	+ 0,0	- 1,4	- 5,2	- 1,4	+ 0,6	- 0,0	+ 1,3	+ 1,7	- 2,8	Sept.
+ 2,0	+ 0,0	- 0,5	+ 0,0	- 0,8	- 6,6	- 8,8	- 0,0	+ 0,6	+ 11,2	+ 4,2	- 2,4	Okt.
+ 4,2	- 0,0	- 1,3	- 0,0	- 1,0	- 0,7	- 2,0	- 0,2	+ 0,3	+ 18,8	- 14,5	- 15,3	Nov.
- 0,2	+ 0,2	- 0,2	- 0,0	- 0,9	- 2,2	+ 5,3	+ 1,0	- 0,2	+ 6,2	- 11,2	- 12,5	Dez.
- 5,9	+ 17,9	+ 4,7	+ 0,0	- 1,0	- 1,9	- 6,5	+ 1,1	+ 0,5	+ 14,8	+ 7,9	+ 7,1	2014 Jan.
- 7,6	- 4,7	- 2,5	- 0,0	- 1,3	- 1,5	- 1,4	- 11,6	- 0,5	+ 9,9	- 11,0	- 24,1	Febr.
- 0,3	- 9,1	+ 0,3	+ 0,0	- 0,9	- 0,4	- 6,3	+ 1,6	+ 0,0	- 1,8	- 3,1	- 1,9	März
+ 2,4	+ 1,1	+ 0,7	+ 0,0	- 0,6	- 0,9	- 3,5	+ 1,6	+ 0,1	+ 8,7	- 2,4	- 1,7	April
+ 5,3	+ 13,7	+ 2,2	- 0,0	- 1,2	- 0,3	- 2,2	+ 2,4	- 0,0	+ 22,8	- 2,8	- 0,7	Mai
+ 0,0	+ 9,1	+ 4,3	- 0,0	- 1,4	- 0,2	- 5,0	+ 1,0	- 0,0	+ 16,6	- 0,3	+ 0,5	Juni
+ 0,7	- 18,4	- 2,0	+ 0,1	- 1,7	+ 0,7	- 32,9	+ 2,1	+ 0,2	- 0,6	+ 9,1	+ 11,9	Juli
+ 1,9	- 3,8	- 4,8	- 0,1	- 1,5	- 1,6	- 9,0	+ 2,4	- 0,6	+ 2,9	- 2,3	- 1,5	Aug.
- 0,2	- 2,0	- 1,3	+ 0,1	- 1,6	+ 1,9	± 0,0	+ 0,6	+ 0,1	- 6,8	- 0,7	+ 1,7	Sept.
+ 0,8	+ 1,5	+ 2,2	- 0,0	- 0,4	+ 0,4	± 0,0	+ 0,6	+ 0,2	+ 1,3	+ 1,6	+ 2,5	Okt.
+ 1,5	+ 2,4	+ 2,7	+ 0,1	- 0,1	+ 0,0	± 0,0	- 0,3	- 0,3	+ 12,7	- 5,5	- 5,8	Nov.
- 0,1	- 1,4	+ 1,7	- 0,1	+ 1,8	+ 0,3	± 0,0	+ 1,0	- 0,0	+ 2,8	- 2,0	- 0,8	Dez.
+ 1,1	+ 6,7	+ 14,1	- 0,0	+ 3,1	+ 5,6	± 0,0	+ 4,9	+ 0,3	- 5,7	+ 19,8	+ 30,4	2015 Jan.

tigung wird unter „Sonstige Faktoren“ ausgewiesen. Die verbleibenden 92% des Werts an in Umlauf befindlichen Euro-Banknoten werden ebenfalls auf monatlicher Basis auf die NZBen aufgeteilt, wobei jede NZB in ihrer Bilanz den Anteil am Euro-Banknotenumlauf ausweist, der ihrem eingezahlten Anteil am Kapital der EZB entspricht. Die Differenz zwischen dem Wert der einer NZB zugeteilten Euro-Banknoten und dem Wert der von dieser NZB in Umlauf gegebenen Euro-Banknoten wird

ebenfalls unter „Sonstige Faktoren“ ausgewiesen. Ab 2003 nur Euro-Banknoten. 6 Restliche Positionen des konsolidierten Ausweises des Eurosystems bzw. des Ausweises der Bundesbank. 7 Entspricht der Differenz zwischen der Summe der liquiditätszuführenden Faktoren und der Summe der liquiditätsabschöpfenden Faktoren. 8 Berechnet als Summe der Positionen „Einlagefazilität“, „Banknotenumlauf“ und „Guthaben der Kreditinstitute auf Girokonten“.

III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

1. Aktiva *)

Mrd €

Stand am Ausweisstichtag/Monatsende 1)	Aktiva insgesamt	Gold und Goldforderungen	Forderungen in Fremdwährung an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets			Forderungen in Fremdwährung an Ansässige im Euro-Währungsgebiet	Forderungen in Euro an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets			
			insgesamt	Forderungen an den IWF	Guthaben bei Banken, Wertpapieranlagen, Auslandskredite und sonstige Auslandsaktiva		insgesamt	Guthaben bei Banken, Wertpapieranlagen und Kredite	Forderungen aus der Kreditfazilität im Rahmen des WKM II	
Eurosystem 2)										
2014 Mai 30.	2 197,1	326,5	245,9	81,3	164,6	23,8	19,6	19,6	–	
Juni 6.	2 172,3	326,5	248,3	81,7	166,6	22,9	19,9	19,9	–	
13.	2 124,3	326,5	247,5	81,6	165,9	23,4	18,8	18,8	–	
20.	2 080,0	326,5	244,4	81,0	163,5	25,5	18,4	18,4	–	
27.	2 088,1	326,5	244,4	80,6	163,8	24,4	18,6	18,6	–	
Juli 4.	2 070,3	334,4	249,6	81,7	167,9	23,3	18,2	18,2	–	
11.	2 057,1	334,4	249,2	81,6	167,6	22,9	18,5	18,5	–	
18.	2 062,5	334,4	248,2	81,6	166,5	24,5	19,5	19,5	–	
25.	2 044,3	334,4	248,1	81,6	166,5	25,2	18,6	18,6	–	
Aug. 1.	2 059,7	334,4	248,5	81,7	166,8	24,9	18,5	18,5	–	
8.	2 025,3	334,4	249,4	81,1	168,3	24,5	18,9	18,9	–	
15.	2 023,2	334,4	249,1	80,8	168,3	24,5	19,3	19,3	–	
22.	2 013,0	334,4	249,3	80,8	168,5	24,3	19,9	19,9	–	
29.	2 038,7	334,4	249,5	80,9	168,7	24,2	20,9	20,9	–	
Sept. 5.	2 012,1	334,4	249,8	81,4	168,4	25,4	21,8	21,8	–	
12.	2 003,8	334,4	250,1	81,4	168,7	25,7	21,1	21,1	–	
19.	1 988,2	334,4	247,3	81,1	166,1	26,9	19,9	19,9	–	
26.	2 038,2	334,4	248,4	81,2	167,2	26,5	20,5	20,5	–	
Okt. 3.	2 053,7	334,5	263,1	84,5	178,6	27,8	20,6	20,6	–	
10.	2 042,7	334,5	263,0	84,3	178,7	28,7	21,1	21,1	–	
17.	2 029,7	334,5	262,4	84,3	178,1	27,2	20,7	20,7	–	
24.	2 032,8	334,5	263,6	84,3	179,3	26,9	21,2	21,2	–	
31.	2 052,1	334,5	262,9	84,3	178,6	27,9	22,3	22,3	–	
2014 Nov. 7.	2 029,7	334,5	261,4	83,9	177,5	28,1	22,1	22,1	–	
14.	2 028,2	334,5	263,2	83,8	179,4	28,0	22,6	22,6	–	
21.	2 033,2	334,5	264,4	83,6	180,8	28,1	19,7	19,7	–	
28.	2 053,9	334,5	264,3	83,6	180,6	28,8	18,7	18,7	–	
Dez. 5.	2 038,1	334,5	267,5	83,7	183,8	27,5	18,2	18,2	–	
12.	2 034,7	334,5	266,3	81,2	185,1	27,1	19,4	19,4	–	
19.	2 134,8	334,5	265,9	80,3	185,6	27,8	19,3	19,3	–	
26.	2 150,2	334,5	266,1	80,3	185,8	28,7	19,4	19,4	–	
2015 Jan. 2.	2 216,0	343,8	273,5	81,5	192,0	28,7	19,7	19,7	–	
9.	2 168,8	343,9	272,6	81,5	191,2	32,6	20,4	20,4	–	
16.	2 158,2	343,9	273,0	81,3	191,7	33,2	19,5	19,5	–	
23.	2 159,8	343,9	274,9	81,3	193,6	32,9	18,5	18,5	–	
30.	2 182,0	343,9	273,7	81,3	192,5	35,5	18,6	18,6	–	
Deutsche Bundesbank										
2013 März	906,7	136,5	52,0	22,4	29,6	3,4	–	–	–	
April	916,9	136,5	52,0	22,4	29,7	2,8	–	–	–	
Mai	891,6	136,5	52,0	22,3	29,7	0,8	–	–	–	
Juni	839,7	100,3	50,5	21,9	28,6	0,9	–	–	–	
Juli	838,1	100,3	49,9	21,9	28,0	0,7	–	–	–	
Aug.	832,2	100,3	50,3	21,5	28,8	0,2	–	–	–	
Sept.	835,0	107,8	48,6	21,3	27,3	0,4	–	–	–	
Okt.	823,5	107,7	48,4	21,1	27,3	0,1	–	–	–	
Nov.	806,9	107,7	48,8	21,0	27,8	0,1	–	–	–	
Dez.	800,7	94,9	48,9	20,8	28,1	0,1	–	–	–	
2014 Jan.	768,1	94,9	48,5	20,8	27,7	0,1	–	–	–	
Febr.	752,9	94,9	47,6	20,6	27,1	0,1	–	–	–	
März	737,8	102,2	48,4	20,6	27,9	0,1	–	–	–	
April	770,6	102,2	48,6	21,0	27,6	0,1	–	–	–	
Mai	764,9	102,1	48,0	20,9	27,0	0,1	–	–	–	
Juni	725,5	104,6	48,4	20,8	27,6	0,1	–	–	–	
Juli	697,1	104,6	48,8	20,9	27,9	0,1	–	–	–	
Aug.	712,0	104,6	49,0	20,8	28,2	0,1	–	–	–	
Sept.	738,3	104,6	51,7	21,9	29,9	–	–	–	–	
Okt.	736,9	104,6	51,9	21,7	30,2	–	–	–	–	
Nov.	734,0	104,6	52,0	21,6	30,3	–	–	–	–	
Dez.	771,0	107,5	51,3	20,6	30,6	–	–	–	–	
2015 Jan.	805,7	107,5	51,6	20,4	31,2	–	–	–	–	

* Der konsolidierte Ausweis des Eurosystems umfasst den Ausweis der Europäischen Zentralbank (EZB) und die Ausweise der nationalen Zentralbanken der EU-Mitglied-

staaten (NZBen) des Euro-Währungsgebiets. Die Ausweispositionen für Devisen, Wertpapiere, Gold und Finanzinstrumente werden am Quartalsende zu Marktkursen und

III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

Forderungen aus geldpolitischen Operationen in Euro an Kreditinstitute im Euro-Währungsgebiet							Sonstige Forderungen in Euro an Kreditinstitute des Euro-Währungsgebiets	Wertpapiere in Euro von Ansässigen im Euro-Währungsgebiet			Forderungen an öffentliche Haushalte/Bund	Sonstige Aktiva	Stand am Ausweisstichtag/ Monatsende ¹⁾	
insgesamt	Hauptrefinanzierungsgeschäfte	Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte	Feinsteuers-operationsoperationen	Strukturelle befristete Operationen	Spitzenrefinanzierungsfazilität	Forderungen aus dem Margenausgleich		insgesamt	Wertpapiere für geldpolitische Zwecke	sonstige Wertpapiere				
Eurosystem ²⁾														
679,7	174,0	505,7	–	–	0,1	0,0	57,4	573,7	215,3	358,5	27,3	243,2	2014 Mai	30.
653,3	149,4	503,9	–	–	0,0	–	61,1	570,9	212,8	358,0	27,3	242,3	Juni	6.
607,6	136,8	470,8	–	–	0,0	–	63,8	570,0	212,5	357,4	27,3	239,4		13.
565,0	97,9	467,1	–	–	0,0	–	62,9	569,4	209,9	359,5	27,3	240,6		20.
568,4	115,0	453,3	–	–	0,1	–	65,2	570,6	209,9	360,7	27,3	242,8		27.
545,9	97,1	448,8	–	–	–	–	61,6	566,9	205,2	361,7	26,7	243,6	Juli	4.
529,2	94,2	434,8	–	–	0,2	–	60,9	568,8	204,8	364,0	26,7	246,5		11.
531,7	99,9	431,1	–	–	0,7	0,0	68,3	565,8	204,1	361,7	26,7	243,4		18.
507,8	97,9	409,6	–	–	0,4	–	74,2	566,3	203,5	362,8	26,7	242,8		25.
533,5	133,3	400,2	–	–	0,0	0,0	74,2	556,8	199,0	357,8	26,7	242,1	Aug.	1.
504,9	107,9	397,0	–	–	0,0	–	66,1	559,1	199,0	360,1	26,7	241,1		8.
501,0	108,2	392,8	–	–	0,0	–	66,8	560,9	199,0	361,9	26,7	240,5		15.
497,6	107,6	390,0	–	–	0,0	0,1	61,9	557,7	195,4	362,3	26,7	241,1		22.
517,6	131,8	384,9	–	–	0,9	–	62,6	559,9	195,4	364,4	26,7	242,9		29.
492,7	111,2	381,4	–	–	0,1	0,0	62,4	560,7	195,4	365,3	26,7	238,1	Sept.	5.
483,1	110,7	372,3	–	–	0,2	–	63,5	561,6	195,1	366,5	26,7	237,5		12.
472,3	105,7	366,3	–	–	0,3	–	63,3	561,4	194,5	366,9	26,7	236,0		19.
520,2	90,3	429,6	–	–	0,3	0,0	66,3	561,8	194,5	367,3	26,7	233,3		26.
513,9	89,1	424,7	–	–	0,1	–	67,0	561,9	194,6	367,2	26,7	238,1	Okt.	3.
506,8	84,2	422,4	–	–	0,1	–	65,7	561,1	194,0	367,0	26,7	235,1		10.
499,2	82,5	416,6	–	–	0,1	–	65,6	559,1	191,2	367,9	26,7	234,3		17.
503,9	92,9	410,8	–	–	0,2	0,0	60,8	561,2	192,4	368,8	26,7	234,0		24.
527,6	118,2	408,5	–	–	1,0	–	59,8	557,1	192,9	364,2	26,7	233,1		31.
502,8	98,2	404,6	–	–	0,0	–	57,7	560,5	195,6	365,0	26,7	235,8	2014 Nov.	7.
496,7	98,4	398,2	–	–	0,1	–	56,0	563,0	198,0	365,0	26,7	237,3		14.
499,0	102,6	396,2	–	–	0,0	0,1	61,0	563,4	199,0	364,5	26,7	236,3		21.
513,8	114,3	398,8	–	–	0,7	–	58,1	570,2	204,2	366,1	26,7	238,8		28.
491,1	98,0	392,9	–	–	0,1	–	58,2	574,8	207,5	367,2	26,7	239,7	Dez.	5.
484,2	105,2	378,9	–	–	0,1	–	54,6	579,9	211,5	368,4	26,7	241,9		12.
579,4	99,0	480,4	–	–	0,0	–	58,0	585,9	215,5	370,4	26,7	237,2		19.
592,5	119,2	473,3	–	–	0,0	–	58,7	587,5	216,9	370,6	26,7	236,1		26.
629,7	156,1	473,3	–	–	0,3	0,0	60,4	592,4	217,2	375,2	26,7	241,0	2015 Jan.	2.
585,6	112,3	473,3	–	–	0,0	0,0	58,4	593,2	218,9	374,3	26,7	235,4		9.
573,8	114,0	459,1	–	–	0,7	–	59,0	594,6	220,7	373,9	26,7	234,5		16.
572,1	125,3	445,3	–	–	1,6	–	58,7	599,6	224,7	374,9	26,7	232,5		23.
579,6	163,8	415,6	–	–	0,2	–	62,1	603,4	227,1	376,3	26,7	238,4		30.
Deutsche Bundesbank														
21,8	0,1	21,6	–	–	0,2	–	5,7	65,0	65,0	–	4,4	617,9	2013 März	
14,8	0,5	14,3	–	–	0,0	–	5,8	63,8	63,8	–	4,4	636,7	April	
12,3	0,1	12,1	–	–	0,0	–	4,9	62,9	62,9	–	4,4	617,8	Mai	
12,8	0,9	11,8	–	–	0,0	–	4,8	61,9	61,9	–	4,4	604,1	Juni	
12,2	1,0	11,2	–	–	0,0	–	4,5	61,1	61,1	–	4,4	605,0	Juli	
10,8	0,2	10,6	–	–	0,0	–	4,6	59,5	59,5	–	4,4	602,1	Aug.	
10,8	0,2	9,9	–	–	0,7	–	4,9	58,6	58,6	–	4,4	599,5	Sept.	
9,3	0,2	8,7	–	–	0,4	–	5,0	57,6	57,6	–	4,4	591,0	Okt.	
9,2	0,7	8,4	–	–	0,1	–	5,1	57,0	57,0	–	4,4	574,5	Nov.	
52,1	38,2	13,8	–	–	0,1	–	4,7	55,8	55,8	–	4,4	539,8	Dez.	
31,3	20,3	11,0	–	–	–	–	5,1	54,2	54,2	–	4,4	529,5	2014 Jan.	
18,2	7,1	11,0	–	–	0,1	–	5,7	53,8	53,8	–	4,4	528,2	Febr.	
24,4	10,7	11,0	–	–	2,7	–	5,6	53,6	53,6	–	4,4	499,0	März	
51,4	38,2	12,9	–	–	0,2	–	5,7	51,6	51,6	–	4,4	506,7	April	
60,0	41,5	18,5	–	–	0,0	–	3,8	50,7	50,7	–	4,4	495,8	Mai	
26,1	7,4	16,1	–	–	2,6	–	2,3	49,0	49,0	–	4,4	490,6	Juni	
17,8	7,1	10,5	–	–	0,2	–	1,6	47,4	47,4	–	4,4	472,3	Juli	
14,3	4,0	9,7	–	–	0,6	–	1,1	45,7	45,7	–	4,4	492,7	Aug.	
21,6	6,3	14,9	–	–	0,3	–	1,8	45,5	45,5	–	4,4	508,6	Sept.	
31,3	15,2	15,2	–	–	0,9	–	1,7	45,3	45,3	–	4,4	497,5	Okt.	
27,2	8,5	18,5	–	–	0,2	–	1,5	47,7	47,7	–	4,4	496,6	Nov.	
65,6	32,5	32,9	–	–	0,1	–	2,0	50,2	50,2	–	4,4	490,0	Dez.	
43,1	11,2	31,9	–	–	0,0	–	3,2	52,1	52,1	–	4,4	543,7	2015 Jan.	

-preisen bewertet. 1 Für Eurosystem: Ausweis für Wochentage; für Bundesbank: Ausweis für Monatsultimo. 2 Quelle: EZB.

III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

Verbindlichkeiten in Euro gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets	Verbindlichkeiten in Fremdwährung gegenüber Ansässigen im Euro-Währungsgebiet	Verbindlichkeiten in Fremdwährung gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets			Ausgleichsposten für zugeteilte Sonderziehungsrechte	Sonstige Passiva ³⁾	Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit aus der Begebung von Euro-Banknoten ²⁾	Neubewertungskonten	Grundkapital und Rücklage	Stand am Ausweisstichtag/ Monatsende ¹⁾
		insgesamt	Einlagen, Guthaben und andere Verbindlichkeiten	Verbindlichkeiten aus der Kreditfazilität im Rahmen des WKM II						
Eurosystem ⁴⁾										
76,5	1,0	5,3	5,3	–	52,8	209,2	–	288,9	92,6	2014 Mai 30.
78,3	1,0	6,6	6,6	–	52,8	206,3	–	288,9	93,4	Juni 6.
67,1	1,0	6,6	6,6	–	52,8	205,3	–	288,9	93,4	13.
61,6	1,1	6,2	6,2	–	52,8	204,0	–	288,9	95,3	20.
59,7	0,8	5,5	5,5	–	52,8	203,4	–	288,9	95,3	27.
56,9	1,0	5,4	5,4	–	53,4	206,6	–	301,4	95,3	Juli 4.
53,2	1,1	4,8	4,8	–	53,4	208,1	–	301,4	95,3	11.
52,2	1,3	5,0	5,0	–	53,4	208,5	–	301,4	95,3	18.
48,5	1,1	5,6	5,6	–	53,4	211,1	–	301,4	95,3	25.
44,2	1,3	5,4	5,4	–	53,4	212,8	–	301,4	95,3	Aug. 1.
43,8	1,0	6,3	6,3	–	53,4	213,1	–	301,4	95,3	8.
43,8	1,0	6,1	6,1	–	53,4	213,9	–	301,4	95,3	15.
42,0	1,1	5,9	5,9	–	53,4	213,0	–	301,4	95,3	22.
41,6	1,1	6,1	6,1	–	53,4	217,1	–	301,4	95,3	29.
43,2	0,9	7,0	7,0	–	53,4	214,7	–	301,4	95,3	Sept. 5.
40,6	0,9	7,6	7,6	–	53,4	216,2	–	301,4	95,3	12.
40,9	1,0	6,2	6,2	–	53,4	213,4	–	301,4	95,3	19.
40,3	0,8	7,0	7,0	–	53,4	214,5	–	301,4	95,3	26.
41,0	0,9	7,3	7,3	–	55,5	221,1	–	315,5	95,3	Okt. 3.
39,1	1,2	7,5	7,5	–	55,5	218,4	–	315,5	95,3	10.
36,8	1,1	5,7	5,7	–	55,5	219,7	–	315,5	95,3	17.
36,2	1,1	6,4	6,4	–	55,5	215,7	–	315,5	95,3	24.
39,1	1,3	6,3	6,3	–	55,5	215,9	–	315,5	95,3	31.
40,5	1,3	5,3	5,3	–	55,5	215,8	–	315,5	95,3	2014 Nov. 7.
39,7	1,1	6,7	6,7	–	55,5	216,9	–	315,5	95,3	14.
41,1	1,1	6,9	6,9	–	55,5	219,5	–	315,5	95,3	21.
39,9	1,1	6,3	6,3	–	55,5	219,5	–	315,5	94,0	28.
39,7	1,5	6,1	6,1	–	55,5	218,5	–	315,5	94,0	Dez. 5.
40,5	1,1	6,3	6,3	–	55,5	216,9	–	315,5	94,0	12.
46,9	1,3	7,0	7,0	–	55,5	214,9	–	315,5	94,0	19.
47,2	1,3	6,8	6,8	–	55,5	214,8	–	315,5	94,0	26.
46,9	1,3	5,5	5,5	–	56,4	220,9	–	330,9	94,4	2015 Jan. 2.
50,8	2,4	5,0	5,0	–	56,4	214,5	–	330,9	94,7	9.
60,3	1,7	6,5	6,5	–	56,4	215,9	–	330,9	94,7	16.
86,7	1,6	6,4	6,4	–	56,4	216,0	–	330,9	95,2	23.
84,4	1,5	7,3	7,3	–	56,4	220,4	–	330,9	95,2	30.
Deutsche Bundesbank										
70,2	0,0	0,6	0,6	–	14,1	24,0	203,8	132,1	5,0	2013 März
67,9	0,0	0,6	0,6	–	14,1	24,4	204,1	132,1	5,0	April
63,5	0,0	0,6	0,6	–	14,1	25,0	207,0	132,1	5,0	Mai
61,5	0,0	0,7	0,7	–	13,9	25,3	208,2	95,0	5,0	Juni
59,7	0,0	0,1	0,1	–	13,9	25,5	211,5	95,0	5,0	Juli
58,9	0,0	0,7	0,7	–	13,9	26,0	214,8	95,0	5,0	Aug.
54,7	0,0	0,2	0,2	–	13,7	26,6	218,0	101,6	5,0	Sept.
54,6	0,0	0,1	0,1	–	13,7	27,0	220,2	101,6	5,0	Okt.
52,1	0,0	0,7	0,7	–	13,7	27,4	221,7	101,6	5,0	Nov.
52,0	1,8	0,0	0,0	–	13,5	26,8	224,3	88,1	5,0	Dez.
45,3	0,4	0,8	0,8	–	13,5	27,2	234,7	88,1	5,0	2014 Jan.
33,1	– 0,0	0,6	0,6	–	13,5	27,8	237,1	88,1	5,0	Febr.
26,4	0,0	1,3	1,3	–	13,5	23,6	238,7	95,4	5,0	März
27,4	0,0	1,0	1,0	–	13,5	23,8	240,8	95,4	5,0	April
28,9	0,0	0,5	0,5	–	13,5	24,0	243,8	95,4	5,0	Mai
25,4	0,0	0,7	0,7	–	13,7	24,4	246,7	98,3	5,0	Juni
3,4	0,0	1,0	1,0	–	13,7	24,5	251,2	98,3	5,0	Juli
2,7	0,0	1,4	1,4	–	13,7	24,6	254,8	98,3	5,0	Aug.
3,6	0,0	1,1	1,1	–	14,2	25,0	258,7	100,8	5,0	Sept.
3,6	0,0	1,4	1,4	–	14,2	25,2	261,8	100,8	5,0	Okt.
2,9	0,0	1,6	1,6	–	14,2	25,2	264,4	100,8	5,0	Nov.
12,3	0,0	0,8	0,8	–	14,4	25,5	267,9	104,5	5,0	Dez.
54,0	0,0	1,3	1,3	–	14,4	25,0	270,3	104,5	5,0	2015 Jan.

92 % des Wertes am in Umlauf befindliche Euro-Banknoten werden ebenfalls auf monatlicher Basis auf die NZBen aufgeteilt, wobei jede NZB in ihrer Bilanz den Anteil am Euro-Banknotenumschlag ausweist, der ihrem eingezahlten Anteil am Kapital der EZB entspricht. Die Differenz zwischen dem Wert der einer NZB zugeteilten Euro-Banknoten gemäß dem oben erwähnten Rechnungslegungsverfahren und dem Wert der

von dieser NZB in Umlauf gegebenen Euro-Banknoten wird ebenfalls als „Intra-Eurosystem-Forderung/Verbindlichkeit aus der Begebung von Euro-Banknoten“ ausgewiesen. ³ Für Deutsche Bundesbank: einschl. noch im Umlauf befindlicher DM-Banknoten. ⁴ Quelle: EZB.

IV. Banken

Euro-Währungsgebiet											Aktiva gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet		Sonstige Aktivpositionen 1)	Zeit
				an Nichtbanken in anderen Mitgliedsländern						insgesamt	darunter Buchkredite			
Privat-		öffentliche Haushalte		zusammen	Unternehmen und Privatpersonen		öffentliche Haushalte							
Wertpapiere	zusammen	Buchkredite	Wertpapiere 2)		zusammen	zusammen	darunter Buchkredite	zusammen	Buchkredite	Wertpapiere	insgesamt	darunter Buchkredite		
Stand am Jahres- bzw. Monatsende														
294,1	549,5	390,2	159,2	376,6	228,1	85,2	148,5	26,1	122,4	1 172,7	936,2	188,8	2006	
267,3	505,8	360,7	145,0	425,5	294,6	124,9	130,9	26,0	104,9	1 339,5	1 026,9	224,4	2007	
329,6	476,1	342,8	133,4	475,1	348,1	172,1	127,0	27,6	99,4	1 279,2	1 008,6	275,7	2008	
335,4	495,0	335,1	160,0	450,4	322,2	162,9	128,2	23,5	104,7	1 062,6	821,1	237,5	2009	
314,5	633,8	418,4	215,3	421,6	289,2	164,2	132,4	24,8	107,6	1 021,0	792,7	1 181,1	2010	
294,3	561,1	359,8	201,2	403,1	276,9	161,2	126,2	32,6	93,6	995,1	770,9	1 313,8	2011	
259,8	594,0	350,3	243,7	399,2	275,1	158,1	124,1	30,4	93,7	970,3	745,0	1 239,4	2012	
262,3	585,8	339,2	246,6	392,3	267,6	144,6	124,6	27,8	96,9	921,2	690,5	849,7	2013	
274,2	578,0	327,9	250,2	415,1	270,3	142,7	144,7	31,9	112,9	1 051,5	805,1	1 047,0	2014	
264,8	586,8	345,2	241,6	408,1	284,8	157,6	123,4	30,1	93,2	965,3	740,5	1 141,2	2013 März	
285,8	597,1	355,2	241,9	406,6	282,3	158,7	124,4	30,8	93,5	964,2	736,2	1 143,8	April	
268,9	581,6	344,6	237,0	411,8	282,3	155,8	129,5	30,7	98,8	962,8	733,7	1 048,1	Mai	
262,9	580,8	342,3	238,5	405,7	278,1	152,3	127,6	29,9	97,7	951,9	723,2	962,7	Juni	
261,7	589,2	347,3	241,9	408,2	279,2	151,0	129,0	29,9	99,1	937,8	706,4	942,0	Juli	
262,1	583,3	340,6	242,8	407,2	275,1	149,8	132,1	30,7	101,5	934,2	703,9	873,3	Aug.	
263,0	582,2	340,0	242,2	401,7	273,6	147,5	128,0	30,2	97,8	912,8	681,8	904,2	Sept.	
264,1	592,2	347,2	245,0	400,0	271,3	145,5	128,6	30,9	97,7	935,2	704,6	906,1	Okt.	
263,4	589,3	342,6	246,7	403,8	274,8	146,4	129,0	30,8	98,1	952,7	721,5	902,8	Nov.	
262,3	585,8	339,2	246,6	392,3	267,6	144,6	124,6	27,8	96,9	921,2	690,5	849,7	Dez.	
268,9	590,5	345,4	245,0	399,4	272,6	146,9	126,9	27,9	99,0	960,8	729,9	868,4	2014 Jan.	
262,0	587,6	341,1	246,5	400,6	270,1	145,8	130,4	28,4	102,1	959,2	735,1	838,8	Febr.	
267,4	583,2	336,7	246,5	401,3	270,1	145,2	131,2	28,1	103,1	954,9	723,4	824,1	März	
284,3	584,4	336,7	247,7	402,4	270,0	148,1	132,4	28,7	103,7	961,7	732,7	827,4	April	
272,7	587,6	338,2	249,5	405,2	273,0	148,8	132,2	28,6	103,6	986,8	754,4	861,0	Mai	
270,2	581,7	330,2	251,4	404,8	273,3	147,8	131,4	27,9	103,5	997,6	762,8	863,5	Juni	
273,4	587,8	333,0	254,8	407,5	273,9	148,8	133,6	28,2	105,4	1 028,4	793,4	888,9	Juli	
270,9	583,4	327,4	256,0	404,7	272,1	147,8	132,6	28,6	104,0	1 022,4	786,3	977,2	Aug.	
273,4	583,6	326,9	256,7	406,7	270,0	145,9	136,7	28,4	108,3	1 026,1	784,3	960,6	Sept.	
270,9	591,9	333,3	258,6	411,3	272,0	149,3	139,3	29,2	110,2	1 038,4	799,6	964,8	Okt.	
273,1	589,1	330,8	258,3	417,2	276,0	147,9	141,3	28,7	112,6	1 070,0	827,9	1 011,6	Nov.	
274,2	578,0	327,9	250,2	415,1	270,3	142,7	144,7	31,9	112,9	1 051,5	805,1	1 047,0	Dez.	
Veränderungen 3)														
- 14,6	- 39,6	- 29,3	- 10,3	55,1	73,6	41,5	- 18,6	0,0	- 18,6	222,7	136,5	21,1	2007	
65,4	- 28,4	- 16,9	- 11,5	37,8	42,3	40,4	- 4,5	1,6	- 6,1	- 40,3	- 7,6	29,7	2008	
10,5	21,3	- 5,1	26,4	- 20,9	- 20,9	- 7,1	0,0	- 3,9	3,9	- 182,5	- 162,3	- 99,8	2009	
- 14,3	139,7	83,4	56,3	- 29,6	- 36,4	0,2	6,8	3,1	3,7	- 74,1	- 61,9	- 46,3	2010	
- 18,0	- 74,0	- 59,1	- 14,9	- 16,6	- 13,8	- 5,5	- 2,7	8,0	- 10,7	- 39,5	- 34,9	- 112,9	2011	
- 11,8	10,7	- 10,5	21,2	- 0,2	- 0,7	- 1,5	0,5	- 2,2	2,7	- 15,5	- 17,7	- 62,2	2012	
2,0	- 7,0	- 10,9	3,9	- 3,0	- 3,4	- 9,3	0,5	- 2,6	3,1	- 38,8	- 47,2	- 420,8	2013	
13,1	- 11,0	- 13,9	2,9	15,8	1,1	- 3,2	14,7	0,9	13,8	96,1	82,3	187,5	2014	
20,9	10,3	10,1	0,2	- 0,8	- 1,8	1,9	0,9	0,7	0,3	5,7	2,1	2,5	2013 April	
- 17,1	- 15,5	- 10,5	- 4,9	5,1	- 0,1	- 3,0	5,1	- 0,1	5,2	- 1,9	- 2,8	- 95,6	Mai	
- 5,6	- 0,7	- 2,3	1,6	- 5,6	- 3,8	- 3,3	- 1,8	- 0,7	- 1,1	- 8,4	- 8,8	- 87,3	Juni	
- 1,4	8,5	5,1	3,5	3,3	1,8	- 0,5	1,5	- 0,0	1,5	- 9,2	- 11,8	- 21,0	Juli	
0,5	- 5,7	- 6,7	1,0	- 0,5	- 3,5	- 1,1	3,1	0,8	2,3	- 14,4	- 13,3	- 69,9	Aug.	
0,5	- 1,1	- 0,6	- 0,5	- 5,0	- 0,9	- 1,7	- 4,1	- 0,5	- 3,6	- 16,8	- 17,6	11,4	Sept.	
0,7	10,0	7,1	2,8	- 1,2	- 1,9	- 1,5	0,6	0,7	- 0,1	26,1	26,6	2,1	Okt.	
- 0,8	- 2,7	- 4,6	1,9	4,3	3,9	1,5	0,3	- 0,1	0,4	15,8	15,5	- 3,4	Nov.	
- 0,9	- 3,1	- 3,4	0,3	- 11,0	- 6,7	- 1,3	- 4,4	- 3,1	- 1,3	- 27,1	- 26,8	- 55,2	Dez.	
7,4	4,6	6,2	- 1,6	6,8	4,8	1,8	2,0	0,1	2,0	33,4	33,3	15,3	2014 Jan.	
- 7,1	- 2,8	- 4,3	1,5	1,7	- 1,9	- 0,3	3,6	0,5	3,1	5,0	11,5	- 30,5	Febr.	
5,5	- 4,4	- 4,5	0,0	0,7	- 0,1	- 0,6	0,8	- 0,2	1,0	- 4,4	- 12,0	- 15,4	März	
16,9	1,6	0,4	1,2	1,1	- 0,1	3,0	1,2	0,6	0,6	7,9	10,4	3,0	April	
- 11,8	3,1	1,4	1,7	2,3	2,4	0,2	- 0,2	- 0,1	0,1	18,7	15,9	33,7	Mai	
- 2,2	- 5,8	- 7,6	1,9	- 0,4	0,3	- 0,9	- 0,8	- 0,7	- 0,1	12,3	9,1	0,5	Juni	
3,5	6,1	2,7	3,4	2,5	0,4	0,6	2,2	0,3	1,8	23,6	23,9	24,1	Juli	
- 2,3	- 4,5	- 5,5	1,1	- 3,2	- 2,2	- 1,1	- 1,0	0,4	- 1,4	- 11,1	- 11,7	88,4	Aug.	
2,5	- 0,0	- 0,6	0,6	0,6	- 3,4	- 3,0	4,0	- 0,2	4,2	- 12,8	- 17,7	- 17,4	Sept.	
- 2,4	8,3	6,4	1,9	1,2	- 1,3	0,9	2,4	0,7	1,7	10,8	14,3	2,8	Okt.	
1,7	- 2,8	- 2,4	- 0,4	4,6	2,8	- 1,5	1,8	- 0,6	2,4	31,3	28,1	47,4	Nov.	
1,3	- 14,3	- 6,0	- 8,4	- 2,1	- 0,7	- 2,3	- 1,4	0,2	- 1,6	- 18,4	- 22,8	35,6	Dez.	

schreibungen aus dem Umtausch von Ausgleichsforderungen. 3 Stat. Brüche sind in den Veränderungswerten ausgeschaltet (siehe auch Anmerkung * in Tabelle II, 1).

IV. Banken

banken in anderen Mitgliedsländern 2)				Einlagen von Zentralstaaten		Verbindlichkeiten aus Repogeschäften mit Nichtbanken im Euro-Währungsgebiet	Geldmarktfondsanteile 3)	Begebene Schuldverschreibungen 3)		Passiva gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet	Kapital und Rücklagen	Sonstige Passivpositionen 1)	Zeit
mit vereinbarter Laufzeit		mit vereinbarter Kündigungsfrist		insgesamt	darunter inländische Zentralstaaten			insgesamt	darunter mit Laufzeit bis zu 2 Jahren 3)				
zusammen	darunter bis zu 2 Jahren	zusammen	darunter bis zu 3 Monaten										
Stand am Jahres- bzw. Monatsende													
45,9	9,3	2,3	1,9	45,5	41,9	17,1	32,0	1 636,7	136,4	638,5	389,6	353,7	2006
53,2	22,0	2,3	1,8	40,1	38,3	26,6	28,6	1 637,6	182,3	661,0	428,2	398,2	2007
49,5	24,9	2,4	1,8	36,6	34,8	61,1	16,4	1 609,9	233,3	666,3	461,7	451,5	2008
43,7	17,0	2,5	2,0	22,8	22,2	80,5	11,4	1 500,5	146,3	565,6	454,8	415,6	2009
46,4	16,1	2,8	2,2	39,8	38,7	86,7	9,8	1 407,8	82,3	636,0	452,6	1 290,2	2010
49,6	18,4	3,3	2,5	39,5	37,9	97,1	6,2	1 345,7	75,7	561,5	468,1	1 436,6	2011
42,3	14,7	3,8	2,8	28,9	25,9	80,4	7,3	1 233,1	56,9	611,4	487,3	1 344,7	2012
44,0	16,9	3,5	2,7	17,6	16,0	6,7	4,1	1 115,2	39,0	479,5	503,0	944,5	2013
41,8	15,6	3,3	2,7	14,1	14,0	3,4	3,6	1 076,3	40,2	535,3	535,5	1 116,7	2014
38,3	13,0	3,6	2,8	25,4	23,4	97,0	6,8	1 201,5	49,5	600,1	502,9	1 238,6	2013 März
38,0	13,1	3,6	2,8	22,6	21,8	98,9	7,4	1 192,5	50,2	602,5	502,7	1 244,1	April
38,0	12,5	3,6	2,8	27,7	22,5	98,0	7,3	1 177,8	48,5	585,4	506,6	1 141,6	Mai
37,5	11,5	3,6	2,8	28,8	21,9	113,3	5,7	1 166,0	45,5	574,3	517,2	1 050,5	Juni
37,8	12,4	3,6	2,8	27,0	23,5	89,8	5,7	1 149,8	49,5	565,9	518,3	1 032,7	Juli
39,0	14,5	3,5	2,8	18,1	16,7	3,0	5,7	1 142,8	46,2	560,2	522,6	960,6	Aug.
38,1	12,7	3,5	2,8	17,6	15,4	3,7	5,3	1 139,7	43,9	523,1	521,3	999,8	Sept.
39,5	14,2	3,5	2,7	15,2	13,9	7,7	4,7	1 131,1	44,0	525,3	520,5	1 004,2	Okt.
40,5	13,6	3,5	2,7	15,8	14,3	3,9	4,6	1 129,7	42,4	535,2	515,2	1 000,6	Nov.
44,0	16,9	3,5	2,7	17,6	16,0	6,7	4,1	1 115,2	39,0	479,5	503,0	944,5	Dez.
40,3	13,2	3,5	2,7	15,1	11,7	7,9	4,3	1 107,6	35,8	518,9	517,5	964,1	2014 Jan.
39,6	13,5	3,5	2,7	17,9	12,0	8,0	4,2	1 098,5	37,4	511,3	514,6	930,7	Febr.
41,6	15,8	3,4	2,7	16,4	11,7	5,2	4,0	1 090,4	35,1	501,5	511,5	921,0	März
40,4	14,9	3,4	2,7	14,0	13,2	7,7	4,0	1 078,9	35,4	511,2	508,3	919,0	April
41,8	16,0	3,4	2,7	16,1	10,9	4,8	4,0	1 091,2	36,7	519,8	516,8	947,6	Mai
38,3	12,8	3,4	2,7	15,0	12,8	5,2	3,9	1 085,5	39,7	498,9	531,8	946,9	Juni
37,5	12,3	3,4	2,7	16,6	11,8	8,4	3,9	1 084,0	39,0	524,2	537,7	967,4	Juli
40,3	14,4	3,3	2,7	11,8	10,6	10,1	3,7	1 079,7	41,0	523,9	550,3	1 051,1	Aug.
38,1	14,1	3,3	2,7	12,9	11,5	7,4	3,7	1 084,7	42,1	537,3	550,2	1 040,6	Sept.
40,2	14,5	3,3	2,6	12,0	11,2	9,1	3,6	1 083,0	41,9	536,9	545,3	1 047,1	Okt.
41,1	15,0	3,3	2,6	11,7	10,6	9,6	3,6	1 084,8	41,3	562,0	540,1	1 093,7	Nov.
41,8	15,6	3,3	2,7	14,1	14,0	3,4	3,6	1 076,3	40,2	535,3	535,5	1 116,7	Dez.
Veränderungen 4)													
8,0	12,9	0,0	0,1	5,8	4,3	8,1	3,4	20,9	49,3	48,7	42,3	68,3	2007
- 7,5	0,6	0,1	- 0,0	- 3,3	- 3,2	36,1	- 12,2	- 33,9	50,2	- 0,1	39,3	56,1	2008
- 5,7	- 7,7	0,1	0,2	- 2,4	- 0,8	19,4	- 5,0	- 104,6	- 87,1	- 95,3	- 0,3	- 65,0	2009
- 6,8	- 5,8	0,3	0,3	17,0	16,5	6,2	- 1,6	- 106,7	- 63,2	- 54,4	- 7,1	- 78,6	2010
- 2,2	1,7	0,5	0,3	- 0,1	- 0,7	10,0	- 3,7	- 76,9	- 6,6	- 80,5	13,7	137,8	2011
- 7,2	- 3,6	0,5	0,3	- 7,9	- 9,2	- 19,6	- 1,2	- 107,0	- 18,6	54,2	21,0	- 68,5	2012
- 0,5	2,2	- 0,3	- 0,1	- 11,3	- 10,0	4,1	- 3,2	- 104,9	- 17,6	- 134,1	18,9	- 417,1	2013
- 2,4	- 1,5	- 0,2	- 0,1	- 2,7	- 1,1	- 3,4	- 0,5	- 57,4	1,9	41,0	26,3	171,8	2014
- 0,3	0,1	- 0,0	0,0	- 2,8	- 1,6	- 1,9	0,7	- 4,3	0,8	- 6,0	0,9	- 4,7	2013 April
- 0,9	- 0,6	- 0,0	0,0	5,1	0,7	- 0,9	- 0,1	- 14,7	- 1,7	- 17,6	4,0	- 101,7	Mai
- 0,5	- 1,0	- 0,0	- 0,0	1,1	- 0,6	15,4	- 1,6	- 10,8	- 3,0	- 10,1	10,8	- 91,2	Juni
0,3	0,9	- 0,0	- 0,0	- 1,8	1,5	- 23,5	- 0,0	- 12,7	4,0	- 5,7	2,0	- 18,3	Juli
1,2	2,2	- 0,0	- 0,0	- 8,9	- 6,8	- 9,4	0,0	- 8,4	- 3,4	- 17,6	3,6	- 72,1	Aug.
- 2,2	- 1,8	- 0,0	- 0,0	- 0,5	- 1,3	0,7	- 0,5	- 0,2	- 2,2	- 34,5	- 0,5	21,4	Sept.
1,5	1,6	- 0,0	- 0,0	- 2,5	- 1,5	4,0	- 0,5	- 5,9	0,1	4,2	- 0,1	4,2	Okt.
1,0	0,7	- 0,0	- 0,0	0,6	0,4	- 3,5	- 0,1	- 2,1	- 1,6	9,3	- 5,5	- 3,8	Nov.
3,5	3,3	- 0,0	0,0	1,8	1,7	2,9	- 0,5	- 11,7	- 3,3	- 53,7	- 11,5	- 56,5	Dez.
- 3,8	- 3,7	- 0,0	- 0,0	- 2,5	- 4,2	1,2	0,1	- 12,2	- 3,3	37,2	13,5	19,8	2014 Jan.
- 0,6	0,3	- 0,0	0,0	3,6	1,1	0,1	- 0,0	- 5,1	1,7	- 4,5	- 2,2	- 33,2	Febr.
2,0	2,3	- 0,0	- 0,0	- 1,5	- 0,3	- 2,8	- 0,2	- 8,1	- 2,3	- 9,9	- 3,1	- 9,7	März
- 1,2	- 0,9	- 0,0	- 0,0	- 2,4	1,5	2,5	0,0	- 11,0	0,3	10,2	- 3,0	- 1,9	April
1,3	1,0	- 0,0	- 0,0	2,2	- 2,3	- 3,0	- 0,0	8,6	1,2	5,7	7,6	28,4	Mai
- 3,5	- 3,2	- 0,0	- 0,0	- 1,1	1,9	0,4	- 0,1	- 5,6	3,0	- 20,7	15,1	- 0,8	Juni
- 0,8	- 0,5	- 0,0	- 0,0	1,6	- 1,0	3,2	- 0,0	- 5,5	- 0,8	22,1	5,0	20,3	Juli
2,8	2,1	- 0,0	- 0,0	- 4,8	- 1,1	1,7	- 0,2	- 6,8	1,9	- 2,5	12,1	83,4	Aug.
- 2,2	- 0,3	- 0,0	- 0,0	1,1	0,8	- 2,7	0,0	- 4,4	0,8	5,7	- 2,6	- 10,9	Sept.
2,0	0,4	- 0,0	- 0,0	- 0,9	- 0,3	1,8	- 0,1	- 2,1	- 0,2	- 0,9	- 4,9	6,3	Okt.
0,9	0,5	- 0,0	- 0,0	- 0,3	- 0,6	0,4	- 0,0	2,2	- 0,6	25,3	- 5,1	46,1	Nov.
0,7	0,6	0,0	0,0	2,4	3,4	- 6,2	0,0	- 7,3	0,2	- 26,7	- 5,9	24,2	Dez.

Zentralregierungen. 3 In Deutschland zählen Bankschuldverschreibungen mit Laufzeit bis zu einem Jahr zu den Geldmarktpapieren; diese wurden bis Monatsbericht Januar

2002 zusammen mit den Geldmarktfondsanteilen veröffentlicht. 4 Statistische Brüche sind in den Veränderungswerten ausgeschaltet (siehe a. Anm. * in Tabelle II, 1).

IV. Banken

2. Wichtige Aktiva und Passiva der Banken (MFIs) in Deutschland nach Bankengruppen *)

Mrd €

Stand am Monatsende	Anzahl der berichtenden Institute	Bilanzsumme 1)	Kassenbestand und Guthaben bei Zentralnotenbanken	Kredite an Banken (MFIs)			Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs)				Beteiligungen	Sonstige Aktivpositionen 1)	
				insgesamt	darunter:		insgesamt	darunter:		Wechsel			Wertpapiere von Nichtbanken
					Guthaben und Buchkredite	Wertpapiere von Banken		bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr				
Alle Bankengruppen													
2014 Juli	1 834	7 707,7	79,2	2 617,4	2 003,7	603,1	3 893,6	388,4	2 742,7	0,5	750,7	132,2	985,3
Aug.	1 831	7 801,6	90,5	2 616,1	2 003,5	601,4	3 888,8	376,8	2 752,9	0,5	748,0	132,1	1 074,1
Sept.	1 822	7 797,7	113,5	2 587,4	1 973,0	603,3	3 906,0	380,2	2 756,6	0,5	760,4	132,8	1 058,0
Okt.	1 812	7 807,4	91,3	2 613,3	2 004,9	597,3	3 907,4	374,2	2 767,3	0,5	756,5	133,0	1 062,5
Nov.	1 807	7 891,9	82,5	2 637,8	2 029,0	597,8	3 928,8	377,9	2 775,5	0,5	765,7	132,7	1 110,1
Dez.	1 807	7 844,3	113,7	2 551,2	1 950,5	590,6	3 902,4	350,5	2 776,6	0,6	767,5	130,1	1 146,9
Kreditbanken 6)													
2014 Nov.	276	3 059,2	38,3	1 040,3	944,2	92,7	1 109,5	196,5	679,7	0,2	227,1	67,4	803,7
Dez.	276	3 034,1	59,2	992,2	897,6	91,3	1 092,6	178,9	680,9	0,3	229,4	65,2	825,0
Großbanken 7)													
2014 Nov.	4	1 965,0	9,1	651,5	599,8	48,7	477,0	106,0	253,9	0,1	112,7	59,4	768,0
Dez.	4	1 935,6	9,7	619,9	569,3	47,7	459,5	90,0	253,0	0,2	114,1	57,0	789,5
Regionalbanken und sonstige Kreditbanken													
2014 Nov.	163	849,0	16,1	229,4	186,6	42,3	567,2	70,5	391,0	0,1	105,2	6,7	29,7
Dez.	163	846,4	23,2	219,7	177,6	41,6	567,4	68,3	392,5	0,1	106,1	6,6	29,5
Zweigstellen ausländischer Banken													
2014 Nov.	109	245,2	13,1	159,5	157,8	1,7	65,4	20,1	34,8	–	9,2	1,3	6,0
Dez.	109	252,1	26,3	152,6	150,6	2,0	65,7	20,6	35,4	0,0	9,3	1,6	6,0
Landesbanken													
2014 Nov.	9	1 082,4	2,9	360,1	252,6	104,9	557,1	63,1	379,3	0,1	112,7	12,6	149,7
Dez.	9	1 060,6	6,7	340,3	235,2	102,5	547,4	59,2	379,3	0,1	106,3	12,4	153,8
Sparkassen													
2014 Nov.	416	1 122,6	14,9	219,1	86,4	132,0	856,2	53,1	667,1	0,1	135,9	15,5	16,9
Dez.	416	1 126,8	19,4	216,2	85,4	130,4	858,3	53,2	667,4	0,1	137,5	15,2	17,7
Genossenschaftliche Zentralbanken													
2014 Nov.	2	280,1	0,2	158,6	125,6	33,0	62,5	9,9	22,5	0,0	30,0	14,3	44,4
Dez.	2	281,2	0,6	155,0	122,0	32,8	62,8	9,7	22,2	0,0	30,5	14,4	48,5
Kreditgenossenschaften													
2014 Nov.	1 047	786,2	10,9	174,9	57,1	117,4	566,7	32,2	448,0	0,1	86,4	14,3	19,4
Dez.	1 047	786,6	12,4	170,8	54,2	116,4	569,4	32,4	449,1	0,1	87,8	14,4	19,6
Realkreditinstitute													
2014 Nov.	17	400,7	0,6	96,8	61,6	32,2	287,8	5,5	212,7	–	69,5	0,6	15,0
Dez.	17	398,5	0,4	93,8	59,0	31,9	288,2	4,8	212,5	–	70,9	0,6	15,5
Bausparkassen													
2014 Nov.	21	210,8	0,1	61,6	45,1	16,5	143,3	1,6	121,3	–	20,5	0,3	5,4
Dez.	21	211,7	0,1	62,1	45,5	16,6	143,8	1,6	121,6	–	20,6	0,3	5,4
Banken mit Sonderaufgaben													
2014 Nov.	19	949,7	14,6	526,3	456,4	69,0	345,6	15,9	245,0	–	83,6	7,7	55,5
Dez.	19	944,9	15,0	520,7	451,7	68,7	340,1	10,8	243,6	–	84,4	7,7	61,4
Nachrichtlich: Auslandsbanken 8)													
2014 Nov.	145	896,1	24,4	337,4	294,9	39,5	426,2	67,6	242,8	0,1	112,6	5,8	102,3
Dez.	145	894,3	42,8	313,3	270,3	40,1	427,1	67,4	242,7	0,2	114,7	5,5	105,6
darunter: Banken im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken 9)													
2014 Nov.	36	650,9	11,3	177,9	137,1	37,9	360,9	47,5	208,0	0,1	103,4	4,5	96,3
Dez.	36	642,2	16,5	160,7	119,6	38,1	361,4	46,8	207,4	0,1	105,4	4,0	99,6

* Aktiva und Passiva der Monetären Finanzinstitute (MFIs) in Deutschland. Nicht enthalten sind Aktiva und Passiva der Auslandsfilialen sowie der – ebenfalls zu den MFIs zählenden – Geldmarktfonds und der Bundesbank. Für die Abgrenzung der Positionen siehe Anm. zur Tabelle IV.3. 1 Aufgrund des Gesetzes zur Modernisierung des Bilanzrechts vom 25. Mai 2009 enthalten die "sonstigen Aktiv- bzw. Passivpositionen" ab dem Meldetermin Dezember 2010 derivative Finanzinstrumente des

Handelsbestands (Handelsbestandsderivate) i.S. des § 340e Abs. 3 Satz 1 HGB i.V.m. § 35 Abs. 1 Nr.1a RechKredV. Eine separate Darstellung der Handelsbestandsderivate finden Sie im Statistischen Beiheft zum Monatsbericht 1, Bankenstatistik, in den Tabellen I.1 bis I.3. 2 Für „Bausparkassen“: Einschl. Bauspareinlagen; siehe dazu Tab. IV.12. 3 In den Termineinlagen enthalten. 4 Ohne Bauspareinlagen; siehe auch Anm. 2. 5 Einschl. börsenfähiger nachrangig begebener Inhaberschuldverschrei-

IV. Banken

Einlagen und aufgenommene Kredite von Banken (MFIs)			Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken (Nicht-MFIs)									Inhaberschuldverschreibungen im Umlauf 5)	Kapital einschl. offener Rücklagen, Genussrechtskapital, Fonds für allgemeine Bankrisiken	Sonstige Passivpositionen 1)	Stand am Monatsende
insgesamt	darunter:		insgesamt	darunter:					insgesamt	Sparbriefe	Spareinlagen 4)				
	Sichteinlagen	Termin-einlagen		Sichteinlagen	Termineinlagen mit Befristung 2)		Nachrichtlich: Verbindlichkeiten aus Repos 3)	darunter mit dreimonatiger Kündigungsfrist							
				bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr 2)										
Alle Bankengruppen															
1 722,0	454,7	1 267,2	3 343,0	1 602,3	319,4	724,7	92,4	613,8	535,1	82,8	1 160,1	460,1	1 022,5	2014 Juli	
1 716,7	418,4	1 298,3	3 349,9	1 599,8	328,5	724,3	85,8	615,3	535,7	82,0	1 164,6	463,8	1 106,5	Aug.	
1 715,5	448,3	1 267,1	3 352,8	1 609,9	319,4	724,5	80,6	615,8	535,7	83,2	1 168,4	464,9	1 096,2	Sept.	
1 720,2	438,0	1 282,2	3 357,3	1 632,0	307,2	720,3	83,1	615,3	535,4	82,4	1 162,0	465,0	1 102,9	Okt.	
1 743,6	457,1	1 286,5	3 375,0	1 650,0	308,8	721,4	76,4	614,6	535,1	80,2	1 157,0	466,6	1 149,7	Nov.	
1 721,0	404,9	1 316,1	3 339,2	1 630,8	297,3	714,3	43,3	617,0	538,8	79,8	1 147,9	464,6	1 171,6	Dez.	
Kreditbanken 6)															
730,1	292,0	438,0	1 246,3	732,4	170,0	204,2	53,6	114,3	99,1	25,5	144,8	158,6	779,5	2014 Nov.	
722,6	259,6	463,0	1 218,2	717,3	156,9	203,5	29,7	114,8	99,4	25,7	143,1	158,2	792,1	Dez.	
Großbanken 7)															
499,8	217,3	282,5	541,9	298,2	89,8	73,8	53,4	70,8	68,4	9,2	105,7	95,1	722,6	2014 Nov.	
484,8	189,2	295,6	513,3	284,9	74,5	73,6	29,3	71,0	68,4	9,4	104,5	95,2	737,8	Dez.	
Regionalbanken und sonstige Kreditbanken															
134,3	40,0	94,3	572,3	350,1	60,1	103,8	0,2	43,2	30,5	15,1	38,5	54,4	49,4	2014 Nov.	
136,7	36,2	100,5	569,5	347,5	60,3	103,0	0,4	43,5	30,8	15,1	38,0	54,5	47,8	Dez.	
Zweigstellen ausländischer Banken															
96,0	34,8	61,2	132,1	84,1	20,1	26,6	-	0,2	0,2	1,2	0,6	9,1	7,5	2014 Nov.	
101,1	34,2	66,9	135,4	84,9	22,1	26,9	-	0,3	0,2	1,2	0,6	8,5	6,5	Dez.	
Landesbanken															
313,4	56,6	256,8	305,4	113,3	56,4	121,1	19,9	14,5	10,9	0,1	251,6	59,7	152,4	2014 Nov.	
301,7	42,8	258,9	294,9	111,3	55,3	113,8	11,8	14,5	10,9	0,1	249,0	58,4	156,4	Dez.	
Sparkassen															
146,9	12,2	134,7	826,8	448,8	25,6	15,0	-	297,2	256,8	40,3	14,3	90,0	44,6	2014 Nov.	
148,0	12,2	135,8	829,5	450,0	26,5	15,0	-	298,3	257,8	39,7	14,5	90,0	44,7	Dez.	
Genossenschaftliche Zentralbanken															
137,0	36,2	100,8	30,2	8,9	8,9	10,3	1,5	-	-	2,2	54,7	15,6	42,6	2014 Nov.	
135,6	36,2	99,4	30,2	8,3	9,5	10,1	1,0	-	-	2,2	53,4	15,6	46,5	Dez.	
Kreditgenossenschaften															
102,6	5,2	97,3	581,9	325,8	36,0	20,9	-	188,1	167,8	11,1	9,1	60,0	32,6	2014 Nov.	
102,8	5,3	97,6	581,9	325,1	36,3	20,6	-	188,9	170,1	11,0	9,2	60,1	32,6	Dez.	
Realkreditinstitute															
98,0	8,2	89,9	148,4	8,3	7,8	132,1	-	0,2	0,2	-	118,4	16,6	19,3	2014 Nov.	
98,4	7,6	90,8	147,4	8,3	7,6	131,2	0,0	0,2	0,2	-	116,5	16,3	19,9	Dez.	
Bausparkassen															
23,5	2,8	20,7	159,2	0,5	0,6	156,8	-	0,3	0,3	1,0	2,9	9,1	16,0	2014 Nov.	
23,2	1,6	21,6	162,1	0,6	0,6	159,6	-	0,4	0,4	1,0	2,8	9,2	14,5	Dez.	
Banken mit Sonderaufgaben															
192,2	43,9	148,3	76,9	12,2	3,7	61,0	1,4	-	-	-	561,2	56,8	62,7	2014 Nov.	
188,7	39,6	149,1	75,0	10,0	4,5	60,6	0,8	-	-	-	559,4	56,8	64,9	Dez.	
Nachrichtlich: Auslandsbanken 8)															
226,0	82,0	144,0	485,3	314,7	61,2	77,0	9,4	21,6	21,2	10,7	25,7	49,0	110,2	2014 Nov.	
225,1	77,9	147,2	485,0	315,9	59,9	76,8	8,2	21,7	21,3	10,6	25,1	48,4	110,7	Dez.	
darunter: Banken im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken 9)															
130,1	47,3	82,8	353,1	230,6	41,2	50,5	9,4	21,4	21,0	9,5	25,1	39,9	102,7	2014 Nov.	
124,0	43,7	80,3	349,5	230,9	37,8	50,0	8,2	21,5	21,1	9,4	24,5	39,9	104,2	Dez.	

bungen; ohne nicht börsenfähige Inhaberschuldverschreibungen. 6 Die Kreditbanken umfassen die Untergruppen „Großbanken“, „Regionalbanken und sonstige Kreditbanken“ und „Zweigstellen ausländischer Banken“. 7 Deutsche Bank AG, Dresdner Bank AG (bis Nov. 2009), Commerzbank AG, UniCredit Bank AG (vormals Bayerische Hypo- und Vereinsbank AG) und Deutsche Postbank AG. 8 Summe der in anderen

Bankengruppen enthaltenen Banken im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken sowie der Gruppe (rechtlich unselbständiger) „Zweigstellen ausländischer Banken“. 9 Ausgliederung der in anderen Bankengruppen enthaltenen rechtlich selbständigen Banken (MFIs) im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken.

IV. Banken

3. Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Inland *)

Mrd €

Zeit	Kassenbestand an Noten und Münzen in Eurowährungen	Guthaben bei der Deutschen Bundesbank	Kredite an inländische Banken (MFIs)						Kredite an inländische Nichtbanken (Nicht-MFIs)				
			insgesamt	Guthaben und Buchkredite	Wechsel	börsenfähige Geldmarktpapiere von Banken	Wertpapiere von Banken	Nachrichtlich: Treuhandkredite	insgesamt	Buchkredite	Wechsel	Schatzwechsel und börsenfähige Geldmarktpapiere von Nichtbanken	Wertpapiere von Nichtbanken 1)
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)													
2005	15,1	47,9	1 684,5	1 096,8	0,0	6,7	580,9	2,1	2 995,1	2 632,7	2,4	2,4	357,6
2006	16,0	49,4	1 637,8	1 086,3	-	9,3	542,2	1,9	3 000,7	2 630,3	1,9	2,0	366,5
2007	17,5	64,6	1 751,8	1 222,5	0,0	25,3	504,0	2,3	2 975,7	2 647,9	1,6	1,5	324,7
2008	17,4	102,6	1 861,7	1 298,1	0,0	55,7	507,8	2,0	3 071,1	2 698,9	1,2	3,1	367,9
2009	16,9	78,9	1 711,5	1 138,0	-	31,6	541,9	2,2	3 100,1	2 691,8	0,8	4,0	403,5
2010	16,0	79,6	1 686,3	1 195,4	-	7,5	483,5	1,8	3 220,9	2 770,4	0,8	27,9	421,8
2011	15,8	93,8	1 725,6	1 267,9	-	7,1	450,7	2,1	3 197,8	2 774,6	0,8	6,4	415,9
2012	18,5	134,3	1 655,0	1 229,1	-	2,4	423,5	2,4	3 220,4	2 785,5	0,6	2,2	432,1
2013	18,5	85,6	1 545,6	1 153,1	0,0	1,7	390,8	2,2	3 131,6	2 692,6	0,5	1,2	437,2
2014	18,9	81,3	1 425,9	1 065,7	0,0	2,1	358,2	1,7	3 167,3	2 712,2	0,4	0,7	454,0
2013 Juli	14,5	89,9	1 536,2	1 132,8	0,0	2,0	401,4	2,3	3 230,8	2 796,7	0,4	2,0	431,7
Aug.	15,1	91,5	1 637,1	1 235,3	-	1,9	399,9	2,3	3 127,2	2 691,9	0,4	1,9	433,1
Sept.	14,7	97,8	1 620,4	1 219,6	-	1,7	399,0	2,2	3 127,5	2 691,9	0,4	2,1	433,1
Okt.	15,6	60,7	1 617,5	1 222,3	-	1,5	393,6	2,2	3 138,2	2 698,4	0,4	1,6	437,7
Nov.	15,0	62,5	1 627,0	1 231,9	0,0	1,4	393,8	2,2	3 139,2	2 698,3	0,4	1,8	438,6
Dez.	18,5	85,6	1 545,6	1 153,1	0,0	1,7	390,8	2,2	3 131,6	2 692,6	0,5	1,2	437,2
2014 Jan.	14,7	63,3	1 566,3	1 177,0	0,0	1,7	387,6	2,2	3 140,7	2 696,3	0,4	1,2	442,7
Febr.	14,9	51,6	1 578,3	1 192,8	0,0	1,7	383,8	1,6	3 134,5	2 695,3	0,4	1,4	437,4
März	14,4	50,5	1 551,1	1 168,8	0,0	1,5	380,8	1,6	3 136,4	2 692,5	0,4	1,4	442,1
April	15,3	65,2	1 527,8	1 146,6	0,0	1,3	379,8	1,6	3 158,0	2 696,1	0,4	1,7	459,8
Mai	15,2	58,4	1 550,5	1 170,8	0,0	1,2	378,5	1,6	3 154,3	2 702,7	0,4	1,4	449,9
Juni	14,7	59,9	1 511,7	1 136,0	0,0	2,6	373,0	1,6	3 147,3	2 697,0	0,3	1,8	448,1
Juli	14,7	48,6	1 508,3	1 135,2	0,0	2,4	370,8	1,6	3 155,7	2 699,2	0,3	1,9	454,3
Aug.	15,3	60,2	1 512,3	1 140,9	0,0	2,3	369,1	1,6	3 155,0	2 699,5	0,3	1,4	453,8
Sept.	15,0	80,8	1 488,5	1 117,3	0,0	2,2	369,0	1,6	3 165,0	2 707,1	0,3	0,9	456,7
Okt.	15,2	61,8	1 493,6	1 126,5	0,0	2,3	364,8	1,6	3 169,0	2 711,8	0,3	1,2	455,7
Nov.	15,4	52,8	1 486,8	1 121,2	0,0	2,3	363,3	1,6	3 178,9	2 719,7	0,3	0,9	458,1
Dez.	18,9	81,3	1 425,9	1 065,7	0,0	2,1	358,2	1,7	3 167,3	2 712,2	0,4	0,7	454,0
Veränderungen *)													
2006	+ 0,9	+ 1,5	- 3,6	+ 24,5	- 0,0	+ 2,6	- 30,6	- 0,2	- 12,4	- 20,3	- 0,5	- 0,4	+ 8,8
2007	+ 1,5	+ 15,2	+ 114,8	+ 137,6	+ 0,0	+ 17,0	- 39,8	+ 0,4	- 15,9	+ 12,1	- 0,3	- 0,5	- 27,2
2008	- 0,1	+ 39,4	+ 125,9	+ 90,1	± 0,0	+ 30,6	+ 5,2	- 0,8	+ 92,0	+ 47,3	- 0,4	+ 1,8	+ 43,3
2009	- 0,5	- 23,6	- 147,2	- 157,3	- 0,0	- 24,1	+ 34,3	+ 0,2	+ 25,7	- 11,2	- 0,4	+ 1,4	+ 35,9
2010	- 0,9	+ 0,6	- 19,3	+ 61,5	± 0,0	- 24,0	- 56,8	- 0,3	+ 130,5	+ 78,7	+ 0,0	+ 23,8	+ 28,0
2011	- 0,2	+ 14,2	+ 47,3	+ 80,5	-	- 0,4	- 32,8	- 0,1	- 30,6	- 3,2	+ 0,0	- 21,5	- 5,9
2012	+ 2,7	+ 40,5	- 68,6	- 37,5	-	- 4,6	- 26,5	+ 0,1	+ 21,0	+ 9,8	- 0,2	- 4,3	+ 15,7
2013	+ 0,0	- 48,8	- 204,1	- 170,6	+ 0,0	- 0,7	- 32,7	- 0,2	+ 4,4	+ 0,3	- 0,1	- 0,6	+ 4,8
2014	+ 0,4	- 4,3	- 119,3	- 87,1	+ 0,0	+ 0,4	- 32,6	+ 0,1	+ 36,8	+ 20,6	- 0,1	- 0,6	+ 16,9
2013 Juli	- 0,4	- 1,8	- 24,5	- 18,8	+ 0,0	+ 0,1	- 5,8	- 0,1	- 7,2	- 9,3	- 0,0	+ 0,7	+ 1,4
Aug.	+ 0,6	+ 1,4	+ 3,4	+ 5,0	- 0,0	- 0,1	- 1,4	+ 0,0	- 10,7	- 12,0	- 0,0	- 0,2	+ 1,4
Sept.	- 0,4	+ 6,3	- 16,7	- 15,6	-	- 0,2	- 0,9	- 0,1	+ 0,3	+ 0,1	- 0,0	+ 0,2	+ 0,0
Okt.	+ 0,9	- 37,0	- 2,9	+ 2,7	-	- 0,2	- 5,4	- 0,0	+ 10,8	+ 6,6	+ 0,0	- 0,5	+ 4,6
Nov.	- 0,6	+ 1,8	+ 9,5	+ 9,5	+ 0,0	+ 0,2	+ 0,1	- 0,0	+ 1,0	- 0,1	+ 0,0	+ 0,2	+ 0,8
Dez.	+ 3,5	+ 23,1	- 81,4	- 78,8	+ 0,0	+ 0,4	- 3,0	+ 0,0	- 7,5	- 5,6	+ 0,1	- 0,6	- 1,3
2014 Jan.	- 3,8	- 22,3	+ 20,8	+ 23,9	- 0,0	- 0,0	- 3,2	- 0,0	+ 9,1	+ 3,7	- 0,1	- 0,1	+ 5,6
Febr.	+ 0,2	- 11,7	+ 12,0	+ 15,9	-	- 0,1	- 3,8	- 0,0	- 6,2	- 1,0	- 0,0	+ 0,2	- 5,3
März	- 0,6	- 1,0	- 27,2	- 24,0	-	- 0,1	- 3,0	- 0,0	+ 2,1	- 2,7	- 0,0	+ 0,0	+ 4,7
April	+ 0,9	+ 14,7	- 23,3	- 22,2	-	- 0,2	- 0,9	- 0,0	+ 21,5	+ 3,6	+ 0,0	+ 0,3	+ 17,7
Mai	- 0,1	- 6,8	+ 22,7	+ 24,1	-	- 0,1	- 1,3	- 0,0	- 3,7	+ 6,6	- 0,0	- 0,3	- 9,9
Juni	- 0,6	+ 1,5	- 38,9	- 34,8	+ 0,0	+ 1,4	- 5,5	+ 0,1	- 6,0	- 4,7	- 0,0	+ 0,5	- 1,7
Juli	+ 0,1	- 11,3	- 3,4	- 0,9	-	- 0,3	- 2,2	- 0,1	+ 8,4	+ 2,2	- 0,0	+ 0,0	+ 6,1
Aug.	+ 0,5	+ 11,6	+ 4,3	+ 6,0	-	- 0,1	- 1,7	- 0,0	- 0,8	+ 0,2	- 0,0	- 0,5	- 0,5
Sept.	- 0,2	+ 20,6	- 23,7	- 23,5	-	- 0,1	- 0,1	+ 0,0	+ 10,0	+ 7,7	- 0,0	- 0,5	+ 2,9
Okt.	+ 0,1	- 19,0	+ 5,1	+ 9,2	-	+ 0,1	- 4,2	+ 0,0	+ 4,1	+ 4,7	- 0,0	+ 0,4	- 1,0
Nov.	+ 0,2	- 9,0	- 6,9	- 5,3	+ 0,0	- 0,0	- 1,6	- 0,0	+ 9,9	+ 7,9	+ 0,0	- 0,4	+ 2,4
Dez.	+ 3,6	+ 28,5	- 60,8	- 55,6	+ 0,0	- 0,1	- 5,1	+ 0,1	- 11,6	- 7,6	+ 0,1	- 0,1	- 4,1

* Siehe Tab. IV. 2, Anm. *; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerk. 1 Ohne Schuldver-

schreibungen aus dem Umtausch von Ausgleichsforderungen; siehe auch Anm. 2. 2 Einschl. Schuldverschreibungen aus dem Umtausch von Ausgleichsforderungen. 3 Einschl. Verbindlichkeiten aus Namensschuldverschreibungen, Namensgeldmarktpapieren, nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen; einschl. nach-

IV. Banken

Nachrichtlich: Treuhandkredite	Beteiligungen an ausländischen Banken und Unternehmen	Einlagen und aufgenommene Kredite von ausländischen Banken (MFIs)						Einlagen und aufgenommene Kredite von ausländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs)						Nachrichtlich: Treuhandkredite	Zeit
		insgesamt	Sichteinlagen	Termineinlagen (einschl. Sparbriefe)			Nachrichtlich: Treuhandkredite	insgesamt	Sichteinlagen	Termineinlagen (einschl. Sparbriefe)			Nachrichtlich: Treuhandkredite		
				zusammen	kurzfristig	mittel- und langfristig				zusammen	kurzfristig	mittel- und langfristig			
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)															
10,6	37,2	651,7	102,9	548,8	420,4	128,4	0,6	316,4	62,0	254,4	119,4	135,0	1,2	2005	
5,8	50,4	689,7	168,1	521,6	397,3	124,3	0,4	310,1	82,1	228,0	111,5	116,5	1,5	2006	
5,7	48,3	738,9	164,7	574,1	461,2	113,0	0,2	303,1	76,0	227,1	122,3	104,8	3,1	2007	
25,5	45,1	703,3	218,1	485,1	362,3	122,9	0,3	286,1	92,2	193,9	95,1	98,8	2,5	2008	
32,1	45,4	652,6	213,6	439,0	307,4	131,6	0,2	216,3	78,1	138,2	73,7	64,5	1,9	2009	
15,6	48,8	741,7	258,7	483,0	349,3	133,6	0,1	227,6	84,8	142,7	76,7	66,0	1,5	2010	
32,9	45,0	655,7	242,6	413,1	289,4	123,7	0,1	225,9	92,3	133,6	66,9	66,6	1,3	2011	
32,6	46,4	691,1	289,4	401,7	284,6	117,0	0,1	237,6	107,2	130,3	69,1	61,2	1,2	2012	
30,8	39,0	515,7	222,6	293,2	196,0	97,2	0,1	257,8	118,1	139,7	76,8	62,9	1,0	2013	
14,0	35,6	609,1	277,1	332,0	242,7	89,4	0,1	221,0	113,1	107,9	47,8	60,1	0,7	2014	
32,0	46,3	641,4	277,6	363,8	260,3	103,5	0,1	250,6	126,4	124,2	63,7	60,5	1,1	2013 Juli	
32,0	46,3	627,6	254,2	373,3	269,3	104,0	0,1	253,6	129,3	124,3	65,0	59,3	1,1	Aug.	
31,7	46,1	601,4	273,2	328,2	225,5	102,7	0,1	246,8	123,1	123,7	63,6	60,0	1,1	Sept.	
31,5	46,1	594,9	258,7	336,2	235,7	100,5	0,1	246,8	124,2	122,6	62,3	60,3	1,1	Okt.	
31,8	44,1	591,4	274,9	316,4	216,2	100,2	0,1	257,7	126,6	131,1	68,7	62,4	1,1	Nov.	
30,8	39,0	515,7	222,6	293,2	196,0	97,2	0,1	257,8	118,1	139,7	76,8	62,9	1,0	Dez.	
31,0	41,6	574,8	274,6	300,2	206,7	93,5	0,1	257,4	127,1	130,3	67,1	63,2	1,0	2014 Jan.	
14,4	40,0	554,1	256,2	297,9	205,6	92,3	0,1	256,1	128,6	127,5	66,2	61,3	1,0	Febr.	
14,4	39,7	554,2	257,3	297,0	200,1	96,9	0,1	251,9	129,4	122,5	62,8	59,7	1,0	März	
14,4	39,7	567,4	254,6	312,8	215,7	97,0	0,1	255,4	134,1	121,3	61,6	59,7	1,0	April	
14,4	39,7	564,4	256,4	308,0	212,7	95,3	0,1	260,8	140,6	120,2	59,7	60,6	1,0	Mai	
14,2	38,6	556,0	272,6	283,5	190,5	92,9	0,1	256,5	144,2	112,2	53,0	59,3	1,1	Juni	
14,3	37,7	587,4	287,2	300,2	209,6	90,5	0,1	269,1	147,3	121,8	62,8	59,0	0,9	Juli	
14,7	37,7	592,2	274,2	317,9	230,3	87,6	0,1	258,3	127,7	130,5	70,5	60,1	1,3	Aug.	
14,7	37,7	598,2	292,6	305,6	216,9	88,8	0,1	260,2	135,1	125,2	64,9	60,2	1,3	Sept.	
14,6	37,8	597,5	289,0	308,5	220,4	88,2	0,1	260,0	137,5	122,5	62,6	59,9	1,3	Okt.	
14,7	37,6	627,5	301,3	326,3	238,4	87,8	0,1	258,6	132,1	126,5	65,7	60,8	1,3	Nov.	
14,0	35,6	609,1	277,1	332,0	242,7	89,4	0,1	221,0	113,1	107,9	47,8	60,1	0,7	Dez.	
Veränderungen *)															
- 5,1	+ 13,8	+ 56,2	+ 68,3	- 12,1	- 13,7	+ 1,6	- 0,2	- 0,8	+ 21,2	- 22,0	- 5,1	- 17,0	- 0,2	2006	
- 0,1	- 0,8	+ 67,3	+ 1,5	+ 65,8	+ 74,0	- 8,3	- 0,1	+ 4,6	- 5,5	+ 10,2	+ 16,6	- 6,4	+ 1,6	2007	
+ 0,7	- 3,1	- 50,1	+ 52,2	- 102,3	- 120,7	+ 18,5	+ 0,1	- 12,4	+ 16,1	- 28,5	- 19,4	- 9,1	- 0,6	2008	
- 3,2	+ 0,1	- 81,4	- 2,1	- 79,3	- 57,5	- 21,7	- 0,2	- 33,5	- 13,3	- 20,1	- 17,0	- 3,1	- 0,6	2009	
+ 0,2	+ 1,4	+ 895,4	+ 42,0	+ 542,4	+ 38,1	+ 136,8	- 0,1	- 1,6	+ 6,0	- 7,6	- 3,3	- 4,4	- 0,4	2010	
- 0,1	- 3,9	- 88,8	- 13,8	- 75,0	- 61,8	- 13,1	- 0,0	- 9,3	+ 6,4	- 15,7	- 10,4	- 5,3	- 0,2	2011	
- 0,3	+ 1,5	+ 38,2	+ 51,7	- 13,5	- 7,5	- 6,0	- 0,0	+ 12,6	+ 15,2	- 2,6	+ 2,5	- 5,1	- 0,1	2012	
- 1,8	- 7,2	- 174,0	- 75,6	- 98,4	- 83,1	- 15,4	- 0,0	+ 13,5	+ 9,6	+ 3,9	+ 6,9	- 3,0	- 0,2	2013	
+ 0,1	- 3,8	+ 75,5	+ 47,8	+ 27,7	+ 38,2	- 10,5	- 0,0	- 43,6	- 8,3	- 35,3	- 30,7	- 4,6	+ 0,2	2014	
- 0,1	- 0,1	- 5,7	+ 8,9	- 14,6	- 13,9	- 0,6	-	- 4,0	+ 0,3	- 4,2	- 4,0	- 0,3	+ 0,0	2013 Juli	
- 0,0	+ 0,0	- 24,9	+ 34,0	+ 9,1	+ 8,8	+ 0,3	-	- 0,5	- 0,4	- 0,1	+ 1,2	- 1,3	- 0,0	Aug.	
- 0,3	- 0,2	- 23,9	+ 19,5	- 43,5	- 42,4	- 1,1	- 0,0	- 7,3	- 5,9	- 1,4	- 1,1	- 0,3	- 0,0	Sept.	
- 0,2	+ 0,0	- 4,8	- 13,7	+ 8,9	+ 10,8	- 1,9	-	+ 0,6	+ 1,3	- 0,7	- 1,2	+ 0,5	+ 0,0	Okt.	
+ 0,2	- 1,9	- 2,8	+ 15,7	- 18,5	- 18,1	- 0,4	-	+ 9,5	+ 2,6	+ 6,9	+ 4,8	+ 2,0	- 0,0	Nov.	
- 0,9	- 5,1	- 73,9	- 51,7	- 22,2	- 19,5	- 2,7	- 0,0	+ 0,9	- 8,2	+ 9,1	+ 8,3	+ 0,8	- 0,1	Dez.	
+ 0,2	+ 2,5	+ 56,6	+ 51,1	+ 5,5	+ 9,7	- 4,2	-	- 1,5	+ 8,6	- 10,1	- 10,0	- 0,1	- 0,1	2014 Jan.	
- 0,1	- 1,6	- 18,0	- 17,2	- 0,9	- 0,1	- 0,8	-	- 0,3	+ 1,9	- 2,2	- 0,6	- 1,6	- 0,0	Febr.	
+ 0,0	- 0,2	+ 0,0	+ 0,9	- 0,9	- 5,5	+ 4,6	- 0,0	- 4,3	+ 0,7	- 5,0	- 3,4	- 1,5	+ 0,0	März	
- 0,1	- 0,0	+ 13,6	- 2,4	+ 16,0	+ 15,8	+ 0,2	-	+ 3,7	+ 4,9	- 1,2	- 1,2	+ 0,0	+ 0,0	April	
+ 0,0	- 0,1	- 5,4	+ 0,9	- 6,3	- 4,1	- 2,2	-	+ 4,4	+ 6,0	- 1,6	- 2,1	+ 0,6	+ 0,0	Mai	
- 0,2	- 1,0	- 8,2	+ 16,2	- 24,4	- 22,1	- 2,3	- 0,0	- 4,3	+ 3,7	- 8,0	- 6,7	- 1,3	+ 0,0	Juni	
+ 0,1	- 1,0	+ 28,6	+ 13,5	+ 15,1	+ 18,0	- 2,8	-	+ 11,6	+ 2,6	+ 9,0	+ 9,6	- 0,5	- 0,1	Juli	
+ 0,4	- 0,0	+ 2,7	- 14,0	+ 16,7	+ 19,8	- 3,1	-	- 11,5	- 20,0	+ 8,4	+ 7,6	+ 0,8	+ 0,3	Aug.	
+ 0,1	- 0,1	- 0,6	+ 16,1	- 16,7	- 16,9	+ 0,2	- 0,0	- 0,4	+ 6,2	- 6,6	- 6,1	- 0,5	+ 0,1	Sept.	
- 0,1	+ 0,1	- 1,1	- 3,7	+ 2,7	+ 3,3	- 0,7	-	- 0,3	+ 2,4	- 2,7	- 2,3	- 0,4	- 0,0	Okt.	
+ 0,0	- 0,2	+ 30,0	+ 12,2	+ 17,8	+ 18,1	- 0,3	-	- 1,4	- 5,4	+ 4,1	+ 3,2	+ 0,9	- 0,1	Nov.	
- 0,2	- 2,1	- 22,8	- 26,0	+ 3,1	+ 2,2	+ 0,9	- 0,0	- 39,3	- 19,8	- 19,5	- 18,4	- 1,1	- 0,1	Dez.	

IV. Banken

5. Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland an inländische Nichtbanken (Nicht-MFIs)*

Mrd €

Zeit	Kredite an inländische Nichtbanken insgesamt		Kurzfristige Kredite							Mittel- und langfristige	
	mit börsenfähige(n) Geldmarktpapieren(n), Wertpapieren(n), Ausleihforderungen	ohne börsenfähige(n) Geldmarktpapieren(n), Wertpapieren(n), Ausleihforderungen	an Unternehmen und Privatpersonen				an öffentliche Haushalte			insgesamt	an Unternehmen
			insgesamt	zusammen	Buchkredite und Wechsel	börsenfähige Geldmarktpapiere	zusammen	Buchkredite	Schatzwechsel		
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)											
2005	2 995,1	2 635,1	309,7	273,5	272,9	0,6	36,2	34,4	1,8	2 685,4	2 141,3
2006	3 000,7	2 632,2	303,1	269,8	269,3	0,6	33,3	31,9	1,4	2 697,6	2 181,8
2007	2 975,7	2 649,5	331,2	301,8	301,5	0,3	29,4	28,2	1,2	2 644,6	2 168,3
2008	3 071,1	2 700,1	373,0	337,5	335,3	2,2	35,5	34,5	1,0	2 698,1	2 257,8
2009	3 100,1	2 692,6	347,3	306,3	306,2	0,1	41,0	37,1	3,9	2 752,8	2 299,7
2010	3 220,9	2 771,3	428,0	283,0	282,8	0,2	145,0	117,2	27,7	2 793,0	2 305,6
2011	3 197,8	2 775,4	383,3	316,5	316,1	0,4	66,8	60,7	6,0	2 814,5	2 321,9
2012	3 220,4	2 786,1	376,1	316,8	316,3	0,5	59,3	57,6	1,7	2 844,3	2 310,9
2013	3 131,6	2 693,2	269,1	217,7	217,0	0,6	51,4	50,8	0,6	2 862,6	2 328,6
2014	3 167,3	2 712,6	257,5	212,7	212,1	0,6	44,8	44,7	0,1	2 909,8	2 376,9
2013 Juli	3 230,8	2 797,1	376,1	319,9	319,3	0,6	56,1	54,7	1,4	2 854,8	2 323,0
Aug.	3 127,2	2 692,3	269,9	220,6	220,1	0,6	49,3	48,0	1,3	2 857,3	2 324,5
Sept.	3 127,5	2 692,3	276,7	226,0	225,3	0,8	50,7	49,4	1,3	2 850,8	2 320,5
Okt.	3 138,2	2 698,8	279,4	220,9	220,3	0,6	58,5	57,5	1,0	2 858,7	2 326,0
Nov.	3 139,2	2 698,7	270,3	216,8	216,2	0,6	53,5	52,3	1,2	2 868,8	2 334,0
Dez.	3 131,6	2 693,2	269,1	217,7	217,0	0,6	51,4	50,8	0,6	2 862,6	2 328,6
2014 Jan.	3 140,7	2 696,8	272,9	214,7	213,9	0,8	58,2	57,8	0,4	2 867,8	2 335,9
Febr.	3 134,5	2 695,7	271,7	216,6	215,9	0,7	55,1	54,5	0,6	2 862,7	2 330,7
März	3 136,4	2 692,9	271,7	220,6	219,8	0,7	51,2	50,5	0,7	2 864,7	2 333,1
April	3 158,0	2 696,5	269,9	217,2	216,6	0,7	52,6	51,6	1,0	2 888,1	2 356,7
Mai	3 154,3	2 703,1	271,1	216,5	215,7	0,9	54,5	54,0	0,5	2 883,2	2 350,5
Juni	3 147,3	2 697,3	273,3	223,4	222,6	0,8	49,9	48,8	1,0	2 874,1	2 342,6
Juli	3 155,7	2 699,5	268,1	215,3	214,6	0,7	52,8	51,6	1,2	2 887,6	2 352,9
Aug.	3 155,0	2 699,8	260,5	212,2	211,6	0,5	48,4	47,5	0,9	2 894,4	2 359,6
Sept.	3 165,0	2 707,4	270,3	220,9	220,3	0,6	49,4	49,1	0,3	2 894,7	2 360,7
Okt.	3 169,0	2 712,1	265,6	212,6	211,8	0,8	53,0	52,5	0,5	2 903,4	2 364,9
Nov.	3 178,9	2 720,0	265,7	214,6	214,1	0,4	51,1	50,7	0,4	2 913,3	2 375,5
Dez.	3 167,3	2 712,6	257,5	212,7	212,1	0,6	44,8	44,7	0,1	2 909,8	2 376,9
Veränderungen *)											
2006	- 12,4	- 20,8	- 7,1	- 4,5	- 4,4	- 0,0	- 2,7	- 2,3	- 0,4	- 5,2	+ 23,6
2007	- 15,9	+ 11,8	+ 27,6	+ 31,5	+ 31,7	- 0,2	- 3,9	- 3,7	- 0,3	- 43,5	- 7,1
2008	+ 92,0	+ 46,9	+ 43,1	+ 36,8	+ 34,9	+ 1,8	+ 6,3	+ 6,3	+ 0,0	+ 48,9	+ 83,4
2009	+ 25,7	- 11,6	- 26,1	- 31,5	- 30,0	- 1,5	+ 5,5	+ 2,5	+ 2,9	+ 51,8	+ 36,6
2010	+ 130,5	+ 78,7	+ 80,4	- 23,4	- 23,5	+ 0,1	+ 103,8	+ 80,1	+ 23,7	+ 50,1	+ 14,9
2011	- 30,6	- 3,2	- 45,2	+ 33,6	+ 33,3	+ 0,2	- 78,7	- 57,0	- 21,7	+ 14,6	+ 9,4
2012	+ 21,0	+ 9,6	- 9,7	- 1,6	- 1,7	+ 0,1	- 8,2	- 3,8	- 4,3	+ 30,7	+ 10,9
2013	+ 4,4	+ 0,1	- 13,8	- 5,8	- 6,3	+ 0,5	- 8,0	- 7,0	- 1,1	+ 18,2	+ 17,6
2014	+ 36,8	+ 20,5	- 11,6	- 5,0	- 4,9	- 0,0	- 6,6	- 6,0	- 0,6	+ 48,4	+ 51,6
2013 Juli	- 7,2	- 9,3	- 13,8	- 18,8	- 18,8	+ 0,0	+ 5,1	+ 4,3	+ 0,7	+ 6,6	+ 3,3
Aug.	- 10,7	- 12,0	- 16,4	- 9,6	- 9,5	- 0,1	- 6,8	- 6,7	- 0,1	+ 5,6	+ 4,7
Sept.	+ 0,3	+ 0,1	+ 6,9	+ 5,6	+ 5,4	+ 0,2	+ 1,3	+ 1,4	+ 0,0	- 6,6	- 4,1
Okt.	+ 10,8	+ 6,7	+ 2,9	- 4,8	- 4,6	- 0,2	+ 7,7	+ 8,0	- 0,3	+ 7,9	+ 5,5
Nov.	+ 1,0	- 0,1	- 7,3	- 2,4	- 2,3	- 0,0	- 4,9	- 5,2	+ 0,3	+ 8,3	+ 6,2
Dez.	- 7,5	- 5,5	- 1,3	+ 0,9	+ 0,9	+ 0,0	- 2,2	- 1,5	- 0,6	- 6,2	- 5,4
2014 Jan.	+ 9,1	+ 3,6	+ 3,5	- 3,3	- 3,4	+ 0,2	+ 6,8	+ 7,1	- 0,3	+ 5,6	+ 7,7
Febr.	- 6,2	- 1,1	- 1,2	+ 1,9	+ 2,0	- 0,1	- 3,1	- 3,4	+ 0,3	- 5,0	- 5,3
März	+ 2,1	- 2,7	+ 0,1	+ 4,0	+ 4,1	- 0,0	- 3,9	- 4,0	+ 0,1	+ 2,0	+ 2,5
April	+ 21,5	+ 3,6	- 1,9	- 3,3	- 3,3	- 0,0	+ 1,4	+ 1,1	+ 0,3	+ 23,4	+ 23,2
Mai	- 3,7	+ 6,6	+ 1,2	- 0,7	- 0,9	+ 0,2	+ 1,9	+ 2,4	- 0,5	- 4,9	- 6,2
Juni	- 6,0	- 4,7	+ 2,2	+ 6,8	+ 6,9	- 0,1	- 4,6	- 5,2	+ 0,5	- 8,2	- 7,1
Juli	+ 8,4	+ 2,2	- 5,2	- 8,1	- 8,0	- 0,1	+ 2,9	+ 2,8	+ 0,1	+ 13,5	+ 10,2
Aug.	- 0,8	+ 0,2	- 7,4	- 3,0	- 2,8	- 0,2	- 4,4	- 4,1	- 0,3	+ 6,6	+ 6,4
Sept.	+ 10,0	+ 7,7	+ 9,7	+ 8,7	+ 8,6	+ 0,1	+ 1,0	+ 1,6	- 0,6	+ 0,3	+ 1,3
Okt.	+ 4,1	+ 4,7	- 4,7	- 8,3	- 8,5	+ 0,2	+ 3,6	+ 3,4	+ 0,2	+ 8,7	+ 4,1
Nov.	+ 9,9	+ 7,9	+ 0,1	+ 2,0	+ 2,3	- 0,3	- 1,9	- 1,8	- 0,1	+ 9,8	+ 10,7
Dez.	- 11,6	- 7,4	- 8,1	- 1,8	- 2,0	+ 0,2	- 6,3	- 6,0	- 0,3	- 3,5	+ 4,3

* Siehe Tab. IV. 2, Anm.*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten.

ten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Ohne Schuldverschreibungen aus

IV. Banken

Kredite													Zeit
nehmen und Privatpersonen					an öffentliche Haushalte								
Buchkredite			Wert- papiere	Nach- richtlich: Treuhand- kredite	zu- sammen	Buchkredite			Wert- papiere 1)	Aus- gleichs- forde- rungen 2)	Nach- richtlich: Treuhand- kredite		
zu- sammen	mittel- fristig	lang- fristig				zu- sammen	mittel- fristig	lang- fristig					
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)													
1 953,4	194,7	1 758,8	187,9	52,1	544,1	374,4	32,9	341,4	169,7	–	4,5	2005	
1 972,7	194,5	1 778,1	209,1	48,2	515,8	358,4	31,7	326,6	157,4	–	4,8	2006	
1 987,3	207,7	1 779,6	181,1	46,5	476,2	332,5	31,9	300,6	143,7	–	4,7	2007	
2 022,0	222,0	1 800,0	235,8	42,8	440,3	308,2	29,7	278,5	132,1	–	4,5	2008	
2 051,3	242,7	1 808,6	248,4	39,6	453,1	298,0	32,2	265,8	155,1	–	4,3	2009	
2 070,0	238,1	1 831,8	235,7	30,7	487,3	301,2	36,1	265,1	186,1	–	3,1	2010	
2 099,5	247,9	1 851,7	222,4	32,7	492,6	299,1	41,1	258,0	193,5	–	3,6	2011	
2 119,5	249,7	1 869,8	191,4	31,4	533,4	292,7	39,4	253,3	240,7	–	3,5	2012	
2 136,9	248,0	1 888,9	191,7	28,9	534,0	288,4	38,8	249,7	245,6	–	2,7	2013	
2 172,7	251,7	1 921,0	204,2	24,4	532,9	283,1	33,5	249,6	249,8	–	2,1	2014	
2 130,5	252,0	1 878,5	192,4	29,6	531,8	292,6	41,2	251,4	239,2	–	3,1	2013 Juli	
2 131,7	249,5	1 882,2	192,8	29,5	532,8	292,6	41,2	251,3	240,3	–	3,1	Aug.	
2 127,1	247,6	1 879,4	193,4	29,3	530,3	290,6	40,7	249,9	239,7	–	2,7	Sept.	
2 131,3	248,0	1 883,4	194,7	29,0	532,8	289,7	39,3	250,4	243,1	–	2,6	Okt.	
2 139,9	249,5	1 890,5	194,1	29,0	534,8	290,3	39,1	251,3	244,5	–	2,6	Nov.	
2 136,9	248,0	1 888,9	191,7	28,9	534,0	288,4	38,8	249,7	245,6	–	2,7	Dez.	
2 137,4	248,6	1 888,8	198,5	28,6	531,8	287,6	38,4	249,2	244,2	–	2,7	2014 Jan.	
2 138,7	248,5	1 890,2	192,0	25,8	532,1	286,6	38,0	248,6	245,4	–	2,3	Febr.	
2 136,4	249,1	1 887,3	196,7	25,5	531,6	286,2	37,4	248,8	245,4	–	2,3	März	
2 143,2	251,0	1 892,3	213,4	25,4	531,4	285,1	36,7	248,4	246,3	–	2,2	April	
2 149,2	250,1	1 899,1	201,3	25,4	532,8	284,2	36,8	247,4	248,6	–	2,2	Mai	
2 144,5	248,9	1 895,6	198,1	25,3	531,5	281,4	36,1	245,4	250,0	–	2,2	Juni	
2 151,9	249,5	1 902,4	200,9	25,0	534,7	281,4	36,0	245,4	253,4	–	2,1	Juli	
2 160,8	250,6	1 910,2	198,8	24,9	534,8	279,9	32,9	247,0	255,0	–	2,1	Aug.	
2 160,3	250,3	1 910,0	200,5	24,8	534,0	277,8	32,3	245,5	256,2	–	2,1	Sept.	
2 167,0	251,8	1 915,3	197,8	24,4	538,6	280,7	34,5	246,3	257,9	–	2,1	Okt.	
2 175,1	252,6	1 922,5	200,5	24,3	537,7	280,1	33,8	246,3	257,6	–	2,1	Nov.	
2 172,7	251,7	1 921,0	204,2	24,4	532,9	283,1	33,5	249,6	249,8	–	2,1	Dez.	
Veränderungen *)													
+ 2,3	+ 0,2	+ 2,2	+ 21,2	– 3,9	– 28,8	– 16,4	– 1,4	– 15,0	– 12,4	–	+ 0,3	2006	
+ 9,6	+ 10,1	– 0,6	– 16,7	– 2,2	– 36,3	– 25,8	+ 0,1	– 26,0	– 10,5	–	– 0,1	2007	
+ 28,8	+ 12,0	+ 16,8	+ 54,7	– 5,3	– 34,5	– 23,2	– 2,3	– 20,8	– 11,4	–	– 0,1	2008	
+ 23,5	+ 17,3	+ 6,3	+ 13,1	– 3,9	+ 15,2	– 7,6	+ 2,5	– 10,2	+ 22,8	–	– 0,2	2009	
+ 18,6	– 4,0	+ 22,6	– 3,8	– 1,7	+ 35,2	+ 3,5	+ 3,5	– 0,0	+ 31,7	–	– 0,3	2010	
+ 22,6	+ 2,2	+ 20,4	– 13,2	– 1,0	+ 5,2	– 2,1	+ 4,9	– 7,0	+ 7,3	–	– 0,2	2011	
+ 21,6	+ 1,5	+ 20,1	– 10,7	– 1,1	+ 19,8	– 6,6	– 1,9	– 4,7	+ 26,4	–	– 0,2	2012	
+ 17,7	– 0,1	+ 17,8	– 0,1	– 2,5	+ 0,6	– 4,3	– 0,7	– 3,6	+ 4,9	–	– 0,8	2013	
+ 39,1	+ 5,6	+ 33,5	+ 12,6	– 1,8	– 3,3	– 7,6	– 5,0	– 2,6	+ 4,3	–	– 0,2	2014	
+ 4,5	+ 1,2	+ 3,3	– 1,2	– 0,4	+ 3,3	+ 0,7	+ 0,7	– 0,0	+ 2,6	–	– 0,1	2013 Juli	
+ 4,3	+ 0,6	+ 3,7	+ 0,4	– 0,1	+ 1,0	– 0,1	+ 0,0	– 0,1	+ 1,0	–	– 0,0	Aug.	
– 4,7	– 2,0	– 2,7	+ 0,6	– 0,2	– 2,5	– 2,0	– 0,5	– 1,4	– 0,6	–	– 0,5	Sept.	
+ 4,2	+ 0,4	+ 3,7	+ 1,3	– 0,3	+ 2,5	– 0,9	– 1,4	+ 0,6	+ 3,4	–	– 0,0	Okt.	
+ 6,8	+ 1,2	+ 5,7	– 0,6	+ 0,0	+ 2,1	+ 0,6	– 0,2	+ 0,8	+ 1,4	–	+ 0,0	Nov.	
– 3,0	– 1,5	– 1,5	– 2,4	– 0,1	– 0,8	– 1,9	– 0,3	– 1,6	+ 1,1	–	+ 0,1	Dez.	
+ 0,8	+ 0,8	– 0,0	+ 6,9	– 0,3	– 2,1	– 0,8	– 0,4	– 0,5	– 1,3	–	– 0,0	2014 Jan.	
+ 1,3	– 0,1	+ 1,4	– 6,5	– 0,1	+ 0,2	– 1,0	– 0,4	– 0,6	+ 1,2	–	– 0,0	Febr.	
– 2,3	+ 0,6	– 2,9	+ 4,7	– 0,2	– 0,5	– 0,5	– 0,7	+ 0,2	+ 0,0	–	– 0,0	März	
+ 6,4	+ 3,4	+ 3,1	+ 16,7	– 0,1	+ 0,2	– 0,7	– 0,6	– 0,1	+ 0,9	–	– 0,0	April	
+ 6,0	– 0,9	+ 6,9	– 12,2	+ 0,0	+ 1,3	– 0,9	+ 0,1	– 1,0	+ 2,3	–	– 0,0	Mai	
– 4,0	– 1,2	– 2,8	– 3,1	– 0,1	– 1,0	– 2,5	– 0,7	– 1,7	+ 1,4	–	– 0,0	Juni	
+ 7,4	+ 0,6	+ 6,8	+ 2,8	– 0,4	+ 3,3	– 0,0	– 0,1	+ 0,0	+ 3,3	–	– 0,0	Juli	
+ 8,5	+ 1,0	+ 7,5	– 2,1	– 0,1	+ 0,3	– 1,3	– 0,7	– 0,7	+ 1,6	–	– 0,0	Aug.	
– 0,4	– 0,3	– 0,1	+ 1,7	– 0,2	– 0,9	– 2,2	– 0,5	– 1,6	+ 1,2	–	– 0,0	Sept.	
+ 6,8	+ 1,5	+ 5,3	– 2,7	– 0,4	+ 4,6	+ 2,9	– 0,0	+ 3,0	+ 1,7	–	– 0,0	Okt.	
+ 8,1	+ 0,8	+ 7,2	+ 2,6	– 0,1	– 0,9	– 0,6	– 0,7	+ 0,1	– 0,2	–	+ 0,0	Nov.	
+ 0,5	– 0,7	+ 1,3	+ 3,8	+ 0,1	– 7,8	– 0,0	– 0,3	+ 0,3	– 7,8	–	– 0,0	Dez.	

dem Umtausch von Ausgleichsforderungen; siehe auch Anm. 2. 2 Einschl. Schuldver-
 schreibungen aus dem Umtausch von Ausgleichsforderungen.

IV. Banken

6. Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland an inländische Unternehmen und Privatpersonen, Wohnungsbaukredite, Wirtschaftsbereiche *)

Mrd €

Zeit		Kredite an inländische Unternehmen und Privatpersonen (ohne Bestände an börsenfähigen Geldmarktpapieren und ohne Wertpapierbestände) 1)													
		darunter:		Kredite für den Wohnungsbau					Kredite an Unternehmen und Selbständige						
		insgesamt	Hypothekarkredite insgesamt	zusammen	Hypothekarkredite auf Wohngrundstücke	sonstige Kredite für den Wohnungsbau	zusammen	darunter Kredite für den Wohnungsbau	Verarbeitendes Gewerbe	Energie- und Wasserversorgung, Entsorgung, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	Baugewerbe	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei und Aquakultur	Verkehr und Lagerei, Nachrichtenübermittlung	Finanzierungsinstitutionen (ohne MFIs) und Versicherungsunternehmen
		Kredite insgesamt													
		Stand am Jahres- bzw. Quartalsende *)													
2012	2 435,9	1 170,6	1 135,0	922,4	212,6	1 377,6	311,2	131,1	92,7	59,6	126,1	44,5	76,7	195,4	
2013 Dez.	2 354,0	1 179,5	1 159,3	935,4	223,9	1 281,1	319,2	127,7	97,3	58,9	124,2	45,7	70,0	104,9	
2014 März	2 356,3	1 179,3	1 160,3	936,4	223,8	1 283,4	320,0	129,1	97,0	59,5	124,2	46,0	68,9	107,1	
Juni	2 367,1	1 181,3	1 166,6	940,0	226,7	1 288,3	320,9	129,1	98,1	59,9	124,3	47,0	68,7	104,7	
Sept.	2 380,6	1 187,9	1 177,1	945,6	231,5	1 293,2	322,9	127,1	98,7	60,3	125,9	47,8	69,4	110,2	
Dez.	2 384,8	1 225,2	1 188,3	983,8	204,4	1 291,6	328,3	122,9	100,1	59,8	123,7	47,8	68,4	124,8	
		Kurzfristige Kredite													
2012	316,4	-	7,9	-	7,9	277,7	3,8	34,8	6,9	12,0	43,0	3,3	6,8	112,8	
2013 Dez.	217,1	-	8,3	-	8,3	180,2	4,1	33,9	6,4	12,0	40,9	3,4	6,4	22,8	
2014 März	219,9	-	8,6	-	8,6	183,5	4,4	35,4	5,9	12,7	41,5	3,6	6,4	23,8	
Juni	222,6	-	8,6	-	8,6	186,1	4,3	36,3	6,2	12,8	41,5	4,0	6,6	22,3	
Sept.	220,3	-	8,5	-	8,5	184,2	4,3	34,5	5,6	12,7	42,9	4,0	6,3	25,6	
Dez.	212,1	-	7,7	-	7,7	177,2	3,9	32,5	6,0	11,8	41,2	3,6	5,9	23,2	
		Mittelfristige Kredite													
2012	249,7	-	35,3	-	35,3	176,7	11,8	25,6	7,0	9,3	16,5	4,0	11,0	35,9	
2013 Dez.	248,0	-	35,6	-	35,6	173,6	12,5	24,7	6,0	9,4	16,9	3,9	11,5	35,3	
2014 März	249,1	-	35,0	-	35,0	175,0	12,3	25,3	5,9	9,3	16,5	4,0	11,4	35,8	
Juni	248,9	-	35,3	-	35,3	176,2	12,8	24,7	5,4	9,3	16,9	4,1	11,5	35,5	
Sept.	250,3	-	35,3	-	35,3	176,7	12,7	24,5	5,6	9,7	16,9	4,2	11,7	35,9	
Dez.	251,7	-	35,9	-	35,9	178,3	13,4	23,5	5,4	9,9	16,6	4,2	11,4	39,2	
		Langfristige Kredite													
2012	1 869,8	1 170,6	1 091,8	922,4	169,4	923,2	295,6	70,7	78,8	38,3	66,6	37,2	58,9	46,7	
2013 Dez.	1 888,9	1 179,5	1 115,4	935,4	180,0	927,2	302,5	69,1	84,9	37,5	66,3	38,4	52,1	46,8	
2014 März	1 887,3	1 179,3	1 116,7	936,4	180,3	924,9	303,3	68,4	85,2	37,5	66,1	38,5	51,1	47,5	
Juni	1 895,6	1 181,3	1 122,8	940,0	182,9	926,1	303,8	68,1	86,5	37,8	66,0	38,9	50,7	46,9	
Sept.	1 910,0	1 187,9	1 133,4	945,6	187,8	932,4	305,8	68,2	87,5	38,0	66,0	39,6	51,4	48,8	
Dez.	1 921,0	1 225,2	1 144,8	983,8	160,9	936,1	310,9	66,9	88,8	38,1	65,8	39,9	51,2	62,3	
		Kredite insgesamt													
		Veränderungen im Vierteljahr *)													
2013 4.Vj.	+ 2,0	+ 2,3	+ 6,2	+ 2,6	+ 3,5	- 1,5	+ 2,1	- 2,4	+ 1,5	- 1,2	- 1,0	- 0,5	- 1,3	+ 0,6	
2014 1.Vj.	+ 2,3	- 0,2	+ 0,9	+ 1,0	- 0,1	+ 2,2	+ 0,6	+ 1,2	- 0,2	+ 0,6	+ 0,2	+ 0,3	- 1,1	+ 2,3	
2.Vj.	+ 11,2	+ 1,3	+ 6,3	+ 2,5	+ 3,8	+ 5,7	+ 1,0	+ 0,0	+ 0,5	+ 0,3	+ 0,2	+ 1,0	- 0,2	- 1,4	
3.Vj.	+ 13,3	+ 6,6	+ 9,9	+ 5,6	+ 4,3	+ 4,6	+ 2,0	- 2,0	+ 0,6	+ 0,4	+ 1,6	+ 0,8	+ 0,6	+ 3,7	
4.Vj.	+ 6,9	+ 5,9	+ 9,0	+ 7,8	+ 1,2	+ 2,5	+ 3,4	- 4,2	+ 1,4	- 0,5	- 2,2	- 0,1	- 0,9	+ 4,2	
		Kurzfristige Kredite													
2013 4.Vj.	- 6,0	-	+ 0,2	-	+ 0,2	- 5,9	+ 0,2	- 1,8	- 0,2	- 1,0	- 1,3	- 0,7	+ 0,2	- 0,9	
2014 1.Vj.	+ 2,6	-	+ 0,3	-	+ 0,3	+ 3,0	+ 0,2	+ 1,5	- 0,4	+ 0,7	+ 0,6	+ 0,2	- 0,0	+ 1,1	
2.Vj.	+ 2,7	-	- 0,0	-	- 0,0	+ 2,6	- 0,1	+ 0,8	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,4	+ 0,2	- 1,6	
3.Vj.	- 2,2	-	- 0,1	-	- 0,1	- 1,8	+ 0,0	- 1,8	- 0,6	- 0,1	+ 1,5	+ 0,0	- 0,1	+ 3,3	
4.Vj.	- 8,1	-	- 0,8	-	- 0,8	- 6,7	- 0,4	- 1,9	+ 0,4	- 0,9	- 1,7	- 0,4	- 0,4	- 2,3	
		Mittelfristige Kredite													
2013 4.Vj.	+ 0,1	-	- 0,1	-	- 0,1	+ 0,2	+ 0,2	- 0,2	- 0,6	- 0,0	+ 0,4	- 0,0	+ 0,2	+ 0,8	
2014 1.Vj.	+ 1,3	-	- 0,7	-	- 0,7	+ 1,7	- 0,2	+ 0,5	- 0,1	- 0,0	+ 0,1	+ 0,0	- 0,1	+ 0,5	
2.Vj.	+ 1,3	-	+ 0,3	-	+ 0,3	+ 1,6	+ 0,4	- 0,6	- 0,5	+ 0,0	+ 0,4	+ 0,1	+ 0,1	- 0,3	
3.Vj.	+ 1,3	-	+ 0,1	-	+ 0,1	+ 0,4	+ 0,1	- 0,2	+ 0,1	+ 0,4	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,2	- 0,3	
4.Vj.	+ 1,6	-	+ 0,4	-	+ 0,4	+ 1,7	+ 0,5	- 0,9	- 0,2	+ 0,2	- 0,3	- 0,0	- 0,3	+ 2,2	
		Langfristige Kredite													
2013 4.Vj.	+ 7,9	+ 2,3	+ 6,0	+ 2,6	+ 3,4	+ 4,2	+ 1,7	- 0,4	+ 2,3	- 0,2	- 0,1	+ 0,2	- 1,7	+ 0,7	
2014 1.Vj.	- 1,6	- 0,2	+ 1,3	+ 1,0	+ 0,3	- 2,5	+ 0,6	- 0,8	+ 0,3	- 0,1	- 0,2	+ 0,1	- 1,0	+ 0,7	
2.Vj.	+ 7,1	+ 1,3	+ 6,0	+ 2,5	+ 3,6	+ 1,5	+ 0,6	- 0,2	+ 0,7	+ 0,3	- 0,1	+ 0,4	- 0,4	+ 0,4	
3.Vj.	+ 14,2	+ 6,6	+ 9,9	+ 5,6	+ 4,3	+ 5,9	+ 2,0	+ 0,1	+ 1,0	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,7	+ 0,6	+ 0,7	
4.Vj.	+ 13,4	+ 5,9	+ 9,5	+ 7,8	+ 1,6	+ 7,4	+ 3,3	- 1,3	+ 1,3	+ 0,2	- 0,2	+ 0,3	- 0,2	+ 4,3	

* Ohne Kredite der Auslandsfilialen. Aufgliederung der Kredite der Bausparkassen nach Bereichen und Branchen geschätzt. Statistische Brüche sind in den Verände-

runge ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten; Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im

IV. Banken

Dienstleistungsgewerbe (einschl. freier Berufe)						Kredite an wirtschaftlich unselbständige und sonstige Privatpersonen					Kredite an Organisationen ohne Erwerbszweck		Zeit	
zusammen	darunter:			nachrichtlich:		zusammen	Kredite für den Wohnungsbau	sonstige Kredite			zusammen	darunter Kredite für den Wohnungsbau		
	Wohnungsunternehmen	Beteiligungsgesellschaften	Sonstiges Grundstücks-wesen	Kredite an Selbstständige 2)	Kredite an das Handwerk			zusammen	Ratenkredite 3)	darunter:			Debitsalden auf Lohn-, Gehalts-, Renten- und Pensionskonten	
Stand am Jahres- bzw. Quartalsende *)													Kredite insgesamt	
651,6	184,6	39,0	178,5	388,4	51,0	1 044,9	820,3	224,6	147,2	13,0	13,4	3,5	2012	
652,4	191,4	37,3	175,2	388,0	49,7	1 059,4	836,6	222,8	147,3	11,9	13,6	3,5	2013 Dez.	
651,5	192,1	37,1	175,9	387,5	49,4	1 059,4	836,8	222,6	148,0	12,0	13,5	3,5	2014 März	
656,5	192,8	39,1	176,4	388,0	49,6	1 065,5	842,3	223,2	148,7	11,8	13,3	3,5	Juni	
653,8	192,3	38,0	175,4	389,3	49,1	1 074,2	850,7	223,5	149,3	11,9	13,2	3,5	Sept.	
644,1	188,1	33,9	173,8	389,8	47,9	1 078,6	856,2	222,4	150,0	10,7	14,5	3,8	Dez.	
Kurzfristige Kredite														
58,0	9,3	7,9	12,9	30,0	7,2	37,7	4,0	33,7	2,1	13,0	1,1	0,0	2012	
54,5	9,3	6,8	12,1	28,1	6,8	35,8	4,2	31,6	1,8	11,9	1,1	0,0	2013 Dez.	
54,0	8,9	6,6	12,4	27,8	7,0	35,4	4,2	31,2	1,8	12,0	1,0	0,0	2014 März	
56,5	8,8	7,8	12,6	28,0	7,2	35,7	4,2	31,5	1,7	11,8	0,9	0,0	Juni	
52,6	8,5	6,3	12,2	27,3	6,9	35,3	4,1	31,2	1,6	11,9	0,8	0,0	Sept.	
52,9	8,5	6,1	11,8	26,6	6,2	34,2	3,7	30,5	1,9	10,7	0,7	0,0	Dez.	
Mittelfristige Kredite														
67,5	8,9	7,9	20,2	32,2	3,5	72,5	23,5	49,0	44,1	-	0,5	0,0	2012	
65,8	9,6	6,8	18,9	32,2	3,6	73,9	23,1	50,8	45,6	-	0,5	0,0	2013 Dez.	
66,8	9,9	6,7	20,1	32,1	3,5	73,6	22,6	51,0	45,8	-	0,4	0,0	2014 März	
68,8	10,4	7,2	20,5	31,7	3,6	72,2	22,5	49,7	44,6	-	0,5	0,0	Juni	
68,2	9,9	7,2	20,0	32,0	3,6	73,1	22,5	50,6	45,4	-	0,5	0,0	Sept.	
68,2	9,4	7,0	19,8	32,0	3,5	72,8	22,4	50,4	45,2	-	0,5	0,0	Dez.	
Langfristige Kredite														
526,1	166,4	23,2	145,5	326,2	40,3	934,7	792,8	142,0	100,9	-	11,8	3,5	2012	
532,0	172,4	23,7	144,3	327,7	39,3	949,7	809,4	140,3	99,9	-	12,0	3,5	2013 Dez.	
530,6	173,3	23,9	143,4	327,6	38,9	950,4	810,0	140,4	100,4	-	12,0	3,5	2014 März	
531,2	173,6	24,2	143,3	328,3	38,8	957,6	815,6	142,0	102,3	-	12,0	3,5	Juni	
533,0	173,8	24,5	143,2	330,0	38,6	965,8	824,1	141,7	102,2	-	11,8	3,5	Sept.	
523,0	170,2	20,9	142,2	331,2	38,2	971,6	830,1	141,5	102,8	-	13,3	3,7	Dez.	
Veränderungen im Vierteljahr *)													Kredite insgesamt	
+ 2,7	+ 3,6	- 0,0	- 0,5	- 0,7	- 1,0	+ 3,3	+ 4,0	- 0,7	+ 0,2	- 0,7	+ 0,2	+ 0,0	2013 4.Vj.	
- 1,1	+ 0,6	- 0,1	+ 0,7	- 0,7	- 0,2	+ 0,2	+ 0,3	- 0,1	+ 0,7	+ 0,1	- 0,1	+ 0,0	2014 1.Vj.	
+ 5,2	+ 0,6	+ 2,0	+ 0,6	+ 0,9	+ 0,2	+ 5,6	+ 5,3	+ 0,3	+ 0,8	- 0,1	- 0,1	- 0,0	2.Vj.	
- 1,3	+ 0,9	- 1,1	- 0,9	+ 1,2	- 0,4	+ 8,8	+ 7,9	+ 0,9	+ 1,3	+ 0,0	- 0,0	-	3.Vj.	
+ 4,8	- 0,1	+ 0,3	+ 1,2	+ 0,6	- 1,2	+ 4,3	+ 5,4	- 1,1	+ 0,8	- 1,1	+ 0,2	+ 0,2	4.Vj.	
Kurzfristige Kredite														
- 0,3	+ 0,5	- 0,3	- 0,0	- 0,5	- 0,7	- 0,2	+ 0,1	- 0,3	+ 0,2	- 0,7	+ 0,1	- 0,0	2013 4.Vj.	
- 0,5	- 0,4	- 0,2	+ 0,4	- 0,3	+ 0,2	- 0,4	+ 0,0	- 0,4	- 0,0	+ 0,1	- 0,1	- 0,0	2014 1.Vj.	
+ 2,5	- 0,1	+ 1,2	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,0	+ 0,2	- 0,1	- 0,1	- 0,1	- 0,0	2.Vj.	
- 4,0	- 0,3	- 1,5	- 0,4	- 0,7	- 0,3	- 0,4	- 0,1	- 0,3	- 0,1	+ 0,0	- 0,0	- 0,0	3.Vj.	
+ 0,6	+ 0,0	- 0,2	- 0,3	- 0,5	- 0,7	- 1,2	- 0,4	- 0,8	+ 0,4	- 1,1	- 0,1	+ 0,0	4.Vj.	
Mittelfristige Kredite														
- 0,4	+ 0,4	- 0,2	- 0,6	- 0,0	- 0,0	- 0,1	- 0,3	+ 0,2	+ 0,3	-	-	- 0,0	2013 4.Vj.	
+ 1,0	+ 0,3	- 0,1	+ 1,2	- 0,1	- 0,1	- 0,3	- 0,4	+ 0,2	+ 0,2	-	- 0,1	+ 0,0	2014 1.Vj.	
+ 2,3	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,4	- 0,1	+ 0,0	- 0,3	- 0,1	- 0,2	- 0,1	-	+ 0,1	+ 0,0	2.Vj.	
+ 0,0	+ 0,1	- 0,0	- 0,4	+ 0,3	+ 0,0	+ 0,9	+ 0,0	+ 0,9	+ 0,8	-	+ 0,0	+ 0,0	3.Vj.	
+ 1,1	- 0,2	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,0	- 0,1	- 0,2	- 0,1	- 0,0	- 0,1	-	+ 0,0	- 0,0	4.Vj.	
Langfristige Kredite														
+ 3,4	+ 2,6	+ 0,5	+ 0,2	- 0,2	- 0,3	+ 3,6	+ 4,3	- 0,6	- 0,3	-	+ 0,0	+ 0,0	2013 4.Vj.	
- 1,6	+ 0,8	+ 0,2	- 0,9	- 0,3	- 0,4	+ 0,8	+ 0,7	+ 0,1	+ 0,5	-	+ 0,1	+ 0,0	2014 1.Vj.	
+ 0,5	+ 0,3	+ 0,3	- 0,0	+ 0,8	- 0,1	+ 5,7	+ 5,4	+ 0,3	+ 0,9	-	- 0,1	- 0,0	2.Vj.	
+ 2,7	+ 1,1	+ 0,4	- 0,0	+ 1,6	- 0,2	+ 8,3	+ 7,9	+ 0,4	+ 0,6	-	- 0,0	- 0,0	3.Vj.	
+ 3,1	+ 0,0	+ 0,4	+ 1,3	+ 1,1	- 0,4	+ 5,7	+ 5,9	- 0,3	+ 0,4	-	+ 0,3	+ 0,3	4.Vj.	

folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Ohne Treuhandkredite. 2 Einschl. Einzelkaufleute. 3 Ohne Hypothekarkredite und ohne

Kredite für den Wohnungsbau, auch wenn sie in Form von Ratenkrediten gewährt worden sind.

IV. Banken

7. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs)*

Mrd €

Zeit	Einlagen und aufgenommene Kredite insgesamt	Sichteinlagen	Termineinlagen 1) 2)					Spareinlagen 3)	Sparbriefe 4)	Nachrichtlich:			
			insgesamt	mit Befristung bis 1 Jahr einschl.	mit Befristung von über 1 Jahr 2)					Treuhandkredite	Nachrangige Verbindlichkeiten (ohne börsenfähige Schuldverschreibungen)	Verbindlichkeiten aus Repos	
					zusammen	bis 2 Jahre einschl.	über 2 Jahre						
Inländische Nichtbanken insgesamt													
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)													
2012	3 090,2	1 306,5	1 072,5	341,3	731,2	32,0	699,2	617,6	93,6	34,9	31,7	82,9	
2013	3 048,7	1 409,9	952,0	254,8	697,2	29,7	667,5	610,1	76,6	32,9	29,0	5,4	
2014	3 118,2	1 517,8	926,7	257,0	669,7	29,4	640,3	607,7	66,0	30,9	26,2	1,7	
2014 Jan.	3 047,2	1 416,0	946,7	250,8	695,9	29,0	666,9	609,1	75,4	32,9	29,1	2,5	
Febr.	3 056,6	1 422,6	949,8	255,8	694,0	29,1	664,9	609,8	74,4	32,7	29,0	3,1	
März	3 048,0	1 416,9	948,8	257,3	691,5	28,8	662,7	608,6	73,7	32,5	28,8	1,9	
April	3 057,2	1 431,5	947,0	258,2	688,8	28,4	660,4	606,7	72,0	32,4	28,7	4,3	
Mai	3 072,1	1 446,2	949,0	262,0	687,0	28,4	658,6	606,0	70,9	31,9	28,6	0,9	
Juni	3 066,2	1 442,8	948,4	263,7	684,7	28,4	656,3	604,5	70,5	31,4	28,2	1,7	
Juli	3 073,9	1 455,0	945,4	264,3	681,1	28,0	653,1	604,4	69,2	31,3	27,9	2,7	
Aug.	3 091,6	1 472,1	945,3	265,6	679,7	28,2	651,5	605,9	68,4	31,3	27,6	2,3	
Sept.	3 092,6	1 474,8	941,9	262,0	679,9	28,2	651,7	606,5	69,4	31,2	27,4	2,8	
Okt.	3 097,3	1 494,5	928,1	252,2	676,0	28,1	647,8	606,1	68,6	31,1	27,2	1,9	
Nov.	3 116,4	1 517,9	926,7	250,6	676,1	29,2	646,9	605,3	66,5	31,1	26,6	1,7	
Dez.	3 118,2	1 517,8	926,7	257,0	669,7	29,4	640,3	607,7	66,0	30,9	26,2	1,7	
Veränderungen *)													
2013	+ 40,2	+ 118,4	- 53,9	- 22,8	- 31,1	- 0,2	- 30,8	- 7,4	- 17,0	- 1,7	- 2,7	+ 3,6	
2014	+ 69,7	+ 107,9	- 25,3	+ 2,5	- 27,8	- 0,5	- 27,2	- 2,4	- 10,6	- 2,0	- 2,8	+ 3,7	
2014 Jan.	- 1,5	+ 6,1	- 5,4	- 4,0	- 1,4	- 0,7	- 0,7	- 1,0	- 1,2	- 0,1	+ 0,1	- 2,9	
Febr.	+ 9,5	+ 6,7	+ 3,1	+ 5,0	- 1,9	+ 0,1	- 2,0	+ 0,7	- 1,0	- 0,1	- 0,2	+ 0,6	
März	- 8,7	- 5,8	- 0,9	+ 1,5	- 2,4	- 0,3	- 2,1	- 1,2	- 0,7	- 0,2	- 0,1	- 1,2	
April	+ 9,2	+ 14,6	- 1,8	+ 0,9	- 2,7	- 0,4	- 2,3	- 1,9	- 1,7	- 0,1	- 0,2	+ 2,4	
Mai	+ 15,0	+ 14,7	+ 2,0	+ 3,8	- 1,8	+ 0,0	- 1,8	- 0,7	- 1,1	- 0,6	- 0,1	- 3,4	
Juni	- 5,9	- 3,4	- 0,6	+ 1,7	- 2,3	- 0,0	- 2,3	- 1,4	- 0,4	- 0,5	- 0,4	+ 0,8	
Juli	+ 7,8	+ 12,2	- 2,9	+ 0,6	- 3,5	- 0,3	- 3,2	- 0,2	- 1,3	- 0,0	- 0,3	+ 1,0	
Aug.	+ 17,7	+ 17,1	- 0,1	+ 1,3	- 1,4	+ 0,2	- 1,6	+ 1,5	- 0,8	- 0,0	- 0,3	- 0,4	
Sept.	+ 0,9	+ 2,7	- 3,4	- 3,6	+ 0,2	- 0,0	+ 0,2	+ 0,6	+ 1,0	- 0,1	- 0,3	+ 0,4	
Okt.	+ 4,7	+ 19,7	- 13,8	- 9,8	- 3,9	- 0,1	- 3,9	- 0,4	- 0,7	- 0,1	- 0,2	- 0,8	
Nov.	+ 19,2	+ 23,4	- 1,4	- 1,6	+ 0,1	+ 1,1	- 1,0	- 0,7	- 2,1	+ 0,0	- 0,6	- 0,2	
Dez.	+ 1,8	- 0,1	+ 0,0	+ 6,7	- 6,7	- 0,1	- 6,5	+ 2,4	- 0,5	+ 0,2	- 0,4	- 0,1	
Inländische öffentliche Haushalte													
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)													
2012	186,2	50,8	130,7	73,0	57,7	4,5	53,1	3,1	1,6	32,7	5,9	3,1	
2013	183,0	48,2	129,6	81,1	48,5	5,7	42,8	3,6	1,6	30,7	4,8	4,7	
2014	186,5	52,4	128,0	84,4	43,6	7,5	36,2	3,8	2,3	29,1	4,8	0,5	
2014 Jan.	172,1	43,4	123,7	75,3	48,4	5,6	42,8	3,5	1,4	30,7	4,8	0,8	
Febr.	178,1	47,1	125,9	76,9	49,0	6,1	43,0	3,6	1,5	30,6	4,8	1,5	
März	180,5	47,3	128,2	79,4	48,8	6,1	42,7	3,5	1,5	30,5	4,7	0,7	
April	178,1	46,4	126,7	78,1	48,6	6,1	42,5	3,5	1,5	30,4	4,7	2,9	
Mai	183,4	49,2	129,0	80,5	48,4	6,1	42,4	3,6	1,6	29,9	4,7	0,0	
Juni	190,1	50,0	135,0	86,6	48,4	6,0	42,4	3,5	1,6	29,5	4,7	0,9	
Juli	187,1	47,4	134,6	86,5	48,0	5,9	42,2	3,5	1,7	29,5	4,7	1,7	
Aug.	189,7	51,1	133,4	85,3	48,1	5,9	42,1	3,4	1,8	29,5	4,7	1,1	
Sept.	189,2	47,8	136,1	88,3	47,8	5,7	42,1	3,4	1,9	29,4	4,6	1,6	
Okt.	178,4	44,6	128,4	80,6	47,9	5,8	42,1	3,4	1,9	29,3	4,6	0,8	
Nov.	182,6	46,6	130,7	82,3	48,3	6,4	42,0	3,5	1,9	29,3	4,6	0,5	
Dez.	186,5	52,4	128,0	84,4	43,6	7,5	36,2	3,8	2,3	29,1	4,8	0,5	
Veränderungen *)													
2013	- 3,8	- 2,9	- 1,4	+ 7,6	- 9,0	+ 0,8	- 9,8	+ 0,5	+ 0,1	- 1,6	- 1,1	+ 1,6	
2014	- 0,2	+ 2,0	- 3,1	+ 3,2	- 6,3	+ 0,9	- 7,2	+ 0,2	+ 0,7	- 1,6	- 0,1	- 4,2	
2014 Jan.	- 10,9	- 4,8	- 5,8	- 5,8	- 0,0	- 0,0	+ 0,0	- 0,1	- 0,2	- 0,0	- 0,0	- 3,9	
Febr.	+ 5,5	+ 3,2	+ 2,1	+ 1,5	+ 0,6	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,1	- 0,0	-	+ 0,7	
März	+ 2,4	+ 0,1	+ 2,3	+ 2,5	- 0,2	- 0,0	- 0,2	- 0,1	+ 0,0	- 0,1	- 0,1	- 0,8	
April	- 2,6	- 0,9	- 1,7	- 1,4	- 0,4	+ 0,1	- 0,5	- 0,0	+ 0,0	- 0,1	+ 0,0	+ 2,2	
Mai	+ 5,3	+ 2,8	+ 2,3	+ 2,5	- 0,2	- 0,1	- 0,1	+ 0,0	+ 0,1	- 0,5	- 0,0	- 2,9	
Juni	+ 7,0	+ 0,8	+ 6,3	+ 6,2	+ 0,1	- 0,0	+ 0,1	- 0,1	+ 0,0	- 0,4	- 0,0	+ 0,9	
Juli	- 2,8	- 2,6	- 0,3	- 0,0	- 0,3	- 0,1	- 0,2	- 0,0	+ 0,1	- 0,0	- 0,0	+ 0,8	
Aug.	+ 2,6	+ 3,7	- 1,2	- 1,2	+ 0,0	+ 0,1	- 0,0	- 0,0	+ 0,1	- 0,0	- 0,0	- 0,6	
Sept.	- 0,6	- 3,4	+ 2,7	+ 2,9	- 0,2	- 0,2	- 0,0	- 0,0	+ 0,1	- 0,1	- 0,0	+ 0,5	
Okt.	- 10,7	- 3,1	- 7,7	- 7,7	+ 0,0	+ 0,1	- 0,0	+ 0,0	+ 0,1	- 0,1	- 0,0	- 0,8	
Nov.	+ 4,1	+ 2,0	+ 2,2	+ 1,7	+ 0,4	+ 0,6	- 0,1	+ 0,1	- 0,0	+ 0,0	- 0,0	- 0,3	
Dez.	+ 0,7	+ 4,2	- 4,2	+ 1,9	- 6,2	+ 0,2	- 6,4	+ 0,3	+ 0,4	- 0,2	+ 0,1	- 0,0	

* Siehe Tab. IV. 2, Anm.*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten.

Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Einschl. nachrangiger Verbind-

IV. Banken

noch: 7. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs)*

Mrd €

Zeit	Einlagen und aufgenommene Kredite insgesamt	Sichteinlagen	Termineinlagen ^{1) 2)}					Spareinlagen ³⁾	Sparbriefe ⁴⁾	Nachrichtlich:				
			insgesamt	mit Befristung bis 1 Jahr einschl.	mit Befristung von über 1 Jahr ²⁾					Treuhänderkredite	Nachrangige Verbindlichkeiten (ohne börsenfähige Schuldverschreibungen)	Verbindlichkeiten aus Repos		
					zusammen	bis 2 Jahre einschl.	über 2 Jahre							
Inländische Unternehmen und Privatpersonen													Stand am Jahres- bzw. Monatsende ^{*)}	
2012	2 904,0	1 255,7	941,7	268,3	673,5	27,5	646,0	614,5	92,0	2,2	25,8	79,8		
2013	2 865,7	1 361,7	822,4	173,7	648,7	24,0	624,7	606,5	75,0	2,2	24,2	0,7		
2014	2 931,6	1 465,4	798,6	172,6	626,0	21,9	604,1	604,0	63,7	1,8	21,5	1,2		
2014 Jan.	2 875,1	1 372,6	822,9	175,5	647,4	23,4	624,1	605,6	74,0	2,2	24,3	1,7		
Febr.	2 878,5	1 375,5	823,9	178,9	644,9	23,0	621,9	606,2	72,9	2,1	24,2	1,6		
März	2 867,4	1 369,6	820,6	177,9	642,7	22,7	620,0	605,0	72,2	2,1	24,1	1,2		
April	2 879,1	1 385,1	820,3	180,1	640,2	22,2	618,0	603,2	70,5	2,0	24,0	1,4		
Mai	2 888,8	1 397,0	820,0	181,5	638,6	22,4	616,2	602,4	69,3	2,0	23,8	0,9		
Juni	2 876,1	1 392,8	813,4	177,1	636,2	22,4	613,9	601,1	68,9	1,9	23,5	0,8		
Juli	2 886,8	1 407,6	810,9	177,8	633,1	22,1	610,9	600,9	67,5	1,9	23,2	1,0		
Aug.	2 901,9	1 421,0	811,9	180,3	631,6	22,3	609,4	602,4	66,6	1,8	22,9	1,3		
Sept.	2 903,4	1 427,1	805,8	173,7	632,1	22,4	609,6	603,1	67,5	1,8	22,7	1,2		
Okt.	2 918,9	1 449,9	799,7	171,6	628,1	22,3	605,8	602,6	66,7	1,8	22,6	1,1		
Nov.	2 933,8	1 471,3	796,0	168,3	627,7	22,8	604,9	601,8	64,6	1,8	22,0	1,2		
Dez.	2 931,6	1 465,4	798,6	172,6	626,0	21,9	604,1	604,0	63,7	1,8	21,5	1,2		
Veränderungen ^{*)}														
2013	+ 43,9	+ 121,3	- 52,5	- 30,4	- 22,1	- 1,1	- 21,0	- 7,9	- 17,1	- 0,1	- 1,6	+ 2,0		
2014	+ 69,9	+ 105,9	- 22,2	- 0,7	- 21,5	- 1,5	- 20,0	- 2,6	- 11,3	- 0,4	- 2,7	+ 0,5		
2014 Jan.	+ 9,4	+ 10,9	+ 0,4	+ 1,8	- 1,4	- 0,6	- 0,7	- 0,9	- 1,0	- 0,0	+ 0,1	+ 1,0		
Febr.	+ 4,0	+ 3,5	+ 1,0	+ 3,5	- 2,5	- 0,3	- 2,2	+ 0,6	- 1,1	- 0,1	- 0,2	- 0,1		
März	- 11,1	- 5,9	- 3,3	- 1,0	- 2,2	- 0,3	- 1,9	- 1,2	- 0,7	- 0,1	- 0,1	- 0,4		
April	+ 11,8	+ 15,5	- 0,1	+ 2,2	- 2,3	- 0,5	- 1,8	- 1,9	- 1,7	- 0,0	- 0,2	+ 0,2		
Mai	+ 9,7	+ 11,9	- 0,3	+ 1,3	- 1,6	+ 0,1	- 1,7	- 0,7	- 1,1	- 0,1	- 0,1	- 0,5		
Juni	- 12,9	- 4,1	- 6,9	- 4,5	- 2,4	+ 0,0	- 2,4	- 1,4	- 0,5	- 0,1	- 0,4	- 0,1		
Juli	+ 10,6	+ 14,8	- 2,6	+ 0,7	- 3,2	- 0,2	- 3,0	- 0,2	- 1,4	- 0,0	- 0,3	+ 0,2		
Aug.	+ 15,1	+ 13,4	+ 1,0	+ 2,5	- 1,5	+ 0,1	- 1,6	+ 1,5	- 0,9	- 0,0	- 0,2	+ 0,3		
Sept.	+ 1,6	+ 6,1	- 6,1	- 6,6	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,7	+ 0,9	- 0,0	- 0,2	- 0,1		
Okt.	+ 15,5	+ 22,8	- 6,1	- 2,1	- 4,0	- 0,1	- 3,9	- 0,5	- 0,8	- 0,0	- 0,1	- 0,1		
Nov.	+ 15,0	+ 21,5	- 3,6	- 3,3	- 0,3	+ 0,5	- 0,8	- 0,8	- 2,1	- 0,0	- 0,6	+ 0,1		
Dez.	+ 1,1	- 4,4	+ 4,3	+ 4,8	- 0,5	- 0,3	- 0,2	+ 2,1	- 0,9	+ 0,0	- 0,5	- 0,0		
darunter: inländische Unternehmen													Stand am Jahres- bzw. Monatsende ^{*)}	
2012	1 105,3	414,2	668,5	185,9	482,5	10,4	472,2	6,5	16,1	2,2	18,2	79,8		
2013	1 011,3	429,1	559,7	105,6	454,0	10,1	444,0	7,2	15,3	2,2	17,2	0,7		
2014	1 008,1	457,1	529,3	104,2	425,1	10,5	414,6	6,8	14,9	1,8	16,5	1,2		
2014 Jan.	1 016,9	434,6	559,6	107,6	452,1	9,9	442,2	7,4	15,2	2,2	17,5	1,7		
Febr.	1 011,5	429,4	559,6	110,8	448,8	9,7	439,1	7,4	15,0	2,1	17,4	1,6		
März	1 004,6	426,1	555,9	109,7	446,2	9,6	436,6	7,5	15,1	2,0	17,5	1,2		
April	1 008,4	430,5	555,8	112,1	443,6	9,4	434,3	7,5	14,7	2,0	17,5	1,4		
Mai	1 008,7	432,0	554,7	113,3	441,3	9,6	431,7	7,4	14,6	2,0	17,5	0,9		
Juni	996,5	427,9	546,4	108,1	438,3	9,5	428,9	7,5	14,7	1,8	17,2	0,8		
Juli	1 000,1	434,5	543,7	108,7	435,0	9,3	425,6	7,5	14,5	1,8	17,2	1,0		
Aug.	1 004,8	438,0	544,5	111,5	433,0	9,5	423,5	7,5	14,8	1,8	17,1	1,3		
Sept.	1 011,6	449,5	538,4	105,8	432,6	9,3	423,3	7,5	16,2	1,8	17,1	1,2		
Okt.	1 014,9	458,3	532,8	104,2	428,6	9,5	419,1	7,6	16,2	1,8	17,1	1,1		
Nov.	1 008,1	456,6	529,2	100,9	428,2	10,6	417,7	7,4	14,9	1,8	16,7	1,2		
Dez.	1 008,1	457,1	529,3	104,2	425,1	10,5	414,6	6,8	14,9	1,8	16,5	1,2		
Veränderungen ^{*)}														
2013	- 12,0	+ 30,3	- 42,3	- 16,4	- 25,9	+ 1,9	- 27,8	+ 0,8	- 0,8	- 0,1	- 1,0	+ 2,0		
2014	- 1,7	+ 28,7	- 29,7	- 1,2	- 28,6	+ 0,5	- 29,1	- 0,4	- 0,3	- 0,4	- 0,8	+ 0,5		
2014 Jan.	+ 5,2	+ 5,3	- 0,2	+ 1,9	- 2,0	- 0,2	- 1,8	+ 0,1	+ 0,0	- 0,0	+ 0,3	+ 1,0		
Febr.	- 4,7	- 4,7	+ 0,0	+ 3,3	- 3,3	- 0,1	- 3,1	+ 0,1	- 0,2	- 0,0	- 0,1	- 0,1		
März	- 6,9	- 3,3	- 3,7	- 1,1	- 2,6	- 0,1	- 2,5	+ 0,0	+ 0,0	- 0,1	+ 0,1	- 0,4		
April	+ 4,2	+ 4,4	+ 0,2	+ 2,4	- 2,2	- 0,2	- 2,0	+ 0,0	- 0,4	- 0,0	- 0,0	+ 0,2		
Mai	+ 0,3	+ 1,5	- 1,1	+ 1,2	- 2,3	+ 0,3	- 2,6	- 0,0	- 0,1	- 0,0	+ 0,0	- 0,5		
Juni	- 12,5	- 4,0	- 8,6	- 5,4	- 3,2	- 0,1	- 3,0	+ 0,0	+ 0,1	- 0,1	- 0,3	- 0,1		
Juli	+ 3,6	+ 6,5	- 2,8	+ 0,6	- 3,4	- 0,1	- 3,3	- 0,0	- 0,2	- 0,0	- 0,1	+ 0,2		
Aug.	+ 4,7	+ 3,5	+ 0,9	+ 2,8	- 1,9	+ 0,1	- 2,1	+ 0,0	+ 0,3	- 0,0	- 0,1	+ 0,3		
Sept.	+ 6,8	+ 11,5	- 6,1	- 5,7	- 0,4	- 0,2	- 0,2	+ 0,0	+ 1,4	- 0,0	- 0,0	- 0,1		
Okt.	+ 3,3	+ 8,9	- 5,6	- 1,6	- 4,0	+ 0,2	- 4,1	+ 0,1	- 0,0	- 0,0	+ 0,1	- 0,1		
Nov.	- 6,8	- 1,7	- 3,7	- 3,3	- 0,3	+ 1,1	- 1,4	- 0,1	- 1,3	+ 0,0	- 0,4	+ 0,1		
Dez.	+ 1,0	+ 0,8	+ 0,8	+ 3,7	- 2,9	- 0,0	- 2,9	- 0,6	- 0,0	+ 0,0	- 0,3	- 0,0		

lichkeiten und Verbindlichkeiten aus Namensschuldverschreibungen. **2** Einschl. Bauspareinlagen; siehe dazu Tab. IV.12. **3** Ohne Bauspareinlagen; siehe auch

Anm. **2** **4** Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen.

IV. Banken

8. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Privatpersonen und Organisationen ohne Erwerbszweck *)

Mrd €

Zeit	Einlagen und aufgenommene Kredite von inländischen Privatpersonen und Organisationen insgesamt	Sichteinlagen					Termineinlagen 1) 2)					
		insgesamt	nach Gläubigergruppen				insgesamt	nach Gläubigergruppen				
			inländische Privatpersonen					inländische Privatpersonen				
			zu-	Selb-	wirt-	sonstige		inländi-	zu-	Selb-	wirt-	sonstige
sammen	ständige	schaftlich Unselbstständige	Private-personen	sche Orga-nisationen ohne Erwerbs-zweck	sammen	ständige	schaftlich Unselbstständige	Private-personen				
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)												
2012	1 798,7	841,5	816,5	147,1	548,6	120,8	25,0	273,3	256,6	18,8	219,3	18,6
2013	1 854,4	932,5	906,3	161,3	613,0	132,0	26,2	262,8	247,2	16,5	215,1	15,6
2014	1 923,5	1 008,3	980,1	173,3	673,0	133,8	28,2	269,3	254,7	27,8	185,1	41,8
2014 Juli	1 886,7	973,1	942,7	168,0	642,3	132,5	30,4	267,2	251,1	17,2	218,9	15,0
Aug.	1 897,1	983,0	952,2	170,6	648,9	132,8	30,7	267,4	251,1	17,1	219,2	14,9
Sept.	1 891,9	977,6	946,5	166,7	647,4	132,4	31,1	267,4	251,4	17,0	219,6	14,7
Okt.	1 904,0	991,5	958,8	172,9	652,7	133,2	32,8	266,9	251,1	17,0	219,5	14,7
Nov.	1 925,8	1 014,8	983,0	174,0	673,1	135,9	31,8	266,9	251,1	16,8	219,5	14,8
Dez.	1 923,5	1 008,3	980,1	173,3	673,0	133,8	28,2	269,3	254,7	27,8	185,1	41,8
Veränderungen *)												
2013	+ 56,0	+ 91,0	+ 89,7	+ 14,2	+ 62,1	+ 13,5	+ 1,3	- 10,1	- 9,4	- 2,4	- 4,5	- 2,6
2014	+ 71,7	+ 77,2	+ 74,0	+ 11,7	+ 57,1	+ 5,3	+ 3,2	+ 7,6	+ 7,6	+ 1,9	+ 6,4	- 0,6
2014 Juli	+ 7,1	+ 8,2	+ 8,2	+ 5,1	+ 2,6	+ 0,5	+ 0,0	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,4	- 0,1	- 0,2
Aug.	+ 10,4	+ 9,9	+ 9,5	+ 2,6	+ 6,6	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,0	- 0,1	+ 0,2	- 0,1
Sept.	- 5,3	- 5,4	- 5,8	- 3,8	- 1,5	- 0,4	+ 0,4	- 0,1	+ 0,2	- 0,0	+ 0,4	- 0,1
Okt.	+ 12,1	+ 14,0	+ 12,3	+ 5,9	+ 5,4	+ 1,0	+ 1,6	- 0,5	- 0,2	- 0,1	- 0,1	- 0,0
Nov.	+ 21,8	+ 23,2	+ 24,2	+ 1,0	+ 20,4	+ 2,8	- 1,0	+ 0,1	- 0,0	- 0,1	+ 0,0	+ 0,1
Dez.	+ 0,1	- 5,1	- 2,8	- 1,1	- 1,7	- 0,1	- 2,3	+ 3,4	+ 3,6	+ 1,6	+ 2,2	- 0,2

* Siehe Tab. IV. 2, Anm. *; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu be-

trachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Einschl. nachrangiger Ver-

9. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen öffentlichen Haushalten nach Gläubigergruppen *)

Mrd €

Zeit	Einlagen und aufgenommene Kredite												
	inländische öffentliche Haushalte insgesamt	Bund und seine Sondervermögen 1)						Länder					
		zu-	Sicht-	Termineinlagen		Spar-	Nach-	zu-	Sicht-	Termineinlagen		Spar-	Nach-
				einlagen	bis 1 Jahr einschl.					über 1 Jahr	einlagen		
insgesamt	sammen	einlagen	einlagen	einlagen	richtlich: Treuhandkredite	sammen	einlagen	einlagen	einlagen	richtlich: Treuhandkredite			
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)													
2012	186,2	25,9	3,7	6,0	16,2	0,1	16,4	47,2	9,1	13,7	24,2	0,2	15,9
2013	183,0	16,0	2,9	7,7	5,3	0,1	15,7	43,6	10,2	10,1	23,0	0,2	14,6
2014	186,5	14,3	2,8	6,0	5,5	0,1	14,6	39,9	13,2	10,3	15,7	0,7	14,1
2014 Juli	187,1	11,8	3,3	3,5	4,9	0,1	14,8	51,0	13,2	15,0	22,7	0,2	14,3
Aug.	189,7	10,6	2,3	3,4	4,9	0,1	14,9	49,9	12,2	14,9	22,7	0,2	14,2
Sept.	189,2	11,5	2,7	3,8	4,9	0,1	14,9	54,3	11,6	20,0	22,6	0,2	14,2
Okt.	178,4	11,2	2,6	3,6	4,9	0,1	14,8	48,7	11,2	14,8	22,5	0,2	14,1
Nov.	182,6	10,6	2,3	3,3	5,0	0,1	14,8	44,0	10,8	10,3	22,7	0,2	14,1
Dez.	186,5	14,3	2,8	6,0	5,5	0,1	14,6	39,9	13,2	10,3	15,7	0,7	14,1
Veränderungen *)													
2013	- 3,8	- 9,8	- 0,8	+ 1,8	- 10,8	- 0,0	- 0,7	- 4,2	+ 0,8	- 3,8	- 1,1	+ 0,0	- 0,9
2014	- 0,2	- 0,8	- 0,0	- 0,9	+ 0,1	+ 0,0	- 1,0	- 3,9	+ 2,6	+ 0,4	- 7,3	+ 0,5	- 0,5
2014 Juli	- 2,8	- 1,0	- 0,1	- 0,9	- 0,0	+ 0,0	+ 0,0	+ 1,5	+ 0,7	+ 1,2	- 0,4	- 0,0	- 0,0
Aug.	+ 2,6	- 1,1	- 1,0	- 0,1	- 0,0	+ 0,0	+ 0,0	- 1,2	- 1,0	- 0,1	- 0,0	- 0,0	- 0,0
Sept.	- 0,6	+ 0,8	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,0	- 0,0	- 0,0	+ 4,4	- 0,6	+ 5,1	- 0,1	+ 0,0	- 0,1
Okt.	- 10,7	- 0,3	- 0,1	- 0,2	+ 0,0	+ 0,0	- 0,1	- 5,7	- 0,5	- 5,2	- 0,0	+ 0,0	- 0,0
Nov.	+ 4,1	- 0,6	- 0,3	- 0,3	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,0	- 4,7	- 0,4	- 4,5	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,0
Dez.	+ 0,7	+ 3,7	+ 0,6	+ 2,7	+ 0,5	- 0,0	- 0,2	- 4,4	+ 2,1	+ 0,0	- 6,9	+ 0,5	- 0,0

* Siehe Tab. IV. 2, Anm. *; ohne Einlagen und aufgenommene Kredite der Treuhandanstalt und ihrer Nachfolgeorganisationen sowie von Bundesbahn, Reichsbahn und Bundespost bzw. ab 1995 Deutsche Bahn AG, Deutsche Post AG und Deutsche Telekom

AG sowie Eigen- und Regiebetriebe der öffentlichen Haushalte, die unter Unternehmen erfasst sind. Statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten.

IV. Banken

nach Befristung					Spareinlagen ³⁾				Nachrichtlich:				Zeit
inländische Organisationen ohne Erwerb-zweck	bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr ²⁾		insgesamt	inländische Privatpersonen	inländische Organisationen ohne Erwerb-zweck	Sparbriefe ⁴⁾	Treuhandkredite	Nachrangige Verbindlichkeiten (ohne börsenfähige Schuldverschreibungen) ⁵⁾	Verbindlichkeiten aus Repos			
		zu-sammen	darunter:										
			bis 2 Jahre einschl.								über 2 Jahre		
Stand am Jahres- bzw. Monatsende ¹⁾													
16,7	82,3	190,9	17,1	173,8	608,0	597,8	10,2	76,0	0,0	7,6	–	2012	
15,6	68,1	194,7	14,0	180,7	599,3	589,6	9,7	59,8	0,0	7,0	–	2013	
14,6	68,4	200,9	11,4	189,5	597,1	587,7	9,4	48,8	0,0	5,0	–	2014	
16,1	69,1	198,1	12,8	185,3	593,4	584,0	9,5	52,9	0,0	6,0	–	2014 Juli	
16,3	68,8	198,6	12,8	185,9	594,9	585,5	9,5	51,8	0,0	5,9	–	Aug.	
16,0	67,9	199,5	13,1	186,4	595,6	586,1	9,5	51,3	0,0	5,7	–	Sept.	
15,7	67,4	199,5	12,8	186,6	595,0	585,6	9,5	50,5	0,0	5,4	–	Okt.	
15,8	67,4	199,5	12,3	187,2	594,4	585,1	9,3	49,7	0,0	5,3	–	Nov.	
14,6	68,4	200,9	11,4	189,5	597,1	587,7	9,4	48,8	0,0	5,0	–	Dez.	
Veränderungen ¹⁾													
– 0,7	– 14,0	+ 3,9	– 3,0	+ 6,8	– 8,7	– 8,3	– 0,4	– 16,2	– 0,0	– 0,6	–	2013	
– 0,1	+ 0,4	+ 7,1	– 2,0	+ 9,1	– 2,2	– 1,9	– 0,3	– 10,9	+ 0,0	– 1,9	–	2014	
+ 0,2	+ 0,1	+ 0,2	– 0,1	+ 0,3	– 0,2	– 0,2	+ 0,0	– 1,2	+ 0,0	– 0,2	–	2014 Juli	
+ 0,1	– 0,3	+ 0,5	– 0,0	+ 0,5	+ 1,5	+ 1,5	– 0,0	– 1,1	– 0,0	– 0,1	–	Aug.	
– 0,3	– 0,9	+ 0,8	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,6	– 0,0	– 0,5	– 0,0	– 0,2	–	Sept.	
– 0,3	– 0,5	– 0,0	– 0,3	+ 0,3	– 0,5	– 0,6	+ 0,0	– 0,8	–	– 0,2	–	Okt.	
+ 0,1	+ 0,0	+ 0,1	– 0,5	+ 0,6	– 0,6	– 0,4	– 0,2	– 0,8	– 0,0	– 0,2	–	Nov.	
– 0,2	+ 1,0	+ 2,4	– 0,3	+ 2,7	+ 2,7	+ 2,5	+ 0,2	– 0,9	– 0,0	– 0,2	–	Dez.	

bindlichkeiten und Verbindlichkeiten aus Namensschuldverschreibungen. **2** Einschl. Bauspareinlagen; siehe dazu Tab. IV.12. **3** Ohne Bauspareinlagen; siehe auch

Anm. **2** Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen. **5** In den Termineinlagen enthalten.

Gemeinden und Gemeindeverbände (einschl. kommunaler Zweckverbände)						Sozialversicherung						Zeit
zu-sammen	Sicht-einlagen	Termineinlagen ³⁾		Spar-einlagen und Spar-briefe ^{2) 4)}	Nach-richtlich: Treuhand-kredite	zu-sammen	Sicht-einlagen	Termineinlagen		Spar-einlagen und Spar-briefe ²⁾	Nach-richtlich: Treuhand-kredite	
		bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr					bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr			
Stand am Jahres- bzw. Monatsende ¹⁾												
43,8	23,0	11,3	5,9	3,6	0,4	69,3	15,0	42,0	11,4	0,8	0,0	2012
44,9	23,5	10,7	6,6	4,1	0,4	78,7	11,6	52,7	13,5	0,9	0,0	2013
48,0	25,4	11,1	7,0	4,5	0,4	84,4	11,1	57,0	15,4	0,9	–	2014
40,5	18,5	11,3	6,5	4,2	0,4	83,8	12,4	56,8	13,9	0,8	0,0	2014 Juli
46,2	22,9	12,4	6,6	4,3	0,4	83,0	13,7	54,8	13,9	0,7	0,0	Aug.
43,5	20,7	11,9	6,6	4,3	0,4	79,8	12,7	52,6	13,8	0,8	0,0	Sept.
41,9	19,7	11,2	6,7	4,3	0,4	76,7	11,1	51,0	13,7	0,8	0,0	Okt.
44,2	21,8	11,4	6,7	4,3	0,4	83,8	11,7	57,2	14,1	0,8	–	Nov.
48,0	25,4	11,1	7,0	4,5	0,4	84,4	11,1	57,0	15,4	0,9	–	Dez.
Veränderungen ¹⁾												
+ 1,1	+ 0,5	– 0,6	+ 0,7	+ 0,5	– 0,0	+ 9,1	– 3,4	+ 10,1	+ 2,3	+ 0,1	– 0,0	2013
+ 2,9	+ 1,8	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,4	– 0,0	+ 1,6	– 2,4	+ 3,4	+ 0,6	– 0,0	– 0,0	2014
– 2,7	– 2,7	– 0,2	+ 0,0	+ 0,1	–	– 0,5	– 0,5	– 0,2	+ 0,2	+ 0,0	– 0,0	2014 Juli
+ 5,7	+ 4,4	+ 1,0	+ 0,1	+ 0,1	– 0,0	– 0,8	+ 1,3	– 2,0	– 0,0	– 0,0	–	Aug.
– 2,7	– 2,1	– 0,5	– 0,1	+ 0,0	–	– 3,2	– 1,0	– 2,1	– 0,1	+ 0,0	–	Sept.
– 1,6	– 1,0	– 0,7	+ 0,1	+ 0,0	–	– 3,1	– 1,5	– 1,6	– 0,0	+ 0,1	–	Okt.
+ 2,4	+ 2,1	+ 0,3	– 0,0	– 0,0	–	+ 7,0	+ 0,5	+ 6,2	+ 0,3	+ 0,0	– 0,0	Nov.
+ 3,5	+ 3,5	– 0,4	+ 0,2	+ 0,2	–	– 2,2	– 1,9	– 0,3	+ 0,0	+ 0,0	–	Dez.

Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. **1** Bundeseisenbahnvermögen, Entschädigungsfonds, Erblastentilgungsfonds, ERP-Sondervermögen, Fonds „Deutsche

Einheit“, Lastenausgleichsfonds. **2** Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen. **3** Einschl. Bauspareinlagen. **4** Ohne Bauspareinlagen; siehe auch Anm. **3**.

IV. Banken

10. Spareinlagen und an Nichtbanken (Nicht-MFIs) abgegebene Sparbriefe der Banken (MFIs) in Deutschland *)

Mrd €														
Zeit	Spareinlagen 1)								Sparbriefe 3), abgegeben an					
	von Inländern				von Ausländern				Nachrichtlich: Zinsgutschriften auf Spar- einlagen	Nicht- banken ins- gesamt	inländische Nichtbanken		ausländische Nicht- banken	
	ins- gesamt	zu- sammen	mit dreimonatiger Kündigungsfrist		mit Kündigungsfrist von über 3 Monaten		zu- sammen	darunter mit drei- monatiger Kündi- gungs- frist			zu- sammen	darunter mit Laufzeit von über 2 Jahren		
			zu- sammen	darunter Sonder- spar- formen 2)	zu- sammen	darunter Sonder- spar- formen 2)								
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)														
2012	628,2	617,6	528,4	418,1	89,2	77,7	10,6	8,1	9,8	110,5	93,6	68,6	16,9	
2013	620,0	610,1	532,4	413,5	77,8	65,2	9,9	7,9	7,5	92,2	76,6	59,3	15,6	
2014	617,0	607,7	531,4	401,4	76,4	63,3	9,2	7,4	6,1	79,8	66,0	51,4	13,8	
2014 Aug.	615,3	605,9	528,2	402,7	77,7	64,7	9,4	7,5	0,2	82,0	68,4	53,5	13,7	
Sept.	615,8	606,5	528,3	402,3	78,2	65,2	9,3	7,5	0,2	83,2	69,4	54,6	13,8	
Okt.	615,3	606,1	528,0	400,6	78,0	65,0	9,3	7,4	0,3	82,4	68,6	53,9	13,7	
Nov.	614,6	605,3	527,7	399,6	77,7	64,5	9,2	7,4	0,3	80,2	66,5	51,8	13,7	
Dez.	617,0	607,7	531,4	401,4	76,4	63,3	9,2	7,4	3,4	79,8	66,0	51,4	13,8	
Veränderungen *)														
2013	- 8,0	- 7,4	+ 4,0	- 4,4	- 11,3	- 12,4	- 0,7	- 0,2	.	- 18,4	- 17,0	- 9,3	- 1,4	
2014	- 3,1	- 2,4	- 2,4	- 13,0	- 0,0	- 1,0	- 0,6	- 0,5	.	- 12,3	- 10,6	- 7,8	- 1,8	
2014 Aug.	+ 1,5	+ 1,5	+ 0,6	+ 0,0	+ 0,9	+ 0,9	- 0,1	- 0,0	.	- 0,8	- 0,8	- 0,4	- 0,0	
Sept.	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,1	- 0,4	+ 0,5	+ 0,4	- 0,0	- 0,0	.	+ 1,1	+ 1,0	+ 1,1	+ 0,1	
Okt.	- 0,5	- 0,4	- 0,3	- 1,7	- 0,2	- 0,2	- 0,1	- 0,0	.	- 0,8	- 0,7	- 0,6	- 0,1	
Nov.	- 0,8	- 0,7	- 0,4	- 1,0	- 0,4	- 0,5	- 0,0	- 0,0	.	- 2,1	- 2,1	- 2,1	- 0,0	
Dez.	+ 2,4	+ 2,4	+ 2,3	+ 0,8	+ 0,1	- 0,2	- 0,0	+ 0,0	.	- 0,4	- 0,5	- 0,5	+ 0,1	

* Siehe Tab. IV. 2, Anm.*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Ohne Bauspareinlagen, die

den Termineinlagen zugeordnet werden. 2 Spareinlagen mit einer über die Mindest-/Grundverzinsung hinausgehenden Verzinsung. 3 Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen.

11. Begebene Schuldverschreibungen und Geldmarktpapiere der Banken (MFIs) in Deutschland *)

Mrd €														
Zeit	Börsenfähige Inhaberschuldverschreibungen und Geldmarktpapiere									Nicht börsenfähige Inhaberschuldver- schreibungen und Geldmarktpapiere 6)		Nachrangig begebene		
	ins- gesamt	darunter:				mit Laufzeit				ins- gesamt	darunter: mit Laufzeit über 2 Jahre	börsen- fähige Schuld- verschrei- bungen	nicht börsen- fähige Schuld- verschrei- bungen	
		variabel verzins- liche Anlei- hen 1)	Null- Kupon- Anlei- hen 1) 2)	Fremd- wäh- rungs- anlei- hen 3) 4)	Certi- ficates of Deposit	bis 1 Jahr einschl.		über 1 Jahr bis 2 Jahre						über 2 Jahre
						zu- sammen	darunter ohne Nominal- betrags- garantie 5)	zu- sammen	darunter ohne Nominal- betrags- garantie 5)					
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)														
2012	1 265,1	346,8	31,6	362,3	58,9	76,4	3,0	51,3	4,4	1 137,4	0,3	0,3	38,6	1,1
2013	1 142,7	315,9	26,3	321,2	54,8	69,0	2,5	34,7	4,4	1 039,0	0,6	0,2	37,0	1,1
2014	1 114,2	286,3	26,3	354,0	69,2	83,6	2,1	26,3	5,0	1 004,3	1,0	0,2	33,7	1,2
2014 Aug.	1 129,9	302,4	28,6	353,6	80,2	96,8	2,6	29,3	5,2	1 003,8	1,3	0,2	34,7	1,1
Sept.	1 135,5	299,4	29,0	362,3	78,7	96,2	2,5	29,7	5,2	1 009,5	1,3	0,2	32,9	1,1
Okt.	1 129,1	292,8	28,0	358,6	77,4	92,1	2,5	28,9	5,2	1 008,0	1,1	0,2	33,0	1,1
Nov.	1 123,8	290,1	25,9	355,2	73,3	86,5	2,3	27,1	5,2	1 010,2	1,1	0,2	33,2	1,1
Dez.	1 114,2	286,3	26,3	354,0	69,2	83,6	2,1	26,3	5,0	1 004,3	1,0	0,2	33,7	1,2
Veränderungen *)														
2013	- 122,4	- 30,9	- 5,3	- 41,2	- 4,1	- 7,4	- 0,4	- 16,6	+ 0,1	- 98,4	+ 0,3	- 0,0	- 1,6	- 0,0
2014	- 28,7	- 29,5	+ 0,0	+ 32,7	+ 14,4	+ 14,6	- 0,4	- 8,4	+ 0,6	- 35,0	+ 0,4	- 0,0	+ 0,2	+ 0,2
2014 Aug.	+ 7,8	- 1,5	+ 2,4	+ 10,1	+ 8,3	+ 9,7	- 0,1	+ 1,2	+ 0,0	- 3,0	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,2	-
Sept.	+ 5,3	- 2,9	+ 0,4	+ 8,5	- 1,5	- 0,6	- 0,1	+ 0,4	- 0,1	+ 5,5	+ 0,0	+ 0,0	- 1,7	-
Okt.	- 6,4	- 6,7	- 1,0	- 3,7	- 1,3	- 4,1	+ 0,0	- 0,8	+ 0,1	- 1,5	- 0,2	- 0,0	+ 0,0	+ 0,1
Nov.	- 5,2	- 2,7	- 2,1	- 3,4	- 4,1	- 5,6	- 0,2	- 1,8	+ 0,0	+ 2,2	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,2	- 0,0
Dez.	- 9,6	- 3,7	+ 0,4	- 1,2	- 4,1	- 3,0	- 0,1	- 0,8	- 0,2	- 5,9	- 0,0	- 0,0	+ 0,6	+ 0,1

* Siehe Tab. IV. 2, Anm.*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Einschl. auf Fremdwährung lautender Anleihen. 2 Emissionswert bei Auflegung. 3 Einschl. auf Fremdwährung

lautender variabel verzinslicher Anleihen und Null-Kupon-Anleihen. 4 Anleihen auf Nicht-Eurowährungen. 5 Börsenfähige Inhaberschuldverschreibungen bzw. Geldmarktpapiere mit einer Nominalbetragsgarantie von unter 100 Prozent. 6 Nicht börsenfähige Inhaberschuldverschreibungen werden den Sparbriefen zugeordnet siehe auch Tab. IV. 10, Anm. 2.

IV. Banken

12. Bausparkassen (MFIs) in Deutschland *) Zwischenbilanzen

Mrd €

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Anzahl der Institute	Bilanzsumme 13)	Kredite an Banken (MFIs)			Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs)				Einlagen und aufgenommene Kredite von Banken (MFIs) 5)		Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken (Nicht-MFIs)		Inhaberschuldverreibungen im Umlauf	Kapital (einschl. offener Rücklagen) 7)	Nachrichtlich: Im Jahr bzw. Monat neu abgeschlossene Verträge 8)
			Guthaben und Darlehen (ohne Baudarlehen) 1)	Baudarlehen 2)	Bank-schuldver-schrei-bungen 3)	Baudarlehen			Wert-papiere (einschl. Schatz-wechsel und U-Schätze) 4)	Bauspar-einlagen	Sicht- und Termin-gelder	Bauspar-einlagen	Sicht- und Termin-gelder 6)			
						Bauspar-darlehen	Vor- und Zwischen-finan-zierungs-kredite	sonstige Baudar-lehen								
Alle Bausparkassen																
2012	22	200,6	42,2	0,0	17,5	24,0	78,3	16,0	14,5	1,3	21,0	141,9	6,4	4,9	8,7	101,8
2013	22	205,2	43,6	0,0	16,9	21,0	82,5	17,0	17,6	1,6	21,1	149,0	5,7	4,0	9,0	105,4
2014 Okt.	21	209,9	44,7	0,0	16,5	19,3	86,2	17,2	20,3	1,8	21,5	153,6	5,1	2,9	9,1	7,8
Nov.	21	210,8	45,2	0,0	16,5	19,1	86,6	17,2	20,5	1,8	21,7	154,1	5,1	2,9	9,1	7,8
Dez.	21	211,6	45,6	0,0	16,6	18,7	87,2	17,3	20,6	1,9	21,3	156,8	5,2	2,8	9,2	9,3
Private Bausparkassen																
2014 Okt.	12	146,5	27,3	-	9,5	13,6	67,6	14,7	9,0	1,1	17,7	101,3	5,0	2,9	6,1	4,9
Nov.	12	146,9	27,8	-	9,5	13,5	67,8	14,7	8,9	1,2	17,9	101,6	4,9	2,9	6,1	4,9
Dez.	12	147,5	28,2	-	9,5	13,3	68,3	14,7	8,9	1,2	17,7	103,4	4,9	2,8	6,1	6,0
Öffentliche Bausparkassen																
2014 Okt.	9	63,4	17,4	0,0	7,0	5,7	18,6	2,5	11,3	0,6	3,7	52,3	0,1	-	3,0	2,9
Nov.	9	63,8	17,4	0,0	7,1	5,6	18,7	2,5	11,6	0,6	3,9	52,5	0,1	-	3,0	2,8
Dez.	9	64,2	17,4	0,0	7,1	5,5	18,9	2,5	11,7	0,6	3,6	53,4	0,3	-	3,0	3,4

Entwicklung des Bauspargeschäfts

Mrd €

Zeit	Umsätze im Sparverkehr			Kapitalzusagen		Kapitalauszahlungen					Noch bestehende Auszahlungsverpflichtungen am Ende des Zeitraumes		Zins- und Tilgungseingänge auf Bauspardarlehen 10)		Nachrichtlich: Eingegangene Wohnungsbauprämien 12)	
	eingezahlte Bausparbeiträge 9)	Zinsgutschriften auf Bauspereinlagen	Rückzahlungen von Bauspereinlagen aus nicht zuge- teilten Ver- trägen	ins- gesamt	darunter Netto-Zutei- lungen 11)	Zuteilungen			neu ge- währte Vor- und Zwi- schen- finan- zierungs- kredite und sonstige Bau- darlehen	dar- unter aus Zutei- lungen	ins- gesamt	dar- unter aus Zutei- lungen	ins- gesamt	darunter Til- gungen im Quartal		
						Bauspereinlagen	Bauspardarlehen 9)	darunter zur Ab- lösung von Vor- und Zwi- schenfinan- zierungs- krediten								
Alle Bausparkassen																
2012	28,5	2,6	6,8	48,3	31,0	40,8	18,3	4,1	6,8	3,7	15,7	13,2	7,7	12,1	10,1	0,4
2013	29,7	2,6	6,7	47,9	30,3	41,3	18,0	4,3	6,5	3,7	16,8	13,9	8,0	11,6	9,4	0,4
2014 Okt.	2,9	0,0	0,6	3,9	2,3	3,3	1,4	0,4	0,5	0,3	1,5	14,7	8,1	0,8		0,0
Nov.	2,3	0,0	0,5	3,6	2,2	3,1	1,3	0,3	0,4	0,3	1,4	14,9	8,2	0,8		0,0
Dez.	2,5	2,2	0,6	3,5	2,1	3,4	1,4	0,3	0,4	0,3	1,6	14,5	8,0	0,9	...	0,0
Private Bausparkassen																
2014 Okt.	1,5	0,0	0,3	2,9	1,7	2,6	1,0	0,3	0,4	0,2	1,2	10,2	4,8	0,6		0,0
Nov.	1,5	0,0	0,2	2,6	1,4	2,4	1,0	0,3	0,3	0,2	1,1	10,3	4,8	0,6		0,0
Dez.	1,7	1,5	0,3	2,5	1,5	2,5	1,0	0,2	0,3	0,2	1,2	10,2	4,8	0,7	...	0,0
Öffentliche Bausparkassen																
2014 Okt.	1,4	0,0	0,3	1,0	0,7	0,7	0,4	0,1	0,1	0,1	0,3	4,4	3,3	0,2		0,0
Nov.	0,8	0,0	0,3	1,0	0,7	0,8	0,4	0,1	0,1	0,1	0,3	4,5	3,4	0,2		0,0
Dez.	0,9	0,8	0,3	1,0	0,7	0,9	0,4	0,1	0,1	0,1	0,3	4,3	3,2	0,3	...	0,0

* Ohne Aktiva und Passiva bzw. Geschäfte der Auslandsfilialen. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten; Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Einschl. Forderungen an Bausparkassen, Forderungen aus Namensschuldverschreibungen und Guthaben bei Zentralnotenbanken. 2 Bauspardarlehen sowie Vor- und Zwischenfinanzierungskredite. 3 Einschl. Geldmarktpapiere sowie geringer Beträge anderer Wertpapiere von Banken. 4 Einschl. Ausgleichsforderungen. 5 Einschl. Verbindlichkeiten gegenüber Bausparkassen. 6 Einschl. geringer Beträge von Spareinlagen. 7 Einschl. Genussrechtskapital und Fonds für allgemeine

Bankrisiken. 8 Bausparsumme; nur Neuabschlüsse, bei denen die Abschlussgebühr voll eingezahlt ist. Vertragserhöhungen gelten als Neuabschlüsse. 9 Auszahlungen von Bauspereinlagen aus zugeordneten Verträgen s. unter Kapitalauszahlungen. 10 Einschl. gutgeschriebener Wohnungsbauprämien. 11 Nur die von den Berechtigten angenommenen Zuteilungen; einschl. Zuteilungen zur Ablösung von Vor- und Zwischenfinanzierungskrediten. 12 Soweit den Konten der Bausparer oder Darlehensnehmer bereits gutgeschrieben, auch in „Eingezahlte Bausparbeiträge“ und „Zins- und Tilgungseingänge auf Bauspardarlehen“ enthalten. 13 Siehe Tabelle IV. 2, Fußnote 1.

IV. Banken

Einlagen und aufgenommene Kredite												Sonstige Passivpositionen 6) 7)		Zeit
insgesamt	von Banken (MFIs)			von Nichtbanken (Nicht-MFIs)					Geldmarkt-papiere und Schuldverschreibungen im Umlauf 5)	Betriebskapital bzw. Eigenkapital	insgesamt	darunter: Derivative Finanzinstrumente des Handelsbestands		
	zusammen	deutsche Banken	ausländische Banken	insgesamt	deutsche Nichtbanken 4)			ausländische Nichtbanken						
					zusammen	kurzfristig	mittel- und langfristige							
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)													Auslandsfilialen	
1 179,6	814,0	406,6	407,4	365,6	35,9	30,3	5,6	329,7	141,2	38,6	957,2	880,2	2011	
1 054,8	727,7	371,2	356,5	327,1	34,7	26,9	7,8	292,4	127,0	39,9	821,1	670,8	2012	
890,9	596,4	327,0	269,4	294,5	24,2	19,1	5,1	270,3	125,4	41,2	668,9	484,1	2013	
1 008,5	664,1	336,0	328,1	344,4	28,0	23,0	5,0	316,4	130,1	40,4	590,6	450,4	2014 Febr.	
964,2	625,5	340,9	284,6	338,7	29,0	24,0	5,0	309,7	125,3	40,5	565,7	435,1	März	
1 001,9	653,8	341,1	312,7	348,1	27,4	22,4	4,9	320,7	127,1	40,4	562,4	436,0	April	
1 011,4	663,0	349,1	313,9	348,4	25,8	20,9	4,9	322,6	134,1	40,3	581,2	452,3	Mai	
1 003,6	668,2	351,1	317,1	335,4	23,1	18,7	4,5	312,3	134,3	41,0	563,1	436,7	Juni	
1 103,3	732,0	371,2	360,8	371,4	22,8	18,3	4,5	348,6	133,6	41,6	550,4	434,8	Juli	
1 093,1	727,8	370,2	357,6	365,3	23,7	19,3	4,4	341,6	139,0	41,7	603,0	473,2	Aug.	
1 027,4	691,8	364,7	327,1	335,6	22,5	18,1	4,4	313,1	139,3	42,1	617,7	493,4	Sept.	
1 077,6	733,8	390,9	342,8	343,9	22,1	17,7	4,5	321,7	133,3	41,9	657,2	517,3	Okt.	
1 099,5	753,2	411,7	341,5	346,3	21,8	17,3	4,4	324,5	132,7	42,9	707,6	555,5	Nov.	
Veränderungen *)													Auslandstöchter	
- 114,6	- 80,1	- 35,3	- 44,8	- 34,5	- 1,3	- 3,4	+ 2,1	- 33,2	- 14,3	+ 1,4	- 134,3	- 209,4	2012	
- 142,1	- 118,2	- 44,3	- 74,0	- 23,9	- 10,4	- 7,7	- 2,7	- 13,4	- 1,5	+ 1,2	- 136,7	- 186,7	2013	
- 44,6	- 38,8	+ 4,9	- 43,8	- 5,8	+ 1,0	+ 1,1	- 0,1	- 6,8	- 4,9	+ 0,0	- 25,0	- 15,3	2014 März	
+ 38,8	+ 29,0	+ 0,2	+ 28,7	+ 9,9	- 1,6	- 1,6	- 0,0	+ 11,5	+ 1,8	- 0,1	- 2,8	+ 0,9	April	
+ 1,9	+ 5,2	+ 8,0	+ 2,8	- 3,3	- 1,5	- 1,5	- 0,0	- 1,8	+ 7,0	- 0,1	+ 14,9	+ 16,3	Mai	
- 7,3	+ 5,6	+ 2,0	+ 3,6	- 12,9	- 2,7	- 2,2	- 0,5	- 10,2	+ 0,3	+ 0,7	- 18,1	- 15,6	Juni	
+ 91,5	+ 59,2	+ 20,1	+ 39,0	+ 32,4	- 0,4	- 0,4	+ 0,0	+ 32,8	- 0,8	+ 0,7	- 17,0	- 1,9	Juli	
- 16,4	- 7,7	- 1,0	- 6,7	- 8,7	+ 0,9	+ 1,0	- 0,0	- 9,6	+ 5,5	+ 0,1	+ 49,7	+ 38,4	Aug.	
- 87,0	- 48,1	- 5,6	- 42,5	- 39,0	- 1,2	- 1,2	+ 0,0	- 37,8	+ 0,2	+ 0,5	+ 5,9	+ 20,2	Sept.	
+ 49,4	+ 41,4	+ 26,2	+ 15,1	+ 8,0	- 0,4	- 0,4	+ 0,0	+ 8,4	- 5,9	- 0,3	+ 39,0	+ 23,9	Okt.	
+ 22,2	+ 19,3	+ 20,8	- 1,4	+ 2,9	- 0,4	- 0,3	- 0,0	+ 3,2	- 0,7	+ 1,0	+ 50,9	+ 38,2	Nov.	
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)													Auslandstöchter	
377,5	229,6	142,4	87,2	147,9	26,7	19,8	6,9	121,2	25,1	30,8	45,2	-	2011	
356,8	207,7	120,4	87,2	149,2	22,0	17,8	4,2	127,1	24,9	32,1	44,9	-	2012	
334,2	201,1	113,4	87,7	133,0	18,5	16,4	2,0	114,6	21,3	30,0	39,8	-	2013	
320,7	186,5	94,5	92,0	134,2	19,8	17,8	2,0	114,3	21,0	28,9	37,7	-	2014 Febr.	
319,5	186,3	95,0	91,3	133,2	19,6	17,6	2,0	113,6	20,3	29,1	38,4	-	März	
312,7	181,1	94,5	86,6	131,5	19,2	17,2	2,0	112,3	20,9	29,2	38,7	-	April	
316,4	186,7	95,6	91,1	129,7	18,8	16,7	2,1	110,9	20,5	28,5	39,4	-	Mai	
322,8	189,7	106,4	83,2	133,1	18,6	15,2	3,4	114,5	20,4	27,3	39,9	-	Juni	
315,1	184,0	97,8	86,3	131,1	20,4	15,4	5,0	110,7	20,4	26,8	40,9	-	Juli	
311,3	178,6	98,5	80,1	132,7	19,9	14,8	5,1	112,8	20,3	28,2	47,5	-	Aug.	
304,5	173,6	99,1	74,6	130,9	20,5	15,2	5,3	110,4	19,4	27,6	47,8	-	Sept.	
302,4	175,5	99,4	76,1	126,9	19,7	14,3	5,5	107,2	16,1	26,4	48,2	-	Okt.	
304,2	179,1	100,6	78,5	125,2	20,6	14,5	6,1	104,6	16,1	26,3	48,4	-	Nov.	
Veränderungen *)													Auslandstöchter	
- 19,6	- 21,3	- 22,0	+ 0,7	+ 1,7	- 4,7	- 2,0	- 2,7	+ 6,4	- 0,2	+ 1,3	+ 0,3	-	2012	
- 18,9	- 4,6	- 7,0	+ 2,4	- 14,3	- 3,6	- 1,4	- 2,2	- 10,7	- 3,6	- 2,1	- 4,1	-	2013	
- 1,2	- 0,3	+ 0,5	- 0,8	- 1,0	- 0,2	- 0,2	- 0,0	- 0,8	- 0,7	+ 0,1	+ 0,7	-	2014 März	
- 6,6	- 5,0	- 0,5	- 4,5	- 1,6	- 0,4	- 0,4	- 0,0	- 1,2	+ 0,5	+ 0,1	+ 0,3	-	April	
+ 2,6	+ 4,8	+ 1,1	+ 3,7	- 2,2	- 0,4	- 0,5	+ 0,1	- 1,8	- 0,4	- 0,7	+ 0,4	-	Mai	
+ 6,5	+ 3,1	+ 10,8	- 7,7	+ 3,4	- 0,2	- 1,5	+ 1,3	+ 3,6	- 0,1	- 1,2	+ 0,5	-	Juni	
- 9,1	- 6,5	- 8,7	+ 2,2	- 2,6	+ 1,8	+ 0,2	+ 1,6	- 4,4	- 0,0	- 0,6	+ 0,6	-	Juli	
- 4,8	- 6,0	+ 0,7	- 6,7	+ 1,2	- 0,5	- 0,6	+ 0,1	+ 1,7	- 0,1	+ 1,4	+ 6,4	-	Aug.	
- 9,7	- 6,7	+ 0,6	- 7,3	- 3,1	+ 0,5	+ 0,3	+ 0,2	- 3,6	- 0,9	- 0,6	- 0,5	-	Sept.	
- 2,3	+ 1,7	+ 0,3	+ 1,4	- 4,0	- 0,7	- 0,9	+ 0,2	- 3,3	- 3,3	- 1,2	+ 0,4	-	Okt.	
+ 1,7	+ 3,5	+ 1,2	+ 2,3	- 1,8	+ 0,8	+ 0,2	+ 0,6	- 2,6	+ 0,0	- 0,1	+ 0,2	-	Nov.	

zählen als eine Filiale. 2 Schatzwechsel, U-Schätze und sonstige Geldmarktpapiere, Anleihen und Schuldverschreibungen. 3 Einschl. eigener Schuldverschreibungen. 4 Ohne nachrangige Verbindlichkeiten und nicht börsenfähige Schuld-

verschreibungen. 5 Begebene börsenfähige und nicht börsenfähige Schuldverschreibungen und Geldmarktpapiere. 6 Einschl. nachrangiger Verbindlichkeiten. 7 Siehe Tabelle IV.2, Fußnote 1.

V. Mindestreserven

1. Mindestreservebasis und -erfüllung in der Europäischen Währungsunion

Mrd €

Reserveperiode beginnend im Monat 1)	Reservebasis 2)	Reserve-Soll vor Abzug des Freibetrages 3)	Reserve-Soll nach Abzug des Freibetrages 4)	Zentralbankguthaben der Kreditinstitute auf Girokonten 5)	Überschussreserven 6)	Summe aller Unterschreitungen des Reserve-Solls 7)
2009	10 530,2	210,6	210,1	211,3	1,2	0,0
2010	10 559,5	211,2	210,7	212,4	1,7	0,0
2011	10 376,3	207,5	207,0	212,3	5,3	0,0
2012 8)	10 648,6	106,5	106,0	489,0	383,0	0,0
2013	10 385,9	103,9	103,4	248,1	144,8	0,0
2014 9)	10 677,3	106,8	106,3	236,3	130,1	0,0
2014 Okt.	10 616,9	106,2	105,7	188,3	82,6	0,0
Nov.	10 691,3	106,9	106,5	185,4	79,0	0,0
Dez. 9)	10 677,3	106,8	106,3	236,3	130,1	0,0
2015 Jan. p)	10 800,5	108,0	107,5

2. Mindestreservebasis und -erfüllung in Deutschland

Mio €

Reserveperiode beginnend im Monat 1)	Reservebasis 2)	Anteil Deutschlands an der Reservebasis des Eurosystems in %	Reserve-Soll vor Abzug des Freibetrages 3)	Reserve-Soll nach Abzug des Freibetrages 4)	Zentralbankguthaben der Kreditinstitute auf Girokonten 5)	Überschussreserven 6)	Summe aller Unterschreitungen des Reserve-Solls 7)
2009	2 507 906	23,8	50 158	49 971	50 297	326	0
2010	2 530 997	24,0	50 620	50 435	51 336	901	0
2011	2 666 422	25,7	53 328	53 145	54 460	1 315	1
2012 8)	2 874 716	27,0	28 747	28 567	158 174	129 607	1
2013	2 743 933	26,4	27 439	27 262	75 062	47 800	2
2014	2 876 931	26,9	28 769	28 595	75 339	46 744	4
2014 Okt.	2 843 205	26,8	28 432	28 257	57 557	29 300	0
Nov.	2 868 958	26,8	28 690	28 515	55 526	27 011	0
Dez.	2 876 931	26,9	28 769	28 595	75 339	46 744	4
2015 Jan. p)	2 921 579	27,1	29 216	29 041

a) Reserve-Soll einzelner Bankengruppen

Mio €

Reserveperiode beginnend im Monat 1)	Großbanken	Regionalbanken und sonstige Kreditbanken	Zweigstellen ausländischer Banken	Landesbanken und Sparkassen	Genossenschaftliche Zentralbanken und Kreditgenossenschaften	Realkreditinstitute	Banken mit Sonderaufgaben und Bausparkassen
2009	11 165	7 885	1 461	18 040	9 400	652	1 368
2010	10 633	7 949	1 845	18 128	9 914	556	1 409
2011	10 459	8 992	3 078	18 253	10 230	601	1 531
2012 8)	5 388	4 696	2 477	9 626	5 262	248	871
2013	5 189	4 705	1 437	9 306	5 479	239	906
2014	5 593	4 966	1 507	9 626	5 753	216	934
2014 Okt.	5 322	4 882	1 469	9 642	5 758	222	961
Nov.	5 520	4 921	1 495	9 647	5 735	219	977
Dez.	5 593	4 966	1 507	9 626	5 753	216	934
2015 Jan. p)	5 907	4 940	1 519	9 741	5 819	212	905

b) Zusammensetzung der Reservebasis nach Verbindlichkeiten

Mio €

Reserveperiode beginnend im Monat 1)	Verbindlichkeiten (ohne Spareinlagen, Bauspareinlagen und Repos) gegenüber Nicht-MFIs mit Ursprungslaufzeit bis zu 2 Jahren einschl.	Verbindlichkeiten (ohne Bauspareinlagen und Repos) gegenüber nicht der Mindestreserve unterliegenden MFIs in der EWU mit Ursprungslaufzeit bis zu 2 Jahren einschl.	Verbindlichkeiten (ohne Bauspareinlagen und Repos) gegenüber Banken im anderen Ausland außerhalb der EWU mit Ursprungslaufzeit bis zu 2 Jahren einschl.	Spareinlagen mit Kündigungsfrist bis zu 2 Jahren einschl.	Verbindlichkeiten aus ausgegebenen Inhaberschuldverschreibungen mit Ursprungslaufzeit bis zu 2 Jahren einschl. nach Pauschalabzug bzw. Abzug der Beträge im Besitz selbst reservspflichtiger MFIs
2009	1 473 296	6 814	309 908	572 127	145 759
2010	1 484 334	2 376	344 440	594 119	105 728
2011	1 609 904	3 298	354 235	596 833	102 153
2012 8)	1 734 716	2 451	440 306	602 834	94 453
2013	1 795 844	2 213	255 006	600 702	90 159
2014	1 904 200	1 795	282 843	601 390	86 740
2014 Okt.	1 889 325	1 389	260 917	601 106	90 475
Nov.	1 896 808	3 282	276 688	601 782	90 393
Dez.	1 904 200	1 795	282 843	601 390	86 740
2015 Jan. p)	1 932 264	1 264	305 908	600 771	81 428

1 Die Erfüllungsperiode beginnt am Abwicklungstag des Hauptrefinanzierungsgeschäfts, das auf die Sitzung des EZB-Rats folgt, in der die Erörterung der Geldpolitik vorgesehen ist. 2 Art. 3 der Verordnung der Europäischen Zentralbank über die Auferlegung einer Mindestreservepflicht (ohne die Verbindlichkeiten, für die gemäß Art. 4 Abs. 1 ein Reservesatz von 0 % gilt). 3 Betrag nach Anwendung der Reservesätze auf die Reservebasis. Der Reservesatz für Verbindlichkeiten mit einer Ursprungslaufzeit von bis zu 2 Jahren beträgt 1 %. 4 Art. 5 Abs. 2 der Verordnung der Europäischen Zentralbank über die Auferlegung einer Mindestreserve 5 Durch-

schnittliche Guthaben der Kreditinstitute bei den nationalen Zentralbanken. 6 Durchschnittliche Guthaben abzüglich Reserve-Soll nach Abzug des Freibetrages. 7 Reserve-Soll nach Abzug des Freibetrages. 8 Der Reservesatz für Verbindlichkeiten mit einer Ursprungslaufzeit von bis zu 2 Jahren einschl. betrug vom 1. Januar 1999 bis 17. Januar 2012 2 %. Ab dem 18. Januar 2012 liegt er bei 1 %. 9 Reserve-Soll nach Abzug des Freibetrages inklusive des Reserve-Solls von Litauen in Höhe von 0,154 Mrd €. Das Reserve-Soll in der Europäischen Währungsunion bis zum 31. Dezember 2014 betrug 106,2 Mrd €.

VI. Zinssätze

1. EZB-Zinssätze

% p.a.

Gültig ab	Einlage-fazilität	Hauptrefinan-zierungsgeschäfte		Spitzen- refi- nanzie- rungs- fazilität	Gültig ab	Einlage-fazilität	Hauptrefinan-zierungsgeschäfte		Spitzen- refi- nanzie- rungs- fazilität
		Festsatz	Mindest-bietungs-satz				Festsatz	Mindest-bietungs-satz	
2005 6. Dez.	1,25	–	2,25	3,25	2011 13. April	0,50	1,25	–	2,00
2006 8. März	1,50	–	2,50	3,50	13. Juli	0,75	1,50	–	2,25
15. Juni	1,75	–	2,75	3,75	9. Nov.	0,50	1,25	–	2,00
9. Aug.	2,00	–	3,00	4,00	14. Dez.	0,25	1,00	–	1,75
11. Okt.	2,25	–	3,25	4,25	2012 11. Juli	0,00	0,75	–	1,50
13. Dez.	2,50	–	3,50	4,50	2013 8. Mai	0,00	0,50	–	1,00
2007 14. März	2,75	–	3,75	4,75	13. Nov.	0,00	0,25	–	0,75
13. Juni	3,00	–	4,00	5,00	2014 11. Juni	–0,10	0,15	–	0,40
2008 9. Juli	3,25	–	4,25	5,25	10. Sept.	–0,20	0,05	–	0,30
8. Okt.	2,75	–	3,75	4,75					
9. Okt.	3,25	3,75	–	4,25					
12. Nov.	2,75	3,25	–	3,75					
10. Dez.	2,00	2,50	–	3,00					
2009 21. Jan.	1,00	2,00	–	3,00					
11. März	0,50	1,50	–	2,50					
8. April	0,25	1,25	–	2,25					
13. Mai	0,25	1,00	–	1,75					

1 Gemäß § 247 BGB.

2. Basiszinssätze

% p.a.

Gültig ab	Basis-zins-satz gemäß BGB 1)	Gültig ab	Basis-zins-satz gemäß BGB 1)
2002 1. Jan.	2,57	2009 1. Jan.	1,62
1. Juli	2,47	1. Juli	0,12
2003 1. Jan.	1,97	2011 1. Juli	0,37
1. Juli	1,22	2012 1. Jan.	0,12
2004 1. Jan.	1,14	2013 1. Jan.	–0,13
1. Juli	1,13	1. Juli	–0,38
2005 1. Jan.	1,21	2014 1. Jan.	–0,63
1. Juli	1,17	1. Juli	–0,73
2006 1. Jan.	1,37	2015 1. Jan.	–0,83
1. Juli	1,95		
2007 1. Jan.	2,70		
1. Juli	3,19		
2008 1. Jan.	3,32		
1. Juli	3,19		

3. Geldpolitische Geschäfte des Eurosystems (Tenderverfahren *)

Gebote Betrag	Zuteilung Betrag	Mengtender		Zinstender		Laufzeit
		Festsatz	Mindest-bietungssatz	marginaler Satz 1)	gewichteter Durchschnittssatz	
Gutschriftstag	Mio €	% p.a.				Tage
Hauptrefinanzierungsgeschäfte						
2015 6. Jan.	112 335	112 335	0,05	–	–	8
14. Jan.	113 986	113 986	0,05	–	–	7
21. Jan.	125 256	125 256	0,05	–	–	7
28. Jan.	163 821	163 821	0,05	–	–	7
4. Febr.	151 768	151 768	0,05	–	–	7
11. Febr.	104 539	104 539	0,05	–	–	7
Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte						
2014 27. Nov.	18 348	18 348	2) ...	–	–	91
17. Dez.	129 840	129 840	0,15	–	–	1 379
18. Dez.	22 349	22 349	2) ...	–	–	91
2015 29. Jan.	34 132	34 132	2) ...	–	–	91

* Quelle: EZB. 1 Niedrigster bzw. höchster Zinssatz, zu dem Mittel noch zugeteilt bzw. hereingenommen werden. 2 Berechnung am Ende der Laufzeit; Zuteilung zu

dem durchschnittlichen Mindestbietungssatz aller Hauptrefinanzierungsgeschäfte während der Laufzeit.

4. Geldmarktsätze nach Monaten *)

% p.a.

Durchschnitt im Monat	EURIBOR 2)						
	EONIA 1)	Wochengeld	Monatsgeld	Dreimonatsgeld	Sechsmonatsgeld	Neunmonatsgeld	Zwölfmonatsgeld
2014 Juli	0,04	0,05	0,10	0,21	0,30	0,40	0,49
Aug.	0,02	0,04	0,09	0,19	0,29	0,38	0,47
Sept.	0,01	– 0,01	0,02	0,10	0,20	0,27	0,36
Okt.	0,00	– 0,01	0,01	0,08	0,18	0,26	0,34
Nov.	– 0,01	– 0,01	0,01	0,08	0,18	0,26	0,33
Dez.	– 0,03	– 0,01	0,02	0,08	0,18	0,25	0,33
2015 Jan.	– 0,05	– 0,04	0,01	0,06	0,15	0,22	0,30

* Monatsdurchschnitte sind eigene Berechnungen. Weder die Deutsche Bundesbank noch eine andere Stelle kann bei Umstimmigkeiten des EONIA Satzes und der EURIBOR Sätze haftbar gemacht werden. 1 Euro OverNight Index Average: Seit 4. Januar 1999 von der Europäischen Zentralbank auf der Basis effektiver Umsätze

nach der Zinsmethode act/360 berechneter gewichteter Durchschnittssatz für Tagesgelder im Interbankengeschäft, der von Reuters veröffentlicht wird. 2 Euro Interbank Offered Rate: Seit 30. Dezember 1998 von Reuters nach der Zinsmethode act/360 berechneter ungewichteter Durchschnittssatz.

VI. Zinssätze

5. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs) *) a) Bestände ^{o)}

Stand am Monatsende	Einlagen privater Haushalte				Einlagen nichtfinanzieller Kapitalgesellschaften			
	mit vereinbarter Laufzeit							
	bis 2 Jahre		von über 2 Jahren		bis 2 Jahre		von über 2 Jahren	
	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €
2013 Dez.	1,03	96 913	1,97	226 745	0,48	81 898	3,07	20 531
2014 Jan.	1,01	95 966	1,95	227 207	0,48	83 425	3,04	20 595
Febr.	0,99	95 572	1,94	227 617	0,44	86 581	3,02	20 561
März	0,97	95 257	1,92	227 604	0,45	85 751	3,01	20 226
April	0,95	94 627	1,91	226 848	0,45	86 699	2,98	19 598
Mai	0,92	94 570	1,89	226 619	0,46	87 856	2,95	19 903
Juni	0,91	95 671	1,87	226 527	0,44	84 165	2,92	19 989
Juli	0,87	95 197	1,85	225 989	0,41	85 704	2,87	19 674
Aug.	0,84	94 384	1,84	225 881	0,39	86 373	2,83	19 536
Sept.	0,81	93 703	1,82	225 992	0,39	83 870	2,81	19 601
Okt.	0,79	92 778	1,81	225 657	0,37	83 587	2,78	19 663
Nov.	0,76	92 016	1,80	225 585	0,37	83 312	2,73	19 554
Dez.	0,71	91 909	1,77	227 262	0,36	80 582	2,74	19 202

Stand am Monatsende	Wohnungsbaukredite an private Haushalte ³⁾						Konsumentenkredite und sonstige Kredite an private Haushalte ^{4) 5)}					
	mit Ursprungslaufzeit											
	bis 1 Jahr ⁶⁾		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren		bis 1 Jahr ⁶⁾		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren	
	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €
2013 Dez.	3,29	5 683	3,12	28 778	3,98	978 740	7,61	59 488	5,01	77 624	5,01	307 844
2014 Jan.	3,16	5 704	3,10	28 563	3,96	977 215	7,66	57 235	4,99	77 651	5,00	308 100
Febr.	3,20	5 602	3,08	28 337	3,94	979 347	7,61	56 749	4,97	77 550	4,98	308 406
März	3,22	5 707	3,06	28 267	3,92	980 208	7,75	58 723	4,97	77 679	4,97	307 181
April	3,17	5 744	3,03	28 198	3,90	981 947	7,53	57 688	4,91	76 672	4,99	309 107
Mai	3,17	5 764	3,01	28 197	3,88	984 889	7,51	56 479	4,94	75 911	4,98	309 887
Juni	3,17	5 762	2,99	28 112	3,86	986 700	7,59	59 098	4,92	76 099	4,96	308 827
Juli	3,08	5 812	2,96	28 148	3,83	989 997	7,51	56 579	4,89	76 766	4,94	309 761
Aug.	3,09	5 667	2,94	28 220	3,82	994 510	7,36	55 731	4,86	77 128	4,91	309 772
Sept.	3,09	5 630	2,91	28 295	3,80	997 116	7,54	58 107	4,83	77 166	4,89	308 303
Okt.	3,05	5 766	2,87	28 278	3,77	1 000 934	7,36	56 716	4,79	77 707	4,87	308 423
Nov.	2,98	5 631	2,84	28 396	3,75	1 004 378	7,25	54 676	4,77	77 140	4,84	308 879
Dez.	3,04	5 163	2,82	28 189	3,72	1 002 092	7,15	56 291	4,78	76 871	4,85	307 589

Stand am Monatsende	Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften mit Ursprungslaufzeit					
	bis 1 Jahr ⁶⁾		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren	
	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €
2013 Dez.	3,13	131 319	2,86	124 094	3,24	585 809
2014 Jan.	3,10	129 373	2,86	124 931	3,24	585 957
Febr.	3,11	131 524	2,84	125 835	3,23	586 261
März	3,23	133 290	2,84	126 844	3,22	582 771
April	3,17	132 664	2,83	130 113	3,21	583 996
Mai	3,14	133 191	2,81	130 069	3,20	586 337
Juni	3,11	138 116	2,76	129 524	3,18	582 780
Juli	2,97	133 446	2,72	129 959	3,15	583 339
Aug.	2,96	131 893	2,71	130 271	3,14	585 897
Sept.	2,98	132 902	2,65	129 887	3,11	584 473
Okt.	2,90	130 017	2,60	131 515	3,07	586 281
Nov.	2,88	132 058	2,57	131 532	3,05	588 938
Dez.	2,80	129 715	2,52	128 812	3,01	579 191

* Gegenstand der MFI-Zinsstatistik sind die von monetären Finanzinstituten (MFIs) angewandten Zinssätze sowie die dazugehörigen Volumina für auf Euro lautende Einlagen und Kredite gegenüber in den Mitgliedsstaaten der EWU gebietsansässigen privaten Haushalten und nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften. Der Sektor private Haushalte umfasst Privatpersonen (einschl. Einzelkaufleute) sowie private Organisationen ohne Erwerbszweck. Zu den nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften zählen sämtliche Unternehmen (einschl. Personengesellschaften) außer Versicherungen, Banken und sonstigen Finanzierungsinstitutionen. Die auf harmonisierter Basis im Euro-Währungsgebiet ab Januar 2003 erhobene Zinsstatistik wird in Deutschland als Stichprobenerhebung durchgeführt. Die Ergebnisse für den jeweils aktuellen Termin sind stets als vorläufig zu betrachten; Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. Weitere Informationen zur MFI-Zinsstatistik lassen sich der Bundesbank-Homepage (Rubrik: Statistik / Meldewesen / Bankenstatistik / MFI-Zinsstatistik) entnehmen. ^{o)} Die Bestände werden zeitpunktbezogen zum Monatsultimo erhoben. ¹⁾ Die Effektivzinssätze werden

entweder als annualisierte vereinbarte Jahreszinssätze (AVJ) oder als eng definierte Effektivzinssätze ermittelt. Beide Berechnungsmethoden umfassen sämtliche Zinszahlungen auf Einlagen und Kredite, jedoch keine eventuell anfallenden sonstigen Kosten, wie z.B. für Anfragen, Verwaltung, Erstellung der Dokumente, Garantien und Kreditversicherungen. ²⁾ Angaben basieren auf der monatlichen Bilanzstatistik. ³⁾ Besicherte und unbesicherte Kredite, die für die Beschaffung von Wohnraum, einschl. Wohnungsbau und -modernisierung gewährt werden; einschl. Bauspardarlehen und Bauzwischenfinanzierungen sowie Weiterleitungskredite, die die Meldepflichtigen im eigenen Namen und auf eigene Rechnung ausgereicht haben. ⁴⁾ Konsumentenkredite sind Kredite, die zum Zwecke der persönlichen Nutzung für den Konsum von Gütern und Dienstleistungen gewährt werden. ⁵⁾ Sonstige Kredite im Sinne der Statistik sind Kredite, die für sonstige Zwecke, z.B. Geschäftszwecke, Schuldenkonsolidierung, Ausbildung usw. gewährt werden. ⁶⁾ Einschl. Überziehungskredite (s.a. Anm. 13 bis 15 S. 47*).

VI. Zinssätze

noch: 5. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs) *)
b) Neugeschäft +)

Einlagen privater Haushalte												
täglich fällig		mit vereinbarter Laufzeit						mit vereinbarter Kündigungsfrist 8)				
		bis 1 Jahr		von über 1 Jahr bis 2 Jahre		von über 2 Jahren		bis 3 Monate		von über 3 Monaten		
		Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.
2013 Dez.	0,39	931 980	0,66	7 630	1,06	700	1,48	1 406	0,79	532 012	0,99	77 698
2014 Jan.	0,38	937 354	0,75	8 957	1,10	837	1,58	1 785	0,77	531 516	0,96	77 239
Febr.	0,38	945 510	0,78	7 933	0,99	810	1,34	1 514	0,80	531 906	0,94	77 471
März	0,37	942 554	0,69	7 426	0,98	583	1,33	1 496	0,72	530 731	0,92	77 451
April	0,36	953 725	0,68	8 300	1,03	808	1,29	1 523	0,73	529 024	0,91	77 285
Mai	0,36	964 096	0,66	7 869	0,92	690	1,33	1 895	0,72	528 416	0,88	77 128
Juni	0,35	963 948	0,65	7 904	1,02	595	1,36	1 420	0,70	528 104	0,84	76 049
Juli	0,30	972 397	0,53	8 497	0,87	691	1,26	1 493	0,66	527 278	0,82	76 712
Aug.	0,30	982 182	0,54	6 962	0,96	600	1,11	1 293	0,61	527 851	0,83	77 648
Sept.	0,29	976 579	0,52	7 217	0,87	611	1,16	1 224	0,60	527 990	0,81	78 170
Okt.	0,27	990 310	0,51	7 406	0,98	560	1,04	1 104	0,56	527 680	0,79	77 990
Nov.	0,26	1 013 535	0,52	7 410	0,90	616	1,18	1 098	0,54	527 234	0,77	77 625
Dez.	0,26	1 003 813	0,35	8 589	0,81	570	1,14	1 168	0,52	531 892	0,75	76 209

Einlagen nichtfinanzieller Kapitalgesellschaften								
täglich fällig		mit vereinbarter Laufzeit						
		bis 1 Jahr		von über 1 Jahr bis 2 Jahre		von über 2 Jahren		
		Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.
2013 Dez.	0,16	328 291	0,23	23 419	0,79	367	1,63	428
2014 Jan.	0,15	320 229	0,24	25 407	0,66	391	1,36	417
Febr.	0,15	315 847	0,23	22 970	0,65	371	2,07	265
März	0,17	313 232	0,22	22 601	0,67	525	1,03	389
April	0,17	315 372	0,26	26 114	0,68	576	1,04	345
Mai	0,16	318 469	0,25	27 178	0,60	432	0,91	390
Juni	0,14	314 270	0,18	24 006	0,54	313	1,02	615
Juli	0,12	320 536	0,18	17 300	0,53	335	1,06	436
Aug.	0,12	326 545	0,16	15 252	0,48	188	0,82	186
Sept.	0,11	336 903	0,16	12 441	0,34	279	1,13	281
Okt.	0,10	345 504	0,17	13 388	0,48	608	0,74	292
Nov.	0,09	343 396	0,14	12 311	0,52	1 448	0,52	486
Dez.	0,09	347 561	0,16	14 633	0,47	731	1,55	725

Kredite an private Haushalte												
Sonstige Kredite an private Haushalte mit anfänglicher Zinsbindung 5)												
variabel oder bis 1 Jahr 9)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren		darunter: Kredite an wirtschaftlich selbständige Privatpersonen 10)						
		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren		variabel oder bis 1 Jahr 9)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren		
		Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.
2013 Dez.	1,87	6 139	3,45	1 098	2,90	2 922	2,01	3 261	3,57	858	2,85	1 729
2014 Jan.	1,98	5 139	3,38	1 102	2,91	2 188	2,31	2 887	3,49	806	2,83	1 438
Febr.	1,89	3 836	3,32	902	2,94	2 153	2,21	2 252	3,63	622	2,85	1 223
März	2,06	4 627	3,50	1 162	2,89	2 841	2,32	2 832	3,68	694	2,86	1 427
April	2,02	4 931	3,47	1 092	2,91	2 814	2,23	2 924	3,64	778	2,88	1 368
Mai	1,96	4 047	3,52	1 023	2,84	2 136	2,26	2 277	3,74	789	2,75	1 213
Juni	2,04	4 245	3,46	947	2,77	2 325	2,29	2 615	3,62	712	2,72	1 346
Juli	1,88	4 952	3,33	1 196	2,71	2 713	2,15	3 073	3,50	888	2,66	1 470
Aug.	2,14	3 449	3,51	799	2,59	1 996	2,24	2 089	3,66	622	2,57	1 314
Sept.	1,93	4 709	3,48	859	2,51	2 586	2,02	2 858	3,61	632	2,42	1 400
Okt.	1,80	4 726	3,26	972	2,58	2 521	1,94	2 869	3,50	694	2,47	1 437
Nov.	1,98	3 301	3,21	847	2,46	2 215	1,99	2 175	3,42	619	2,35	1 221
Dez.	1,68	5 089	2,88	1 236	2,37	3 053	1,87	3 219	3,00	928	2,35	1 699

Anmerkungen * und 1 bis 6 s. S. 44*. + Für Einlagen mit vereinbarter Laufzeit und sämtliche Kredite außer revolving Krediten und Überziehungskrediten, Kreditkartenkrediten gilt: Das Neugeschäft umfasst alle zwischen privaten Haushalten oder nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften und dem berichtspflichtigen MFI neu getroffenen Vereinbarungen. Die Zinssätze werden als volumengewichtete Durchschnittssätze über alle im Laufe des Berichtsmonats abgeschlossenen Neuvereinbarungen berechnet. Für täglich fällige Einlagen, Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist sowie revolving Kredite und Überziehungskredite, Kreditkartenkredite gilt: Das Neugeschäft

wird aus Vereinfachungsgründen wie die Bestände zeitpunktbezogen erfasst. Das bedeutet, dass sämtliche Einlagen- und Kreditgeschäfte, die am letzten Tag des Meldemonats bestehen, in die Berechnung der Durchschnittszinsen einbezogen werden. 7 Geschätzt. Das von den Berichtspflichtigen gemeldete Neugeschäftsvolumen wird mittels des Horvitz-Thompson-Schätzers auf die Grundgesamtheit hochgerechnet. 8 Einschl. Einlagen nichtfinanzieller Kapitalgesellschaften; einschl. Treue- und Wachstumsprämien. 9 Ohne Überziehungskredite. 10 Ab Juni 2010 erhoben.

VI. Zinssätze

noch: 5. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs) *)
 b) Neugeschäft +)

noch: Kredite an private Haushalte										
Konsumentenkredite mit anfänglicher Zinsbindung 4)										
Erhebungs- zeitraum	insgesamt (einschl. Kosten)			variabel oder bis 1 Jahr 9)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren		
	effektiver Jahreszinssatz 11) % p.a.	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	
Kredite insgesamt										
2013 Dez.	5,97	5,87	4 327	5,32	588	5,00	2 254	7,41	1 485	
2014 Jan.	6,56	6,47	5 445	5,73	538	5,20	2 478	7,93	2 429	
Febr.	6,40	6,32	5 076	5,87	591	5,09	2 300	7,73	2 185	
März	6,19	6,12	5 954	5,72	832	4,99	2 702	7,51	2 420	
April	6,26	6,20	5 613	5,44	395	4,92	2 606	7,59	2 612	
Mai	6,34	6,25	5 665	5,33	497	5,02	2 520	7,59	2 648	
Juni	6,26	6,24	5 571	5,17	406	5,00	2 438	7,51	2 727	
Juli	6,31	6,23	5 983	5,28	414	4,96	2 704	7,57	2 865	
Aug.	6,21	6,14	6 277	5,21	486	4,86	2 782	7,47	3 009	
Sept.	6,08	5,98	6 207	5,02	543	4,77	2 836	7,37	2 828	
Okt.	6,07	6,03	6 460	5,03	392	4,71	2 962	7,41	3 106	
Nov.	5,97	5,88	5 730	5,02	472	4,71	2 657	7,23	2 601	
Dez.	5,67	5,62	4 952	4,49	510	4,67	2 323	6,94	2 119	
darunter: besicherte Kredite 12)										
2013 Dez.	.	4,24	247	3,48	42	4,63	149	3,79	56	
2014 Jan.	.	4,04	245	2,65	61	4,73	122	4,06	62	
Febr.	.	4,35	217	3,11	33	4,84	119	4,10	65	
März	.	4,23	261	3,41	53	4,75	138	3,84	70	
April	.	3,99	248	2,15	52	4,63	133	4,14	63	
Mai	.	4,32	220	3,57	22	4,64	129	3,97	69	
Juni	.	4,21	215	3,43	28	4,64	121	3,76	66	
Juli	.	3,85	299	2,68	102	4,79	128	3,82	69	
Aug.	.	4,42	193	3,33	20	4,74	120	4,11	53	
Sept.	.	4,12	203	2,79	27	4,66	116	3,65	60	
Okt.	.	3,96	1 018	2,72	86	4,52	454	3,66	478	
Nov.	.	4,07	791	3,23	26	4,57	381	3,62	384	
Dez.	.	3,83	625	3,13	25	4,52	298	3,20	302	

noch: Kredite an private Haushalte											
Wohnungsbaukredite mit anfänglicher Zinsbindung 3)											
Erhebungs- zeitraum	insgesamt (einschl. Kosten)			variabel oder bis 1 Jahr 9)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren bis 10 Jahre		von über 10 Jahren	
	effektiver Jahreszinssatz 11) % p.a.	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €
Kredite insgesamt											
2013 Dez.	2,90	2,83	14 896	2,75	2 436	2,45	2 119	2,85	6 169	3,04	4 172
2014 Jan.	2,94	2,84	16 675	2,70	3 082	2,54	2 460	2,86	6 752	3,07	4 381
Febr.	2,90	2,83	15 089	2,85	2 762	2,43	2 061	2,81	5 540	3,02	4 726
März	2,82	2,75	16 442	2,75	2 449	2,36	2 266	2,73	6 455	2,94	5 272
April	2,85	2,75	17 947	2,69	2 754	2,40	2 574	2,71	7 202	3,02	5 417
Mai	2,73	2,66	16 015	2,70	2 259	2,33	2 229	2,63	6 506	2,84	5 021
Juni	2,65	2,58	15 767	2,49	2 436	2,31	2 091	2,55	6 359	2,79	4 881
Juli	2,55	2,50	19 296	2,50	2 866	2,21	2 638	2,48	7 957	2,65	5 835
Aug.	2,52	2,45	16 207	2,59	2 398	2,17	2 018	2,40	6 422	2,55	5 369
Sept.	2,39	2,34	16 831	2,44	2 127	2,08	2 063	2,31	6 907	2,44	5 734
Okt.	2,34	2,29	18 118	2,38	2 543	2,07	2 197	2,22	7 383	2,40	5 995
Nov.	2,29	2,23	16 479	2,42	2 176	1,99	2 185	2,15	6 376	2,33	5 742
Dez.	2,22	2,17	18 746	2,25	2 644	1,98	2 095	2,12	7 778	2,24	6 229
darunter: besicherte Kredite 12)											
2013 Dez.	.	2,74	6 812	2,55	895	2,34	1 066	2,80	2 849	2,95	2 002
2014 Jan.	.	2,79	7 816	2,68	1 079	2,48	1 271	2,80	3 255	3,01	2 211
Febr.	.	2,80	7 211	2,87	1 276	2,37	1 011	2,76	2 664	2,99	2 260
März	.	2,69	7 808	2,69	954	2,31	1 152	2,66	3 125	2,90	2 577
April	.	2,73	8 786	2,61	1 159	2,35	1 336	2,65	3 499	3,07	2 792
Mai	.	2,60	7 592	2,61	923	2,24	1 110	2,58	3 109	2,80	2 450
Juni	.	2,53	7 151	2,41	901	2,20	1 017	2,50	2 955	2,76	2 278
Juli	.	2,44	9 007	2,45	1 163	2,14	1 371	2,42	3 718	2,61	2 755
Aug.	.	2,39	7 432	2,54	900	2,08	992	2,33	3 015	2,52	2 525
Sept.	.	2,28	7 574	2,44	810	1,97	1 014	2,21	3 065	2,41	2 685
Okt.	.	2,23	8 249	2,41	987	1,95	1 107	2,15	3 358	2,38	2 797
Nov.	.	2,13	7 782	2,32	889	1,81	1 310	2,06	2 959	2,29	2 624
Dez.	.	2,10	8 528	2,27	1 002	1,82	1 059	2,04	3 493	2,21	2 974

Anmerkungen * und 1 bis 6 s. S. 44*; Anmerkungen +, 7 bis 10 s. S. 45*; Anmerkung 12 s. S. 47*. 11 Effektivzinssatz, der die eventuell anfallenden sonstigen Kosten, wie

z.B. für Anfragen, Verwaltung, Erstellung der Dokumente, Garantien und Kreditversicherungen, beinhaltet.

VI. Zinssätze

noch: 5. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs) *)
 b) Neugeschäft +)

Erhebungs- zeitraum	noch: Kredite an private Haushalte						Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften					
	Revolvierende Kredite 13) und Überziehungskredite 14) Kreditkartenkredite 15)		darunter				Revolvierende Kredite 13) und Überziehungskredite 14) Kreditkartenkredite 15)		darunter			
			Revolvierende Kredite 13) und Überziehungskredite 14)		Echte Kreditkartenkredite				Revolvierende Kredite 13) und Überziehungskredite 14)		Revolvierende Kredite 13) und Überziehungskredite 14)	
	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 16) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 16) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 16) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 16) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 16) Mio €
2013 Dez.	9,30	45 730	9,41	38 335	14,62	4 358	4,28	66 825	4,30	66 572		
2014 Jan.	9,36	43 888	9,38	37 050	14,51	4 288	4,27	65 336	4,29	65 106		
Febr.	9,31	43 418	9,29	36 571	14,55	4 259	4,28	66 556	4,31	66 281		
März	9,33	45 617	9,34	38 706	14,58	4 313	4,39	68 638	4,41	68 379		
April	9,20	43 618	9,27	37 048	15,35	3 587	4,38	66 730	4,39	66 493		
Mai	9,21	42 626	9,22	36 563	15,42	3 566	4,39	66 148	4,41	65 901		
Juni	9,26	44 696	9,30	38 374	15,43	3 657	4,35	69 615	4,37	69 358		
Juli	9,20	42 604	9,21	36 390	15,36	3 630	4,17	65 960	4,19	65 707		
Aug.	9,08	41 864	9,14	35 283	15,34	3 721	4,13	65 743	4,14	65 562		
Sept.	9,16	44 311	9,23	37 656	15,31	3 783	4,17	66 516	4,18	66 287		
Okt.	9,06	42 611	9,09	36 051	15,32	3 770	4,14	62 839	4,16	62 600		
Nov.	9,00	40 795	8,92	34 390	15,32	3 788	4,03	64 435	4,05	64 185		
Dez.	9,00	42 546	9,03	35 874	15,30	3 816	3,95	63 532	3,97	63 329		

Erhebungs- zeitraum	noch: Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften											
	Kredite bis 1 Mio € mit anfänglicher Zinsbindung 17)						Kredite von über 1 Mio € mit anfänglicher Zinsbindung 17)					
	variabel oder bis 1 Jahr 9)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren		variabel oder bis 1 Jahr 9)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren	
			Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €			Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €
Kredite insgesamt												
2013 Dez.	3,01	7 750	3,59	1 032	2,74	1 380	1,86	44 537	2,62	3 368	2,75	8 311
2014 Jan.	2,92	7 777	3,50	995	2,93	1 164	1,85	40 304	2,41	1 534	2,82	4 479
Febr.	2,97	6 822	3,67	726	2,87	1 009	1,71	32 393	2,14	1 285	2,91	3 721
März	3,01	8 295	3,54	1 018	2,80	1 121	1,91	37 918	2,53	1 289	2,77	4 529
April	2,95	8 017	3,54	1 087	2,73	1 156	1,83	44 756	2,34	1 752	2,87	4 473
Mai	3,06	7 005	3,64	919	2,63	1 102	1,74	36 580	2,19	1 457	2,66	3 829
Juni	2,97	7 708	3,62	897	2,59	1 098	1,65	43 000	2,31	2 259	2,42	5 386
Juli	2,82	8 292	3,36	1 336	2,55	1 355	1,61	48 992	2,56	2 124	2,58	5 078
Aug.	2,77	6 172	3,26	1 080	2,47	1 156	1,46	36 472	2,22	1 864	2,40	4 379
Sept.	2,77	7 503	3,24	1 178	2,35	1 248	1,57	44 139	2,37	1 608	2,22	5 639
Okt.	2,70	8 199	3,21	1 286	2,29	1 260	1,53	45 100	2,59	2 975	2,18	6 336
Nov.	2,82	7 996	3,14	1 057	2,16	1 117	1,52	33 405	2,42	1 520	2,02	5 095
Dez.	2,78	7 949	2,97	1 584	2,12	1 709	1,61	48 841	1,99	2 990	2,01	10 718
darunter: besicherte Kredite 12)												
2013 Dez.	2,83	912	2,75	154	2,55	449	2,24	6 744	2,35	1 542	2,73	3 014
2014 Jan.	2,71	1 122	2,69	161	2,85	324	2,16	8 627	2,65	519	2,87	1 224
Febr.	2,86	772	2,72	105	2,66	316	2,16	4 281	2,39	300	2,73	796
März	2,81	1 000	2,72	145	2,70	320	2,27	5 618	2,74	408	2,66	994
April	2,66	1 161	2,73	152	2,60	340	2,09	9 522	2,31	658	2,98	1 495
Mai	2,86	862	2,71	118	2,48	358	2,23	5 063	2,60	477	2,64	984
Juni	2,87	952	2,67	109	2,46	344	2,07	4 950	2,33	1 055	2,22	1 518
Juli	2,61	1 318	2,55	196	2,44	461	2,05	8 769	2,64	786	2,85	1 477
Aug.	2,79	776	2,46	127	2,32	326	1,90	4 212	2,61	854	2,41	815
Sept.	2,68	920	2,52	129	2,23	361	1,97	6 190	3,13	488	2,09	1 535
Okt.	2,52	1 188	2,42	139	2,22	369	1,81	9 300	3,58	803	2,38	1 697
Nov.	2,64	794	2,36	93	2,00	341	1,69	4 649	2,24	618	2,12	1 049
Dez.	2,55	1 050	2,17	196	1,96	493	1,72	8 019	1,93	1 194	1,85	3 329

Anmerkungen * und 1 bis 6 s. S. 44*; Anmerkungen +, 7 bis 10 s. S. 45*; Anmerkung 11 s. S. 46*. 12 Ab Juni 2010 erhoben. Für die Zwecke der Zinsstatistik gilt ein Kredit als besichert, wenn für den Kreditbetrag eine Besicherung (u.a. Finanzwerte, Immobiliensicherheiten, Schuldverschreibungen) in mindestens gleicher Höhe bestellt, verpfändet oder abgetreten wurde. 13 Ab Juni 2010 einschl. revolvingkredite, die alle folgenden Eigenschaften besitzen: a) der Kreditnehmer kann die Mittel bis zu einem im Voraus genehmigten Kreditlimit nutzen oder abheben, ohne den Kreditgeber davon im Voraus in Kenntnis zu setzen; b) der verfügbare Kreditbetrag kann sich mit Aufnahme und Rückzahlung von Krediten erhöhen bzw. verringern; c) der Kredit kann wiederholt genutzt werden; d) es besteht keine Pflicht zu regelmäßiger Rückzahlung der Mittel. 14 Überziehungskredite sind als Sollsalden auf laufenden Konten definiert.

Zu den Überziehungskrediten zählen eingeräumte und nicht eingeräumte Dispositionskredite sowie Kontokorrentkredite. 15 Ab Juni 2010 einschl. echter und unechter Kreditkartenkredite. Unter einem unechten Kreditkartenkredit ist die Stundung von Kreditkartenforderungen, die während der Abrechnungsperiode zusammenkommen, zu verstehen. Da in dieser Phase üblicherweise keine Sollzinsen in Rechnung gestellt werden, ist der Zinssatz für unechte Kreditkartenkredite definitionsgemäß 0 %. 16 Von Januar 2003 bis Mai 2010 geschätzt. Der von den Berichtspflichtigen gemeldete Gesamtbestand zum Monatsende wurde mittels des Horvitz-Thompson-Schätzers auf die Grundgesamtheit hochgerechnet. Ab Juni 2010 basieren die Angaben auf der monatlichen Bilanzstatistik. 17 Der Betrag bezieht sich jeweils auf die einzelne, als Neugeschäft geltende Kreditaufnahme.

VII. Versicherungen und Pensionseinrichtungen

1. Aktiva *)

Mrd €

Stand am Jahres- bzw. Quartalsende	Aktiva									
	insgesamt	Finanzielle Aktiva							Nichtfinanzielle Aktiva	
	insgesamt	Bargeld und Einlagen bei Banken (MFIs) 1)	Schuld- verschreibungen (einschl. Finanzderivate)	Kredite 2)	Aktien und sonstige Anteilsrechte 3)	Investment- fondsanteile	Anteile der Rück- versicherer an den ver- sicherungs- technischen Bruttorück- stellungen	Sonstige finanzielle Aktiva		
Versicherungen und Pensionseinrichtungen 4)										
2005	1 696,0	1 633,7	486,8	153,0	240,8	240,3	356,4	79,6	76,9	62,4
2006	1 771,5	1 709,2	524,1	149,9	244,8	261,5	385,6	74,5	68,7	62,3
2007	1 838,3	1 779,8	558,3	155,1	248,2	275,3	409,6	70,2	63,1	58,5
2008	1 770,6	1 714,8	574,5	159,4	243,3	228,9	379,7	65,8	63,4	55,8
2009	1 836,8	1 779,6	588,9	173,9	259,8	210,5	426,9	58,6	61,2	57,1
2010	1 961,9	1 900,5	570,9	210,4	267,2	223,5	501,4	59,9	67,2	61,4
2011	2 011,2	1 947,8	576,3	226,2	271,9	221,9	522,1	62,2	67,1	63,4
2012	2 162,8	2 095,7	560,1	287,2	277,9	223,8	619,5	63,1	64,2	67,1
2013	2 236,8	2 164,6	540,1	322,9	285,2	225,6	660,7	64,9	65,2	72,2
2012 3.Vj.	2 128,8	2 062,6	566,0	275,5	276,6	223,5	594,0	62,9	64,1	66,2
4.Vj.	2 162,8	2 095,7	560,1	287,2	277,9	223,8	619,5	63,1	64,2	67,1
2013 1.Vj.	2 196,3	2 129,1	559,9	304,0	280,3	225,2	629,3	64,9	65,6	67,2
2.Vj.	2 190,5	2 122,6	554,2	306,4	280,5	224,6	626,6	64,7	65,6	67,9
3.Vj.	2 207,7	2 138,3	546,9	311,8	284,0	224,3	641,8	64,6	64,9	69,4
4.Vj.	2 236,8	2 164,6	540,1	322,9	285,2	225,6	660,7	64,9	65,2	72,2
2014 1.Vj.	2 289,8	2 216,5	541,6	339,1	286,2	227,2	694,7	64,2	63,5	73,3
2.Vj.	2 337,1	2 263,2	538,7	355,5	288,1	228,0	723,8	65,5	63,7	73,9
3.Vj.	2 370,9	2 295,8	530,5	372,9	288,2	228,7	745,8	65,4	64,3	75,1
Versicherungen										
2005	1 436,7	1 391,4	384,7	130,4	221,3	234,2	272,0	78,6	70,2	45,3
2006	1 489,2	1 444,6	410,4	127,6	224,7	254,2	292,7	73,1	62,0	44,6
2007	1 526,2	1 485,5	432,5	130,7	226,4	267,1	304,0	68,2	56,6	40,7
2008	1 454,7	1 416,5	436,7	133,7	221,7	221,4	284,3	63,4	55,2	38,2
2009	1 490,3	1 452,2	440,4	146,2	236,4	202,7	317,6	55,6	53,2	38,1
2010	1 553,3	1 513,1	420,0	170,9	243,2	210,7	356,5	56,5	55,4	40,3
2011	1 584,6	1 542,9	419,8	191,3	246,0	210,4	361,4	58,4	55,5	41,7
2012	1 694,4	1 651,1	405,1	246,2	251,7	211,4	425,1	59,0	52,7	43,3
2013	1 743,4	1 697,0	383,5	273,6	251,7	211,4	458,2	60,6	52,2	46,4
2012 3.Vj.	1 671,2	1 628,1	410,4	235,7	250,6	211,3	408,6	58,8	52,7	43,0
4.Vj.	1 694,4	1 651,1	405,1	246,2	251,7	211,4	425,1	59,0	52,7	43,3
2013 1.Vj.	1 726,1	1 682,3	402,1	261,5	253,5	212,5	438,2	60,7	53,8	43,8
2.Vj.	1 719,6	1 675,3	397,2	262,2	253,8	211,9	436,1	60,5	53,7	44,3
3.Vj.	1 730,7	1 685,2	390,1	266,6	256,8	211,3	447,2	60,4	52,8	45,5
4.Vj.	1 743,4	1 697,0	383,5	273,6	257,9	211,1	458,2	60,6	52,2	46,4
2014 1.Vj.	1 788,4	1 741,3	381,6	289,1	259,1	212,2	488,4	59,7	51,2	47,0
2.Vj.	1 823,4	1 776,1	378,3	302,9	260,9	212,9	509,0	61,0	51,2	47,4
3.Vj.	1 849,6	1 801,2	371,8	316,4	261,1	213,3	526,0	60,8	51,7	48,4
Pensionseinrichtungen 4)										
2005	259,3	242,3	102,0	22,6	19,5	6,1	84,4	1,0	6,6	17,0
2006	282,3	264,6	113,8	22,4	20,1	7,3	92,8	1,5	6,7	17,7
2007	312,1	294,3	125,8	24,4	21,9	8,2	105,6	1,9	6,6	17,8
2008	315,9	298,3	137,8	25,6	21,6	7,4	95,3	2,4	8,2	17,5
2009	346,5	327,4	148,4	27,7	23,3	7,7	109,3	3,0	8,0	19,1
2010	408,5	387,4	150,9	39,5	24,0	12,8	144,9	3,5	11,8	21,1
2011	426,6	404,9	156,5	34,9	25,9	11,5	160,8	3,8	11,6	21,7
2012	468,4	444,6	155,1	40,9	26,2	12,4	194,4	4,1	11,5	23,8
2013	493,3	467,6	156,6	49,3	27,3	14,5	202,6	4,3	13,0	25,8
2012 3.Vj.	457,7	434,5	155,6	39,9	26,0	12,2	185,4	4,0	11,4	23,2
4.Vj.	468,4	444,6	155,1	40,9	26,2	12,4	194,4	4,1	11,5	23,8
2013 1.Vj.	470,3	446,8	157,8	42,5	26,8	12,7	191,1	4,2	11,8	23,4
2.Vj.	470,9	447,3	157,0	44,2	26,7	12,8	190,6	4,2	11,9	23,6
3.Vj.	477,0	453,1	156,8	45,2	27,3	12,9	194,6	4,3	12,0	23,9
4.Vj.	493,3	467,6	156,6	49,3	27,3	14,5	202,6	4,3	13,0	25,8
2014 1.Vj.	501,5	475,2	159,9	50,0	27,2	15,0	206,4	4,5	12,4	26,3
2.Vj.	513,6	487,1	160,5	52,6	27,2	15,1	214,8	4,5	12,5	26,5
3.Vj.	521,3	494,6	158,7	56,4	27,1	15,4	219,9	4,5	12,6	26,7

Quelle: Eigene Berechnungen unter Verwendung von Aufsichtsdaten der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht. * Bewertung der Wertpapierpositionen zu Zeitwerten, der übrigen Positionen zu Buchwerten. Werte für 2012 wurden revidiert.
 1 Einschl. Namensschuldverschreibungen, Schuldscheindarlehen und Pfandbriefe von Kreditinstituten. 2 Einschl. Depotforderungen. 3 Einschl. Genuss-Scheine. 4 Der Begriff „Pensionseinrichtungen“ bezieht sich auf den institutionellen Sektor „Versiche-

rungsgesellschaften und Pensionskassen“ („insurance corporations and pension funds“) des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen. Die Pensionseinrichtungen umfassen demnach Einrichtungen der betrieblichen Altersvorsorge (Pensionskassen, Pensionsfonds, Pensionstreuhand (CTAs; ab 2010 enthalten) und öffentliche, kirchliche und kommunale Zusatzversorgungseinrichtungen) sowie die Versorgungswerke der freien Berufe, nicht jedoch Einrichtungen der Sozialversicherung.

VII. Versicherungen und Pensionseinrichtungen

2. Passiva *)

Mrd €

Stand am Jahres- bzw. Quartalsende	Passiva				Versicherungstechnische Rückstellungen			Sonstige Ver- bindlichkeiten	Reinvermögen 4)
	insgesamt	Schuld- verschreibungen (einschl. Finanzderivate)	Kredite 1)	Aktien und sonstige Anteilsrechte 2)	insgesamt	Ansprüche pri- vater Haushalte aus Rückstel- lungen bei Le- bensversiche- rungen und Pen- sionseinrich- tungen 3)	Beitragsüber- träge und Rück- stellungen für eingetretene Versicherungsf- fälle		
Versicherungen und Pensionseinrichtungen 5)									
2005	1 696,0	6,7	89,8	186,0	1 263,8	989,0	274,8	83,9	65,8
2006	1 771,5	8,4	91,6	210,0	1 318,8	1 049,1	269,6	81,3	61,5
2007	1 838,3	11,7	88,9	214,8	1 377,9	1 119,2	258,7	78,2	66,9
2008	1 770,6	14,7	77,0	136,0	1 396,3	1 141,5	254,8	74,7	71,8
2009	1 836,8	16,2	71,6	136,2	1 460,5	1 211,6	249,0	73,1	79,2
2010	1 961,9	17,8	72,3	137,6	1 573,3	1 318,9	254,4	71,5	89,3
2011	2 011,2	17,0	72,1	111,8	1 625,0	1 360,3	264,7	71,5	113,8
2012	2 162,8	22,4	77,1	158,9	1 708,3	1 437,1	271,2	71,3	124,8
2013	2 236,8	16,9	80,1	197,7	1 793,0	1 514,4	278,6	73,8	75,3
2012 3.Vj.	2 128,8	19,3	77,2	141,1	1 688,1	1 418,0	270,0	71,5	131,8
4.Vj.	2 162,8	22,4	77,1	158,9	1 708,3	1 437,1	271,2	71,3	124,8
2013 1.Vj.	2 196,3	21,4	78,1	169,7	1 739,0	1 460,7	278,3	72,8	115,3
2.Vj.	2 190,5	17,8	79,0	172,1	1 751,6	1 474,0	277,6	73,1	97,0
3.Vj.	2 207,7	16,5	79,6	177,0	1 766,0	1 488,6	277,3	73,4	95,3
4.Vj.	2 236,8	16,9	80,1	197,7	1 793,0	1 514,4	278,6	73,8	75,3
2014 1.Vj.	2 289,8	16,3	83,1	191,3	1 819,9	1 537,9	282,0	71,7	107,5
2.Vj.	2 337,1	16,2	83,9	184,1	1 842,5	1 556,4	286,1	72,3	138,1
3.Vj.	2 370,9	17,6	83,6	188,0	1 853,6	1 569,6	284,0	72,3	155,9
Versicherungen									
2005	1 436,7	6,7	88,4	178,9	1 025,7	751,3	274,4	81,9	55,1
2006	1 489,2	8,4	89,8	202,0	1 061,3	792,0	269,2	79,1	48,6
2007	1 526,2	11,7	86,4	206,7	1 090,1	831,7	258,3	75,7	55,6
2008	1 454,7	14,7	74,2	130,6	1 095,7	841,3	254,4	72,3	67,2
2009	1 490,3	16,2	68,3	130,8	1 136,4	887,8	248,5	71,1	67,5
2010	1 553,3	17,8	68,7	131,8	1 191,3	937,3	254,0	69,4	74,4
2011	1 584,6	17,0	68,3	107,0	1 224,3	960,1	264,2	69,6	98,3
2012	1 694,4	22,4	73,1	152,0	1 280,0	1 009,2	270,8	69,5	97,4
2013	1 743,4	16,9	75,8	188,8	1 338,3	1 060,2	278,1	71,8	51,8
2012 3.Vj.	1 671,2	19,3	73,2	135,0	1 268,5	998,9	269,6	69,6	105,6
4.Vj.	1 694,4	22,4	73,1	152,0	1 280,0	1 009,2	270,8	69,5	97,4
2013 1.Vj.	1 726,1	21,4	74,0	162,3	1 308,8	1 031,0	277,8	70,9	88,6
2.Vj.	1 719,6	17,8	74,8	164,5	1 317,7	1 040,5	277,2	71,2	73,7
3.Vj.	1 730,7	16,5	75,4	169,2	1 326,8	1 050,0	276,9	71,4	71,4
4.Vj.	1 743,4	16,9	75,8	188,8	1 338,3	1 060,2	278,1	71,8	51,8
2014 1.Vj.	1 788,4	16,3	78,8	182,7	1 361,1	1 079,5	281,5	69,8	79,8
2.Vj.	1 823,4	16,2	79,5	175,8	1 376,7	1 091,1	285,6	70,4	104,8
3.Vj.	1 849,6	17,6	79,1	179,5	1 383,5	1 099,9	283,5	70,3	119,6
Pensionseinrichtungen 5)									
2005	259,3	–	1,3	7,2	238,1	237,7	0,4	2,0	10,7
2006	282,3	–	1,8	8,0	257,5	257,1	0,4	2,1	12,9
2007	312,1	–	2,4	8,1	287,8	287,5	0,3	2,5	11,2
2008	315,9	–	2,8	5,4	300,6	300,2	0,4	2,4	4,7
2009	346,5	–	3,2	5,4	324,2	323,7	0,4	1,9	11,7
2010	408,5	–	3,6	5,8	382,1	381,7	0,4	2,1	15,0
2011	426,6	–	3,8	4,8	400,6	400,2	0,5	1,9	15,5
2012	468,4	–	4,1	6,9	428,3	427,9	0,4	1,8	27,3
2013	493,3	–	4,3	8,9	454,7	454,2	0,5	2,0	23,5
2012 3.Vj.	457,7	–	4,0	6,1	419,5	419,1	0,4	1,9	26,2
4.Vj.	468,4	–	4,1	6,9	428,3	427,9	0,4	1,8	27,3
2013 1.Vj.	470,3	–	4,1	7,4	430,1	429,7	0,5	1,9	26,7
2.Vj.	470,9	–	4,2	7,5	433,9	433,5	0,5	1,9	23,3
3.Vj.	477,0	–	4,2	7,8	439,1	438,7	0,5	2,0	23,9
4.Vj.	493,3	–	4,3	8,9	454,7	454,2	0,5	2,0	23,5
2014 1.Vj.	501,5	–	4,3	8,6	458,8	458,3	0,5	2,0	27,8
2.Vj.	513,6	–	4,4	8,2	465,8	465,3	0,5	1,9	33,3
3.Vj.	521,3	–	4,4	8,5	470,1	469,6	0,5	1,9	36,3

Quelle: Eigene Berechnungen unter Verwendung von Aufsichtsdaten der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht. * Bewertung der Wertpapierpositionen zu Zeitwerten, der übrigen Positionen zu Buchwerten. Unterjährige Werte sowie Werte ab 2013 sind teilweise geschätzt. Werte für 2012 wurden revidiert. 1 Einschl. Depotverbindlichkeiten. 2 Einschl. Genuss-Scheine. 3 Einschl. Altersrückstellungen der Krankenversicherungen und Deckungsrückstellungen der Unfallversicherungen mit Beitragsrückgewähr. 4 Nach der Definition des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995) berechnet sich das Reinvermögen als Summe der Aktiva abzüglich Verbindlichkeiten sowie Rückstellungen. Das Eigenkapital setzt

sich danach aus der Summe aus Reinvermögen und der Passivposition „Aktien und sonstige Anteilsrechte“ zusammen. 5 Der Begriff „Pensionseinrichtungen“ bezieht sich auf den institutionellen Sektor „Versicherungsgesellschaften und Pensionskassen“ („insurance corporations and pension funds“) des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen. Die Pensionseinrichtungen umfassen demnach Einrichtungen der betrieblichen Altersvorsorge (Pensionskassen, Pensionsfonds, Pensionsanstalten (CTAs; ab 2010 enthalten) und öffentliche, kirchliche und kommunale Zusatzversorgungseinrichtungen) sowie die Versorgungswerke der freien Berufe, nicht jedoch Einrichtungen der Sozialversicherung.

VIII. Kapitalmarkt

1. Absatz und Erwerb von festverzinslichen Wertpapieren und Aktien in Deutschland

Mio €

Zeit	Festverzinsliche Wertpapiere																	
	Absatz = Erwerb insgesamt	Absatz					Erwerb											
		inländische Schuldverschreibungen 1)	Bank-schuld-ver-schrei-bungen	Anleihen von Unter-nehmen 2) (Nicht-MFIs)	Anleihen der öffent-lichen Hand 3)	aus-ländische Schuldver-schrei-bungen 4)	Inländer											
zu-sammen	zu-sammen 5)	Kredit-institute einschließlich Bauspar-kassen 6)					Deutsche Bundesbank	übrige Sektoren 7)	Aus-länder 8)									
2003	184 679	134 455	31 404	30 262	72 788	50 224	105 557	35 748	.	.	69 809	79 122						
2004	233 890	133 711	64 231	10 778	58 703	100 179	108 119	121 841	.	.	13 723	125 772						
2005	252 658	110 542	39 898	2 682	67 965	142 116	94 718	61 740	.	.	32 978	157 940						
2006	242 006	102 379	40 995	8 943	52 446	139 627	125 423	68 893	.	.	56 530	116 583						
2007	217 798	90 270	42 034	20 123	28 111	127 528	-	26 762	96 476	.	123 238	244 560						
2008	76 490	66 139	-	45 712	86 527	25 322	10 351	18 236	68 049	.	49 813	58 254						
2009	70 208	-	538	-	114 902	22 709	91 655	70 747	90 154	12 973	8 645	77 181	19 945					
2010	146 620	-	1 212	-	7 621	24 044	-	17 635	147 831	92 682	-	103 271	22 967	172 986	53 938			
2011	36 638	13 575	-	46 796	850	59 521	23 064	-	17 173	-	94 793	36 805	40 814	53 811				
2012	54 965	-	21 419	-	98 820	-	8 701	86 103	76 382	7 184	-	42 017	-	3 573	52 774	47 781		
2013	-	11 186	-	101 616	-	117 187	153	15 415	90 429	24 256	-	25 778	-	12 708	62 744	35 442		
2014	63 943	-	31 962	-	47 404	-	1 330	16 776	95 904	47 108	-	12 131	-	11 951	71 191	16 835		
2014 Febr.	4 043	-	691	-	8 978	409	9 260	3 352	-	9 935	-	1 895	-	560	-	7 480	13 978	
März	5 306	-	14 577	-	12 262	-	1 890	-	425	19 883	15 646	641	-	203	15 208	-	10 340	
April	-	6 811	-	23 586	-	12 132	635	-	12 088	16 775	7 854	1 680	-	1 786	7 960	-	14 665	
Mai	32 039	-	28 566	-	11 336	-	1 127	18 357	3 473	5 235	1 764	-	966	4 437	26 804	-	26 804	
Juni	1 737	-	5 765	-	9 400	-	4 686	8 321	7 502	3 553	-	2 240	-	1 632	7 425	-	1 816	
Juli	3	-	2 955	-	2 229	-	5 062	-	5 788	2 958	6 192	32	-	1 640	7 800	-	6 188	
Aug.	9 038	-	14 890	-	4 695	-	1 327	11 523	-	5 853	-	6 643	-	2 744	-	1 666	2 233	15 680
Sept.	9 738	-	7 661	-	4 017	-	218	-	3 426	17 398	17 557	7 579	-	373	10 351	-	7 819	
Okt.	5 469	-	2 321	-	6 304	-	1 626	5 609	7 790	6 297	-	5 699	-	981	12 977	-	827	
Nov.	20 064	-	2 177	-	4 561	-	305	7 044	17 887	10 287	-	8 392	-	660	2 555	-	9 778	
Dez.	-	23 306	-	23 897	-	7 257	227	-	16 867	590	-	4 456	-	15 492	27	11 009	-	18 850

Mio €

Zeit	Aktien									
	Absatz = Erwerb insgesamt	Absatz		Erwerb						
		inländische Aktien 9)	ausländische Aktien 10)	zu-sammen 11)	Kredit-institute 6)	übrige Sektoren 12)	Ausländer 13)			
2003	11 896	16 838	-	4 946	15 121	7 056	-	22 177	-	27 016
2004	-	3 317	10 157	-	13 474	7 432	5 045	2 387	-	10 748
2005	32 364	13 766	-	18 597	1 036	10 208	-	9 172	-	31 329
2006	26 276	9 061	-	17 214	7 528	11 323	-	3 795	-	18 748
2007	-	5 009	10 053	-	15 062	62 308	-	6 702	-	57 299
2008	-	29 452	11 326	-	40 778	2 743	-	23 079	-	32 194
2009	-	35 980	23 962	-	12 018	30 496	-	8 335	-	5 484
2010	37 767	20 049	-	17 719	36 406	7 340	-	29 066	-	1 361
2011	23 718	21 713	-	2 005	38 558	670	-	37 888	-	14 838
2012	19 164	5 120	-	14 044	18 022	10 259	-	7 763	-	1 142
2013	30 015	10 106	-	19 910	24 993	11 991	-	13 002	-	5 022
2014	44 764	18 778	-	25 986	33 375	16 652	-	16 723	-	11 389
2014 Febr.	-	4 284	599	-	4 883	-	9 985	-	1 623	5 701
März	-	5 095	111	-	4 984	-	9 181	-	1 065	4 086
April	-	2 250	136	-	2 114	-	12 035	-	9 932	9 785
Mai	-	9 679	868	-	8 811	-	3 517	-	7 328	6 162
Juni	-	11 395	9 015	-	2 380	-	5 17	-	168	11 278
Juli	-	3 313	1 770	-	1 543	-	6 650	-	3 182	3 337
Aug.	-	1 493	291	-	1 784	-	2 884	-	2 003	1 391
Sept.	-	4 725	4 218	-	507	-	3 088	-	1 111	7 813
Okt.	-	2 000	1 221	-	3 221	-	4 430	-	4 565	2 430
Nov.	-	292	245	-	537	-	2 332	-	2 047	2 040
Dez.	-	12 445	189	-	12 256	-	13 068	-	6 884	6 23

1 Netto-Absatz zu Kurswerten plus/minus Eigenbestandsveränderungen bei den Emittenten. 2 Ab Januar 2011 inklusive grenzüberschreitender konzerninterner Verrechnungen. 3 Einschl. Bundeseseisenbahnvermögen, Bundespost und Treuhandanstalt. 4 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) ausländischer Schuldverschreibungen durch Inländer; Transaktionswerte. 5 In- und ausländische Schuldverschreibungen. 6 Buchwerte; statistisch bereinigt. 7 Als Rest errechnet; enthält auch den Erwerb in- und ausländischer Wertpapiere durch inländische Investmentfonds. Bis Ende 2008 einschließlich Deutsche Bundesbank. 8 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) inländischer Schuldverschreibungen durch Ausländer; Transaktions-

werte. 9 Ohne Aktien der Investmentaktiengesellschaften; zu Emissionskursen. 10 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) ausländischer Aktien (einschließlich Direktinvestitionen) durch Inländer; Transaktionswerte. 11 In- und ausländische Aktien. 12 Als Rest errechnet; enthält auch den Erwerb in- und ausländischer Wertpapiere durch inländische Investmentfonds. 13 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) inländischer Aktien (einschl. Direktinvestitionen) durch Ausländer; Transaktionswerte. — Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind vorläufig; Korrekturen werden nicht besonders angemerkt.

VIII. Kapitalmarkt

3. Umlauf festverzinslicher Wertpapiere von Emittenten mit Sitz in Deutschland *)

Mio € Nominalwert

Stand am Jahres- bzw. Monatsende/ Laufzeit in Jahren	Bankschuldverschreibungen 1)						Anleihen von Unternehmen (Nicht-MFIs)	Anleihen der öffentlichen Hand	Nachrichtlich: DM-/Euro-Auslandsanleihen unter inländ. Konsortialführung begeben
	Insgesamt	zusammen	Hypothekendarlehen	Öffentliche Pfandbriefe	Schuldverschreibungen von Spezialkreditinstituten	Sonstige Bankschuldverschreibungen			
2003	2 605 775	1 603 906	158 321	606 541	266 602	572 442	55 076	946 793	192 666
2004	2 773 007	1 685 766	159 360	553 927	316 745	655 734	73 844	1 013 397	170 543
2005	2 914 723	1 751 563	157 209	519 674	323 587	751 093	83 942	1 079 218	134 580
2006	3 044 145	1 809 899	144 397	499 525	368 476	797 502	99 545	1 134 701	115 373
2007	3 130 723	1 868 066	133 501	452 896	411 041	870 629	95 863	1 166 794	85 623
2008	3 250 195	1 876 583	150 302	377 091	490 641	858 550	178 515	1 195 097	54 015
2009	3 326 635	1 801 029	151 160	296 445	516 221	837 203	227 024	1 298 581	32 978
2010	3 348 201 2)	1 570 490	147 529	232 954	544 517 2)	645 491	250 774 2)	1 526 937	22 074
2011	3 370 721	1 515 911	149 185	188 663	577 423	600 640	247 585	1 607 226	16 085
2012	3 285 422 2)	1 414 349	145 007	147 070	574 163 2)	548 109 2)	220 456 2)	1 650 617	13 481
2013	3 145 329	1 288 340	127 641	109 290	570 136	481 273	221 851	1 635 138	10 422
2014	3 111 308	1 231 445	121 328	85 434	569 409	455 274	232 342	1 647 520	7 797
2014 Juni	3 133 444	1 260 119	123 501	92 967	577 765	465 886	227 829	1 645 496	7 919
Juli	3 125 595	1 252 508	121 889	91 975	574 320	464 324	233 112	1 639 975	7 919
Aug.	3 141 617	1 257 088	120 602	92 412	574 915	469 158	232 002	1 652 527	7 919
Sept.	3 138 149	1 254 343	121 095	91 204	573 834	468 209	233 168	1 650 639	7 919
Okt.	3 133 579	1 246 703	120 815	90 135	573 869	461 885	231 513	1 655 363	7 919
Nov.	3 139 168	1 243 609	122 062	87 057	573 424	461 066	231 825	1 663 734	7 919
Dez.	3 111 308	1 231 445	121 328	85 434	569 409	455 274	232 342	1 647 520	7 797

Aufgliederung nach Restlaufzeiten 3)

Stand Ende: Dezember 2014

	1 151 768	561 216	46 865	41 296	239 014	234 041	42 800	547 754	2 991
bis unter 2	1 151 768	561 216	46 865	41 296	239 014	234 041	42 800	547 754	2 991
2 bis unter 4	637 302	278 628	34 637	21 260	143 164	79 566	36 657	322 017	1 362
4 bis unter 6	468 501	173 983	22 962	11 189	90 410	49 425	41 810	252 709	289
6 bis unter 8	273 948	87 729	9 713	5 633	45 039	27 344	19 908	166 311	266
8 bis unter 10	230 017	49 573	5 668	3 415	22 134	18 356	12 585	167 858	1 340
10 bis unter 15	79 811	25 150	1 325	2 279	11 567	9 979	10 355	44 307	571
15 bis unter 20	70 613	11 538	30	206	5 285	6 017	6 420	52 656	10
20 und darüber	199 346	43 630	128	156	12 797	30 549	61 808	93 909	967

* Einschl. der zeitweilig im Bestand der Emittenten befindlichen Schuldverschreibungen. 1 Ohne dem Treuhänder zur zeitweiligen Verwahrung übergebene Stücke. 2 Änderung in der sektoralen Zuordnung von Schuldverschreibungen. 3 Gerechnet

vom Berichtsmonat bis zur Endfälligkeit bei gesamt-fälligen Schuldverschreibungen, bis zur mittleren Fälligkeit des restlichen Umlaufbetrages bei nicht gesamt-fälligen Schuldverschreibungen.

4. Umlauf von Aktien in Deutschland ansässiger Emittenten *)

Mio € Nominalwert

Zeit	Aktienkapital = Umlauf Stand am Ende des Berichtszeitraums	Nettozugang bzw. Nettoabgang (-) im Berichtszeitraum	Veränderung des Kapitals inländischer Aktiengesellschaften aufgrund von								Nachrichtlich: Umlauf zu Kurswerten (Marktkapitalisierung) Stand am Ende des Berichtszeitraums 2)
			Bareinzahlung und Umtausch von Wandelschuldverschreibungen 1)	Ausgabe von Kapitalberichtigungsaktien	Einbringung von Forderungen und sonstigen Sachwerten	Einbringung von Aktien, Kuxen, GmbH-Anteilen u.Ä.	Verschmelzung und Vermögensübertragung	Umwandlung in eine oder aus einer anderen Rechtsform	Kapitalherabsetzung und Auflösung		
2003	162 131	- 6 585	4 482	923	211	513	- 322	- 10 806	- 1 584	851 001	
2004	164 802	2 669	3 960	1 566	276	696	220	- 1 760	- 2 286	887 217	
2005	163 071	- 1 733	2 470	1 040	694	268	- 1 443	- 3 060	- 1 703	1 058 532	
2006	163 764	695	2 670	3 347	604	954	- 1 868	- 1 256	- 3 761	1 279 638	
2007	164 560	799	3 164	1 322	200	269	- 682	- 1 847	- 1 636	1 481 930	
2008	168 701	4 142	5 006	1 319	152	0	- 428	- 608	- 1 306	830 622	
2009	175 691	6 989	12 476	398	97	-	- 3 741	- 1 269	- 974	927 256	
2010	174 596	- 1 096	3 265	497	178	10	- 486	- 993	- 3 569	1 091 220	
2011	177 167	2 570	6 390	552	462	9	- 552	- 762	- 3 532	924 214	
2012	178 617	1 449	3 046	129	570	-	- 478	594	- 2 411	1 150 188	
2013	171 741	- 6 879	2 971	718	476	-	- 1 432	- 619	- 8 992	1 432 658	
2014	177 097	5 356	5 332	1 265	1 714	-	- 465	- 1 044	- 1 446	1 478 063	
2014 Juni	172 946	1 548	1 434	20	233	-	- 7	- 24	- 108	1 445 714	
Juli	173 470	524	668	255	31	-	- 48	- 219	- 164	1 409 428	
Aug.	173 650	180	189	474	-	-	- 145	- 115	- 223	1 389 822	
Sept.	175 138	1 488	1 621	125	23	-	- 29	- 125	- 127	1 401 240	
Okt.	176 375	1 237	563	-	780	-	- 15	- 27	- 63	1 389 691	
Nov.	176 551	176	235	-	-	-	- 35	17	- 111	1 483 086	
Dez.	177 097	546	178	1	625	-	- 11	13	- 260	1 478 063	

* Ohne Aktien der Investmentaktiengesellschaften. 1 Einschl. der Ausgabe von Aktien aus Gesellschaftsgewinn. 2 Einbezogen sind Gesellschaften, deren Aktien zum Regulierten Markt (mit dessen Einführung wurde am 1. November 2007 die Unterteilung der organisierten Zulassungssegmente in den Amtlichen und Regierten Markt aufge-

haben) oder zum Neuen Markt (Börsensegment wurde am 24. März 2003 eingestellt) zugelassen sind; ferner auch Gesellschaften, deren Aktien im Open Market (Freiverkehr) gehandelt werden. Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben der Herausgebergemeinschaft Wertpapier-Mitteilungen und der Deutsche Börse AG.

VIII. Kapitalmarkt

5. Renditen und Indizes deutscher Wertpapiere

Zeit	Umlaufrenditen festverzinslicher Wertpapiere inländischer Emittenten 1)							Indizes 2) 3)			
	insgesamt	Anleihen der öffentlichen Hand			Bank-schuldverschreibungen		Anleihen von Unternehmen (Nicht-MFIs)	Renten		Aktien	
		zusammen	börsennotierte Bundeswertpapiere		zusammen	mit Restlaufzeit über 9 bis 10 Jahre		Deutscher Renten-index (REX)	iBoxx-€-Deutschland-Kursindex	CDAX-Kursindex	Deutscher Aktien-index (DAX)
			zusammen	mit Restlaufzeit von 9 bis 10 Jahren 4)							
% p.a.							Tagesdurchschnittskurs	Ende 1998=100	Ende 1987=100	Ende 1987=1000	
2003	3,7	3,8	3,8	4,1	3,7	4,3	5,0	117,36	97,09	252,48	3 965,16
2004	3,7	3,7	3,7	4,0	3,6	4,2	4,0	120,19	99,89	268,32	4 256,08
2005	3,1	3,2	3,2	3,4	3,1	3,5	3,7	120,92	101,09	335,59	5 408,26
2006	3,8	3,7	3,7	3,8	3,8	4,0	4,2	116,78	96,69	407,16	6 596,92
2007	4,3	4,3	4,2	4,2	4,4	4,5	5,0	114,85	94,62	478,65	8 067,32
2008	4,2	4,0	4,0	4,0	4,5	4,7	6,3	121,68	102,06	266,33	4 810,20
2009	3,2	3,1	3,0	3,2	3,5	4,0	5,5	123,62	100,12	320,32	5 957,43
2010	2,5	2,4	2,4	2,7	2,7	3,3	4,0	124,96	102,95	368,72	6 914,19
2011	2,6	2,4	2,4	2,6	2,9	3,5	4,3	131,48	109,53	304,60	5 898,35
2012	1,4	1,3	1,3	1,5	1,6	2,1	3,7	135,11	111,18	380,03	7 612,39
2013	1,4	1,3	1,3	1,6	1,3	2,1	3,4	132,11	105,92	466,53	9 552,16
2014	1,0	1,0	1,0	1,2	0,9	1,7	3,0	139,68	114,37	468,39	9 805,55
2014 Aug.	0,9	0,9	0,9	1,0	0,7	1,5	2,7	138,12	112,28	450,83	9 470,17
2014 Sept.	0,8	0,8	0,8	0,9	0,7	1,4	2,7	137,92	111,89	449,76	9 474,30
2014 Okt.	0,7	0,7	0,7	0,8	0,6	1,3	2,6	138,01	112,37	444,13	9 326,87
2014 Nov.	0,7	0,7	0,7	0,7	0,6	1,1	2,5	138,40	113,23	474,80	9 980,85
2014 Dez.	0,6	0,6	0,6	0,6	0,5	1,0	2,4	139,68	114,37	468,39	9 805,55
2015 Jan.	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,8	2,3	140,04	116,78	509,65	10 694,32

1 Inhaberschuldverschreibungen mit einer längsten Laufzeit gemäß Emissionsbedingungen von über 4 Jahren, soweit ihre mittlere Restlaufzeit mehr als 3 Jahre beträgt. Außer Betracht bleiben Wandelschuldverschreibungen u.Ä., Schuldverschreibungen mit unplanmäßiger Tilgung, Null-Kupon-Anleihen, variabel verzinsliche Anleihen und Anleihen, die nicht in Euro denominated sind. Die Gruppenrenditen für die Wertpapier-

arten sind gewogen mit den Umlaufbeträgen der in die Berechnung einbezogenen Schuldverschreibungen. Die Monatszahlen werden aus den Renditen aller Geschäftstage eines Monats errechnet. Die Jahreszahlen sind ungewogene Mittel der Monatszahlen. 2 Stand am Jahres- bzw. Monatsende. 3 Quelle: Deutsche Börse AG. 4 Einbezogen sind nur futurefähige Anleihen; als ungewogener Durchschnitt ermittelt.

6. Absatz und Erwerb von Anteilen an Investmentfonds in Deutschland

Zeit	Absatz										Erwerb				
	Absatz = Erwerb insgesamt	offene inländische Fonds 1) (Mittelaufkommen)							ausländische Fonds 4)	Inländer					
		zu-sammen	Publikumsfonds		Spezial-fonds	darunter	zu-sammen	Kreditinstitute 2) einschl. Bausparkassen		übrige Sektoren 3)		Aus-länder 5)			
			zu-sammen	Geldmarkt-fonds				Wertpapier-fonds		Immo-bilien-fonds	zu-sammen		darunter ausländische Anteile	zu-sammen	darunter ausländische Anteile
2003	47 754	43 943	20 079	924	7 408	14 166	23 864	3 811	49 547	2 658	734	52 205	3 077	1 793	
2004	14 435	1 453	3 978	6 160	1 246	3 245	5 431	12 982	10 267	8 446	3 796	1 821	9 186	4 168	
2005	85 268	41 718	6 400	124	7 001	3 186	35 317	43 550	79 252	21 290	7 761	57 962	35 789	6 016	
2006	47 264	19 535	14 257	490	9 362	8 814	33 791	27 729	39 006	14 676	5 221	24 330	22 508	8 258	
2007	55 778	13 436	7 872	4 839	12 848	6 840	21 307	42 342	51 309	229	4 240	51 538	38 102	4 469	
2008	2 598	7 911	14 409	12 171	11 149	799	6 498	10 509	11 315	16 625	9 252	27 940	19 761	8 717	
2009	49 929	43 747	10 966	5 047	11 749	2 686	32 780	6 182	38 132	14 995	8 178	53 127	14 361	11 796	
2010	106 190	84 906	13 381	148	8 683	1 897	71 345	21 284	102 591	3 873	6 290	98 718	14 994	3 598	
2011	46 497	45 221	1 340	379	2 037	1 562	46 561	1 277	39 401	7 576	694	46 977	1 970	7 095	
2012	111 639	89 942	2 084	1 036	97	3 450	87 859	21 696	115 438	3 062	1 562	118 500	23 257	3 799	
2013	122 658	91 337	9 184	574	5 596	3 376	82 153	31 321	116 657	771	100	115 886	31 220	6 001	
2014	126 221	88 804	4 177	471	1 431	944	84 627	37 417	132 243	1 389	1 351	130 854	38 768	6 020	
2014 Juni	10 089	4 615	766	80	224	290	3 849	5 473	8 840	849	1 001	7 991	4 472	1 249	
2014 Juli	13 042	8 609	1 430	33	1 069	86	7 179	4 433	13 417	504	4	12 913	4 437	375	
2014 Aug.	11 586	9 452	2 328	61	1 965	88	7 124	2 134	11 442	278	325	11 720	2 459	144	
2014 Sept.	9 307	3 068	3 343	22	3 578	156	6 411	6 239	12 248	1 450	1 110	10 798	5 129	2 941	
2014 Okt.	9 540	7 187	1 264	76	71	1 403	8 452	2 353	11 270	861	200	10 409	2 153	1 729	
2014 Nov.	17 512	12 854	290	40	826	287	13 145	4 657	18 307	357	1 202	18 664	5 859	795	
2014 Dez.	9 112	9 846	100	20	33	316	9 746	734	10 010	909	1 294	10 919	560	898	

1 Einschl. Investmentaktiengesellschaften. 2 Buchwerte. 3 Als Rest errechnet. 4 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) ausländischer Investmentfondsanteile durch Inländer; Transaktionswerte. 5 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-)

inländischer Investmentfondsanteile durch Ausländer; Transaktionswerte. — Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind vorläufig, Korrekturen werden nicht besonders angemerkt.

IX. Finanzierungsrechnung

1. Geldvermögensbildung und Außenfinanzierung der nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften (unkonsolidiert)

Mrd €

Positionen	2011	2012	2013	2013			2014		
				2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.
Geldvermögensbildung									
Bargeld und Einlagen	0,89	- 1,80	1,59	- 18,88	41,18	13,48	- 10,58	- 6,18	17,53
Schuldverschreibungen insgesamt	4,86	- 2,65	0,28	- 2,02	1,70	- 0,56	1,33	0,28	- 0,09
kurzfristige Schuldverschreibungen	2,15	- 2,61	1,56	- 0,63	0,78	- 0,38	1,79	- 0,13	- 0,44
langfristige Schuldverschreibungen	2,71	- 0,03	- 1,28	- 1,39	0,92	- 0,18	- 0,46	0,41	0,35
nachrichtlich:									
Schuldverschreibungen inländischer Sektoren	1,55	- 4,87	- 1,27	- 1,55	0,70	- 1,10	- 0,26	1,05	0,06
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	.	.	0,81	- 0,11	0,41	- 0,55	0,03	0,34	- 0,32
finanzielle Kapitalgesellschaften	.	.	- 2,14	- 1,65	- 0,09	- 0,25	- 0,37	0,05	- 0,43
Staat	.	.	0,07	0,21	0,38	- 0,31	0,08	0,66	0,80
Schuldverschreibungen des Auslands	3,32	2,22	1,55	- 0,47	0,99	0,54	1,59	- 0,77	- 0,15
Kredite insgesamt	10,84	21,03	-15,70	- 0,50	4,23	- 21,53	10,71	1,18	15,68
kurzfristige Kredite	18,09	13,84	- 7,07	- 0,80	2,81	- 2,34	12,22	3,86	15,97
langfristige Kredite	- 7,26	7,19	- 22,77	0,30	1,42	- 19,19	- 1,52	- 2,68	- 0,28
nachrichtlich:									
Kredite an inländische Sektoren	6,74	19,82	-22,78	- 8,20	2,93	- 13,70	8,24	4,69	7,06
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	0,81	8,94	-16,55	- 7,63	2,32	- 10,24	3,92	1,29	5,34
finanzielle Kapitalgesellschaften	5,27	10,38	- 6,44	- 0,62	0,55	- 3,51	4,32	3,40	1,72
Staat	0,67	0,50	0,21	0,05	0,05	0,05	0,00	0,00	0,00
Kredite an das Ausland	4,09	1,21	7,09	7,71	1,30	- 7,83	2,47	- 3,51	8,63
Anteilsrechte und Anteile an Investmentfonds	58,21	42,07	29,06	- 6,74	9,65	9,27	11,44	3,45	23,02
Anteilsrechte insgesamt	49,96	42,26	21,41	- 6,93	8,20	6,92	10,27	5,63	21,89
Börsennotierte Aktien inländischer Sektoren	.	.	8,70	0,58	2,99	1,05	- 0,93	- 0,69	2,77
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	.	.	9,65	1,12	3,03	1,11	- 0,94	- 0,79	2,29
finanzielle Kapitalgesellschaften	.	.	- 0,95	- 0,53	- 0,04	- 0,06	0,02	0,10	0,47
Börsennotierte Aktien des Auslands	.	.	13,01	7,63	2,33	2,75	2,47	6,22	- 0,64
Übrige Anteilsrechte ¹⁾	47,99	43,76	- 0,30	- 15,14	2,87	3,13	8,73	0,10	19,77
Anteile an Investmentfonds	8,25	- 0,20	7,65	- 0,19	1,45	2,35	1,17	- 2,18	1,13
Geldmarktfonds	0,29	0,03	- 0,15	- 0,07	0,22	- 0,27	0,48	- 0,16	- 0,01
Sonstige Investmentfonds	7,96	- 0,22	7,80	0,26	1,23	2,62	0,68	- 2,02	1,14
Versicherungstechnische Rückstellungen	- 0,24	- 0,30	- 0,34	- 0,08	- 0,09	- 0,09	- 0,10	- 0,09	- 0,03
Finanzderivate	-13,58	0,72	6,49	2,39	1,56	0,62	- 2,62	- 0,20	- 0,07
Sonstige Forderungen	63,59	102,25	129,23	16,40	65,75	15,93	- 0,81	- 20,51	- 5,79
Insgesamt	124,56	161,32	150,61	- 9,43	123,97	17,12	9,37	- 22,06	50,26
Außenfinanzierung									
Schuldverschreibungen insgesamt	7,57	18,72	12,78	3,22	- 0,49	0,94	1,18	- 6,30	2,05
kurzfristige Schuldverschreibungen	4,89	- 1,58	- 1,12	- 1,03	- 1,24	- 4,13	- 2,75	- 6,35	- 1,65
langfristige Schuldverschreibungen	2,68	20,30	13,90	4,24	0,75	5,07	3,93	0,05	3,70
nachrichtlich:									
Schuldverschreibungen inländischer Sektoren	.	.	5,29	0,49	1,24	0,21	2,47	1,78	- 0,14
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	.	.	0,81	- 0,11	0,41	- 0,55	0,03	0,34	- 0,32
finanzielle Kapitalgesellschaften	.	.	3,04	0,57	0,06	0,75	2,34	1,12	0,25
Staat	.	.	- 0,05	- 0,02	- 0,04	0,00	- 0,01	0,00	0,00
Private Haushalte	.	.	1,50	0,05	0,81	0,01	0,11	0,32	- 0,07
Schuldverschreibungen des Auslands	.	.	7,48	2,72	- 1,73	- 0,73	- 1,29	- 8,08	2,19
Kredite insgesamt	26,76	12,90	0,51	11,66	- 15,44	- 7,52	15,87	26,86	- 13,78
kurzfristige Kredite	19,58	12,67	8,30	4,31	- 0,48	- 10,56	14,00	12,48	- 12,89
langfristige Kredite	7,18	0,23	- 7,80	7,36	- 14,96	3,04	1,87	14,37	- 0,89
nachrichtlich:									
Kredite von inländischen Sektoren	9,08	- 8,86	-31,24	- 4,16	- 12,29	- 21,93	19,39	20,10	- 7,00
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	0,81	8,94	-16,55	- 7,63	2,32	- 10,24	3,92	1,29	5,34
finanzielle Kapitalgesellschaften	8,41	- 1,94	6,54	4,80	2,37	- 10,79	15,62	7,72	- 5,35
Staat	- 0,14	-15,86	-21,23	- 1,32	- 16,98	- 0,90	- 0,16	11,09	- 6,99
Kredite aus dem Ausland	17,68	21,77	31,74	15,83	- 3,16	14,42	- 3,52	6,76	- 6,71
Anteilsrechte insgesamt	26,77	12,29	11,99	2,19	1,35	6,81	2,31	2,88	5,04
Börsennotierte Aktien inländischer Sektoren	.	.	- 4,57	- 4,98	2,09	- 7,00	3,32	- 0,33	0,71
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	.	.	9,65	1,12	3,03	1,11	- 0,94	- 0,79	2,29
finanzielle Kapitalgesellschaften	.	.	- 5,02	- 5,57	2,03	- 3,98	4,41	- 0,01	- 2,49
Staat	.	.	- 0,98	- 0,93	- 0,07	0,01	0,00	0,00	0,00
Private Haushalte	.	.	- 8,21	0,40	- 2,90	- 4,13	- 0,15	0,47	0,90
Börsennotierte Aktien des Auslands	.	.	7,90	6,48	- 2,27	8,38	- 2,70	2,20	3,59
Übrige Anteilsrechte ¹⁾	18,46	8,99	8,65	0,69	1,52	5,43	1,69	1,01	0,74
Versicherungstechnische Rückstellungen	6,38	7,69	6,00	1,50	1,50	1,50	1,50	1,50	1,50
Finanzderivate und Mitarbeiteraktienoptionen	14,83	8,09	3,72	14,96	1,68	- 4,03	2,28	2,46	2,47
Sonstige Verbindlichkeiten	46,66	28,22	-12,49	- 16,92	16,90	- 11,27	- 2,48	- 0,92	18,18
Insgesamt	128,97	87,90	22,50	16,61	5,50	- 13,56	20,65	26,48	15,45

¹ Einschl. nichtbörsennotierte Aktien und sonstige Anteilsrechte.

IX. Finanzierungsrechnung

2. Geldvermögen und Verbindlichkeiten der nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften (unkonsolidiert)

Stand am Jahres- bzw. Quartalsende; Mrd €

Positionen	2011	2012	2013	2013			2014		
				2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.
Geldvermögen									
Bargeld und Einlagen	380,3	414,3	412,2	357,0	395,2	412,2	373,3	359,5	390,2
Schuldverschreibungen insgesamt	52,6	51,9	48,2	47,4	48,9	48,2	49,7	50,2	50,3
kurzfristige Schuldverschreibungen	6,3	3,6	5,1	4,7	5,5	5,1	6,9	6,8	6,4
langfristige Schuldverschreibungen	46,4	48,3	43,0	42,7	43,4	43,0	42,8	43,4	43,9
nachrichtlich:									
Schuldverschreibungen inländischer Sektoren	.	.	24,6	25,2	25,8	24,6	24,4	25,5	25,6
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	.	.	4,7	4,8	5,2	4,7	4,7	5,0	4,7
finanzielle Kapitalgesellschaften	.	.	13,8	14,3	14,1	13,8	13,5	13,6	13,2
Staat	.	.	6,1	6,1	6,5	6,1	6,2	6,9	7,7
Schuldverschreibungen des Auslands	.	.	23,6	22,2	23,1	23,6	25,3	24,7	24,6
Kredite insgesamt	386,4	400,7	388,6	399,7	405,8	388,6	402,0	403,3	420,9
kurzfristige Kredite	271,2	281,5	291,7	287,9	292,4	291,7	304,0	307,9	324,9
langfristige Kredite	115,2	119,2	96,9	111,8	113,4	96,9	98,1	95,4	96,0
nachrichtlich:									
Kredite an inländische Sektoren	252,5	272,4	249,6	260,3	263,3	249,6	257,8	262,5	269,6
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	190,8	199,8	183,2	191,1	193,4	183,2	187,1	188,4	193,7
finanzielle Kapitalgesellschaften	55,9	66,3	59,9	62,8	63,4	59,9	64,2	67,6	69,3
Staat	5,8	6,3	6,5	6,4	6,5	6,5	6,5	6,5	6,5
Kredite an das Ausland	133,9	128,4	139,0	139,3	142,6	139,0	144,2	140,8	151,4
Anteilsrechte und Anteile an Investmentfonds	1 436,5	1 597,7	1 756,9	1 607,8	1 669,7	1 756,9	1 761,7	1 781,4	1 821,6
Anteilsrechte insgesamt	1 313,3	1 468,8	1 618,8	1 475,9	1 534,1	1 618,8	1 620,8	1 639,5	1 676,4
Börsennotierte Aktien inländischer Sektoren	.	.	275,4	235,2	251,9	275,4	266,3	266,0	254,6
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	.	.	269,8	230,1	246,7	269,8	260,5	260,5	248,9
finanzielle Kapitalgesellschaften	.	.	5,7	5,1	5,2	5,7	5,7	5,5	5,7
Börsennotierte Aktien des Auslands	.	.	63,8	57,8	60,8	63,8	66,9	73,3	72,6
Übrige Anteilsrechte ¹⁾	1 084,2	1 199,8	1 279,6	1 182,9	1 221,5	1 279,6	1 287,7	1 300,2	1 349,1
Anteile an Investmentfonds	123,1	129,0	138,1	131,9	135,6	138,1	140,9	141,9	145,2
Geldmarktfonds	-	-	1,1	1,1	1,4	1,1	1,6	1,5	1,4
Sonstige Investmentfonds	123,1	129,0	137,0	130,8	134,2	137,0	139,3	140,4	143,9
Versicherungstechnische Rückstellungen	41,9	43,3	46,1	44,6	45,4	46,1	46,5	46,9	47,3
Finanzderivate	17,1	18,0	16,8	17,6	17,6	16,8	14,1	13,9	13,9
Sonstige Forderungen	790,4	829,1	861,0	839,8	850,1	861,0	839,5	822,8	832,5
Insgesamt	3 105,2	3 354,9	3 529,8	3 313,9	3 432,7	3 529,8	3 487,0	3 478,2	3 576,6
Verbindlichkeiten									
Schuldverschreibungen insgesamt	110,7	130,9	138,9	141,3	137,5	138,9	142,5	138,0	143,1
kurzfristige Schuldverschreibungen	16,1	14,6	13,4	18,8	17,6	13,4	10,7	4,4	2,7
langfristige Schuldverschreibungen	94,6	116,3	125,4	122,4	119,9	125,4	131,8	133,6	140,4
nachrichtlich:									
Schuldverschreibungen inländischer Sektoren	.	.	51,6	50,2	51,4	51,6	55,3	58,0	59,2
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	.	.	4,7	4,8	5,2	4,7	4,7	5,0	4,7
finanzielle Kapitalgesellschaften	.	.	31,3	30,4	30,4	31,3	34,9	36,7	38,4
Staat	.	.	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Private Haushalte	.	.	15,6	14,9	15,7	15,6	15,7	16,2	16,0
Schuldverschreibungen des Auslands	.	.	87,3	91,1	86,1	87,3	87,2	80,0	83,9
Kredite insgesamt	1 339,9	1 359,2	1 380,1	1 385,7	1 380,2	1 380,1	1 392,3	1 417,3	1 404,8
kurzfristige Kredite	420,1	429,4	449,2	447,2	460,5	449,2	462,3	473,9	463,1
langfristige Kredite	919,8	929,8	930,9	938,5	919,6	930,9	930,0	943,4	941,7
nachrichtlich:									
Kredite von inländischen Sektoren	1 083,6	1 081,0	1 070,4	1 089,0	1 086,3	1 070,4	1 087,2	1 104,3	1 096,1
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	190,8	199,8	183,2	191,1	193,4	183,2	187,1	188,4	193,7
finanzielle Kapitalgesellschaften	845,9	835,5	824,2	850,0	836,2	824,2	837,8	846,6	840,9
Staat	46,9	45,7	63,0	47,9	56,7	63,0	62,3	69,4	61,4
Kredite aus dem Ausland	256,3	278,2	309,7	296,7	293,8	309,7	305,1	313,0	308,8
Anteilsrechte insgesamt	1 851,9	2 124,3	2 426,0	2 143,5	2 259,1	2 426,0	2 435,8	2 458,1	2 418,7
Börsennotierte Aktien inländischer Sektoren	.	.	567,9	486,0	525,0	567,9	565,0	569,4	538,5
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	.	.	269,8	230,1	246,7	269,8	260,5	260,5	248,9
finanzielle Kapitalgesellschaften	.	.	120,3	101,6	113,0	120,3	124,4	125,6	116,7
Staat	.	.	31,2	24,4	28,0	31,2	30,5	32,0	30,5
Private Haushalte	.	.	146,6	129,8	137,3	146,6	149,6	151,2	142,4
Börsennotierte Aktien des Auslands	.	.	674,8	552,5	594,2	674,8	684,2	696,5	678,5
Übrige Anteilsrechte ¹⁾	1 048,6	1 129,3	1 183,4	1 105,0	1 139,9	1 183,4	1 186,7	1 192,2	1 201,7
Versicherungstechnische Rückstellungen	229,8	237,5	243,5	240,5	242,0	243,5	245,0	246,5	248,0
Finanzderivate und Mitarbeiteraktioptionen	31,9	40,2	37,3	47,5	45,1	37,3	39,5	42,0	44,4
Sonstige Verbindlichkeiten	882,1	898,2	890,6	878,0	884,9	890,6	868,0	868,4	907,6
Insgesamt	4 446,3	4 790,3	5 116,3	4 836,5	4 948,8	5 116,3	5 123,1	5 170,3	5 166,7

¹ Einschl. nichtbörsennotierte Aktien und sonstige Anteilsrechte.

IX. Finanzierungsrechnung

3. Geldvermögensbildung und Außenfinanzierung der privaten Haushalte (unkonsolidiert)

Mrd €

Positionen	2011	2012	2013	2013			2014		
				2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.
Geldvermögensbildung									
Bargeld und Einlagen	57,45	74,42	66,60	18,50	10,20	29,08	13,04	19,19	17,01
Bargeld	- 2,53	- 0,05	10,81	4,30	3,81	0,07	5,27	3,52	3,99
Einlagen insgesamt	59,98	74,47	55,79	14,20	6,39	29,01	7,77	15,67	13,01
Sichteinlagen	33,64	90,08	89,41	25,65	16,37	28,95	8,42	19,91	11,88
Termineinlagen	17,75	- 5,21	- 9,78	- 2,34	- 4,94	1,47	2,37	1,31	0,94
Spareinlagen einschl. Sparbriefe	8,60	-10,39	-23,85	- 9,12	- 5,04	- 1,40	- 3,03	- 5,56	0,19
Schuldverschreibungen insgesamt	- 3,03	-17,39	-17,81	- 6,21	- 2,39	- 2,47	- 2,12	- 2,52	- 7,47
kurzfristige Schuldverschreibungen	0,07	- 0,26	- 0,36	0,01	- 0,28	- 0,20	0,11	- 0,08	- 0,39
langfristige Schuldverschreibungen	- 3,10	-17,13	-17,45	- 6,22	- 2,11	- 2,28	- 2,24	- 2,44	- 7,09
nachrichtlich:									
Schuldverschreibungen inländischer Sektoren			-14,86	- 5,26	- 2,61	- 2,53	- 2,27	- 2,64	- 5,92
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften			1,24	0,00	0,75	- 0,07	0,09	0,27	- 0,11
finanzielle Kapitalgesellschaften			-12,46	- 4,26	- 2,31	- 1,79	- 1,77	- 2,25	- 4,92
Staat			- 3,64	- 1,00	- 1,05	- 0,67	- 0,60	- 0,65	- 0,89
Schuldverschreibungen des Auslands			- 2,94	- 0,95	0,22	0,06	0,15	0,12	- 1,56
Anteilsrechte und Anteile an Investmentfonds	6,79	- 3,51	9,63	6,34	- 2,15	- 3,89	8,19	10,69	7,55
Anteilsrechte insgesamt	19,41	- 0,08	- 0,41	2,94	- 3,05	- 4,36	3,44	3,79	1,00
Börsennotierte Aktien inländischer Sektoren			- 5,63	1,10	- 3,49	- 4,89	0,51	2,07	0,25
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften			- 5,29	0,32	- 2,88	- 4,13	- 0,15	0,44	0,85
finanzielle Kapitalgesellschaften			- 0,35	- 5,26	- 2,61	- 2,53	0,66	1,63	- 0,60
Börsennotierte Aktien des Auslands			2,99	0,71	0,18	0,50	1,91	0,65	0,08
Übrige Anteilsrechte 1)	5,63	2,58	2,24	1,13	0,26	0,03	1,02	1,06	0,68
Anteile an Investmentfonds	-12,63	- 3,42	10,04	3,40	0,90	0,47	4,75	6,91	6,55
Geldmarktfonds	- 0,37	0,65	- 0,30	- 0,16	- 0,02	0,14	- 0,20	- 0,16	- 0,10
Sonstige Investmentfonds	-12,26	- 4,07	10,34	3,56	0,92	0,33	4,95	7,07	6,65
Ansprüche privater Haushalte aus Rückstellungen bei Nichtlebensversicherungen sowie aus Forderungen im Rahmen standardisierter Garantien	13,12	19,87	20,46	5,08	5,04	5,17	4,33	4,26	4,21
Ansprüche privater Haushalte aus Rückstellungen bei Lebensversicherungen	13,05	29,66	35,06	8,76	8,74	8,73	13,39	5,99	3,54
Ansprüche aus Rückstellungen bei Alterssicherungssystemen, Ansprüche von Alterssicherungssystemen an die Träger von Alterssicherungssystemen und auf andere Leistungen als Alterssicherungsleistungen	30,09	27,37	22,57	5,04	0,70	4,19	8,75	6,68	5,35
Finanzderivate und Mitarbeiteraktienoptionen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Sonstige Forderungen 2)	26,13	16,99	9,46	- 1,20	11,19	- 8,40	0,28	- 8,28	4,25
Insgesamt	143,59	147,41	145,97	36,30	31,33	32,40	45,86	36,02	34,43
Außenfinanzierung									
Kredite insgesamt	11,57	15,65	11,30	5,72	8,74	0,50	0,37	5,93	9,39
kurzfristige Kredite	- 2,13	- 1,16	- 3,27	- 0,36	0,04	- 1,43	0,83	0,50	- 1,26
langfristige Kredite	13,70	16,81	14,57	6,08	8,70	1,94	- 0,46	5,43	10,65
nachrichtlich:									
Wohnungsbaukredite	11,24	18,59	18,19	5,28	8,34	3,64	0,75	5,75	9,31
Konsumentenkredite	5,22	- 0,99	- 0,30	1,85	1,69	- 1,19	1,46	0,13	1,33
Gewerbliche Kredite	- 4,90	- 1,95	- 6,59	- 1,41	- 1,28	- 1,95	- 1,84	0,04	- 1,25
nachrichtlich:									
Kredite von Monetären Finanzinstituten	9,10	15,17	12,60	5,26	8,31	2,07	- 0,99	6,10	9,60
Kredite von sonstigen Finanzinstituten	2,47	0,48	- 1,30	0,46	0,43	- 1,57	1,35	- 0,17	- 0,21
Kredite vom Staat und Ausland	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Finanzderivate	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Sonstige Verbindlichkeiten	1,60	1,36	- 0,34	0,06	0,02	- 0,59	0,22	- 0,02	0,27
Insgesamt	13,16	17,01	10,96	5,78	8,76	- 0,08	0,59	5,91	9,66

1 Einschl. nichtbörsennotierte Aktien und sonstige Anteilsrechte. 2 Einschl. verzinslich angesammelte Überschussanteile bei Versicherungen.

IX. Finanzierungsrechnung

4. Geldvermögen und Verbindlichkeiten der privaten Haushalte (unkonsolidiert)

Stand am Jahres- bzw. Quartalsende; Mrd €

Positionen	2011	2012	2013	2013			2014		
				2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.
Geldvermögen									
Bargeld und Einlagen	1 772,2	1 847,6	1 914,0	1 874,8	1 884,9	1 914,0	1 926,8	1 945,9	1 963,0
Bargeld	104,5	104,4	115,2	111,4	115,2	115,2	120,5	124,0	128,0
Einlagen insgesamt	1 667,7	1 743,2	1 798,8	1 763,4	1 769,8	1 798,8	1 806,3	1 821,9	1 835,0
Sichteinlagen	727,1	818,3	907,8	862,5	878,8	907,8	916,0	935,9	947,8
Termineinlagen	261,2	255,9	245,9	249,4	244,4	245,9	248,2	249,5	250,5
Spareinlagen einschl. Sparbriefe	679,4	669,0	645,1	651,6	646,5	645,1	642,1	636,5	636,7
Schuldverschreibungen insgesamt	211,0	200,1	179,0	184,1	182,0	179,0	177,7	176,4	168,9
kurzfristige Schuldverschreibungen	3,1	3,1	2,7	3,1	2,8	2,7	2,8	2,8	2,4
langfristige Schuldverschreibungen	208,0	197,0	176,3	181,0	179,2	176,3	174,9	173,6	166,5
nachrichtlich:									
Schuldverschreibungen inländischer Sektoren			116,9	122,3	119,8	116,9	115,1	112,9	107,1
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften			14,2	13,6	14,4	14,2	14,2	14,7	14,5
finanzielle Kapitalgesellschaften			90,7	94,7	92,5	90,7	89,4	87,4	82,6
Staat			12,0	13,9	12,9	12,0	11,5	10,9	10,0
Schuldverschreibungen des Auslands			62,0	61,8	62,2	62,0	62,7	63,4	61,8
Anteilsrechte und Anteile an Investmentfonds	759,3	820,2	885,9	835,6	857,2	885,9	901,6	923,4	928,9
Anteilsrechte insgesamt	403,8	446,8	487,6	453,6	467,8	487,6	496,3	502,8	497,2
Börsennotierte Aktien inländischer Sektoren			167,4	148,4	156,5	167,4	170,5	171,5	163,0
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften			140,4	124,5	131,7	140,4	143,3	144,9	136,2
finanzielle Kapitalgesellschaften			26,9	23,9	24,8	26,9	27,1	26,6	26,9
Börsennotierte Aktien des Auslands			55,8	49,4	52,7	55,8	57,9	60,6	63,2
Übrige Anteilsrechte 1)	237,4	255,7	264,4	255,7	258,7	264,4	267,9	270,7	271,0
Anteile an Investmentfonds	355,5	373,4	398,3	382,0	389,4	398,3	405,3	420,6	431,7
Geldmarktfonds	23,5	23,9	4,4	4,3	4,3	4,4	4,2	4,1	4,0
Sonstige Investmentfonds	332,0	349,5	393,8	377,7	385,1	393,8	401,0	416,5	427,7
Ansprüche privater Haushalte aus Rückstellungen bei Nichtlebensversicherungen sowie aus Forderungen im Rahmen standardisierter Garantien	266,2	283,1	301,1	292,1	296,6	301,1	305,5	309,7	313,9
Ansprüche privater Haushalte aus Rückstellungen bei Lebensversicherungen	774,3	809,1	847,3	828,3	837,8	847,3	861,5	868,2	872,0
Ansprüche aus Rückstellungen bei Alterssicherungssystemen, Ansprüche von Alterssicherungssystemen an die Träger von Alterssicherungssystemen und auf andere Leistungen als Alterssicherungsleistungen	641,4	677,0	707,1	690,3	696,2	707,1	715,9	722,6	727,9
Finanzderivate und Mitarbeiteraktioptionen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Sonstige Forderungen 2)	38,4	37,1	36,7	37,0	36,8	36,7	36,7	36,7	36,5
Insgesamt	4 462,8	4 674,2	4 871,2	4 742,2	4 791,5	4 871,2	4 925,7	4 982,9	5 011,0
Verbindlichkeiten									
Kredite insgesamt	1 523,9	1 538,4	1 548,9	1 540,5	1 548,5	1 548,9	1 549,3	1 555,2	1 564,6
kurzfristige Kredite	72,8	71,5	66,4	68,8	68,7	66,4	67,2	67,7	66,5
langfristige Kredite	1 451,0	1 467,0	1 482,5	1 471,7	1 479,9	1 482,5	1 482,0	1 487,5	1 498,1
nachrichtlich:									
Wohnungsbaukredite	1 053,4	1 072,7	1 092,2	1 080,0	1 088,4	1 092,2	1 093,0	1 098,8	1 108,7
Konsumentenkredite	200,4	194,3	188,7	191,9	190,2	188,7	190,1	189,9	190,6
Gewerbliche Kredite	270,1	271,4	268,0	268,6	270,0	268,0	266,2	266,5	265,2
nachrichtlich:									
Kredite von Monetären Finanzinstituten	1 432,5	1 446,6	1 458,4	1 448,8	1 456,4	1 458,4	1 457,4	1 463,5	1 473,1
Kredite von sonstigen Finanzinstituten	91,3	91,8	90,5	91,7	92,1	90,5	91,9	91,7	91,5
Kredite vom Staat und Ausland	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Finanzderivate	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Sonstige Verbindlichkeiten	13,1	14,9	14,9	16,1	16,2	14,9	16,1	15,9	16,6
Insgesamt	1 536,9	1 553,4	1 563,7	1 556,6	1 564,8	1 563,7	1 565,4	1 571,0	1 581,2

1 Einschl. nichtbörsennotierte Aktien und sonstige Anteilsrechte. 2 Einschl. verzinslich angesammelte Überschussanteile bei Versicherungen.

X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

1. Gesamtstaat: Defizit und Schuldenstand in Maastricht-Abgrenzung

Zeit	Mrd €					in % des BIP				
	Gesamtstaat	Bund	Länder	Gemeinden	Sozialver- sicherungen	Gesamtstaat	Bund	Länder	Gemeinden	Sozialver- sicherungen
Finanzierungssaldo ¹⁾										
2008	- 0,5	- 14,7	- 1,5	+ 9,3	+ 6,4	- 0,0	- 0,6	- 0,1	+ 0,4	+ 0,3
2009	- 74,5	- 38,0	- 19,3	- 2,7	- 14,4	- 3,0	- 1,5	- 0,8	- 0,1	- 0,6
2010 ²⁾	- 104,8	- 82,2	- 20,4	- 6,2	+ 3,9	- 4,1	- 3,2	- 0,8	- 0,2	+ 0,2
2011 ^{p)}	- 23,3	- 27,1	- 13,0	+ 1,4	+ 15,4	- 0,9	- 1,0	- 0,5	+ 0,1	+ 0,6
2012 ^{p)}	+ 2,6	- 14,7	- 5,7	+ 4,7	+ 18,3	+ 0,1	- 0,5	- 0,2	+ 0,2	+ 0,7
2013 ^{p)}	+ 4,2	- 4,5	- 2,8	+ 5,3	+ 6,1	+ 0,1	- 0,2	- 0,1	+ 0,2	+ 0,2
2014 ^{ts)}	+ 11,9	+ 7,3	- 0,5	+ 1,7	+ 3,4	+ 0,4	+ 0,3	- 0,0	+ 0,1	+ 0,1
2012 2.Hj. ^{p)}	- 6,8	- 8,6	- 5,2	+ 0,5	+ 6,4	- 0,5	- 0,6	- 0,4	+ 0,0	+ 0,5
2013 1.Hj. ^{p)}	+ 7,8	- 2,3	- 0,1	+ 6,2	+ 3,9	+ 0,6	- 0,2	- 0,0	+ 0,4	+ 0,3
2.Hj. ^{p)}	- 3,6	- 2,2	- 2,7	- 0,9	+ 2,2	- 0,3	- 0,2	- 0,2	- 0,1	+ 0,2
2014 1.Hj. ^{ts)}	+ 17,3	+ 3,3	+ 1,5	+ 6,0	+ 6,6	+ 1,2	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,4	+ 0,5
Schuldenstand ³⁾										
Stand am Jahres- bzw. Quartalsende										
2008	1 660,2	1 010,8	539,1	125,6	1,5	64,9	39,5	21,1	4,9	0,1
2009	1 778,5	1 079,7	581,3	132,0	1,3	72,4	43,9	23,7	5,4	0,1
2010 ^{p)}	2 067,4	1 318,4	628,0	137,4	1,3	80,3	51,2	24,4	5,3	0,1
2011 ^{p)}	2 095,6	1 327,4	642,8	141,8	1,3	77,6	49,2	23,8	5,3	0,0
2012 ^{p)}	2 173,6	1 372,3	671,5	145,6	1,2	79,0	49,9	24,4	5,3	0,0
2013 ^{ts)}	2 159,5	1 376,1	652,5	148,2	1,3	76,9	49,0	23,2	5,3	0,0
2013 1.Vj. ^{ts)}	2 162,1	1 372,5	663,3	147,0	1,2	78,6	49,9	24,1	5,3	0,0
2.Vj. ^{ts)}	2 162,6	1 380,3	653,1	146,7	1,1	78,1	49,8	23,6	5,3	0,0
3.Vj. ^{ts)}	2 143,9	1 365,8	646,1	147,4	1,1	76,9	49,0	23,2	5,3	0,0
4.Vj. ^{ts)}	2 159,5	1 376,1	652,5	148,2	1,3	76,9	49,0	23,2	5,3	0,0
2014 1.Vj. ^{ts)}	2 147,4	1 373,0	642,4	147,5	1,2	75,6	48,3	22,6	5,2	0,0
2.Vj. ^{ts)}	2 154,7	1 381,4	640,2	148,3	1,1	75,3	48,3	22,4	5,2	0,0
3.Vj. ^{ts)}	2 155,2	1 377,4	644,2	148,7	1,1	74,8	47,8	22,3	5,2	0,0

Quelle: Statistisches Bundesamt und eigene Berechnungen. **1** Der Finanzierungssaldo gemäß ESVG 2010 entspricht der Maastricht-Abgrenzung. Im Zusammenhang mit der Bekanntgabe der Jahreswerte für 2014 wurden keine revidierten Werte für das erste Halbjahr veröffentlicht. Deshalb sind die ausgewiesenen Halbjahreswerte für

2014 nicht direkt mit den Jahreswerten vergleichbar. **2** Einschl. der Erlöse aus der Frequenzversteigerung 2010 in Höhe von 4,4 Mrd €. **3** Vierteljahresangaben in % des BIP sind auf die Wirtschaftsleistung der vier vorangegangenen Quartale bezogen.

2. Gesamtstaat: Einnahmen, Ausgaben und Finanzierungssaldo in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ^{*)}

Zeit	Einnahmen				Ausgaben						Finanzierungs- saldo	Nach- richtlich: Fiskalische Belastung insgesamt ¹⁾
	insgesamt	davon:			insgesamt	davon:						
		Steuern	Sozial- beiträge	sonstige		Sozial- leistungen	Arbeit- nehmer- entgelte	Zinsen	Brutto- investi- tionen	sonstige		
Mrd €												
2008	1 111,8	585,9	412,4	113,4	1 112,3	592,5	189,1	68,5	51,4	210,8	- 0,5	1 003,1
2009	1 090,8	554,5	415,6	120,6	1 165,3	625,2	197,8	64,8	56,2	221,2	- 74,5	974,1
2010	1 110,4	556,2	426,2	128,1	²⁾ 1 215,3	634,7	203,5	63,3	58,9	²⁾ 254,8	²⁾ - 104,8	986,5
2011 ^{p)}	1 179,5	598,9	442,2	138,3	1 202,7	634,6	208,2	67,1	61,2	231,7	- 23,3	1 045,8
2012 ^{p)}	1 217,8	624,1	454,3	139,5	1 215,2	645,6	212,7	63,2	62,1	231,7	+ 2,6	1 082,9
2013 ^{p)}	1 249,4	642,5	465,4	141,6	1 245,3	666,8	217,6	56,3	62,8	241,8	+ 4,2	1 112,2
2014 ^{ts)}	1 292,0	662,6	481,5	147,9	1 280,0	691,7	223,7	49,8	65,3	249,5	+ 11,9	1 148,4
in % des BIP												
2008	43,5	22,9	16,1	4,4	43,5	23,2	7,4	2,7	2,0	8,2	- 0,0	39,2
2009	44,4	22,6	16,9	4,9	47,4	25,4	8,1	2,6	2,3	9,0	- 3,0	39,7
2010	43,1	21,6	16,5	5,0	²⁾ 47,2	24,6	7,9	2,5	2,3	²⁾ 9,9	²⁾ - 4,1	38,3
2011 ^{p)}	43,7	22,2	16,4	5,1	44,6	23,5	7,7	2,5	2,3	8,6	- 0,9	38,7
2012 ^{p)}	44,3	22,7	16,5	5,1	44,2	23,5	7,7	2,3	2,3	8,4	+ 0,1	39,4
2013 ^{p)}	44,5	22,9	16,6	5,0	44,3	23,7	7,7	2,0	2,2	8,6	+ 0,1	39,6
2014 ^{ts)}	44,5	22,8	16,6	5,1	44,1	23,8	7,7	1,7	2,3	8,6	+ 0,4	39,6
Zuwachsraten in %												
2008	+ 2,9	+ 3,3	+ 2,0	+ 3,8	+ 3,7	+ 1,8	+ 2,7	+ 2,0	+ 7,9	+ 9,8	.	+ 2,8
2009	- 1,9	- 5,4	+ 0,8	+ 6,4	+ 4,8	+ 5,5	+ 4,6	- 5,4	+ 9,3	+ 5,0	.	- 2,9
2010	+ 1,8	+ 0,3	+ 2,5	+ 6,2	+ 4,3	+ 1,5	+ 2,9	- 2,4	+ 4,8	+ 15,1	.	+ 1,3
2011 ^{p)}	+ 6,2	+ 7,7	+ 3,8	+ 8,0	- 1,0	- 0,0	+ 2,3	+ 6,0	+ 3,8	- 9,1	.	+ 6,0
2012 ^{p)}	+ 3,3	+ 4,2	+ 2,7	+ 0,8	+ 1,0	+ 1,7	+ 2,1	- 5,9	+ 1,6	+ 0,0	.	+ 3,5
2013 ^{p)}	+ 2,6	+ 3,0	+ 2,4	+ 1,5	+ 2,5	+ 3,3	+ 2,3	- 10,8	+ 1,0	+ 4,3	.	+ 2,7
2014 ^{ts)}	+ 3,4	+ 3,1	+ 3,5	+ 4,5	+ 2,8	+ 3,7	+ 2,8	- 11,6	+ 4,1	+ 3,2	.	+ 3,3

Quelle: Statistisches Bundesamt. * Ergebnisse gemäß ESVG 2010. **1** Steuern und Sozialbeiträge zzgl. Zöllen. **2** Einschl. der Erlöse aus der Frequenzversteigerung 2010 in

Höhe von 4,4 Mrd €, die in den VGR von den sonstigen Ausgaben abgesetzt werden.

X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

3. Gesamtstaat: Haushaltsentwicklung (Finanzstatistik)

Mrd €

Zeit	Gebietskörperschaften 1)									Sozialversicherungen 2)			Öffentliche Haushalte insgesamt			
	Einnahmen			Ausgaben						Saldo	Einnahmen 6)	Ausgaben	Saldo	Einnahmen	Ausgaben	Saldo
	insgesamt 4)	darunter:		insgesamt 4)	darunter: 3)											
		Steuern	Finanzielle Transaktionen 5)		Personal-ausgaben	Laufende Zuschüsse	Zinsausgaben	Sachinvestitionen	Finanzielle Transaktionen 5)							
2008	665,7	561,2	13,9	674,9	180,2	272,8	67,2	35,0	18,5	- 9,2	485,5	479,0	+ 6,5	1 055,1	1 057,7	- 2,7
2009	623,0	524,0	7,1	713,1	187,1	286,6	63,4	38,6	34,8	- 90,1	492,1	506,0	- 14,0	1 013,4	1 117,5	- 104,0
2010	634,7	530,6	7,9	713,6	190,7	308,5	57,7	39,7	11,4	- 78,9	516,5	512,9	+ 3,7	1 033,7	1 108,9	- 75,2
2011 p)	689,6	573,4	22,8	711,6	194,3	301,3	56,8	38,5	13,7	- 22,0	526,3	511,3	+ 15,0	1 104,2	1 111,2	- 7,0
2012 p)	744,1	600,0	14,6	765,4	217,8	285,1	69,9	41,0	25,5	- 21,3	536,1	518,8	+ 17,3	1 170,0	1 174,0	- 4,0
2013 p)	761,6	619,7	14,7	771,0	224,3	286,6	66,2	42,4	23,8	- 9,4	537,4	531,7	+ 5,7	1 198,5	1 202,2	- 3,7
2012 1.Vj. p)	174,0	142,9	2,5	192,5	51,7	75,6	28,0	6,9	3,4	- 18,5	129,1	128,5	+ 0,7	274,8	292,6	- 17,8
2.Vj. p)	190,4	150,4	2,7	179,8	52,8	68,0	17,2	8,2	3,2	+ 10,6	132,2	128,0	+ 4,2	296,2	281,5	+ 14,7
3.Vj. p)	178,1	147,5	4,3	182,4	53,7	66,6	17,7	10,4	3,9	- 4,3	130,2	128,9	+ 1,3	282,5	285,6	- 3,0
4.Vj. p)	199,1	159,4	4,9	209,3	58,7	73,4	6,8	14,2	14,8	- 10,2	143,4	133,3	+ 10,1	313,3	313,4	- 0,1
2013 1.Vj. p)	177,8	148,6	2,6	187,2	53,5	74,8	22,5	5,9	2,9	- 9,3	128,5	132,3	- 3,8	281,2	294,3	- 13,1
2.Vj. p)	193,5	155,3	4,8	184,2	54,4	68,6	14,2	8,4	8,0	+ 9,3	133,1	132,6	+ 0,5	301,7	291,9	+ 9,9
3.Vj. p)	183,4	151,8	2,4	191,4	54,9	70,8	20,1	11,4	3,2	- 8,1	131,6	132,6	- 1,0	290,0	299,1	- 9,1
4.Vj. p)	204,4	164,2	4,6	206,4	60,5	70,9	9,9	15,4	8,3	- 2,0	142,7	134,2	+ 8,5	321,6	315,1	+ 6,5
2014 1.Vj. p)	186,8	153,6	2,0	192,3	56,0	77,7	20,1	7,6	2,3	- 5,5	132,8	136,1	- 3,3	294,6	303,4	- 8,8
2.Vj. p)	191,9	157,4	2,2	186,3	56,2	71,8	9,8	9,5	8,2	+ 5,6	136,4	135,8	+ 0,6	303,3	297,1	+ 6,2

Quelle: Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes. 1 Jahresangaben gemäß den Rechnungsergebnissen des Statistischen Bundesamtes. Eigene Zuschätzungen für die noch nicht vorliegenden Berichtsjahre nach 2011. Die Vierteljahresangaben enthalten zwar nicht die in den Rechnungsergebnissen einbezogenen Zweckverbände, dafür aber zahlreiche weitere Extrahaushalte, die dem Staatssektor in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zuzurechnen sind. Ab 2012 auch einschl. Bad Bank FMSW. 2 Die Jahresergebnisse weichen darüber hinaus von der Summe der Vierteljahreszahlen ab, da es sich bei Letzte-

rens stets um vorläufige Angaben handelt. Vierteljahresangaben bei einzelnen Versicherungszweigen geschätzt. 3 Die Entwicklungen bei den ausgewiesenen Ausgabenarten werden teilweise durch statistische Umstellungen beeinflusst. 4 Einschl. Differenzen im Verrechnungsverkehr zwischen den Gebietskörperschaften. 5 Auf der Einnahmenseite beinhaltet dies als Beteiligungsveräußerungen und als Darlehensrückflüsse verbuchte Erlöse, auf der Ausgabenseite Beteiligungserwerbe und Darlehensvergaben. 6 Einschl. der Liquiditätshilfen des Bundes an die Bundesagentur für Arbeit.

4. Gebietskörperschaften: Haushaltsentwicklung von Bund, Ländern und Gemeinden (Finanzstatistik)

Mrd €

Zeit	Bund			Länder 2) 3)			Gemeinden 3)		
	Einnahmen 1)	Ausgaben	Saldo	Einnahmen	Ausgaben	Saldo	Einnahmen	Ausgaben	Saldo
2008	292,8	304,6	- 11,8	276,2	275,7	+ 0,5	176,4	168,0	+ 8,4
2009	282,6	317,1	- 34,5	260,1	287,1	- 26,9	170,8	178,3	- 7,5
2010	288,7	333,1	- 44,4	266,8	287,3	- 20,5	175,4	182,3	- 6,9
2011 p)	307,1	324,9	- 17,7	286,5	295,9	- 9,4	183,9	184,9	- 1,0
2012 p)	312,5	335,3	- 22,8	311,0	316,1	- 5,1	200,0	198,5	+ 1,5
2013 p)	313,2	335,6	- 22,4	324,3	324,2	+ 0,1	207,6	206,3	+ 1,3
2012 1.Vj. p)	65,4	83,1	- 17,7	74,6	76,2	- 1,7	39,6	44,6	- 4,9
2.Vj. p)	78,0	72,2	+ 5,8	75,8	74,4	+ 1,4	48,8	47,0	+ 1,8
3.Vj. p)	77,1	85,1	- 8,0	77,5	78,7	- 1,2	50,7	48,9	+ 1,8
4.Vj. p)	91,9	94,8	- 2,9	82,1	86,4	- 4,3	58,9	56,5	+ 2,4
2013 1.Vj. p)	66,9	79,9	- 13,0	77,4	77,9	- 0,5	42,1	46,4	- 4,3
2.Vj. p)	78,7	77,8	+ 0,9	81,5	78,1	+ 3,3	51,7	48,4	+ 3,4
3.Vj. p)	77,4	85,2	- 7,8	78,7	78,9	- 0,2	51,5	52,1	- 0,5
4.Vj. p)	90,2	92,7	- 2,5	85,8	88,6	- 2,9	60,3	57,9	+ 2,4
2014 1.Vj. p)	69,8	80,5	- 10,7	80,3	81,0	- 0,7	45,1	49,9	- 4,8
2.Vj. p)	77,7	76,7	+ 1,0	82,3	80,4	+ 1,9	54,9	52,2	+ 2,7
3.Vj. p)	82,5	85,3	- 2,8	82,7	80,4	+ 2,3	53,9	54,5	- 0,6

Quelle: Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes. 1 Soweit die Gewinnabführung der Bundesbank nach Überschreiten eines Schwellenwerts bei Sondervermögen des Bundes zur Schuldentilgung eingesetzt wird, bleibt sie hier unberücksichtigt. 2 Einschl. der Kommunalebene der Stadtstaaten. 3 Für Länder ab 2011, für Gemeinden ab 2012 Quartalsdaten der Kern- und der

zum Staatssektor zählenden Extrahaushalte, bis einschl. 2013 ohne Zweckverbände. Jahresangaben bis einschl. 2011 ohne Extrahaushalte, aber mit Zweckverbänden und Sonderrechnungen gemäß den Rechnungsergebnissen des Statistischen Bundesamtes, für die Folgejahre eigene Zuschätzungen.

X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

5. Gebietskörperschaften: Steuereinnahmen

Mio €

Zeit	Insgesamt	Bund, Länder und Europäische Union				Gemeinden 3)	Saldo nicht verrechneter Steueranteile 4)		Nachrichtlich: Im Bundeshaushalt abgesetzte Beträge 5)
		zusammen	Bund 1)	Länder 1)	Europäische Union 2)				
2008	561 182	484 182	260 690	200 411	23 081	77 190	- 190	21 510	
2009	524 000	455 615	252 842	182 273	20 501	68 419	- 34	24 846	
2010	530 587	460 230	254 537	181 326	24 367	70 385	- 28	28 726	
2011	573 352	496 738	276 598	195 676	24 464	76 570	+ 43	28 615	
2012	600 046	518 963	284 801	207 846	26 316	81 184	- 101	28 498	
2013	619 708	535 173	287 641	216 430	31 101	84 274	+ 262	27 775	
2014	...	556 008	298 518	226 504	30 986	27 772	
2013 1.Vj.	148 936	126 532	63 351	52 078	11 103	15 051	+ 7 353	6 494	
2.Vj.	155 507	133 820	72 708	54 570	6 542	21 934	- 246	6 914	
3.Vj.	151 383	130 589	71 238	52 601	6 750	20 948	- 155	7 554	
4.Vj.	163 882	144 230	80 343	57 181	6 706	26 341	- 6 690	6 813	
2014 1.Vj.	153 971	130 986	64 962	54 529	11 495	15 287	+ 7 698	6 638	
2.Vj.	158 118	135 358	72 082	56 178	7 098	23 160	- 400	6 803	
3.Vj.	156 886	135 698	75 711	55 194	4 794	21 380	- 192	7 577	
4.Vj.	...	153 966	85 763	60 603	7 599	6 754	
2013 Dez.	.	69 982	38 079	28 090	3 813	.	.	2 271	
2014 Dez.	.	75 920	42 431	29 654	3 835	.	.	2 251	

Quellen: Bundesministerium der Finanzen, Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen. 1 Vor Abzug bzw. Zusetzung der vom Bund an die Länder überwiesenen Bundesergänzungszuweisungen (BEZ), Anteile am Energiesteueraufkommen, Kompensation für die Übertragung der Kraftfahrzeugsteuer auf den Bund und Konsolidierungshilfen. Zum Umfang dieser im Bundeshaushalt von den Steuereinnahmen abgesetzten Beträge siehe letzte Spalte. 2 Zölle sowie die zulasten der Steuereinnahmen des Bundes

des verbuchten Mehrwertsteuer- und Bruttonationaleinkommen-Eigenmittel. 3 Einschl. Gemeindesteuern der Stadtstaaten. Inklusive Einnahmen aus Offshore-Windparks. 4 Differenz zwischen dem in der betreffenden Periode bei den Länderkassen eingegangenen Gemeindeanteil an den gemeinschaftlichen Steuern (s. hierzu Tabelle X. 6) und den im gleichen Zeitraum an die Gemeinden weitergeleiteten Beträgen. 5 Umfang der in Fußnote 1 genannten Positionen.

6. Bund, Länder und EU: Steuereinnahmen nach Arten

Mio €

Zeit	Insgesamt 1)	Gemeinschaftliche Steuern									Bundessteuern 7)	Ländersteuern 7)	EU-Zölle	Nachrichtlich: Gemeindeanteil an den gemeinschaftlichen Steuern
		Einkommensteuern 2)					Steuern vom Umsatz 5)							
		zusammen	Lohnsteuer 3)	Veranlagte Einkommensteuer	Körperschaftsteuer	Kapitalertragsteuer 4)	zusammen	Umsatzsteuer	Einfuhrumsatzsteuer	Gewerbesteuerumlagen 6)				
2008	515 498	220 483	141 895	32 685	15 868	30 035	175 989	130 789	45 200	6 784	86 302	21 937	4 002	31 316
2009	484 880	193 684	135 165	26 430	7 173	24 916	176 991	141 907	35 084	4 908	89 318	16 375	3 604	29 265
2010	488 731	192 816	127 904	31 179	12 041	21 691	180 042	136 459	43 582	5 925	93 426	12 146	4 378	28 501
2011	527 255	213 534	139 749	31 996	15 634	26 155	190 033	138 957	51 076	6 888	99 133	13 095	4 571	30 517
2012	551 785	231 555	149 065	37 262	16 934	28 294	194 635	142 439	52 196	7 137	99 794	14 201	4 462	32 822
2013	570 213	245 909	158 198	42 280	19 508	25 923	196 843	148 315	48 528	7 053	100 454	15 723	4 231	35 040
2014	593 039	258 875	167 983	45 613	20 044	25 236	203 110	154 228	48 883	7 142	101 804	17 556	4 552	37 031
2013 1.Vj.	135 026	59 835	36 468	10 750	6 014	6 603	49 167	37 466	11 701	125	20 971	3 889	1 039	8 493
2.Vj.	142 450	64 448	38 827	11 084	5 427	9 110	47 136	35 052	12 083	1 799	24 355	3 762	950	8 630
3.Vj.	138 958	56 791	38 008	9 815	3 309	5 659	50 033	37 661	12 372	1 875	25 011	4 111	1 137	8 369
4.Vj.	153 779	64 834	44 896	10 631	4 757	4 551	50 507	38 136	12 372	3 254	30 116	3 961	1 106	9 548
2014 1.Vj.	140 035	62 941	39 035	11 808	5 610	6 487	50 533	38 904	11 629	134	20 893	4 481	1 053	9 049
2.Vj.	144 418	65 233	40 767	11 963	5 068	7 435	49 166	37 194	11 972	1 785	22 874	4 318	1 042	9 059
3.Vj.	144 482	60 838	40 538	10 022	4 314	5 965	51 148	38 733	12 415	1 911	24 945	4 395	1 244	8 783
4.Vj.	164 104	69 863	47 642	11 820	5 052	5 349	52 264	39 397	12 867	3 312	33 091	4 361	1 214	10 139
2013 Dez.	75 248	40 672	20 756	11 517	6 207	2 193	17 250	13 324	3 925	1 567	14 137	1 290	332	5 266
2014 Dez.	81 479	43 673	21 849	12 511	6 744	2 568	17 180	13 234	3 946	1 591	17 139	1 523	373	5 559

Quelle: Bundesministerium der Finanzen, eigene Berechnungen. 1 Im Gegensatz zur Summe in Tabelle X. 5 sind hier die Einnahmen aus der Gewerbesteuer (abzüglich der Umlagen), aus den Grundsteuern und aus sonstigen Gemeindesteuern sowie der Saldo nicht verrechneter Steueranteile nicht enthalten. 2 Aufkommensanteile von Bund/Ländern/Gemeinden (in %): Lohn- und veranlagte Einkommensteuer 42,5/42,5/15, Körperschaftsteuer und nicht veranlagte Steuern vom Ertrag 50/50/-, Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge 44/44/12. 3 Nach Abzug von Kin-

dergeld und Altersvorsorgezulage. 4 Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge, nicht veranlagte Steuern vom Ertrag. 5 Die häufiger angepasste Verteilung des Aufkommens auf Bund, Länder und Gemeinden ist in § 1 FAG geregelt. Aufkommensanteile von Bund/Ländern/Gemeinden (in %) für 2014: 53,5/44,5/2,0. Der EU-Anteil geht vom Bundesanteil ab. 6 Anteile von Bund/Ländern (in %) für 2014: 22,4/77,6. 7 Aufgliederung s. Tabelle X. 7.

X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

7. Bund, Länder und Gemeinden: Einzelsteuern

Mio €

Zeit	Bundessteuern 1)								Ländersteuern 1)				Gemeindesteuern		
	Energie- steuer	Tabak- steuer	Soli- daritäts- zuschlag	Versi- cherung- steuer	Kraft- fahr- zeug- steuer 2)	Strom- steuer	Brannt- wein- abgaben	sonstige	Kraft- fahr- zeug- steuer 2)	Grund- erwerb- steuer	Erb- schaft- steuer	sonstige 3)	ins- gesamt	darunter:	
														Gewerbe- steuer 4)	Grund- steuern
2008	39 248	13 574	13 146	10 478	.	6 261	2 126	1 470	8 842	5 728	4 771	2 596	52 468	41 037	10 807
2009	39 822	13 366	11 927	10 548	3 803	6 278	2 101	1 473	4 398	4 857	4 550	2 571	44 028	32 421	10 936
2010	39 838	13 492	11 713	10 284	8 488	6 171	1 990	1 449	.	5 290	4 404	2 452	47 780	35 712	11 315
2011	40 036	14 414	12 781	10 755	8 422	7 247	2 149	3 329	.	6 366	4 246	2 484	52 984	40 424	11 674
2012	39 305	14 143	13 624	11 138	8 443	6 973	2 121	4 047	.	7 389	4 305	2 508	55 398	42 345	12 017
2013	39 364	13 820	14 378	11 553	8 490	7 009	2 102	3 737	.	8 394	4 633	2 696	56 549	43 027	12 377
2014	39 758	14 612	15 047	12 046	8 501	6 638	2 060	3 143	.	9 339	5 452	2 764
2013 1.Vj.	4 672	2 141	3 473	5 429	2 304	1 797	580	575	.	2 144	1 007	738	14 035	10 912	2 803
2.Vj.	9 472	3 504	3 843	2 050	2 284	2 009	471	721	.	1 942	1 137	683	14 858	11 377	3 205
3.Vj.	10 101	3 858	3 314	2 255	2 053	1 602	507	1 320	.	2 203	1 261	647	14 299	10 339	3 659
4.Vj.	15 119	4 316	3 748	1 818	1 849	1 600	545	1 121	.	2 106	1 227	628	13 357	10 400	2 710
2014 1.Vj.	4 675	2 477	3 577	5 642	1 861	1 550	556	555	.	2 385	1 314	782	14 070	10 829	2 880
2.Vj.	9 868	3 708	3 955	2 096	2 517	1 718	470	- 1 458	.	2 149	1 501	668	15 485	11 684	3 495
3.Vj.	10 029	3 735	3 498	2 423	2 265	1 716	499	779	.	2 387	1 331	677	14 316	10 458	3 529
4.Vj.	15 185	4 691	4 016	1 886	1 859	1 653	535	3 266	.	2 418	1 306	638
2013 Dez.	8 281	1 649	2 244	513	567	428	216	239	.	650	444	196	.	.	.
2014 Dez.	8 420	1 992	2 402	524	520	498	217	2 564	.	837	463	223	.	.	.

Quellen: Bundesministerium der Finanzen, Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen. 1 Für die Summe siehe Tabelle X. 6. 2 Ab dem 1. Juli 2009 steht das Aufkommen aus der Kraftfahrzeugsteuer dem Bund zu. Buchungen bei den Ländern in der

Zeit danach sind kassentechnisch bedingt. 3 Insbesondere Rennwett- und Lotteriesteuer sowie Biersteuer. 4 Inklusive Einnahmen aus Offshore-Windparks.

8. Deutsche Rentenversicherung: Haushaltsentwicklung sowie Vermögen *)

Mio €

Zeit	Einnahmen 1) 2)			Ausgaben 1) 2)			Saldo der Ein- nahmen und Ausgaben	Vermögen 1) 5)					Nach- richtlich: Verwal- tungsver- mögen
	ins- gesamt	darunter:		ins- gesamt	darunter:			insgesamt	Ein- lagen 6)	Wertpa- piere	Betei- lungen, Darlehen und Hypo- theken 7)	Grund- stücke	
		Beiträge 3)	Zahlun- gen des Bundes		Renten	Kranken- versiche- rung der Rentner 4)							
2008	242 770	167 611	73 381	238 995	204 071	14 051	+ 3 775	16 531	16 313	36	56	126	4 645
2009	244 689	169 183	74 313	244 478	208 475	14 431	+ 211	16 821	16 614	23	64	120	4 525
2010	250 133	172 767	76 173	248 076	211 852	14 343	+ 2 057	19 375	18 077	1 120	73	105	4 464
2011	254 968	177 424	76 200	250 241	212 602	15 015	+ 4 727	24 965	22 241	2 519	88	117	4 379
2012	259 700	181 262	77 193	254 604	216 450	15 283	+ 5 096	30 481	28 519	1 756	104	102	4 315
2013	260 166	181 991	77 067	258 268	219 560	15 528	+ 1 898	33 114	29 193	3 701	119	100	4 250
2014 p)	269 050	189 069	78 947	265 661	226 485	15 971	+ 3 389	36 442	32 901	3 317	129	94	4 275
2012 1.Vj.	62 038	42 411	19 318	62 883	53 747	3 779	- 845	24 261	21 839	2 219	88	116	4 366
2.Vj.	64 721	45 318	19 086	62 885	53 532	3 772	+ 1 836	26 026	23 950	1 869	92	115	4 356
3.Vj.	63 669	44 188	19 193	64 275	54 788	3 866	- 606	25 968	23 265	2 509	94	100	4 328
4.Vj.	68 656	49 337	19 059	64 262	54 683	3 858	+ 4 394	30 935	28 483	2 256	95	101	4 336
2013 1.Vj.	62 211	42 779	19 173	64 193	54 940	3 871	- 1 982	28 616	26 044	2 356	106	110	4 292
2.Vj.	64 751	45 399	19 090	64 188	54 660	3 858	+ 563	29 380	26 938	2 221	111	110	4 294
3.Vj.	63 610	44 194	19 154	64 775	55 169	3 898	- 1 165	28 647	25 262	3 161	113	110	4 291
4.Vj.	69 503	49 609	19 626	64 855	55 108	3 894	+ 4 648	33 667	29 201	4 251	114	101	4 290
2014 1.Vj.	64 138	44 355	19 534	64 615	55 266	3 897	- 477	32 669	28 668	3 781	121	99	4 251
2.Vj.	66 857	47 145	19 453	64 697	55 085	3 891	+ 2 160	35 181	31 167	3 791	126	97	4 260
3.Vj.	66 129	45 992	19 865	66 801	56 909	3 991	- 672	33 678	30 264	3 191	129	94	4 256
4.Vj.	71 927	51 577	20 096	69 548	59 225	4 192	+ 2 379	36 442	32 901	3 317	129	94	4 275

Quellen: Bundesministerium für Arbeit und Soziales sowie Deutsche Rentenversicherung. * Ohne „Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn/See“ 1 Die endgültigen Jahresergebnisse weichen von den Vierteljahresergebnissen ab, da es sich bei diesen stets um vorläufige Angaben handelt. 2 Einschl. Finanzausgleichsleistungen. Ohne Ergebnisse der Kapitalrechnung. 3 Einschl. Beiträge für Empfänger öffentli-

cher Geldleistungen. 4 Bis 1.Vj. 2004 einschl. Pflegeversicherung der Rentner. 5 Entspricht im Wesentlichen der Nachhaltigkeitsrücklage. Stand am Jahres- bzw. Vierteljahrende. 6 Einschl. Barmittel. 7 Ohne Darlehen an andere Sozialversicherungsträger.

X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

9. Bundesagentur für Arbeit: Haushaltsentwicklung ^{*)}

Mio €

Zeit	Einnahmen				Ausgaben							Saldo der Einnahmen und Ausgaben	Zuschuss zum Defizit-ausgleich bzw. Darlehen des Bundes
	ins-gesamt ¹⁾	darunter:			ins-gesamt	darunter:							
		Beiträge	Insolvenz-geld-umlage	Bundes-beteiligung		Arbeits-losen-geld ²⁾	Kurz-arbeiter-geld ³⁾	berufliche Förderung ⁴⁾	Ein-gliederungs-beitrag ⁵⁾	Insolvenz-geld	Ver-waltungs-ausgaben ⁶⁾		
2008	38 289	26 452	673	7 583	39 407	13 864	544	8 586	5 000	654	4 495	- 1 118	-
2009	34 254	22 046	711	7 777	48 057	17 291	5 322	9 849	4 866	1 617	5 398	- 13 804	-
2010	37 070	22 614	2 929	7 927	45 213	16 602	4 125	9 297	5 256	740	5 322	- 8 143	5 207
2011	37 563	25 433	37	8 046	37 524	13 776	1 324	8 369	4 510	683	5 090	+ 40	-
2012	37 429	26 570	314	7 238	34 842	13 823	828	6 699	3 822	982	5 117	+ 2 587	-
2013	32 636	27 594	1 224	245	32 574	15 411	1 082	6 040	.	912	5 349	+ 61	-
2014	33 725	28 714	1 296	-	32 147	15 368	710	6 264	.	694	5 493	+ 1 578	-
2012 1.Vj.	9 709	6 175	69	2 693	8 452	3 773	449	1 924	- 0	211	1 185	+ 1 257	-
2.Vj.	8 331	6 620	78	872	7 816	3 457	229	1 762	0	329	1 191	+ 515	-
3.Vj.	7 501	6 508	80	70	7 539	3 307	82	1 462	368	218	1 249	- 37	-
4.Vj.	11 888	7 267	86	3 603	11 035	3 286	68	1 551	3 454	223	1 493	+ 853	-
2013 1.Vj.	7 762	6 429	276	245	8 612	4 301	494	1 493	.	194	1 193	- 850	-
2.Vj.	8 041	6 870	310	-	8 230	3 969	384	1 498	.	204	1 266	- 189	-
3.Vj.	7 898	6 708	303	-	7 580	3 644	109	1 420	.	228	1 284	+ 318	-
4.Vj.	8 935	7 587	335	-	8 153	3 497	96	1 630	.	287	1 606	+ 782	-
2014 1.Vj.	7 844	6 696	299	-	8 693	4 379	311	1 605	.	199	1 239	- 849	-
2.Vj.	8 352	7 143	331	-	8 036	3 902	197	1 593	.	211	1 259	+ 316	-
3.Vj.	8 249	6 991	318	-	7 551	3 641	123	1 458	.	163	1 313	+ 698	-
4.Vj.	9 280	7 884	347	-	7 868	3 446	79	1 609	.	122	1 682	+ 1 412	-

Quelle: Bundesagentur für Arbeit. * Ohne Versorgungsfonds. **1** Ohne Zuschuss zum Defizitausgleich bzw. Darlehen des Bundes. **2** Arbeitslosengeld bei Arbeitslosigkeit. **3** Einschl. Saison- und Transferkurzarbeitergeld, Transfermaßnahmen und Erstattungen von Sozialbeiträgen. **4** Berufliche Bildung, Förderung der Arbeitsaufnahme, Re-

habilitation, Entgeltssicherung und Förderung von Existenzgründungen. **5** Bis einschl. 2012. Von 2005 bis 2007: Aussteuerungsbetrag. **6** Einschl. Einzugskostenvergütung an andere Sozialversicherungsträger, ohne Verwaltungskosten im Rahmen der Grundversicherung für Arbeitsuchende.

10. Gesetzliche Krankenversicherung: Haushaltsentwicklung

Mio €

Zeit	Einnahmen ¹⁾			Ausgaben ¹⁾							Saldo der Einnahmen und Ausgaben	
	ins-gesamt	darunter:		ins-gesamt	Krankenhaus-behandlung	Arznei-mittel	Ärztliche Behand-lung	Zahn-ärztliche Behand-lung ⁴⁾	Heil- und Hilfsmittel	Kranken-geld		Ver-waltungs-ausgaben ⁵⁾
		Beiträge ²⁾	Bundes-mittel ³⁾									
2008	162 516	155 883	2 500	161 334	52 623	29 145	25 887	10 926	9 095	6 583	8 680	+ 1 182
2009	169 837	158 662	7 200	170 825	55 977	30 696	27 635	11 219	9 578	7 258	8 949	- 988
2010 ⁶⁾	179 529	160 797	15 700	175 804	56 697	30 147	28 432	11 419	10 609	7 797	9 554	+ 3 725
2011	189 049	170 875	15 300	179 599	58 501	28 939	29 056	11 651	11 193	8 529	9 488	+ 9 450
2012	193 314	176 388	14 000	184 289	60 157	29 156	29 682	11 749	11 477	9 171	9 711	+ 9 025
2013	196 405	182 179	11 500	194 537	62 886	30 052	32 799	12 619	12 087	9 758	9 979	+ 1 867
2012 1.Vj.	46 433	42 249	3 500	45 971	15 579	7 424	7 502	2 971	2 664	2 336	2 195	+ 462
2.Vj.	47 942	43 739	3 500	46 178	15 115	7 419	7 515	3 015	2 874	2 281	2 244	+ 1 764
3.Vj.	47 653	43 648	3 499	45 842	15 049	7 221	7 342	2 843	2 872	2 220	2 283	+ 1 811
4.Vj.	51 162	46 727	3 501	46 576	14 548	7 305	7 465	2 989	3 065	2 333	2 936	+ 4 586
2013 1.Vj.	47 115	43 645	2 875	48 030	15 955	7 445	8 258	3 139	2 786	2 518	2 256	- 915
2.Vj.	48 604	45 199	2 875	48 577	15 815	7 486	8 227	3 142	3 007	2 465	2 336	+ 26
3.Vj.	48 337	44 917	2 875	48 435	15 839	7 456	8 149	3 070	3 043	2 356	2 378	- 98
4.Vj.	52 127	48 392	2 875	49 451	15 295	7 759	8 200	3 218	3 264	2 409	2 958	+ 2 676
2014 1.Vj.	49 164	45 113	3 500	50 990	16 868	8 097	8 582	3 262	3 029	2 693	2 313	- 1 827
2.Vj.	49 290	46 757	1 769	51 332	16 463	8 234	8 600	3 304	3 282	2 651	2 404	- 2 042
3.Vj.	49 992	46 637	2 634	51 035	16 335	8 266	8 392	3 152	3 313	2 607	2 391	- 1 043

Quelle: Bundesministerium für Gesundheit. **1** Die endgültigen Jahresergebnisse weichen von der Summe der Vierteljahreswerte ab, da es sich bei diesen stets um vorläufige Angaben handelt. Ohne Einnahmen und Ausgaben im Rahmen des Risikostruktur-ausgleichs. **2** Einschl. Beiträge aus geringfügigen Beschäftigten. **3** Bundeszuschuss und Liquiditätshilfen. **4** Einschl. Zahnersatz. **5** Netto, d. h. nach Abzug der Kostener-

stattungen für den Beitragseinzug durch andere Sozialversicherungsträger. Einschl. Verwaltungsausgaben für Disease-Management-Programme. **6** Angaben zu einzelnen Ausgabenkategorien für 2010 wegen geänderter statistischer Abgrenzung nur begrenzt mit Vorjahresangaben vergleichbar.

X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

11. Soziale Pflegeversicherung: Haushaltsentwicklung

Mio €

Zeit	Einnahmen 1)		Ausgaben 1)					Saldo der Einnahmen und Ausgaben		
	insgesamt	darunter: Beiträge 2)	insgesamt	darunter:						
				Pflegesachleistung	Vollstationäre Pflege	Pflegegeld	Beiträge zur Rentenversicherung 3)		Verwaltungsausgaben	
2008	19 785	19 608	19 163	2 605	9 054	4 225	868	941	+	622
2009	21 300	21 137	20 314	2 742	9 274	4 443	878	984	+	986
2010	21 864	21 659	21 539	2 933	9 567	4 673	869	1 028	+	325
2011	22 294	22 145	21 962	3 002	9 700	4 735	881	1 034	+	331
2012	23 082	22 953	22 988	3 135	9 961	5 073	881	1 083	+	95
2013	24 972	24 891	24 405	3 389	10 058	5 674	896	1 155	+	567
2012 1.Vj.	5 493	5 450	5 700	774	2 469	1 248	223	283	-	207
2.Vj.	5 713	5 686	5 656	758	2 478	1 254	217	276	+	57
3.Vj.	5 726	5 694	5 774	783	2 507	1 269	219	262	-	49
4.Vj.	6 113	6 087	5 811	791	2 511	1 310	225	265	+	302
2013 1.Vj.	5 907	5 871	5 916	805	2 489	1 359	212	294	-	9
2.Vj.	6 229	6 207	6 037	827	2 498	1 436	217	289	+	192
3.Vj.	6 183	6 166	6 205	868	2 534	1 441	223	290	-	21
4.Vj.	6 635	6 619	6 171	865	2 537	1 451	221	278	+	464
2014 1.Vj.	6 168	6 141	6 290	871	2 542	1 463	229	315	-	123
2.Vj.	6 404	6 386	6 260	848	2 554	1 466	236	309	+	144
3.Vj.	6 405	6 386	6 442	932	2 577	1 481	237	299	-	37

Quelle: Bundesministerium für Gesundheit. 1 Die endgültigen Jahresergebnisse weichen von der Summe der Vierteljahreswerte ab, da es sich bei diesen stets um vorläufige

Angaben handelt. 2 Seit 2005: Einschl. Sonderbeitrag Kinderloser (0,25 % des beitragspflichtigen Einkommens). 3 Für nicht erwerbsmäßige Pflegepersonen.

12. Bund: marktmäßige Kreditaufnahme

Mio €

Zeit	Neuverschuldung, gesamt 1)		darunter: Veränderung der Geldmarktkredite	Veränderung der Geldmarkteinlagen
	brutto 2)	netto		
2008	+ 233 356	+ 26 208	+ 6 888	+ 9 036
2009	+ 312 729	+ 66 821	- 8 184	+ 106
2010	+ 302 694	+ 42 397	- 5 041	+ 1 607
2011	+ 264 572	+ 5 890	- 4 876	- 9 036
2012	+ 263 334	+ 31 728	+ 6 183	+ 13 375
2013	+ 246 781	+ 19 473	+ 7 292	- 4 601
2012 1.Vj.	+ 72 603	+ 12 524	+ 8 251	- 2 380
2.Vj.	+ 68 851	+ 13 623	+ 2 836	+ 19 969
3.Vj.	+ 60 504	- 8 627	- 8 281	- 14 911
4.Vj.	+ 61 376	+ 14 208	+ 3 376	+ 10 697
2013 1.Vj.	+ 62 030	+ 9 538	+ 1 303	- 11 879
2.Vj.	+ 73 126	+ 8 483	+ 11 024	+ 9 979
3.Vj.	+ 48 764	- 11 984	- 13 555	- 18 090
4.Vj.	+ 62 862	+ 13 436	+ 8 521	+ 15 389
2014 1.Vj.	+ 43 862	- 3 551	- 9 267	- 9 556
2.Vj.	+ 58 444	+ 9 500	+ 6 281	+ 10 589
3.Vj.	+ 47 215	- 8 035	- 2 111	- 10 817

Quelle: Bundesrepublik Deutschland – Finanzagentur GmbH. 1 Einschl. „Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung“ sowie der Sondervermögen „Investitions- und Tilgungsfonds“ und „Restrukturierungsfonds für Kreditinstitute“. 2 Nach Abzug der Rückkäufe.

13. Gebietskörperschaften: Verschuldung nach Gläubigern *)

Mio €

Zeit (Stand am Jahres- bzw. Quartalsende)	insgesamt	Bankensystem		Inländische Nichtbanken		Ausland ts)
		Bundesbank	Kreditinstitute ts)	Sozialversicherungen	sonstige 1)	
2008	1 564 590	4 440	435 600	62	314 588	809 900
2009	1 657 842	4 440	438 700	59	317 743	896 900
2010	1 732 531	4 440	399 900	21	382 670	945 500
2011	1 752 476	4 440	356 600	102	408 934	982 400
2012	1 790 284	4 440	425 700	70	284 374	1 075 700
2013 p)	1 816 536	4 440	439 600	46	262 550	1 109 900
2012 1.Vj.	1 765 630	4 440	398 100	91	347 999	1 015 000
2.Vj.	1 779 703	4 440	409 900	92	317 771	1 047 500
3.Vj.	1 771 856	4 440	429 400	92	277 624	1 060 300
4.Vj.	1 790 284	4 440	425 700	70	284 374	1 075 700
2013 1.Vj. p)	1 801 947	4 440	430 200	20	259 087	1 108 200
2.Vj. p)	1 806 017	4 440	424 900	23	283 254	1 093 400
3.Vj. p)	1 794 367	4 440	423 700	28	270 699	1 095 500
4.Vj. p)	1 816 536	4 440	439 600	46	262 550	1 109 900
2014 1.Vj. p)	1 809 142	4 440	437 500	21	235 781	1 131 400
2.Vj. p)	1 821 390	4 440	439 300	16	249 334	1 128 300
3.Vj. p)	1 817 786	4 440	443 200	16	267 430	1 102 700

Quelle: Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes. * Ohne direkte Verschuldung der Haushalte untereinander. 1 Als Differenz ermittelt.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

1. Entstehung und Verwendung des Inlandsprodukts, Verteilung des Volkseinkommens

Position	2012			2013			2013				2014		
	2012	2013	2014	2012	2013	2014	1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.
	Index 2010 = 100			Veränderung gegen Vorjahr in %									
Preisbereinigt, verkettet													
I. Entstehung des Inlandsprodukts													
Produzierendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)	107,3	107,5	108,7	1,4	0,2	1,1	- 3,5	0,9	1,1	2,5	3,2	- 0,1	0,9
Baugewerbe	104,1	103,8	106,6	0,1	- 0,3	2,7	- 6,9	- 0,4	1,8	2,7	11,6	1,7	1,7
Handel, Verkehr, Gastgewerbe	101,6	101,6	103,7	- 2,3	0,0	2,1	- 2,5	0,3	1,3	0,8	3,0	1,6	2,0
Information und Kommunikation	116,8	118,2	120,6	5,3	1,2	2,0	1,1	1,2	1,1	1,2	2,1	1,9	1,9
Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	102,8	101,3	100,8	2,0	- 1,5	- 0,5	1,3	- 2,8	- 2,4	- 2,0	0,2	- 0,2	- 1,5
Grundstücks- und Wohnungswesen	101,3	101,9	102,9	- 2,0	0,5	1,0	0,7	0,3	0,4	0,7	1,0	1,1	1,4
Unternehmensdienstleister ¹⁾	102,8	103,8	105,9	0,6	0,9	2,0	- 0,9	1,4	1,5	1,8	2,8	1,6	2,4
Öffentliche Dienstleister, Erziehung und Gesundheit	102,2	102,1	103,2	1,0	- 0,1	1,1	- 0,5	- 0,0	- 0,0	0,3	1,6	0,9	0,8
Sonstige Dienstleister	100,7	99,1	99,5	0,1	- 1,6	0,4	- 2,8	- 1,2	- 1,1	- 1,3	0,8	- 0,1	0,6
Bruttowertschöpfung	104,0	104,1	105,6	0,5	0,1	1,4	- 1,7	0,3	0,7	1,2	2,6	0,9	1,3
Bruttoinlandsprodukt ²⁾	104,0	104,1	105,7	0,4	0,1	1,5	- 1,8	0,5	0,8	1,0	2,6	1,0	1,2
II. Verwendung des Inlandsprodukts													
Private Konsumausgaben ³⁾	103,0	103,8	104,9	0,7	0,8	1,1	- 0,4	1,0	2,0	0,7	0,9	0,8	1,2
Konsumausgaben des Staates	101,9	102,7	103,7	1,2	0,7	1,0	1,1	0,3	1,0	0,4	0,7	1,1	1,3
Ausrüstungen	102,9	100,5	104,2	- 3,0	- 2,4	3,7	- 10,0	- 0,2	0,1	0,1	7,4	3,0	2,6
Bauten	109,1	109,0	112,7	0,6	- 0,1	3,4	- 6,7	0,7	2,6	2,2	12,8	1,0	0,5
Sonstige Anlagen ⁴⁾	106,9	108,2	109,5	0,1	1,3	1,2	2,0	1,3	0,7	1,1	1,2	1,2	1,2
Vorratsveränderungen ^{5) 6)}	.	.	.	- 1,4	0,2	- 0,3	- 0,2	0,1	0,5	0,2	0,2	0,0	- 0,7
Inländische Verwendung	102,1	102,7	104,0	- 0,9	0,7	1,2	- 1,4	0,9	2,3	1,0	2,4	1,1	0,5
Außenbeitrag ⁶⁾	.	.	.	1,3	- 0,5	0,4	- 0,4	- 0,4	- 1,4	0,0	0,4	0,0	0,7
Exporte	111,1	112,8	117,0	2,8	1,6	3,7	- 1,5	1,9	1,6	4,3	4,1	2,6	4,8
Importe	107,1	110,5	114,2	- 0,0	3,1	3,3	- 0,7	3,1	5,2	4,9	3,9	3,1	3,6
Bruttoinlandsprodukt ²⁾	104,0	104,1	105,7	0,4	0,1	1,5	- 1,8	0,5	0,8	1,0	2,6	1,0	1,2
In jeweiligen Preisen (Mrd €)													
III. Verwendung des Inlandsprodukts													
Private Konsumausgaben ³⁾	1 539,5	1 571,5	1 603,9	2,2	2,1	2,1	0,8	2,4	3,3	1,8	2,0	1,9	2,3
Konsumausgaben des Staates	521,3	541,2	561,5	3,1	3,8	3,7	4,2	3,3	4,6	3,2	3,7	4,0	4,0
Ausrüstungen	181,7	177,9	184,4	- 2,2	- 2,1	3,7	- 9,6	0,1	0,2	0,3	7,4	2,9	2,5
Bauten	273,9	279,2	292,9	3,4	1,9	4,9	- 4,9	2,7	4,6	4,2	14,7	2,5	2,1
Sonstige Anlagen ⁴⁾	95,6	98,8	102,1	2,1	3,3	3,3	4,1	3,2	2,7	3,3	3,0	3,3	3,3
Vorratsveränderungen ⁵⁾	- 23,9	- 22,3	- 30,8
Inländische Verwendung	2 588,2	2 646,2	2 714,0	0,8	2,2	2,6	0,3	2,6	3,7	2,3	4,0	2,6	1,8
Außenbeitrag	161,7	163,3	189,2
Exporte	1 262,9	1 280,1	1 325,6	4,4	1,4	3,6	- 1,2	1,9	1,0	3,8	3,7	2,1	4,8
Importe	1 101,1	1 116,9	1 136,4	2,1	1,4	1,7	- 1,3	1,3	3,1	2,6	1,9	1,2	2,1
Bruttoinlandsprodukt ²⁾	2 749,9	2 809,5	2 903,2	1,9	2,2	3,3	0,3	2,8	2,7	2,9	4,6	2,9	3,0
IV. Preise (2010 = 100)													
Privater Konsum	103,4	104,7	105,7	1,5	1,2	1,0	1,2	1,3	1,3	1,1	1,1	1,1	1,1
Bruttoinlandsprodukt	102,7	104,8	106,7	1,5	2,1	1,8	2,1	2,3	1,9	1,9	2,0	1,9	1,7
Terms of Trade	97,1	98,5	99,9	- 0,5	1,5	1,4	1,0	1,8	1,5	1,7	1,5	1,4	1,3
V. Verteilung des Volkseinkommens													
Arbeitnehmerentgelt	1 389,7	1 428,3	1 481,7	3,8	2,8	3,7	2,9	2,6	2,8	2,8	3,8	3,8	3,7
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	665,7	671,6	694,2	- 3,3	0,9	3,4	- 5,5	4,7	1,3	4,5	7,2	- 0,3	3,3
Volkseinkommen	2 055,3	2 099,9	2 175,8	1,4	2,2	3,6	- 0,1	3,2	2,3	3,3	5,0	2,5	3,5
Nachr.: Bruttonationaleinkommen	2 822,2	2 881,9	2 974,8	1,9	2,1	3,2	0,2	3,0	2,3	2,8	4,3	2,4	3,0

Quelle: Statistisches Bundesamt; Rechenstand: November 2014. Erste Jahresergebnisse für 2014; Rechenstand Januar 2015. **1** Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen, technischen und sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen. **2** Bruttowertschöpfung zuzüglich Gütersteuern (saldiert mit Gütersubventionen). **3** Einschl. Pri-

vate Organisationen ohne Erwerbszweck. **4** Geistiges Eigentum (u. a. EDV-Software, Urheberrechte) sowie Nutztiere und -pflanzen. **5** Einschl. Nettozugang an Wert-sachen. **6** Wachstumsbeitrag zum BIP.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

2. Produktion im Produzierenden Gewerbe ¹⁾

Arbeitstäglich bereinigt ²⁾

	davon:											
	Produzierendes Gewerbe	Baugewerbe	Energie ¹⁾	Industrie								
				zusammen	davon: nach Hauptgruppen				darunter: ausgewählte Wirtschaftszweige			
				Vorleistungsgüterproduzenten	Investitionsgüterproduzenten	Gebrauchsgüterproduzenten	Verbrauchsgüterproduzenten	Metallerzeugung und -bearbeitung, Herstellung von Metallenerzeugnissen	Herstellung von Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen sowie von elektrischen Ausrüstungen	Maschinenbau	Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	
2010=100												
Gewicht in % ²⁾	100.00	11.24	10.14	78.62	31.02	33.31	2.49	11.80	10.41	10.37	12.17	11.62
Zeit												
2011	106,7	107,0	95,7	108,1	107,0	111,9	104,2	101,3	109,2	110,2	113,2	112,6
2012	106,2	105,9	97,3	107,4	104,6	113,3	100,5	99,8	107,3	107,8	115,2	112,8
2013	106,4	105,6	96,4	107,8	104,4	114,0	100,1	100,7	108,3	106,0	113,7	114,8
2014 ^{x)}	107,9	108,2	92,4	109,8	106,1	116,5	100,6	102,6	111,8	108,6	114,6	119,8
2013 4.Vj.	111,0	119,3	99,7	111,2	103,6	121,0	102,8	105,8	109,2	108,3	123,1	116,8
2014 1.Vj.	105,2	88,0	98,9	108,4	106,6	113,4	102,3	100,4	111,5	106,6	107,7	123,1
2.Vj.	107,3	110,5	85,7	109,6	107,4	115,8	98,1	100,4	112,8	106,7	112,2	122,5
3.Vj.	108,0	116,5	86,3	109,5	106,9	115,0	97,0	103,2	111,7	110,6	114,9	114,8
4.Vj. ^{x)}	111,0	117,7	98,7	111,7	103,4	121,8	105,0	106,4	111,0	110,6	123,7	118,8
2013 Dez.	104,5	116,8	100,6	103,2	89,7	117,9	89,7	100,1	94,6	99,1	133,6	96,1
2014 Jan.	98,0	73,4	103,7	100,8	101,6	101,4	93,5	98,7	105,3	98,3	96,9	108,2
Febr.	102,4	85,4	94,3	105,9	103,8	111,5	101,0	96,4	108,4	104,5	103,5	124,0
März	115,1	105,2	98,6	118,6	114,5	127,3	112,4	106,1	120,9	117,1	122,8	137,2
April	106,9	108,6	88,5	109,1	107,8	113,6	98,1	101,9	112,7	105,4	108,1	123,1
Mai	105,2	107,6	85,5	107,4	105,6	113,2	94,7	98,4	110,5	103,7	108,9	120,9
Juni	109,7	115,4	83,0	112,4	108,7	120,7	101,5	100,9	115,3	110,9	119,5	123,4
Juli ³⁾	111,0	119,5	84,7	113,1	110,2	120,6	96,7	102,7	115,1	111,3	114,2	130,3
Aug. ³⁾	100,0	111,8	84,7	100,3	101,9	99,6	83,8	101,3	104,9	105,6	106,5	84,4
Sept.	112,9	118,1	89,6	115,1	108,7	124,7	110,4	105,5	115,2	114,9	124,1	129,6
Okt. ^{x)}	113,6	120,7	97,9	114,6	110,7	120,4	107,9	109,7	117,4	113,9	116,5	125,4
Nov. ^{x)}	115,7	121,1	97,2	117,3	109,4	127,8	112,1	109,6	119,1	116,1	123,1	134,2
Dez. ^{x)p)}	103,8	111,3	101,0	103,2	90,2	117,1	94,9	100,0	96,6	101,8	131,6	96,8
Veränderung gegenüber Vorjahr in %												
2011	+ 7,2	+ 7,9	- 4,4	+ 8,8	+ 7,5	+ 12,7	+ 4,8	+ 1,8	+ 9,7	+ 11,0	+ 14,0	+ 13,5
2012	- 0,5	- 1,0	+ 1,7	- 0,6	- 2,2	+ 1,3	- 3,6	- 1,5	- 1,7	- 2,2	+ 1,8	+ 0,2
2013	+ 0,2	- 0,3	- 0,9	+ 0,4	- 0,2	+ 0,6	- 0,4	+ 0,9	+ 0,9	- 1,7	- 1,3	+ 1,8
2014 ^{x)}	+ 1,4	+ 2,5	- 4,1	+ 1,9	+ 1,6	+ 2,2	+ 0,5	+ 1,9	+ 3,2	+ 2,5	+ 0,8	+ 4,4
2013 4.Vj.	+ 2,9	+ 2,5	- 0,5	+ 3,4	+ 3,4	+ 4,0	+ 2,3	+ 1,7	+ 4,4	+ 1,7	+ 2,4	+ 8,1
2014 1.Vj.	+ 4,0	+ 14,3	- 5,8	+ 4,1	+ 3,9	+ 4,7	+ 1,6	+ 3,0	+ 5,9	+ 2,0	+ 1,7	+ 9,6
2.Vj.	+ 1,2	+ 1,7	- 4,8	+ 1,8	+ 1,8	+ 1,8	± 0,0	+ 2,3	+ 3,4	+ 1,6	- 1,4	+ 5,7
3.Vj.	+ 0,6	- 0,8	- 5,2	+ 1,4	+ 0,9	+ 1,9	- 1,9	+ 1,8	+ 2,1	+ 4,2	+ 2,5	+ 0,7
4.Vj. ^{x)}	+ 0,1	- 1,4	- 1,0	+ 0,4	- 0,1	+ 0,7	+ 2,1	+ 0,6	+ 1,7	+ 2,1	+ 0,5	+ 1,7
2013 Dez.	+ 3,8	+ 5,8	- 0,1	+ 3,8	+ 4,5	+ 4,0	+ 3,0	+ 1,7	+ 3,8	+ 2,3	+ 3,0	+ 9,7
2014 Jan.	+ 4,8	+ 13,6	- 2,2	+ 4,9	+ 3,7	+ 7,2	+ 0,4	+ 2,5	+ 6,0	+ 1,5	+ 6,0	+ 12,7
Febr.	+ 4,4	+ 16,5	- 5,4	+ 4,4	+ 5,2	+ 4,1	+ 2,4	+ 3,5	+ 6,0	+ 5,2	- 0,7	+ 9,7
März	+ 2,9	+ 13,1	- 9,6	+ 3,1	+ 3,1	+ 3,2	+ 1,9	+ 3,0	+ 5,6	- 0,4	+ 0,6	+ 7,1
April	+ 1,8	+ 3,5	- 6,2	+ 2,5	+ 4,2	+ 0,6	+ 0,4	+ 4,6	+ 4,9	+ 4,2	- 3,0	+ 4,2
Mai	+ 1,6	+ 0,7	- 2,8	+ 2,3	+ 0,5	+ 4,5	+ 3,0	- 0,1	+ 3,3	+ 0,9	+ 2,0	+ 9,3
Juni	+ 0,2	+ 0,9	- 5,4	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,4	- 3,1	+ 2,5	+ 1,9	± 0,0	- 2,8	+ 3,7
Juli ³⁾	+ 3,1	- 0,3	- 7,0	+ 4,6	+ 2,0	+ 8,0	- 0,3	+ 2,3	+ 3,8	+ 5,8	+ 1,0	+ 19,4
Aug. ³⁾	- 1,7	- 1,1	- 5,2	- 1,4	+ 0,7	- 4,4	- 1,8	+ 2,2	+ 2,3	+ 3,7	+ 3,7	- 19,5
Sept.	+ 0,3	- 1,0	- 3,4	+ 0,8	- 0,1	+ 1,6	- 3,3	+ 1,1	+ 0,3	+ 3,2	+ 2,8	+ 1,2
Okt. ^{x)}	+ 1,2	+ 0,6	- 1,2	+ 1,5	- 0,2	+ 3,0	+ 0,7	+ 1,4	+ 1,6	+ 3,2	+ 3,2	+ 4,2
Nov. ^{x)}	- 0,3	- 0,1	- 2,2	- 0,3	- 0,6	- 0,2	+ 0,4	+ 0,5	+ 1,4	+ 0,5	+ 0,2	+ 0,1
Dez. ^{x)p)}	- 0,7	- 4,7	+ 0,4	± 0,0	+ 0,6	- 0,7	+ 5,8	- 0,1	+ 2,1	+ 2,7	- 1,5	+ 0,7

Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. * Erläuterungen siehe Statistisches Beihft Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, Tabellen II.10 bis II.12.
¹⁾ Mithilfe des Verfahrens Census X-12-ARIMA, Version 0.2.8. ²⁾ Entwicklung einschl. Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien (Wind- und Photovoltaikanlagen).
³⁾ Anteil an der Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten des Produzierenden Gewer-

bes im Basisjahr 2010. ³⁾ Beeinflusst durch Verschiebung der Ferientermine.
^{x)} Vorläufig; vom Statistischen Bundesamt schätzungsweise vorab angepasst an die Ergebnisse der Vierteljährlichen Produktionserhebung bzw. der Vierteljährlichen Erhebung im Ausbaugewerbe.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

4. Auftragseingang im Bauhauptgewerbe ^{*)}

Arbeitstäglich bereinigt ^{o)}

Zeit	Gliederung nach Bauarten										Gliederung nach Bauherren ¹⁾					
	Hochbau										Tiefbau	gewerbliche Auftraggeber		öffentliche Auftraggeber ²⁾		
	Insgesamt		zusammen		Wohnungsbau		gewerblicher Hochbau		öffentlicher Hochbau			Veränderung gegen Vorjahr %	Veränderung gegen Vorjahr %	Veränderung gegen Vorjahr %	Veränderung gegen Vorjahr %	
2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %					2010 = 100
2009	98,3	- 5,3	94,2	- 12,2	90,9	- 0,4	95,3	- 21,2	97,0	- 1,1	102,5	+ 2,2	94,3	- 14,9	105,4	+ 3,6
2010	99,7	+ 1,4	99,7	+ 5,8	99,6	+ 9,6	99,7	+ 4,6	99,9	+ 3,0	99,7	- 2,7	99,7	+ 5,7	99,8	- 5,3
2011	107,2	+ 7,5	112,2	+ 12,5	120,5	+ 21,0	113,6	+ 13,9	91,8	- 8,1	102,2	+ 2,5	112,9	+ 13,2	96,1	- 3,7
2012	114,5	+ 6,8	121,4	+ 8,2	132,4	+ 9,9	124,2	+ 9,3	91,5	- 0,3	107,6	+ 5,3	118,5	+ 5,0	103,3	+ 7,5
2013	119,1	+ 4,0	126,5	+ 4,2	140,6	+ 6,2	128,1	+ 3,1	93,7	+ 2,4	111,7	+ 3,8	121,8	+ 2,8	107,6	+ 4,2
2013 Nov.	106,6	+ 16,6	119,6	+ 18,4	122,9	+ 0,8	132,4	+ 34,1	75,0	+ 12,4	93,7	+ 14,5	123,1	+ 30,8	83,3	+ 9,2
Dez.	106,2	+ 13,7	120,0	+ 11,0	136,8	+ 11,7	121,3	+ 6,9	82,9	+ 29,9	92,5	+ 17,5	113,6	+ 8,0	86,5	+ 24,3
2014 Jan.	93,0	+ 13,3	106,5	+ 17,8	112,9	+ 10,8	113,3	+ 22,4	73,7	+ 20,8	79,6	+ 7,9	110,7	+ 27,8	67,1	- 3,6
Febr.	102,2	+ 4,0	112,9	+ 12,0	134,0	+ 23,6	114,3	+ 9,6	67,0	- 11,4	91,6	- 4,3	106,4	+ 2,0	85,3	- 3,1
März	138,9	+ 5,9	146,5	+ 9,9	165,2	+ 9,1	148,0	+ 12,6	105,2	+ 1,7	131,4	+ 1,9	141,2	+ 8,7	126,0	+ 1,4
April	134,0	+ 8,5	133,3	+ 2,5	170,1	+ 17,3	121,6	- 3,0	95,9	- 16,1	134,6	+ 15,1	125,4	+ 6,5	128,3	+ 6,4
Mai	127,7	+ 1,8	130,9	- 3,3	157,1	+ 10,5	122,9	- 12,5	103,0	- 3,5	124,5	+ 7,5	120,3	- 5,4	123,5	+ 5,5
Juni	132,2	- 9,4	140,0	- 11,2	163,1	- 10,4	133,1	- 15,9	114,8	+ 6,3	124,4	- 7,4	131,7	- 13,0	120,2	- 4,6
Juli	136,5	- 4,1	139,8	- 1,5	143,9	- 8,9	147,3	+ 3,5	109,5	+ 0,6	133,1	- 6,9	139,6	+ 4,9	130,3	- 10,5
Aug.	121,5	- 1,9	122,5	- 1,3	127,0	- 12,3	130,7	+ 7,9	89,4	- 3,2	120,6	- 2,3	124,9	+ 4,7	115,9	- 3,3
Sept.	121,8	- 3,3	130,0	- 4,3	149,0	- 2,6	128,9	- 2,9	96,2	- 13,2	113,5	- 2,3	123,3	- 5,5	109,3	- 1,1
Okt.	113,6	- 3,3	129,3	+ 0,5	152,0	+ 7,5	129,4	- 3,9	84,6	- 1,2	97,9	- 8,0	119,1	- 4,9	92,6	- 7,2
Nov.	99,4	- 6,8	113,0	- 5,5	130,2	+ 5,9	116,7	- 11,9	68,2	- 9,1	85,9	- 8,3	109,0	- 11,5	77,3	- 7,2

Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. * In jeweiligen Preisen; Angaben ohne Mehrwertsteuer; Erläuterungen siehe Statistisches Beiheft Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, Tabelle II.21. o) Mithilfe des Verfahrens

Census X-12-ARIMA, Version 0.2.8. 1 Ohne Wohnungsbauaufträge. 2 Einschl. Straßenbau.

5. Umsätze des Einzelhandels und des Handels mit Kraftfahrzeugen ^{*)}

Kalenderbereinigt ^{o)}

Zeit	Einzelhandel															
	darunter nach dem Sortimentsschwerpunkt der Unternehmen: ¹⁾												Handel mit Kraftfahrzeugen; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen			
	insgesamt		Lebensmittel, Getränke, Tabakwaren ²⁾		Textilien, Bekleidung, Schuhe, Lederwaren		Geräte der Informations- und Kommunikationstechnik		Baubedarf, Fußbodenbeläge, Haushaltsgeräte, Möbel		Apotheken, Facheinzelhandel mit medizinischen und kosmetischen Artikeln					
in jeweiligen Preisen	Veränderung gegen Vorjahr %	in Preisen von 2010	Veränderung gegen Vorjahr %	in jeweiligen Preisen	Veränderung gegen Vorjahr %	in jeweiligen Preisen	Veränderung gegen Vorjahr %	in jeweiligen Preisen	Veränderung gegen Vorjahr %	in jeweiligen Preisen	Veränderung gegen Vorjahr %	in jeweiligen Preisen	Veränderung gegen Vorjahr %			
2011	102,6	+ 2,5	101,0	+ 1,0	102,5	+ 2,3	101,6	+ 1,8	99,4	- 0,5	103,7	+ 3,7	100,5	+ 0,3	107,0	+ 7,8
2012	104,5	+ 1,9	100,9	- 0,1	105,1	+ 2,5	102,2	+ 0,6	99,0	- 0,4	104,5	+ 0,8	100,4	- 0,1	105,8	- 1,1
2013	106,3	+ 1,7	101,3	+ 0,4	109,0	+ 3,7	103,1	+ 0,9	95,4	- 3,6	102,3	- 2,1	103,1	+ 2,7	104,5	- 1,2
2014	108,5	+ 2,1	103,1	+ 1,8	111,5	+ 2,3	104,4	+ 1,3	95,2	- 0,2	102,5	+ 0,2	110,6	+ 7,3
2013 Dez.	122,5	+ 1,0	117,0	+ 0,2	124,2	+ 1,6	119,5	- 2,1	141,1	- 4,5	103,4	- 3,0	116,3	+ 7,5	97,8	+ 4,2
2014 Jan. ³⁾	99,2	+ 2,1	94,8	+ 1,0	101,3	+ 1,7	89,6	+ 3,5	98,7	- 2,2	87,9	- 1,2	105,0	+ 5,3	91,9	+ 8,5
Febr.	96,1	+ 3,2	91,4	+ 2,4	100,6	+ 2,9	82,0	+ 6,8	82,7	- 3,0	90,3	+ 2,5	102,5	+ 6,9	96,1	+ 6,4
März	111,1	+ 2,8	104,8	+ 1,8	115,7	+ 3,5	109,0	+ 10,9	86,4	- 9,7	111,5	+ 3,3	109,0	+ 3,8	119,4	+ 4,9
April	108,4	+ 1,5	102,3	+ 0,9	113,5	+ 4,7	104,2	- 4,7	82,9	- 2,6	108,4	+ 0,3	109,4	+ 7,8	113,7	+ 2,2
Mai	107,7	+ 0,2	101,8	- 0,1	111,6	+ 1,3	106,2	+ 2,3	84,1	+ 1,3	103,9	- 3,6	106,6	+ 5,8	110,5	+ 0,5
Juni	107,1	+ 2,7	101,4	+ 2,4	113,8	+ 3,5	101,3	+ 0,7	83,2	- 1,5	99,6	- 1,5	109,1	+ 10,3	111,9	+ 1,8
Juli	107,8	+ 1,5	102,6	+ 1,2	112,2	+ 0,4	102,5	± 0,0	89,8	+ 5,2	100,2	- 2,8	114,1	+ 7,4	109,5	+ 3,2
Aug.	105,9	+ 2,4	100,8	+ 1,9	108,7	+ 0,7	105,6	+ 8,8	84,4	- 3,5	99,8	+ 1,8	106,4	+ 7,5	100,6	+ 3,1
Sept.	104,8	+ 0,2	99,3	- 0,2	106,1	+ 2,5	106,0	- 7,5	91,4	- 2,5	99,7	- 2,1	108,0	+ 6,4	107,0	+ 1,7
Okt.	112,2	+ 2,7	106,4	+ 2,5	113,6	+ 2,5	114,0	- 2,8	99,3	+ 3,0	109,0	+ 0,2	114,5	+ 7,9	116,4	+ 0,7
Nov.	113,8	+ 1,6	108,5	+ 1,9	112,9	+ 0,7	108,5	- 1,6	110,6	+ 4,3	111,5	+ 1,2	116,2	+ 9,4	112,9	+ 0,4
Dez.	127,8	+ 4,3	122,6	+ 4,8	128,5	+ 3,5	124,4	+ 4,1	148,6	+ 5,3	108,2	+ 4,6	125,8	+ 8,2

Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. * Ohne Mehrwertsteuer; Erläuterungen siehe Statistisches Beiheft Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, Tabelle II.24. o) Mithilfe des Verfahrens Census X-12-ARIMA, Version 0.2.8. 1 In Verkaufsräumen. 2 Auch an Verkaufsständen und auf Märkten. 3 Ergebnisse ab Januar 2014 vorläufig, teilweise revidiert und in den jüngsten Monaten aufgrund von Schätzungen für fehlende Meldungen besonders unsicher.

räumen. 2 Auch an Verkaufsständen und auf Märkten. 3 Ergebnisse ab Januar 2014 vorläufig, teilweise revidiert und in den jüngsten Monaten aufgrund von Schätzungen für fehlende Meldungen besonders unsicher.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

8. Einkommen der privaten Haushalte *)

Zeit	Bruttolöhne und -gehälter 1)		Nettolöhne und -gehälter 2)		Empfangene monetäre Sozialleistungen 3)		Masseneinkommen 4)		Verfügbares Einkommen 5)		Sparen 6)		Sparquote 7)
	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr	%
		%		%		%		%		%		%	
2006	938,1	1,5	630,7	0,5	358,9	- 0,5	989,6	0,2	1 514,0	2,6	151,6	2,3	10,0
2007	969,3	3,3	648,9	2,9	356,4	- 0,7	1 005,3	1,6	1 540,7	1,8	157,1	3,6	10,2
2008	1 008,1	4,0	670,8	3,4	358,4	0,6	1 029,2	2,4	1 579,0	2,5	165,1	5,1	10,5
2009	1 009,5	0,1	672,6	0,3	383,5	7,0	1 056,1	2,6	1 564,2	- 0,9	155,7	- 5,7	10,0
2010	1 039,0	2,9	702,2	4,4	388,0	1,2	1 090,1	3,2	1 605,0	2,6	159,3	2,3	9,9
2011	1 087,7	4,7	728,5	3,7	383,2	- 1,2	1 111,6	2,0	1 666,0	3,8	159,2	- 0,1	9,6
2012	1 131,7	4,0	756,4	3,8	389,4	1,6	1 145,7	3,1	1 699,0	2,0	159,5	0,2	9,4
2013	1 165,5	3,0	777,2	2,8	398,3	2,3	1 175,6	2,6	1 728,5	1,7	157,0	- 1,6	9,1
2013 2.Vj.	284,4	2,8	185,6	2,5	99,0	2,5	284,6	2,5	429,8	1,9	37,3	- 2,4	8,7
3.Vj.	288,1	3,1	196,4	3,1	99,9	2,3	296,3	2,8	436,5	3,1	34,3	1,2	7,8
4.Vj.	321,9	3,0	214,0	2,6	98,0	1,8	311,9	2,3	434,4	1,7	32,2	0,5	7,4
2014 1.Vj.	281,7	3,9	187,7	3,6	103,7	2,1	291,3	3,0	436,9	2,1	54,8	3,0	12,5
2.Vj.	295,6	3,9	192,6	3,8	100,1	1,2	292,8	2,9	438,7	2,1	38,6	3,6	8,8
3.Vj.	299,2	3,8	203,5	3,6	102,4	2,5	306,0	3,3	447,0	2,4	35,5	3,6	7,9

Quelle: Statistisches Bundesamt; Rechenstand: November 2014. * Private Haushalte einschl. private Organisationen ohne Erwerbszweck. 1 Inländerkonzept. 2 Nach Abzug der von den Bruttolöhnen und -gehältern zu entrichtenden Lohnsteuer sowie den Sozialbeiträgen der Arbeitnehmer. 3 Geldleistungen der Sozialversicherungen, Gebietskörperschaften und des Auslands, Pensionen (netto), Sozialleistungen aus privaten Sicherungssystemen, abzüglich Sozialabgaben auf Sozialleistungen, verbrauchsnahe Steuern und staatliche Gebühren. 4 Nettolöhne und -gehälter zuzüglich empfangene

monetäre Sozialleistungen. 5 Masseneinkommen zuzüglich Betriebsüberschuss, Selbständigeneinkommen, Vermögenseinkommen (netto), übrige empfangene laufende Transfers, Einkommen der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck, abzüglich Steuern (ohne Lohnsteuer und verbrauchsnahe Steuern) und übriger geleisteter laufender Transfers. Einschl. der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche. 6 Einschl. der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche. 7 Sparen in % des verfügbaren Einkommens.

9. Tarifverdienste in der Gesamtwirtschaft

Zeit	Tariflohnindex 1)								nachrichtlich: Löhne und Gehälter je Arbeitnehmer 3)	
	auf Stundenbasis		auf Monatsbasis							
			insgesamt		insgesamt ohne Einmalzahlungen		Grundvergütungen 2)			
	2010 = 100	% gegen Vorjahr	2010 = 100	% gegen Vorjahr	2010 = 100	% gegen Vorjahr	2010 = 100	% gegen Vorjahr		
2007	93,9	1,2	93,7	1,4	93,4	1,5	92,9	1,4	95,3	1,4
2008	96,5	2,7	96,4	2,8	96,2	3,0	95,9	3,2	97,6	2,4
2009	98,4	2,0	98,3	2,0	98,4	2,3	98,3	2,5	97,6	- 0,1
2010	100,0	1,6	100,0	1,7	100,0	1,7	100,0	1,8	100,0	2,5
2011	101,8	1,8	101,8	1,8	101,8	1,8	101,8	1,8	103,3	3,3
2012	104,5	2,7	104,5	2,6	104,8	2,9	104,7	2,9	106,1	2,7
2013	107,0	2,4	107,0	2,4	107,3	2,5	107,3	2,5	108,4	2,1
2014	110,3	3,0	110,2	3,0	110,4	2,9	110,5	3,0	.	.
2013 3.Vj.	109,0	2,2	109,1	2,3	109,4	2,3	107,9	2,4	106,8	2,2
4.Vj.	119,7	2,4	119,7	2,4	120,1	2,5	108,2	2,4	118,5	2,2
2014 1.Vj.	102,3	3,2	102,3	3,2	102,0	2,7	109,3	2,7	104,8	3,0
2.Vj.	103,5	3,3	103,5	3,3	103,7	3,3	110,4	3,4	109,0	2,7
3.Vj.	112,1	2,8	112,1	2,8	112,4	2,8	111,0	2,9	109,7	2,7
4.Vj.	123,1	2,8	123,1	2,8	123,4	2,8	111,3	2,9	.	.
2014 Juni	103,2	3,6	103,1	3,5	103,4	3,6	110,7	3,6	.	.
Juli	129,6	2,9	129,6	2,8	130,0	2,9	110,9	3,0	.	.
Aug.	103,3	2,8	103,3	2,7	103,6	2,7	111,0	2,8	.	.
Sept.	103,4	2,8	103,4	2,8	103,7	2,8	111,1	2,8	.	.
Okt.	103,5	2,9	103,5	2,9	103,8	2,9	111,2	2,9	.	.
Nov.	159,5	2,7	159,5	2,7	160,0	2,7	111,3	2,9	.	.
Dez.	106,2	2,9	106,2	2,8	106,4	2,7	111,3	2,9	.	.

1 Aktuelle Angaben werden in der Regel noch aufgrund von Nachmeldungen korrigiert. 2 Ohne Einmalzahlungen sowie ohne Nebenvereinbarungen (VermL, Sonder-

zahlungen z.B Jahresgratifikation, Urlaubsgeld, Weihnachtsgeld (13.ME) und Altersvorsorgeleistungen). 3 Quelle: Statistisches Bundesamt; Rechenstand: November 2014.

XII. Außenwirtschaft

1. Wichtige Posten der Zahlungsbilanz für die Europäische Währungsunion *)

Mio €

Position	2013	2013		2014					
		3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.	Sept.	Okt.	Nov. p)
A. Leistungsbilanz	+ 214 030	+ 52 219	+ 84 348	+ 35 182	+ 42 611	+ 72 238	+ 31 658	+ 29 745	+ 24 649
1. Warenhandel									
Ausfuhr	1 916 346	477 756	486 768	469 444	484 837	489 114	174 964	177 871	159 912
Einfuhr	1 701 571	428 457	427 628	424 760	423 806	426 878	149 735	152 356	138 439
Saldo	+ 214 775	+ 49 299	+ 59 140	+ 44 684	+ 61 031	+ 62 236	+ 25 229	+ 25 515	+ 21 473
2. Dienstleistungen									
Einnahmen	641 184	171 554	167 338	155 394	170 473	181 983	60 721	59 819	55 908
Ausgaben	570 109	148 778	147 316	136 828	148 524	162 156	52 783	53 805	50 121
Saldo	+ 71 076	+ 22 776	+ 20 022	+ 18 566	+ 21 950	+ 19 824	+ 7 937	+ 6 014	+ 5 787
3. Primäreinkommen									
Einnahmen	598 900	142 569	157 967	146 452	156 591	137 790	49 932	41 878	42 775
Ausgaben	527 309	129 110	123 037	123 063	163 019	122 075	44 157	35 439	34 890
Saldo	+ 71 590	+ 13 458	+ 34 931	+ 23 390	- 6 429	+ 15 715	+ 5 775	+ 6 439	+ 7 885
4. Sekundäreinkommen									
Einnahmen	87 561	21 223	22 227	19 959	23 822	21 530	7 787	7 305	7 284
Ausgaben	230 975	54 538	51 973	71 417	57 763	47 070	15 071	15 528	17 780
Saldo	- 143 412	- 33 315	- 29 745	- 51 458	- 33 942	- 25 539	- 7 283	- 8 223	- 10 495
B. Vermögensänderungsbilanz	+ 21 348	+ 4 753	+ 8 753	+ 5 941	+ 4 099	+ 4 112	+ 893	+ 1 764	+ 2 243
C. Kapitalbilanz (Zunahme: +)	+ 450 545	+ 95 528	+ 169 156	+ 60 574	+ 79 737	+ 68 623	+ 51 036	+ 33 257	+ 76 624
1. Direktinvestitionen	+ 27 369	+ 8 547	+ 27 257	+ 21 042	- 1 106	+ 27 649	+ 20 704	- 967	+ 28 086
Anlagen außerhalb des Euro-Währungsgebiets	+ 508 928	+ 70 446	+ 212 929	+ 12 340	- 14 869	+ 56 097	+ 28 084	+ 10 650	+ 25 476
Ausländische Anlagen im Euro-Währungsgebiet	+ 481 561	+ 61 898	+ 185 673	- 8 702	- 13 762	+ 28 448	+ 7 381	+ 11 618	- 2 610
2. Wertpapieranlagen	+ 15 200	+ 30 151	- 32 491	- 52 606	- 43 060	+ 76 470	+ 59 236	+ 47 387	+ 12 242
Anlagen außerhalb des Euro-Währungsgebiets	+ 271 433	+ 75 318	+ 54 921	+ 72 706	+ 157 144	+ 114 599	+ 66 743	+ 16 261	+ 46 724
Aktien und Investmentfondsanteile	+ 172 922	+ 48 513	+ 42 673	+ 20 325	+ 67 310	+ 27 331	+ 12 319	- 10 818	+ 10 384
Langfristige Schuldverschreibungen	+ 91 890	+ 24 482	+ 13 320	+ 39 650	+ 73 136	+ 61 401	+ 39 917	+ 21 586	+ 37 603
Kurzfristige Schuldverschreibungen	+ 6 621	+ 2 322	- 1 071	+ 12 730	+ 16 697	+ 25 866	+ 14 506	+ 5 493	- 1 263
Ausländische Anlagen im Euro-Währungsgebiet	+ 256 232	+ 45 167	+ 87 412	+ 125 312	+ 200 206	+ 38 128	+ 7 507	- 31 126	+ 34 481
Aktien und Investmentfondsanteile	+ 157 283	+ 20 864	+ 41 924	+ 60 621	+ 109 995	+ 65 732	+ 24 069	+ 28 370	+ 3 462
Langfristige Schuldverschreibungen	+ 85 933	- 13 931	+ 84 960	+ 60 746	+ 65 782	- 42 667	- 10 202	- 33 534	+ 39 391
Kurzfristige Schuldverschreibungen	+ 13 017	+ 38 234	- 39 470	+ 3 944	+ 24 428	+ 15 062	- 6 360	- 25 962	- 8 371
3. Finanzderivate und Mitarbeiteraktioptionen	+ 33 089	+ 507	+ 12 040	+ 5 501	+ 16 124	+ 16 150	+ 9 467	+ 624	+ 3 899
4. Übriger Kapitalverkehr	+ 370 106	+ 53 375	+ 161 945	+ 84 134	+ 107 357	- 50 308	- 36 443	- 14 791	+ 34 213
Eurosysteem	+ 58 821	+ 16 355	+ 8 998	+ 23 818	+ 17 242	+ 14 507	+ 6 174	+ 4 007	- 2 010
Staat	- 9 174	- 8 219	+ 14 980	- 3 201	- 4 366	+ 643	- 1 572	+ 1 729	+ 2 269
Monetäre Finanzinstitute (Ohne Eurosysteem)	+ 254 234	+ 35 183	+ 108 079	+ 72 273	+ 78 150	- 38 437	- 58 731	- 632	+ 32 745
Unternehmen und Privatpersonen	+ 66 224	+ 10 056	+ 29 887	- 8 754	+ 16 332	- 27 022	+ 17 685	- 19 895	+ 1 209
5. Währungsreserven des Eurowährungssystems	+ 4 782	+ 2 948	+ 405	+ 2 503	+ 422	- 1 338	- 1 928	+ 1 004	- 1 816
D. Saldo der statistisch nicht aufgliederbaren Transaktionen	+ 215 166	+ 38 555	+ 76 056	+ 19 451	+ 33 028	- 7 726	+ 18 485	+ 1 748	+ 49 732

* Quelle: EZB, gemäß den internationalen Standards des Balance of Payments Manual in der 6. Auflage des Internationalen Währungsfonds.

XII. Außenwirtschaft

2. Wichtige Posten der Zahlungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland (Salden)

Mio €

Zeit	Leistungsbilanz						Vermögens- änderungs- bilanz 4)	Kapitalbilanz (Zunahme an Nettoauslands- vermögen: + / Abnahme: -)			Statistisch nicht auf- gliederbare Trans- aktionen 5)
	Insgesamt	Warenhandel (fob/fob) 1)	darunter: Ergänzungen zum Außen- handel, Saldo 2)	Dienst- leistungen (fob/fob) 3)	Primär- einkommen	Sekundär- einkommen		Insgesamt	darunter: Währungs- reserven		
2000	- 36 958	+ 64 061	+ 1 645	- 58 346	- 12 747	- 29 927	+ 5 091	- 42 531	- 5 844	- 10 664	
2001	- 7 907	+ 101 273	+ 3 321	- 62 833	- 17 195	- 29 151	- 3 258	+ 947	- 6 032	+ 12 112	
2002	+ 41 656	+ 142 103	+ 6 008	- 45 440	- 25 600	- 29 408	- 4 010	+ 25 935	- 2 065	- 11 710	
2003	+ 31 725	+ 130 021	- 2 105	- 48 695	- 18 513	- 31 088	+ 5 920	+ 63 349	- 445	+ 25 703	
2004	+ 102 057	+ 153 166	- 6 859	- 38 748	+ 17 657	- 30 018	- 119	+ 127 106	- 1 470	+ 25 167	
2005	+ 107 399	+ 157 010	- 6 068	- 40 660	+ 22 173	- 31 124	- 2 334	+ 118 364	- 2 182	+ 13 299	
2006	+ 138 066	+ 161 447	- 4 205	- 34 759	+ 43 627	- 32 249	- 1 328	+ 178 011	- 2 934	+ 41 273	
2007	+ 173 132	+ 201 989	- 922	- 36 958	+ 41 835	- 33 733	- 1 597	+ 213 938	+ 953	+ 42 402	
2008	+ 147 821	+ 184 521	- 3 586	- 32 026	+ 29 675	- 34 349	- 893	+ 168 457	+ 2 008	+ 21 530	
2009	+ 143 173	+ 141 167	- 6 064	- 21 430	+ 58 365	- 34 930	- 1 858	+ 136 851	- 3 200	- 4 464	
2010	+ 146 652	+ 161 146	- 5 892	- 28 892	+ 54 049	- 39 651	+ 1 219	+ 112 031	+ 1 613	- 35 839	
2011	+ 163 970	+ 163 241	- 9 043	- 33 661	+ 69 204	- 34 815	+ 1 690	+ 161 039	+ 2 836	- 4 621	
2012	+ 196 242	+ 197 116	- 10 086	- 36 849	+ 74 668	- 38 692	+ 1 298	+ 213 430	+ 1 297	+ 15 890	
2013	+ 189 242	+ 207 795	- 4 513	- 47 957	+ 72 747	- 43 343	+ 2 013	+ 245 803	+ 838	+ 54 548	
2014 p)	+ 215 345	+ 229 762	- 5 480	- 41 715	+ 68 367	- 41 068	+ 2 470	+ 282 117	- 2 564	+ 64 302	
2012 1.Vj.	+ 46 888	+ 49 318	- 1 708	- 7 914	+ 19 435	- 13 951	- 259	+ 33 717	+ 963	- 12 912	
2.Vj.	+ 44 482	+ 49 896	- 2 976	- 8 303	+ 8 329	- 5 439	+ 632	+ 46 454	+ 769	+ 1 339	
3.Vj.	+ 48 376	+ 52 429	- 2 137	- 15 357	+ 19 731	- 8 426	+ 846	+ 52 846	+ 59	+ 3 624	
4.Vj.	+ 56 495	+ 45 473	- 3 265	- 5 275	+ 27 173	- 10 876	+ 79	+ 80 413	- 494	+ 23 838	
2013 1.Vj.	+ 44 645	+ 51 801	- 1 625	- 11 256	+ 19 283	- 15 184	+ 756	+ 41 503	+ 86	- 3 897	
2.Vj.	+ 46 362	+ 55 556	+ 2 842	- 11 658	+ 9 905	- 7 441	+ 847	+ 67 186	+ 72	+ 19 977	
3.Vj.	+ 38 874	+ 49 123	- 4 085	- 17 879	+ 17 188	- 9 557	+ 369	+ 62 212	- 785	+ 22 969	
4.Vj.	+ 59 361	+ 51 314	- 1 644	- 7 164	+ 26 371	- 11 160	+ 41	+ 74 901	+ 1 464	+ 15 499	
2014 1.Vj.	+ 49 201	+ 52 900	+ 1 335	- 7 138	+ 18 219	- 14 780	+ 1 667	+ 66 747	- 565	+ 15 879	
2.Vj.	+ 45 737	+ 54 832	- 727	- 8 732	+ 6 556	- 6 919	+ 624	+ 64 175	- 610	+ 17 814	
3.Vj.	+ 53 767	+ 61 627	- 2 287	- 18 217	+ 18 347	- 7 990	+ 839	+ 79 529	+ 332	+ 24 923	
4.Vj. p)	+ 66 640	+ 60 402	- 3 801	- 7 628	+ 25 245	- 11 379	- 660	+ 71 667	- 1 722	+ 5 687	
2012 Juli	+ 17 010	+ 17 659	- 752	- 4 906	+ 6 453	- 2 197	- 35	+ 1 700	- 48	- 15 274	
Aug.	+ 13 749	+ 17 085	- 793	- 6 509	+ 6 508	- 3 335	+ 610	+ 19 153	+ 389	+ 4 795	
Sept.	+ 17 618	+ 17 685	- 592	- 3 942	+ 6 769	- 2 894	+ 271	+ 31 992	- 281	+ 14 103	
Okt.	+ 16 095	+ 16 318	- 1 084	- 4 358	+ 7 296	- 3 160	+ 195	+ 18 059	+ 176	+ 1 769	
Nov.	+ 19 510	+ 17 584	- 724	- 2 211	+ 7 112	- 2 974	+ 409	+ 30 705	- 308	+ 10 786	
Dez.	+ 20 890	+ 11 571	- 1 458	+ 1 295	+ 12 766	- 4 742	- 525	+ 31 649	- 361	+ 11 284	
2013 Jan.	+ 10 906	+ 14 545	- 520	- 4 058	+ 5 837	- 5 419	+ 50	- 9 365	+ 493	- 20 321	
Febr.	+ 12 326	+ 16 191	- 1 633	- 3 732	+ 6 623	- 6 756	+ 92	+ 16 620	+ 321	+ 4 202	
März	+ 21 413	+ 21 065	+ 528	- 3 466	+ 6 823	- 3 010	+ 614	+ 34 249	- 86	+ 12 223	
April	+ 16 700	+ 20 116	+ 662	- 2 752	+ 1 675	- 2 339	+ 309	+ 22 471	+ 56	+ 5 463	
Mai	+ 12 656	+ 16 583	+ 1 997	- 4 511	+ 2 819	- 2 235	+ 247	+ 13 502	- 22	+ 600	
Juni	+ 17 007	+ 18 858	+ 182	- 4 395	+ 5 411	- 2 867	+ 291	+ 31 213	+ 38	+ 13 915	
Juli	+ 12 100	+ 16 107	- 1 081	- 6 783	+ 6 027	- 3 250	+ 141	+ 10 409	- 654	- 1 832	
Aug.	+ 7 785	+ 12 624	- 1 786	- 7 130	+ 5 851	- 3 560	+ 121	+ 30 077	+ 425	+ 22 172	
Sept.	+ 18 989	+ 20 393	- 1 218	- 3 966	+ 5 310	- 2 747	+ 107	+ 21 726	- 556	+ 2 630	
Okt.	+ 16 992	+ 19 347	- 170	- 6 140	+ 6 427	- 2 643	+ 479	+ 19 684	- 212	+ 2 213	
Nov.	+ 21 122	+ 18 496	- 257	- 1 961	+ 6 831	- 2 244	+ 176	+ 22 382	+ 407	+ 1 085	
Dez.	+ 21 248	+ 13 471	- 1 217	+ 937	+ 13 112	- 6 273	- 614	+ 32 834	+ 1 269	+ 12 200	
2014 Jan.	+ 13 218	+ 15 753	- 753	- 3 176	+ 5 060	- 4 419	+ 867	+ 4 153	- 375	- 9 932	
Febr.	+ 14 228	+ 17 455	+ 128	- 2 289	+ 6 199	- 7 137	+ 455	+ 24 451	- 898	+ 9 768	
März	+ 21 756	+ 19 692	+ 1 960	- 1 673	+ 6 961	- 3 224	+ 345	+ 38 143	+ 708	+ 16 043	
April	+ 16 950	+ 18 571	- 121	- 2 034	+ 3 789	- 3 375	+ 145	+ 30 524	+ 151	+ 13 429	
Mai	+ 11 966	+ 17 923	- 1 519	- 2 647	- 2 010	- 1 301	+ 41	+ 17 190	- 631	+ 5 183	
Juni	+ 16 821	+ 18 338	+ 913	- 4 051	+ 4 777	- 2 243	+ 439	+ 16 461	- 130	- 798	
Juli	+ 19 781	+ 23 154	- 1 648	- 5 912	+ 5 591	- 3 051	+ 11	+ 17 008	+ 431	- 2 785	
Aug.	+ 10 363	+ 14 604	- 609	- 7 502	+ 5 744	- 2 483	+ 441	+ 19 787	+ 166	+ 8 983	
Sept.	+ 23 623	+ 23 870	- 30	- 4 803	+ 7 012	- 2 456	+ 386	+ 42 734	- 265	+ 18 725	
Okt.	+ 22 434	+ 23 571	- 1 445	- 5 572	+ 6 830	- 2 394	- 108	+ 17 312	+ 203	- 5 014	
Nov.	+ 18 921	+ 18 338	- 490	- 2 556	+ 6 756	- 3 616	+ 143	+ 24 442	+ 30	+ 5 379	
Dez. p)	+ 25 285	+ 18 494	- 1 866	+ 500	+ 11 659	- 5 368	- 695	+ 29 913	- 1 955	+ 5 322	

1 Ohne Fracht- und Versicherungskosten des Außenhandels. 2 Unter anderem Lagerverkehr auf inländische Rechnung und Absetzungen der Rückwaren. Absetzungen der Aus- bzw. Einfuhren in Verbindung mit Lohnveredelung sowie einschl. der Fracht- und Versicherungskosten des Außenhandels. 3 Einschl. Fracht- und Versicherungs-

kosten des Außenhandels. 4 Einschl. Nettoerwerb/veräußerung von nichtproduzierten Sachvermögen. 5 Statistischer Restposten, der die Differenz zwischen dem Saldo der Kapitalbilanz und den Salden der Leistungs- sowie der Vermögensänderungs-bilanz abbildet.

XII. Außenwirtschaft

4. Dienstleistungen sowie Primäreinkommen der Bundesrepublik Deutschland (Salden)

Mio €

Zeit	Dienstleistungen									Primäreinkommen	
	Insgesamt	darunter:								Arbeitnehmerentgelt	Vermögens-einkommen
		Fertigungs-dienst-leistungen 1)	Transport-dienst-leistungen	Reise-verkehr 2)	Finanz-dienst-leistungen	Gebühren für die Nutzung von geistigem Eigentum	Telekommuni-kations-, EDV- und Infor-mationsdienst-leistungen	Sonstige unternehmens-bezogene Dienst-leistungen	Regierungs-leistungen 3)		
2010	- 28 892	+ 1 070	- 8 381	- 32 775	+ 7 347	+ 871	+ 670	- 3 912	+ 2 863	+ 1 557	+ 50 896
2011	- 33 661	+ 567	- 8 615	- 33 755	+ 6 833	+ 2 407	+ 817	- 6 871	+ 2 939	+ 1 787	+ 66 336
2012	- 36 849	+ 178	- 10 201	- 33 566	+ 6 806	+ 2 753	+ 1 356	- 10 017	+ 3 117	+ 2 594	+ 71 121
2013	- 47 957	+ 84	- 12 241	- 37 764	+ 5 794	+ 3 379	- 929	- 6 711	+ 3 084	+ 354	+ 71 199
2014	- 41 715	+ 23	- 13 520	- 38 111	+ 6 120	+ 4 151	+ 2 525	- 3 406	+ 2 926	+ 114	+ 67 412
2013 2.Vj.	- 11 658	- 6	- 2 807	- 8 187	+ 932	+ 638	- 473	- 1 971	+ 807	- 141	+ 10 921
3.Vj.	- 17 879	- 38	- 2 608	- 16 868	+ 2 094	+ 794	+ 256	- 1 351	+ 760	- 474	+ 18 583
4.Vj.	- 7 164	+ 160	- 3 618	- 7 022	+ 1 848	+ 1 297	+ 1 059	- 1 252	+ 722	+ 351	+ 22 083
2014 1.Vj.	- 7 138	+ 170	- 3 670	- 4 893	+ 791	+ 1 049	+ 152	- 580	+ 754	+ 605	+ 18 614
2.Vj.	- 8 732	+ 64	- 3 223	- 8 519	+ 1 447	+ 947	+ 560	- 374	+ 779	- 179	+ 7 583
3.Vj.	- 18 217	- 41	- 3 273	- 17 408	+ 2 236	+ 860	+ 222	- 978	+ 718	- 520	+ 19 863
4.Vj.	- 7 628	- 170	- 3 353	- 7 291	+ 1 646	+ 1 294	+ 1 591	- 1 474	+ 674	+ 208	+ 21 352
2014 Febr.	- 2 289	+ 40	- 1 185	- 1 181	+ 94	+ 426	- 139	- 382	+ 241	+ 202	+ 6 301
März	- 1 673	+ 112	- 1 180	- 2 229	+ 486	+ 347	+ 413	+ 312	+ 254	+ 204	+ 7 115
April	- 2 034	+ 4	- 1 178	- 1 760	+ 522	+ 397	- 49	- 192	+ 288	- 56	+ 4 101
Mai	- 2 647	+ 21	- 1 029	- 2 407	+ 612	+ 451	- 82	- 519	+ 239	- 46	- 1 708
Juni	- 4 051	+ 38	- 1 016	- 4 352	+ 314	+ 100	+ 691	+ 337	+ 252	- 76	+ 5 190
Juli	- 5 912	- 53	- 1 134	- 4 895	+ 839	+ 334	- 341	- 658	+ 236	- 183	+ 6 020
Aug.	- 7 502	+ 2	- 975	- 7 207	+ 712	+ 314	+ 95	- 495	+ 255	- 164	+ 6 260
Sept.	- 4 803	+ 11	- 1 164	- 5 306	+ 685	+ 213	+ 469	+ 175	+ 227	- 174	+ 7 584
Okt.	- 5 572	- 42	- 1 266	- 4 614	+ 409	+ 348	+ 183	- 646	+ 255	+ 72	+ 7 169
Nov.	- 2 556	- 21	- 1 083	- 1 918	+ 536	+ 376	+ 184	- 560	+ 234	+ 34	+ 7 134
Dez.	+ 500	- 107	- 1 005	- 759	+ 701	+ 570	+ 1 224	- 267	+ 185	+ 101	+ 7 049

1 Enthält Entgelte für die Be- und Verarbeitung von Waren, die sich nicht im Eigentum des Bearbeiters befinden. 2 Seit 2001 werden auf der Ausgabenseite die Stichprobenergebnisse einer Haushaltsbefragung genutzt. 3 Einnahmen und Aus-

gaben öffentlicher Stellen für Dienstleistungen, soweit sie nicht unter anderen Positionen ausgewiesen sind; einschl. den Einnahmen von ausländischen militärischen Dienststellen.

5. Sekundäreinkommen der Bundesrepublik Deutschland (Salden)

Mio €

Zeit	Staat				Alle Sektoren ohne Staat 2)					
	Insgesamt	Insgesamt	darunter:		Insgesamt	Insgesamt	darunter:			
			Übertragungen im Rahmen von internationaler Zusammenarbeit 1)	Laufende Steuern auf Einkommen, Vermögen u.a.			Persönliche Übertragungen 3)	darunter: Heimatüberweisungen		
2010	- 39 651	- 24 935	- 4 702	+ 4 156	- 14 717	- 3 035	- 3 035	+ 1 219	+ 2 304	- 1 085
2011	- 34 815	- 21 264	- 4 436	+ 6 715	- 13 551	- 2 977	- 2 977	+ 1 690	+ 1 137	+ 553
2012	- 38 692	- 24 792	- 4 570	+ 5 270	- 13 900	- 3 080	- 3 080	+ 1 298	+ 1 366	- 68
2013	- 43 343	- 28 978	- 4 332	+ 6 825	- 14 365	- 3 250	- 3 229	+ 2 013	+ 2 339	- 327
2014	- 41 068	- 28 314	- 5 044	+ 8 038	- 12 754	- 3 476	- 3 451	+ 2 470	+ 2 301	+ 169
2013 2.Vj.	- 7 441	- 3 937	- 871	+ 3 588	- 3 504	- 807	- 807	+ 847	+ 661	+ 185
3.Vj.	- 9 557	- 6 211	- 825	+ 1 164	- 3 347	- 820	- 807	+ 369	+ 666	- 298
4.Vj.	- 11 160	- 6 965	- 1 006	+ 1 035	- 4 196	- 815	- 807	+ 41	+ 466	- 426
2014 1.Vj.	- 14 780	- 11 917	- 1 577	+ 1 308	- 2 863	- 870	- 863	+ 1 667	+ 367	+ 1 300
2.Vj.	- 6 919	- 2 853	- 732	+ 5 014	- 4 066	- 869	- 863	+ 624	+ 889	- 265
3.Vj.	- 7 990	- 4 671	- 1 063	+ 943	- 3 319	- 870	- 863	+ 839	+ 765	+ 74
4.Vj.	- 11 379	- 8 873	- 1 672	+ 772	- 2 506	- 866	- 863	- 660	+ 280	- 940
2014 Febr.	- 7 137	- 6 254	- 335	+ 305	- 883	- 290	- 288	+ 455	+ 185	+ 270
März	- 3 224	- 2 221	- 130	+ 413	- 1 004	- 290	- 288	+ 345	+ 156	+ 189
April	- 3 375	- 1 757	- 242	+ 936	- 1 619	- 289	- 288	+ 145	+ 125	+ 19
Mai	- 1 301	- 75	- 318	+ 2 665	- 1 226	- 290	- 288	+ 41	+ 451	- 410
Juni	- 2 243	- 1 021	- 171	+ 1 414	- 1 222	- 289	- 288	+ 439	+ 313	+ 126
Juli	- 3 051	- 2 045	- 489	+ 237	- 1 006	- 289	- 288	+ 11	+ 251	- 240
Aug.	- 2 483	- 1 617	- 323	+ 259	- 865	- 291	- 288	+ 441	+ 263	+ 178
Sept.	- 2 456	- 1 009	- 251	+ 447	- 1 447	- 290	- 288	+ 386	+ 250	+ 136
Okt.	- 2 394	- 1 721	- 377	+ 142	- 674	- 289	- 288	- 108	+ 128	- 236
Nov.	- 3 616	- 2 861	- 489	+ 14	- 756	- 289	- 288	+ 143	+ 397	- 254
Dez.	- 5 368	- 4 291	- 806	+ 616	- 1 076	- 288	- 288	- 695	- 245	- 450

1 Ohne Vermögensübertragungen, soweit erkennbar. Enthält unentgeltliche Leistungen im Rahmen internationaler Kooperationen und sonstiger laufender Übertragungen. 2 Enthält Prämien und Leistungen von Versicherungen (ohne Lebens-

versicherungen). 3 Übertragungen zwischen inländischen und ausländischen Haushalten.

6. Vermögensänderungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland (Salden)

Mio €

Zeit	Insgesamt	Nicht produzierte Sachvermögen	Vermögensübertragungen
2010	+ 1 219	+ 2 304	- 1 085
2011	+ 1 690	+ 1 137	+ 553
2012	+ 1 298	+ 1 366	- 68
2013	+ 2 013	+ 2 339	- 327
2014	+ 2 470	+ 2 301	+ 169
2013 2.Vj.	+ 847	+ 661	+ 185
3.Vj.	+ 369	+ 666	- 298
4.Vj.	+ 41	+ 466	- 426
2014 1.Vj.	+ 1 667	+ 367	+ 1 300
2.Vj.	+ 624	+ 889	- 265
3.Vj.	+ 839	+ 765	+ 74
4.Vj.	- 660	+ 280	- 940
2014 Febr.	+ 455	+ 185	+ 270
März	+ 345	+ 156	+ 189
April	+ 145	+ 125	+ 19
Mai	+ 41	+ 451	- 410
Juni	+ 439	+ 313	+ 126
Juli	+ 11	+ 251	- 240
Aug.	+ 441	+ 263	+ 178
Sept.	+ 386	+ 250	+ 136
Okt.	- 108	+ 128	- 236
Nov.	+ 143	+ 397	- 254
Dez.	- 695	- 245	- 450

XII. Außenwirtschaft

7. Kapitalbilanz der Bundesrepublik Deutschland (Salden)

Mio €

Position	2012	2013	2014	2014						
				1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	Okt.	Nov.	Dez.
I. Inländische Nettokapitalanlagen im Ausland (Zunahme: +)	+ 388 492	+ 38 789	+ 287 943	+ 92 513	+ 109 572	+ 75 313	+ 10 546	+ 12 945	+ 75 923	- 78 322
1. Direktinvestitionen	+ 89 900	+ 61 568	+ 87 708	+ 27 095	+ 23 151	+ 19 312	+ 18 150	- 2 073	+ 7 516	+ 12 707
Beteiligungskapital	+ 68 215	+ 43 065	+ 69 640	+ 19 992	+ 18 711	+ 12 139	+ 18 798	+ 2 613	+ 9 047	+ 7 137
darunter:										
Reinvestierte Gewinne 1)	+ 31 692	+ 30 054	+ 30 299	+ 11 349	+ 8 452	+ 8 091	+ 2 407	+ 3 687	+ 4 400	- 5 680
Direktinvestitionskredite	+ 21 685	+ 18 504	+ 18 067	+ 7 103	+ 4 439	+ 7 172	- 648	- 4 686	- 1 531	+ 5 570
2. Wertpapieranlagen	+ 109 814	+ 140 956	+ 144 858	+ 40 511	+ 41 344	+ 27 192	+ 35 811	+ 8 416	+ 22 517	+ 4 879
Aktien 2)	+ 11 736	+ 19 206	+ 11 537	+ 3 443	+ 4 944	- 118	+ 3 268	- 1 728	- 27	+ 5 023
Investmentsfondanteile 3)	+ 21 696	+ 31 321	+ 37 417	+ 9 686	+ 8 649	+ 12 806	+ 6 276	+ 2 353	+ 4 657	- 734
Langfristige										
Schuldverschreibungen 4)	+ 76 487	+ 86 676	+ 95 152	+ 22 487	+ 27 554	+ 16 158	+ 28 954	+ 7 653	+ 16 913	+ 4 387
Kurzfristige										
Schuldverschreibungen 5)	- 105	+ 3 754	+ 751	+ 4 895	+ 196	- 1 654	- 2 687	+ 137	+ 974	- 3 797
3. Finanzderivate und Mitarbeiteraktioptionen 6)	+ 25 619	+ 18 146	+ 27 562	+ 5 030	+ 9 024	+ 6 785	+ 6 723	+ 2 246	+ 4 418	+ 60
4. Übriger Kapitalverkehr 7)	+ 161 862	- 182 718	+ 30 380	+ 20 441	+ 36 664	+ 21 693	- 48 417	+ 4 153	+ 41 442	- 94 012
Monetäre Finanzinstitute 8)										
langfristig	- 66 082	- 56 647	+ 76 255	+ 31 733	+ 45 182	+ 1 767	- 2 427	+ 18 364	+ 33 307	- 54 099
kurzfristig	- 47 913	- 50 495	+ 21 158	+ 3 254	- 4 487	+ 9 831	+ 12 560	+ 1 884	- 279	+ 10 954
Unternehmen und Privatpersonen 9)										
langfristig	- 14 332	+ 11 209	- 9 064	+ 27 273	- 1 970	- 2 704	- 31 663	- 5 461	+ 4 468	- 30 670
kurzfristig	+ 401	+ 943	+ 639	- 685	- 1 108	+ 742	+ 1 690	+ 119	0	+ 1 570
Staat										
langfristig	+ 49 597	+ 8 238	+ 13 069	+ 2 086	+ 1 709	+ 4 527	+ 4 747	+ 2 462	+ 4 508	- 2 223
kurzfristig	+ 49 608	+ 15 919	- 3 329	+ 4 424	+ 3 279	- 849	- 1 335	- 488	- 144	- 703
Bundesbank										
kurzfristig	- 18 169	- 6 152	+ 55 097	+ 28 479	+ 49 669	- 8 064	- 14 987	+ 16 480	+ 33 586	- 65 053
5. Währungsreserven	+ 1 297	+ 838	- 2 564	- 565	- 610	+ 332	- 1 722	+ 203	+ 30	- 1 955
II. Ausländische Nettokapitalanlagen im Inland (Zunahme: +)	+ 175 062	- 207 014	+ 5 826	+ 25 766	+ 45 397	- 4 216	- 61 121	- 4 367	+ 51 481	- 108 235
1. Direktinvestitionen	+ 39 053	+ 38 637	- 7 007	+ 1 750	+ 7 358	- 6 339	- 9 776	- 1 069	+ 2 336	- 11 043
Beteiligungskapital	+ 11 109	+ 5 918	+ 12 718	+ 3 222	+ 513	+ 4 131	+ 4 851	+ 1 919	- 304	+ 3 235
darunter:										
Reinvestierte Gewinne 1)	+ 6 039	+ 3 580	+ 8 435	+ 3 601	+ 712	+ 2 926	+ 1 196	+ 1 217	- 744	+ 723
Direktinvestitionskredite	+ 27 944	+ 32 719	- 19 725	+ 1 472	+ 6 844	- 10 469	- 14 627	- 2 989	+ 2 639	- 14 278
2. Wertpapieranlagen	+ 45 076	- 24 113	+ 22 768	+ 9 344	+ 18 647	+ 3 987	- 9 211	- 217	+ 11 073	- 20 066
Aktien 2)	+ 1 094	+ 5 328	+ 11 952	- 5 315	+ 7 668	+ 5 487	+ 4 112	+ 2 340	+ 2 090	- 318
Investmentsfondanteile 3)	- 3 799	+ 6 001	- 6 020	- 80	+ 655	- 3 172	- 3 423	- 1 729	- 795	- 898
Langfristige										
Schuldverschreibungen 4)	+ 52 220	- 12 402	+ 18 632	+ 7 914	+ 10 969	- 6 955	+ 6 703	+ 1 288	+ 18 684	- 13 269
Kurzfristige										
Schuldverschreibungen 5)	- 4 438	- 23 040	- 1 797	+ 6 825	- 645	+ 8 627	- 16 604	- 2 115	- 8 907	- 5 581
3. Übriger Kapitalverkehr 7)	+ 90 934	- 221 538	- 9 935	+ 14 672	+ 19 392	- 1 865	- 42 134	- 3 081	+ 38 072	- 77 126
Monetäre Finanzinstitute 8)										
langfristig	+ 51 508	- 158 453	+ 31 387	+ 32 528	+ 3 347	+ 29 131	- 33 619	- 1 353	+ 29 295	- 61 562
kurzfristig	- 10 250	- 16 955	- 15 563	- 3 213	- 5 172	- 6 503	- 675	- 844	+ 826	- 656
Unternehmen und Privatpersonen 9)										
langfristig	+ 10 264	- 11 743	+ 2 115	+ 8 861	+ 2 019	- 1 976	- 6 789	- 4 554	+ 4 782	- 7 017
kurzfristig	+ 1 711	- 16 916	- 6 139	- 3 288	- 269	- 1 656	- 926	- 576	+ 802	- 1 152
Staat										
langfristig	+ 8 553	+ 5 173	+ 8 254	+ 12 149	+ 2 288	- 320	- 5 863	- 3 978	+ 3 981	- 5 865
kurzfristig	- 30 775	- 2 066	- 6 367	- 3 952	+ 5 207	- 3 694	- 3 928	- 4 626	+ 1 622	- 924
Bundesbank										
langfristig	+ 36 230	+ 9 474	- 1 623	- 1 793	+ 1 429	- 367	- 892	+ 64	- 908	- 48
kurzfristig	- 67 005	- 11 540	- 4 743	- 2 159	+ 3 777	- 3 326	- 3 036	- 4 690	+ 2 530	- 876
Bundesbank	+ 59 936	- 49 275	- 37 070	- 22 766	+ 8 820	- 25 327	+ 2 202	+ 7 452	+ 2 373	- 7 623
III. Saldo der Kapitalbilanz (Zunahme: +)	+ 213 430	+ 245 803	+ 282 117	+ 66 747	+ 64 175	+ 79 529	+ 71 667	+ 17 312	+ 24 442	+ 29 913

1 Geschätzt auf der Grundlage der Angaben über den Stand der Direktinvestitionen im Ausland und in der Bundesrepublik Deutschland (siehe Statistische Sonderveröffentlichung 10). **2** Einschl. Genussscheine. **3** Einschl. reinvestierter Erträge. **4** Bis einschl. 2012 bereinigt um Stückzinsen. Langfristig: ursprüngliche Laufzeit von mehr als einem Jahr oder keine Laufzeitbegrenzung. **5** Kurzfristig: ursprüngliche Laufzeit

bis zu einem Jahr. **6** Saldo der Transaktionen aus Optionen und Finanztermingeschäften. **7** Enthält insbesondere Finanz- und Handelskredite sowie Bargeld und Einlagen. **8** Ohne Bundesbank. **9** Enthält finanzielle Kapitalgesellschaften (ohne die Monetären Finanzinstitute) sowie nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften, private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck.

XII. Außenwirtschaft

8. Auslandsposition der Deutschen Bundesbank seit Beginn der Europäischen Währungsunion ^{o)}

Mio €

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Währungsreserven und sonstige Auslandsforderungen								Auslands- verbind- lichkeiten ^{3) 4)}	Netto- Auslands- position (Spalte 1 abzüglich Spalte 9)
	Währungsreserven				sonstige Forderungen an Ansässige außerhalb des Euro- Währungs- gebiets ^{1) 3)}	Forderungen innerhalb des Eurosystems (netto) ²⁾	sonstige Forderungen an Ansässige in anderen EUW- Ländern			
	insgesamt	zusammen	Gold und Goldförde- rungen	Reserve- position im Inter- nationalen Währungs- fonds und Sonder- ziehungs- rechte				Devisen- reserven		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
1999 Jan. ⁵⁾	95 316	93 940	29 312	8 461	56 167	140	1 225	11	8 169	87 146
1999	141 958	93 039	32 287	8 332	52 420	9 162	39 746	11	6 179	135 779
2000	100 762	93 815	32 676	7 762	53 377	313	6 620	14	6 592	94 170
2001	76 147	93 215	35 005	8 721	49 489	312	17 385	5	8 752	67 396
2002	103 948	85 002	36 208	8 272	40 522	312	18 466	167	9 005	94 942
2003	95 394	76 680	36 533	7 609	32 538	312	17 945	456	10 443	84 951
2004	93 110	71 335	35 495	6 548	29 292	312	20 796	667	7 935	85 175
2005	130 268	86 181	47 924	4 549	33 708	350	42 830	906	6 285	123 983
2006	104 389	84 765	53 114	3 011	28 640	350	18 344	931	4 819	99 570
2007	179 492	92 545	62 433	2 418	27 694	350	84 064	2 534	16 005	163 488
2008	230 775	99 185	68 194	3 285	27 705	350	128 668	2 573	30 169	200 607
2009	323 286	125 541	83 939	15 969	25 634	350	189 936	7 460	9 126	314 160
2010	524 695	162 100	115 403	18 740	27 957	50	337 869	24 676	14 620	510 075
2011	714 662	184 603	132 874	22 296	29 433	50	475 942	54 067	46 557	668 106
2012	921 002	188 630	137 513	22 344	28 774	50	668 617	63 706	106 496	814 506
2013	721 741	143 753	94 876	20 798	28 080	50	523 103	54 834	57 214	664 527
2014	678 804	158 745	107 475	20 624	30 646	50	473 224	46 785	20 311	658 492
2012 Mai	964 557	193 057	138 000	23 400	31 658	50	711 198	60 252	53 949	910 608
Juni	992 341	190 248	136 094	23 320	30 834	50	741 198	60 845	84 880	907 461
Juli	1 000 019	199 419	144 217	23 769	31 434	50	739 837	60 713	101 674	898 345
Aug.	1 023 617	197 776	143 507	23 520	30 749	50	764 080	61 711	101 494	922 123
Sept.	974 478	203 337	150 373	23 295	29 669	50	708 090	63 002	95 757	878 721
Okt.	991 439	196 910	144 172	23 154	29 585	50	731 983	62 496	123 787	867 652
Nov.	988 534	197 486	145 110	22 771	29 606	50	727 755	63 242	112 190	876 344
Dez.	921 002	188 630	137 513	22 344	28 774	50	668 617	63 706	106 496	814 506
2013 Jan.	878 587	184 947	134 745	21 953	28 249	50	629 884	63 707	103 899	774 688
Febr.	871 508	183 222	132 131	22 011	29 079	50	625 519	62 717	96 300	775 208
März	852 611	188 447	136 454	22 403	29 590	50	601 669	62 446	80 341	772 271
April	857 433	173 980	122 844	22 096	29 040	50	620 813	62 590	94 482	762 951
Mai	832 746	169 105	118 228	21 984	28 893	50	602 136	61 456	82 781	749 965
Juni	798 888	150 825	100 280	21 926	28 618	50	588 423	59 590	69 145	729 743
Juli	807 165	158 611	109 338	21 650	27 623	50	589 372	59 133	71 106	736 059
Aug.	808 649	164 477	114 714	21 434	28 330	50	586 531	57 591	69 088	739 560
Sept.	796 646	156 452	107 819	21 296	27 337	50	583 271	56 874	65 950	730 697
Okt.	785 449	154 486	106 477	20 922	27 086	50	574 400	56 514	85 712	699 737
Nov.	761 730	148 010	99 631	20 907	27 473	50	557 391	56 280	70 398	691 332
Dez.	721 741	143 753	94 876	20 798	28 080	50	523 103	54 834	57 214	664 527
2014 Jan.	716 868	149 930	100 432	21 110	28 388	50	512 734	54 154	53 965	662 902
Febr.	718 317	152 432	104 678	20 589	27 165	50	511 610	54 225	43 789	674 528
März	687 557	150 615	102 179	20 586	27 850	50	482 453	54 440	34 434	653 123
April	692 956	150 048	101 564	20 950	27 534	50	490 066	52 792	53 041	639 916
Mai	680 888	148 949	100 274	21 125	27 550	50	479 240	52 649	52 748	628 140
Juni	678 136	153 017	104 600	20 795	27 622	50	474 195	50 875	43 267	634 869
Juli	660 521	154 885	105 317	21 162	28 406	50	455 926	49 660	17 254	643 267
Aug.	681 324	156 411	106 079	21 133	29 199	50	476 681	48 182	15 697	665 626
Sept.	696 802	156 367	104 629	21 864	29 873	50	492 298	48 088	18 051	678 751
Okt.	681 790	154 133	101 929	21 753	30 450	50	481 086	46 521	25 515	656 275
Nov.	682 969	155 424	103 245	21 564	30 615	50	480 244	47 251	27 894	655 075
Dez.	678 804	158 745	107 475	20 624	30 646	50	473 224	46 785	20 311	658 492
2015 Jan.	751 062	176 741	121 607	21 383	33 751	50	527 644	46 628	73 154	677 908

^{o)} Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber allen Ländern innerhalb und außerhalb der Europäischen Währungsunion. Bis Dezember 2000 sind die Bestände zu jedem Quartalsende aufgrund der Neubewertung zu Marktpreisen ausgewiesen; innerhalb eines Quartals erfolgte die Ermittlung des Bestandes jedoch auf der Grundlage kumulierter Transaktionswerte. Ab Januar 2001 werden alle Monatsendstände zu Marktpreisen bewertet. ¹ Einschl. Kredite an die Weltbank. ² Enthält auch die Salden im grenzüberschreitenden Zahlungsverkehr der Bundesbank innerhalb des Euro-

systems. Ab November 2000 einschl. der TARGET-Positionen, die zuvor als bilaterale Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber nationalen Zentralbanken außerhalb des Eurosystems dargestellt wurden (in Spalte 6 bzw. 9). ³ Vgl. Anmerkung 2. ⁴ Ohne vom Internationalen Währungsfonds (IWF) zugeteilte Sonderziehungsrechte in Höhe von 12 059 Mio SZR. ⁵ Euro-Eröffnungsbilanz der Bundesbank zum 1. Januar 1999.

XII. Außenwirtschaft

10. Euro-Referenzkurse der Europäischen Zentralbank für ausgewählte Währungen *)

1 EUR = ... Währungseinheiten

Durchschnitt im Jahr bzw. im Monat	Australien AUD	China CNY 1)	Dänemark DKK	Japan JPY	Kanada CAD	Norwegen NOK	Schweden SEK	Schweiz CHF	Vereinigte Staaten USD	Vereinigtes Königreich GBP
1999	1,6523	.	7,4355	121,32	1,5840	8,3104	8,8075	1,6003	1,0658	0,65874
2000	1,5889	2) 7,6168	7,4538	99,47	1,3706	8,1129	8,4452	1,5579	0,9236	0,60948
2001	1,7319	7,4131	7,4521	108,68	1,3864	8,0484	9,2551	1,5105	0,8956	0,62187
2002	1,7376	7,8265	7,4305	118,06	1,4838	7,5086	9,1611	1,4670	0,9456	0,62883
2003	1,7379	9,3626	7,4307	130,97	1,5817	8,0033	9,1242	1,5212	1,1312	0,69199
2004	1,6905	10,2967	7,4399	134,44	1,6167	8,3697	9,1243	1,5438	1,2439	0,67866
2005	1,6320	10,1955	7,4518	136,85	1,5087	8,0092	9,2822	1,5483	1,2441	0,68380
2006	1,6668	10,0096	7,4591	146,02	1,4237	8,0472	9,2544	1,5729	1,2556	0,68173
2007	1,6348	10,4178	7,4506	161,25	1,4678	8,0165	9,2501	1,6427	1,3705	0,68434
2008	1,7416	10,2236	7,4560	152,45	1,5594	8,2237	9,6152	1,5874	1,4708	0,79628
2009	1,7727	9,5277	7,4462	130,34	1,5850	8,7278	10,6191	1,5100	1,3948	0,89094
2010	1,4423	8,9712	7,4473	116,24	1,3651	8,0043	9,5373	1,3803	1,3257	0,85784
2011	1,3484	8,9960	7,4506	110,96	1,3761	7,7934	9,0298	1,2326	1,3920	0,86788
2012	1,2407	8,1052	7,4437	102,49	1,2842	7,4751	8,7041	1,2053	1,2848	0,81087
2013	1,3777	8,1646	7,4579	129,66	1,3684	7,8067	8,6515	1,2311	1,3281	0,84926
2014	1,4719	8,1857	7,4548	140,31	1,4661	8,3544	9,0985	1,2146	1,3285	0,80612
2014 Jan.	1,5377	8,2368	7,4614	141,47	1,4884	8,3927	8,8339	1,2317	1,3610	0,82674
Febr.	1,5222	8,3062	7,4622	139,35	1,5094	8,3562	8,8721	1,2212	1,3659	0,82510
März	1,5217	8,5332	7,4638	141,48	1,5352	8,2906	8,8666	1,2177	1,3823	0,83170
April	1,4831	8,5984	7,4656	141,62	1,5181	8,2506	9,0329	1,2189	1,3813	0,82520
Mai	1,4755	8,5658	7,4641	139,74	1,4951	8,1513	9,0298	1,2204	1,3732	0,81535
Juni	1,4517	8,4698	7,4588	138,72	1,4728	8,2149	9,0914	1,2181	1,3592	0,80409
Juli	1,4420	8,3940	7,4564	137,72	1,4524	8,3880	9,2327	1,2150	1,3539	0,79310
Aug.	1,4306	8,1965	7,4551	137,11	1,4548	8,2522	9,1878	1,2118	1,3316	0,79730
Sept.	1,4246	7,9207	7,4449	138,39	1,4196	8,1798	9,1929	1,2076	1,2901	0,79113
Okt.	1,4436	7,7635	7,4448	136,85	1,4214	8,3136	9,1797	1,2078	1,2673	0,78861
Nov.	1,4432	7,6411	7,4415	145,03	1,4136	8,4912	9,2384	1,2027	1,2472	0,79054
Dez.	1,4928	7,6330	7,4402	147,06	1,4216	8,9802	9,4043	1,2026	1,2331	0,78830
2015 Jan.	1,4390	7,2269	7,4406	137,47	1,4039	8,9320	9,4167	3) 1,0940	1,1621	0,76680

* Eigene Berechnungen der Durchschnitte auf Basis der täglichen Euro-Referenzkurse der EZB; weitere Euro-Referenzkurse siehe: Statistisches Beiheft 5 Devisenkurs-

statistik. 1 Bis März 2005 Indikativkurse der EZB. 2 Durchschnitt vom 13. Januar bis 29. Dezember 2000. 3 Aufhebung des Mindestkurses am 15. Januar 2015.

11. Euro-Mitgliedsländer und die unwiderruflichen Euro-Umrechnungskurse ihrer Währungen in der dritten Stufe der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion

Ab	Land	Währung	ISO-Währungscode	1 EUR = ... Währungseinheiten
1999 1. Januar	Belgien	Belgischer Franc	BEF	40,3399
	Deutschland	Deutsche Mark	DEM	1,95583
	Finnland	Finnmark	FIM	5,94573
	Frankreich	Französischer Franc	FRF	6,55957
	Irland	Irisches Pfund	IEP	0,787564
	Italien	Italienische Lira	ITL	1 936,27
	Luxemburg	Luxemburgischer Franc	LUF	40,3399
	Niederlande	Holländischer Gulden	NLG	2,20371
	Österreich	Schilling	ATS	13,7603
	Portugal	Escudo	PTE	200,482
	Spanien	Peseta	ESP	166,386
2001 1. Januar	Griechenland	Drachme	GRD	340,750
2007 1. Januar	Slowenien	Tolar	SIT	239,640
2008 1. Januar	Malta	Maltesische Lira	MTL	0,429300
	Zypern	Zypern-Pfund	CYP	0,585274
2009 1. Januar	Slowakei	Slowakische Krone	SKK	30,1260
2011 1. Januar	Estland	Estnische Krone	EEK	15,6466
2014 1. Januar	Lettland	Lats	LVL	0,702804
2015 1. Januar	Litauen	Litas	LTL	3,45280

XII. Außenwirtschaft

12. Effektive Wechselkurse des Euro und Indikatoren der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft *)

1. Vj. 1999 = 100

Zeit	Effektiver Wechselkurs des Euro				Indikatoren der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft								
	EWK-19 1)			EWK-38 2)	auf Basis der Deflatoren des Gesamtumsatzes 3)					auf Basis der Verbraucherpreisindizes			
	nominal	real, auf Basis der Verbraucherpreisindizes 4)	real, auf Basis der Deflatoren des Bruttoinlandsprodukts 3)	real, auf Basis der Lohnstückkosten in der Gesamtwirtschaft 3)	nominal	real, auf Basis der Verbraucherpreisindizes 4)	26 ausgewählte Industrieländer 5)			37 Länder 6)	26 ausgewählte Industrieländer 5)	37 Länder 6)	56 Länder 7)
							insgesamt	EWU-Länder	Länder außerhalb der EWU				
1999	96,3	96,1	96,1	96,1	96,5	95,8	97,8	99,4	95,7	97,5	98,2	98,0	97,7
2000	87,1	86,6	85,9	85,3	87,9	85,8	91,6	97,2	84,9	90,7	92,9	91,9	90,9
2001	87,7	87,2	86,6	84,2	90,5	87,1	91,3	96,1	85,7	90,0	93,0	91,4	90,8
2002	90,1	90,3	89,5	87,5	95,0	90,7	92,0	95,2	88,2	90,6	93,6	92,0	91,8
2003	100,7	101,5	100,5	98,7	106,9	101,6	95,4	94,3	97,4	94,8	97,1	96,6	96,8
2004	104,5	105,2	103,3	102,1	111,5	105,3	95,7	93,1	99,7	95,0	98,5	98,0	98,4
2005	102,9	103,7	101,2	100,2	109,5	102,8	94,5	91,7	98,8	92,9	98,5	96,9	96,7
2006	102,8	103,7	100,6	99,3	109,4	102,1	93,3	90,1	98,3	91,1	98,7	96,5	95,9
2007	106,3	106,4	102,6	101,1	112,9	104,1	94,2	89,3	102,2	91,5	100,9	97,9	97,1
2008	109,4	108,5	103,9	104,0	117,1	106,1	94,4	87,9	105,4	90,5	102,3	97,8	97,2
2009	110,7	109,1	104,9	106,9	119,9	107,0	94,5	88,6	104,5	90,9	101,8	98,0	97,5
2010	103,6	101,6	96,7	99,4	111,6	98,3	92,0	88,2	97,9	87,5	98,9	93,9	92,4
2011	103,4	100,7	94,9	97,3	112,3	97,8	91,6	88,0	97,4	86,8	98,3	93,2	91,8
2012	97,9	95,6	89,6	92,0	107,2	93,0	89,8	87,9	92,4	84,4	96,1	90,4	88,9
2013	101,7	98,9	92,6	94,6	112,2	96,3	92,2	88,4	98,1	86,3	98,4	92,2	90,9
2014	102,3 p)	98,6	114,8 p)	96,7	98,5 p)	92,4 p)	91,6
2011 Okt.	103,0	100,2			112,8	98,0					97,9	92,9	91,8
Nov.	102,6	99,9			112,3	97,5	90,9	87,9	95,4	86,0	97,6	92,7	91,6
Dez.	100,9	98,2	93,7	94,2	110,4	95,9					96,9	91,8	90,6
2012 Jan.	99,0	96,3			108,2	93,8					96,2	90,8	89,5
Febr.	99,7	97,3	91,1	94,2	108,5	94,3	90,1	87,8	93,5	84,9	96,9	91,4	89,8
März	99,9	97,4			108,8	94,5					97,1	91,4	89,9
April	99,5	97,2			108,6	94,3					96,8	91,2	89,7
Mai	98,1	95,7	89,9	93,1	107,4	93,2	89,9	87,9	92,5	84,5	96,1	90,5	89,1
Juni	97,3	94,9			106,7	92,6					95,7	90,1	88,8
Juli	95,4	93,2			104,4	90,8					95,0	89,2	87,7
Aug.	95,3	93,1	87,7	90,4	104,5	90,7	89,1	87,9	90,5	83,5	95,1	89,2	87,7
Sept.	97,3	95,0			106,7	92,6					95,8	90,0	88,7
Okt.	97,8	95,5			107,4	93,0					95,9	90,1	88,7
Nov.	97,3	94,9	89,8	90,3	106,8	92,4	90,2	88,0	93,1	84,5	95,9	90,0	88,5
Dez.	98,7	96,3			108,4	93,7					96,5	90,5	89,1
2013 Jan.	100,4	98,0			110,0	95,0					97,5	91,6	90,0
Febr.	101,7	99,0	92,3	95,4	111,3	95,8	91,5	88,1	96,6	85,8	98,2	92,1	90,6
März	100,3	97,9			109,6	94,5					97,6	91,5	89,8
April	100,5	97,9			109,9	94,5					98,0	91,8	90,0
Mai	100,6	98,1	92,6	95,1	110,1	94,7	92,0	88,4	97,7	86,1	98,3	91,8	90,1
Juni	101,6	99,0			112,1	96,3					98,4	92,3	91,0
Juli	101,6	98,9			112,1	96,3					98,6	92,3	91,1
Aug.	102,3	99,5	93,0	96,0	113,5	97,4	92,2	88,4	98,4	86,2	98,7	92,6	91,6
Sept.	102,1	99,2			113,4	97,1					98,6	92,4	91,5
Okt.	102,9	99,8			114,3	97,5					98,8	92,6	91,6
Nov.	102,7	99,5	92,5	92,0	114,3	97,4	92,9	88,7	99,7	87,0	98,9	92,7	91,7
Dez.	103,9	100,7			115,9	98,7					99,3	93,3	92,4
2014 Jan.	103,5	100,3			116,0	98,7					99,1	93,1	92,4
Febr.	103,6	100,4	95,1 p)	97,8	116,4	98,9	93,4	89,0	100,4	87,6	99,1	93,2	92,6
März	104,7	101,3			117,6	99,7					99,3	93,6	93,0
April	104,6	101,0			117,1	99,0					99,2	93,6	92,7
Mai	103,9	100,1	94,7 p)	97,8	116,2	97,9	93,3	89,2	99,7	87,7	98,9	93,1	92,1
Juni	103,1	99,3			115,2	97,0					98,6	92,8	91,7
Juli	102,7	98,8			114,7	96,5					98,6	92,7	91,6
Aug.	102,0	98,2 p)	92,2 p)	95,4	114,1	96,0 p)	92,4	89,0 p)	97,6 p)	86,4	98,4	92,4	91,3
Sept.	100,5	96,7			112,5 p)	94,6					98,1	91,8 p)	90,6
Okt.	99,6 p)	95,8			112,0 p)	93,9					p)	97,5 p)	91,1 p)
Nov.	99,6 p)	95,7	112,3 p)	94,0	p)	97,7 p)	91,0 p)
Dez.	99,7 p)	95,3			113,4 p)	94,4					p)	97,4 p)	90,8 p)
2015 Jan.	95,9 p)	91,6			109,3 p)	90,9					p)	95,7 p)	89,0 p)

* Der effektive Wechselkurs entspricht dem gewogenen Außenwert der betreffenden Währung. Die Berechnung der Indikatoren der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft ist methodisch konsistent mit dem Verfahren der EZB zur Ermittlung des effektiven Wechselkurses des Euro (siehe Monatsbericht, November 2001, S. 54 ff., Mai 2007, S. 32 ff. und Februar 2012, S. 36 f.). Zur Erläuterung der Methode siehe Occasional Paper Nr. 134 der EZB (www.ecb.int). Ein Rückgang der Werte bedeutet eine Zunahme der Wettbewerbsfähigkeit. **1** Berechnungen der EZB anhand der gewogenen Durchschnitte der Veränderungen der Euro-Wechselkurse gegenüber den Währungen folgender Länder: Australien, Bulgarien, China, Dänemark, Hongkong, Japan, Kanada, Kroatien, Norwegen, Polen, Rumänien, Schweden, Schweiz, Singapur, Südkorea, Tschechische Republik, Ungarn, Vereinigtes Königreich und Vereinigte Staaten. Soweit die Preis- bzw. Lohnindizes noch nicht vorliegen, sind Schätzungen berücksichtigt. **2** Berechnungen der EZB. Umfasst die EWK-19-Gruppe

(siehe Fußnote 1) zzgl. folgender Länder: Algerien, Argentinien, Brasilien, Chile, Indien, Indonesien, Island, Israel, Malaysia, Marokko, Mexiko, Neuseeland, Philippinen, Russische Föderation, Südafrika, Taiwan, Thailand, Türkei und Venezuela. **3** Jahres- bzw. Vierteljahresdurchschnitte. **4** Abweichend vom Standard werden die realen effektiven Wechselkurse des Euro auf Basis der Verbraucherpreisindizes (Spalten 2 und 6) für die EWU ohne Litauen berechnet. Der Deflator HVPI (EWU-19) ist noch nicht verfügbar. Die (litauische) Litas ist im Währungskorb der Partnerländer enthalten. **5** EWU-Länder (ab 2001 einschl. Griechenland, ab 2007 einschl. Slowenien, ab 2008 einschl. Malta und Zypern, ab 2009 einschl. Slowakei, ab 2011 einschl. Estland, ab 2014 einschl. Lettland, ab 2015 einschl. Litauen) sowie Dänemark, Japan, Kanada, Norwegen, Schweden, Schweiz, Vereinigtes Königreich und Vereinigte Staaten. **6** EWU-Länder sowie EWK-19-Länder. **7** EWU-Länder sowie EWK-38-Länder (siehe Fußnote 2).

Übersicht über Veröffentlichungen der Deutschen Bundesbank

Diese Übersicht informiert über ausgewählte volkswirtschaftliche und statistische Veröffentlichungen der Deutschen Bundesbank aus neuerer Zeit. Soweit nicht anders vermerkt, stehen die Veröffentlichungen in deutscher und in englischer Sprache sowie im Internet zur Verfügung.

Die Veröffentlichungen werden an Interessenten kostenlos abgegeben und sind über die Abteilung Externe Kommunikation zu beziehen. Außerdem kann gegen Kostenerstattung eine monatlich aktualisierte Datei mit circa 40 000 veröffentlichten Zeitreihen der Bundesbank auf CD-ROM oder zum Herunterladen im Bundesbank-ExtraNet über die Abteilung Statistisches Informationsmanagement, mathematische Methoden bezogen werden. Bestellungen werden schriftlich unter den im Impressum angegebenen Anschriften erbeten. Eine Auswahl von Zeitreihen steht auch im Internet zum Herunterladen bereit.

■ Geschäftsbericht

■ Finanzstabilitätsbericht

■ Monatsbericht

Über die von 2000 bis 2014 veröffentlichten Aufsätze informiert das dem Monatsbericht Januar 2015 beigefügte Verzeichnis.

Aufsätze im Monatsbericht

März 2014

- Das Schattenbankensystem im Euro-Raum: Darstellung und geldpolitische Implikationen
- Die deutsche Zahlungsbilanz für das Jahr 2013
- Zur Krisenanfälligkeit von Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes in Deutschland – Ergebnisse einer Risikoanalyse mit Jahresabschlussdaten

April 2014

- Zur Verlässlichkeit der Schätzungen internationaler Organisationen zur Produktionslücke
- Implikationen der Geldmarktsteuerung des Eurosystems während der Finanzkrise
- Einige Erklärungsansätze zur Inflationsentwicklung seit der jüngsten Finanz- und Wirtschaftskrise

Mai 2014

- Die Wirtschaftslage in Deutschland im Frühjahr 2014

Juni 2014

- Perspektiven der deutschen Wirtschaft – Gesamtwirtschaftliche Vorausschätzungen für die Jahre 2014 und 2015 mit einem Ausblick auf das Jahr 2016
- Die neuen europäischen Regeln zur Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten
- Änderungen in der Methodik und Systematik der Zahlungsbilanz und des Auslandsvermögensstatus
- Bargeldabhebungen am Point-of-Sale: Nutzungsmotive und Konsequenzen für die Geldhaltung

Juli 2014

- Wechselkurse und Finanzstress
- Entwicklung der gesetzlichen Krankenversicherung und Herausforderungen für die Zukunft
- Die Konzernabschlussstatistik als Beitrag zur erweiterten Unternehmensanalyse: Konzeption und erste Ergebnisse
- Untersuchungen zur Bedeutung der Versicherungswirtschaft für die Finanzstabilität

August 2014

- Die Wirtschaftslage in Deutschland im Sommer 2014

September 2014

- Eigentümerstruktur am deutschen Aktienmarkt: allgemeine Tendenzen und Veränderungen in der Finanzkrise
- Zur Reform der föderalen Finanzbeziehungen
- Die Ertragslage der deutschen Kreditinstitute im Jahr 2013

Oktober 2014

- Methodische Änderungen in der gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung – Motivation, Konzeption und ausgewählte Ergebnisse
- Die deutsche Wirtschaft in der internationalen Arbeitsteilung: ein Blick auf die Wertschöpfungsströme
- Der Start in die Bankenunion – Der einheitliche Aufsichtsmechanismus in Europa

November 2014

- Die Wirtschaftslage in Deutschland im Herbst 2014

Dezember 2014

- Perspektiven der deutschen Wirtschaft – Gesamtwirtschaftliche Vorausschätzungen für die Jahre 2015 und 2016
- Ertragslage und Finanzierungsverhältnisse deutscher Unternehmen im Jahr 2013

Januar 2015

- Zur Rolle des Warenhandels in der Entwicklung der globalen Ungleichgewichte
- Das Common Credit Assessment System zur Prüfung der Notenbankfähigkeit von Wirtschaftsunternehmen

Februar 2015

- Die Wirtschaftslage in Deutschland um die Jahreswende 2014/2015

■ Statistische Beihefte zum Monatsbericht

- 1 Bankenstatistik¹⁾
- 2 Kapitalmarktstatistik¹⁾
- 3 Zahlungsbilanzstatistik¹⁾
- 4 Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen¹⁾
- 5 Devisenkursstatistik

■ Sonderveröffentlichungen

Makro-ökonometrisches Mehr-Länder-Modell, November 1996²⁾

Europäische Organisationen und Gremien im Bereich von Währung und Wirtschaft, Mai 1997²⁾

Die Zahlungsbilanz der ehemaligen DDR 1975 bis 1989, August 1999²⁾

Der Markt für deutsche Bundeswertpapiere, Mai 2000

Macro-Econometric Multi-Country Model: MEMMOD, Juni 2000

Gesetz über die Deutsche Bundesbank, September 2002

Weltweite Organisationen und Gremien im Bereich von Währung und Wirtschaft, März 2013²⁾

Die Europäische Union: Grundlagen und Politikbereiche außerhalb der Wirtschafts- und Währungsunion, April 2005 ²⁾

Die Deutsche Bundesbank – Aufgabenfelder, rechtlicher Rahmen, Geschichte, April 2006 ²⁾

Die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion, April 2008

11 Zahlungsbilanz nach Regionen, Juli 2013

12 Technologische Dienstleistungen in der Zahlungsbilanz, Juni 2011 ²⁾

■ Statistische Sonderveröffentlichungen

1 Statistik der Banken und sonstigen Finanzinstitute, Richtlinien, Januar 2014 ³⁾

2 Bankenstatistik Kundensystematik, Januar 2014 ²⁾³⁾

3 Aufbau der bankstatistischen Tabellen, Juli 2013 ²⁾³⁾

4 Ergebnisse der gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung für Deutschland 2008 bis 2013, Juni 2014 ³⁾

5 Hochgerechnete Angaben aus Jahresabschlüssen deutscher Unternehmen von 2006 bis 2012, Dezember 2013 ³⁾

6 Verhältniszahlen aus Jahresabschlüssen deutscher Unternehmen von 2010 bis 2011, Mai 2014 ²⁾³⁾

7 Erläuterungen zum Leistungsverzeichnis für die Zahlungsbilanz, September 2013

8 Die Zahlungsbilanzstatistik der Bundesrepublik Deutschland, 2. Auflage, Mai 1990 ⁰⁾

9 Wertpapierdepots, August 2005

10 Bestandserhebung über Direktinvestitionen, April 2014 ¹⁾

■ Diskussionspapiere ^{*)}

40/2014

Forecast-error-based estimation of forecast uncertainty when the horizon is increased

41/2014

Unconventional monetary policy in an open economy

42/2014

Who trades on momentum?

43/2014

Updating the option implied probability of default methodology

44/2014

A network view on interbank market freezes

45/2014

Cross-border liquidity, relationships and monetary policy: evidence from the Euro area interbank crisis

46/2014

Banking market structure and macroeconomic stability: are low-income countries special?

01/2015

Employment, hours and optimal monetary policy

⁰⁾ Diese Veröffentlichung ist nicht im Internet verfügbar.
^{*)} Diskussionspapiere ab dem Veröffentlichungsjahr 2000 sind im Internet verfügbar. Seit Anfang 2012 keine Unterteilung mehr in „Reihe 1“ und „Reihe 2“.
 Weitere Anmerkungen siehe S. 86 •.

02/2015

The term structure of interest rates and the macroeconomy: learning about economic dynamics from a FAVAR

2 Gesetz über das Kreditwesen, Januar 2008 ²⁾

2a Solvabilitäts- und Liquiditätsverordnung, Februar 2008 ²⁾

03/2015

Centrality-based capital allocations

■ Bankrechtliche Regelungen

1 Gesetz über die Deutsche Bundesbank und Satzung des Europäischen Systems der Zentralbanken und der Europäischen Zentralbank, Juni 1998

1 Nur die Tabellenköpfe und die Erläuterungen sind in englischer Sprache erhältlich.

2 Diese Veröffentlichung ist nur in deutscher Sprache erschienen.

3 Nur im Internet verfügbar.